

A decorative border in a dark, embossed style surrounds the text. It consists of multiple concentric lines, with the innermost being a simple rectangle. The space between lines is filled with a repeating geometric pattern of squares and lines, creating a frame around the central text.

Politische Geschichte
der
Gegenwart.

Politische Geschichte der Gegenwart.

XXIX.

Das Jahr 1895.

Politische Geschichte

der

Gegenwart.

Begründet von Wilhelm Müller

und fortgeführt

von

Dr. Karl Wippermann.

XXIX.

Das Jahr 1895.



Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1896.

ISBN-13: 978-3-642-98362-7 e-ISBN-13: 978-3-642-99174-5
DOI: 10.1007/978-3-642-99174-5

Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1896

V o r w o r t.

Im Vordergrunde der inneren deutschen Angelegenheiten standen während dieses Jahres die Frage der Bekämpfung der auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen und die Agrarfrage. Die Beratungen des Reichstags über die sog. Umsturzvorlage verletzten lange Zeit viele Kreise der Bevölkerung in große Aufregung; nachdem der Versuch, eine solche Abwehr auf dem Boden des gemeinen Rechts zu treffen, gescheitert war, forderte der Kaiser wiederholt das deutsche Volk zu anderweitiger Bekämpfung der alles bedrohenden Gefahren auf; die Art jedoch, wie man von einigen Seiten sich hierzu anzuschließen begann, vermehrte den ohnehin schon heftigen Streit unter den Parteien. Die Klagen über die Notlage der Landwirtschaft setzten sich ungemindert fort, und wenn auch die Agrarier nicht umhin konnten, den Willen und Eifer der Regierung, durch eine Reihe kleinerer Mittel Abhülfe zu verschaffen, anzuerkennen, so ließen sie sich doch durch verschiedene Abweisungen nicht abhalten, auf bestimmten größeren Mitteln zu bestehen; jedoch schien es infolge einer in der konservativen Partei eingetretenen Gärung zweifelhaft, ob die Agrarier hier auch ferner Genossen ihrer scharfen Tonart finden würden. Andererseits blieb auch noch zweifelhaft, ob die Bewegung innerhalb der Konservativen zu einer endlich eine sichere Reichstagsmehrheit verheißenden Gestaltung der Parteiverhältnisse führen werde. Bei deren fortdauerndem Mangel konnte auch in diesem Jahre weder von Gesetzen zur Aufbringung der Kosten der Militärvermehrung noch von der Reichsfinanzreform die Rede sein, und da sich der Reichstag seinen Aufgaben überhaupt nicht gewachsen zeigte, nahm man sich in den Landtagen der Mittelstaaten der Reichsangelegenheiten mehr an, während in den Kleinstaaten die finanzielle Not stieg. Den vielen unerfreulichen Vorgängen gegenüber standen die erhebenden Festlichkeiten zu Fürst Bismarcks

80. Geburtstag, den Kriegsgedenktagen, zur Eröffnung des Nordostseefanals und bezüglich der Kaiserdenkmäler. In Österreich hielt die Parteienkoalition nicht mehr vor, worauf ein Ministerium des Grafen Badeni sich an der schwierigen Wahlreform zu versuchen begann, wogegen in Ungarn die kirchenpolitischen Gesetze ohne Streit mit der Kurie zum Abschluß gelangten. Der Czar trat den Hoffnungen auf Änderung des russischen Regierungssystems entgegen, sprach sich aber für den allgemeinen Frieden aus. Frankreichs Angelegenheiten entwickelten sich mehr nach der radikalen Seite, während in England die Tories wieder an's Ruder gelangten. In Italien wurde die Finanzfrage geregelt und das Jubiläum der nationalen Einheit gefeiert, aber die wechselnden Schicksale im Kriege gegen Aëthyonien wirkten sorgenvoll ein. Spanien mühte sich ab im Kampfe mit dem Aufstand auf Kuba, Belgien und Holland sahen sich durch die sozialdemokratische Bewegung in Anspruch genommen, im Streite Schwedens mit Norwegen kam eine mildere Auffassung zum Durchbruch, die Schweiz sah sich durch die Einrichtung der Volksabstimmung an zeitgemäßen Fortschritten gehindert. Während in Bulgarien die Bewegung für Wiedernäherung an Rußland zunahm, zeigte sich die Türkei mehr wie seit 40 Jahren als der der Ärzte bedürftende kranke Mann und nahmen auch Serbien, Griechenland sowie Portugal wegen ihrer Finanzlage die Aufmerksamkeit des Auslands in Anspruch. Unter den mancherlei Fragen Afrikas trat besonders die der südafrikanischen Republik hervor, die große Not hatte, gegenüber englischen Plänen ihre Unabhängigkeit zu wahren; dagegen fanden die Angelegenheiten Ostasiens ihre Regelung mehr nach den Wünschen europäischer Mächte als nach den Erfolgen des siegreichen Japan. Amerika endlich machte die Erfahrung, daß es doch nicht angehe, sich dem Einflusse der gesamten Völkerverfamilie zu entziehen.

Groß-Lichterfelde, im März 1896.

Karl Wippermann.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Deutsche Reich.

©. 1—230.

	Seite		Seite
Friedensaussichten	1	Handelsvertrag mit Argentinien	64
Verstimmungen über die innere Lage	2	Deutscher Landwirtschaftsrat	65
Der Kaiser über Marinefragen	9	Der preussische Staatsrat	67
Der Reichskanzler beim Fürsten Bismarck	10	Agrarische Kundgebungen	73
Geburtstag u. Erlasse des Kaisers	11	Landw. Fragen im Abgeordnetenhaus	75
Die Umsturz-Vorlage im Reichstag	15	D. geänderte Antrag Kanitz im Reichstag	75
Christlich-Soziale und Katheder-Sozialisten	27	Bewegung bez. d. Umsturz-Vorlage	77
D. Umsturz-Vorlage in d. Reichstagskommission	33	Feier v. F. Bismarcks Geburtstag	86
Die Frage des Jesuitengesetzes	34	Studentenkommerse	88
Fragen des Handwerkerstandes	36	Berl. Stadtv., Landtag, Reichstag	89
Schutz der Deutschen im Auslande	37	Der Kaiser an den Fürsten	93
Änderung v. Reichsjustizgesetzen	39	Reichs- u. Landt.-Abg. beim Fürsten	94
Der Diktaturparagraph im Reichsland	42	Der Kaiser in Friedrichsruh	96
Zolltarif-Fragen	43	Neue Opposition gegen d. Umsturz-Vorlage	98
Der preussische Landtag	45	Kirchenpolit. Antrag im Abgeordnetenhaus	105
Erklärungen des Ministerpräsidenten	46	Fürst Bismarck empfängt Abordnungen	106
Stabsberatung	47	Scheitern der Umsturz-Vorlage	118
Programm des Min. v. Hammerstein	49	Sonstige Fragen im Reichstage	119
Der Bund der Landwirte beim Kaiser	55	Die Arbeiten d. preuß. Landtags	126
Gen.-Vers. d. Bundes d. Landwirte	56	Haltung d. konservat. Partei	129
Rede d. Kaisers an d. Mitglieber d. brandenb. Landtags	58	Die Agrarier u. Min. v. Hammerstein	131
Neue Opposition d. Agrarier	61	Centrumpartei	132
		Freisinnige u. Rechts-Parteien	133
		Polnische Bewegung	134
		Sozialdemokraten u. Anarchisten	135
		Eröffnung d. Nordostseekanals	137

	Seite		Seite
Feier d. Kriegsgebedntage . . .	143	Militär. Angelegenheiten . . .	196
Nationaldenkmal in Berlin . . .	146	Personal-Veränderungen . . .	197
D. Kaiser an d. Veteranen . . .	147	Totenliste	198
D. Staat u. d. soz.-dem. Agitation	148	Die Schutzgebiete	201
Plan eines neuen Kartells . . .	150	Exped. in d. Hinterland v. Togo	201
Agrarische Centrumsleute . . .	151	Südwest- u. Ostafrika	202
D. deutsche Katholikentag . . .	152	Königreich Bayern	203
Rede d. Kaisers am Sedantage	155	Festlichkeiten	203
Dankerlaß des Kaisers	157	Landtag	204
Vorgänge in d. konserv. Partei	160	Totenliste	207
Die Jung-Christlich-Sozialen	167	Königreich Sachsen	208
D. Oberkirchenrat geg. Pastoren-		Parteien	208
demagogie	170	Landtag u. Wahlgesetzfrage	209
Reichstags-Erfahrungswahlen . . .	171	Königreich Württemberg	210
Kaiser-Denkmal bei Würth	172	Wahlbewegung	210
Reichsgerichtsgebäude	172	Landtagswahlen	211
Staatssekretär v. Boetticher . . .	173	Landtag	212
Fragen bez. d. theolog. Pro-		Kriegsgebedntage	216
fessoren	174	Großherzogtum Baden	217
Kundg. d. Ev. Bunde u. d. preuß.		Wahlbewegung	217
Bischöfe	178	Ansprachen d. Großherzogs	218
Fortf. d. agrar. Bewegung . . .	180	Freiburger Gefangenschaftfrage . . .	218
Sozialdemokr. Parteitag	183	Landtagswahlen	219
Auflösung d. soz.-dem. Organisation	185	Streit unter d. Sozialdemokraten	219
Eröffnung des Reichstags	186	Landtag	220
Rede d. Reichskanzlers	187	Großherzogtum Hessen	220
Rede d. Kaisers in Breslau	187	Landtag	221
Präsidium d. Reichstags	189	Kathol. Bewegung	221
Staatsberatung	189	Mecklenburg	223
Staatssekretär v. Marschall üb. d.		D. finanz. Nöte d. Kleinstaaten . . .	223
Verh. zu N.-Amerika	190	Braunschweig, Koburg = Gotha,	
D. Reichskanzler üb. d. Einheitlichkeit		Altenburg	225
d. Regierung	190	Meiningen, Reuß, Waldeck,	
Wirtschaftl. Fragen	193	Schwarzburg	226
Rücktritt d. Min. v. Köller	193	Pippe-Deilmold	227
Amtsamtritt d. Min. v. d. Recke . .	193	Sch.-Pippe, Freie Städte	228
Ausw. Angel. des Reichs	194	Das Reichsland	229

Österreich-Ungarn.

S. 230—255.

	Seite		Seite
Landtage der Einzelländer	230	Justizgesetze	232
Reichsrat	232	Böhmische Angelegenheiten	232

	Seite		Seite
Wahlreformfrage	233	Kirchenpolitische Fragen	247
Ministerium Gr. Kiekmannsegg	235	Gr. Kalnoth's Rücktritt	249
Budget	235	Gr. Goluchowski gem. Min. d.	
Frage d. Gymnas. in Cilli	236	Außern	250
Ministerium Graf Badeni	237	Delegationen	251
Wiener Gemeinderat	238	D. ung. Bischöfe in d. Civilehe=	
Gr. Badeni's Programm	239	frage	252
Böhmischer Landtag	242	Nationalitätenkongreß	253
Kaiserliche Familie	243	Reichstag	253
Totenliste	244	Vorgänge in Kroatien	254
Ministerium Banffy in Ungarn	244	Parteien in Ungarn	255

Lichtenstein.

S. 256.

Rußland.

S. 256—264.

	Seite		Seite
Reformbewegung	257	Vertrag über d. Pamir-Plateau	261
Änderungen unter d. höheren Be-		Friedl. Ausfpr. d. Czaren	262
amten	259	Ostseeprovinzen	262
Abordnungen aus Bulgarien und		Sibirische Eisenbahn	263
Abessinien	260	Kaiserl. Familie	263

Frankreich.

S. 264—291.

	Seite		Seite
Nadif. Angriffe auf d. Regierung	265	Ausw. Fragen in d. Dep.-Kammer	278
Fragen d. Orléans- u. Midi-Bahn	266	Handelsvertr. mit d. Schweiz	279
Rücktritt des Ministeriums Dupuy	267	Generalkräte	279
Rücktritt d. Präsidenten Casimir=		Arbeiterbewegung	280
Périer	267	Oberster Kriegsrat	280
Der Herzog v. Orléans	269	Reden d. Präsi. Faure	281
Wahl Faure's zum Präsi. d.		Verhältnis zu Deutschland	282
Republ.	270	Feier d. Kriegsgedenktage	283
Ministerium Ribot	271	Manöver in d. Ostprovinzen	285
Faure's Antritts-Botschaft	272	Verhältnis zur röm. Kurie	285
Tod d. Marshalls Canrobert	273	Krieg auf Madagaskar	286
Rocheport's Rückkehr	274	Die Südbahn=Frage vor der	
Münzfrage u. Milit.=Budget	275	Kammer	289
Kolonialfragen in d. Dep.-Kammer	276	Ministerium Bourgeois	289
Ausw. Fragen im Senate	277	Totenliste	291

Großbritannien und Irland.

S. 292—306.

	Seite		Seite
Eröffnung d. Parlaments	292	Ministerium Salisbury	297
Angriffe auf das Minister. Rosebery	293	Das neue Parlament	299
Währungsfrage	293	Krieg gegen Eschitral	299
Apanage d. Herz. v. Koburg	294	Die Kolonien in Westafrika	301
Kolonialfragen	295	Verhältnis zum Aschantireiche	301
Auswärtige Fragen	295	Britisch-Südafrika	302
Militärische Fragen	296	Neufundland, Kanada, Australien	303
Rücktritt d. Min. Rosebery	297	Auswärtige Fragen	304
		Totenliste	305

Italien.

S. 306—323.

	Seite		Seite
Krieg gegen Abyssynien	306	Nationale Feste	313
Auflösung d. Parlaments	308	Päpstl. Gegen-Kundgebungen	315
Wahlbewegung	309	Niederlage bei Umba Magi	316
Neues Parlament	310	Budget u. Kirchenpolitik	317
Crispi über das Verhältnis zum Papste	312	Afrikapolitik	318
Die äußere Politik	313	Totenliste	319
		Päpstliche Kundgebungen	321

Spanien und Portugal.

S. 323—329.

	Seite		Seite
Aufstand auf Kuba	323	Kolonien	327
Militärische Bewegung in Spanien	324	Schulreform in Portugal	327
Ministerium Canovas	325	Katholischer Kongreß	328
Die Cortes	325	Kolonien	328
Die Verwaltung Madrids	325	Reisen des Königs	329
Martinez Campos	326		

Belgien, Holland, Luxemburg.

S. 329—336.

	Seite		Seite
Radikale Bewegung in Belgien	329	Unterstützung des Kongostaats	331
Soziale Fragen	330	Änderung des Schulgesetzes	332
Änderung im Ministerium	330	König Leopold	333
Gemeinde-Wahlgesetz	331	Wahlgesetzfrage in Holland	333

	Seite		Seite
Finanzen	334	Die Kammer in Luxemburg	335
Die kathol. Bischöfe	334	Deutschfeindliche Vorgänge	335
Die Königinnen	334		

Dänemark, Schweden, Norwegen.

©. 336—344.

	Seite		Seite
Neuwahlen in Dänemark	336	Kündigung des Zwischenreichs= gesetzes	339
Feste in Kopenhagen	337	Die Radikalen in Norwegen	340
Budget	338	Verständigungsversuche	341
Island u. Antillen	338	Krisis des Ministeriums	342
Die königliche Familie	338	Budget	343
Der Reichstag in Schweden	338	Ministerium Hagerup	343
Budget	339		

Schweiz.

©. 344—346.

	Seite		Seite
Neue Gesetze	344	Simplon-Durchstich	346
Volksabstimmungen	345	Einzelne Kantone	346

Die Balkanstaaten und Griechenland.

©. 346—356.

	Seite		Seite
Gräueltaten in Kleinasien	347	Vorgänge in Rumänien	352
Reformen für Armenien	348	Parteiverhältnisse in Serbien	353
Unruhen in Syrien	348	Neues Ministerium in Griechen= land	355
Umschwung in Bulgarien	349	Finanzielle Fragen	356
Ermordung Stambolows	350		
Triumph der Russenfreunde	351		

Außereuropäische Staaten.

©. 357—378.

	Seite		Seite
Neue Gesetze in Ägypten	357	Feier d. Geburtstags d. d. Kaisers	360
Marokko und das Ausland	358	Engl.-deutscher Notenwechsel	361
Sanjibar und Maskat	358	Schicksale kleiner Nebenländer	362
Der Kongostaat	359	Eisenbahn Pretoria-Delagoabai	363
Die Südafrikanische Republik	359	Feindlicher Einbruch in die Re= publik	364
Verhältnis zu England	359	Der Oranjefluß=Freistaat	364
Sympathie für Deutschland	360		

	Seite		Seite
Persien, Afghanistan, Siam	365	Die Silberfrage	370
China und Japan	365	Kongreßbeschlüsse	371
Krieg in der Mandschurei	366	Einkommensteuergesetz	371
Vernichtung d. chines. Flotte	366	Neuwahlen	372
Friedensschluß	367	Botschaft Clevelands an den neuen Kongreß	372
China u. d. europ. Mächte	368	Botschaft wegen Venezuela's	373
Vorgänge in Korea	369	Mexiko	374
Samoa = Inseln	369	Mittelamerika	375
Hawaii	370	Südamerika	376
Nordamerika	370		
<hr/>			
Chronik der Ereignisse des Jahres 1895			379
Alphabetisches Verzeichnis der hervorragenden Personen			385

Deutsches Reich.

Das Jahr begann unter vermehrten Ausichten auf Erhaltung des europäischen Friedens, denn es konnte nun wohl als ausgemacht gelten, daß an den beiden Stellen, von denen aus man lange Jahre eine Störung des Friedens gewärtigen zu können glaubte, im Osten und Westen des Erdteils, die ernstliche Absicht auf Erhaltung des Friedens entschieden vorherrschte. Vielfache und erfolgreiche Bemühungen, namentlich Deutschlands, nach rascher Beseitigung der Keime ernster Zerwürfnisse unter den Mächten hatten überall Eindruck gemacht und bewirkt, daß die Völker sich ihrem Ruhebedürfnis mehr hingaben. Der neue Zar konnte vorläufig als Freund Deutschlands angesehen werden und in den Verhältnissen des Orients hatte schon sein Vorgänger schließlich keinen Grund zur Beunruhigung mehr erblickt. Der schon in so manchem kritischen Augenblick als Friedensbollwerk erprobte Dreibund hatte seinen entscheidenden Einfluß auf die Geschehnisse des Erdteils zu behaupten gewußt und auch die Sympathieen von Staaten zweiten Ranges erworben, zumal er zugleich den Fortgang der auf Gewaltkrisen nach Innen wie nach Außen hinauslaufenden Umsturzbeziehung in fast allen Ländern hemmte. So gab denn auch Kaiser Wilhelm in der Unterredung mit einzelnen der am 1. Januar in der Berliner Ruhmeshalle um ihn versammelten kommandierenden Generale und Admirale seiner Befriedigung über die Friedensausichten Ausdruck.

Um so schwerer drückten mehrere der aus dem vorigen Jahre herübergekommenen wichtigeren Fragen der inneren deutschen Politik. Unter diesen stand im Vordergrund nicht bloß die seit länger als

acht Monaten zur steigenden Bedrängnis der einzelnen deutschen Bundesstaaten noch ungelöste Frage, wie die Mittel zu der vor mehr als 1 $\frac{1}{2}$ Jahren beschlossenen Vermehrung des deutschen Heeres endlich aufzubringen seien; überragt wurde sie durch die fortgesetzten Forderungen nach Abhülfe landwirtschaftlicher Notstände und durch die Behandlung der sog. Umsturz-Vorlage, die, ähnlich wie 1893 die Militärfrage und wie 1894 die Frage des Handelsvertrags mit Rußland, alle Parteien in Aufregung versetzte.

Aus vielen und weiten Kreisen ließ sich um die Jahreswende eine hochgradige Verstimmung wahrnehmen, die, an jene beiden Fragen anknüpfend, ihren letzten Grund in den allmählich eingetretenen tiefgehenden wirtschaftlichen und sozialen Änderungen hatte. Wie die Unzufriedenheit der Arbeiter Geliüste zum Umsturz alles Bestehenden und die der Agrarier verzweifelte Aussprüche hervorgerufen hatte, so hatte sich noch vieler anderer Gesellschaftsklassen Unzufriedenheit der verschiedenartigsten Grade bemächtigt und die Lust zur Mitwirkung an einer Besserung der Verhältnisse gelähmt. Daher so viele Klagen über weit verbreitete Gleichgültigkeit, mangelnde Thatkraft, Zurücktreten der Ideale und der Moral, Aufleben des Partikularismus und aller alten, dem Reiche feindlichen Strömungen. „So trübe und traurig, so dunkel und düster ist,“ sagte ein beachtenswertes öffentliches Organ, „der Blick in die Zukunft kaum jemals gewesen, wie heute; Tausende und Abertausende sind in der dumpfen Stimmung des Verzagens; das wuchernde Schmarozkertum, das die ehrliche Arbeit um den Ertrag betrügt, das allerweltsheimische Zobbertum, das mit dem Gewinnste seine Heimat wechselt, lacht wohl solcher Klagen; aber uns blutet das Herz, wenn wir sehen, wie der Kern unseres Volkstums schwächer wird, wie bei der Trostlosigkeit unserer Lage die Mutlosigkeit immer weitere Kreise umfaßt; es geht ein banges Zagen durch unser Volk, das in Verzagen sich zu wandeln droht.“ Ein anderes Organ der öffentlichen Meinung wies auf die wiederholten Überraschungen, die im innerpolitischen Leben Deutschlands mit und seit der Entlassung des Fürsten Bismarck eingetreten seien und hauptsächlich die Empfindung der Unsicherheit wie der mangelnden Stetigkeit erzeugt hätten, die wohl ganz allgemein vorwalte; die Rückkehr zur Handelsvertrags-Politik und dann wieder die unerwartete Entlassung ihres Trägers, des zweiten Reichskanzlers; die Preisgebung

des Sozialistengesetzes und dann wieder die Vorlegung eines Umsturzgesetzes, diese und andere im Zeitraum weniger Jahre sich zusammen-drängenden Entwicklungen hätten die öffentliche Meinung dahingebracht, das Unerwartete für wahrscheinlich zu halten und immer wieder zu fragen: was wird jetzt kommen? Wieder ein anderes Hauptorgan warf die Frage auf: „Wer will voraussetzen, daß der Weg, den man heute einschlagen will, mehr ist als ein Gang ins Dunkle und Ungewisse, den man unter schweren Opfern einst zum Rückzug zu wählen sich gezwungen sieht; wen überließe es nicht eiskalt, wenn er sich sagen muß: was ist noch sicher, worauf ist heute noch Verlaß?“ Besonders trostlos waren die Hinweise auf die jetzige Vertretung des deutschen Volks. Da hörte man wohl: „Was in Paris auch geschehen mag, man verweigert dort dem Vaterlande nicht, wessen es bedarf, bei uns aber drängt eine anschwellende partikularistische Strömung nach der Herstellung der mit kostbarem Blute gefüllten früheren Zerklüftung; aus dieser nationalen Negation saugen die Mächte des Umsturzes ihre besten Kräfte“. Gegenüber allen diesen und vielen anderen übereinstimmenden Klagen aus den verschiedensten Lagern fehlte es freilich auch nicht an anderen Stimmen; sie traten ihnen jedoch nur mit der Verwerfung von Mutlosigkeit entgegen; hierzu liege noch kein Grund vor, aber freilich brauche das Vaterland begeisterte und geistesgewandte Männer, welche die Kraft besitzen, die Einheit zu erhalten und auszubauen; andere sagten: Die ökonomische Besserung thuts noch nicht, wenn nicht eine Umkehr des öffentlichen Geistes hinzutritt; der Geist der Zeit sei von einem politischen Materialismus ergriffen, darum sei es Aufgabe, mit der Wirtschaftsreform den sozialversöhnenden Geist des Christentums zu verbinden.

Dem Boden jener Unzufriedenheit über wirtschaftliche Verhältnisse entsprangen mit Beginn des Jahres insbesondere in süddeutschen Blättern fortgesetzt Äußerungen, aus denen man auf eine wachsende Abstumpfung der süddeutschen Bevölkerung gegen den Reichsgedanken schließen mußte. Zum Teil fand sich dergleichen zwar in der demokratischen Presse Süddeutschlands, auffallend erschien es aber in Organen wie der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, die in einem „Offenen Worte aus Süddeutschland“ hervorzuheben für nötig fand, daß zur Bewahrung der Treue gegen einen Fürsten das bloße Raisonnement von der Notwendigkeit einer patriotischen Hingabe nicht

ausreiche, sondern daß bei den breiten Volksmassen ein Gefühl des Herzens hinzukommen müsse; dagegen sei in den letzten Jahren vielfach eine künstliche Kluft zwischen dem Volk und seinem Kaiser geschaffen worden, weil von diesem „vielfach den berechtigten Gefühlen und Empfindungen des deutschen Bürgertums nicht immer die Rücksicht zuteil geworden ist, auf die es wohlbegründeten Anspruch hat“. In ganz ähnlicher Weise sprach sich das angesehenste Organ der reichstreuesten Bayern, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ am 8. Januar aus. Diese Aufsehen erregenden Betrachtungen befaßten sich vornehmlich mit der Person, den Eigentümlichkeiten und dem Auftreten des Kaisers, dem das Blatt vorrücken zu müssen glaubte, daß des Herrschers Wille keineswegs deshalb gelte, weil er mächtiger als das Wollen Anderer sei, sondern daß im Verfassungsstaate die Gesetze noch andere Existenzbedingungen als den Willen seines Oberhauptes hätten. Das Blatt sprach ferner von Augenblicken des Mißverständnisses zwischen Fürst und Volk, die zu bitteren Stunden und sturmreichen Tagen wuchsen. „Wir haben solche Augenblicke erlebt, bisweilen gerade dann, wenn die Empfindung des Volks erregt und sein Herz gleichsam geöffnet war, jedes gute Wort und günstige Zeichen als ein fruchtbringendes Samenkorn der Liebe zu empfangen; da aber erschien im neuen Hause des Volkes der erwählte Hausherr als der Untergebene seiner militärischen Gäste; da waren die Vertreter der Nation in geschmacklos unwürdiger Weise getrennt von denen, die um den Kaiser sich scharen durften; da suchte man an dem Gebäude selbst wie an dem politischen System, das eine solche Feier ermöglichte, vergebens den Leitspruch „Dem deutschen Volke.““ Knüpften diese Aussprüche auch zunächst nur an einzelne Aussprüche und vorgekommene Äußerlichkeiten an, so vernahm man doch in der „Kölnischen Zeitung“ eine Bestätigung, daß die Mißstimmung, welche sich in den letzten Jahren in Süddeutschland leise anschwellend verbreitet habe, über den Kreis der Partikularisten hinaus auch die Politiker umfasse, die der Errichtung des Reichs zugejubelt, daß diese reichstreuen Männer mit Besorgnis und Mißtrauen nach Berlin zu blicken begönnen, daß die alte Abneigung des warmblütigen süddeutschen Volkstums gegen das straffe Preußentum wieder aufgelebt sei und daß „manche selbstherrliche Äußerungen, die den Begriff der Monarchie mystisch zu überspannen schienen“, dieser Stimmung zuerst

einen breiten Strom frischen Wassers zugeführt hätten. Das Hervortreten solcher Stimmungen war süddeutschen demokratischen Blättern sehr willkommen, die nicht säumten, die Lage durch eigentümliche Vorwürfe und Nachrichten auszunutzen. Da sollte der Personenwechsel im Amte des Reichskanzlers eine Verschärfung der preußischen militärbureaukratischen Richtung bedeuten; es sollten die süddeutschen Minister sich verletzt gefühlt haben, weil der Wechsel in jenem Amte ohne ihre Mitwirkung oder ohne ihre Kenntnis getroffen sei, nachdem eben erst eine ihrer Auffassung entsprechende Vereinbarung über die Umsturzvorlage getroffen worden. Ein Würzburger Blatt dieser Art weitete die Nachricht aus, daß die Einweihung des neuen Reichstagsgebäudes wesentlich von preußischen Generalen und Geheimräten vollzogen worden sei; endlich wurde viel geredet von Verstimmungen, die seit den Manövertagen in Ostpreußen zwischen dem Kaiser und dem Könige von Württemberg beständen. Erfreulicherweise that König Wilhelm ohne Verzug das seinige, um diesem Gerüchte entgegenzutreten, das, wie er beim Empfang eines hohen Staatsbeamten erklärte, vollständig erfunden sei; er sei damals wohl einen Tag krank in Königsberg gewesen, habe sich aber alsbald an den militärischen Vorgängen wieder beteiligt. Seinem Wunsche, daß dieser Sachverhalt alsbald in den weitesten Kreisen bekannt werde, wurde leider nicht so rasch als wünschenswert war entsprochen; nach der Bekanntgebung in der „Kölnischen Zeitung“ wirkte er aber auch in Süddeutschland befreiend, zum Teil deshalb, weil dadurch der aufgetauchten Vorstellung, als ob die preußenfeindlichen Leitartikel der demokratischen Presse Württembergs einen geheimen Rückhalt am Hofe hätten, der Boden entzogen wurde. Unerquicklichen Zeitungs-Erörterungen über diese Fragen war damit zwar schon hinlänglich ein Ende bereitet; zum Überflusse aber wurde die Sache klargestellt durch ein Telegramm, in dem König Wilhelm zum Jahreswechsel dem Kaiser „die innigsten, herzlichsten Glückwünsche“ sandte, mit denen er „nochmals den wärmsten Dank für die unvergeßlich schönen Tage“ verband, die er bei den Manövern in Ost- und Westpreußen habe erleben dürfen. Die übrigen Nachrichten der süddeutschen demokratischen Blätter wurden in ähnlicher Weise abgethan; die „Münchener Neuesten Nachrichten“, also ein Blatt von Verstimmten, stellte selbst fest, daß der Kaiser über die Frage der Entlassung des Grafen Caprivi

und vor derselben eine längere Unterredung mit dem bayrischen Gesandten in Berlin gehabt habe, wodurch die Behauptung, daß die Entlassung ohne Rücksicht auf die verbündeten Regierungen erfolgt sei, widerlegt wäre. Außerdem ließen viele norddeutsche Blätter mit Eifer es sich angelegen sein, dem preußenfeindlichen Verhalten der süddeutschen demokratischen Organe entgegenzutreten, von denen eins dem preußischen Staate ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zugerufen hatte, da „Deutschland noch kein Großpreußen und das deutsche Reich noch kein Sammelsurium von lauter preußischen Provinzen“ bilde, „in denen die noch in Gnaden belassenen Könige und Fürsten mit Oberpräsidenten rangieren“. In den Erwidernngen wurde vor allem darauf hingewiesen, welches große Verdienst der Bismarck'schen Staatskunst es gewesen, daß die von der Reichsverfassung der Krone Preußen gewährte Machtstellung gerade nicht nach der schroffen Bestimmung des Buchstabens, sondern im Geiste wohlwollender Rücksichtnahme auf die Gefühle der Bundesfürsten und auf die Interessen der Einzelstaaten ausgeübt worden sei. Das Unvorsichtige und Gefährliche solcher Übertreibungen war hinreichend aus dem Jahre 1870 bekannt; jetzt sah man es wiederum in der französischen Presse, die nicht gesäumt hatte, aus den „Verstimmungen“ in Süddeutschland den falschen Schluß zu ziehen, daß zwischen dem Norden und dem Süden des deutschen Reichs ein Streit auszubrechen drohe. In Norddeutschland wuchsen zwar ebenfalls auf dem Boden wirtschaftlicher Verstimmung absonderliche Pflanzen, hier ließen sich jedoch die bekannten Vögel alsbald an den Federn erkennen. Zu ihnen gesellte sich jetzt der Agitator Stöcker, der noch bevor der Reichstag im neuen Jahre zu Worte gekommen war, in der „Deutschen Evangel. Kirchen-Zeitung“ für die Auflösung des Reichstags und nötigenfalls für eine Veränderung der Reichsverfassung und des Wahlrechts auftrat, ja sich zu dem Satze verstieg: „Auch ein Staatsstreich, der ja im Reich, wo keiner die Verfassung beschworen hat, anders zu beurteilen ist, als in den Einzelstaaten, würde der Mehrheit des Volks keine großen Bedenken verursachen“, eine Äußerung, die dem früheren Hofprediger den Vorwurf des Jesuitismus eintrug, weil er die Versicherungen des Kaisers in der Thronrede vom 25. Juni 1888 für nichts zu halten schiene. Da die allgemeine Verstimmung u. a. auch die Besorgnis hervorgerufen hatte, der neue Reichskanzler steuere auf

einen Streit mit dem Reichstag hinaus, so wies die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die man immer noch gewohnt war, für halbamtlich anzusehen, darauf hin, daß alle Merkmale andeuteten, auch die jetzige Regierung strebe dahin, „zunächst eine breite Grundlage für ihre Politik aus der konservativen, der nationalliberalen und der Centrumspartei herzustellen“. Welche Ansichten und Stimmungen übrigens selbst in der nationalliberalen Partei herrschten, zeigte eine Rede, die der Professor Paasche von Marburg am 6. Januar vor seinen Reichstagswählern in Meiningen über die politische Lage hielt. Man könne, sagte er, nur mit einer gewissen Sorge in die Zukunft blicken; die Schuld an den heutigen unerquicklichen Zuständen treffe in gleicher Weise die Regierung wie die Parteien und liege mit in den allgemeinen Verhältnissen begründet; Ehre und Ansehen Deutschlands ständen nicht auf der Höhe wie unter Fürst Bismarck; der Regierung habe ein erkennbares festes Vorgehen und ein einheitliches Programm, der Volksvertretung Einigkeit und Festigkeit gefehlt; der Geist in dem neuen glanzvollen Reichstagsgebäude habe nichts mehr von dem großen nationalen Zuge, sondern es herrsche Zerfahrenheit und Zersplitterung; Mißtrauen gegen die Regierungen untereinander, ja gegen sich selbst sei die Signatur der Parteien und Volksvertreter.

Wie die Nachricht von einem Zerwürfniß mit Württemberg, von einem Sonderbunde der süddeutschen Regierungen und andere Nachrichten, durch die der Kaiser in ein ungünstiges Licht schien gestellt werden zu sollen, so wurde in der ersten Hälfte des Januar mit besonderem Eifer die eigentümliche Behauptung öffentlich aufgestellt und breit erörtert, daß das Fehlen der vom Baumeister Wallot geplanten Inschrift „Dem deutschen Volke“ am neuen Reichstagsgebäude auf einer Entscheidung des Kaisers beruhe. Die Sache verhielt sich jedoch einfach so, daß bei der Ausarbeitung des Bauplans diese Absicht, die Inschrift anzubringen, zunächst nicht weiter verfolgt worden war, besonders infolge mannigfacher Veränderungen, welche die betreffende westliche Fassade erfahren hatte; zwar war die Frage in der Reichstagsbau-Kommission zur Sprache gekommen, da aber keiner der gemachten Vorschläge Anklang gefunden hatte, so war die Entscheidung ausgesetzt, die des Kaisers war gar nicht angerufen worden. Leider dauerte es etwas lange bis dieser Hergang glaubhaft

bekannt wurde und so gestaltete sich in der Zwischenzeit die Besprechung immer mehr zu einer politischen; zum Teil ward die Sache Gegenstand boshafter Witze oder des Ärgers, und auf vielen Seiten übte man sich weidlich in der Kunst, ohne Not Mißstimmung hierüber zu erzeugen; man hörte u. a. wohl den Vorschlag der Inschrift „Dem Mangel an Geiste“ und ähnliches. Endlich trat die Baukommission zusammen, um der Sache ein Ende zu machen. Obwohl sich die Mitglieder Stillschweigen über ihre Verhandlungen zusagten, verlautete daraus doch, daß von einer Seite der Wunsch hervorgetreten sei, irgendwo in der Inschrift den Kaiser zu erwähnen; so kam es zum Vorschlag „Für Kaiser und Reich“, was noch damit begründet wurde, daß das Gebäude auch für den Bundesrat bestimmt sei; darüber gab es staatsrechtliche Auseinandersetzungen, und der Vorschlag drang so wenig durch als der poetischer Inschriften, wie „Deutschland, Deutschland über alles!"; endlich kam es mit knapper Mehrheit zu dem Beschlusse, „Dem deutschen Reiche“ zu sagen. Damit öffneten sich jedoch die Schleußen beißender Kritik aufs neue: man hörte, die Baukommission sei jetzt nicht mehr zuständig, sondern nur der Reichstag selbst, die gewählte Inschrift selbst aber passe ebenso gut für jede Kaserne und jedes Posthaus, sie sei überhaupt keine Widmung, sondern nur ein Schild, sodaß nur noch fehle, daneben einen Klingelzug mit ausgestrecktem Finger anzubringen; der Gipfel dieser Geschmacklosigkeit trete besonders hervor, wenn man bedenke, daß mit gleichem Rechte an das im Bau begriffene preußische Landtagsgebäude geschrieben werden könne „Dem Königreich Preußen“; auch würde ja der Widmer derselbe sein wie der dem gewidmet werde, sodaß man auch sagen könne „Das deutsche Reich dem deutschen Reiche“. Dazu kam noch die wichtige Frage, ob in der beschlossenen Inschrift dem Worte Reich ein e angehängt werden müsse. Aber auch jeder Gegenvorschlag rief böses Blut hervor oder verfiel in der öffentlichen Kritik der Lächerlichkeit. Dies galt von den Inschriften „Dem Heile des deutschen Volks“, dem Schiller'schen „Seid einig, einig, einig!“ oder „An's Vaterland, an's teure schließ dich an!“ Man vernahm sogar die Ansicht, die Wahl der Inschrift wäre eine Aufgabe für einen Mann wie Jakob Grimm oder Böth, und da wir jetzt gerade einen solchen nicht hätten, möchte eine Reihe bestimmter belletristischer Schriftsteller befragt werden. Schließlich verliefen sich

die Erörterungen im Sande und man war nur froh, daß der Kaiser verlauten ließ, das Fehlen der von Wallot gewählten Inschrift „Dem deutschen Volke“ sei nicht seine Schuld, er habe davon erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten; persönlich habe er keinen Grund, sich für die eine oder die andere Fassung zu erklären oder eine Fassung zu mißbilligen, er überlasse die Entscheidung der Baukommission. Diese Ausprüche erfolgten am 8. Januar bei einem Diner, das sich im Neuem Palais bei Potsdam an einen 2¹/₂ stündigen Vortrag knüpfte, den der Kaiser vor mehreren Parlamentariern, höheren Offizieren und Ministern über die Entwicklung der Marinen der verschiedenen Länder, über die Verteilung derselben auf die einzelnen Stationen, über die Aufgaben der Marine im Kriege und zur Beschützung des Handels sowie über das Wachstum der Kriegs- und Handelsflotten hielt. Der Vortrag, bei dem der Kaiser ein Stöckchen zur Erläuterung der Karten in der Hand hielt, gipfelte darin, daß unsere Marine ihren Aufgaben jetzt weniger als früher gewachsen sei, da die deutsche Handelsflotte sich zur zweiten der Welt entwickelt habe. Offenbar wollte der Kaiser durch diesen Vortrag schon jetzt für die im Reichstag gestellte Forderung des Ausbaues der Kreuzerflotte wirken. Wohl erfüllt von dieser Notwendigkeit und außer Stande, im Reichstage zu sprechen, mochte er sich zu dieser Art von parlamentarischem Kolleg entschlossen haben, in ähnlicher Weise wie schon im vorigen Jahre zur Frage von Kanalbauten. Zum Schluß des Vortrags forderte der Kaiser die Zuhörer direkt auf, „dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Kolonialpolitik, zu seinem 80. Geburtstag die Freude zu machen, die für die Flotte geforderten und notwendigen Summen zu bewilligen“. Der von allen Seiten, auch im Auslande, sehr bemerkte Vortrag rief alsbald öffentliche Erörterungen für und wider hervor. In ersteren wurde gezeigt, daß die allmählich zu beschaffende Flottille von Panzerkreuzern allerdings notwendig sei, um uns stets die Zufuhr des Unentbehrlichsten zu sichern, die heimischen Küsten zu schützen und unsere kolonialen Interessen zu vertreten. Von anderen Seiten vernahm man die Frage: Wohin in aller Welt sollen wir kommen? noch weiß keine Seele, wie die Kosten der Militärvermehrung gedeckt werden sollen, die Kolonien stellen neue Anforderungen, und jetzt noch eine neue Ausgabe für die Flotte! Dazwischen wurde darauf

hingewiesen, daß das Volk nicht Unlust zu solchen Opfern habe, daß ihm aber allerdings ein tieferes Verständnis für die Dringlichkeit der maritimen Forderungen fehle, da es, zufolge der Lage des Landes, alle Kraft so ganz und ausschließlich der Ordnung der inneren An-
gelegenheiten zuwenden müsse, daß es ihm jetzt blutjauer werde, sich plötzlich in diese neue Lage zu versetzen.

In die gesamte Masse der verschiedenartigsten politischen Bestimmungen fiel plötzlich ein wohlthuender Lichtstrahl: Der neue Reichskanzler Fürst Hohenlohe stattete am 13. Januar in Begleitung seines Sohnes, des Legationsrats Prinzen Alexander, dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe einen schon am Anfang seines Amtsantritts in Aussicht genommenen Besuch ab, der eigentlich selbstverständlich war angesichts der Politik der Sammlung der staats-
erhaltenden Elemente um die Krone, die durchzuführen Fürst Hohenlohe berufen war. Dieser schon durch den vorjährigen Besuchsaustausch zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck vorgezeichnete Besuch entsprach vollständig den berechtigten Empfindungen der national gesinnten Bevölkerung und nahm von der deutschen Volksseele den Abdruck, daß eine Kluft zwischen dem ersten Beamten des Reichs und dessen Begründer entstanden und auch nach der kaiserlichen Ausöhnung noch nicht formell beseitigt worden war; denn Graf Caprivi, der einst auswärtigen Regierungen angezeigt hatte, daß Fürst Bismarcks Einfluß nicht mehr vorhanden sei, hatte in den acht Monaten nach dem 26. Januar v. J. den Weg nach Friedrichsruhe nicht gefunden. Jetzt wurden die dem Kaiser wiedergewonnenen Herzen auch seiner Regierung wiedergewonnen. Der Reichskanzler traf um Mittag dort ein, machte mit dem Fürsten Bismarck eine Schlittenfahrt durch den Sachsenwald und fuhr abends 5 Uhr nach Berlin zurück. Von zwei ganz verschiedenen Seiten wurde darauf versichert, daß Beide in der kurzen Zeit alle politischen Fragen eingehend erörtert hätten. Wie vorauszusehen, fehlte es sogar nicht an Aussprüchen, wonach von dem Besuche bestimmte politische Folgen zu erwarten seien, namentlich wagte sich die Meinung hervor, daß die Stellung einiger Minister dadurch gelockert sei, die zur Zeit von Fürst Bismarcks Entlassung im Amte waren. Als insbesondere Behauptungen vom bevorstehenden Rücktritte des preußischen Handelsministers v. Berlepsch sich wiederholten, wurde sogar ein Organ wie der „Reichsanzeiger“ ärgerlich

indem er die Verbreitung dieses Gerüdes als frivol bezeichnete. Alle Parteien zeigten sich über den Besuch des Reichskanzlers erregt. Die „Kreuz-Zeitung“ wollte ganz bestimmt wissen, es dürfe der Besuch als eine ganz entschieden neue Kräftigung der alten Freundschaftsbände aufgefaßt werden. Ein hervorragendes Berliner „Bismarckblatt“ sprach sich ähnlich aus. Mit Übelwillen und Mißbehagen nahmen einige ultramontane und freisinnige Blätter von dem Vorgange Kenntniß; eins der ersteren befürchtete eine Verschärfung des Gegensatzes der Regierung zur Reichstagsmehrheit und eine Verstärkung der Konfliktgefährde; Blättern der letzteren Art graute es bereits vor dem Wiederbeginn einer Bismarckzeit. Endlich wagte sich aus jenem Anlaß das Verlangen wieder hervor, es möge nunmehr endlich die Denkschrift veröffentlicht werden, die Fürst Bismarck vor seinem Rücktritte einreichte, denn hierdurch könne der Glaube an die Herzlichkeit der jetzigen Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruhe nur gewinnen. Im Ganzen erschien der Vorgang im Sinne des Volks allerdings nicht bloß als Akt privater Höflichkeit, sondern als eine gewisse Staatsaktion, zumal in Rücksicht auf den engen Zusammenhang mit dem Willen und der Stimmung des Kaisers. Daß dieser seit vorigem Herbst Bismarck'schen Anschauungen sich mehr zugewandt hatte, war ja unverkennbar; es trat damals in seinen zu Königsberg und Berlin an Vertreter der Landwirte gerichteten Ansprachen sowie in seinen Reden zu Marienburg und Thorn an die Polen hervor, und nun, in der ersten Hälfte des Januar, wurde glaubhaft versichert, er habe Berichte über die Lage der Landwirtschaft nebst Vorschlägen zur Herbeiführung einer Besserung derselben verlangt.

Ähnlich wie im vorigen Jahre des Fürsten Bismarck königlicher Einzug in Berlin, so verlieh auch in diesem Jahre die Stimmung des Volks über die fortgeschrittenen Beziehungen zu demselben dem Geburtstage des Kaisers einen ganz besonderen Glanz, der wiederum durch die Anwesenheit einer langen Reihe deutscher Fürstlichkeiten, den König von Württemberg wiederum voran, verherrlicht wurde. Der Kaiser selbst erhöhte die Bedeutung dieses Tages durch fünf Erlasse, von denen einer an das preußische Heer, einer an Magistrat und Stadtverordnete von Berlin und drei an den preußischen Minister für Kultus und Unterricht gerichtet waren. Der erstere Erlaß ist der bemerkenswerteste, indem er zum Beginn des 25. Jahres seit

den ruhmvollsten Kriegsereignissen Deutschlands die Erinnerung daran in patriotischster Weise wachrief und damit den Dank für die damals bewiesene Tapferkeit des Heeres verband. „Zum 25. male“, so sagte der Kaiser, „lehren die Gedenktage des großen Krieges wieder, der, dem Vaterlande aufgedrungen und nach einem Siegeszuge ohne gleichen zum ruhmreichen Ende geführt, Deutschlands Sehnen erfüllt und, als herrlichsten Lohn für seine Hingabe, in dem Bunde seiner Fürsten und Stämme die unerschütterliche Grundlage für seine Größe und Wohlfahrt geschaffen hat“. Nachdem dann der Kaiser Gott dafür gedankt und der Gefallenen gedacht, wandte er sich an das preussische Heer mit den Worten: „Besonders richtet sich aber mein Dank an mein Heer, welches mit den Truppen meiner erhabenen Bundesgenossen in heldenmütiger Tapferkeit gewetteifert hat: unauslöschlich glänzen seine Thaten in den Büchern der Geschichte, unverwehlich ist der Ruhmeskranz, den es um seine Fahnen gewunden hat; ihm gebührt darum vor allen die Pflicht, das Gedächtnis auch in den Geschlechtern heilig zu halten, welche die Früchte seiner Siege genießen“. Davan knüpfte sich die Bestimmung, daß, so oft in der Zeit vom 15. Juli d. J. bis zum 10. Mai k. J. die Fahnen entfaltet werden, alle Fahnen und Standarten, denen Kaiser Wilhelm I. für die Teilnahme an diesem Kriege eine Auszeichnung verliehen hat, mit Eichenlaub geschmückt werden und die ersten Geschütze der Batterien, welche in ihm gefochten haben, Eichenkränze tragen sollten. Dieser Erlaß wurde mit großer Befriedigung aufgenommen, nicht nur von den Männern, die mit ihrem Blute unter den jetzt laubumwundenen Feldzeichen des Reiches Herrlichkeit erkämpften, sondern auch von deren Söhnen, den jetzigen Soldaten; es war ein solchergestalt an das ganze Volk sich wendender Erlaß, der in der kraftvollen Sprache natürlichen Selbstbewußtseins und mit einer poesievollen Symbolik die Gemüter von Alt und Jung ergriff.

In dem an die Berliner Stadtbehörden gerichteten Erlasse kündigte der Kaiser an, daß er zur Erinnerung an die vor fast einem Viertelsjahrhundert erfolgte einmütige Erhebung des deutschen Volks gegen die Abwehr fremden Angriffs sowie als Anerkennung der würdigen Ausgestaltung der Gemeinde-Einrichtungen Berlins einen bleibenden Ehrenschmuck für die Reichshauptstadt stiften wolle:

In der den Tiergarten bis zur Siegessäule durchschneidenden Siegesallee sollten „die Marmor=Standbilder der Fürsten Brandenburgs und Preußens, beginnend mit dem Markgrafen Albrecht den Bären und schließend mit Kaiser Wilhelm I., neben ihnen die Bildwerke je eines für seine Zeit besonders charakteristischen Mannes, sei er Soldat, Staatsmann oder Bürger, in fortlaufender Reihe errichtet werden“. Von den Erlassen an den Kultusminister betraf der eine die Aussetzung eines Preises für eine Aufgabe in der Bildhauerkunst, der andere die Stiftung eines „Wanderpreises, der bei einem etwa jährlich zu veranstaltenden Wettstreite deutscher Männergesangvereine dem jedesmaligen Sieger für die beste Leistung auf diesem Gebiete zuerkannt werden soll“; der dritte Erlass betraf den schon früher vom Kaiser zur Hebung des Rudersports an den höheren Lehranstalten Berlins gestifteten Wanderpreis.

Der Erlass bezüglich der in Berlin zu errichtenden Standbilder wurde vor allem von der dortigen Presse, auch der politisch oppositionellen, warm begrüßt; nur bezüglich der praktischen Ausführung ließen sich einige Bedenken vernehmen; unter den 30 Markgrafen, Kurfürsten und Königen seit Albrecht dem Bären seien doch auch einige unbedeutende Regenten gewesen, die kaum ein Standbild verdienten, auch werde manche Regierungsperiode selbst durch Hinzufügung eines charakteristischen Mannes für den Beschauer der Denkmäler nicht lebensvoller werden, während es in anderen Fällen schwer fallen dürfte, sich mit einem Zeitgenossen eines Herrschers zu begnügen. Damit war bereits eine ganze Reihe geschichtlicher Fragen in der öffentlichen Besprechung aufgerollt. Wen sollte man neben Friedrich Wilhelm II. setzen? Etwa Wöllner oder Bischofswerder? wen von vielen neben dessen Nachfolger? Eine Anzahl belletristischer Schriftsteller sah sich veranlaßt, die wunderlichsten Vorschläge bezüglich dieser Nebenpersonen zu machen, sodaß es gut war, daß die Erörterungen bald aufhörten. Der Kaiser selbst hat sich später, am 3. Februar, einer ihm für den Erlass Dank sagenden Abordnung der Berliner Stadtbehörden gegenüber weiterhin dahin ausgesprochen, es liege ihm sehr viel daran, daß die Erinnerung an die ruhmreichen Vorgänge vor 25 Jahren auch in der Bürgerschaft wach erhalten werde; daher sein Plan wegen der Standbilder, denn was das Auge sehe, daran werde das Herz erinnert; überdies lasse die Geschichte

feiner Stadt der Welt den Einfluß der Fürsten auf die Entwicklung und Förderung einer Stadt in so interessanter Weise erkennen wie die Berlins; sie zeige Fürst und Stadt manchesmal in Streit untereinander, jedoch bald wieder in Eintracht, immer in gegenseitiger Achtung; er komme oft, namentlich im Auslande, in die Lage, zu schildern, was Berlin leiste, und pflege dann ganz besonders hervorzuheben, daß dies von Männern im Ehrenamt, lediglich aus Neigung für die Stadt geschehe, was ihm dann oft nur schwer geglaubt werde. Zum Ausdruck des Dankes für die ihm aus allen Gauen Deutschlands und von Deutschen im Auslande in reicher Fülle zugefandten Glückwünsche richtete der Kaiser am 30. Januar an den Reichskanzler einen Erlaß, in dem er sagte, aus diesen Kundgebungen könne er „die Zuversicht entnehmen, daß das Band gegenseitiger Treue, welche das deutsche Volk mit seinen Fürsten verbindet und das vor nunmehr bald 25 Jahren so herrliche Früchte gezeitigt hat, auch in ernsteren Zeiten, die Gott der Herr von uns in Gnaden abwenden wolle, sich als fest und unzerreißbar erweisen wird“.

Der Reichstag war am 8. Januar wieder zusammengetreten und hatte sich sogleich dem Entwurfe desjenigen Gesetzes zugewandt, um dessen baldiges Zustandekommen es den staatserhaltenden Parteien seit Monaten so sehr zu thun gewesen war, der Vorlage gegen die Elemente des Umsturzes, deren Beratung der Reichstag am 17. Dezember v. J., unter mephistofelischen Fingerzeigen des Sozialistenführers Singer, mit Eklat aus dem Wege gegangen war, um sich die Weihnachtsferien auch nicht im geringsten zu kürzen. Dennoch wagte man jetzt zu hoffen, daß die damals durchgegangenen Abgeordneten, nach Beherzigung der ihnen massenhaft nachgeflogenen derben Vorwürfe, sich mit um so größerem Eifer der wichtigen Frage wieder widmen würden. Die Angelegenheit hatte schon in den ersten Tagen des Monats an manchen Orten die Gemüter wieder lebhaft bewegt, und zwar meistens in oppositionellem Sinne. In einer vom demokratischen Verein zu München veranstalteten Volksversammlung hatte Prof. Quidde, der Verfasser der vorjährigen, von ihm selbst nicht für anzüglich und boshaft gehaltenen Schrift „Caligula“, die Gefahren geschildert, welche die sog. Umsturzvorlage für einen Seden im politischen Kampfe berge und Dr. Conrad hatte nachzuweisen sich bemüht, daß an der Hand

dieser Vorlage ein geistig verkommenees Volk würde erzogen werden; in Rom, sagte er, seien die Cäsaren Wölfe geworden, weil eben die Unterthanen Schafe gewesen wären; endlich hatte der bekannte Dr. Sigl gemeint, es wäre schlimm, wenn diese Vorlage, etwa vom Centrum, „verfuhwedelt“ würde, denn in unveränderter Gestalt werde sie den Umsturz erst schaffen. Die Versammlung selbst erklärte die Vorlage als die gefährlichste Bedrohung der bürgerlichen Freiheit und der ganzen Kultur, beherrscht waren die Versammelten aber vor allem von sehr preußenfeindlichem Geiste. Weiterhin wurde in der freisinnigen Presse Berlins das ganze Urtheil über die Vorlage in das Wort „Ungeheuer“ zusammengefaßt. Mehr Beachtung als alle solche Kundgebungen wurde den Aussprüchen eines der bedeutendsten Organe der mächtigen Centrumspartei, der „Köln. Volksztg.“, geschenkt, welche die Einbringung der Vorlage für einen Fehler hielt, weil sie für die sozialdemokratische Partei eine Wiederbelebung herbeiführen müsse, nachdem der Einfluß ihrer Führer, wie der vorjährige Frankfurter Parteitag und die Bierausstands-Versammlungen zeigten, wegen Mangels eines für die Menge faßbaren parlamentarischen Erfolgs bereits zu schwinden begonnen habe; der Centrumspartei werde daher im Reichstag die Hauptaufgabe zufallen, die Vorlage umzugestalten, und über das Centrum urteile man doch auch in Regierungskreisen recht günstig, weil es der demagogischen Bewegung der Agrarier einen Damm entgegengesetzt habe. Diese Äußerungen riefen in den gemäßigten Parteien verdoppelte Wachsamkeit hervor. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ endlich begrüßte die nun zur Behandlung kommende Umsturzvorlage als „die Vorbereitung des Umsturzes“.

Beim Beginn der Reichstagsberatung über die Umsturzvorlage vom 8. Januar nutete es die Gegner der Sozialdemokraten eigentümlich an, daß, gleichwie ein Vertreter derselben im Dezember das letzte Wort gehabt hatte, jetzt der Reigen wieder von einem solchen eröffnet wurde: Herr Auer war es, der eine lange und vom Standpunkt der Sozialdemokraten sehr geschickte Rede gegen die Vorlage hielt. Darin erwähnte er zunächst mehrere angebliche Gerüchte als Anzeichen, daß die Vorlage nur bestimmt sei, andere Zwecke zu verdecken; da sollte es eine von Vertretern der Großindustrie bestellte Arbeit oder es sollte die Parole für Auflösung des

Reichstags sein, damit dessen Nachfolger gefügiger für Bewilligung der neuen Steuervorlagen und neuer militärischen Forderungen ausfalle. Zur Sache selbst richtete Auer sich gegen die Behauptung in den Motiven der Vorlage, wonach die Regierungen darauf ausgingen, den Arbeiterklassen in ihrem Kampfe um ein befriedigendes Dasein beizustehen; damit stehe das Vorgehen der Behörden gegen die Gewerkschaften in Widerspruch und überhaupt stecke gar wenig in der ganzen Sozialreform. Die vom Staatssekretär Nieberding in der Begründungsrede am 17. Dez. abgegebene Erklärung, daß die Vorlage sich keineswegs nur gegen die Sozialdemokraten richte, könnten diese nicht glauben, denn gebrannte Kinder scheuten das Feuer: auch im Jahre 1878 sei erklärt, das Sozialistengesetz richte sich nicht gegen bestimmte Bevölkerungsklassen und wie sei dann das Gesetz angewandt worden! Bezüglich der vom Staatssekretär Nieberding als Beweise von Gefährlichkeit angeführten Flugblätter suchte Redner nachzuweisen, daß dieselben damit gänzlich mißverstanden seien. Ja, wenn man noch den vor Jahrzehnten vom jetzigen Minister Miquel geschriebenen Brief mit Empfehlung bestimmter Forderungen der Revolution angeführt hätte, das würde sich, sagte der Redner, besser angelassen haben. Wenn alles, was in alten Zeiten Schlimmes geschrieben worden, den Sozialdemokraten aufgebürdet werden solle, dann freilich wären sie rettungslos verloren. Das berliner Anarchistenblatt „Der Sozialist“ werde mit Unrecht gegen die Sozialdemokraten angeführt; neuerdings sei das Blatt allerdings öfter mit Beschlag belegt, früher aber bei seinen Angriffen auf die Sozialdemokraten habe es die tollsten Dinge bringen dürfen. Seien denn aber, fragte Herr Auer, umstürzlerische Äußerungen nur dann schlecht, wenn man sie von Arbeitern höre? Man denke doch an das Gerücht vom Staatsstreichsplane des vorigen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, an Köpfers, v. Blumenthals und Stöckers Empfehlungen eines Staatsstreichs. Warum solle denn auf einmal etwas gegen die Sozialdemokraten geschehen müssen, nachdem sie vorher eine radikale Arbeiterpartei genannt worden? Den Anlaß zum Vorgehen bilde auch nicht der Bierbockott; der Grund liege überhaupt nicht darin, daß von sozialdemokratischer Seite etwas geschehen sei, sondern darin, daß die anderen Parteien das Zutrauen zu sich selbst verloren hätten. Das

sei es, was sie treibe, einen Prügeljungen zu suchen, auf den sich alles stürze. Hiernach erging sich Auer in ausführlichen Darlegungen zum Beweise des Widerspruchsvollen einzelner Strafbestimmungen des Entwurfs. Manche Handlungen, zu denen die Aufforderung jetzt strafbar sein sollte, wären als Heldenthaten gepriesen, die herrschenden Klassen hätten trotz Verbots des Duells das Monopol des Totschlags behalten; und da Zuchthausstrafe eintreten sollte, wenn die Androhung eines Verbrechens in der Absicht, den gewaltthätigen Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen, erfolge, wie wollten die Richter eine solche Absicht feststellen? Hinsichtlich der Bestimmung über die Verleitung von Soldaten zu Umstürzbestrebungen verwahrte Redner sich dagegen, daß ein Gegensatz zwischen Nation und Herr geschaffen werde. Wenn es als selbstverständlich bezeichnet werde, daß der Soldat auf Vater und Mutter schieße, so dürfe man sich nicht wundern, daß ein gewisses Grauen in bürgerlichen Kreisen entstehe; die äußerste Staatsraison könne so etwas rechtfertigen, „aber man predige es nicht!“ Was die Strafen wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens betreffe, welche Mengen von Strafen würden da auf die Agrarier wegen ihrer friedensstörenden Agitationen fallen! Gegenüber der Behauptung, daß ohne Monarchie keine gedeihliche Entwicklung möglich sei, wies Auer darauf hin, daß wir in Deutschland Republiken haben, daß Monarchen von ihres Gleichen gestürzt worden und daß auch liederliche Subjekte auf Thronen zu finden gewesen wären; weit schädlicher für die Herrscher sei der Byzantinismus, zu dem wir, selbst nach den Aussprüchen der „Kreuz-“ und der „Allg. Ztg.“, auf dem besten Wege wären. Bezüglich der vorgeschlagenen Strafbestimmungen zum Schutz der Ehe und der Familie wies Auer auf die Gestaltung der gewerbsmäßigen Heiratsbureaus, der Heiratskauttionen im Heere und auf gewisse Skandale in den sog. besseren Ständen hin. Redner schloß diese dreistündige Rede mit den Worten: „Die Erweiterung der kautschukartigen Bestimmungen wird nur dazu führen, die Opposition vogelfrei zu machen; wir fürchten dieses Gesetz ebenso wenig wie das frühere Sozialistengesetz; wir halten es für unverbesserlich; der frühere Reichskanzler sprach von dem Mute der Kaltblütigkeit; diese ist zum Teufel gegangen und Sie marschieren unter dem Hasenpanier!“

Für diese von allen Seiten des Reichstags mit Ruhe angehörte Rede eines der gemäßigtsten Sozialdemokraten wurde allgemein der Taktik dieser Partei ein Kompliment gemacht. Es war damit die Verschleppung der Beratung eingeleitet, der wesentlichste Teil ihres Programms dicht verschleiert und das in der gesammten radikalen Presse beliebte Thema des „Umsturzes von oben“, unter allerlei pikanten Anspielungen weidlich breitgetreten. Der Abbruch der Verhandlungen schon nach dieser einzigen Rede am ersten Beratungstage machte ein wenig den Eindruck, als werde sie von den gegnerischen Parteien für bedeutend gehalten; in Wirklichkeit aber konnten diese sich durch einiges von dem Gehörten wohl nur veranlaßt finden, sich an die eigene Nase zu fassen.

Am folgenden Tage, den 9. Januar, rückte die Verhandlung um zwei Redner weiter. Der erste von ihnen, der Großindustrielle v. Stumm (konf.) trat Herrn Auer vor allem mit der Behauptung entgegen, die Sozialdemokraten seien durchaus nicht eine so harmlose Partei, vielmehr liege schon in Auers Versicherung, daß sie seien, was sie immer waren, die Anerkennung ihres revolutionären Charakters, wie er in Reden aller ihrer Führer, z. B. noch in Liebknechts Äußerungen über die Pariser Kommune hervorgetreten sei. Eine völlige Täuschung würde es sein, zu meinen, daß seit Aufhebung des Sozialistengesetzes das Blutrote der Revolution sich in das Rosenrote der Reformpartei verwandelt habe. Die bürgerlichen Parteien stießen solche, die sich gegen Sitte und Recht vergingen, aus; die Sozialdemokraten thäten dies jedoch nicht, vielmehr zögen diese alles, was uns heilig ist, herab; ihren Zusammenhang mit dem Anarchismus zu leugnen, sei ganz unmöglich, denn alle Anarchisten in Deutschland wären Führer der Sozialdemokraten gewesen; der Streit zwischen Bebel und v. Bismarck haben nur den Schein der Ungefährlichkeit der Sozialdemokraten hervorrufen sollen; helfen könne nur ein streng durchgreifendes Gesetz, wodurch Sozialdemokraten und Anarchisten das aktive und passive Wahlrecht entzogen und die Agitatoren ausgewiesen würden; die Berechtigung dazu liege darin, daß diese Partei einen Staat im Staate bilde und international beeinflusst werde. Wer diese Strenge nicht billige, sei verantwortlich für die Ströme von Blut, die dann fließen würden; den Arbeitgebern liege die Pflicht gegen den Staat ob, sich zu vereinigen und sich von der

Tyrannie der Sozialdemokraten zu befreien; eine Entschuldigung liege für erstere freilich im Kokettieren gewisser Gebildeter mit der Sozialdemokratie und der Revolution, wie dies kurz vor der ersten französischen Revolution schon der Fall gewesen; es habe sich sogar eine förmliche soziale Akademie herausgebildet; man habe auch eine sozialpolitische Studentenverbindung gründen wollen, und zu den irreführenden Redensarten gehöre die Wendung von dem berechtigten Kern der Sozialdemokratie; sogar in der evangelischen Geistlichkeit, z. B. vom Pastor Naumann in seinem Blatte „Die Hilfe“, werde mit der Sozialdemokratie kokettiert; in Berlin werde ein Stück wie „Die Weber“ aufgeführt, das Most als das beste Mittel zur Verbreitung anarchistischer Ideen hingestellt habe, ja soweit sei es gekommen, daß in fast allen Staatsbetrieben sozialdemokratische Arbeiter angenommen würden; schreite der Staat nicht ein, so werde das Bürgertum zur Selbsthilfe schreiten. Besser wäre es gewesen, man hätte ein Ausnahmegesetz gemacht; die jetzige Vorlage enthalte ein Minimum des zur Erzielung eines Entwurfs Notwendigen; werde dies abgelehnt, so würde man mit elementarer Gewalt zu schärferen Maßnahmen gedrängt werden.

Nach Herrn v. Stumm trat namens der Centrumspartei der Landrichter Gröber aus Heilbronn mit einer Rede auf, deren eigentliches Ziel nicht klar hervortrat und die daher das alte Mißtrauen gegen klerikale Sonderabsichten dieser Partei wieder wach rief. Er begann mit ziemlich scharfen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und bezeichnete als die jetzige Stellung der Centrumspartei diejenige, welche in einer Erklärung des verstorbenen Abg. v. Franckenstein bei Beratung des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 eingenommen worden sei, nämlich ernste Erwägung, ob durch Verschärfung des gemeinen Rechts den Ausschreitungen entgegengewirkt werden könne, zugleich aber positive Maßnahmen zur Hebung wirtschaftlicher Schäden und „friedliche, gerechte Zustände auf kirchlichem Gebiete“. Da nun in letzteren Beziehungen seit 17 Jahren auch nach der Auffassung des Centrums mancherlei geschehen, in ersterer Hinsicht es aber in der Zwischenzeit nur viel schlimmer geworden ist, so lag die Erwartung nahe, daß der Centrumsredner sich an die vorliegende Aufgabe halten werde; allein im weiteren hielt Gröber eine richtige „Kulturkampf“-Rede: die Kommission müsse prüfen, ob die Vorlage

nicht an Vieldeutigkeit leide, denn in dieser Beziehung habe das katholische Volk übele Erfahrungen gemacht. Redner schilderte den Wirrwarr, der entstehen würde, wenn liberale Professoren, welche die Revolution unter allen Umständen rechtfertigten oder gewisse Heldenthaten des Altertums anpriesen, als Lobredner von Verbrechen würden vor Gericht gestellt werden, während „die Mordbrennereien eines schwedischen Eroberers“ entschuldigt würden, weil sie zu Gunsten eines Glaubensbekenntnisses verübt seien; das Lob der geistlichen Märtyrer unter der Herrschaft der Maigesetze und der Kriegsminister, der den General v. Kirchhoff in Schutz nahm, könnten nach diesem Gesetze bestraft werden; das Ende aller Kritik würde überhaupt der Anfang eines Chinesentums sein. Nach dieser Rede Gröbers bezweifelte der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Lieberding, daß sich mit der Centrumspartei ein Boden der Verständigung über die Vorlage werde finden lassen, er hoffte aber im Allgemeinen auf Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten in der Kommission; sei doch selbst in der Schweiz ein Anarchistengesetz zustande gekommen. Damit endete diese zweite Sitzung, aus der die liberalen Parteien als Resultat die Besorgnis ernstlicher Versuche einer Erzwingung von Zugeständnissen auf kirchenpolitischem Gebiete entnehmen zu müssen glaubten, eine Aussicht, die für weite Volkskreise reichlich so abstoßend war, als die des sozialistischen Zukunftsstaats. Und diese Besorgnis schien um so näher zu liegen, als seit einiger Zeit auch im konservativen Lager sehr heftige Angriffe gegen die freie Forschung erfolgt waren. Die vorjährigen orthodoxen Anstürme gegen die Professoren Harnack und Meitzen in Berlin und Graf in Bonn wie auch frühere gegen Häckel in Jena und gegen Förster tauchten in der Erinnerung der besorgten Volkskreise unwillkürlich wieder auf.

Dieser Stimmung gab in der dritten Sitzung am 10. Januar Graf Limburg-Stürum Ausdruck indem er, zur Erleichterung der Liberalen, namens der konservativen Partei sich gegen eine Neigung des Centrums, Zugeständnisse zu erhandeln, wandte; in der großen Masse des Volks herrsche der Wunsch nach kirchlichem und politischem Frieden und es sei jetzt das Zusammenwirken aller Kräfte notwendig; würdiger der großen Centrumspartei wäre es daher gewesen, Gustav Adolf nicht als Mordbrenner zu bezeichnen und vom Jesuitengesetz als von einem Ausnahmegesetz zu reden, da es dies doch nicht gegen

die katholische Bevölkerung, sondern nur gegen Wenige sei. Eine gewisse Dehnbarkeit müßten die neuen Bestimmungen haben, weil sonst dasjenige nicht getroffen werde, was eben getroffen werden sollte; das Gegengewicht liege im Vertrauen zum unabhängigen Richterstande; die Vorlage genüge noch nicht, sondern es müsse vor allem die Organisation der Sozialdemokraten verhindert werden, denn es handle sich nicht nur um einen Geisteskampf, sondern um eine Machtfrage. Hiernach trat Munkel (frei. Volksp.) auf. Er verkannte die Gefahr des Umsturzes nicht, für die Vorlage aber fehle ein Grund. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes sei eine große That gewesen, bei der gerühmt worden, wie schön man ohne dasselbe auskommen könne. Was habe sich nun seitdem geändert? Nichts, denn die traurigen Vorgänge in Frankreich könnten doch auf Deutschland nicht einwirken; dieses Gesetz sei ein unglückliches Kind, das schon vor der Geburt Vater und Mutter verloren habe; es würde auf jeden passen, auf den man es anwenden wolle, die Justiz solle man aber nicht ohne Not in den Dienst der Politik stellen. Der ferneren Behauptung des Redners, daß das Heer gegen sozialdemokratische Ansteckungsstoffe völlig unzugänglich sei, trat sofort der preußische Kriegsminister General Bronsart von Schellendorf in einer kraftbewußten Rede entgegen. Die Aufrechthaltung der Zucht im Heere, so entwickelte er, könne erschwert werden, wenn die Regierung angesichts gewisser Erscheinungen den Kopf in den Sand stecken und es an der nötigen Achtsamkeit fehlen lassen würde oder wenn der Reichstag die Mittel zur Abwehr von Verlockungen und Einwirkungen verweigern würde, die dahin zielten, systematisch jede Autorität zu untergraben, den Soldaten an den Gedanken zu gewöhnen, daß der Treubruch kein Verbrechen, sondern unter Umständen rühmlich sei. Allerdings wäre es Wahnsinn, wenn die Führer der Sozialdemokraten ihren Genossen im Heere rieten, schon jetzt ihre Lehren ins Praktische zu übersetzen, es frage sich aber, ob die Hintermänner der vorsichtigen Führer sich an die Ratschläge kehren würden, diese Partei habe zu viele Franktireurs, denen die Sache zu langsam gehe. Der General rückte bei seiner Rede immer weiter nach der linken Seite des Hause vor und wandte sich direkt gegen die da sitzenden Sozialdemokraten. Keiner von Ihnen, sagte er da, sieht allerdings aus, als ob er ein Pulvermagazin erbrechen wolle, wenn ein Posten davor steht, aber Sie werden

womöglich noch einmal Helden wider Willen sein müssen; wenn der von Ihnen prophezeite große Krach anfängt, dann können Sie weder rechts noch links ausbrechen, sondern müssen mit vor die Front. Mit der hingeworfenen Bemerkung „ich verlasse nun dies heitere Bild“ und mit dem Degen aufstoßend, ging der Minister zur Darlegung über, daß es jetzt gelte, durch Verschärfung der Gesetze schlimmeren Auseinandersetzungen vorzubeugen, denn das Schicksal eines bethörten eidbrüchigen Soldaten sei sein Ende auf dem Sandhaufen durch das Blei seiner Kameraden. Hiernach kam der preußische Justizminister Schönstedt zum Worte. Er erhoffte von diesem Gesetze, daß in allen Kreisen und Parteien die Hefigkeit der Angriffe sich mindern und so das öffentliche Leben mehr gesunden werde, und sagte, die Möglichkeit einiger unrichtigen Anwendungen von Gesetzesbestimmungen dürfe niemals ein Gesetz töten und könne überall vorkommen; man müsse eben und dürfe auf das gesunde Urteil und die Unabhängigkeit der Gerichte sich verlassen. Nun hieß es: v. Bennigsen hat das Wort. Da strömte alles nach der Mitte des Saales zur Rednertribüne, wo der Führer der Nationalliberalen unter gespanntester Aufmerksamkeit der Versammlung die politische Lage in großen Zügen zeichnete und schließlich hervorhob, daß der jetzige Kampf der Geister gerade in Deutschland die Entscheidung bringen werde, ob die Kraft des monarchischen Gedankens größer sei als Zerfetzung und Umsturz. Im deutschen Volke frage man sich schon lange, wo denn die Autorität des Staats dem sozialdemokratischen Treiben gegenüber bleibe; verwunderlich sei die Langmut, mit der man das in Deutschland so lange habe geschehen lassen; gewissenlos wäre es von den Regierungen, wenn sie den Umsturzbestrebungen fernerhin ruhig zusähen; der Staat dürfe nicht zugeben, daß unter dem Schutze seiner Gesetzgebung die Sozialdemokratie sich ungestört vorbereite und rüste. Hierzu genüge aber die Vorlage, die Ratschläge v. Stumms seien abzuweisen. Dies wurde alsbald in den „Hamb. Nachrichten“ als ein falscher Schluß bezeichnet, weil die Behandlung auf dem Boden des gemeinen Rechts niemals der Sozialdemokratie ihren revolutionären, schließlich zur Gewalt treibenden Charakter nehmen werde; beifällige Aufnahme werde dagegen im Lande die energische Sprache des preußischen Kriegsministers finden. Barth (freis. Ver.) führte hiernach aus, die Sozialdemokratie habe sich nur ausgebreitet, weil ihr Wesen auf dem

in der Politik der letzten 15 Jahre zum Ausdruck gekommenen Glauben von der unbegrenzten Staatsallmacht beruhe. Alle Stände seien ja aufgereizt worden, sich an den Staat zu wenden; Handwerker und Bauern habe man dazu aufgemuntert und der Bund der Landwirte sei nur gegründet, um diese Bewegung im Gange zu halten. Wo alle anderen Parteien um das sozialistische Kalb tanzten, sei es nicht zu verwundern, daß auch die Arbeiter Ansprüche erheben; durch die Zwangsversicherung habe den Sozialdemokraten der Wind aus den Segeln genommen werden sollen, es sei damit aber nichts erreicht, nur das Anerkenntnis für die Richtigkeit sozialdemokratischer Ansprüche liege darin; sonach habe der Kagenjammer nicht ausbleiben können; und als andererseits den Sozialdemokraten die Geduld gerissen, wolle man nun mit Gewalt dreinschlagen. Der letzte Redner, Colbus aus dem Elsaß, verlangte vor allem Abschaffung des sog. Kanzelparagraphen und Rückkehr der Jesuiten, von denen ein einziger mehr gegen die Umsturzparteien wirken könne „als ein ganzes Regiment Polizeidiener“. In derselben Weise verlangte der Vertreter der polnischen Partei, der Rittergutsbesitzer v. Wolszlegier aus Silgenburg, in erster Linie etwas ganz anderes, als was die Vorlage will. Zwar suchte er auszuführen, daß niemand mehr als die Polen bereit zur Verteidigung der höchsten Güter seien und daß in der polnischen Bevölkerung die Umsturzideen noch keinen Boden gefunden hätten; die Fernhaltung der Sozialdemokratie hänge aber überhaupt von der Beseitigung der Unzufriedenheit, mithin auch von der Erfüllung aller der national-polnischen Forderungen ab, welche die Abgeordneten der polnischen Provinzen bei jeder Gelegenheit vorzubringen pflegen. Der preussische Minister v. Köller wies darauf hin, daß die Liberalen früher stets gegen ein Ausnahmegesetz für Erledigung der Frage im Wege des gemeinen Rechts aufgetreten seien und daß die Regierungen jetzt den Versuch einer Lösung in letzterem Sinne unternähmen; der freisinnige Herr Barth halte die bürgerliche Gesellschaft für stark genug um allen Angriffen der Sozialdemokraten ruhig entgegensehen zu können, während dessen Parteigenosse Meyer der Meinung sei, der Staat müsse, wenn wiederum Verbrechen vorkommen sollten, zeigen, daß er keinen Spaß verstehe. Warum solle man denn aber warten bis erst unschuldiges Blut vergossen worden? besser wäre doch, dem vorzubeugen; die Regierungen

fähen die Sache keineswegs zu schwarz an. Um dies zu beweisen führte der Minister ein umfassendes Material von Einzelfällen an, in welchen durch Reden in Versammlungen oder durch die Presse die schwersten Angriffe gegen Religion, Monarchie, Familie, Ehe und Eigentum gerichtet worden, ohne daß nach den bestehenden Gesetzen eine Bestrafung hätte erreicht werden können. Durch die Menge und das Treffende dieses Beweismaterials wurde reichlich nachgeholt, was im Dezember in der Begründungsrede des Staatssekretärs Nieberding zu schwach ausgefallen war. Zum Schluß legte der Minister eine lebhafteste Berufung an die Centrumspartei ein, sich unter Beseitigung aller Sonderinteressen und alles Zwistes mit den übrigen staatserkhaltenden Parteien zum Zustandbringen eines wirklichen Abwehrgesetzes zu vereinigen. Hiernach entwickelte Liebermann von Sonnenburg, die Vorlage sei für die christlich-soziale Partei unannehmbar, weil sie gerade die Abwehr des Umsturzes hindere; nötig sei vor allem ein Vorgehen gegen das Judentum als den größten Machtfaktor auf dem Umsturzgebiete. Der Welfe v. Hodenberg konnte der Gelegenheit nicht widerstehen, gegen die Vorlage anzuführen, daß die preußische Regierung selbst im Jahre 1866 den Umsturz in großem Maßstabe betrieben habe. Der bekannte Redakteur des „Bayerischen Vaterland“, Dr. Sigl aus München trug sodann die „kategorische Forderung“ der 79 000 Mitglieder des bayerischen Bauernbundes vor, den Gesetzentwurf unter jeder Form und unter allen Umständen abzulehnen, weil sonst die Vertreter der Presse als Politiker tot sein würden; sonderbar sei es, daß im Staate Friedrichs d. Gr. 150 Jahre nach seinem Ende ein solches Gesetz eingebracht werde; wodurch, fragte Redner, unterscheiden wir uns noch von einem absoluten Staate, wenn es keine Freiheit der Presse mehr giebt? Wenn diese oder jene Partei unerträgliche Zustände gebessert wissen wolle, so wäre dies doch ein ganz berechtigter Umsturz; auch das Christentum sei trotz der Cäsaren Roms und aller Ausnahmegesetze siegreich gewesen; Redner selbst sei 1870 als Thronumstürzler verfolgt, bis man erkannt habe, er sei ein Armeekorps wert; so müßten wohl auch jetzt die 95 Prozent aller Bayern, weil sie auf Seiten der Fuchsmühler Bauern ständen, ins Gefängnis gesteckt werden. Das Volk werde durch sozialistische Schriften keineswegs vergiftet; wer sich dadurch vergiften lasse, sei ein Schaf; im

deutschen Reiche sei überhaupt niemand zufrieden; nirgends sei mehr umgestürzt als in Berlin; als man hier das Welfenreich umgestürzt, wären die Hauptumstürzler Mazzini und Garibaldi Preußens Verbündete gewesen; das Bestehen untauglicher Zustände enthalte für jeden tapferen Menschen die Pflicht, für Umsturz zu sorgen. Zum Schluß erinnerte Redner an das Schicksal Straffords mit der Mahnung, daß Minister durch den Willen des Reichstags weggeblasen werden könnten, wie ja auch der jetzige Reichskanzler einst als bayerischer Ministerpräsident vom bayerischen Besen weggefegt worden sei.

Am 5. und letzten Beratungstage kamen noch 7 Redner zum Worte. Lerno (Centr.) trat Sigls Behauptungen über die Stimmung in Bayern entgegen. Spahn (Centr.) wollte aus der Rede des Ministers v. Köller entnehmen, daß es sich doch um ein Ausnahmegesetz handele und schon bloß die Tendenz bestraft werden solle. Die Entwicklung der Sozialdemokratie hänge mit dem früheren kirchenpolitischen Streite zusammen und die Hauptquelle des Anarchismus liege in der modernen Litteratur. Nunmehr ergriff der Reichskanzler Fürst Hohenlohe das Wort, um vor allem hervorzuheben, daß sich die Vorlage auf der Grundlage einer mittleren Diagonale zwischen Ausnahmegesetz und gemeinem Rechte bewege und daher das mindeste dessen enthalte, was nach Ansicht der Regierungen notwendig sei. Nicht die freie Meinungsäußerung, sondern nur deren Form solle beschränkt, der Gegner solle überzeugt, nicht aber vernichtet werden; die Waffen des Hasses, der Verleumdung und Gewalt sollten keine Verwendung finden; in Bekämpfung der sozialen Übel durch Gesetze seien wir von keinem Lande der Welt übertroffen, und dieser Weg solle auch fernerhin beschritten werden; der Kampf gegen die Strömungen des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung richte sich nicht gegen bestimmte Bevölkerungsklassen, sondern gegen das internationale und soziale Verbrechen. Leuschner (Reichsp.) glaubte, daß man ohne ein scharfes Gesetz gegen die Umsturzbestrebungen nicht mehr auskommen könne und führte als Beweis dafür die Verhältnisse im Bezirke des Mansfelder Kupferbaues an. Zu einer ausführlichen Verteidigung der Sozialdemokraten warf sich hiernach ihr Führer Frohne auf. Er bekannte, daß sie aus ihrer revolutionären Gesinnung niemals ein

Sehl gemacht, gab aber zu, daß Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie die Revolution sich zu vollziehen habe, herrschten. Wenn man auch sage, daß die Vorlage auf dem Boden des gemeinen Rechts stehe, so richte sie sich doch tatsächlich gegen die Sozialdemokraten. Von diesen würden Meineid und anarchistische Mordangriffe keineswegs verherrlicht; Unzufriedenheit beherrsche alle Welt, insbesondere auch die Agrarier; den wenigen Veruntreuungen unter Arbeitern ließen sich Prozesse wegen Hinterziehung von Steuern und verschiedene Millionendiebe sowie Durchbrenner entgegensetzen; die geringen Anfänge der Sozialreform wären nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie entstanden; nicht das Eigentum wolle die Sozialdemokratie abschaffen, sondern nur dessen Mißbrauch seitens der Bevorrechteten; sie sage nicht: „Fort mit dem Kapital!“, sondern „Her mit dem Kapital!“ (Große Heiterkeit), damit es im allgemeinen Interesse verwendet werden könne; die Centrumpartei könne nicht erklären, daß die Monarchie die Grundlage der Staatsordnung sei, denn der Papst habe ausgesprochen, auch die Republik könne die von Gott gewollte Staatsordnung sein. Mit Unrecht habe der preußische Kriegsminister von Feigheit der Sozialdemokraten gesprochen, vielmehr besäßen viele derselben mehr moralischen Mut, als ein Krieger, der den geadelten Mord des Duells verteidige und einem General rate, an einem Journalisten einen Mord zu begehen. Dagegen erwiderte der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, daß diese gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe nicht einmal die Spitze seines Stiefels berührten. v. Buchka (konj.) hielt die Hebung des Mittelstandes nötig zur Besserung der sozialen Verhältnisse und trat der Behauptung der Centrumsleute entgegen, daß die Jesuiten zur Bekämpfung des Umsturzes beitragen könnten, denn trotz ihrer Überfülle in Belgien hätten dort die Sozialisten überhand genommen.

Damit schloß endlich die lange Beratung der Umsturzvorlage, die keineswegs von einem Eifer und Drange nach raschem und entschiedenem Einschreiten gegen die große Sozialistengefahr, sondern weit mehr von der Besorgnis einer Gefährdung besonderer anderweitiger Parteibestrebungen Zeugnis ablegte, ja es war von mehreren Seiten der Spieß derart umgedreht, daß die Nichterfüllung der letzteren als die eigentliche Umsturzgefahr hingestellt und gewisser-

maßen mit ihr gedroht zu sein schien. Wird nun die Kommission, an welche die Vorlage jetzt wanderte, das Staatsinteresse dem Parteiinteresse vorziehen? Es war kaum zu erwarten. Was aber überhaupt von der Vorlage zu erwarten sei, faßte das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts“ in Berlin in die Worte zusammen: „Eine friedliche Entwicklung würde, jeder menschlichen Berechnung nach, in absehbarer Zeit der Sozialdemokratie den Sieg bringen. Dieser soll um jeden Preis verhindert werden. Dabei geht aber die friedliche Entwicklung in die Brüche. Die Umsturzvorlage ist daher in Wahrheit die Vorbereitung des Umsturzes.“ Andererseits fühlten die Freunde entschiedensten Vorgehens ihre Ansicht von der Notwendigkeit eines Ausnahmegesetzes durch die Reichstagsverhandlungen vom 8. bis 12. Januar nur bestätigt, denn es wären dadurch die Bedenken nicht beseitigt, die an den Umstand anknüpften, daß die strafbaren Handlungen, die der Gesetzentwurf treffen wolle, ausschließlich von der Sozialdemokratie ausgingen; es fordere derselbe für den Kampf gegen diese zu wenig, für das gemeine Recht der Gesamtheit zu viel und erzeuge daher Gefahren, welche die Ablehnung selbst bei solchen Abgeordneten und Parteien hervorrufen könnten, die wahrscheinlich einem energischeren Vorgehen gegen die Sozialdemokratie allein zugestimmt hätten.

Da als Hauptvertreter dieser entschiedensten Richtung im Reichstage der Großindustrielle Herr v. Stumm zu Halberg aufgetreten war, so richteten sich nach längerer Zeit von mehreren Seiten die Pfeile hauptsächlich gegen ihn; er gehöre einer vergangenen Zeit an, für ihn gebe es noch keinerlei Rechte des Arbeiterstandes, er verkündige das Evangelium der starren Gewalt, während doch nichts die Revolution wirksamer fördere, als eine drakonische, zeitwidrige Gesetzgebung. Am empfindlichsten fühlten sich durch Herrn v. Stumm diejenigen Kreise evangelischer Geistlichen und die sog. Katheder=sozialisten getroffen, in deren Wirksamkeit er eine Förderung der Sozialdemokratie erblickte. Hiergegen richtete sich daher am 17. Januar eine Versammlung der Christlich=sozialen Partei, in welcher der Hofprediger a. D. Stöcker diesen auf den Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M. und sein Blatt „Die Hilfe“ gemachten Angriff zurückwies, die Arbeiterbewegung als etwas durchaus berechtigtes schilderte, die Pflicht der Geistlichen sich hierum zu bekümmern aner=

kannte und die Umsturzvorlage, weil sie als Kitt die Sozialdemokraten zusammenhalte, für einen großen politischen Fehler erklärte; Herr v. Stumm möge es ja sehr gut meinen, seine patriarchalischen Anschauungen paßten aber durchaus nicht mehr in unsere Zeit. Nach Stöcker trat Professor A. Wagner zur Verteidigung der Kathedersozialisten, zu denen er selbst gerechnet wird, auf. Er meinte, Stöcker habe Herrn v. Stumm zu gut behandelt; die Arbeiter hätten das volle Recht, sich vor der Ausbeutung durch das Kapital zu schützen; es sei ein Unsinn sondergleichen, dieser Bewegung in die Speichen fallen zu wollen und zu behaupten, die sozialdemokratische Bewegung sei das zufällige Produkt einiger Agitatoren; mit polizeilichen Mitteln werde man niemals eine Idee aus der Welt schaffen; nun solle aber auch nicht mehr das Eigentum angegriffen werden! Es werde jedoch niemand in Abrede stellen können, daß mit dem Eigentum vielfach Mißbrauch getrieben sei; wenn dasselbe nicht mehr angegriffen werden dürfe, dann erleide die akademische Lehrthätigkeit zum großen Schaden des Staates eine arge Beschränkung; er weise, gleichzeitig im Namen seiner Kollegen, die Angriffe v. Stumm's auf die Kathedersozialisten mit aller Entschiedenheit zurück; die Professoren der Nationalökonomie in Deutschland hätten der Sozialpolitik die Wege geebnet; der Beschluß einer neulich unter v. Stumm's Vorsitz stattgehabten Versammlung der Großindustriellen des Saargebiets, „Die Hilfe“ als sozialdemokratisch zu erklären und alle dieses Blatt lesenden wie auch alle dem christlichen Arbeiterverbände beitretenden Arbeiter sofort zu entlassen, bilde den Gipfel der Brutalität; indem v. Stumm die berliner Professoren der Nationalökonomie der Unduldsamkeit beschuldigt habe, hätte er in grober Weise unwahr und leichtfertig gehandelt. Die Versammlung sprach sich im Sinne dieser Redner aus.

Mit gleicher Schärfe wurde dem v. Stumm'schen Systeme von der Naumann'schen „Hilfe“ zugesetzt. Es hieß da: „Das Unterdrückungssystem fordert einen unbeugsamen, harten Willen: Die Natur der katholischen Habsburger in früheren Jahrhunderten. Ein solcher Wille ist mit dem allgemeinen Wahlrecht nicht verträglich; sodann fordert dieser Weg eine dumpfe, träge Masse, die nicht liest, nicht über die Landesgrenzen hinausschaut, die keine geistigen Kräfte zur Verfügung hat, sobald man 100 Köpfe hinter Eisengitter steckt. Wo

aber ist heute diese tote Masse? jenes System wurde an dem Tage verabschiedet, wo man die Volksschule einführte; es wurde völlig gebrochen, als Bismarck das allgemeine Wahlrecht gab, und nun kommen Gestalten der Vergangenheit und wollen mit den Mitteln der alten Habsburger das Volk des neuen deutschen Reichs regieren! Es fehlt die Hauptsache: unsere Regierung und unsere Volksvertretung sind nicht voll von dem Wunsch großer einheitlicher Reform. Den Mangel soll das Umsturzgesetz verdecken. Das ist, wie wenn ein Lehrer die Kinder schlägt, weil er sie nicht ordentlich zu regieren versteht.“ In demselben Sinne erließen bald darauf eine Reihe von Professoren und Geistlichen eine öffentliche Erklärung, in der es hieß: „Gründliche soziale Reformen sind das einzige wirkfame Mittel, um verbrecherischen Ausschreitungen auf die Dauer vorzubeugen, Sitte und Ordnung aufrecht zu erhalten; der Gegner muß durch sittliche Größe, die ihm den Grund zu seinen Anklagen nimmt, überwunden werden.“ Diese Auslassung wurde aus dem Lager der entgegengesetzten Ansicht sofort als „Niederschlag aus dem Reiche des Volks der Träumer“ bezeichnet, wie ihn der ärgste ausländische Spötter deutschen Wesens kaum handgreiflicher zu liefern vermöchte; auch während der ersten französischen Revolution habe es unter den Opfern der Guillotine viele gegeben, die es mit der Revolution „so gut“ gemeint.

Eine wertvolle Beleuchtung erfuhr dieser vorzugsweise an die Namen v. Stumm und Wagner sich knüpfende große sozialpolitische Gegensatz infolge einer Einmischung berliner Studenten zu Gunsten ihrer Lehrer Wagner und Schmoller. Durch die Teilnahme vieler anderer Professoren der berliner Universität, namentlich ihrer Rektors, wurde jedoch diese studentische Kundgebung ihres herausfordernden Charakters entkleidet. Der Rektor Professor Pfeleiderer trat mit einer längeren Ansprache auf, in der er keineswegs obiger Erklärung verschiedener Geistlichen und Professoren beistimmte, vielmehr in der Aufrichtung der geplanten gesetzlichen Schutzwehren keine Gefährdung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung erblickte; was die Gefahr schaffe, sei nicht die freie Kritik und Aussprache, sondern die unwissenschaftliche Behandlung wissenschaftlicher Fragen und das Hinaustragen „halbverstandener wissenschaftlicher Erkenntnis in die Kreise der Gesellschaft, die ohnedies von

Brenn- und Zündstoff aller Art in bedenklichem Grade umgeben" sei. Damit traf Pfeleiderer ins Schwarze und allgemein mußte zugegeben werden, daß es gerade die Propaganda der Dilettanten ist, die so wesentlich zur Verbreitung einer völlig unhaltbaren Weltanschauung beiträgt, ihr in den gebildeten Kreisen Boden schafft und den weniger gebildeten Berufsklassen ein mit dem Schein der Unantastbarkeit umgebenes Material zu liefern pflegt. Es ließ sich aus der Rede des Rektors eine leise Entschuldigung des Angriffs v. Stumm's auf die Professoren heraushören, die es begünstigten, daß Studenten in sozialistischen Vereinen mit halbverstandenen Sätzen der Wissenschaft ein gefährliches Spiel trieben, und es bedeutete die Rede eine ernste Rüge für diese Studenten, woran sich dann die Mahnung schloß: „Wahren Sie sich doch das goldene Vorrecht der Jugend, in ungetrübtem Idealismus, unbekümmert um das fatale Gezänk der politischen Parteien, sich der gemeinsamen hohen Güter des Vaterlandes zu erfreuen; gepflegt wird aber die Liebe zu diesem wahrlich nicht dadurch, daß die Jugend schon wieder in die alte deutsche Erbsünde des Sondergeistes und Parteiwesens zurückfällt.“ Die Studenten übergaben sodann an Wagner und Schmoller ihre Zustimmungsadressen, worauf die Professoren Schmoller und v. Treitschke ihren Standpunkt darlegten. Ersterer bezeichnete die Sozialdemokratie als ethischen Materialismus, den Kathedersozialismus als ethischen Idealismus und meinte, die gegen die paar Professoren gerichteten Angriffe gälten thatsächlich der ganzen Universität sowie dem Unterrichtsweisen; es sei eine der schlimmsten Entartungen des Parlamentarismus, wenn die Führer die Professorenstellen zu einem Appendix ihrer Patronage herabdrücken wollten. Professor v. Treitschke trat ebenfalls für die Freiheit der Wissenschaft ein und sagte gegen Herrn v. Stumm: „wenn so ein Millionär kommt und sich untersteht, geradezu Unwahrheiten über deutsche Professoren vor der gesammten Nation von einer unnahbaren Stelle herab zu verkünden, so kann ich nur derb und ehrlich antworten: Schuster bleib bei deinen Leisten!“ Das akademische Leben, sagte Treitschke weiter, vollzieht sich in einer gewissen keuschen Stille, unberührt von Parlament und Presse; er bitte daher seine Kollegen, die Stille des Katheders zu wahren.

Mit derselben Freude, mit der die Studenten v. Treitschke's

Aufforderung, einen Salamander auf die Freiheit der Wissenschaft zu reiben, nachkamen, wurden manche andere Kreise erfüllt über die zwei Mahnungen angesehenen Professoren an ihre Kollegen, nicht in den Strudel des Parteilebens hinabzusteigen, in der sie sich, wie berühmte Beispiele oft gezeigt haben, wohl meistens übel ausnehmen. Man hörte in Anknüpfung an jene Ausführungen wohl, daß ein Umsichgreifen sozialistischer Ideen in studentischen Kreisen eine Folge des von Universitätsprofessoren geförderten „Sozialismus der gebildeten Stände“ zu erblicken sei; werde nicht eingeschritten, so entstehe die Gefahr, daß sich auf den deutschen Hochschulen sozialistische Konventikel nach nihilistischem Muster bilden. Herr v. Stumm und seine Anhänger zeigten sich ziemlich ungehalten über jene Vorgänge. Ersterer erließ am 14. Februar eine öffentliche Dankfagung für die „aus fast allen Teilen Deutschlands, aus Österreich und der Schweiz“ ihm aus den verschiedensten Berufsständen zahlreich zugegangenen Zustimmungserklärungen, die ihm ein neuer Sporn sein würden, die Umsturz-Bestrebungen zu bekämpfen, „möchten sie von Anarchisten, waschechten Sozialdemokraten, verblendeten evangelischen Geistlichen oder von dünkelfhaften Professoren betrieben werden“; die Maßlosigkeit der pöbelhaften Angriffe gegen ihn beweiße, daß er das richtige getroffen; der Größenwahn der grauen Theorie müsse jedem die Augen öffnen und hoffentlich erkenne man endlich an den maßgebenden Stellen, daß vergeblich gegen den Umsturz vorgegangen werde, „solange man den pseudo-wissenschaftlichen und pseudo-christlichen Sozialismus ruhig gewähren läßt.“ Nebenher gingen in der Presse Artikel gegen „das zünftige Professorentum“, welches das Monopol der Sachkenntnis auf sozialem Gebiete beanspruche und alle, die anders urteilten, als Bönhasen behandle; nicht die Lehrer der Volkswirtschaft, sondern grade Herr v. Stumm habe die Sozialpolitik, insbesondere die kaiserliche Bottschaft v. 17. Nov. 1881 angeregt. Auch aus weiteren Kreisen vernahm man, es seien nicht bloß die zahlreichen rheinischen Industriellen, die Herrn v. Stumm zustimmten, sondern sehr verbreitet sei die Ansicht, gewisse Universitätslehrer hätten leider nicht die von ihnen zu beobachtende Vorsicht und Zurückhaltung in Bezug auf die sozialen Fragen geübt. Vor allem wurde in der „Halle'schen Zeitung“ entschieden gegen die sozialistischen Neigungen akademischer Kreise Partei genommen: es

habe sich gezeigt, daß der Tropfen sozialistischen Öles zuweilen in unklaren Köpfen eine trübe Gärung hervorgerufen habe; die reine Wirkung der Arbeiterschutzesetzgebung sei infolge einer wüsten Agitation gewissenloser und ehrgeiziger Führer, die um keinen Preis Zufriedenheit aufkommen lassen wollten, vereitelt und der gesellschaftsfeindliche internationale Marxismus habe sich hie und da zur Propaganda der That gesteigert; die aus der Betrachtung dieser Entwicklung sich ergebende Stimmung sei in v. Stumm's Auftreten zum Ausdruck gelangt und vom Standpunkt des empörten Patrioten vollkommen verständlich.

Die erwähnten Gegensätze verdienten reichlich die eingehende Erörterung, die ihnen im Lichte der Umsturzvorlage in den weitesten Kreisen zu teil wurde; die ruhige Abwägung beider wurde jedoch durch eine von Herrn v. Stumm an Professor Wagner gerichtete Aufforderung zum Zweikampf beeinträchtigt, denn es erhob sich im Parteigetriebe ein Hohneschrei über den „blutigen Scherz des Zufalls“, daß grade jetzt, wo an die Errichtung von Schutzwehren für Religion, Sitte und Ordnung herangetreten werden sollte, einer von denen, die zu den Hauptstützen dieser Bestrebungen gerechnet sein wollten, zu dem ebenso gesetzwidrigen wie sittlich verwerflichen Zweikampfe greife, ja daß gleichzeitig, aus Anlaß einer geheimnisvollen Angelegenheit des Ceremonienmeisters v. Koge, unter Personen, die den Hoffkreisen angehörten, das Duell „grassiere“. Anscheinend infolge dieser Vorgänge wurde nun auch in der Reichstagskommission für die Umsturzvorlage die Duellfrage in eigentümlicher Weise herbeigezogen.

Diese Kommission war am 17. Januar zusammengetreten, hatte aber von vorn herein noch weniger als der Reichstag selbst Eifer für ihre Aufgabe an den Tag gelegt. Das Erste war sogar ein von Mitgliedern der Centrumspartei angestellter Versuch, den Beginn der Beratungen weit hinauszuschieben; wenigstens konnte ihr Antrag auf Aussetzung der Sitzungen bis die Regierung ihr thatsächliches Material über die Gesetzgebung in anderen Staaten herbeigebracht haben werde, nach Lage der Dinge nicht anders denn als Verschleppungsversuch aufgefaßt werden. Der Antrag wurde von den freisinnigen und den sozialdemokratischen Mitgliedern unterstützt, aber mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt, worauf die gesamte demo-

kratische Presse das Mißgelingen des Plans dem freisinnigen Abg. Lenzmann Schuld gab, der seinen Genossen schon längst verdächtig geworden war, weil er zu gemäßigteren Anschauungen gelangt, nun aber durch sein Stimmen mit der Mehrheit es mit seiner Partei verdorben hatte; in deren Presse wurde er in einem sonst unter Parteigenossen wenig üblichen Tone weidlich abgekanzelt. Nach dem Scheitern der Verschleppung begannen die der Vorlage feindlich gesinnten Mitglieder der Kommission mit der Taktik, allerlei Bestimmungen in den Entwurf hineinzubringen, welche ihn den Freunden eines entschiedenen Vorgehens gegen die Umsturzparteien verleiden mußten. Dahin gehörte zunächst der Aufsehen erregende Versuch, den Konservativen die Suppe zu versalzen, indem man das Duell in den Rahmen der Verbote hineinzwängte und unter schärfere Bestrafung stellen wollte. Daß das Duell nicht zu denjenigen Verbrechen oder Vergehen gehörte, deren Anpreisung durch dieses Gesetz verfolgt werden sollte, lag zu sehr auf der Hand, als daß man in der Öffentlichkeit nicht ganz besondere Absichten hinter diesem Verfahren hätte vermuten sollen. Und als solche Vermutung vernahm man vor allem, die Centrumspartei habe hierdurch bereits mit der Belastung des Kontos begonnen, das sie sich durch ihre angebliche Geneigtheit zur Annahme der Umsturzvorlage eröffnet zu haben glaube; vorsichtiger Weise habe sie dazu nicht eine klerikale Forderung gewählt, sondern sie scheine zu glauben, durch die Wahl jener Forderung einen Popularitätssoup auszuführen und über die Natur der Ansprüche täuschen zu können, deren Erfüllung sie später als Gegenleistung für ihre Zustimmung zur Vorlage zu fordern beabsichtige.

Das Verkehrte der ganzen Lage hinsichtlich der Umsturz-Vorlage trat am meisten dadurch hervor, daß auch in der Kommission die Beratung unter Mitwirkung der Sozialdemokraten erfolgte und daß z. B. Herr Bebel am 21. Januar in der Kommission erklärte, die Aufforderung des Ministers, ihn im Kampfe gegen die Anarchisten zu unterstützen, müßten die Sozialdemokraten ablehnen. Aus diesem Anlaß vernahm man wohl Äußerungen, wie die: die Sozialdemokraten fühlten sich als die Stärkeren, weil sie den Staat und die gesamte bürgerliche Gesellschaft hilflos auf dem Glacis des gemeinen Rechts hin- und hergleiten sähen, und die Fiktion, die Sozialdemokratie von diesem Boden aus zu bekämpfen, habe zu einem die innere Lage

beherrschenden Zustände politischer Heuchelei geführt, welcher die Zerschlagung im Reichstage noch vergrößere; eine Regierung, die den parlamentarischen Kampf mit der Sozialdemokratie nicht offen, entschlossen und auf alle Folgen hin aufnehme, beschwöre damit nur einen ungleich ernstern Kampf herauf, für den sie sich im voraus der besten Waffe, der einheitlich geschlossenen und vertrauensvollen Zuversicht der Nation auf die politische Führung beraube.

Übrigens nahm das Verhalten der Sozialdemokraten in wie außerhalb der Kommission zur Umsturzvorlage lange nicht die Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch als das der mächtigsten Partei im Reichstage, der Centrumspartei. Mit ihrer Taktik in dieser Sache schien schon die frühzeitig, am 17. Januar, bewirkte Wiedereinbringung des Antrags auf Aufhebung des Gesetzes von 1872 gegen den Orden der Gesellschaft Jesu zusammenzuhängen. Durch die Genehmigung desselben seitens des Reichstags am 1. Dezember 1893 und am 16. April 1894 sowie durch die am 9. Juli v. J. vom Bundesrate hierauf gewährte Abschlagszahlung fand sich die Centrumspartei offenbar ermutigt. Dieses teilweise Zugeständnis, sagte jetzt der Hauptredner Graf Hompesch, beweise nur, auf wie schwachen Füßen das ganze Ausweisungsgesetz stehe und mit welcher Leidenschaftlichkeit es zustande gebracht sei. Sodann führte der Redner vor allem aus, die Centrumspartei werde zwar auch ferner fortfahren, der Anforderung des Kaisers zum Einstehen für Religion, Sitte und Ordnung nachzukommen, hiermit sei jedoch nach ihren Vorstellungen der Fortbestand des Jesuitengesetzes unvereinbar. Liebknecht versprach den Centrumsleuten die Unterstützung der Sozialdemokraten einfach deshalb, weil diese sich gegen jedes Ausnahmegesetz zu wenden pflegten, aber er sagte ihnen auch auf den Kopf zu, daß in dem Antrage der Preis liege, den das Centrum für die Zustimmung zur Umsturzvorlage fordere. Lieber stellte dies freilich ganz entschieden in Abrede. Der entscheidende § 1 wurde unter Beihilfe der freisinnigen und der süddeutschen Partei sowie der Polen, und am 20. Februar wurde in dritter Lesung der Gesetzentwurf im ganzen angenommen. Mit der Spekulation der Centrumspartei mochte es sich nun verhalten wie es wollte, so zeigten sich die gemäßigten Parteien fortwährend wegen der Tendenz und Taktik der Centrumsleute mit Besorgnis erfüllt, und das Organ der nationalliberalen Partei sprach von der

lebhaftesten Besorgnis, die in sehr ernst zu nehmenden Kreisen wegen der nun zu erwartenden Entschlieſung des Bundesrats über das Jesuitengesetz herrsche. Nur der frühere Jesuit Graf Paul Hoensbroeck hatte der Genehmigung jenes Beschlusses einen neuen Stein in den Weg geworfen durch eine Schrift, in der er beweisen wollte, daß die Forderung einer Zurückberufung der Jesuiten nichts mit den verfassungsmäßigen Rechten der katholischen Kirche zu thun habe und für den inneren religiösen Frieden verderblich sei. Mit dem Wahne friedlicher Aussicht müsse aufgeräumt werden; die Gesetze des Jesuitenordens hinderten jeden Deutschen, deutsch zu bleiben, und an den Verhältnissen Belgiens sehe man, wie die sozialdemokratischen Regionen unter den Fenstern der hunderte von Kirchen und Klöstern ihren Parademarsch in die Landesvertretung anträten; so habe auch in Deutschland das Centrum mit seiner heizerischen Agitation in mehr als einem Falle der Sozialdemokratie die Wege geebnet. Die Nachricht, daß der frühere Jesuitenpater, der sich so ausgesprochen, bald darauf auf einem sog. kleinen Hofballe vom Kaiser durch eine Unterredung ausgezeichnet worden sei, fiel den Centrumsleuten sehr auf die Nerven; die „Köln. Volksztg.“ sprach von einem peinlichen Aufsehen und von Empfindungen der schmerzlichsten Art, die hierdurch bei den Katholiken hervorgerufen worden seien.

Die ferneren Beratungen der sog. Umsturz-Kommission des Reichstags gewährten für den gewöhnlichen Beobachter das wenig amüsante Schauspiel eines Wirrwars von Haupt-, Neben- und Unteranträgen zu einzelnen Sätzen der ersten Artikel der Vorlage und zeigten das fortwährende Bestreben, aus derselben etwas ihrer Tendenz garnicht entsprechendes zu machen. Insbesondere wurde die im Dezember v. J. zur Begründung der Vorlage erteilte Versicherung, daß dieses Gesetz allgemeiner Natur sein solle, von der Centrums- und der freisinnigen Volkspartei als legitimer und bequemer Anlaß verwertet, die schon am Ende vorigen Jahres aufgestellten Behauptungen, wonach in erster Linie durch die Erfüllung besonderer Parteiwünsche- und Interessen dem Umsturz vorgebeugt werden würde, in die Praxis einzuführen. Zunächst handelte es sich um die Einführung von Strafverschärfungen in den § 111 des Strafgesetzbuchs. Zwei dieser Bestimmungen wurden unverändert genehmigt, nämlich erstens die Festsetzung einer Geldstrafe bis zu

600 Mk. oder einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren für die öffentliche Aufforderung zu einer strafbaren Handlung und für die Anstiftung dazu falls sie von Erfolg gewesen ist; zweitens die Bestimmung etwas niedrigerer Strafen im Falle der Erfolglosigkeit der Aufforderungen. Über die folgenden Strafverschärfungen bezüglich der Aufforderungen zu Verbrechen konnte keine Übereinstimmung erzielt werden, sodaß die betreffenden Sätze der Vorlage wie auch alle Änderungsvorschläge abgelehnt wurden. Dagegen fanden am 30. Januar zwei von den Mitgliedern der Centrumspartei gestellte Anträge zum § 111a Annahme, welcher von der Verherrlichung der Verbrechen handelt. Es sollten nämlich auch die auf die Religion sich beziehenden Vergehen unter die Zahl derjenigen aufgenommen werden, die nicht sollen angepriesen oder verherrlicht werden dürfen, und es sollte ferner auch der Ehebruch nicht angeraten oder belobt werden. Einig schien jedoch die Centrumspartei bei diesem Verhalten nicht zu sein, denn während ihr Wortführer Spahn sich als schroffer Opponent hinstellte, gab Lieber eine Erklärung ab, welche zu verhüten suchte, daß das Centrum in den Verdacht einer grundsätzlichen Opposition gerate.

Lassen wir nunmehr die „Umsturz-Kommission“ — sie hat's ja garnicht eilig — eine Weile ruhig bei ihren ferneren Beratungen sitzen und wenden uns den weiteren Verhandlungen des Reichstags im Januar sowie dem Stande der agrarischen Frage zu, die neben der Frage des Schutzes gegen den Umsturz und in gleichem Maße wie diese vor wie hinter den Parteikulissen, in und außer dem Reichstage, die politische Lage zu beeinflussen fortfuhr.

Der Reichstag zeigte während des Januar mehr Lebendigkeit als in den folgenden Monaten und sehr viel mehr Eifer als die erwähnte Kommission. Am 14. Januar brachte der Geh. Kommerzienrat Heyl (nat.-lib.) aus Worms die Frage nach den Maßnahmen zur Sprache, welche von den Regierungen etwa über eine reichsgesetzliche Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbekammern in Aussicht genommen seien. Gerade jetzt, meinte er, mache die Umwandlung der Industrie, die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb solche obligatorische Kammern nötig, die namentlich den Schutz des Kleingewerbes gegen die Konkurrenz der Hausindustrie in die Hand nehmen müßten. Staatssekretär v. Boetticher, der schon im

November 1891 eine solche Regelung in Aussicht gestellt hatte, gab eine befriedigende Antwort, wonach auf baldige Erfüllung der Zusage schien gerechnet werden zu dürfen. Daran schloß sich vom 16. bis 23. Januar eine vom Schneidermeister Jacobskötter aus Erfurt (konf.) veranlaßte längere Verhandlung über die Organisation des Handwerks. Nachdem hierüber vom Kunsttischler Euler aus Bensberg (Centr.), dem Schriftsteller Pachnide aus Berlin (freij. Volksp.), dem Schneidermeister Reißhaus aus Erfurt (Soz.), von Beckh (freij. Volksp.), dem Schornsteinfegermeister Meyner aus Oppeln (Centr.), dem Oberlehrer a. D. Kropatschek aus Berlin und Anderen gar treffliche Reden gehalten waren, wurden Beschlüsse für Einführung des Befähigungsnachweises, Organisation des Handwerks und Einschränkung der Gefängnisarbeit gefaßt.

Die nächste wichtige Angelegenheit war die von der national-liberalen Partei eingebrachte Anfrage, was der Reichskanzler angesichts der vielfachen Klagen über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande, insbesondere in Mittelamerika zu thun gedenke. Zur Begründung dieser Anfrage führte Professor Hasse aus Leipzig aus, daß seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck, der, wenn es nötig erschien, stets mit voller Wucht in die Verhältnisse des Auslandes eingegriffen habe, das Ansehen des deutschen Reichs gesunken sei, sodaß als Ersatz dafür die Militärvorlage habe dienen müssen, wie jetzt die Marinevorlage; die Theorien, welche Graf Caprivi als Reichskanzler aufgestellt und befolgt habe, hätten die fremden Staaten sich zunutze gemacht; seine Politik lasse sich bezeichnen als eine Verneigung nach allen Seiten, um nur mit allen Staaten in Frieden zu leben; seit einem Jahre seien zahlreiche Klagen von Deutschen im Auslande eingetroffen, aus Frankreich, Ungarn, Peru, Brasilien, Mittelamerika und Palästina. Hiernach sei der König von Württemberg für die bedrohten Besitzverhältnisse der schwäbischen Bauern eingetreten, da das Reich nichts gethan habe; des Deutschen Ruhme in Salvador habe nicht der deutsche Gesandte Peyer sich angenommen, sondern der Kapitän eines Handelsschiffes. Auf diese schweren Anklagen erwiderte der Staatssekretär v. Marschall, indem er zwar den Grafen Caprivi in Schutz nahm, aber zugab, es sei mehr als je Zeit, daß wir dahin strebten, unser Nationalgefühl zu stärken, in den unseren Vertretern in Süd- und Mittelamerika er-

teilten Anweisungen finde sich durchaus nichts, was diese Länder veranlassen könnte, uns als nicht ebenbürtig zu betrachten. Die aus dem Auslande kommenden Klagen müßten mit einiger Zurückhaltung aufgenommen werden, denn nicht jedes Interesse eines auswärtigen Deutschen sei darum auch ein deutsches Interesse; es gingen Deutsche ins Ausland, die dort ihre Nationalität abstreiften, sich in allerlei uns nichts angehende Dinge mischten und sich dann, wenn ihnen etwas schief gehe, darüber scandalisierten, daß zu ihrem Schutz nicht einmal ein deutsches Kriegsschiff da sei; dagegen pflügten die bescheidenen Deutschen im Auslande es als Schädigung ihrer Interessen zu betrachten, wenn unbedeutende und Deutschland nicht berührende Interessen aufgebauscht würden. Völliger Irrtum wäre es, zu glauben, daß die Deutschen im Auslande jede beliebige Thätigkeit unter dem vollen Schutze des Reichs entfalten könnten. Am Maßstab dieser Grundsätze bemaß der Staatssekretär sodann die Vorgänge in Mittelamerika, über die in der Presse sovieler Klagen erhoben waren; er mißbilligte die Einmischung von Deutschen in die dortigen Bürgerkriege, aber auch die Passivität des dortigen Gesandten Peyer. Die deutsche Marine thue alles, was in ihren Kräften stehe, aber wiederholt hätten die nötigen Schiffe gefehlt, um den im Auslande bedrängten Deutschen zu Hülfe zu kommen; wir bedürften der Vermehrung unserer Flotte, um von Zeit zu Zeit in fremden Ländern die deutsche Flagge zu zeigen als eine Mahnung für sie, als ein Schutz für die Landsleute und als Symbol zu ihrem treuen Festhalten am Reiche. Diese Rede und diese Grundsätze fanden im Reichstag und in der Bevölkerung allseitig Beifall, daneben aber vernahm man aus den Kreisen der Zustimmungen großes Bedauern darüber, daß es erst des Eingreifens der Presse und des wachsenden Unwillens der öffentlichen Meinung bedurft hätte; eine solche Verhandlung wäre zu Fürst Bismarcks Amtszeit garnicht möglich gewesen; es habe doch eben wieder das Caprivische System des moralischen Zurückweichens Schiffbruch erlitten, das System der Deckung jedes Beamten, weil er eben Beamter ist.

Ferner wurde im Januar vom Reichstage ein Gesetzentwurf in Beratung genommen, wodurch die Strafprozeßordnung und ein Teil des Gerichtsverfassungsgesetzes in einer den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr entgegenkommenden Weise geändert

werden sollten. Es handelte sich um die Wiederherstellung der Berufsinstanz gegen die Urtheile der Strafkammern, um die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, die Einschränkung des Wiederaufnahme-, die Ausdehnung des Kontumazialverfahrens, Änderung in der Beeidigung der Zeugen, Abkürzung des Prozeßverfahrens in den einer Beschleunigung bedürftigen Fällen und um anderweite Abgrenzung der Zuständigkeit der Gerichte. Bei der Beratung dieser Vorschläge am 17. Januar wies der Rechtsanwalt Lenzmann aus Lüdenscheid (freif. Bp.) auf deren politische Bedeutung; sie sei die Folge vieljähriger Unzufriedenheit mit den unhaltbaren Zuständen der bestehenden Gesetzgebung und ihrer Handhabung, namentlich die Strafrechtspflege, gegen die gegenwärtig das größte Mißtrauen herrsche, weil das Rechtsbewußtsein des Volks die Rechtsprechung nicht mehr verstehe. Darauf gab der preussische Justizminister Schönstedt die bemerkenswerte Erklärung ab, daß allerdings das Ansehen der Justiz nicht mehr dasselbe sei wie früher, er verspreche aber, daß es an ihm nicht fehlen solle, es wieder zu heben. Im übrigen sprachen mehrere juristische und nichtjuristische Abgeordnete beifällige und abfällige Ansichten aus, zu deren Prüfung die Vorlage einer Kommission zugewiesen wurde. Am 26. Januar erteilte sodann der Reichstag einer kaiserlichen Verordnung vom 24. Mai v. J. die Zustimmung, wonach, in Folge des herrschenden Zollkrieges mit Spanien, die Erhebung eines Zollzuschlags von 50 % auf die von dort oder den spanischen Kolonien anlangenden Waren verfügt wurde. Dabei ging es nicht ab ohne recht derbe Äußerungen über das Verfahren Spaniens, das in unerträglicher Weise uns an der Nase herumzuführen versucht hatte. Unserwegen mag nun Spanien mit seinen Kolonialwaren da bleiben, wo sein Pfeffer wächst, wir werden schon ohne dies fertig werden.

An diese Angelegenheit schloß sich am 26. Januar die erste Beratung eines Gesetzentwurfs, wodurch für das Jahr 1895 eine neue Berufs- und Gewerbezahlung im Umfange des ganzen Reichs angeordnet wird. Sie stellte sich als nötig heraus, weil seit der am 5. Juni 1882 stattgehabten letzten Zählung dieser Art erhebliche Verschiebungen eingetreten sind. So hat sich z. B. in Sachsen die Zahl der Fabrikarbeiter seitdem um 100000 und in der Zeit von 1886—91 die Zahl der gewerblichen Arbeiter im Reiche

um 1,4 Millionen vermehrt. Aus der Beratung ist nur hervorzuheben, daß der Sozialist Schönlanf den Regierungen vorwarf, große Scheu vor gründlicher Untersuchung der Zustände auf dem gewerblichen Gebiete und Furcht vor dem Eingeständnis, daß der Sozialismus Recht habe, zu hegen. Darauf erwiderte der Unterstaatssekretär v. Kottenburg, nachdem Pythagoras, weil er seinen Lehrsatz erfunden, eine Hekatombe geopfert habe, zitterten seitdem alle Dachsen bei Entdeckung einer Wahrheit; der Bundesrat nehme den philosophischen Standpunkt an und werde deshalb niemals vor der Sozialdemokratie zittern. Weiterhin kam es am 25. und 26. Januar zur Beratung eines Gesetzentwurfs über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt, die an Ausdehnung und Bedeutung sehr gewachsen ist, während das Handelsgesetzbuch wie das preußische Landrecht den Verhältnissen des Frachtgeschäfts nicht genügend Rechnung tragen. Ähnlich verhielt es sich mit dem Gesetzentwurfe über die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei mit verbundenen Flößen. Beide Angelegenheiten stellten sich als so nötig heraus, daß sie dem großen Gesetzgebungswerke des bürgerlichen Gesetzbuchs vorweggenommen werden mußten.

Nach vorläufiger Erledigung dieser Angelegenheiten beschäftigte sich der Reichstag am 30. und 31. Januar mit einem von Auer und sozialdemokratischen Genossen eingebrachten Gesetzentwurf wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen 1871 übertragenen außerordentlichen Gewalten, die mit dem Namen „Diktatur-Paragraph“ belegt zu werden pflegen. Zur Begründung dieses Antrags warf sich vor allen der mit Hilfe französisch gesinnter Elemente zum Vertreter von Straßburg gewählte Bebel als Anwalt der Freiheiten der Reichslande auf. 24 Jahre, sagte er, seien seit der Einverleibung derselben verflossen, ohne daß man sich habe entschließen können, den Elsaß-Lothringern die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu gewähren; vielmehr ständen sie unter einer Ausnahmegesetzgebung, wie sie so kraß in der ganzen Welt nicht wieder vorkomme, und die Krone dieses Zustandes bilde die Bestimmung, durch welche das Leben wie die Habe der Bevölkerung in die Hände eines Einzigen gelegt seien. Damals habe man von den wiedergewonnenen Brüdern gesprochen, denen im freien deutschen Reiche wohlter sein werde als in der fremdherrlichen Knechtschaft,

thatsächlich aber werde Elsaß-Lothringen noch fortwährend als erobertes Land behandelt. Dazu machten die deutschen Beamten sich solcher Willkürlichkeiten schuldig, daß in der Bevölkerung das Gefühl der Rechtlosigkeit immer weiter um sich greife. Hierauf erwiderte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, er gebe zu, daß der Diktatur-Paragraph für die Bevölkerung der Reichslande peinlich sei, auch wünsche er von ganzem Herzen, daß diese den übrigen deutschen Staaten gleichgestellt würden; dies könne aber erst dann der Fall sein, wenn die Verhältnisse sich soweit würden geklärt haben, daß wir vor fremden Einwirkungen sicher gestellt sind; die Reichslande hätten sich zwar daran gewöhnt, den durch den Frankfurter Friedensschluß geschaffenen Zustand für einen dauernden anzusehen, aber es sei eine Sicherheit nötig gegen zahlreiche Leute in Frankreich, die trotz der korrekten Haltung der dortigen Regierung den Gedanken einer Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen herüberbrüggen und dortige Bewohner zu unbesonnenen Schritten zu verführen suchten. Als hierauf der elsassische Abt Gerber, der sich Guerber nennt, diese Dinge als recht harmlos hinstellte, trat ihm der elsass-lothringische Staatssekretär v. Puttkamer mit dem Nachweise entgegen, daß die von Frankreich her durch Vereine und Einzelne versuchten Einwirkungen recht groß seien; allein 47 dortige Vereine stellten sich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Frage der Wiedergewinnung der Provinzen nicht einschlafe; dem gegenüber dürften die Waffen nicht aus der Hand gegeben werden; übrigens sei eine gleiche Bestimmung in anderen Staaten nicht unerhört, sie bestehe in Württemberg wie in Hessen und habe in Frankreich bis 1871 als ungeschriebenes Recht bestanden. Trotzdem meinte Lieber (Centr.), es gebe für den Reichskanzler, der 9 Jahre als Statthalter wesentlich zur Versöhnung der dortigen Bevölkerung beigetragen habe, keine schönere Fortsetzung dieses Werks, als daß er den Bewohnern der Reichslande das Joch jenes Paragraphen vom Halse nehme. Höffel (Reichsp.) gab zu, daß die Bestimmung mild gehandhabt werde, meinte aber, grade durch ihr Fortbestehen werde die Unzufriedenheit verlängert. Auch Bueb (soz.) führte aus, die Bestimmung hindere die Verschmelzung mit Deutschland. Der Behauptung von Freiß aus Colmar, daß gründliche Umkehr im Reichslande nötig sei, trat der preußische Minister v. Köller entgegen, der bis

zum Dezember v. J. eine hohe Stellung dort bekleidet hatte. Das Land werde sehr gut und sparsam verwaltet, das Verhältnis zwischen den Beamten und der Bevölkerung sei gut, kein Parlament berate ruhiger als das dortige und die Bevölkerung fühle sich glücklich, einem Reiche anzugehören, in dem es ruhiger zugehe als in ihrem bisherigen Vaterlande. Es traten dann noch mehrere Redner für und wider auf; im Februar wurde der Vorschlag der Sozialdemokraten endgiltig genehmigt.

Der erste Gegenstand, bei dem sich im Reichstage die agrarischen Bestrebungen hervordrängten, war ein Gesetzentwurf zur Änderung des Zolltarifs. Die agrarischen Elemente hatten, nachdem der Kaiser in seiner Rede zu Königsberg am 6. September v. J. die Heftigkeit ihres Auftretens scharf getadelt und ihnen Verzeihung angeboten, gleichwohl das starre Festhalten an ihren Forderungen während des Restes des Jahres fortgesetzt und ebenso das neue Jahr begonnen, zunächst in Verbindung mit einer konservativen Opposition gegen Bevorzugung des Großkapitals und gegen Duldung der Ausbeutungen durch dasselbe. Entschieden traten die betreffenden Organe für ein „festes Regiment“ ein und sie erklärten sich bereit zur Hülfe gegen die offene und geheime Empörung; ebenso bestimmt aber verlangten sie gleichzeitig Herstellung ihrer eigenen verschiedentlich gestörten „Zufriedenheit“, ohne die der Aufruf zum Kampfe für die Religion nichts nütze. Zum praktischen Vorgehen im agrarischen Sinne war das erste die von Mitgliedern des preussischen Herrenhauses, wie Graf Frankenberg, v. Manteuffel, Fürst Putbus, Graf v. Schlieben, Graf v. Maltzan und anderen am 21. Januar angeregte Bildung einer parlamentarischen „Wirtschaftlichen Vereinigung“, die sich alsbald daran machte, den Gegenstand des am 14. April 1894 vom Reichstage verworfenen Antrags des Grafen Kanitz in anderer Form wieder aufzuwärmen: es sollte demnächst im Reichstag der Antrag auf ein Ersuchen an den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs eingebracht werden, wonach der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiete bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolge und die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—90, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate, den Getreidepreisen entsprechend nach dem wirk-

lichen Ausbeuteverhältnis bemessen werden sollten, solange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen wären. Mit dieser Umgestaltung des Kanitz'schen Antrags erklärte sich das Organ des Bundes der Landwirte einverstanden, weil dessen Grundideen darin gewahrt seien; diese müßten jetzt in immer weitere Kreise getragen werden, damit auch denjenigen das Verständnis erschlossen werde, deren Denken und Fühlen noch „in den Fesseln einer verkehrten, antinationalen Freihandelslehre eingezwängt“ liege. Mit der Einbringung des Antrags im Reichstage wurde noch eine Weile gewartet, dagegen brachen hier die agrarischen Neigungen bei der ersten Gelegenheit, dem schon erwähnten Gesetzentwurf zur Änderung einiger Punkte des Zolltarifs, am 22. Januar hervor. Durch diese wenig umfangreiche und harmlose Novelle sollten einige selbstverständliche oder durch die Erfahrung als geboten erwiesene Verbesserungen des Tarifs bewirkt werden, deren Zusammenhang mit der Landwirtschaft zunächst überhaupt nicht in die Augen sprang. Dennoch drehte sich der größte Teil der Beratung um das Interesse der Landwirtschaft. Die Unterlage hierfür bildete die Gleichstellung des zu Speisezwecken dienenden Baumwollsamensöls mit den übrigen Speiseölen. Im Zusammenhang hiermit forderte Graf Kanitz ein Entgegenreten wider das Überwuchern der Margarinefabrikation, neben bitteren Klagen über die mangelhafte Ausführung des Kunstbuttergesetzes von 1887, die es zu einer starken Entwertung der deutschen Butter im Auslande und zu einem bedeutenden Rückgang unserer Butterausfuhr gebracht habe. Daran schloß der Graf allgemeine Betrachtungen über den Wert der deutschen Handelsvertragspolitik gegenüber der deutschen Landwirtschaft; die in Oesterreich und Rußland auf die Handelsverträge mit Deutschland gesetzten Hoffnungen seien gänzlich gescheitert, weil wir die Meistbegünstigung auch Amerika eingeräumt hätten, sodaß der von dort, namentlich aus Argentinien kommende Weizen unsere Roggenpreise schädige und so auch jene Reiche schädige; die deutsche Baumwollenindustrie habe große Hoffnungen auf den Handelsvertrag mit Rußland gesetzt, aber alle Bemühungen, der Baumwolle hier ein Absatzgebiet zu verschaffen, seien vergeblich gewesen. Diese Thatsachen, erwiderte der Staatssekretär Graf Posadowsky, bildeten keinen durchschlagenden Grund;

es komme auf den Handelsvertrag im Ganzen an; die Täuschung vielfach übertriebener Erwartungen komme bei jedem Handelsvertrag vor; dagegen wären die der Eisenindustrie übertroffen; der wirtschaftliche Rückgang sei eben ein allgemeines Übel. Auch Barth (freis. Ver.) meinte, es sei noch niemals ein Handelsvertrag abgeschlossen, ohne daß die Gegner Zeter und Mordio über die Wirkungen geschrieen hätten. Zum Schluß erging sich der Sozialist Wurm in Nachweisen, daß alle diese Zolländerungen nur neue Angriffe auf den Geldbeutel des kleinen Mannes bedeuteten, dem Honig und Cacao verteuert, die Margarinebutter verleidet werden solle.

Es hatte seine guten Gründe, daß die Agrarier den umgeformten Antrag Kanitz, dieses Heilmittel, von dem sie das meiste für sich erwarteten, noch nicht in den Reichstag brachten, denn es hatten sich in ihren eigenen Reihen Meinungsverschiedenheiten darüber gezeigt. Zwar in einer Versammlung des rheinischen Bauernvereins zu Köln am 14. Februar traten v. Loë und Graf Hoensbroech mit Nachdruck für den Antrag auf, während der Abg. Grand-Ry und andere Gegner mit ihren Bedenken kaum Gehör fanden; dagegen wurde in der Generalversammlung des oberbairischen Bauernbundes zu Traunstein stark gewarnt vor dem Antrage wie vor einem Zusammengehen mit den preußischen Konservativen, die durch Wiedereinführung der Staffeltarife für Getreide und Vieh die größte Gefahr für die süddeutschen Getreidebauern und Viehzüchter heraufzubeschwören gedächten. Ferner fiel in's Gewicht, daß der Abg. v. Schorlemer-Alst sich am 19. Februar auf dem westfälischen Provinziallandtage gegen die Empfehlungen des Antrags Kanitz durch Freiherrn v. Wendt richtete; der Antrag bilde einen zugkräftigen Agitationsruf, der aber die Bedeutung habe, dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate die Wege zu ebnen. In der durch diese Vorgänge hervorgerufenen erneuten allseitigen Besprechung wurden die Agrarier von ihren Gegnern nicht selten mit noch größerer Dürbheit behandelt als man ihnen selbst nachsagte. Sie dächten, hieß es, an nichts als an den Wiederbezug der ihnen früher in guten Jahren zuteil gewordenen Rente und behaupteten, ein Recht hierauf oder, wie es jetzt heiße, auf den Selbstkostenpreis für das Getreide zu haben, dieser sei aber als einheitlich undenkbar; für kein anderes Gewerbe bestehe ein Recht auf einen Preis für die Waren, und aus der An-

erkenntnis jenes Anspruchs folge, daß auch das Kapital wieder die Zinsen erhalte, die es im Durchschnitt der letzten 40 Jahre bezogen habe; wie könne der Landwirt den alten Getreidepreis fordern ohne daß er auch seine Hypotheken wie früher verzinst? Die Agrarier leisteten unbewußt der Sozialdemokratie Vorspanndienste, deren Wirtschaftsordnung übrigens am Ende noch leichter durchführbar sein würde als die der Agrarier. Von einer dritten Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die jetzige Regierung in den bestehenden Handelsverträgen keineswegs den Gipfel der Weisheit erblicke, sondern einsehe, Deutschland sei durch sie in eine schädliche Lage gebracht; daraus folge die Pflicht des Suchens nach Mitteln zur Wiedererlangung wenigstens eines Teils der verlorenen wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Bezüglich dieser Fragen richteten sich die Blicke vorzugsweise auf den neuen Minister für Landwirtschaft, Freiherrn v. Hommerstein, über dessen Pläne man Näheres im preußischen Landtage erwartete. Dessen zweite Session wurde am 15. Januar im umgebauten Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin durch eine Thronrede des Monarchen eröffnet. Darin war zunächst mit Bedauern hervorgehoben, daß der Etat für 1895—96 wiederum mit einem erheblichen Fehlbetrage abschließe; die Ausgaben seien zwar wiederum vorsichtig und sparsam bemessen, auch hätten sich die Einnahmen günstig gestellt, das Gleichgewicht habe jedoch wesentlich wegen der zu Ungunsten der Einzelstaaten gänzlich veränderten Finanzlage des Reichs noch nicht wieder hergestellt werden können. Zur endlichen Beseitigung dieses seit mehreren Jahren bestehenden Zustandes hätten die verbündeten Regierungen auf die bisherigen Mehrüberweisungen seitens des Reichs an die Einzelstaaten verzichtet und sie würden ihre Vorlagen an den Reichstag auf eine mäßige Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs sowie auf Herstellung gesetzlicher Bürgschaften für die finanzielle Selbstständigkeit des Reichs und seiner Glieder beschränken. Hieran schloß sich eine Aufzählung der beabsichtigten Gesetzesvorlagen, an deren Spitze eine Stempelsteuer-Vorlage gestellt wurde, wodurch die auf dem Gebiete der direkten Steuern nunmehr abgeschlossene grundlegende Reform auf die indirekten Landessteuern ausgedehnt werden solle, und zwar auch hier im Sinne einer besseren Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit.

Die Lage der Landwirtschaft wurde mit Bedauern als fortwährend ungünstig anerkannt; den hieraus erwachsenen schweren Übelständen zu begegnen, werde die dringendste Aufgabe der Regierung sein. In beiden Häusern des Landtags wurde das vorige Präsidium wiedergewählt, also im Herrenhause Fürst v. Stolberg-Wernigerode, v. Manteuffel und Oberbürgermeister Bötticher von Magdeburg, der nach seinem bald hiernach eingetretenen Tode durch den Oberbürgermeister Becker von Köln ersetzt wurde; im Abgeordnetenhause v. Köller (kons.), v. Heeremann (Centr.) und Graf (nat.=lib.). Als der Kaiser am 20. Januar das Präsidium des Herrenhauses empfang, kündigte er die Berufung des Staatsrats als nahe bevorstehend an, von dessen Thätigkeit er sich viel Gutes versprach. Im Zusammenhange damit beleuchtete der Monarch die Lage der Landwirtschaft in wohlwollendem Sinne und gab der Ansicht Ausdruck, daß derselben auf alle Fälle geholfen werden müsse. Was die Fraktionen im Abgeordnetenhause betrifft, so zählte die konservative 138, das Centrum 95, die Nationalliberalen 88, die Freikonservativen 62, die Polen 17, die freisinnige Volkspartei 14, die freisinnige Vereinigung 5 Mitglieder, während 11 Abgeordnete zu keiner Fraktion gehörten. Das seit der letzten Tagung des Landtags ernannte neue Ministerium stellte sich am 16. Januar beiden Häusern vor und namens desselben gab der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe kurze Erklärungen ab: im Herrenhause nahm er dessen Rat besonders für die wirtschaftlichen Fragen in Anspruch, namentlich bei den Maßregeln, welche die Regierung zu ergreifen gedenke, um dem Notstande der Landwirtschaft abzuhelpfen. Im Abgeordnetenhause rechnete der Fürst umsomehr auf freundliches Entgegenkommen, als er seit langen Jahren aus dienstlichen Gründen aus der preussischen Heimat entfernt gewesen sei; wenn er dennoch das Amt übernommen habe, so sei es geschehen, weil er es für Ehrenpflicht gehalten, dem Rufe des Monarchen zu folgen. In dem alsbald vorgelegten Etat waren die Einnahmen mit 1865173497, die Ausgaben mit 1899473497 Mk. eingestellt, sodaß sich ein Fehlbetrag von 34300000 Mk. ergab, welcher gegen den des laufenden Etatsjahrs um 22210000 Mk. zurückblieb und durch Anleihe gedeckt werden sollte. Bei der Einführung dieses Etats im Abgeordnetenhause am 16. Januar sprach sich der Minister Miquel mit Befriedigung über

die Steuerreform aus; die Grundlosigkeit der Behauptung, daß es dabei nur darauf abgesehen sei, Mehreinnahmen zu erzielen, könne jetzt nachgewiesen werden; die eingetretene Entlastung der Steuerzahler betrage vielmehr 40 Millionen. Die Verschlechterung der Reichsfinanzen sei durch den gewerblichen Niedergang noch verschlimmert, und doch sei Preußen nur zu einem Defizit von 34 Millionen gekommen. Über einen staatlichen Steuerdruck könne in Preußen nicht mehr geklagt werden und es gebe keinen Staat, in dem die Einnahmen aus dem eigenen Besitz so groß wie in Preußen sind; wir brauchten also, selbst wenn unsere Hoffnung auf das Reich getäuscht werden sollte, keineswegs zu verzweifeln, sondern Preußen werde sich nötigenfalls schon selbst helfen; das finanzielle Gleichgewicht werde demnächst hergestellt werden, wofern nur die Neigung, örtliche und Klassenvorteile auf Kosten der Gesamtheit zu erreichen, mit Erfolg bekämpft werde. Daran schloß Minister Thielen eine nähere Darlegung der zum 1. April innerhalb der Eisenbahnverwaltung zur Durchführung gelangenden Reorganisation.

In der vom 21. bis 23. Januar stattfindenden allgemeinen Beratung des Etats trat Richter (frei. Volksp.) der Verwahrung des Finanzministers, daß der Fiskus bei der Steuerreform ein gutes Geschäft gemacht habe, entgegen und dann schilderte er die Besorgnis, daß der Hauptgedanke der am 1. April in Kraft tretenden Kommunalsteuerreform, die Gemeindefinanzen auf die Realsteuern zu begründen, nicht in Erfüllung gehen werde; in den Gemeinden schein angenommen zu werden, daß es sich hauptsächlich um die Ausbildung der indirekten Steuern handele, die ganze Phantasie der Bürgermeister habe sich auf die Auffindung neuer Steuern geworfen, und erst nachdem sie sich auf allerlei Quark- und Quackelsteuern geworfen, hätten die Minister auf die Falschheit dieses Weges hingewiesen; Minister Miquel habe seine Rede mit einem nassen und einem heiteren Auge gehalten; freilich habe derselbe eine schwierige Stellung gegenüber den Sonderinteressen, die mit ihrer steigenden Dreistigkeit immer gefährlicher würden, aber die Regierung selbst habe sie wachgerufen im Glauben, mit den Interessenvertretungen leichter als mit den politischen Parteien fertig werden zu können. Behauptungen Richters bezüglich der letzten Ministerkrisis wies der Staatssekretär v. Boetticher zurück; das Staatsministerium sei keineswegs ein Gemengsel verschieden-

artiger Elemente, sondern über die Vorschläge zur Neubefetzung der Ministerien sei zuvor das Staatsministerium gehört worden. Graf Limburg-Stirum sprach die Befriedigung der Konservativen über die Wiedervereinigung der höchsten Staatsämter sowie darüber aus, daß man nicht mehr beflissen sei, den Rat des Fürsten Bismarck zu umgehen; die wirtschaftspolitischen Fehler der letzten 5 Jahre ließen sich nicht im Fluge beseitigen, aber für die Landwirtschaft müsse schnell etwas geschehen, und das sei nur möglich auf Grund des Antrags Kanitz. Bachem (Centr.) sprach sich gegen eine Umwandlung der Anleihen aus, vertraute der Geschicklichkeit Miquels, daß er die Reichs- wie die preußischen Finanzen ohne neue Steuern werde regulieren können, vermiste im Kultusetat die paritätische Behandlung der Katholiken, dankte der Krone für die Ernennung eines Katholiken zum Ministerpräsidenten und versicherte, die Centrumspartei werde den Kampf um die Befreiung des katholischen Volks bis zur Wiedererrichtung der katholischen Abteilung des Kultusministeriums fortführen. Hiernach sprach sich der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe entschieden gegen Gerüchte von bevorstehenden Ministerveränderungen aus, versicherte die Solidarität des ganzen Ministeriums und schilderte in humorvoller Weise die Entstehung solcher Gerüchte; es gebe in Preußen viele meistens unbeschäftigte Staatsmänner oder solche, die sich dafür hielten, deren Anhänger den ihnen befreundeten Journalisten zu sagen pflegten: mein Freund wird demnächst Minister, anstatt ich wünsche, daß er es werde. v. Schalscha (Centr.) klagte über die Verarmung Deutschlands, gegen die nur der Vorschlag des Grafen Kanitz Hilfe bringen könne. Rickert (freis. Ver.) sah dagegen in diesem Vorschlage den Bruch der Handelsverträge. Minister Miquel meinte, alle Redner hätten zum Etat daselbe Lied gesungen, nämlich Sparsamkeit und gleichzeitig Geldausgaben; über die Umwandlung der Anleihen dürfe die Regierung nur dann sprechen, wenn sie gleichzeitig handele; die Gegner der Reichsfinanzreform machten sie leider von kleinen, statt von großen Grundsätzen abhängig; dem Reiche würde ein großer Schaden erwachsen, wenn man Preußen überließe, aus eigener Kraft vorzugehen. Im übrigen ist aus dieser Beratung nur die Mitteilung des Ministers Boffe hervorzuheben, daß die Grundzüge zu einem Lehrerbefoldungsgesetze ausgearbeitet seien.

Beim Übergang zur zweiten Beratung des Etats am 29. Januar stellte das Abgeordnetenhaus die Verwaltung des landwirtschaftlichen Ministeriums voran und hier war es, wo der neue Minister v. Hammerstein die, wie oben erwähnt, mit Spannung erwartete Auskunft über seine Stellung zu den agrarischen Forderungen abgab. Er erinnerte zunächst daran, daß er ein entschiedener Gegner des Handelsvertrags mit Oesterreich gewesen sei, daß er aber nach dessen Abschluß die anderen Handelsverträge als notwendige Folge gehalten habe. Seine Stellung habe er nicht gern übernommen wegen der augenblicklich hervorragend schwierigen Lage der Landwirtschaft und weil er die schwierigen Verhältnisse in den ostelbischen Provinzen weniger als die im Westen kenne. Die Staatsregierung gebe zu, daß die Landwirtschaft sich in einer bedenklichen Lage befinde, im Osten mehr als im Westen, jedoch werde hier die Lage die gefährlichere werden, wenn der Rübenbau der Zuckerindustrie im bisherigen Umfange fortschreiten sollte; die Agrarkrisis beschränke sich aber nicht auf Deutschland, sondern sie herrsche in Rußland, England, Frankreich, Oesterreich, Italien und Amerika, ganz abgesehen von dem etwa befolgten handelspolitischen Systeme, in weit gefahrdrohenderer Weise. Daraus folge, daß die Ursachen internationaler Natur und daß die Mittel zur Beseitigung der Krisis nicht so leicht zu ergreifen seien, ferner, daß Maßnahmen nichts taugten, die dem einen Übel helfen, das andere aber verschlimmern. Schwerlich werde es Deutschland gelingen, auf dem Weltmarkte mit Staaten zu konkurrieren, die infolge der Veränderungen in der ganzen Produktion weitaus billiger produzieren; der Übergang von der alten zur neuen Erzeugungsweise zeitige sehr bedenkliche Folgen und gehe nicht rasch vor sich, das aller schwierigste bestehe aber darin, daß es Entfernungen eigentlich gar nicht mehr gebe; endlich eröffneten sich Produktionsgebiete, wie Argentinien, an die man garnicht gedacht habe. Mit aller Schärfe müsse also dem leider bis in die kleinste Hütte verbreiteten Glauben entgegengetreten werden, daß die Staatsregierung oder ein Wirtschaftssystem die Schuld an dieser Krisis trage; diese müsse geduldig abgewartet, nicht aber dürfe die Unruhe vermehrt werden; Aufgabe der Staatsregierung werde es sein, die Zahl der Opfer dieser Krisis zu vermindern; die Krisis mahne wieder, daß wir im Schweiße unseres Angesichts das Brot essen sollen und daß die Not uns

beten lehre. Zum Antrag Kanitz endlich bemerkte der Minister, daß ein Bruch mit den Handelsverträgen, in denen ja von Monopolisierung der Einfuhr nichts stehe, undenkbar sei, und daher erkläre er namens der Regierung: die Sache ist unannehmbar. Damit aber der Verdacht, daß die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht anwende, nicht noch mehr Nahrung finde, solle der Staatsrat zur sorgfältigen Prüfung des Vorschlags berufen werden; eine ablehnende Antwort wolle die Regierung jetzt nicht geben, da es ja möglich sei, daß etwas Erreichbares sich herauschälen lasse; sollte sich aber die Unausführbarkeit des Vorschlags herausstellen, so würde hoffentlich das Vertrauen zur Regierung nicht erschüttert werden. Eine Börsenreform sei eingeleitet, sie werde aber nur die Auswüchse des Börsengeschäfts beseitigen, nicht eine Steigerung der Preise herbeiführen können.

Für diese offenen Aussprüche des Ministers sagte v. Puttkamer-Plauth namens der konservativen Fraktion Dank, gab aber zu bedenken, daß der Kampf gegen die Umsturzbestrebungen nur geführt werden könne, wenn der Bauer auf seiner Scholle bleibe; die Regierung dürfe sich jedoch nicht mit der Förderung des Kleinbesitzes begnügen, sondern es dürfe auch die Zahl der Großgrundbesitzer, die eine politische Säule des Staats bildeten, nicht erheblich zurückgehen. Bei Fortsetzung dieser Beratung am 30. Januar bedauerte Richter (frei. Vp.) die aus einem hochpolitischen nationalen Interesse in Aussicht genommene Berufung des Staatsrats, der eine ausschließlich preußische Einrichtung bilde und nun über deutsche Angelegenheiten beraten solle; überdies bedeute derselbe nur ein Quantum grünen Tuchs mehr; hierdurch werde die in letzter Zeit ohnehin schon gereizte Stimmung in Süddeutschland gegen Preußen noch vermehrt; man spreche dort von einer preußischen Selbstherrlichkeit, einem Großpreußen, einer Politik, die nach den sonst mitentscheidenden Faktoren nicht frage. Mit dem Herausholen des Staatsrats aus der Rumpfkammer werde so wenig wie mit der in ähnlicher Weise berufenen Agrarkonferenz etwas erreicht werden und er solle auch nur als Kulisse nach unten dienen; mit dem Antrage Kanitz stehe es überhaupt schwach, denn im Reichstag sei er mit 159 gegen 46 Stimmen abgelehnt und in der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags wären nur 15 Stimmen von 36 dafür gewesen, während

die übrigen 54 die Beteiligung an der Beratung nicht für der Mühe wert gehalten hätten; der Handvoll Fanatiker, die sich mit jenem Antrage hervorthun zu müssen glaubten, müsse man die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen aus der Hand nehmen; durch Fleiß, Sparjamkeit und Intelligenz müßten die Landwirte sich über die Krisis hinweghelfen. Hierauf erwiderte Minister Miquel, die Berufung des Staatsrats sei immer aus eigenstem Antrieb der Krone erfolgt und Richter huldige gänzlich veralteten volkswirtschaftlichen Theorieen. Minister v. Hammerstein hob ferner hervor, daß es das gute Recht des Landtags sei, über diese Dinge zu verhandeln, auch wenn sie zum Teil vor den Reichstag gehörten, denn Preußens Lebensinteressen kämen dabei in Betracht; die Volkswirtschaft dürfe gegenwärtig nicht nach Theorieen handeln, sondern es müsse die Politik der praktischen und offenen Hand maßgebend sein; die Ursachen der jetzigen allgemeinen Krisis in der Industrie seien vorübergehender, die der landwirtschaftlichen weit tiefergehender Art.

In der Bevölkerung machte die Programmrede des Ministers v. Hammerstein allseitig großen Eindruck und bildete den Hauptgegenstand der öffentlichen Betrachtung, während das Abgeordnetenhaus den landwirtschaftlichen Etat im übrigen vom 1. Februar bis 4. März ohne besondere Vorgänge erledigte. Die Konservativ-Agrarier zeigten sich bis zu einem gewissen Grade befriedigt, hinsichtlich der Zurückweisung ihres Hauptverlangens unterdrückten jedoch die meisten ihren Unmut so gut es ging. Die dem Bunde der Landwirte nahe stehende „Deutsche Tageszeitung“ äußerte sich so, als ob der Minister nichts gesagt habe, was gegen die Tendenz des Bundes verstöße; mehr als die zugesagte ernste Prüfung des Kanig'schen Vorschlags werde gar nicht verlangt, denn diese müsse zu seiner Anerkennung führen. Die „Konservative Korrespondenz“ war erfreut, daß die Rede des Ministers nicht geeignet sei, die Landwirte noch weiter zu entmutigen und daß nun der Bruch mit den Überlieferungen aus der Zeit des Grafen Caprivi deutlich bekundet worden sei. Der konservative Berliner „Reichsbote“ erteilte dem Minister sogar warmes Lob: eine so frische und bedeutende Rede habe man von dieser Stelle aus lange nicht gehört und sie rufe das Gefühl hervor, daß die Landwirtschaft endlich aus der Eckstellung, in die sie zum Schaden des Landes seit Jahrzehnten verwiesen worden,

herausgetreten sei und den ihr gebührenden ersten Rang unter den Wirtschaftsgebieten eingenommen habe. Die „Kreuz-Ztg.“ betonte am 29. Januar, daß die Rede des Ministers mit der Frage zusammenhänge, welche Stellung die konservative Partei fortan der Regierung gegenüber einzunehmen haben werde, ob sie „in der ihr durch das Verhalten des früheren Kurses aufgedrängten Oppositionsstellung verharren solle“, und meinte sodann, die Rede habe unter den Konservativen manchen Widerspruch hervorgerufen, sodaß das Verlangen des Ministers, die Landwirte sollten unbedingtes Vertrauen zur Regierung hegen, „den Beigeschmack einiger Kühnheit“ habe; am 3. Februar aber gab das Blatt zu, die Stimmung sei im Ganzen besser geworden und es sei „in den Beziehungen zwischen den Konservativen und der Regierung zum mindesten nicht die Spannung eingetreten, auf welche die Gegner sicherlich gehofft“; da die Regierung sich ihr Urteil über die Monopolpläne vorbehalte, so habe man also mit einem unbehaglichen Übergangsstadium zu rechnen. In den Lagern der entgegengesetzten Parteien hieß es, die Rede des Ministers zeige, daß der Regierungswechsel in der That eine völlige Wandlung in den Anschauungen der Regierung bedeute, daß aber gleichwohl schwere Erschütterungen vermieden werden sollten. Die Darlegung des Ministers liefere den Beweis des Ernstes, mit dem die Hebung der schwierigen Lage versucht werden solle. Ein Hamburger Blatt faßte den Eindruck der Rede v. Hammersteins dahin zusammen, es erhelle, daß der Minister Träger einer kräftigen, positiven, praktischen, zugleich aber maßvollen, besonnenen Agrarpolitik sein werde. Ein Leipziger Blatt meinte, die Agrarier hätten einen bösen Tag gehabt, als sie einen ihrer Wortführer als wohlbewehrten Gegner ihrer politisch-agitatorischen Bestrebungen kennen gelernt hätten. Die Weser-Ztg. sagte: obwohl von allen Seiten die heraufbeschworenen Geister beuteheischend auf den Minister einstürmten, rede er zu ihnen in einer ihre Begehrlichkeit nur immer mehr entflammenden Sprache, nenne die Lehre, der die großen Staatsmänner Preußens bis 1876 gehuldigt, überwundene Theorie und bemühe sich nur, den extremen, aber ganz folgerichtigen Forderungen, die sich aus dem falschen Grundsatz ergeben, thunlich auszuweichen. Am offensten sprach sich ein konservatives Blatt über die ministerielle Rede dahin aus, der deutsche Bauer denke: „es war wieder ein-

mal nichts!“ Der Minister selbst aber ergänzte seine Programmrede bei einem ihm im Februar zu Hannover zum Abschied aus der Landesdirektorstelle gegebenen Festmahle in einer Rede dahin: Wenn die auf ihn gesetzten Erwartungen sich nicht erfüllen sollten und es ihm nicht gelingen werde, die Karre aus dem Dreck herauszuschieben, so möge man bedenken, daß es ihm am besten Willen nicht gefehlt habe.

Im ferneren Verlaufe der zweiten Etatsberatung des Abgeordnetenhanfes kamen zum landwirtschaftlichen Ressort noch zwei wichtigere Punkte zur Sprache: Erstlich stellte der Minister v. Hammerstein den Grundsatz in den Vordergrund, daß die Domänen nicht allein als Quellen von Staatseinnahmen, sondern auch zur Hebung des landwirtschaftlichen Berufs dienen sollten, indem sie in praktischer Weise geleitete Musterwirtschaften und Versuchsanstalten, zugleich auch Lehranstalten für zukünftige Verwalter und für die Theoretiker an Lehr- und wissenschaftlichen Versuchsanstalten darzustellen hätten. Auch die Tüchtigkeit der Landräte und höheren Verwaltungsbeamten werde gehoben werden können, wenn ihnen Gelegenheit gegeben werde, einige Zeit bei einer größeren Domänenverwaltung zu arbeiten. Sodann stellte der Abg. Motth (Pole) am 12. März den Antrag auf Beseitigung des Ansiedelungsgesetzes von 1886. Zur Begründung führte v. Szadzewski aus, dieses Gesetz stelle ein Ausnahmegesetz dar, welches mit der Verfassung nicht in Einklang gebracht werden könne, und das sich als unwirksam erwiesen habe. Unterstützung fand der Antrag durch Rickert (frei. Ver.), der es dem Deutschtum in den Provinzen Posen und Westpreußen überlassen wollte, aus eigener Kraft im Wettbewerb mit den Polen zu bestehen, dagegen den Rat gab, die noch verfügbaren Mittel anzuwenden, um in allen Provinzen die Ansiedelung bäuerlicher Besitzer zu fördern. Namens der Regierung vertrat dagegen der Unterstaatssekretär Meinecke die fortdauernde Notwendigkeit dieses Gesetzes zum Schutze des Deutschtums gegen Überwuchern des Polentums; die noch vorhandenen Mittel würden wirkungslos zersplittert werden, wenn sie auf alle Provinzen verteilt würden.

Noch eingehender wurde die Frage der Polenpolitik bei der Beratung des Etats des Innern besprochen. Polnische Abgeordnete klagten hier, daß die von Deutschen der Provinz Posen am 16. Sep-

tember v. J. zum Fürsten Bismarck unternommene Fahrt und ebenso der neue Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken das gute Einvernehmen zwischen Deutschen und Polen störten. Diesen Klagen trat der Minister v. Köller kräftig mit dem Bemerkten entgegen, daß es nationale Pflicht jedes Deutschen sei, das Deutschtum in den Ostmarken zu fördern, zumal da die polnische Presse in Posen ungemindert fortfahre, den Haß gegen die Deutschen zu schüren und die Polen ihrerseits sogar soweit gingen, weit nach Deutschland hinein ihre Vereine zu gründen. In demselben Sinne beleuchtete v. Tiedemann-Bomst das Vordringen des Polentums an der Hand statistischer Mitteilungen; andererseits verhehlte er aber auch nicht, daß die Unzufriedenheit der Deutschen in der Provinz Posen lediglich die Folge der schwankenden Polenpolitik der Regierung bilde. v. Unruh fügte sogar hinzu, diese Schwankungen hätten den Polen bereits sovieler Vorteile gebracht, daß auch jener Verein schwerlich mehr viel werden können, sondern daß nur noch übrig bleibe, die Provinz als solche aufzulösen und anderen Provinzen zuzuschlagen.

Aus der Beratung des Justizetats ist hervorzuheben, daß der Minister Schönstedt auf Anregung Koeren's erklärte, er stehe der Einführung der bedingten Verurteilung nicht ablehnend gegenüber und halte sie namentlich bei jugendlichen Verbrechern für angezeigt, zunächst aber müßten noch Erfahrungen darüber gesammelt werden. Beim Etat der Eisenbahnverwaltung wurden Fragen der Tarifreform ausführlich erörtert, wobei der Minister Thielen auf zwei in den letzten Jahren eingeführte wichtige Reformen, den Berliner Vorortverkehr und die Einführung der Arbeiterfahrkarten, hinwies. Der vom Grafen Kanitz vorgebrachte Wunsch nach Wiedereinführung der Staffeltarife schien bei den Regierungsvertretern einer günstigen Stimmung zu begegnen. Endlich wurden bei der Beratung des Etats für Kultus und Unterricht von Seiten katholischer Abgeordneter vielfache Beschwerden über ungleiche Behandlung der Katholiken und Protestanten erhoben, jedoch vom Minister Boffe als gänzlich ungerechtfertigt zurückgewiesen.

Inzwischen hatte sich der Bund der Landwirte zu einem neuen Vorgehen gerüstet. Zunächst geschah dies durch eine am 5. Februar in Breslau stattgehabte große Versammlung, in der Freiherr v. Wangenheim in einem längeren Vortrage zu Gunsten des Graf Kanitz'schen Monopolvorschlages ausführte, man müsse gewärtigen,

daß im Fall einer allgemeinen Mißernte die Spekulation sich keinen Augenblick besinnen und Hungerpreise diktiert werde, ein Vorgang, der erst recht den Umsturz, und zwar seitens der goldenen Internationale, bedeuten würde; die Programmrede des neuen Ministers für Landwirtschaft gebe dem Bunde der Landwirte fast in allen Stücken Recht; die rechte Regierung bedürfe aber auch des rechten Parlaments, das zu schaffen Sache der Bundesglieder sei. Hieran knüpfte als zweiter Redner der bairische Reichstagsabgeordnete Lutz die Nachweisung, welch' großes Mittel zur Hilfe der anfangs sehr zu Unrecht mit Spott behandelte Antrag Kanitz bilde; die Getreideeinfuhr sei ja bereits monopolisiert, es wäre aber doch besser und sicherer, daß dieses vom Staate als fernerhin vom internationalen Großhandel geschehe.

Die Hauptaktion des Bundes der Landwirte bestand in seiner Generalversammlung, die er, wie nun schon seit zwei Jahren um dieselbe Zeit, nach Berlin verlegte. Sie wurde von Blättern des Bundes angeündigt mit dem Hinweis, daß dieser in jener kurzen Zeit zu einer politischen und wirtschaftlichen Macht ersten Ranges geworden sei, und mit dem Zurufe: „Deutsche Bauern, steht wie Mauern!“ Der Generalversammlung ging am 17. Februar die Audienz einer Abordnung des Bundes beim Kaiser voran. Die Herren v. Plötz, Roesicke, Suchsland, Lutz und andere erschienen vor dem Monarchen, dem sodann Herr v. Plötz eine Adresse des Bundes vorlas. Darin war gesagt, die Vertreter von 200000 deutschen Landwirten legten hiermit von neuem das Gelübde unwandelbarer deutscher Treue ab und bäten um Gehör für die Not der Landwirtschaft, deren Lage von Jahr zu Jahr trüber geworden sei, sodaß selbst in gut geleiteten Wirtschaften, auf bestem Boden, ein Betriebsverlust sich einstelle; nach ernstest Bemühungen, Abhilfe zu ermitteln, erlaubten sie sich die Überreichung der darüber Auskunft gebenden Druckschriften. Der Schluß lautete: „Der deutsche Bauernstand ringt um seine Existenz; mit ihm steht und fällt die Zukunft des deutschen Vaterlandes“. Der Kaiser antwortete, der Empfang der Abordnung beweise von neuem, wie ernst es ihm um das Wohl und Wehe seiner Bauern zu thun sei; aber in dem Eifer, sich selbst zu helfen und den auf der Landwirtschaft lastenden Druck allen Kreisen des Volkes klar zu machen, hätten Mitglieder

des Bundes im vorigen Jahre sich zu einer Agitation in Wort und Schrift verführen lassen, die, über den Rahmen des Zulässigen hinausgehend, sein landesväterliches Herz tief habe kränken müssen. Dieses Vorgehen hätten sie nun, so wie im vorigen Jahre die Ostpreußen, wiedergutmacht; aus der bevorstehenden Berufung des Staatsrats ersehe man, daß er hoffe, durch ihn Ersprießliches für die Hebung der Landwirtschaft zu erwirken. Zum Schluß gab der Kaiser nochmals den Rat, „sich jeder sensationellen Agitation zu enthalten“.

Wie ein direkter Widerspruch oder Gegensatz zu dieser Mahnung mußte es unwillkürlich anmuthen, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte am folgenden Tage, den 18. Februar, in seiner Ansprache zur Eröffnung der Generalversammlung sagte: „Wir sind dieselben geblieben und werden es auch bleiben; nicht einen Zoll weichen wir zurück, nicht ein Titelchen geben wir auf; im Gegenteil, wir haben unsere Forderungen erheblich ausgedehnt“. In demselben Sinne hieß es weiter in der Ansprache: wohin der deutsche Landwirt so gern mit Vertrauen blickte, bei den höchsten Vertretern der Regierungen habe das Vorgehen des Bundes kein Verständnis, kein Wohlwollen gefunden; sein gleichwohl auf legalem Boden fortgeführter Kampf gegen eine Thron und Altar untergrabende Gesetzgebung habe sich gegen diejenigen Regierungsvertreter gewandt, die nach der Ansicht von Millionen Deutscher unheilbringend für das Vaterland arbeiteten. Der Bund sei verlacht, der Notstand geleugnet, das Heil in der Bestimmung Deutschlands als Industriestaat gefunden, die trotz ihrer Verderblichkeit durchgedrückten Handelsverträge wären für die Landwirtschaft zum Kirchhof geworden. Daran schloß sich der Bericht über die Audienz beim Kaiser, in dessen Antwort der Redner nur die Überzeugung erblickte, daß dem Notstand Einhalt geboten werden müsse. Hierauf folgten noch mehrere Reden, von denen man ebenfalls nicht behaupten konnte, daß sie vom Geiste sensationeller Agitation sich entfernten. Herr v. Wangenheim auf Klein-Spiegel meinte, daß Deutschland die ihm schädlichen Handelsverträge wiederaufzuheben berechtigt sei und nicht nötig habe, sich den Kopf der Russen zu zerbrechen. v. Boß auf Groß-Briez in Mecklenburg sagte, die Landwirte wollten nicht länger die Arbeitsbienen für die Drohnen der Börse sein, und fand stürmischen

Beifall für seinen Satz: „Wir haben keinen zweiten Bauernstand; das Material, das wir von der Börse erhalten, taugt nichts“. Der Abg. v. Langen wandte sich heftig gegen die Juden, namentlich gegen Bamberger und Lasker als die Urheber der Goldwährung, verwahrte sich jedoch gegen jeden „Kadaver-Antisemitismus“. Dagegen stellte sich v. Dieft-Daber als „Antisemiten durch und durch“ vor. Abg. Hahn brachte unter stürmischem Beifall Grüße des Fürsten Bismarck, der sich ebenfalls als deutschen Bauer bezeichnet habe. Schließlich sprach sich die Versammlung auf Antrag des Grafen Kanitz für dessen Monopolvorschlag aus, ohne etwas wissen zu wollen von der seitens des Gutsbesitzers Ackermann vorgeschlagenen Beschränkung, daß damit nichts gegen den Geist der Handelsverträge verlangt werden solle. Endlich wurden Erklärungen zu Gunsten der Viehzucht beschlossen, welche der Landes-Oekonomierat v. Mendel-Steinfels, Abg. für Salzwedel-Gardelegen (sonj.), gestellt hatte.

Die Urteile über diese Versammlung fielen begreiflich sehr verschieden aus. Die dem Bunde der Landwirte befreundeten Organe waren voll größter Freude. Die „Deutsche Tageszeitung“ feierte den „Tag gehobener Begeisterung“; man hätte Zeuge der gewaltigen, unmittelbaren, herzentflammten Begeisterung für die Redner sein müssen, um zu begreifen, daß diese Männer sich nie zu einer sensationellen Agitation hinreißen lassen würden. Andere Blätter dieser Art rühmten die ungetrübte Freude am Vaterlande, die sich bei den Landwirten gezeigt habe, oder sie rühmten, daß alles in feltener Weise ein Herz und eine Seele und daß der Eindruck hiervon überwältigend gewesen sei. Auf der anderen Seite hob die „Kölnische Ztg.“ hervor, daß der von Ackermann im Namen des gefunden Menschenverstandes gegen die Forderung einer Durchbrechung der Handelsverträge erhobene Einspruch durch seine Erfolglosigkeit nur dazu gedient habe, die Unbesonnenheit der Bundesleitung in ihrer ganzen gemeingefährlichen Rücksichtslosigkeit in grelle Beleuchtung zu rücken; dazu habe Herr v. Plöz die elementarsten Rücksichten gegenüber der Krone bei Seite gesetzt und eine Agitation als loyal verherrlicht, die das Herz des Kaisers aufs tiefste gekränkt habe. Darauf antwortete ein konservatives Blatt, diese Worte bewiesen nur, daß eine Vernunftroyalistin zwar byzantinisch schweifswedeln könne, aber kein Verständnis für das ehrliche Manneswort eines Herzens-

royalisten habe. Die meisten Organe der gemäßigten Richtung sahen in jener Versammlung den Beweis, daß des Kaisers Mahnung an die Landwirte nichts genützt habe. Dagegen suchte die „Kreuz-Ztg.“ das Bestreben „der liberalen Blätter“, den Ton jener Verhandlungen mit den Worten des Kaisers in Gegensatz zu bringen, auf den allerdings ausgeprägt antisemitischen Zug der Versammlung zurückzuführen; und die „Deutsche Tageszeitung“ wandte sich voll Zorn gegen „die demokratische Legende“, daß der Kaiser über die am 18. Februar gehaltenen Reden verstimmt sei; gesetzt aber, er sei es, so wäre es ein starkes Stück, es nur für möglich zu halten, daß er seine Entscheidung über eine so schwerwiegende Frage vom Verhalten Einzelner abhängig machen sollte.

Es dauerte jedoch garnicht lange bis der Kaiser selbst offenbar werden ließ, was er nach der Versammlung v. 18. Februar vom Bunde der Landwirte denke, in deren Ton und Verlangen auch die am 19. und 20. Februar in Berlin tagende 20. Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ eingestimmt hatte, auf der in Reden der Herren v. Manteuffel, v. Knebel-Döberitz, v. Kiepenhausen, v. Erffa aus Wernburg und Graf Kanitz die weitgehendsten Hoffnungen an den Regierungswechsel und an den Reichstagsbeschluß bezüglich der Währungsfrage geknüpft waren. Wie schon vor einigen Jahren, so nahm der Kaiser auch in diesem Jahre die Gelegenheit wahr, bei dem vom Oberpräsidenten v. Achenbach den Mitgliedern des brandenburg'schen Provinziallandtags gegebenen Mahle sich freier auszusprechen. In seiner Rede am 24. Februar zur Erwiderung auf das vom Oberpräsidenten auf ihn ausgebrachte Hoch kam der Monarch ausschließlich auf die, wie er sich ausdrückte, im Augenblick die Gemüter vorwiegend bewegenden Fragen des Bauernstandes zu sprechen. Er hoffe von ganzem Herzen, daß es ihm gelingen werde, dauernd nütliches für denselben zu schaffen und er wolle mit ganzer Kraft dafür eintreten; dringend möchte er aber davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen; kein Stand könne beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden; des Landesherrn Aufgabe sei es, die Interessen aller Stände miteinander abzuwägen und zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei gewahrt bleibe; auf

dem heutigen Tage ruhe noch ein Schimmer des Tages von Friesack; „möge uns der Blick auf jenen ernsten, schlichten, erzge-
rüsteten Mann daran erinnern, daß nur im Zusammenwirken von
Fürst und Volk der Erfolg verbürgt ist“, und im Begriff, in die
Feier der 25jährigen Wiederkehr der Neuerrichtung des geeinten
Vaterlandes einzutreten, möchten wir eingedenk sein, wie nur die
gemeinsame Arbeit aller deutschen Fürsten und ihrer Stämme das
Reich gebaut habe.

Die nichtagrarische Presse war sofort einstimmig der Ansicht,
daß, nach der ganzen Lage der Dinge, der Kaiser mit den Utopien,
gegen die er sich wandte, nichts anderes als den Graf Kanitz'schen
Vorschlag und ähnliche Forderungen gemeint haben könnte, und deshalb
wurde die Rede weithin mit großer Freude begrüßt sowie als un-
mittelbare Antwort auf die agrarische Nichtachtung seiner Mahnung
vom 17. Februar aufgefaßt; sie bedeute eine neue Mahnung zur
Mäßigung und bezwecke nur, den egoistischen Interessen, welche
die Gesamtheit aufs schwerste zu gefährden drohten, ein energisches
Halt zuzurufen, einen kalten Wasserstrahl, damit man bedenke, daß
die Regierung, bei aller Bereitwilligkeit, den uferlosen Staatssozialis-
mus des Antrags Kanitz, „diese Wirtschaftsreform mit aller Unver-
nunft und Schädlichkeit der Sozialdemokratie“ nun und nimmer
annehmen, niemals den Grundsatz: „nur Geld, Geld! nach uns die
Sintflut“ billigen könne. Interessant war, wie sich die Presse der
Agrarier zu der neuen kaiserlichen Mahnung stellte. Ein Hauptorgan
derselben, die „Deutsche Tages-Ztg.“ unterstellte gar nicht, daß der
Kaiser sich über das Verhalten der Agrarier verstimmt gezeigt habe,
billigte seine Äußerungen und wies mit Entrüstung die Ansicht zurück,
daß der Monarch von der Unausführbarkeit des Kanitz'schen Antrags
überzeugt sei; habe derselbe ja doch am 17. Februar Herrn v. Plötz
gegenüber geschwiegen, als dieser ihm den Antrag als einzige Mög-
lichkeit wirklicher Abhülfe hingestellt habe. In ähnlicher Weise be-
klagte der konservative „Reichsbote“, daß „einzelne excessive Äuße-
rungen“ in der Versammlung vom 18. Februar der liberalen Presse
eine willkommene Handhabe böten, die Rede des Kaisers „in ihrem
Sinne umzugestalten“. Die „Kreuz-Ztg.“ jedoch gab zu, daß diese
Rede bei den Landwirten einen freudigen Widerhall nicht finden
könne, und versicherte, die konservative Fraktion sei nicht ge-

sonnen, von ihrer wohlervogenen Überzeugung „auch nur einen Schritt zurückzweichen“. Die „Konservative Korrespondenz“ war ganz damit einverstanden, daß man nicht Utopien nachjagen solle; wie sehr der Bauernstand gegen dergleichen mißtrauisch sei, zeige der beharrliche Erfolg der sozialdemokratischen Landagitation. Die äußerlich fromme Haltung der Agrarier hielt jedoch nicht lange vor, sondern je mehr die Presse ihrer Gegner die Lage ausmalte, um so mehr verfielen sie, hierdurch wohl stark gereizt, wieder in hochgradige Opposition in der von der „Kreuz-Ztg.“ bereits angebahnten Richtung. Mußten sie sich doch von freisinniger Seite sagen lassen, ihr nach der kaiserlichen Strafpredigt von Königsberg angetretener Bußgang sei nicht aufrichtig gewesen; während sie fromm die Augen aufgeschlagen, hätten sie grollend mit den Zähnen geknirscht; dann hätten sie als Ohrenbläser triumphiert, der Mann ohne Ar und Halm wäre entlassen, eine neue Zeit sei ihnen erschienen, aber kaum wären sie wieder monarchisch „bis auf die Knochen“ geworden, da wären sie durch die neue Kaiserrede in Klagenjammer versetzt und sofort habe die uckermärkische Ritterschaft den Helm aufgesetzt und rufe jetzt, trotzig wie ihre Vorfahren, dem Könige zu, daß sie keinen Schritt weichen werde; wenn dieser nicht die Junker schütze, dann schwebte nach deren Meinung die Krone in Gefahr, die Dynastie am Rande des Abgrundes. Aber nicht bloß von freisinniger Seite, sondern auch innerhalb der durch die „Köln. Ztg.“ vertretenen Richtung wurden Urteile ganz derselben Art laut. Dieses Blatt schilderte, wie die Konservativ-Agrarier, obwohl ihre Loyalität zur Zeit der Handelsverträge und der Schmähschrift „Caligula“ bedenklich in die Brüche gegangen sei, durch Drohungen Erfolge erreicht und daß diese ihnen den Kamm bedeutend hätten anschwellen lassen; daß sie aber, als die Männer der neuen Regierung sich nicht hätten bereit finden lassen, durch das caudinische Joch der ostelbischen Agrarier zu gehen, mit der Drohung begonnen hätten, gegen den Fürsten Hohenlohe gerade so in Opposition zu treten, wie einst gegen den Grafen Caprivi. Dies habe bisweilen einen recht drastischen Ausdruck angenommen, z. B. am 21. Februar in einer Rede des konservativen Abg. für Cottbus, v. Werdeck durch den Satz „Kein Kanitz, keine Kähne!“ Glücklicherweise habe aber die Budgetkommission des Reichstags durch ihren Beschluß zu Gunsten der vier beantragten

neuen Kreuzerschiffe einen Strich durch dieses Wortspiel gemacht. Sehen wir, ob diese Schilderung des Verhaltens der Agrarier begründet war, so fällt vor allem jene „Deutsche Tages-Ztg.“ ins Gewicht, die da sagte: „Eine neue Caprivi-Episode verträgt die deutsche Arbeit, die deutsche Volksseele, das deutsche Königtum nicht. Wohin soll es kommen, wenn zwischen dem Fürsten und seinem Volke die Kluft des Zwiespalts und Zweifels gähnt, wenn der Thron nicht mehr gestützt und getragen wird von des Volkes Treue? Noch einmal darf der deutsche Bauer in seinen Hoffnungen nicht getäuscht werden; es müßte unberechenbare, unheimliche Folgen haben; es gärt, ringt, braust gewaltig im Mittelstande; noch ist die Bewegung königstreu und sie wird es bleiben, wenn sie nicht betrogen wird;“ länger zu warten, sei nicht möglich, „uns ist bange um das Königtum“; die Revolution werde nur dann niedergeworfen, wenn der Mittelstand uns sicher und kräftig erhalten bleibe; „gegen gewisse unweise Räte der Krone richtet sich das Mißtrauen der Bevölkerung“. Gegenüber diesen und ähnlichen Äußerungen vernahm man aus der nationalliberalen Presse die Äußerung, daß es der ganzen zielbewußten Kraft einer starken Regierung bedürfe, um die Geister zu bannen, die eine gemeinsame ehrliche Arbeit hinderten, daß es, gegenüber der Verfahrenheit der parlamentarischen Verhältnisse, Pflicht der Regierung sei, sich von ihnen nicht treiben und schieben zu lassen, sondern selbst die Führung zu übernehmen; der durch Unklarheit über Wege und Ziele entstandene Pessimismus müsse schwinden, wenn der durch die letzte Rede des Kaisers angedeutete Kurs von den verantwortlichen Steuerleuten wirklich klar und unverwandt weitergesteuert werde; wie früher gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, so gelte es jetzt, gegenüber dem konservativen, ultramontanen, orthodoxen und agrarischen Radikalismus, die Wacherhaltung der Agitation zu bekämpfen. Auch wurde wohl auf die jede gezwungene Auslegung der kaiserlichen Worte ausschließenden Äußerungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky bei Beratung der Tabaksteuervorlage am 22. Februar hingewiesen, daß die verbündeten Regierungen ein der Landwirtschaft helfendes Geheimmittel nicht kennen, sondern nur mit wohlwollender Detailarbeit von Fall zu Fall entgegenkommen könnten. Dies schien zugleich aufgetauchten Behauptungen über eine Meinungsverschiedenheit unter preußischen Ministern, namentlich über

besonders agrarische Neigungen des Ministers Miquel oder der eines stillen Einverständnisses des Ministers v. Köller mit den weitgehenden Agrariern entgegen zu stehen. Deren Auslegungen schienen sodann vollends ausgeschlossen zu sein durch die von einem sehr konservativen Blatte verbreitete Nachricht, der Kaiser habe bei jenem Festmahle vom 23. Februar bezüglich des Grafen Kanitz'schen Vorschlags zu Freiherrn v. Manteuffel geäußert „Sie können mir nicht zumuten, daß ich Brodwucher treibe“. Aber auch hierdurch wurde die Haltung der Agrarier nicht geändert, sondern die „Kreuz-Ztg.“ glaubte am 24. Februar feststellen zu können, daß die Zahl der Anhänger des Kanitz'schen Antrags von Tag zu Tag reißend wachse, und zwar nicht bloß, weil davon eine Hebung der landwirtschaftlichen Preise erhofft, sondern auch, weil darin die grundsätzliche Befehrung zu einem richtigen sozialen und wirtschaftlich-politischen, allseitig ausgleichend wirkenden System erblickt werde. Ein illoyales Verhalten wurde von dieser Seite andauernd in Abrede gestellt und auf die betreffenden Vorwürfe sogar erwidert, die Gegner hoffen jetzt, „die Konservativen oder den Bund der Landwirte zu Unbedachtsamkeiten verleiten zu können“. Von diesen Gegnern war es vor allem die „Köln. Ztg.“, die den Agrariern zu Leibe ging. Diese, hieß es hier, würden ihren Interessen besser dienen, wenn sie darauf verzichteten, ihren Widersachern gemeine Beweggründe unterzuschieben und handgreifliche Verleumdungen zu wiederholen, von deren Haltlosigkeit sie sich zu ihrer Beschämung ein dutzendmal hätten überzeugen müssen. Im allgemeinen kam in der Presse der gemäßigten Parteien die Ansicht zum Ausdruck, es habe sich nun wohl hinlänglich herausgestellt, daß das Rechenexempel, welches zum Rücktritt des Grafen Caprivi geführt, irrig sei, denn mit dem Ausscheiden dieses Momentes persönlicher Gegnerschaft sei keineswegs der normale Zustand, das Einvernehmen der Krone mit den großen nationalen Wirtschaftsgruppen, wieder in sein Recht getreten, vielmehr habe der Reichskanzler Fürst Hohenlohe denselben Kampf, nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen, gegen den durch Graf Caprivi's Sturz bis zum Ungeschied gesteigerten Kampf gegen die modernen Duitzows zu führen. Hiermit verband sich an einzelnen Stellen noch die Ansicht, das Bürgertum habe in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit sein redlich Teil am Triumph der äußersten wirtschaftlichen Reaktion beigetragen, die Dupierung des

Bürgertums habe im vorigen Sommer das große Geschrei gegen den Umsturz in Szene gesetzt, indem bei der damals zu entscheidenden Machtfrage zwischen dem Grafen Caprivi und dem Junkertum die Angst vor der Sozialdemokratie benützt worden sei, um das Bürgertum gegen den damaligen Kanzler aufzuregen und so dem Kaiser zu zeigen, daß Caprivi auch bei den Mittelparteien keinen Rückhalt besitze. Dagegen wurde wiederum geltend gemacht, man könne vom Fürsten Hohenlohe nicht verlangen, daß er in ebenso viel Monaten wieder gut mache, was sein Vorgänger in Jahren verdorben habe.

Den weiterhin in den öffentlichen Besprechungen den Agrariern gemachten Vorwurf, daß noch niemand einen ausführbaren Plan entwickelt habe, wie der Staat es anfangen solle, im Handumdrehen die Getreidepreise zu heben und die deutsche Landwirtschaft aus den Einwirkungen des Weltverkehrs heraus auf einen Isolierschemel zu setzen, glaubte wenigstens Graf Kanitz nicht auf sich sitzen lassen zu sollen, denn anfangs März legte er in der „Kreuz-Ztg.“ die Unzulänglichkeit der Getreidezölle und die Wirkungen einer Befolgung seines Vorschlags ausführlich auseinander. Das rief dann wieder eine Reihe lebhafter Erwidrerungen hervor. Eigentümlich war die um diese Zeit auftretende Erscheinung, daß auch innerhalb der Centrumspartei die Stimmung für eine Beachtung der agrarischen Forderungen stieg. Die verschiedenen Gruppen und Kreisverbände der bayrischen Bauernbund-Bewegung vereinigten sich am 2. März in einer Versammlung, die unter Vorsitz des Barons v. Thüngen in Regensburg tagte, zu einem bayrischen Bauernbunde, der sich dann für den Vorschlag Kanitz aussprach; ferner trat die Berliner „Germania“ mit einem eigenen Vorschlage hervor, wonach durch eine Steuer auf ausländisches Getreide im Inlande daselbe Ziel wie der Kanitz'sche Vorschlag erreicht werden sollte. Sehr bemerkt wurde auch, daß Graf Herbert Bismarck in einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Magdeburg die Monopolisierung der Getreideeinfuhr empfahl. Viel Aufsehen erregte ferner das Verhalten des Bundes der Landwirte und des Oberpräsidenten von Ostpreußen, Grafen Stolberg hinsichtlich der wegen Todes des Regierungspräsidenten Steinmann zu Gumbinnen vorzunehmenden Nachwahl zum Reichstag im Bezirke Olesko-Ohl-Johannisburg. Der Vorstand des Bundes im Wahlkreise hatte sich wegen des Mandats an den Oberpräsidenten gewandt,

offenbar in der Erwartung, daß derselbe nicht mehr den Standpunkt zu Gunsten des Handelsvertrags mit Rußland einnehme, wegen dessen er im Herbst v. J. samt dem Grafen Dönhoff-Friedrichstein vom Kaiser besonders belobt worden war. Graf Stolberg hatte eine vorsichtige Antwort gegeben, aber der Vorsitzende des Bundes in der Provinz, v. d. Gröben-Arnstein sprach sich in einem veröffentlichten Privatbriefe gegen das „unerhörte, den Bund tief schädigende Vorgehen“ des Oberpräsidenten aus und bewirkte samt Herrn v. Plög-Döllingen, daß die Kreisversammlung des Bundes der Landwirte einen Untergebenen des Oberpräsidenten, den Landrat v. d. Gröben-Lyck, als Reichstagskandidaten aufstellte. Als aber hiernach Graf Stolberg zu allgemeiner Überraschung die Erklärung abgegeben hatte, daß er für den Antrag Kanitz eintreten werde, ging er am 25. Februar als Sieger aus der Reichstagswahl hervor, und nunmehr hielten auch 13 Landräte in Ostpreußen mit ihrer offenen Sympathie für die Forderungen der Agrarier nicht mehr zurück, indem sie einem im Provinziallandtage erhobenen Widerspruche gegen eine Lobpreisung des Handelsvertrags mit Rußland beitraten, somit die Vorschrift des kaiserlichen Erlasses von 1881 übertraten, daß die Landräte die Politik des Kaisers vertreten sollen. Darauf wurde Graf Stolberg am 7. März aus der seit dem 1. September 1891 bekleideten Stelle als Oberpräsident entlassen und in den einstweiligen Ruhestand versetzt, weil die Regierung einen so schnellen und vollständigen Wechsel der Ansichten mit der Stellung des ersten Beamten der Provinz nicht für vereinbar hielt.

Aus der Reihe ihrer weiteren Forderungen griffen die Agrarier nunmehr die nach Kündigung des Handelsvertrags mit Argentinien heraus. Der von v. Heyl, Graf Oriola und Friedberg im Reichstag eingebrachte Antrag wurde am 13. März von ersterem damit begründet, daß durch die Einfuhr von Getreide aus Argentinien die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland in bedenklicherem Maße als durch sonst etwas gesunken und für die Bewilligung des ermäßigten Zolls an Argentinien keine Gegenleistung erfolgt, daß vielmehr in diesem Lande während der letzten Jahre sogar erhebliche Erhöhungen des Zolls auf deutsche Gewerbeerzeugnisse vorgenommen seien. Diesem von einigen Gegnern unterstützten Verlangen stellte der Staatssekretär des Außern, Freiherr v. Marschall,

am 14. März die Frage entgegen, was denn an die Stelle dieses Handelsvertrags gesetzt werden solle. Langjährige Beziehungen zweier Länder zu zerstören, sei sehr leicht, neue anzuknüpfen, recht schwierig; namentlich aber ließen sich die Beziehungen Deutschlands mit Argentinien nicht vereinzelt betrachten, sondern nur im Zusammenhange mit der gesamten Handelspolitik; die amerikanische Krisis könne man mit den Handelsverträgen nicht in Verbindung bringen, vielmehr werde es, je mehr solche Krisen störend eingreifen, um so notwendiger, unsere anderen Absatzgebiete durch Handelsverträge zu sichern; die Einfuhr des argentinischen Weizens nach Deutschland werde durch die Währungsverhältnisse ermöglicht, der von dort zu uns kommende Weizen könne infolge des Goldagio als Währungsweizen bezeichnet werden; wenn sich auch nicht annehmen lasse, daß die dortige Weizenerzeugung ins unendliche vermehrt werden könne, so ließen sich doch die für Deutschland durch diese Einfuhr herbeigeführten Nachteile allerdings nicht verkennen; eine Kündigung dieses Handelsvertrags vermöge jedoch der deutschen Landwirtschaft eine Erhöhung des Getreidepreises nicht zu bringen, denn hiernach würde derselbe Weizen auf den Weltmarkt kommen und hier dieselbe Wirkung auf den Preis ausüben wie vorher; es sei ein gewaltiger Schlag, den der Antrag zumute; man möge sich hüten, daß er nicht daneben gehe und etwas treffe, was wir schützen wollten und müßten; einen Zollkrieg in's Blaue hinein zu beginnen, habe keinen Zweck. Der Antrag wurde jedoch an eine Kommission gewiesen, deren erst gegen Mai fertig gewordenen Bericht der Reichstag nicht mehr entgegennehmen konnte.

Zu erwähnen ist noch, daß der am 4. März unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Soden aus Frauenhofen in Berlin zusammengetretene „Deutscher Landwirtschaftsrat“, an dessen Beratungen Vertreter vieler deutscher Regierungen teilnahmen, am 6. März sich mit 36 gegen 32 Stimmen für ein an den Reichskanzler und den Bundesrat zu richtendes Gesuch aussprach, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen im Sinne des, wie oben (S. 42) erwähnt, von der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ formulierten Antrags Kaniz. Auf der anderen Seite nahm der Minister v. Hammerstein die Eröffnung des preussischen Landesökonomiekollegs am 9. März zur Gelegenheit, sich in einer Ansprache aufs neue über die Stellung

der preußischen Regierung zur landwirtschaftlichen Frage zu verbreiten. Die gegenwärtige Lage sei zweifellos hochkritisch; das werde vom Kaiser und der Reichsregierung in vollem Umfange anerkannt; umso mehr müsse sich die Regierung des Beirats der Interessenvertretungen bedienen, die schon seither dem Minister zur Seite standen; außerdem aber sei es politisch klug, daß sich die Regierung eine möglichst breite Rückendeckung schaffe, und das könne sie am besten durch Benutzung des Rats von Sachverständigen aus den Kreisen der Interessenten. Um dieselbe Zeit wurde die unwidersprochen gebliebene Nachricht verbreitet, daß sich der Kaiser neuerdings nochmals recht scharf gegen den Antrag Kanitz und gegen gewisse Schattierungen der agrarischen Bewegung ausgesprochen habe.

Mit der „breiten Rückendeckung“, welche die preußische Regierung, wie der Minister v. Hammerstein gesagt hatte, in der landwirtschaftlichen Frage sich verschaffen wollte, war die Berufung der engeren Versammlung des preußischen Staatsrats gemeint. Der betreffende Kabinettsbefehl des Kaisers erging am 25. Februar und enthielt, neben der Einberufung zum 12. März, die Ernennung des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe zum Vorsitzenden dieser Körperschaft. Folgenden Tags, am 26. Februar, nahm der Kaiser an der feierlichen Bestattung des am 18. in Arco verstorbenen Erzherzogs Albrecht in Wien Teil, dem er im September 1893 die Würde eines preußischen Feldmarschalls verliehen und so im Interesse des guten Einverständnisses beider Reiche die Erinnerung an die Zeiten zugedeckt hatte, in denen der Erzherzog als Heerführer gegen Preußen im Felde gestanden hatte. Es war ein weiteres Freundschaftszeichen, daß Kaiser Wilhelm jene Würde nunmehr dem Kaiser Franz Joseph selbst übertrug. Im übrigen erregte es einiges Aufsehen, daß der Kaiser in Wien zum erstenmale mit dem Herzoge Ernst August von Cumberland zusammengetroffen war. Obwohl die Berichte dahin gingen, daß die Unterhaltung beider, nachdem Kaiser Franz Joseph sie einander vorgestellt, nur kurz gewesen und sich auf neutralem Gebiete bewegt habe, fehlte es nicht an Voraussetzungen politischer Folgen; englische Blätter behaupteten sogar sofort, es scheine jetzt sicher zu sein, daß des Herzogs ältester Sohn nach Erreichung der Volljährigkeit im Jahre 1898 Herzog von Braunschweig werden würde. Als sodann das Welfenblatt in Hannover bemerkte, es sehe in der

Begegnung wiederum einen, wenn auch nur kleinen Schritt zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover, erblickten Andere hierin nur eine Bestätigung der Erfahrung, daß man die Welfen ebensowenig wie die Polen und Sozialdemokraten durch Liebenswürdigkeit versöhne. Am 3. März begab sich der Kaiser nach Wilhelmshaven, wo er der Vereidigung der Marinerekruten beiwohnte und seine Ansprache mit der Mahnung zur Treue sowie mit den Worten schloß „Seid wie die alten Brandenburger!“ Hiernach fand auf der Werft die Kiellegung zu dem Schlachtschiffe „Ersatz Preußen“ statt, wobei der Kaiser das erste Niet in die Kielplatte schlug und diesem Schlachtschiffe den Namen Ägir gab, den Namen der „gewaltigen Gottheit“, die, wie er in der Taufrede sagte, „von allen“ unseren meeresfahrenden Vorfahren angebetet und verehrt worden sei. Am folgenden Tage schiffte sich der Kaiser auf dem „Kurfürst“ ein und segelte in Begleitung des Panzerschiffs „Fritzhof“, des Kreuzers „Prinzeß Wilhelm“ und zweier Torpedoboote auf Helgoland zu. Als der Schnelldampfer des norddeutschen Lloyd, „Saale“, diesem Geschwader begegnete, ließ der Kaiser ihn durch Signale auffordern, den Namen zu zeigen und signalisierte, als dies geschehen war, die Worte: „ich wünsche Ihnen glückliche Reise!“ Auf Helgoland gedachte der Kaiser die im Dezember durch die Sturmflut verursachten Uferbeschädigungen zu besichtigen, deren Herstellung er am 7. Januar einer Abordnung von Helgoländern zugesagt hatte; er konnte jedoch wegen zu hohen Seegangs nicht landen und begab sich nun nach Brunsbüttel, wo er an's Land ging, die Schleusen besichtigte und sich Vortrag über den Stand der Arbeiten am Nordostseefanal halten ließ.

Nach Berlin zurückgekehrt, eröffnete der Kaiser am 12. März die von ihm durch Erlaß vom 1. März durch 29 Herren der verschiedenen wirtschaftlichen Standpunkte vermehrte engere Versammlung des Staatsrats. Diese durch Verordnung von 1810 geschaffene, durch Verordnungen von 1814, 17 und 48 näher geordnete beratende Körperschaft, deren Mitglieder lediglich von der Krone berufen werden, war nur in seltenen Fällen versammelt gewesen, zuletzt 1890 wegen der Arbeiterfrage. In seiner Eröffnungsrede sagte der Kaiser: Die andauernd ungünstige Lage der Landwirtschaft mache es der Regierung zur unabweisbaren Pflicht, Mittel und Wege zu suchen, welche den Ertrag der Bodenbewirtschaftung zu heben und damit Gefahren

abzuwenden geeignet seien, denen die Landbautreibende Bevölkerung gegenwärtig ausgesetzt sei. Je lebhafter die Frage der Abwehr des Notstandes in immer weiteren Kreisen erörtert werde und je zahlreicher und einschneidender die Vorschläge seien, welche dieser Abwehr dienen sollen, um so gründlicher und sorgfältiger werde ihre Prüfung vorgenommen werden müssen. Deshalb werde die gutachtliche Äußerung des Staatsrats erfordert, von dessen Beratungen eine Verständigung über die weit auseinander gehenden Auffassungen bezüglich des Möglichen und Erreichbaren zu erhoffen sei. Unter den neu berufenen Mitgliedern des Staatsrats befand sich natürlich Graf Kanitz, dessen Vorschläge der Bund der Landwirte mit so großem Eifer festhielt; hervorzuheben sind aber auch die Grafen v. Dönhoff-Friedrichstein, zu Inn- und Knyphausen, v. Holstein, v. Kleist, v. Mirbach, ferner der Abg. v. Kardorff, der frühere Staatssekretär v. Malgahn-Gültz, der Direktor der westpreussischen Provinziallandschaft Albrecht, der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Koch, der Vorsteher der Kaufmannschaft zu Königsberg Righaupt. Im übrigen nahmen alle Minister teil, der neuernannte Staatssekretär des Staatsrats Bresfeld, und alle Mitglieder der Staatsrats-Abteilung, die den Vortrag über die zu begutachtende Sache vorzubereiten haben. Im konservativen und im agrarischen Lager zeigte man sich über diese in Aussicht stehenden Prüfungen nicht sehr erbaut; auf diesen beiden Seiten hieß es, es sei nicht viel Gutes zu hoffen, einestheils weil sich der Kaiser bereits scharf gegen den Antrag Kanitz ausgesprochen habe, der doch das alleinige Allheilmittel bilde, andernteils weil sich unter neu berufenen Graf Dönhoff, der Freund des Handelsvertrags mit Rußland, und der der gemäßigten Hellendorfschen Richtung angehörende Graf Kleist befänden, während Männer wie v. Plöz, der Vertrauensmann von 200 000 Landwirten, und v. Loë, der Vertreter des größten katholischen Banernvereins, draußen gelassen seien. Noch deutlicher war diese Stimmung dadurch hervorgetreten, daß die Konservativen am 2. März im Reichstag bei der Abstimmung über die Frage einer Vermehrung der Kriegsschiffe sich der Stimmen enthalten hatten, was als Drohung für die dritte Lesung erschien und so auch z. B. vom Berliner „Volk“ ausdrücklich ausgelegt wurde; am stärksten aber demonstrierten sie dadurch, daß sie den neuformulierten Antrag Kanitz am 12. März gerade in dem Augenblicke im Reichstag ein-

brachten, als dessen Prüfung im preußischen Staatsrate in Angriff genommen werden sollte. Hätten sie ihn dort früher eingebracht, so hätte eine Erörterung im Reichstage nicht nur als Material für den Staatsrat, sondern auch als Vorbereitung der preußischen Antwort im Bundesrate dienen können, wogegen eine Beratung im Reichstage, nachdem der Staatsrat sich vielleicht gegen den Vorschlag erklärte, keinen Zweck mehr zu haben schien. Aber sie erwarteten eben vom Staatsrate nichts von dem Antrage und wollten daher vor dieser Ablehnung die Einbringung im Reichstage zur Thatsache machen; sie schienen unter allen Umständen an dem Vorschlage festhalten und auf eine zu erwartende Begründung der Ablehnung, auf diese Rückendeckung der Regierung garnichts geben zu wollen. Der demonstrative Charakter jener Antragstellung wurde auf keiner Seite verkannt; überall sah man seine Bedeutung darin, daß in agrarischen Kreisen, angesichts der Stellungnahme des Kaisers, den Beratungen des Staatsrats wenig Vertrauen mehr entgegengebracht werde und daß man es deshalb nicht mehr angezeigt finde, sich in taktischen Erwägungen durch die Rücksicht auf den Staatsrat fernerhin beeinflussen zu lassen. So sagte denn auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin, es sei vollkommen richtig, daß man, wie die Dinge jetzt liegen, „alle konventionellen und übertünchten Höflichkeitsphrasen aufgiebt und die Wahrheit sagt, nackt und scharf; für Anstandsübungen ist die Zeit zu ernst“. Damit verband dieses Organ heftige Angriffe gegen die Centrumspartei, die mit dem Beschlusse, gegen den Antrag Kanitz im Reichstage zu stimmen, sich von demokratischen Führern habe terrorisiren lassen und damit aufhöre, eine Vertretung der katholischen Mitbürger zu sein, deren Interessen sie verraten habe. Der Bund der Landwirte selbst forderte den Reichstagsabgeordneten Schulze-Henne auf, für den Antrag Kanitz zu stimmen oder das Mandat niederzulegen, worauf Schulze lediglich mit seinem Austritt aus dem Bunde antwortete. Diese Haltung der Konservativ-Agrarier war vielfach vorausgesehen und dies war der Grund, aus dem in einigen regierungsfreundlichen Kreisen die ganze Berufung des Staatsrats als Fehler angesehen wurde, indem die Regierung auch ohne dessen Aussprüche wissen müsse, was sie zu thun habe und diese Rücksicht auf die Agrarier garnicht zu nehmen brauche; habe doch, so hörte man wohl, der Geschichtschreiber v. Bernhardi über die Beziehungen

des alten Kaisers zum Junkertum in sein Tagebuch eingetragen: „Solange der König höflich gegen die Junker war, zeigten sie sich insolent; er hat nun endlich den Rat befolgt und ist grob geworden gegen sie; nun werden sie zahm und thun seinen Willen“. Die schroffen Äußerungen der Agrarier setzten sich unbeirrt weiter fort: „Es ist ein gewissenloser Judenkniß, sagte am 14. März die „Volksrundschau“, immer nur auf den Weg der Sparsamkeit zu verweisen. Die „Konservative Correspondenz“ rief am 15. März: „Keine Gnade, sondern Recht!“ und fügte hinzu: „Es ist nicht wahr, daß die Landwirte begehrlisch sind; sie wollen nur, wie zu ihrer Väter Zeiten, den Ertrag von ihrer Scholle genießen, wie ihn harte und ehrliche Arbeit in jedem Berufe abwirft; es ist nicht wahr, daß die Landwirte ihre Sorgen auf die Schultern anderer legen wollen“. Das „Volk“ sagte am 15. März: „Mag der Staatsrat entscheiden, wie er will, der Antrag Kanitz bleibt bestehen“. Endlich äußerte die „Deutsche Tageszeitung“ am 17. März: „Es hat in den letzten Wochen an Anzeichen aller Art nicht gefehlt, daß das volle Verständnis für den Ernst der Lage, aller Aufklärungsversuche ungeachtet, da noch immer vermißt wird, wo es vor allem gefunden werden müßte“.

Dieser Vorwurf war entschieden unbegründet, denn der Kaiser hatte durch Berufung des Staatsrats für Prüfung der landwirtschaftlichen Forderungen sowie für etwa weiter nötige Belehrung gesorgt und er war durch ständige persönliche Leitung der Verhandlungen des Staatsrats ganz besonders bemüht, diese zu einem ersprießlichen Ergebnisse zu führen. Daher war es sehr begreiflich, daß er sich zu Beginn einer dieser Sitzungen mit Entrüstung über obige Worte des Berliner „Volk“ aussprach. Der Staatsrat beschloß am 12. und 13. März zunächst Erklärungen über Maßregeln zur Hebung des Getreide- und des Zuckerpreises. Eine Bekämpfung der Zuckerkrisis auf internationalem Gebiete erscheine aussichtslos, eine Hebung des Weltmarktpreises für Zucker sei erst zu erwarten, wenn entweder durch kleine Ernten oder durch Einschränkung des Betriebes eine Verminderung der Produktion in Aussicht stehe; eine Hebung der Zuckerpreise in Deutschland sei nur möglich durch eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung, für welche die Mittel durch Erhöhung der Verbrauchssteuer und zum Teil vielleicht durch eine für die größeren

Betriebe steigende Betriebsabgabe beschafft werden müßten. Zur Hebung des Spirituspreises wurden einige Grundzüge einer Novelle zum Branntweinsteuergesetze von 1887 empfohlen, wie Einführung einer 5jährigen statt der 3jährigen Kontingentierungsperiode, Aufhebung des Zwangs, das zugeteilte Kontingent jährlich abzubrennen u. s. w., Beschlüsse, gegen die als gegen neue Begünstigungen der „Brotverteurer“ die freisinnige Presse sich enttäuscht und mit anzüglichen Bemerkungen wegen eines „Zickzackkursus“ oder eines Schwankens der nicht stets nach Norden zeigenden Nadel aussprach; so verliere das Volk immer mehr jedes Vertrauen und jeden Glauben an die Stetigkeit der Entwicklung. Bezüglich der Währungsfrage nahm der Staatsrat am 15. März mit Befriedigung Kenntnis von der seitens des Reichskanzlers am 15. Februar im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärung (S. 53) und glaubte, daß gegenwärtig keine weiteren Maßregeln zu ergreifen seien, sondern das Ergebnis der in Aussicht genommenen Schritte abgewartet werden müsse. Am 16. März empfahl der Staatsrat zwecks Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion sowie zur Beförderung des Absatzes dieser Erzeugnisse eine möglichst niedrige Gestaltung der Eisenbahntarife für landwirtschaftliche Rohstoffe. Ferner wurde die von konservativer Seite schon oft im Abgeordnetenhause angeregte Erhebung von Abgaben für die Benutzung der großen öffentlichen Binnenschiffahrtsstraßen als unausführbar bezeichnet. Am 19. März folgten Beschlüsse über Maßnahmen zur Sefthastmachung der ländlichen Bevölkerung, insbesondere in den östlichen Provinzen, sowie über Maßnahmen auf dem Gebiete der Kredit-Organisation. Über dasjenige, was den Agrariern am meisten am Herzen lag, die Vorschläge des Grafen Kanitz, sprach sich der Staatsrat am 20. März dahin aus: Diese eine unmittelbare Einflußnahme auf den Getreidepreis durch Eingreifen des Staats in den Handel bezweckenden Vorschläge seien undurchführbar und, wenn sie durchführbar wären, hinsichtlich des Zieles einer allgemeinen gleichmäßigen Preissteigerung als zweifelhaft in ihrem Werte erkannt worden. „Eine so weitgehende Aufgabe, wie sie dem Staat in den Vorschlägen zugehacht wird, erscheint unvereinbar mit einer richtigen Auffassung der Stellung des heutigen Staats im Erwerbs- und Verkehrsleben“; die Organe des Staats seien dazu nicht geeignet und in dem Auftrage, das wichtigste und

allgemeinste Nahrungsmittel, namentlich der ärmeren Klassen, teurer zu verkaufen, als der Staat dasselbe in Händen hat, müsse „ein sozialpolitisch sehr bedenkliches Vorgehen“ gefunden werden.

Unmittelbar nach diesem das Hauptverlangen der Agrarier treffenden wuchtigen Schlage wurden die Beratungen des Staatsrats geschlossen. Der Kaiser hielt eine Ansprache, in der er die erschöpfende Erörterung der Notlage der Landwirtschaft, ihrer Ursachen, ihres Umfangs und ihrer Folgen, sowie die sorgfältige Prüfung aller aufgetauchten Mittel zur Abhilfe als eine wertvolle Unterlage für die ferneren Entschlüsse der preußischen Regierung bezeichnete; die zum Ausdruck gelangte Sachkunde und praktischen Erfahrungen gäben besondere Gewähr für die Durchführbarkeit der vom Staatsrat empfohlenen Vorschläge; solche Mittel aber, deren Anwendung auch von dieser Körperschaft als ungeeignet für die Erreichung des Zwecks, als praktisch nicht ausführbar oder als gefährlich erkannt und widerraten worden seien, werde die Regierung um so unbedenklicher aus dem Kreise ihrer Erwägungen ausscheiden können. Zum Schluß ersuchte der Kaiser die Mitglieder des Staatsrats, die Auffassung zu verbreiten, daß, wenn künftig ähnliche Fragen auch auf anderen Gebieten die Gemüter erregten, zunächst die Regierung um Veranlassung des zur Abhilfe Nötigen angegangen werde.

Mit diesem Verlaufe der Beratungen des Staatsrats waren die Konservativ-Agrarier sehr unzufrieden, denn, was sie gefürchtet, war in vollstem Maße eingetreten. Nach der „Kreuz-Ztg.“ mußte dieser Ausgang mit großer Sorge jeden erfüllen, der überzeugt sei, daß ohne ein sofort wirkendes Mittel zur Hebung der Getreidepreise ein großer Teil der Landwirte sich nicht über den nächsten Winter werde halten können; umsomehr habe nun die konservative Fraktion des Reichstags die Pflicht, entschieden auf dessen Verhandlung des Antrags Kanitz zu dringen, damit die im Staatsrat geltend gemachten, so oft schon in der Presse widerlegten Gründe vor dem Lande auf ihren wahren Wert zurückgeführt würden. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ hielt es für begreiflich, „wenn jetzt wirklich dumpfe Verzweiflung sich der Bauern bemächtigt“; den Vorteil der hierdurch entstehenden Unzufriedenheit werde natürlich nur die Sozialdemokratie haben; selbstverständlich könne der Staatsratsbeschluß die Überzeugung von der Notwendigkeit des Antrags Kanitz um so

weniger erschüttern, als es dem Staatsrate nicht gelungen sei, einen anderen Weg zu zeigen; daher würde der Bund der Landwirte seine Anstrengungen zur Erreichung des so verworfenen Ziels verdoppeln. Um so befriedigter zeigten sich die Gegner der Agrarier. Hier wurde darauf hingewiesen, daß die unzweifelhaft agrarische Färbung des Staatsrats seinen Beschlüssen besondere Bedeutung verleihe; die Rede des Kaisers habe dem Antrage Kanitz sogar ein Begräbniß erster Klasse verweigert; alle Versuche, an dieser Rede zu deuteln, würden vergeblich sein; die von ihm und dem Staatsrate gebotenen, so viel geschmähten kleinen Mittel seien in Wirklichkeit sehr große, würden aber freilich den Landwirten wohl kaum als solche erscheinen, weil die Verhekung in diesem Stande soweit vorgedrungen sei, daß sie an nichts anderes als an die alleinige Wirksamkeit des Wunderantrags mehr glaubten. Die Sätze am Schluß der kaiserlichen Ansprache wurden nur dahin gedeutet, daß sie sich, wie schon in der vorjährigen Kaiserrede zu Königsberg, gegen die vom Bunde der Landwirte in den letzten zwei Jahren entfaltete Art der Agitation richteten. Speziell gegen diese kaiserliche Mahnung richteten sich die agrarischen Organe mit der Aufforderung an die Landwirte, sich enger zusammenzuschließen, „uns fester einzugraben in den Boden unserer Überzeugung,“ denn „nicht einen Schritt können wir zurückweichen, nicht eine Linie abweichen von dem, was wir als Wahrheit erkannt haben; wir werden weiter kämpfen mit gleicher Entschlossenheit, uns gehört die Zukunft!“ Ein anderes Organ dieser Richtung setzte dem kaiserlichen Aussprache von der Gefährlichkeit des Antrags Kanitz die Behauptung entgegen, nichts gefährliches gebe es vielmehr, als wenn die Landwirtschaft zu Grunde gehe, für die Regierung sei dieser Antrag beseitigt, „für die Landwirte nicht“; deren Sache werde es sein jetzt machtvoll ihren Willen kund zu thun. Endlich wurde unterstellt, der Kaiser habe gemeint, der Reichstag solle in Fragen, welche die Gemüter erregen, von seinem Initiativrecht keinen Gebrauch machen; dagegen sei zu bemerken, daß die Zeiten des beschränkten Unterthanenverstandes niemals wiederkehren würden. Nur die „konservative Korrespondenz“ erkannte an, daß einer großen Reihe berechtigter Wünsche der Landwirte die Erfüllung gewährleistet und die ablehnende Haltung der Staatsratsmehrheit gegen unmittelbare Hebung der Getreidepreise „zwar bedauerlich, aber keineswegs ent-

muthigend" sei. Jene Mehrheit war übrigens nicht gering, denn von 60 Mitgliedern hatten nur vier für die Kanitz'schen Vorschläge gestimmt. Diese vier waren Landwirte, aber unter den 60 befanden sich 14 Landwirte.

Wohl wegen der Wichtigkeit der Sache wurde am 28. März im „Reichsanzeiger“ eine Denkschrift über das Ergebnis der Verhandlungen des Staatsrats bezüglich der Maßregeln zur Hebung des Getreidepreises veröffentlicht. Hiergegen richtete sich sofort das Organ des Bundes der Landwirte mit besonderer Heftigkeit: Die Landwirte freuten sich dieser Denkschrift, weil durch sie alle Bedenken gegen den Antrag Kanitz beseitigt seien, der bleibe und mit tödlicher Sicherheit wiederkommen werde. Auch die Leitung dieses Bundes wandte sich anfangs April gegen diese Denkschrift in einer Flugschrift, in der auszuführen gesucht wurde, daß die Beschlüsse des Staatsrats „mehr einen persönlichen und weniger einen rein sachlichen Charakter“ gehabt hätten, sowie daß die Beschlüsse dieser Körperschaft den Forderungen der Landwirte nicht hätten genügen können, weil nur 18 derselben zugezogen wären; wollten die Agrarpolitiker ihrer großen Aufgabe gerecht werden, so müßten sie nach dem Grundsatz handeln: „Wo das Medikament nicht hilft, da hilft das Eisen, wo das Eisen nicht hilft, da hilft das Feuer.“ Die Behauptungen der Parteileitung des Bundes der Landwirte erfuhren sogleich eine amtliche Abwehr im „Reichsanzeiger“ aus der hervorging, daß die Beratungen des Antrags Kanitz im Staatsrate an vier Tagen und in einer besonderen Kommission gründlich und ausführlich stattgefunden und daß die Behauptung der Parteileitung nicht begründet war, daß in der Art der Beschlussfassung wie im persönlichen Charakter der Zusammensetzung des Staatsrats ein unübersteigliches Hindernis für die Vereinigung mit den Wünschen der deutschen Landwirtschaft gelegen habe.

Ungeachtet der gründlichen Abweisung, welche der Antrag Kanitz vom Staatsrat und vom Kaiser erfahren hatte, zogen ihn die Agrarier im Reichstage nicht zurück und noch kurz bevor er hier zur Verhandlung kam, brachten sie ihn in beiden Häusern des preussischen Landtags gelegentlich der Beratung anderer landwirtschaftlicher Fragen zur Sprache. Im Abgeordnetenhaus geschah es am 28. März bei Beratung einer von v. Plötz und v. Mendel-

Steinfels gestellten Anfrage wegen Verhinderung einer Verfälschung der Futter- und Düngemittel. Als hier der Minister von Hammerstein einen bezüglichen Gesetzentwurf in Aussicht stellte, verband v. Heydebrand und der Lasa (konf.) mit dem Dank hierfür die Bemerkung, daß übrigens alle zur Besserung der landwirtschaftlichen Produktion aufgewendeten Mittel nichts verschlügen, wenn der Landwirtschaft kein sicherer Getreidepreis, der über den Produktionskosten stehe, gewährleistet werde; nachdem der Staatsrath den einzig gangbaren Weg hierzu abgelehnt, habe die Regierung die Pflicht, einen anderen Weg vorzuschlagen; bleibe sie der prekären Lage der Landwirtschaft gegenüber abwartend stehen, so könne dies zur Hebung ihres Ansehens nicht beitragen. Auch v. Kröcher (konf.) klagte, daß die Regierung bisher nur wohlwollende Worte, keine Thaten für die notleidende Landwirtschaft gehabt habe; es müsse zu außergewöhnlichen Mitteln gegriffen werden, um die Getreidepreise stabil zu machen. Minister v. Hammerstein wies den Vorwurf der Thatenlosigkeit der Regierung zurück, erinnerte daran, welche Gesetzentwürfe sich in Arbeit befänden, verhehlte aber auch nicht, daß ihm berichtet worden sei, die konservative Partei wolle, falls der Antrag Ranitz nicht noch durchgesetzt werde, lieber alles und noch mehr drunter und drüber gehen lassen. Hierauf erklärte v. Plögg: wenn die Getreidepreise nicht gehoben würden, werde der Bauer immer unzufriedener und, vom Hofe vertrieben, werde er der Sozialdemokratie anheimfallen; der Staatsrat habe das auf ihn gesetzte Vertrauen nicht erfüllt, sondern er habe mit der Undurchführbarerklärung des Antrags Ranitz die Leute nur schrecken wollen. v. Pappenheim betonte das Recht der Landwirte, mit ihren Klagen nicht nachzulassen, auch wenn sie keine klare Antwort bekämen.

Am 29. März gelangte der Antrag Ranitz im Reichstage zur Verhandlung. Graf Ranitz übernahm selbst die Begründung, in der er nichts eigentlich neues mehr sagen konnte. Sein Schluß ging dahin, es müsse den wirtschaftlich Schwachen Schutz gewährt, der Ausbeutung des Mittelstandes und der unaufhaltbar sich vollziehenden Teilung der bürgerlichen Gesellschaft in Millionäre und Proletarier ein Damm entgegen gesetzt werden; der Antrag verfolge keine einseitige Interessenpolitik und komme auch keineswegs den Grundbesitzern allein zu Gute; es handele sich um Erhaltung der

Grundlage unserer politischen Ordnung und unserer Wehrkraft. Hiergegen ergriff der Reichskanzler Fürst Hohenlohe das Wort zu einer längeren Erwiderung. Der von gewissenhaften Patrioten gestellte Antrag sei ja, wie diese selbst zugestanden, mit den bestehenden Handelsverträgen unvereinbar, zu deren Änderung jedoch keine Aussicht vorliege; er sei aber auch unausführbar, weil nach Übergang des Getreidehandels in die Hände des Staats der Privatgetreidehandel mit auswärtigem Getreide aufhören würde; außerdem würde ein besonderer Reichsdienst, vielleicht ein Reichsgetreideversorgungsamt organisiert werden müssen. Wie es gefährlich sei, durch willkürliche Eingriffe in den menschlichen Körper dessen Blutumlauf zu stören, so scheine es auch gefährlich, den Organismus des Handels in seiner fruchtbringenden Thätigkeit zu hemmen. Der Antrag sei ferner insofern gefährlich, als er sehr leicht auch zum Monopol des Getreidehandels im Inlande und damit noch zu anderen staatlichen Maßregeln im sozialistischen Sinne, zuletzt auch zur Verstaatlichung des Grundeigentums führen könne. Endlich setzte der Fürst ausführlich auseinander, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe Nachteil von dem Kanitzschen Vorschlage haben würde. Dagegen bereite die Regierung andere Maßregeln zur Minderung der Not der Landwirtschaft vor, nämlich eine Börsenreform, Änderung der Branntweinsteuer, Einschränkung der Transilager, Reform der Zuckersteuer, Herabsetzung der Eisenbahntarife, Unterstützung der Rentengüter und Gründung von Arbeitsstellen. Die weitere Verhandlung erbrachte, obwohl sich noch zehn Redner an ihr beteiligten, keine neuen Momente, worauf der Antrag am 30. März an eine besondere Kommission gewiesen wurde, die jedoch bis zum Sessionschluß nicht mehr zur Berichterstattung gelangte. Die Aufregung der Agrarier über diese Verhandlungen setzte sich noch lange fort. In ihren Organen wurde über den Minister v. Hammerstein gesagt, seine Äußerungen im Abgeordnetenhaus vom 28. März seien „unerhört verlegend“ gewesen, und über des Reichskanzlers Rede hieß es, „Du lieber Gott, wie dürftig nehmen sich die Besorgnisse gegen die Durchführbarkeit des Vorschlags aus.“ Die Unersehbarkeit der Agrarier zeigte sich hiernach zunächst in einem Antrage im Abgeordnetenhaus, wonach 20 Millionen Mark zu 2½ % den landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Befriedigung des Kredit-

bedürfnisses von Staatswegen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Nachdem wir uns so lange mit der agrarischen Bewegung haben beschäftigen müssen, ist es hohe Zeit, zu sehen, wie sich inzwischen die Frage der sog. Umsturz-Vorlage weiterentwickelt hat. Auf die im Januar stattgehabten Verhandlungen der betreffenden Reichstagskommission folgte eine Pause, in der aus der Bevölkerung, die bis dahin verblüfft zugehört hatte, die Stimmung verschiedentlich nach Ausdruck rang. Es traten nämlich bald hier, bald dort, Versammlungen auf, die sich mit großer Entschiedenheit gegen die „freiheitswidrige“ Vorlage wandten, und nicht zum geringsten Teile erfolgten diese Kundgebungen aus Kreisen der Centrumspartei: Hervorragend war in dieser Beziehung eine am 3. Februar auf dem Johannisberge bei Elberfeld stattgehabte Versammlung und zahlreiche Erklärungen in Süddeutschland, wo man erzürnt war, daß die Centrumspartei in der Reichstagskommission ihrem Charakter als Volkspartei untreu werde. Bald hiernach erhoben Einzelne in Aufsehen erregender Weise ihre Stimme: Fr. Paulsen, Professor der Theologie an der Berliner Universität, veröffentlichte in der Zeitschrift „Die Zukunft“ einen Aufsatz, in dem er sagte: „Die zulässige Kritik der Religion, der Monarchie, der Ehe, der Familie soll durch die zur Strafbarkeit erforderlichen Merkmale des Beschimpfenden und Friedenstörenden vor dem Richter geschützt sein; aber man täuscht sich, wenn man meint, hiermit eine sichere und erkennbare Grenze gezogen zu haben; zwischen Kritik, Herabwürdigung und Beschimpfung ist die Grenze so fließend, daß es allein auf die subjektive Empfindlichkeit des Staatsanwalts und Richters ankommt, unter welchen dieser Begriffe er eine negative Betrachtung und Wertung von Religion u. s. w. bringt.“ Würden der „Talisman“ von Fulda, würden Andersen's Märchen unangefochten bleiben? Würde ein des Stumm'schen Kanzelsozialismus verdächtiger Geistlicher noch ohne Herzklopfen die Kanzel besteigen können? Eine Predigt über das Evangelium vom armen Lazarus würde als Angriff auf das Eigentum aufgefaßt werden können. Mit dem Umsturzgesetze würden Staatsanwälte und Richter so nervös werden, daß sie überall beschimpfende Äußerungen entdecken und es würde eine Zeit wie die der Demagogenverfolgungen wiederkehren; das ganze Gebiet der mündlichen und schriftlichen Erörterung

öffentlicher Dinge würde wie mit Fangeisen übersät werden; da würde auch den Buchhändlern die Censur noch lieber sein; sollte wirklich die Centrumspartei dem deutschen Reiche die Gesetze vorschreiben? „Es wäre“, sagte Paulsen, „wahrlich eine vernichtende Ironie der Geschichte, wenn sie als Preis für ihre Zustimmung zum Umsturzgesetze die Rückberufung der Jesuiten und die Auslieferung der Professoren durchsetzte“. Sodann wurde vom Direktor Emminghaus und Andern in Gotha eine Bittschrift an den Reichstag in Umlauf gesetzt, in der die Vorlage eine scharfe Verurteilung erfuhr, weil die zu treffenden strafbaren Handlungen zum Teil in sehr dehnbaren Worten bezeichnet seien, manche Straffestsetzungen überflüssig erschienen, ohne genügenden Anlaß die Strafen gehäuft würden, überhaupt weil die Vorlage gehässig und parteiisch wirke, den Klassen-gegensatz verschärfe, die Kritik unserer Sitten und Zustände hindere, die Gefahr revolutionärer Gärung, ja anarchistischen Treibens vermehre, die Freiheit der Wissenschaft und Kunst bedrohe und somit durch diese Vorlage die Gefahr für Freiheit und Ordnung nur wachsen würde. Eine andere Bittschrift an den Reichstag ging aus von zahlreichen bekannten Persönlichkeiten wie den Professoren F. Dahn in Breslau, Ad. Menzel, Th. Mommsen, Virchow, Ad. Wagner in Berlin, Ziegler in Straßburg, ferner von Th. Fontane, G. Freytag, v. Liliencron, v. Pettenkofer, Spielhagen, B. Meyerheim und vielen Andern, die um Beseitigung des Teils der Umsturzvorlage baten, welcher der theoretischen Erörterung allgemeiner Probleme und deren künstlerischer Behandlung gewisse Schranken setzt und so die freie geistige Entwicklung bedrohe. Daneben erließ der Romanschriftsteller W. Jensen in München einen fulminanten Protest gegen „die Vergewaltigung des höchsten Besitztums, deutscher Geistesfreiheit, durch Rom, Orthodoxie und Junkertum“. Was Rom ein Jahrtausend lang durch unzählbare Kriegsgräucl vergeblich heraufbeschworen, das trachte es jetzt im Bunde mit der protestantischen Orthodoxie und dem feudalen Junkertum durch ein Gesetz zu erreichen, die Knechtung des deutschen Geistes; aus Deutschland solle ein Spanien Philipps II gemacht werden; dagegen gebe es nur eine Waffe, das gerade Wort. „Mit Zunge und Feder reißt die Glocken zum Mahngeläut! Jeder thatlos Schweigende ladet Mitschuld auf sich. Ruft einen Sturm wach!“ Dieser „Weckruf“ wurde jedoch selbst

von Gegnern der Vorlage als Maßlosigkeit eines Träumers angesehen. Viele Unterschriften von Professoren und Schriftstellern fand dagegen eine vom konservativen Pastor Naumann in Frankfurt a. M., Herausgeber der „Hilfe“, erlassene Erklärung gegen die Vorlage. Auch der „Verein Berliner Presse“ erklärte am 27. Februar, dieses Gesetz gefährde die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift. In zahlreichen Versammlungen von Freisinnigen ging es ebenfalls scharf über die Vorlage her. In einer solchen des Wahlvereins im 5. Berliner Reichstagswahlkreise am 27. Februar führte der Abg. Munkel aus, es gehe uns allen mehr oder weniger an den Hals; gehe die Vorlage durch, so müßten die meisten litterarischen Erzeugnisse verbrannt werden, und doch sei der Centrumspartei das in der Vorlage Verlangte noch nicht genug.

Dieser letztere Ausspruch gründete sich auf neuere Vorgänge in der „Umsturz-Kommission“ des Reichstags, in der das Centrum den ausschlaggebenden Faktor bildete. Gemäß der Stellung, welche die Redner dieser Partei während der allgemeinen Beratung im Reichstage eingenommen hatten, gingen alle Bemühungen ihrer Genossen in der Kommission fortgesetzt dahin, eine Verschärfung des Strafrechts bis zu einem gewissen Grade zwar zuzugestehen, aber jede Spur, als ob sich dieselbe insbesondere gegen die sozialdemokratische Partei richten könnte, sorgfältig zu verwischen. Diese Absicht trat am deutlichsten hervor in der Hartnäckigkeit, mit welcher der Begriff der auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen aus der Vorlage völlig beseitigt und die im Zusammenhange mit diesem Begriffe vorgesehenen scharfen Strafbestimmungen außerordentlich abgeschwächt waren. Nunmehr richtete sich die Taktik des Centrums nach einer anderen Richtung: Zum § 130, dessen neuer Absatz diejenigen mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestrafen wollte, welche in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie u. s. w. öffentlich angreifen, stellte der Abg. Hintelen einen Änderungsantrag, der die Angriffe auf das Eigentum ganz beseitigte, an Stelle des Begriffs „Monarchie“ den allerdings korrekteren „monarchische Staatsform“ setzte, im übrigen aber einen neuen Paragraphen verlangte, nach welchem mit jenen Strafen derjenige bedroht wird, „wer öffentlich oder vor Mehreren oder durch Druck,

Schrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder leugnet“.

Dieser Antrag, in Verbindung mit der Ungewißheit, zu welchen Wendungen die Zerfahrenheit der Parteien am Ende noch führen könne, rief, wie vorauszusehen war, einen noch weit größeren und allgemeineren Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung hervor, diente aber schließlich auch dazu, die Centrumspartei mit ihrer Taktik lahm zu legen. Alle gemäßigten Parteien sah man plötzlich vereint mit den Freisinnigen sich gegen solche Zumutungen aufbäumen und es setzte die denkbar stärksten Äußerungen. Sind es, so hörte man wohl, ernste Verdummungspläne fanatischer Dunkelmänner oder lustige Faschingscherze witziger Weltkinder? Hätte diese Bestimmung schon längst bestanden, so hätten Leibnitz, Spinoza, Lessing, Kant, Fichte, Strauß, Häckel und viele andere Philosophen wie Naturforscher auf Jahre ins Gefängnis wandern müssen, denn entweder hätten sie die Möglichkeit, das Dasein Gottes zu beweisen, bestritten oder ihre eigene Gottesauffassung wäre sicher als Leugnung Gottes angesehen und daher als Verbrechen geahndet. Die „Kölnische Zeitung“ forderte am 23. Februar die Regierung auf, schleunigst volle Klarheit darüber zu schaffen, wie sie zu dem Antrage stehe, gegen den sich jedes menschliche Gefühl empöre und der Deutschland dem Hohn aller Nationen aussetzen drohe; weise sie ihn nicht entschieden zurück, so würde sich ein Sturm entfesseln, welcher den Kampf um die Zedlitzsche Schulvorlage in den Schatten stelle, denn hier sei ein empfindlicher Punkt berührt, worin das deutsche Gewissen und der deutsche Wahrheitsernst keinen Spaß verstehe; wenn die Konservativen diesen Knebelantrag nicht zurückwiesen, würde man erleben, daß das Centrum auch die Unfehlbarkeit des Papstes und die unbefleckte Empfängnis Mariä durch den Staatsanwalt vor Anzweiflung geschützt sehen wolle. Andere sagten, nun werde gewiß auch der päpstliche Index der verbotenen Bücher zum Reichsgesetz erhoben und würden die Werke von Bodenstedt, Henje, Hauptmann sowie aller wirklichen Dichter verbrannt und durch die Traktätlein der Jesuiten ersetzt werden sollen. „Besinnt euch! Das Ansehen des deutschen Mannes steht auf dem Spiele! Es thut not, daß ein Wort vom Throne kommt, welches das Ver-

trauen wieder herstellt“; wieder andere wiesen tröstend auf des Kaisers am 31. Oktober 1892 in Wittenberg gesprochenes Wort „Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang“. Weiterhin vernahm man den Hinweis, angesichts jenes Vorganges zeige sich erst recht wieder, daß der ganze Verlauf des beliebten Vorgehens gegen den Umsturz eine Satire sei auf den Zweck, Staat und Gesellschaft wirksamer als bisher zu waffnen, denn die parlamentarische Behandlung der Vorlage lasse alle Eigenschaften vermessen, die dem zu bekämpfenden Feinde einige Scheu einflößen könnten; sie werde vielmehr durch das kraftlose Hinzuerren der Kommissionsberatung, durch ihren Mißbrauch zu Kundgebungen, durch die Verpackung mit nicht zur Sache gehörenden Dingen, wie die Duellfrage und die Zumutung des Centrums, das Verbot des Mißbrauchs der Kanzel zu politischer Agitation aufzuheben, zu einer Befundung der Schwäche und der Unfähigkeit des Bürgertums, die Gefahr abzuwenden.

Die Presse der Centrumspartei zeigte sich von deren Vorgehen in der Kommission natürlich sehr befriedigt; gleichwohl mußte sie schon bald zugestehen, daß an einen Sieg des Hintelen'schen Antrags nicht zu denken sei. Für den Katholiken, so sagte die „Köln. Volks-Ztg.“, bedürfe es keiner weiteren Ausführung, daß der Grundgedanke dieses Antrags vom Standpunkt des katholischen Staats unanfechtbar sei, da dessen eigentliche Grundlage der Glaube an Gott und an die Unsterblichkeit der Seele bilde; auch vom Standpunkt des christlichen Staats treffe dies zu; aber ebenso klar sei allerdings, daß der grundsätzlich katholische Staat kaum irgendwo bestche, am wenigsten in Deutschland; insofern liege jener Antrag außerhalb des Rahmens des modernen Verfassungsstaats. Auf der anderen Seite stieg der Unwille immer höher; es erwachte nicht nur die Sorge vor einem Erfolge der klerikalen Bestrebungen, sondern angesichts derselben wick auch die Zuversicht auf eine annehmbare Formulierung des Entwurfs und es erfolgten nun Kundgebungen von wesentlich anderer Bedeutung als die früheren, indem sie sich nicht gegen den Zweck der Vorlage, sondern gegen von vornherein bedenklich erscheinende Einzelheiten derselben richteten, vor allem gegen die Absichten des Antrags Hintelen, zugleich aber ergoß sich ein neuer breiter Strom von Protesten gegen die schon früher bekämpften Punkte. In erster Reihe stand eine am 6. März in Leipzig stattfindende Versammlung

von fast 400 Vertretern der dortigen Gelehrtenwelt und des Buchhandels unter Vorsitz des Professors Haffe. Die Hauptrede hielt der Professor der Rechte Sohm. Er führte aus: der dritte Stand hat die Welt der Gegenwart geschaffen, er ist im Besitz ihrer Bildung, ihrer Güter; der vierte Stand ist aufgetreten Anteil daran zu begehren und er wird ihn erhalten, die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes werden siegen; die Gefahr besteht nur darin, daß sich hiermit die Umsturzbewegung verbunden hat; das Volk wird belogen und um seine idealen Güter bestohlen; da ist es erklärlich, gerechtfertigt und notwendig, daß die Regierungen sich nach Mitteln zur Bekämpfung umsehen; eine andere Frage ist aber die nach der Tragweite der gemachten Vorlage; wird durch sie nur das Unkraut oder mit diesem auch der Weizen ausgereutet werden? Zweifellos geht die Absicht der Regierung nur auf das Unkraut, aber diese Absicht ist nicht maßgebend für das Gesetz, das vielmehr auf seiner eigenen Spur einhergehen wird. Daran schloß der Redner eine eingehende Betrachtung aller schon für bedenklich erklärten Punkte und meinte schließlich, es sei zwar nicht daran zu denken, daß der Antrag Gesetz werde, durch den die Freiheit der Wissenschaft, der Litteratur und Kunst ins Grab gelegt sein würde, aber der Centrumsantrag offenbare den Geist, welcher, wenngleich formell in den Hintergrund gedrängt, auch in Absatz 2 der Vorlage vorhanden sei. Die Versammlung beschloß endlich eine scharfe Protesterklärung, die von 467 Gelehrten und 973 Buchhändlern unterzeichnet wurde. Von konservativer Seite wurde darauf dem Prof. Sohm die Frage entgegengehalten, ob er denn eine nicht dehnbare Definition der Begriffe Wissenschaft und Freiheit kenne, und ob, wenn jede Kritik und Lehrfreiheit berechtigt sein solle, es nicht auch die des Anarchismus sei? Dann möchten Staat und Gesellschaft sehen, wo sie zu Ehren der lehrfreien Professoren blieben. Neben den Leipziguern erließ der Dichter v. Wildenbruch in Berlin einen öffentlichen Protest, für den die Worte bezeichnend waren „Soll das mündig und mannbear gewordenene deutsche Volk freiwillig zurückkehren in die Wiege, zu Ammenlied und Kindersyrup?“ Ferner veröffentlichte der Professor Lujo Brentano in München einen eingehend begründeten Einspruch gegen die Vorlage, in der eine neue Auflage der Karlsbader Beschlüsse drohe und zu der die heimischen Verhältnisse absolut keinen Anlaß böten. Eine

Reihe weiterer Proteste brachte die Wochenschrift „Die Kritik“ von den Schriftstellern G. v. Amynator, Bierbaum, Avenarius, Eckstein, Hoffmann, Grosse, v. Dmpteda, v. Perfall, v. Leixner und anderen. Prof. Haushofer nannte die Vorlage die traurigste Verirrung auf dem Gebiete deutscher Gesetzgebungsversuche, Prof. Hüffel in Sena schloß seine Ausführungen mit dem Bedauern, daß auf dem deutschen Volke die Schmach sitzen bleibe, am Ende des Jahrhunderts eine solche Vorlage haben vorgelegt zu bekommen und ernsthaft haben erörtern zu müssen; Freiherr E. v. Wolzogen veröffentlichte ein „ernstes Mahnwort an die herrschenden Klassen und den deutschen Adel insbesondere“, darin es hieß, der ersteren völlige Unkenntnis über den geistigen Standpunkt des intelligenten Volks bilde die Ursache der Hilflosigkeit, von der dieser Gesetzentwurf Zeugnis ablege. Dem Adel sagte er: „ihr seid es, die ihr die Throne stürzen helft, ihr seid die eigentliche Umsturzpartei; wagt es, moderne Menschen zu sein, lernt die Gegenwart verstehen; des einen seid gewiß: wenn mit eurer Hilfe dieses Umsturzgesetz in Wirksamkeit treten sollte, so wird des Volkes Stimme gegen euch das Todesurteil sprechen als gegen die Männer, welche den Umsturz wider das Reich des Gedankens gepredigt haben“. Der Schriftsteller P. Heyse in München sprach in der „Zukunft“ bei Erwähnung des Rintelen'schen Antrags von Volksvergiftern. Die akademische Gesellschaft für modernes Leben in München forderte sogar die dortigen Studierenden zum Proteste gegen die Vorlage auf. Gustav Freytag in Wiesbaden sagte in einem Schreiben, mit dem er die von ihm unterschriebene Protesteingabe zurücksandte, der Unwille und die Besorgnis seien dort so allgemein und so heftig, daß die gemessene Sprache der Eingabe der Stimmung kaum genügen werde. Prinz H. zu Schönauich-Carolath auf Antik erließ eine geharnischte öffentliche Ansprache; ebenso Herr Zittelmann in Stettin, der unter dem Namen Konrad Telmann Romane zu schreiben pflegt; er zeigte sich sehr erregt darüber, „daß nicht Alle in einem einzigen flammenden Protest sich gegen die unerhörte Vergewaltigung zusammenfinden“ und richtete seine Angriffe gegen das deutsche Bürgertum, das seit dem letzten Kriege keine anderen Götter gekannt und angebetet habe als den Erfolg. Im Hinblick auf diese Kundgebungen gab die freisinnige Presse die baldigste Zurückziehung der Vorlage anheim mit dem Bemerken, wenn der

finstere Spuk nicht bald ein Ende nehme, werde ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land fegen; nach der Wiener „Neuen Freien Presse“ segte dieser Sturm bereits jetzt vor dem Reichstagspalaste wie durch das ganze Reich; man dürfe wahrlich darauf gespannt sein, wie die Erwählten des allgemeinen Stimmrechts sich gegen die Auserwählten des deutschen Geistes behaupten würden. In mittelparteilichen Kreisen war man weniger gegen Zurückziehung der Vorlage als für baldige Schließung des Reichstags; das Scheitern des Gesetzes würde zwar ein Triumph der Sozialdemokratie sein, dieser würde aber um so größer ausfallen, je länger das nun schon 8 Monate dauernde Schauspiel gewährt würde. Die „Kreuz-Ztg.“ dagegen sah den Ursprung der vielen Proteste nur in den „krampfhaften Hebertiteln“ der „Vossischen“ und anderer Zeitungen, während andere konservative Stimmen meinten, offenbar habe das Schicksal des früheren Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfs in Preußen zu der neuen Agitation ermuntert, die größtenteils von denselben Kreisen ausgehe wie damals. Weiterhin wandte sich die öffentliche Besprechung unwillkürlich dem sog. „Protonpseudos“ der Umsturzvorlage wieder zu, und da waren es abermals die fortwährend als Organ des Fürsten Bismarck geltenden „Samburger Nachrichten“, welche immer dringender geltend machten, daß die zu bekämpfenden Bestrebungen nicht von der Gesamtheit der Bevölkerung ausgingen, für die das gemeine Recht bestimmt ist, sondern ausschließlich von der Sozialdemokratie und ihrem Zubehör; die gemeinrechtliche Bekämpfung derselben sei ein Ergebnis politischer Doktrin und entspreche nicht dem praktischen Bedürfnisse, denn außerhalb jener Partei hätten Religion, Monarchie und gesellschaftliche Ordnung keine nennenswerten Gegner; menschlich natürlich und christlich berechtigt sei es ja, daß Regierungen vor der Aussicht zurückschrecken, ihre Existenzberechtigung schließlich den eigenen Staatsangehörigen gegenüber im materiellen Kampfe darzutun, aber die Gefahren eines solchen Kampfes würden um so größer, je länger die Schüchternheit der Regierungen und der juristische Zopf davon abhielten, dem alleinigen Gegner direkt zu Leibe zu gehen; auf Grund der Kommissionsberatungen überwiege in der Masse der Bevölkerung die Ansicht, daß zu einer wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie nur noch der Weg der Ausnahmegesetzgebung übrig bleibe, da der eingeschlagene Weg in den Sumpf führe. Diese Ansicht wurde

jedoch von großen Parteien auch jetzt noch weit abgewiesen, wohl aber stand am Ende der ersten Lesung der Umsturzkommission gegen Ende März fest, daß man überall mit dem ganzen Verlaufe unzufrieden, nirgends rechter Eifer für weitere Ermittlung von Schutzwehren vorhanden war und daß die Sozialdemokraten selbst kaum nötig hatten, auch nur einen Finger gegen die ihnen drohende Gefahr zu erheben, weil ihnen diese Aufgabe von so vielen anderen Seiten fortwährend abgenommen wurde. Dazu überall neue Enttäuschung über die auffallende Langsamkeit jener Kommission, sodaß selbst ihr Vorsitzender Verwahrung gegen solche Verschleppung einlegte, jedoch erfolglos: drei Monate nach Einbringung der Vorlage wurde der Beginn der zweiten Lesung in der Kommission ungebührlich verschoben. Zur Stimmung im Publikum paßte dies freilich insofern, als man die Vorlage, die schon kein einheitliches Ganze mehr bildete, satt hatte und mehrfach bereits als kläglich gescheitert ansah, wenngleich daneben sich immer noch die Proteste fortsetzten und der „Vorwärts“ nunmehr den „Boden für Mogeleyen geebnet“ sah, die zu neuen Knebelungen des Volks oder, wie die demokratische „Volks-Ztg.“ sich ausdrückte, zu fleißigem Drehen des Stricks führen würden, mit dem die deutsche Geistesfreiheit jänstiglich erdroffelt werden sollte. Ungeachtet der vielen Proteste gegen die Vorlage und des gesunkenen Interesses an ihr ließ sich doch nicht von einer eigentlichen Volksbewegung reden, und es fanden auch Stimmen große Beachtung, die trotz aller übelen Erfolge des gewählten Wegs nicht auf die Bekämpfung der gesellschaftlichen Gefahr verzichten wollten. Hierzu gehörte eine Schrift „Vollkampf — nicht Scheinkampf“ vom Militärschriftsteller Generalleutnant z. D. v. Boguslawski in Charlottenburg, der von der Gefahr des Hineintragens der sozialdemokratischen Agitation in das Heer sich erfüllt zeigte und als äußerstes Mittel den Staatsstreich für notwendig hielt; will man, sagte er, den Kampf nicht mit aller Energie führen, so unterlasse man jede Maßregel und lasse es auf den Ausgang des früher oder später unvermeidlichen Zusammenstoßes ankommen; ein schwächliches Gesetz und das Scheitern einer Kampfvorlage würde einen ungeheuren Fortschritt der Sache der Sozialdemokratie bedeuten. Freisinnige Blätter bekämpften diese Schrift mit der Einwendung, daß die Führer der Sozialdemokratie schon längst Einspruch gegen die Revolution im Heugabelsinn der Gewalt erhoben

hätten und daß ihre Bewegung in ruhigere, maßvollere Bahnen eingelenkt sei. Diese Ansicht wurde wiederum von anderen Seiten als ein Beweis des vom Staatssozialismus und von dem ihn lehrenden Professorentum bereits geübten gefährlichen Einflusses hingestellt; dieser Sozialismus wirke zersekend und schwächend auf die staatliche und bürgerliche Widerstandskraft und lasse Gesellschaftsschichten, die nach Bildung und Besitz nicht geneigt sein sollten, von sozialistischen Mixturen die Heilung der Zeitkrankheiten zu erwarten, dennoch in diesen Irrtum verfallen; die Sozialdemokratie werde die jetzt vorgebundene friedfertige Maske fallen lassen, sobald sie auf den sicheren Erfolg der Revolution rechnen zu dürfen glaube.

Nunmehr müssen wir von der großen Umsturzfrage abermals für eine Weile absehen, um uns, im größten Gegensatz zu den bisherigen Vorgängen im parlamentarischen und im Parteileben, erst den Anfängen einer erquicklichen, erhebenden, patriotischen Erscheinung zuzuwenden. Schon seit einer Reihe von Jahren hatte die Haltung des Reichstags und mehrerer Parteien in echt patriotischen Kreisen große Betrübnis und schwere Besorgnis, ernste Nachforschung nach den Gründen wie nach den Mitteln einer Änderung hervorgerufen. Längst war nicht mehr der opferwillige Gemeinfinn vorhanden, dessen das deutsche Reich gerade in seiner Jugendzeit dringend bedurfte, und an seine Stelle waren verhältnismäßig kleinliche Sorgen, waren Streitigkeiten, bitterer Haß unter den einzelnen Bevölkerungsklassen und gierige Sucht nach Voranstellung von Interessen getreten. Dieser Geist paßte nicht mehr zu den neuen Verhältnissen, die ja überhaupt erst durch das Zurücktreten der deutschen Nationalfehler nicht minder wie durch die Siege im Felde geschaffen waren; er verhinderte an allen Ecken und Enden den Ausbau des Reiches wie die zeitgemäße Gestaltung der Gesetzgebung auf zahlreichen Gebieten, ja er wirkte im Grunde lähmend auf den Bestand des Reiches ein. Fürst Bismarck hatte sich daher schon in den letzten Zeiten seiner Amtsführung sehr besorgt für die Zukunft ausgesprochen; nach seinem Rücktritt hatte jener Zustand noch erheblich zugenommen, und eine seiner bedenklichsten Blüten bildete das geringe Niveau des Reichstags in seinem neuen Pracht- hause. Andererseits aber war gerade infolge von Fürst Bismarcks Rücktritt in weiten Volkskreisen eine Reaktion gegen jenen unpatriotischen Geist eingetreten; unwillkürlich lehnte man sich an

den Mann, durch dessen Verdienst das Reich geschaffen war, wie als äußeres Zeichen, daß man zurückstrebe zu einem reinen Geiste, ähnlich dem wie zu Zeiten der Erhebung. Daher die vielen Huldigungszüge großer Massen aus allen Teilen Deutschlands nach Friedrichsruhe, des Fürsten Triumphzug durch Süddeutschland im Jahre 1892 und die steigenden Kundgebungen nach des Kaisers Verköhnung mit dem Fürsten im Januar 1894. Damit hing dann des Fürsten stärkeres Hervortreten in einzelnen politischen Fragen zusammen, und der Sieg seiner wiederholten Mahnungen bezüglich der Lage der Landwirtschaft, der polnischen Bestrebungen und der Vereinigung der höchsten Ämter. Nach diesen Erfolgen erreichte die entschieden nationale Bewegung ihren Höhepunkt in Form der Feier des 80. Geburtstags des Fürsten Bismarck. Die Vorbereitungen und Zurüstungen hierzu begannen schon bald nach Beginn des Jahres und setzten sich wie eine Flutwelle fort überallhin, wo die deutsche Zunge klingt. Bald gab es kaum noch eine Stadt im deutschen Reiche, in der nicht von den Gemeindevertretungen, Vereinen oder besonders zusammengetretenen Komitees Vorbereitungen zu einer würdigen Feier dieses Tages getroffen wurden. Die öffentlichen Blätter brachten während des Februar und März täglich fortlaufende Berichte hierüber. In endloser Reihe erfolgten Beschlüsse über Erteilung von Ehrenbürgerbriefen an den Fürsten. Noch zahlreicher waren die Gaben, die von allen Seiten in Friedrichsruhe einliefen und von den kostbarsten monumentalen Geschenken bis zu den Erzeugnissen reichten, in denen einzelne Orte sich auszeichnen; die Glückwunschadressen schwoilen zu einer enormen Masse an und im fürstlichen Schlosse entstand schließlich Verlegenheit, wie die Sachen sämtlich unterzubringen seien. Daneben waren Vorbereitungen über Errichtung von Denkmälern des Fürsten in Gang. Der Verband alter Korpsstudenten beschloß die Errichtung eines solchen Denkmals in der Nähe der Rudelsburg in Thüringen. In Schleswig-Holstein nahm man die Errichtung eines Denkmals in Aussicht, sei es bei Blankenese oder auf den geschichtlichen Höhen von Düppel; dazu kam ein Aufruf wegen eines Bismarckturms auf dem Raiberg zwischen Apenrade und Hadersleben, eines Turms auf der Dlenburg bei Sondershausen, eines Denkmals in Raghütte auf dem Walde bei Rudolstadt; am weithin sichtbaren Mittagsstein wollte der Riesengebirgsverein eine eiserne

Tafel mit dem Namen des Fürsten in riesigen Lettern anbringen; in Krefeld, Elberfeld, Essen, Wandsbeck, Bernburg, Trebbin, Großenhain, Lichterfelde und in einer ganzen Reihe sächsischer Städte wurde die Errichtung eines Bismarckdenkmals, an nicht wenigen Orten die Pflanzung von Eichen, zum Teil aus dem Sachsenwalde, in Aussicht genommen. Anfang März fanden in Berlin, Erlangen und Tübingen große Studentenkommersse zu Ehren des Fürsten statt. An dem in Berlin am 1. März nahmen der Reichskanzler, mehrere preussische Minister und der Gouverneur von Berlin, Generaloberst v. Loë teil. Hochpatriotischen Reden von Studierenden folgte hier der Gesang des preisgekrönten neuen Bismarckliedes, das mit den Worten anhebt: „Nun steige der Begeisterung Flamme helllodernd auf in unsern Sang, dem Manne gilt's vom deutschen Stamme, dem Helden, der den Drachen zwang“. Sodann begab sich Fürst Hohenlohe, von Chargierten geleitet, unter den lebhaftesten Zurufen auf das Podium, feierte in einer Ansprache den Mann, in dem er „nicht allein den größten Staatsmann unseres Jahrhunderts, die schaffende Kraft unserer Einheit, sondern auch einen Freund“ verehere, und mahnte die Jugend, sich den patriotischen, frohen, mutigen Sinn lebenslang zu bewahren und an der idealen Weltanschauung, ohne die das Leben keinen Wert habe, festzuhalten. Der Rektor der Universität, Professor Pflleiderer hob in seiner Rede hervor, daß der Fürst nicht bloß die äußere Einheit geschaffen, sondern auch die Herzen zusammengeknüpft und ihnen ein gemeinsames Ideal eingepflanzt habe. Der Generaloberst v. Loë schilderte sodann den lebhaften Anteil, den die preussische Armee an der Huldigung nehme; nachdem diese 1850 ohne Siegeslieder heimgekehrt sei, habe der Prinz von Preußen den Mann berufen, der die Bahn ebnete, auf welcher der König das Heer zum Siege führte; solange der Geist der Scharen von Spichern anhalte, brauchten wir niemanden zu fürchten. Auf dem großen Kommerse in Tübingen entwarf der dortige Professor Pflleiderer ein Charakterbild des Fürsten, dessen Mittel und Wege „der entschiedenste Realismus von der Welt“ gewesen seien, der in beständigem Kriegszustande gelebt, viele Kriege verhindert und durch seine Offenheit die Welt verblüfft habe. Nachdem um Mitte März die Festvorbereitungen weiter fortgeschritten waren, drängte sich die Frage nach der Beteiligung der versammelten größten deutschen parlamentarischen Körperschaften in den Vordergrund.

Da im Reichstag die Parteien die Mehrheit besaßen, welche sich von jeher dem Fürsten feindlich erwiesen hatten, so schien die Möglichkeit einer Fernhaltung des Reichstags allerdings nahe zu liegen; man vermochte aber dennoch nicht recht daran zu glauben, daß die Vertretung des deutschen Volks sich mit dessen Mehrheit in Widerspruch setzen werde. Ueber diese in der Presse aufs lebhafteste erörterte Frage wurde am 14. März im Seniorenkonvent des Reichstags verhandelt, ohne daß es jedoch zu einer bestimmten Entscheidung kam. Rascher war an demselben Tage die berliner Stadtverordneten-Versammlung mit ihrem Entschlusse bei der Hand, indem sie mit 56 gegen 34 Stimmen den Vorschlag des Magistrats, gemeinsam mit ihm einen Glückwunsch an den Fürsten, den Ehrenbürger der Reichshauptstadt, zu richten, ablehnte. Der Magistrat ließ sich dadurch nicht beirren, das Verhalten der Stadtverordneten aber rief Staunen und Empörung, vor allem in Berlin selbst, hervor. Dieselben Stadtverordneten begrüßten bald darauf einen Bürger zum 90. Geburtstag und setzten vielfachem Verlangen nach Bekanntgebung der Namen jener 56 den Beschluß entgegen, daß bei geheimen Abstimmungen die Namen der für und wider stimmenden nicht veröffentlicht werden dürften. Ganz anders gesinnt war die Stadt Berlin in Kanada, deren Vertretung einstimmig einen Glückwunsch nach Friedensruhe beschloß. Der preussische Landtag stellte sich in diesem Kranze nicht abseits: das Herrenhaus sprach sich am 15. März für die Begrüßung des Fürsten Bismarck durch den Gesamtvorstand aus und beschloß am 29. März die Aufstellung von dessen Büste im Sitzungs-saale; im Abgeordnetenhaus verlief die Sache nicht ohne Mißton bei der Beratung des Antrags Achenbach auf Begrüßung des Fürsten durch den Präsidenten v. Köller: am 23. März hielt Graf Limburg-Stürum, unter öfteren Unterbrechungen durch stürmischen Beifall, eine Rede, in der er, auf die Leistungen des ersten Reichskanzlers hinweisend, an die Dankbarkeit des deutschen Volkes appellierte und mahnte, in einem Augenblick wie diesem nur das hervorzuheben was uns vereint. Gerade diesem Grundsatz huldigten jedoch weder die Centrums-, noch die freisinnige Volks-, noch die Polenpartei, als deren Vertreter v. Heeremann, Virchow und Motty mit Erklärungen über die ablehnende Haltung auftraten; erstere wollte sich durch des Fürsten Haltung im früheren kirchenpolitischen Kampfe, letztere durch

seinen scharfen Gegensatz zu den nationalpolitischen Bestrebungen gehindert sehen, während die Freisinnigen der Berufung auf ihren jahrzehntelangen grundsätzlichen Gegensatz zum Fürsten einen Angriff gegen ihn hinzusetzten durch die Bemerkung, es sei durch seinen Rücktritt von den Staatsämtern erst „die Vorbedingung für die Genesung des Volksgeistes“ gegeben worden; der Antrag auf Begrüßung des Fürsten wurde mit großer Mehrheit angenommen, die abgegebenen drei Erklärungen aber ließen bestimmter als bisher voraussehen, was im Reichstage bevorstehe, dessen Verhandlung sich am 23. März gleich an die des Abgeordnetenhauses anschloß. Als hier der Präsident v. Levegow um die Ermächtigung bat, dem Fürsten den Glückwunsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen, verlas Graf Hompesch eine längere Erklärung, wonach die Centrumspartei sich „an einer unterschiedslosen Billigung der Grundsätze, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet hat und noch heute zu beeinflussen bestrebt scheint“ nicht beteiligen könne, ohne diesen Widerspruch aber würde das Centrum dem Verdachte einer solchen Billigung nicht entgehen, „denn Fürst Bismarck ist ein unteilbares Ganze“. Namens der Nationalliberalen erklärte dagegen v. Bennigsen die Begrüßung des Fürsten für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes; die Unterlassung seitens des Reichstags, der ohne den Fürsten nicht existierte, würde in Deutschland unverstänlich bleiben. Im Wechsel des Für und Wider gab sodann Richter für die freisinnige Volks- und die deutsche Volkspartei die Erklärung ab, daß zwar auch diese des Fürsten Verdienste um das Einigungswerk nicht verkennen, aber in ihm den Träger einer dem Liberalismus und dem parlamentarischen Wesen durchweg feindlichen inneren Politik sähen, deren Bekämpfung sie stets als patriotische Pflicht angesehen hätten; insbesondere habe der Fürst „denjenigen die Volkseinheit zersekenden Interessentkampf entzündet und geschürt, welcher auf weite Kreise der Bevölkerung politisch demoralisierend einwirkt“. Den beiden gegnerischen Erklärungen hielt sodann v. Mantuffel namens der deutsch-konservativen Partei entgegen, daß dieser großen Persönlichkeit gegenüber, die zu teilen man nicht wage, die kleinlichen Bedenken wegen dieser oder jener That in den Hintergrund treten müßten; habe der Reichstag doch 1885 die Glückwünsche zum 70. Geburtstag des Fürsten genehmigt; was habe sich denn inzwischen geändert? In der von Singer

vorgetragenen Erklärung der Sozialdemokraten hieß es, diese schulden dem Fürsten keinen Dank, weil er sein Lebenlang sie bis zur Ächtung durch Ausnahmegeetze verfolgt, stets eine Politik der Sonderinteressen geführt und die Zoll- und Steuerpolitik begründet habe, durch welche der arbeitenden Klasse die notwendigsten Lebensmittel verteuert seien. Rickert sprach die fast einstimmige Genehmigung der freisinnigen Vereinigung aus; Fürst Radziwill lehnte für die Polen ab. v. Kardorff (d. Reichsp.) fand Richters und Singers Versuch, „das Votum des Reichstags in dieser Sache auf das Niveau der Abstimmung der berliner Stadtverordneten herabzudrücken“, sehr erklärlich, der Reichstag aber würde sich durch ein solches Votum gegenüber dem ganzen Vaterlande, gegenüber der ganzen Welt, der Gegenwart und allen Jahrhunderten der Zukunft unsterblich lächerlich machen. v. Hohenberg sagte für die Welfen ab, weil der Fürst Hannover zu einer preussischen Provinz gemacht; der Graf zu Inn- und Ruyphausen aber machte geltend, daß diese Äußerung nicht auf alle Hannoveraner passe. Endlich sprach Liebermann v. Sonnenberg die Zustimmung der Antisemiten in kräftigen Worten aus. Alle diese verschiedenen Erklärungen wurden vielfach und meist auf stürmische Weise durch Kundgebungen des Beifalls und des Widerspruchs durchbrochen. Die dann folgende namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung des Vorschlags des Präsidenten mit 163 gegen 146 Stimmen. Dafür stimmten die beiden konservativen Parteien, die Nationalliberalen und die freisinnige Vereinigung mit Ausnahme des Abg. Barth. Die Verkündigung des Ergebnisses rief eine unbeschreibliche Erregung der Mitglieder hervor, und das zahlreiche Publikum auf den Tribünen beteiligte sich an den stürmischen Entrüstungsrufen wie ein zum Mitreden berechtigter Faktor und in einer Weise, wie es noch nie zuvor im Reichstage erlebt worden war. Als der Präsident v. Levekov hierauf mitteilte, daß diese Abstimmung ihn veranlasse, das Präsidium des Reichstags niederzulegen, brach der Beifallsturm in mehrfach sich erneuernder Weise abermals aus. Indem nunmehr der erste Vizepäsident, Landgerichtsrat v. Buol-Berenberg aus Mannheim, den Vorsitz übernahm, trat zum ersten Male die Centrumspartei äußerlich an die Spitze der deutschen Volksvertretung, und als bald darauf der abwesende Abg. Bürklin (nat.-lib.) seine Stellung als zweiter Vizepäsident ebenfalls niederlegte, gelangte am 29. März

das gesamte Präsidium des Reichstags in die Hände der Mehrheit vom 23. März, indem, nach v. Buols Wahl zum Präsidenten, Schmidt aus Elberfeld (freij. Volksp.) zum ersten und der Oberlandesgerichtsrat Spahn (Centr.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurde. Bestände das Präsidium aus fünf Personen, so hätten Vertreter der polnischen und der sozialdemokratischen Partei hinzugesellt werden können; an und für sich aber entsprach dieses Präsidium nicht der Parteivertretung, denn während bisher 240 Mitglieder der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und des Centrums vertreten waren, wurden jetzt nur 121 der 397 Abgeordneten, nämlich 99 des Centrums und 22 der freisinnigen Volkspartei, im Präsidium vertreten, so daß dieses Minoritäts-Präsidium in Hinsicht der Zahl und der persönlichen Zusammensetzung von gegnerischer Seite als Ausdruck der Verlegenheit, in die sich die Mehrheit vom 23. März versetzt sah, angesehen wurde. Aus den Parteien der Minderheit dieses Tages hörte man Äußerungen wie diese: Wer es vor 25 Jahren für möglich gehalten hätte, daß der deutsche Reichstag einst ein klerikales Präsidium haben werde, wäre dem Spotte der Zeitgenossen verfallen; die gegenwärtige Thatsache möge für das nationale Bewußtsein etwas Beschämendes haben, aber das Nationalgefühl könne aus dieser Beschämung keinen anderen Antrieb entnehmen als den, bei den nächsten Wahlen für einen Reichstag zu sorgen, in dem die antinationale Gesinnung nicht wieder solche Früchte wie am 23. März tragen könne. Unstreitig war durch jenen Reichstagsbeschluß der ganze nationale Zug der großartigen Bewegung die sich vollzog, verkannt oder mißachtet, war der ganzen erhebenden Erscheinung die Folgschaft und Berechtigung verjagt, ja es war geradezu unternommen, ihr entgegen zu treten.

Der erste, der dem Eindrucke dieses Vorgangs Ausdruck verlieh, war der Kaiser. Noch bevor aus der Bevölkerung irgend eine Äußerung darüber erfolgen konnte, schon unmittelbar nach dem Reichstagsbeschlusse, wandte er sich telegraphisch an den ebenfalls noch nicht davon in Kenntnis gesetzten Fürsten Bismarck, um diesen nun erst recht zu ehren, den Vorgang öffentlich aufs stärkste zu verurteilen und sich so noch früher als nach dem Plane der Ehrenbezeugungen an die Spitze der mächtig in Fluß befindlichen Bewegung zu stellen. In seinem Telegramm sprach er dem Fürsten

„den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags“ mit dem Zusätze aus: „Derjelbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker“. Wenige Stunden später erwiderte der Fürst mit dem ehrfurchtsvollsten Danke für diese Kundgebung, durch die jede ihm noch unbekanntere Unerfreulichkeit seiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für ihn umgewandelt werde. Mächtig war der Eindruck des Reichstagsbeschlusses in Verbindung mit der kaiserlichen Kundgebung. In den Organen der Parteien der Reichstagsminderheit herrschte in Nord- und Süddeutschland nur eine Stimme, für den Reichstag die der stärksten Verurteilung, und fast noch mehr staunte die Presse des Auslandes über das großartige Beispiel von Undankbarkeit sowie von Verkennung dessen, worauf es ankomme. Zuerst kam, wie beim Kaiser, die tiefste Entrüstung zum Ausdruck; dazu gesellte sich aber schon bald der Eindruck, daß der Vorgang gewissermaßen auch seine gute Seite habe, denn sichtlich war durch den Reichstagsbeschluß und die Gründe der ablehnenden Fraktionen der ganzen Bewegung ein sie womöglich noch hebendes und in noch helleres Licht setzendes Relief gegeben; in dem (in München) über diese Vorgänge erschienenen „Gedenkbuche“ hieß es: „Aufs prägnanteste und handgreiflichste war nun die ganze Kleinlichkeit und Verwerflichkeit der Richtungen hervorgetreten, in welchen man die hohe Bedeutung des gerade vom Fürsten Bismarck wiederholt betonten Vorzugs der großen Gesichtspunkte vor den kleinen, des Einigenden vor dem Trennenden nicht erkennen wollte oder konnte; es hatten die betreffenden Parteien selbst für ihre tiefe Beschämung aufs gründlichste gesorgt und damit aufs neue ein Bedauern über die Gesunkenheit des Gemeinsinns vieler Kreise, über die Erschlaffung nach Erlangung des Ziels hervorgerufen; und gegen diese Verkommenheit in ödes, fruchtloses Fraktionswesen richtete sich gerade die jetzige Bewegung; kaum noch vermögend, sich aus ihm herauszufinden, klammerte man sich eben an deutsche Vaterland und seinen großen Reformator.“ Selbst in den Parteien jener Reichstagsmehrheit war man nicht durchgängig mit dem Beschlusse vom 23. März einverstanden; hervorragende freisinnige und demokratische Organe, wie die „Vossische“ und die „Frankfurter Zeitung“, wären für die Anerkennung des Fürsten gewesen, wodurch dem Parteienstandpunkte

nichts würde vergeben sein. In demselben Sinne traten aus dem Lager der Centrumpartei verschiedener Gegenden angesehene Männer, wie v. Ohlen-Abderskrone, Graf Matuschka, Pfarrer Hansjakob auf und in einem Aufrufe sächsischer Katholiken hieß es: „Rettet eure Ehre, wascht euch rein vom Verdachte, daß ihr Deutschlands größten Sohn nicht ehren wollt!“ Auch Centrumsblätter in Münster und Paderborn sandten dem Fürsten ihre Grüße.

Die zahlreichen, dem Fürsten Bismarck zugebachten Ehrenbezeugungen mußten sich auf eine längere Zeit verteilen. Wohl am eiligsten hatten es begreiflicher Weise die meisten Mitglieder der Reichstagsminderheit vom 23. März, und ihnen schlossen sich viele Mitglieder beider Häuser des preussischen Landtags an. Diese alle, 479 an Zahl, begaben sich am 25. März morgens 9 Uhr in drei Sonderzügen von Berlin nach Friedrichsruhe, wo sie am Bahnhof vom Fürsten, seinen Söhnen und seinem Schwiegersohne begrüßt wurden und sich dann im Schloßparke aufstellten, wo der Präsident des Herrenhauses, Fürst von Stolberg-Wernigerode, der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Köller, endlich Herr v. Levekov als bisheriger Reichstagspräsident und als Beauftragter des brandenburgischen Provinziallandtags Ansprachen an den an der Brüstung des Schloßaltans stehenden Fürsten hielten. In der längeren Rede, mit der er erwiderte, hob er vor allem hervor, daß diese Auszeichnung weit über seine persönlichen Leistungen und Verdienste gehe, und daß er durch das Übermaß der Anerkennung beschämt sein würde, wenn er sich nicht sagen müßte, daß sie nicht seiner Person, sondern der Arbeit gelte, an der er mitgeholfen habe. Dann gedachte er des alten Kaisers Wilhelm mit dem Bemerkten: „Was hätte ich ohne ihn und sein Kriegsheer überhaupt leisten können? Ich wäre in demselben Sumpfe stecken geblieben wie alle früheren nationalen Bestrebungen, die an dem Mißgriff litten, daß sie die starke reale Potenz, die das deutsche Fürstentum bot, ignorierten.“ Die große Militärmacht Preußens in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, das sei sein Bestreben gewesen sobald er als Gesandter am Bundestage die politische Lage in Deutschland erkannt habe. Die Dynastien wären im Lauf der Geschichte ohne Absicht und vorübergehend viel schwerer verletzt worden als irgend eine parlamentarische Fraktion es je habe werden können;

die Streitigkeiten der Fraktionen aber gingen tiefer. Mit unseren Bundesgenossen hätten wir die schwersten Realbeleidigungen mit Kanonenschüssen gewechselt; trotzdem hätten sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht; bei den Fraktionen jedoch stehe jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb mit anderen Fraktionen über dem nationalen Interesse. Der hierdurch entstehenden Verwirrung im Innern werde man jedoch Herr werden, solange wir auf die bewährte nationale Gesinnung unserer urdeutschen Fürstenhäuser rechnen könnten. Davan knüpfte der Fürst den Wunsch, daß der nationale Gedanke ebenso in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker zum Ausdruck kommen möchte. Hier müsse größeres Interesse sich ausbilden für die Politik, die im Gesamtreiche betrieben wird; der nationale Gedanke werde sich ganz anders beleben, wenn es gelinge den Lokalpatriotismus für die Beteiligung an der nationalen Entwicklung mehr zu interessieren. Zum Schlusse sprach der Fürst das Bedauern darüber aus, daß das im ursprünglichen Entwürfe der Reichsverfassung beabsichtigte Einheitliche ganz geschwunden sei „durch die theoretisch-bürokratische Fiktion, als ob zwei Regierungen neben einander liefen“, denn eine Reichsregierung ohne Beziehungen zu den Partikular-Regierungen stehe völlig in der Luft; man möge auch im Landtage kaiserlich deutsche Politik treiben. Zur Tafel konnte der Fürst nur 27 Abgeordnete einladen; die zahlreichen übrigen erschienen nach und nach im Schloß, wo sich der Fürst mit einzelnen unterhielt. Unter den Teilnehmern der Huldigungsfahrt befand sich Graf Brühl-Pfördten, der dadurch gegen die Haltung seiner, der Centrumsparthei, protestieren wollte.

Am folgenden Tage, den 26. März, erfuhr dem Fürsten Bismarck die höchste Ehre durch den Besuch des Kaisers, der ihn durch Vorführung von Abteilungen der vier Waffengattungen den Dank des deutschen Heeres darbringen wollte. Der Kaiser begab sich nach seiner Ankunft in Friedrichsruhe zu dem in der Nähe, an der Landstraße von Stormarn nach Lauenburg aufgestellten Truppen, an deren Spitze er unter den Klängen der Musik auf einem ausgefuchten Paradeselde erschien. Eine Eskadron des Magdeburger Kürassier-Regiments v. Seydlitz mit der Standarte stellte sich zunächst auf, ihnen gegenüber eine Eskadron des hannoverschen Husaren-

Regiments aus Wandsbeck sowie eine Abtheilung des holsteinischen Feldartillerie-Regiments; zwischen diesen und den Kürassieren stand eine Kompanie des 2. Hanseatischen Regiments mit Fahne und Musik. Dem im Wagen anlangenden Fürsten sprengte der Kaiser entgegen und begrüßte ihn unter dem Spiel aller Militärkapellen mit herzlichem Händedruck. Sodann fuhr der Fürst, nachdem der junge Kronprinz an seiner rechten Seite im Wagen Platz genommen hatte, vom Kaiser zu Pferde geleitet, die Fronten ab, worauf dieser, leider unter strömendem Regen, eine Ansprache an den Fürsten hielt. Die Armee sei zuerst berufen, den alten Offizier zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten gewesen, ihr die Möglichkeit zur Ausführung der gewaltigen Thaten zu gewähren, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn gefunden. Hinter der versammelten Kriegerchar möge der Fürst „den gesamten kampferüsteten Heerbann aller germanischen Stämme sehen“. Hierauf überreichte der Kaiser dem Fürsten einen goldenen Pallasch als Gabe; eine bessere habe er nicht finden können als ein Symbol des Instruments, das der Fürst mit dem alten Kaiser habe schmieden, schärfen und führen helfen, „ein Symbol jener großen und gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war, das Mittel, welches nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es nothut auch nach innen, dem Vaterlande den Zusammenhang bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt hat“. Der Fürst erwiderte nur mit seinem Danke; seine Gefühle weiter auszusprechen, erlaube ihm seine Stellung gegenüber dem Kaiser nicht. Der Ehrenpallasch ist eine hervorragende Leistung des Berliner Kunstgewerbes. Auf dem Knauf des goldenen Korbes befindet sich eine Kamee mit dem von Brillanten umgebenen Bildniß des Kaisers. Die Klinge zeigt auf der einen Seite die Widmung nebst den Wappen des Reichs und des Kaisers, auf der anderen des Fürsten bekannten Ausspruch: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt“ und das Wappen von Elsaß-Lothringen.

Beim Festmahle im Schlosse wandte sich der Kaiser in einer Ansprache an den Fürsten, worin er sagte, drei Sprüche schienen ihm für diesen Tag von besonderer Bedeutung: erstlich des Fürsten Konfirmationspruch: „Was ihr thut, thut ihr dem Herrn und nicht den Menschen“; sodann des tapferen Grafen Mansfeld Spruch:

„Dennoch“, den der Fürst öfter, zumal in der Zeit schwerwiegender Entschlüsse wahrgemacht habe; endlich der Spruch „Spectemur agendo“ auf der Standarte des englischen Dragonerregiments, dessen Chef er, der Kaiser, sei. In seiner Erwiderung knüpfte der Fürst an seinen Dank den Ausdruck, das Beste in ihm und in seiner Lebenshätigkeit sei immer der preußische Offizier gewesen; ohne diese Eigenschaft wäre er vielleicht nicht ganz in dieselben richtigen Bahnen verfallen, nämlich in die der Anhänglichkeit an unser regierendes Haus. Und in dieser Richtung sei er überzeugt worden, „daß außerhalb der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland überhaupt kein Heil ist“; in Frankreich sei mit der Dynastie auch der Sammelpunkt weggefallen. Der Fürst endete mit einem Hoch auf den Kaiser im Sinne der altgermanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten. Dem kaiserlichen Besuche folgte am 27. März der des Prinzen Heinrich mit seinem jungen Sohne, des Großherzogs von Baden, des Reichskanzlers, der die Glückwünsche des Bundesrats und des preußischen Staatsministeriums überbrachte, und einer Abordnung des Kürassierregiments v. Seydlitz.

Die Nachrichten über diese erhebenden Vorgänge wurden vielfach durchkreuzt durch die Kunde von der weiteren Behandlung der Umsturzvorlage seitens der Reichstagskommission. In der am 30. März beendeten zweiten Lesung waren erhebliche Änderungen vorgenommen, durch die der Charakter des Gesetzesentwurfs mehrfach, teils ganz beseitigt, teils bis zur Unwirksamkeit abgeschwächt war. Der Hauptwert sollte nach der Vorlage darin liegen, daß den verführten oder der Verführung ausgesetzten Massen das Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Umsturzbestrebungen und der zu ihrer Verbreitung dienenden Verhegungen nachdrücklich beigebracht und so eine heilsame Reaktion gegen diese Propaganda von innen heraus angebahnt werden sollte ohne im übrigen die Freiheit geistiger Tätigkeit oder der Kritik zu beschränken. Die Kommission aber hatte nun alle Bestimmungen gestrichen, die einen besonderen Strafschutz gegen jene Bestrebungen zu geben bezweckten. Ebenso hatte sie den verstärkten Schutz gegen den Mißbrauch entstellter oder ganz erdichteter Thatsachen zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit beseitigt; weiterhin hatte die Kommission das Beschlagnahmerecht gegen Druckschriften, welche die Aufforderung zu einer strafbaren Handlung

oder die Anpreisung eines Verbrechens oder Vergehens oder einen Angriff gegen die militärische Zucht oder endlich eine den öffentlichen Frieden gefährdende Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zur Gewaltthätigkeit enthalten, in einer Weise abgeschwächt, daß es nahezu unwirksam erschien. Die Bedenken gegen diese Änderungen wurden aber durch die Zusätze, welche die Kommission auf Antrag der Mitglieder der Centrumspartei eingefügt hatte, noch erheblich verstärkt. Dahin gehörte vor Allem die Aufnahme der kirchlichen Lehren unter die gegen öffentliche Beschimpfung zu sichernden kirchlichen Angelegenheiten und sodann die Aufhebung des sog. Kanzelparagraphen, der einen Schutz gegen Mißbrauch des geistlichen Amtes gewähren sollte. Diese beiden Änderungen lagen thatsächlich nur im Interesse der katholischen Kirche.

Der tiefe Eindruck dieser Beschlüsse spiegelte sich alsbald in der Presse aller gemäßigten und liberalen Richtungen und die „Nationalzeitung“ glaubte am 4. April das allgemeine Urtheil auf liberaler Seite dahin zusammenfassen zu müssen, daß das Centrum, unter dem Beistande der Konservativen, aus der Vorlage einen Gesetzentwurf wider alle dem Klerikalismus verhassten Bestrebungen gemacht habe und daß das Schweigen der Regierung über ihre Stellung zu diesen Beschlüssen umsomehr zu bedauern sei, als sie früher zugelassen habe, daß in Artikeln, die sich als halbamtlich geberdeten, der Anschein erweckt sei, daß es ihr vor allem um ein Kompromiß mit dem Centrum in dieser Angelegenheit zu thun wäre, während das jetzige Schweigen bedeuten könne, daß dieser Schein der Wahrheit entspreche. Freisinnige Blätter zweifelten schon gar nicht daran, daß die leitenden Staatsmänner an eine entschiedene Zurückdrängung der Klerikalen nicht dächten. Diese Auffassung schien die „Nordb. Allg. Ztg.“ bestätigen zu wollen, indem sie die an die Regierung gerichtete Forderung, sich nicht auf das Centrum zu stützen, als für einen praktischen Politiker unverständlich bezeichnete, weil sich die Regierung fortlaufend vor zu lösenden wichtigen Aufgaben sehe. Das Hauptblatt der Centrumspartei, die „Germania“, fiel gleichzeitig in denselben Ton, indem sie hervorhob, die Regierung habe in letzter Zeit durch Wort und That wiederholt bekundet, daß es ihr gar nicht einfallen könne, daß es vielmehr sogar gegen ihre Pflicht gegenüber Staat und Reich sei, eine so starke Partei wie das Centrum brüskieren zu

wollen. Freisinnigen Blättern galt es nunmehr als ausgemacht, daß die Regierung sich dem Centrum unterwerfe, damit die Umsturzvorlage, sei es auch in der ultramontanen Redaktion, zustande komme. Die gemäßigtere Presse begnügte sich vorläufig mit Warnungen: die „Köln. Ztg.“ bemerkte, die Regierung müsse sich ebenso sehr hüten, das Centrum unnötigerweise vor den Kopf zu stoßen wie es durch Zugeständnisse auf Kosten der deutschen Geistesfreiheit zu erkaufen; offenbar sei ja für die Regierung ein Gesetz unannehmbar, demzufolge ein jeder ins Gefängnis wandern müßte, der die Behauptungen, der Kaiser sei dem Papste Gehorsam schuldig oder die Civilehe sei gleichbedeutend mit dem Konkubinat, als Abergwitz und Anmaßung bezeichnet, dann wäre es aber auch Zeit, daß die Regierung ihre Stellung zu der verpfuschten Vorlage vor dem Lande klarlege. Der „Hannov. Courier“ gab zu, daß die Regierung vor eine sehr ernste Entscheidung gestellt sei, hielt es aber schon für bedauerlich genug, daß man überhaupt an die Möglichkeit glauben könne, „sie werde sich von dem klerikal-reaktionären Bunde in's Schlepptau nehmen lassen“; es sei dies kaum zu glauben; sollte sie sich aber dennoch entschließen, durch das Joch zu gehen, so werde der Liberalismus einmütig zu einer scharfen Oppositionsstellung entschlossen sein. Weitere Nahrung erhielt dieses Mißtrauen dadurch, daß Blätter der Centrumspartei, in weiterer Bestätigung der noch immer vielfach für halbamtlich angesehenen „Nordd. Allg. Ztg.“, die entscheidende Bedeutung dieser Partei betonten. So führte die „Köln. Volks-Ztg.“ aus, wie sehr der Verlauf der Reichstagsession die Regierung überzeugt habe, „daß das Centrum der geeignetste Stützpunkt für eine maßvolle Politik ist“; die stürmischen Verhandlungen über die Agrarfragen hätten gezeigt, daß das Centrum hierin die meisten Berührungspunkte habe; in der Währungsfrage werde es keine unübersehbaren Experimente mitmachen; über die Umsturzvorlage werde sich in der Hauptsache eine Verständigung erzielen lassen und so werde, aller Voraussicht nach, die Regierung sich darauf einrichten, im Reichstage mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, „nur mit dem Unterschiede gegen früher, daß das Centrum den festen Punkt bei den Mehrheitsbildungen darstellen wird, während es früher die Konservativen waren“. Aber auch auf anderen Seiten begann man bereits eingehend mit einem solchen Verhältnis zu rechnen: der „Hamb. Correspondent“ wies darauf

hin, wie die Tabaksteuer, die Reichsfinanzreform und andere Fragen alsbald zum Thema der Gegenkonzeption führten; das Jesuitengesetz werde man freilich nicht opfern, wohl aber werde mit einem Entgegenkommen gegen sozialpolitische Wünsche des Centrums gerechnet werden können; habe doch der preussische Handelsminister v. Berlepsch im Reichstag seine erste ablehnende Erklärung bezüglich der Organisationen der Arbeiterschaft später soweit eingeschränkt, daß ein kräftiges Einschwenken nicht ausgeschlossen sei. Diese Auffassung schien jedoch nicht begründet zu sein, da der Minister v. Berlepsch bei der Beratung des Reichstags über die von den Centrumsleuten Hitze und Lieber angeregte Frage der Berufsvereine und Arbeiterkammern am 7. Februar ausdrücklich Verwahrung eingelegt hatte gegen die Meinung, daß er hinsichtlich der Fortführung der Sozialreform eine andere Ansicht hege als der Reichskanzler, der am 6. Februar dieselbe in Aussicht gestellt hatte. Der Unwille über diese Haltung der Centrumskreise, verbunden mit steigendem Mißtrauen und fortdauernder Unklarheit über die Zukunft rief immer weitere starke Proteste hervor. Unter dem Titel „Die jesuitischen Schriftsteller der Gegenwart in Deutschland“ erließ Prof. Nippold in Jena einen kräftigen Mahn- und Weckruf zur Sammlung aller unabhängigen Geister, die in Deutschland noch gewillt seien, Geistesfreiheit zu vertreten gegen Unfreiheit, einen Christusglauben wider blöde Unterwerfung unter den Jesuitismus. Der Geschichtsschreiber Th. Mommsen verwarf die geänderte Umsturzvorlage, weil sie dem richterlichen Ermessen solchen Spielraum gewähre, daß jeder Prozeß in politischen und religiösen Fragen ein Tendenzprozeß werden und je nach der Zeitströmung schwanken müsse. Die „Vossische Ztg.“ suchte auszumalen, welch' ein blutiger Hohn auf das Volk der Denker und Dichter am Ende des 19. Jahrhunderts in der geänderten Umsturzvorlage liege; im Staate Friedrichs des Großen lege sich das Volk, das Luther, Goethe, Lessing gehabt, das Joch der Geistesknechtschaft auf und sogar unter dem Banner des Kampfes gegen den Umsturz! Von anderer Seite hörte man, Friedrich der Große müßte, seinen Schriften zufolge, nach dem Zustandekommen dieser Vorlage in's Gefängnis gesperrt werden, wenn er noch lebte; auch die Professoren Wundt in Leipzig, Ziegler in Straßburg, Spicker in Münster, Häckel in Jena, Förster, Du Bois-Reymond in Berlin und andere würden

mit gleichem Rechte ins Gefängnis wandern müssen. Der Vorstand des Evangelischen Bundes erklärte in einer Kundgebung vom 18. April, daß er in der Vorlage „eine völlige Knebelung des Protestantismus im Sinne des die ganze evangelisch-deutsche Kultur verdammenden päpstlichen Syllabus von 1864“ erblicke. Mit jedem Tage wuchs die Zahl der Gegner der Vorlage und immer weitere politische Kreise erfaßte die auf ihre Ablehnung gerichtete Bewegung, sodaß zu ihren bedingungslosen Anhängern nur die Gesinnungsfreunde des Centrums gehörten, denn auch in konservativen Kreisen erhob sich die Opposition. Nicht bloß das christlich-soziale berliner „Volk“ erklärte seinen Widerspruch in dieser Sache mit der Mehrheit der konservativen Fraktion, sondern auch die „Konserv. Correspondenz“ glaubte, daß mit der klerikalen Gestaltung der Vorlage ihre Ablehnung besiegelt und daß dieser keine Thräne nachzuweinen sei, und das „Deutsche Adelsblatt“ wollte kein Vertrauen zu einem Christentum hegen, das seinen Besitzstand durch das Strafgesetzbuch bewachen lasse. Eine neue Wendung schien sodann herauszuziehen, als am 15. April die amtliche „Karlsruher Ztg.“ eine Aufforderung der „Bad. nat.-lib. Corresp.“ zur Veranstaltung von Protest-Kundgebungen im ganzen Lande mit dem Bemerkten abdruckte, „es wäre in der That zu wünschen, daß es den Regierungen und dem Reichstag gelingen möchte, der Vorlage wieder eine Gestalt zu geben, die den gemäßigten Parteien eine positive Mitwirkung ermögliche“. Nunmehr begann auch die „Nord. Allg. Ztg.“, von ihrem bisherigen Standpunkte zurückzulenken; sie wollte jetzt mit ihrem bisherigen Auftreten nur der Erhebung eines allgemeinen Kriegsrufs gegen den Ultramontanismus haben entgegenarbeiten wollen und warnte vor den zu weit gehenden Protesten von Schriftstellern, durch die das Bürgertum sich nicht auf einen Pfad locken lassen solle, auf dem es als Narr der Sozialdemokratie wandle. Auch die „Post“ wies darauf hin, daß man sicherlich zu weit gehe, wenn man in der Aufnahme der kirchlichen Lehren unter die gegen öffentliche Beschimpfung zu sichernden kirchlichen Angelegenheiten gleich die gänzliche Beseitigung des Rechts freier Kritik und wissenschaftlicher Forschung betreffs der kirchlichen Lehren erblicke. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“, so schlug nun auch der „Hamb. Corresp.“ eine andere Tonart an: er nahm seine obige Ansicht vom Bevorstehen einer Politik der Zugeständnisse

an das Centrum zurück und teilte mit, an entscheidender Stelle bestehe diese anfänglich vorausgesetzte Auffassung nicht, sondern Erwägungen allgemein politischer Natur fielen jetzt wieder schwer gegen eine Lösung in's Gewicht, bei der man einen beträchtlichen Teil der Richtungen zu Gegnern haben würde, auf deren Unterstützung eine kräftige deutsche Politik rechnen müsse.

Diese Ausichten auf Änderung erschienen jedoch zu schwach um den Fortgang der Bewegung zu hemmen. Der Magistrat von Berlin beschloß am 19. April, einen Protest an den Reichstag zu richten, mußte aber die gleiche an die Stadtverordneten gerichtete Anregung auf Einsprache des Oberpräsidenten zurücknehmen; als diese am 25. April gleichwohl ihren Vorsteher Langerhans mit der Einreichung eines solchen Protestes beauftragt hatten, wurde dies vom Oberpräsidenten mit hoher Geldstrafe bedroht; Herr Langerhans war aber so schlau gewesen, die Eingabe kurz vor Eintreffen dieser Verfügung abzuschicken, und er sandte nunmehr an alle Stadträte und Stadtverordnete in Deutschland die Einladung zu einer in Berlin am 8. Mai zu haltenden Besprechung der Umsturzvorlage. Am 18. April sprachen sich ferner alle liberalen Vereine in Bremen gegen letztere aus und es erklärte eine große Versammlung von Bürgern der verschiedensten Parteirichtungen in Breslau, in dieser Vorlage „den überaus gefährlichen Versuch“ zu erblicken, die Freiheit der Meinungsäußerung in Kunst, Wissenschaft und im täglichen Leben zu verkümmern. Weiterhin erklärten am 20. April 39 Pastoren öffentlich, daß ihnen aus inneren und äußeren Gründen die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Umsturzvorlage erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden würde; darum, so schlossen sie, „fort damit!“ Auch der Centralvorstand des Evangelischen Bundes erließ am 22. April aus Merseburg abermals eine Erklärung, in der er die Lage als hochbedenklich bezeichnete, sie auf die unendliche Langmut, mit der man seit Jahren den ultramontanen Forderungen begegnet sei, zurückführte und die Meinung aussprach, daß die Reichs- und Staatsregierungen sich selbst aufgeben würden, wenn sie solchen Ansprüchen sich unterwürfen. Auf dem Historikertage in Frankfurt a. M. wurde durch Professor Stern aus Zürich die Protestfrage ebenfalls angeregt, aber als nicht zur Zuständigkeit gehörig abgelehnt. Die Beratung darüber

leistete jedoch reichlich denselben Dienst. Nunmehr eröffnete der „Reichsanzeiger“ am 23. April, daß die Regierungen eine Zurückziehung der Vorlage nicht in Absicht hätten, sondern vom Reichstag eine Fassung derselben erwarteten, welche den von ihnen bei der Einbringung verfolgten Absichten gerecht werde. Am 29. April sprach sich eine große evangelische Volksversammlung in Berlin, in der angesehene Geistliche als Redner auftraten, stark gegen die Vorlage aus, der Hofprediger a. D. Stöcker dagegen führte am 30. April in einem Berliner Bürgerverein aus, die Regierung dürfe sich durch die Agitation nicht einschüchtern lassen. Die Vorlage selbst hätte auch er dem „Papierkorb“ überliefert, aber die Erinnerung an die Art wie einst das Volksschulgesetz fiel, kam ihm in Erinnerung. Diese lag allerdings nahe und die „Köln. Ztg.“ stellte Betrachtungen darüber an, daß binnen wenigen Jahren zum zweitenmale das unerfreuliche Schauspiel sich vollziehe, daß die Gesetzgebung auf einen Weg gedrängt werde, der in vollem Gegensatz zu den besten Überlieferungen unserer geistigen Entwicklungsgeschichte stehe; in beiden Fällen seien dazu die ansprechenden Formen der Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen genommen. In gleichem Sinne sprach die „Nat. Ztg.“ vom Gesetzentwurf zur Förderung des Klerikalismus und von dem schlecht überlegten Eroberungszug des Centrums; dessen früherer Führer Windhorst würde solche Maßlosigkeiten wie die Anträge Hintelens, verhindert haben. Von größeren Protestversammlungen sind ferner die in Barmen, Mainz und Goslar zu nennen, woran sich am 8. Mai die aus 350 Vertretern von Gemeindeverbänden bestehende Einspruchsversammlung städtischer Vertreter in Berlin anschloß; Prinz Schönau-Carolath hielt hier die Hauptrede, in der alle bisher öffentlich geltend gemachten Gesichtspunkte zusammengefaßt waren. Die Vertreter der 170 Gemeinden erklärten in ihrem Proteste, die Umsturzvorlage enthalte eine Einschränkung derjenigen Freiheit der öffentlichen Kritik, die eine unentbehrliche Voraussetzung einer gesunden Entwicklung des öffentlichen Lebens, insbesondere kommunaler Selbstverwaltung bilde. Nach diesem ganzen Verlauf der Dinge wurde die Umsturzvorlage in vielen Kreisen bereits als gänzlich hingefallen angesehen, zumal die Reichspartei ihre bevorstehende Ablehnung kundgethan hatte. Und so hatte sich denn auch die „Germania“ schon

am 19. April elegisch ausgesprochen. Schöne Mitkämpfer für Religion, Sitte, Ordnung seien ihre Gegner! Nun, das Centrum wenigstens habe in diesem Kampfe seine Schuldigkeit gethan. Andere Centrumsleute hegten noch fortwährend große Hoffnungen, der Reichstagsabgeordnete Harl verkündete sogar, das Reich müsse ein Zwangsmittel gegen Untergraber der von Gott gesetzten Obrigkeit haben, besonders Lehrern an den höheren Schulen müsse es an den Krügen gehen.

Beim erwähnten Verlauf der die Umsturzvorlage betreffenden parlamentarischen und Parteiverhältnisse dürfen einige begleitende parlamentarische Vorgänge nicht unbeachtet gelassen werden. Die Bewilligung einiger wichtiger Forderungen im Marineetat, die der Reichskanzler und der Staatssekretär des Äußeren am 1. März im Reichstage ganz besonders empfohlen hatten, waren genehmigt unter Beteiligung eines großen Theils der Centrumspartei und unter Umständen, die vielfach den Eindruck hervorriefen, daß hierdurch etwas geleistet werden solle, für das man Anspruch auf Gegenleistung gewinne. Bald hiernach zog jedoch die Centrumspartei durch ihr Verhalten die allgemeine Aufmerksamkeit in weit höherem Maße auf sich. Schon seit einiger Zeit war nämlich in diesem Lager eine Bewegung bemerkbar, die auf Wiederherstellung der geistlichen Herrschaft über die Schule hinauszugehen schien; namentlich hatte die Presse dieser Partei durch vielfache Erörterungen über die Gottlosigkeit der jetzigen Jugendziehung nach dieser Richtung hin gearbeitet. Da brachte die Centrumspartei am 9. März im preussischen Abgeordnetenhaufe einen Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16, 18 der Verfassung ein, die 1875 aufgehoben waren, weil der Staat in ihnen eine Art Souveränität der Kirche begründet sah, die er nicht glauben bestehen lassen zu dürfen ohne wesentliche Bestandteile seiner eigenen Machtvollkommenheit zu missen. Die bevorstehende Einbringung dieses Antrags hatte v. Heeremann bereits am 21. Februar im Abgeordnetenhaufe angedeutet und im voraus den Konservativen für den Fall der Unterstützung Gegenleistungen in Aussicht gestellt. Bei der Frage, was das Centrum mit diesem „Vorstoß“ bezwecke, war von vornherein klar, daß die Verhältnisse in Preußen keinen Schlüssel hierzu geben, da die Regierung an den Landtag keinerlei Forderungen

gestellt hatte oder stellen zu wollen schien, um derenwillen sie sich auch zu Zugeständnissen entschließen mußte, sodaß also der Boden für eine Politik des Hin- und Herhandelns fehlte; aber auch wenn er gegeben wäre, schien für das Centrum nicht viel dabei herauskommen zu können, da es im Abgeordnetenhanse nicht ausschlaggebend war. Freilich bildete es hier mit den Konservativen eine Mehrheit, schwerlich aber ließen sich diese gegen die Regierung mobil machen; als Opposition konnte das Centrum in Preußen gewähren, nicht aber versagen, also auch für ersteres keine Gegenleistung erschwemeln oder ertrogen. Endlich schien es sogar für das Centrum als ausgemacht gelten zu dürfen, daß der neue Antrag noch weit weniger Aussicht auf Gewährung haben könne als der Jesuitenantrag im Reiche, denn das Centrum hatte einst jene drei Verfassungsartikel als unübersteigliche Hindernisse für die Falk'schen Maigesetze erklärt und die Regierung hatte dies anerkannt, infolgedessen eben die Aufhebung erfolgte; folglich würden nach Herstellung der drei Artikel diejenigen Gesetze verfassungswidrig sein, deren Erlaß eben durch die Verfassungsänderungen von 1873 und 1875 ermöglicht wurde, und solcher Gesetze sind, ungeachtet der eingetretenen Änderung der kirchenpolitischen Gesetze, noch eine Anzahl vorhanden; und selbst wenn man auch diese Reste jener Gesetzgebung beseitigen wollte, würde die Erfüllung des Centrumsantrags unmöglich erscheinen, weil sich die drei Artikel in ihrer Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit als Quelle unablässiger kirchlicher Ansprüche und Streitigkeiten mit dem Staate erwiesen hatten. Ganz anders lagen die Dinge im Reiche, wo das Schicksal wichtiger Gesetze vom Centrum abhing, es fehlte hier jedoch der Boden für die Bestätigung dieses Machtbewußtseins, denn der Reichstag hatte sich für Beseitigung des Jesuitengesetzes ausgesprochen und im übrigen blieben im Reiche keine Kulturkampfstreife übrig, deren Beseitigung das Centrum hätte fordern können. Da es nun trotz alledem seinen Antrag eingebracht hatte, so schien es auf der Hand zu liegen, daß für Zustimmung zu wichtigen Reichsgesetzen etwas für Zwecke der katholischen Kirche erhandelt werden sollte. „Raum niemals,“ hieß es in der Presse, „ist die Politik des Handelns und Feilschens unverblümt zu Tage getreten.“ Andere äußerten, der Antrag habe der Nation vollends die Augen geöffnet oder das bisherige Mißtrauen bestätigt; er beweise die Absicht, die Verlegenheit nach Kräften aus-

zunutzen, in der sich die Regierung in Folge der parlamentarischen Lage befinde, ein neuer Beweis, daß sich das Centrum jetzt als unentbehrliche Stütze der Regierung betrachte und daher seine höchsten Forderungen stellen zu können glaube. In dieser Lage wandte sich die Kreuzzeitung am 18. März an das Centrum, tadelte dessen ungeniertes Hervortreten mit Sonderwünschen, erkannte aber dennoch ein Recht auf deren Anerkennung und Berücksichtigung für den Fall an, daß die Partei im übrigen sich angelegen sein ließe, die sozialpolitische Entwicklung der Nation nach Kräften zu fördern; „in diesem Falle würde sich über die Herstellung der drei Verfassungsartikel reden lassen“; damit war die Unterstützung der weitgehenden Forderungen der Landwirtschaft, namentlich des Antrags des Grafen Kanitz gemeint, der noch einer Schlußberatung im Reichstage harrete.

Die oben geschilderten Vorbereitungen zur Feier von Fürst Bismarcks 80. Geburtstag konnten durch die zu diesem Tage getroffenen Feierlichkeiten kaum noch übertroffen werden. Am 1. April trafen bei ihm Begrüßungs-Telegramme fast aller deutschen Fürsten sowie der Senate der freien Städte ein. Der Kaiser übermittelte ihm nochmals den Dank seines Hauses und den der Nation für alles, was er in segensvoller Arbeit für das Vaterland gethan. Auch eine Reihe ausländischer Fürstlichkeiten sandte ihre Glückwünsche. Mittags 1 Uhr empfing der Fürst im Schlosse von Friedrichsruh 29 Rektoren deutscher Universitäten, in deren Namen Professor Pfleiderer, Rektor der Berliner Universität, eine Ansprache hielt. In seiner Antwort sagte der Fürst, es sei für ihn erhebend und beschämend, daß diese starke Bewegung, die ganz Deutschland ergreife, sich an seinen Namen knüpfe, aber er betrachte dabei diesen nur „als Feldgeschrei, unter dem die nationalgesinnten Reichsfreunde sich geeinigt haben, sich zu sammeln“; die Verdienste teile er mit den deutschen Fürsten, ihren Regierungen und der ganzen Volkskraft, so wie sie die drei Kriege durchgefochten habe. Daß der französische geführt werden müsse, habe er seit Nikolsburg nicht bezweifelt; etwas stolz sei er darauf, daß es gelungen sei, den Frieden 25 Jahre seitdem zu erhalten. Er erfreue sich ja bei den Deutschen nicht einstimmiger Zustimmung, aber die feste, klare Aussprache für die nationale Gesinnung bewirke doch eine Scheidung; er würde keine Freunde haben, wenn er nicht auch Feinde hätte; man könne

nicht beides, kalt und warm, fein und aus Kampf bestehe das Leben in der ganzen Natur; auch auf weitere politische Kämpfe müßten wir gefaßt sein; der Protest gegen den Namen „Reichsfeinde“ sei nicht berechtigt, denn wenn manche auch theoretisch es nicht seien, so passe ihnen das Reich doch nicht so wie wir es haben; der fort-dauernde Zorn seiner Gegner sei ihm die befriedigende Quittung, daß sie kein Siegesbewußtsein haben; sehr zu bedauern sei, daß der Reichstag darauf verzichtet habe, einen zweiten Präsidenten aus den Sozialdemokraten zu nehmen; diese fürchteten, daß doch ein Moment kommen werde, wo sie sagen müßten: „Weh mir, ich bin erkannt“. Mit dem ganzen Kampfe möge man es nicht zu tragisch nehmen, wir hätten uns in Deutschland immer geschlagen und es würde gleichsam ein totes Moment eintreten, wenn wir alle plötzlich einig wären; er bitte, mit ihm der weiteren Entwicklung in voller Gemütsruhe entgegenzusehen. Nachdem der Fürst sodann Abgesandte einiger Fürstlichkeiten empfangen hatte, rückten 5000 Studierende von 29 deutschen Hochschulen, die sich zuvor in Hamburg versammelt hatten, mit vielen Fahnen und Abzeichen in den Friedrichsruher Park, und auf die Ansprache eines Studierenden aus Bonn hielt der Fürst abermals eine längere Rede. Er entnahm aus der Begrüßung die Zusage für die Zukunft; das von der Regierungszeit des ersten Kaisers in die jungen Herzen gelegte Samenkorn werde seine Früchte tragen; er sei, nachdem wir in unserm Hause uns so ausgebaut wie wir es zu bedürfen glaubten, immer ein Mann des Friedens gewesen; in der Politik wäre es viel leichter, sich zu fagen, was man vermeiden, als was man thun muß, denn die Politik sei eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schifffahrt in unbekanntem Meeren eine Ähnlichkeit habe; positive Unternehmungen seien in ihr außerordentlich schwer und wenn sie gelungen, solle man Gott danken und nicht an Kleinigkeiten herumräkeln, denn der Mensch könne den Strom der Zeit nicht schaffen und lenken; darum wollten wir zufrieden sein und pflegen, was wir gewonnen hätten an Kaiser und Reich; die politischen Entwicklungen gingen überhaupt so langsam wie die geologischen. Sodann gab der Fürst den jungen Leuten den Rat, sie möchten sich dem Bedürfnis der Kritik nicht zu sehr hingeben, sondern annehmen was Gott gegeben hat. Der ganze Vorgang im Parke wurde als ein ganz besonders farbenprächtiges

Bild geschildert und von erhebender Wirkung. Am Abend empfing der Fürst 5000 Hamburger, die in Fackelzug erschienen und auf deren Ansprache er wiederum in längerer Rede antwortete, worin er den alten hanseatischen Unternehmungsgeist rühmte. Im ganzen liefen bei dem Fürsten vom 25. März bis 1. April 9815 Telegramme ein. In vielen Städten im ganzen Reiche wie im Auslande wurde der Tag in großartiger Weise gefeiert von Bürgern der verschiedensten Parteirichtungen, von Civil- und Militärbeamten. Hervorragend waren die Festlichkeiten in Königsberg, Danzig, Wittenberg, Göttingen, Hannover, Frankfurt a. M. Alle Freunde des Fürsten an der Bergstraße, im vorderen Odenwald und im Ried hielten ein Fest in Jugenheim, die mittelhheinischen Städte vereinigten sich zu einem Fest am Niederwalds-Denkmal. Im königlichen Schlosse zu Berlin fand ein Festmahl statt, bei dem der Kaiser den Trinkspruch auf den Fürsten ausbrachte, und in das Hoch stimmten auch der neue Reichstagspräsident v. Buol sowie der zweite Vizepräsident Spahn ein, die als Antwort auf ihre Meldung zu diesem Mahle eingeladen waren. Das dritte Mitglied des neuen, von der bismarckfeindlichen Mehrheit gewählten Präsidiums des Reichstags, der erste Vizepräsident Schmidt-Elberfeld leistete, zufolge Beschlusses seiner, der freisinnigen Volkspartei, keine Folge. Berlin war festlich geschmückt, in den königlichen Theatern fanden Festvorstellungen statt, der „Reichsanzeiger“ brachte einen schwungvollen Artikel. Die Festreden in manchen Städten waren von klassischer Vollendung. Ganz allgemein fiel die Feier in der preußischen Provinz Sachsen aus. Von außerpreußischen Städten thaten sich hervor: Braunschweig, Jena, Schwerin, Rostock, Greiz, Straßburg i. E., Lübeck, Hamburg, Bremen, Dresden, Leipzig, Augsburg, Würzburg, Aichaffenburg, Rempten, und vor allem München. Im badischen Lande war die Feier fast allgemein. Auf den Gipfeln des Schwarzwalds und der Vogesen leuchteten die Festfeuer wie auf denen des Harzes, des Kyffhäuser, des Erzgebirgs, des Niederwalds und der Loschwiger Berge bei Dresden. Am Kommerz in Koburg nahm Herzog Alfred teil, beim Festmahle der Stadtgemeinde Karlsruhe hielt Großherzog Friedrich eine Ansprache, und nach dem Festzuge in Stuttgart sprach König Wilhelm von Württemberg den Schülern seine Freude aus über die Ehrungen für „den größten Mann des Jahrhunderts“.

Die Bedeutung des nationalen Festtags trat nicht zum wenigsten hervor durch die herzliche Beteiligung der Deutschen im Auslande. Der „Reichstreue Verein Niederwald“ in Wien hielt ein glänzendes Fest. Von anderen Städten Oesterreichs thaten sich hervor Graz, Linz, Troppau, Brünn, Meran, Marburg, Horn, Innsbruck, Salzburg, Judenburg, Klagenfurt, Enns, Villach. An der Feier in Pest nahmen viele Reichsdeutsche und siebenbürger Sachsen teil. Interessant waren die Beschreibungen über die Einzelheiten der Feste in Bern, Basel, Zürich, Amsterdam, Brüssel, Stockholm, London, Petersburg, Moskau, Odessa, Mailand, Rom, auf dem Monte Salvatore bei Lugano, in Turin, Paris, New-York, Philadelphia, Buenos Aires, in Chile, Uruguay und Brasilien, ferner in Samara, Kairo, Jerusalem, Transvaal, Yokohama, Tokio, Valdivia, Manilla, Siam, Korea, Texas und in Kanada. Somit war die Bismarckfeier von solcher Allgemeinheit, daß selbst die Schillerfeier von 1859 ihr nachstand.

Mit dem 1. April hatte jedoch diese nationale Bewegung noch keineswegs ihr Ende erreicht, sondern nummehr begann erst eine bis in den Juni sich hinziehende Reihe von Massenmärschen nach Friedrichsruh, und gegenüber allen diesen Huldigern aus den verschiedensten deutschen Ländern oder Gegenden sowie aus den mannigfachsten Berufskreisen sprach sich der Fürst, ausgehend von ihren besonderen Verhältnissen, in einer Weise aus, daß man sich, er suche allen etwas belehrendes zu sagen oder sie auf Punkte aufmerksam zu machen, wie sie, jeder in seiner Art, zur Erhaltung der Einheit des Vaterlandes in der Zukunft beitragen könnten. Den münchener Stadtbehörden nannte er es am 2. April eine glückliche Fügung, daß alle deutschen Staaten im Kriege gegen Frankreich mitgefochten haben; er rühmte, daß man gut bayrisch und doch gut deutsch sein könne und sagte, so lange der Geist bleibe, der in diesen Tagen wie ein warmer wohlthuernder Sturmwind über das Land hingegangen, sei ihm für die Erhaltung der Einheit nicht bange. 700 Lehrern gegenüber, die am 8. April sich einfanden, nannte er sich den Erben seiner Mitarbeiter von der Zeit des alten Kaisers her; mit ihnen stehe er gewissermaßen im Verhältnis eines Tontinevertrags, indem der Ruhm der Absterbenden auf die Überlebenden zusammenerbe; hätte er nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes in der Nation

vorgefunden, so würde ihm sein Werk wohl nicht in dem Maße gelungen sein; die Erfolge der nationalen Entwicklung jeden Landes beruhten hauptsächlich auf der Minderheit der Gebildeten in demselben; unser Offiziercorps, diese unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen, sei das Produkt unserer gesammten höheren Schulbildung. Einer Anzahl von Deutschen aus Odessa, die den Fürsten ebenfalls am 8. April begrüßten, riet er sehr an, mit den Einrichtungen der russischen Regierung nicht in Widerspruch zu treten; das diene dazu, die guten Beziehungen beider Reiche zu pflegen, denn wir hätten keinen Grund uns mit den Russen zu zanken und es liege kein Grund zur nationalen Antipathie vor. Vertretern des „Norddeutschen Lloyd“, die den Fürsten am 8. April besuchten, rühmte er den nationalen Geist in den Küstenländern; im Anschluß hieran führte er aus, daß die Uneinigkeit der Deutschen nicht, wie man gewöhnlich meine, auf der Verschiedenheit der Volksstämme, sondern auf der der Herrscher beruhe. Besuchern aus dem Sever-Lande am 9. folgten am 15. April Deutsche aus Österreich, namentlich aus Steiermark nebst Studenten aus Wien und Graz. Auf deren mehrfache Ansprachen erwiderte der Fürst mit einer längeren Rede, in der er die Fügung des Schicksals pries, daß Deutschland und Oesterreich, „dieses große gewaltige Gebiet von Mitteleuropa, sich durch das vor 16 Jahren geschlossene Bündnis wiederzusammengefunden hätten und, wie er glaube, dauernd zusammenbleiben würden. Daran knüpfte er Winke für die Deutschen in Österreich; von deren steigendem Einfluß sei die Stärkung des Bandes beider Reiche zu erwarten, aber sie möchten als die berechtigteren unter den Nationalitäten des Donaurauchs doch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurteilen. Am 17. April wurde eine Abordnung der Stadt Darmstadt empfangen; beim Empfang deutscher Künstler hob der Fürst hervor, daß die Deutschen nach ihren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen könnten. 4000 deutschen Zunftmeistern, die am 17. April erschienen, erörterte der Fürst seine Stellung zu den sozialen Gesezen; er hätte das Bestreben gehabt, dem müden Arbeiter etwas besseres und sicheres als die örtliche Armenpflege zu gewähren, er schilderte das sog. Klebegezet als die unglücklichste Erfindung, auf die man hätte kommen können, und forderte die Wähler auf, Berufsorganisationen zu

bilden. Den Gemeindebehörden von Stuttgart sprach sich der Fürst am 19. April für Wahrung der berechtigten Eigentümlichkeiten der deutschen Volksstämme aus und äußerte abermals die Ansicht von der Notwendigkeit einer Kritik der Landtage an der Thätigkeit der Bevollmächtigten zum Bundesrat. Gegenüber Abgesandten des sächsischen Gymnasiallehrer-Vereins kam der Fürst wieder auf die in Wissenschaft und Kunst ausgebildete unaufhaltfame Gemeinschaft als den Grund unseres Zusammenhaltes zu sprechen. Zu alten Burschenschaftlern, die sich am 19. April einfanden, ließ sich der Fürst darüber aus, wie er als Diplomat zum Nachdenken über die Mittel gekommen sei, mit denen man dem deutschen Ziele näher treten könnte, und da sei ihm einleuchtend gewesen, daß an ein Gelingen nur gedacht werden könne, wenn das preußische Heer dafür in Thätigkeit gesetzt werde. Hiernach empfing der Fürst Besuche aus Anhalt, die ihm eine im Park aufgestellte Hirschgruppe verehrt hatten. Der Besuch bot ihm Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Hinwendung dieses Ländchens, das einst das eigentliche Treibhausbeet des Partikularismus gewesen, zur nationalen Sache einen besonderen Beweis für die Stärke des Nationalgefühls bilde. Am 20. April empfing der Fürst zahlreiche Bauwerksmeister, am 24. April führte er einer Abordnung der Stadt Köln gegenüber die Notwendigkeit der Erwerbung Elsaß-Lothringens als des für die Rheinlande nötigen Vorlandes aus. An demselben Tage kamen Vertreter des plattdeutschen Vereins in Braunschweig, sowie Besucher aus Lauenburg und Mölln an. Alten Korpsstudenten entwickelte der Fürst am 27. April, wie es ihm stets wertvoller gewesen sei, niemandem zu gehorchen, als anderen zu befehlen. Besuchern aus Oldenburg, die gleich darauf erschienen, führte der Fürst zu Herzen, die Landwirte müßten einsehen, daß sie im deutschen Reiche noch immer die Hauptsache seien.

Am 1. Mai erließ Fürst Bismarck eine allgemeine Dankfagung, allein die Massenzüge waren damit noch längst nicht zu Ende. Am 5. Mai erschienen bei ihm 1000 Ostfriesen, und in des Fürsten Ansprache an sie befand sich wiederum eine Äußerung von allgemeinem Interesse. Er sprach nämlich seine Freude darüber aus, die Eröffnung des Nordostseekanals noch zu erleben und bemerkte sodann, er habe zuerst in Verhandlungen mit dem Prätendenten Herzog Friedrich die Forderung dieses Kanals als Vorbedingung von Preußens

Zustimmung zur Einsetzung einer besonderen holsteinschen Dynastie aufgestellt, aber gerade an der Abneigung hiergegen seien die damaligen Verhandlungen gescheitert; später habe es ihm auch der Kriegsverwaltung gegenüber viele Mühe gekostet, mit seiner Ansicht durchzudringen. Die Mittheilungen des Fürsten über jene Verhandlungen riefen in der Presse mehrfache Einwendungen hervor und die Nordd. A. Z. veröffentlichte am 11. Mai ein vom Herzog Friedrich am 20. Juni 1864 an den König von Preußen gerichtetes Schreiben, aus dem allerdings hervorging, daß der Herzog sich Herrn v. Bismarck gegenüber nur aus diplomatischen Rücksichten zurückhaltend geäußert hatte. Am 8. Mai überreichten die Vertreter von 76 sächsischen Städten dem Fürsten Ehrenbürgerbriefe, was ihm Anlaß gab, sich über die früher unter den deutschen Staaten vorhanden gewesene Scheidewand des Partikularismus auszusprechen. Da Sachsen durch seine Verbindung mit Polen eine europäische Rolle gespielt habe, sei dort das Bedürfnis, aus der Kleinstaaterlei in einen großen Nationalstaat überzugehen, nicht so groß gewesen; heutzutage jedoch sei das Gefühl, demselben Staatsgebilde anzugehören, in Sachsen so lebendig wie in Preußen. Seit die Dynastien einig sind, halte er unsere nationale Einheit für gesichert; was uns heute trenne, seien nur die politischen Parteien. Eine große Menge von Besuchern aus Westfalen erschien nach einem in Hamburg gehaltenen Kommerse am 11. Mai in Friedrichsruhe. Geordnet in 45 Abteilungen rückte der Zug unter den Klängen einer Militärmusikkapelle aus Celle in den Schloßpark, wo die Damen eine Truhe, enthaltend Ansichten von Westfalen, als Gabe überreichten. In seiner Antwort auf die Ansprachen hob der Fürst hervor, daß die deutsche Zerrissenheit einst gerade in Westfalen zum allerschärfsten Ausdruck gekommen und daß noch heute alle Parteien, die wir in Deutschland haben, dort mit am schärfsten vertreten seien; das liege wohl im Charakter der Bevölkerung, aus ihr wären aber auch die Pioniere hervorgegangen, durch die Brandenburg, Mecklenburg, Pommern germanisirt worden, und stets hätten sie die Tradition aus der Cheruskerzeit gerechtfertigt als allezeit ganze Männer. Als sodann schlesische Damen am 13. Mai eine mit 117000 Frauen und Jungfrauen ihrer Heimatprovinz unterzeichnete Adresse überreichten, betonte Fürst Bismarck, daß in diesen Tagen ihm gerade aus den von der Industrie beherrschten Ländern das nationale Ge-

fühlt am lebhaftesten entgegengetreten sei; auch meinte er, die Wahlen würden mehr im nationalen Sinne ausfallen, wenn sie etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden; überhaupt möchte er von unserm Parlament an die Frauen appellieren. Den Westfalen folgten am 19. Mai 750 Personen aus dem Rheinlande zur Überreichung der Ehrenbürgerbriefe von 64 Städten, am 23. Mai 1400 Leipziger, Herren und Damen, und am 26. Mai mehr als 3000 Besucher aus Schleswig-Holstein. Ihnen allen dankte der Fürst in längeren Reden, in denen er jedoch einige Male früher von ihm Gesagtes wiederholte. Größeres Aufsehen erregte seine Dankrede vom 9. Juni an 130 Personen vom Bunde der Landwirte. Auf die Rede des Abg. v. Ploetz sagte er nämlich u. A., er kenne die Absichten unserer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf sie; ihn zu erlangen sei ja auch schwer, nachdem vor einigen Jahren für längere Zeit darauf verzichtet worden; wir seien festgelegt durch die Handelsverträge, deren Annahme zu verdanken sei der Stimmung, die nach seinem, des Fürsten, Rücktritt geherrscht, wo ein unlauterer Wettbewerb der Fraktionen zum Vorschein gekommen sei, wer die Erbschaft antreten und sich hinreichend lieb Kind machen könnte, um das Hest in die Hand zu bekommen, und wo jeder geglaubt habe, daß ihm der blaue Brief bevorstände. Der erste Schaden habe darin bestanden, daß wir zu einer Zeit, wo wir das Geld nötiger denn je zur Verstärkung der Wehrkraft gebrauchten, auf etwa 40 Millionen Zolleinkünfte verzichteten. Er wolle jetzt von der Leber sprechen und bitte seine, die alte landwirtschaftliche konservative Fraktion, bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung ihrer Interessen zu sehen und nicht solche Abgeordnete zu wählen, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und Ar liegen; der Kandidat müsse darauf angesehen werden, ob er etwa den Wunsch habe, Minister zu werden und ob seine Frau ein Bedürfnis fühle, in Berlin eine gesellschaftliche Rolle zu spielen, dann sei der Mann nicht zu wählen; sonst entstünden die Kleber als Minister; auch passe es nicht zur menschlichen Schwäche, daß dem Minister ein unter allen Umständen gesichertes Einkommen gegeben werde, besser wäre es, ihm eine Domäne für die Amtsdauer zu geben.

Natürlich verschnupfte diese Rede in manchen Kreisen, und als

in der Presse die Meinung auftauchte, es habe damit der Urheber des sog. Klebegesetzes, der Staatssekretär v. Boetticher angegriffen werden sollen, veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ am 14. Juni einen Kabinettsbefehl vom 29. Mai 1892, in dem der Kaiser die angebotene Entlassung des Staatssekretärs unter Anerkennung seiner Verdienste abgelehnt und ihn aufgefordert hat, im Amte zu bleiben. Bei allem Erhebenden, das diese Besuche in Friedrichsrub darboten, hatten sie doch allmählich durch ihr langes Hinausziehen etwas Ermüdendes und der Eindruck begann schließlich sich abzustumpfen. Im ganzen aber war durch die vielen Reden des Fürsten der überall so herrlich kundgegebene Wunsch nach Wiedererneuerung des Volksgeistes gekräftigt worden, und es entstand nun die Frage, ob er die Kraft besitzen oder sich zu erhalten verstehen werde, um eine solche Wendung herbeizuführen. Der Fürst selbst sprach ja in dieser Hinsicht Hoffnungen aus; so sagte er z. B. am 1. April nach dem Empfang der Studierenden: „Nachdem ich diese jungen Eichen gesehen, glaube ich für die Zukunft der deutschen Sache nicht besorgt sein zu müssen“; im Allgemeinen aber war sein Urteil doch ein zurückhaltendes, das sich namentlich in seinem Ausspruch zeigte, es scheine ja die Mehrheit aller Gebildeten mit den neuen nationalen Zuständen zufrieden zu sein.

Neben dieser Volksbewegung mußte sich die öffentliche Aufmerksamkeit nach der Osterpause, also seit Ende April, natürlich wieder dem Reichstage zuwenden, obwohl dessen Mehrheitsverhältnisse infolge Überwiegens der durch keinen politischen Grundsatz vereinigten, aber thatsächlich in den meisten Fällen zusammenwirkenden Oppositionsparteien nachgerade fast unseidlich geworden waren und die Mitteilungen aus den Kommissionen dieses unerquickliche Bild noch vervollständigten, indem ihre Beratungen selbst über die wichtigsten Gesetzentwürfe einen trüben, schleppenden, den Mangel an Lust verratenden Verlauf nahmen und die Parteien hier noch schroffer als im Plenum zusammenstießen. Zur Entscheidung im Reichstag drängten sich jetzt nicht die wichtigen finanziellen Vorlagen in den Vordergrund, sondern die Umsturzvorlage und der Antrag Kanitz. Erstere stand zwar an sich und von Ursprung an der Finanzreform an Bedeutung gleich, durch den ganzen Verlauf ihrer Behandlung war sie jedoch allen Seiten ganz verleidet, man möchte fast sagen verehelt.

Die zweite Beratung der Umsturzvorlage fand im Reichstag vom 8. bis 11. Mai statt. Zu dem den Anfang machenden § 111 über die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung ergriff der Reichskanzler Fürst Hohenlohe das Wort über den Stand der Sache im Allgemeinen. Er erinnerte daran, daß der Vorschlag zu Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs durch die mehr und mehr sich geltend machende Überzeugung veranlaßt sei, daß die Grundlagen des religiösen und sittlichen Lebens erschüttert und daher Maßregeln zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft gegen revolutionäre Ausschreitungen stark verlangt worden seien. Man habe daher erwarten dürfen, daß aus der Kommission Vorschläge, die dem Zweck der Vorlage entsprächen, hervorgehen würden; statt dessen hätten sich dort die Feinde der Vorlage zusehends vermehrt und Anträge wären dort gestellt, welche die Außenstehenden erschreckten; seien sie auch nur zum Teil angenommen, so hätten sie doch den ungünstigen Eindruck vermehrt; von vielen Seiten hätten sich Warnungsrufe erhoben und es sei der Reichsregierung wie dem Reichstage der Vorwurf gemacht, daß sie die Geistesfreiheit des deutschen Volkes beschränken wollten; die Entrüstungsversammlungen verstehe er nicht und er wage nicht, anzunehmen, daß der Fortschritt der Menschheit durch gesetzliche Bestimmungen gehemmt werden könne, die öffentliche beschimpfende Äußerungen unter Strafe stellen; vielleicht habe zu den Besorgnissen und Mißverständnissen der Umstand beigetragen, daß die Kommission fremdartige Materien in das Gesetz hineingetragen, dagegen die auf Festigung der Staatsgewalt bezüglichen Bestimmungen stiefmütterlich behandelt habe. Barth (freif. Ver.) nannte diese Auslassung des Reichskanzlers eine elegische Kritik und wunderte sich nur, daß er bei solchen Ansichten überhaupt den Versuch gemacht habe, den Fortschritt der Menschheit aufzuhalten. Im übrigen war Redner der Meinung, daß man nicht mit dem sozialdemokratischen Unkraut den fruchtbaren Weizen ausrotten dürfe, und daß die sozialdemokratische Presse immer mehr in reformatorische Ideen einlenke; die Führer selbst hätten beigetragen, die Neigung zu revolutionären Phrasen zu unterdrücken, sodas der Anarchismus in Deutschland eine geringere Rolle spiele als in anderen Ländern; es liege auch garnicht im Interesse der Sozialdemokraten, den jetzigen Staat umzustürzen, nur durch das ängstliche Bürgertum seien sie mit ihren Erfolgen soweit ge-

kommen. Dagegen war v. Manteuffel der Meinung, daß diese Partei nur einen reformatorischen Deckmantel zur Täuschung der Unbefangenen umgethan habe. Die Konservativen seien keine Freunde der Vorlage und hätten ganz andere Gesetzesvorlagen erwartet. Das bisherige Schicksal dieser Vorlage habe gezeigt, daß man den umstürzlerischen Bestrebungen nicht auf Grund des gemeinen Rechts entgentreten dürfe. Übrigens habe in dieser Sache ein klerikal-konservatives Bündnis nicht bestanden. Auer (Soz.) hielt es für interessant, daß diejenigen, die am lautesten geschrien, jetzt den Wechsel bald verleugneten; die Arbeiterbewegung werde man durch keine Gesetzgebung mehr aus der Welt schaffen; daß das Centrum die Gelegenheit benutzt habe, der Vorlage seinen Stempel aufzudrücken, sei ihm garnicht zu verdenken; eine Genehmigung des § 111 würde zur Folge haben, daß nicht einmal die Bibel mehr straffrei bliebe, denn es müßten z. B. die Erzählung von der Opferung Isaaks und der Wegnahme einer Eselin bei Jesu Einzug in Jerusalem unter Strafe fallen. Auf die Bemerkung des Redners, daß das Heer Wert darauf zu legen scheine, neue Gewehre gegen die Sozialdemokraten zu erproben, erwiderte der preussische Kriegsminister v. Bronsart, das Heer ziehe vor, die Auseinandertreibung unbotmäßiger Pöbelmassen der Polizei und der Feuerwehr zu überlassen. v. Kardorff verlas eine Erklärung der Reichspartei, wonach die Vorlage in jetziger Gestalt ihren ursprünglichen Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie kaum noch erkennen lasse. Auch mehrere andere Parteien ließen Erklärungen abgeben, wonach sie sich für die Vorlage nicht mehr sonderlich erwärmten und von weiteren Änderungen nichts erwarteten. Der preussische Justizminister Schönstedt legte bei Fortsetzung der Beratung am 9. Mai das größte Gewicht auf Wiederaufnahme der Bestimmungen über den Widerstand gegen die Staatsgewalt. Lenzmann (freis. Volksp.) vermifste jeden Grund für ein solches Gesetz, durch das die Unzufriedenheit, die Ursache aller Revolutionen, nur vermehrt würde. Der preussische Minister v. Köller meinte, die Ansicht von der Harmlosigkeit der Sozialdemokratie beruhe auf sehr einseitigem Studium. Nach Bebel (Soz.) war der Hauptanstoß der Vorlage im Auslande zu suchen, denn das Verhalten der Sozialdemokraten biete dazu keinen Anlaß; die Vorlage gehe darauf aus, Recht und Gerechtigkeit zu erschüttern. In der Verhandlung am

10. Mai bemerkte Groeber (Centr.), es sei allgemein bekannt, daß in hohen Kreisen das Scheitern dieser Vorlage gewünscht werde, damit dadurch die Undurchführbarkeit eines Vorgehens auf Grund des gemeinen Rechts festgestellt werde; viel schlimmere Dinge als in den sozialistischen Hefzchriften befänden sich in den Schriften von Professoren. Nachdem Minister Schönstedt diesem Redner entgegengetreten war, trat Sigl (bayer. Bauernbund) mit der Behauptung auf, dieses Gesetz würde nur die Sozialdemokratie stärken, wie es das Sozialistengesetz gethan habe; die Vorlage habe keine Aussicht, es sei daher besser, die Bude bei Zeiten zu schließen. Hiernach kam es zur Beratung eines Antrags von Barth wegen Aufnahme des Duells in § 111. Dabei gab es wieder mehrere Reden über den Unfug des Duells, über den Fall des Ceremonienmeisters v. Roke und über das in Studentenverbindungen vorgeschriebene Duell sowie über die Angehörigkeit von Ministern und Abgeordneten zur Köfener Verbindung und ihre fortgesetzten Gesetzübertretungen. Bei der Abstimmung wurden sodann alle Änderungsanträge und die Fassung der Vorlage selbst abgelehnt.

Am 11. Mai kam der Reichstag zur Beratung des § 112 wegen Bestrafung der an Angehörige des Heeres gerichteten Aufforderung zum Ungehorsam. Hier trat zunächst Haußmann (Volksp.) als Gegner auf. Es liege kein Fall einer solchen Aufforderung vor; auf alle Angriffe hätte die Regierung nichts erwidert; zur Begründung der Vorlage seien nur 23 thörichte Äußerungen Einzelner vorgebracht, worunter ein lebhaftes Gedicht Freiligraths, den zu kennen man allerdings der Militärverwaltung nicht zumuten könne. Darauf bezeichnete der preussische Kriegsminister v. Bronsart dieses Gedicht als gleichwertig mit anderen Erzeugnissen einer hirnverbrannten Phantasie, die als Flugblätter in den Kasernen unabsehbaren Schaden anrichteten. Die Sozialdemokratie sehe eben im Heere das stärkste Hindernis ihrer Pläne, deshalb wären ihre Agitatoren seit geraumer Zeit am Werke, an diesem Bollwerk zu graben, zu stochern, zu bohren, und diesen Versuchen solle wirksam entgegengetreten werden. Bebel erwiderte mit der Weisagung einer Zeit, wo die Sozialdemokratie ohne das Heer nicht mehr bestehen könne; gegenwärtig solle nach Ablehnung der Vorlage die Sozialdemokratie zum Losbrechen gereizt werden, wo dann Gardeoffiziere bis an die Knie im Blute waten möchten; die

Späßen piffen von den Dächern bereits den Plan des Staatsstreichs; die Agitation unter den Soldaten sei mehr äußerer Schein und ohne tatsächliche Wirkung. Bei der Abstimmung wurde auch dieser § 112, sodann alle anderen §§ und damit die ganze Vorlage abgelehnt, sodaß es zu einer dritten Beratung garnicht kommen konnte.

Dieser Ausgang der fast seit einem Jahre öffentlich im Reichstage 5 Monate lang verhandelten Umsturzfrage war schon nach den Verhandlungen vom 8. Mai an vielen Stellen vorausgesehen; in den nunmehrigen öffentlichen Besprechungen wurde auch schon das Auftreten des Reichskanzlers mehrfach als entsagungsvoll aufgefaßt und lebhaft wurde das Verhalten der Centrumspartei erörtert, die durch Groeber so eigentümliche Unterstellungen vorgebracht habe, daß man nur glauben könne, sie sollten die Aufmerksamkeit vor der Niederlage dieser Partei ablenken. Man hörte in der gemäßigten Presse, es sei nun wohl ausgemacht, daß beim Entwerfen von Gesetzen keine Rücksicht mehr auf das Centrum genommen werden dürfe, da es nur annehme was ihm, nicht was dem Staate fromme. Dagegen war der Abg. Lieber am 12. Mai bei der Hand, in einer Rede zu Bochum das Scheitern dieser Vorlage als Triumph des Liberalismus und als einen Schlag gegen die Autorität selbst, wie er schlimmer nicht hätte geführt werden können, zu beklagen. Auf freisinniger Seite wurde der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie der Sozialdemokratie diesen Triumph bereitet und daß die schweren Fehler der Regierung dem Erfolge des Bürgertums zu Gute gekommen seien; weitergehende Stimmen dieser Richtung sprachen wohl vom Ehrentage des deutschen Volks und von dem nun gerichteten dreisten Versuche der Reaktion, ein Zwing=Uri in Deutschland zu errichten. Darin, daß von einer Auflösung des Reichstags keine Rede sein könne, waren alle Kreise einig; von konservativer Seite wie in den „Hamb. Nachr.“ wurde die Freude ausgesprochen, daß nun die Bahn für ein Ausnahmengesetz wieder frei sei! Einige Konservative stimmten mit klerikalen Stimmen darin überein, die Hauptschuld am Mißlingen liege darin, daß die Regierung den Mittelparteien gefolgt sei. Das hatte man von den Klerikalen nicht erwartet, da sie bisher von der entscheidenden Macht des Centrums gesprochen hatten; aber freilich gestand jetzt ein Centrumsblatt, die „Landshuter Ztg.“, man dürfe nun sagen, daß nach dem Fall dieser Vorlage die Einigkeit

im Centrum wieder hergestellt sei. Weiterhin ließen sich Stimmen vernehmen, die nunmehr eine Änderung des Reichstagswahlgesetzes als einziges Mittel zur Abhülfe empfahlen. Die Organe der Sozialdemokratie endlich statteten den Gegnern der Umsturzvorlage ihren Dank dafür ab, daß sie dieselbe mit so großem Krach zu Falle gebracht hätten.

Nächst der Umsturzvorlage wurde im Reichstage kaum einer Sache mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem Antrage Kanitz; war ihm doch trotz seiner Ablehnung im preussischen Staatsrat und trotz des stark Provokatorischen, das in seiner gleichwohl erfolgten Einbringung lag, eine gewisse Bedeutung dadurch beigelegt worden, daß er überhaupt einer Kommissionsberatung noch für wert befunden, während er im vorigen Jahre von vornherein abgewiesen war. Diese Wendung hatte das Centrum aus Rücksicht auf die Stimmung mancher seiner ländlichen Wählerschaften herbeigeführt, obwohl die Ablehnung vorauszusehen war. In der Kommission gab anfangs Mai Graf Kanitz eine ausführliche Darstellung der Art, wie er sich die Ausführung des Antrags vorstelle, wogegen der Vertreter des auswärtigen Amtes, v. Lindenfels, erklärte, die Regierungen hätten nicht die Überzeugung gewinnen können, daß ihre Ansicht von der Undurchführbarkeit widerlegt sei und sie sähen es daher als eine müßige Frage an, ob die Handelsverträge damit vereinbar wären. Die Verhandlungen der Kommission zeigten, daß sowohl das Centrum als auch die Anhänger des Antrags gespalten waren, und sie zogen sich daher solange hin, daß nur ein ausführlicher Bericht noch an den Reichstag, dieser selbst aber vor Sessionschluß nicht zur Entscheidung gelangen konnte, was die Gegner insofern bedauerten, als es den Agrariern nun leichter werden zu müssen schien, durch ihre Agitation immer weitere Kreise mit unerfüllbaren Hoffnungen zu beunruhigen.

Was die übrigen Beratungsgegenstände des Reichstags betrifft, so zeigte sich immer noch wenig Interesse für die höchst wichtige Frage, wie nun endlich die Kosten für die neueste Heeresvermehrung aufgebracht und wie den durch diese Verzögerung entstandenen finanziellen Mißständen in den Einzelstaaten ein Ende bereitet werden sollte. Der von den Regierungen vorgelegte neue Gesetzesentwurf über die Tabaksteuer kam den Wünschen der Tabakbauer in höherem Maße entgegen als der vorjährige; sie waren

bemüht gewesen, bei Einführung der Fabriksteuer eine Mittellinie zwischen den Interessen der norddeutschen Industrie und denen der süddeutschen Tabakbauer zu finden. Bei der ersten Beratung im Reichstag am 21. Februar wies der Staatssekretär Graf Posadowsky aufs neue die Notwendigkeit der Einnahmevermehrung nach. Behufs fernerer Balancierung des Etats seien 32 Millionen aus der Tabaksteuer nicht zu viel; die von der Linken vorgeschlagenen Reichseinkommen- und Erbschaftssteuern fänden unübersteigliche Bedenken; bezüglich der Luxussteuer lägen nur phantastische Pläne vor, die einzige Hilfe bleibe immer Tabak und Bier. Nach den Aufzehrungen der auftretenden Redner schienen diesmal die Aussichten nicht übel zu stehen; nachdem aber die Kommission nach langen Beratungen Bericht erstattet hatte, wurde die Vorlage am 13. Mai vom Reichstag abgelehnt.

Was sodann die Reichs-Finanzreform betrifft, so hatten die Regierungen, nachdem der vorjährige Entwurf nicht über die erste Beratung hinausgekommen war, einen neuen vorgelegt, der sich im wesentlichen mit jenem deckte und in dem es sich um Beseitigung der Schwankungen der Matrikularbeiträge und der den Einzelstaaten aus den Einnahmen des Reichs zustehenden Überweisungen handelte. Bei der ersten Beratung am 25. Februar hob der Staatssekretär Graf Posadowsky hervor, daß jetzt die Überweisungen mit den Matrikularbeiträgen balancieren sollten; die Kleinstaaten wären genötigt, dringende Kulturaufgaben zurückzustellen oder Reserven anzugreifen, die für ganz andere Zwecke bestimmt waren; es sei Defizit auf Defizit gehäuft, die Schulden des Reichs seien auf zwei Milliarden gewachsen, darunter fast nichts zu verbenden Zwecken. Auch bei der hieran sich anknüpfenden Verhandlung schienen die Aussichten gut zu stehen, aber wohl infolge der übrigen, die Hauptfraktionen nahe berührenden Vorgänge in der Session zeigte sich so wenig Eifer, daß die Kommission, an welche die Vorlage am 26. Februar gewiesen wurde, gar keinen Bericht erstattete.

Zur Währungsfrage wurde von Friedberg, v. Kardorff, Lieber und Graf Mirbach ein Antrag eingebracht, die Regierungen zu ersuchen, bald thunlichst Einladungen zu einer Münzkonferenz behufs internationaler Regelung der Währungsfrage ergehen zu lassen. Als der Antrag am 15. Februar zur Beratung kam, erklärte der

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ohne unsere Reichswährung zu präjudizieren, müsse man zugestehen, daß der zunehmende Wertunterschied zwischen den beiden Münzmetallen auch auf unser Erwerbsleben eine nachteilige Rückwirkung ausübe; im weiteren Verfolg der Bestrebungen, die zur Einberufung der Silber-Enquete-Kommission geführt haben, sei er deshalb geneigt, mit den verbündeten Regierungen in Erwägung zu ziehen, ob nicht mit anderen, an der Bewertung des Silbers wesentlich beteiligten Staaten in einem freundschaftlichen Meinungsaustausch über gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhilfe einzutreten sein möchte. Hierauf wurde der Antrag am 16. Februar angenommen; die Erklärung des Reichskanzlers fand einerseits begeisterte Aufnahme, andererseits wurde sie nur als bedeutungsloses Mittel zu vorläufiger Beruhigung der Landwirte angesehen. Zu einer solchen Konferenz ist es im ganzen Jahre nicht gekommen, wengleich das britische Unterhaus sich im März ähnlich wie der Reichstag aussprach.

Ein am 26. April im Reichstag zur ersten Beratung gelangter Gesetzesentwurf zur Änderung des Branntweinsteuer-Gesetzes von 1887 bezweckte die Einschränkung der den inländischen Bedarf um einige hunderttausend Hektoliter übersteigenden Produktion und die Zuwendung gewisser Vorteile an die landwirtschaftlichen Brennereien. Er fand in allen Lesungen Zustimmung und hatte bei der dritten Lesung am 23. Mai ein Nachspiel durch Klagen des Grafen Kanitz wegen Unterlassung weiterer Gesetzesvorlagen zu Gunsten der Landwirte. Andere Redner sprachen darauf ihr Bedauern über diese Wiederaufnahme der Hegerei aus.

Den Interessen der Landwirte diene jedoch ein sog. Zuckersteuer-Notgesetz, wonach mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren ständig heruntergegangenen Zuckerpriese, auf deren Hebung in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden] schien, die Zuschüsse für ausgeführten Zucker in jetziger Höhe erhalten werden sollen für den Fall, daß weitergehende Änderungen des Zuckersteuergesetzes sich vor dem 1. August nicht ermöglichen ließen.

Ein Gesetzesentwurf, wonach die Zinsen von etwa 2 Millionen Mark aus dem Reichsinvalidenfonds als Zuschuß für invalide Teilnehmer am Kriege von 1870—71 verwendet werden sollen, wurde im Mai genehmigt.

Weiterhin wurde der Reichstag mit einigen Verfassungsfragen befaßt, zunächst am 5. und 20. Februar mit Anträgen, wonach von Reichswegen bewirkt werden sollte, daß in allen Einzelstaaten eine konstitutionelle Verfassung mit entsprechender Landesvertretung bestehe. Den Anlaß boten die Verhältnisse Mecklenburgs. Ein solcher Antrag ist in den 70er Jahren wiederholt vom Reichstag angenommen; vom Bundesrate war er zwar abgelehnt, aber es war damals doch Aussicht vorhanden, daß die mecklenburgischen Regierungen unter dem moralischen Eindruck jenes Beschlusses sich zur Herbeiführung solcher Zustände entschließen; die seitherige Entwicklung der Dinge hat aber diese Aussichten zerstört. Pachnißke (freij. Ver.), der nun die Sache wieder aufnahm, fügte seinem Antrage den unter den obwaltenden Umständen gerade nicht förderlichen Zusatz bei, die einzelstaatliche Landesvertretung solle überall aus dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht mit geheimer Abstimmung hervorgehen. Sozialdemokratische Abgeordnete fügten noch weitergehende Wünsche hinzu. Die Verhandlungen hierüber gestalteten sich, namentlich durch einen geschichtlichen Rückblick, den Richter (freij. Bp.) am 13. Februar mit ziemlicher Rücksichtslosigkeit gab, nicht sehr schmeichelhaft für Mecklenburg, das noch dazu vom Gesandten v. Derzen in nicht grade geschickter Weise verteidigt wurde. Ferner wurde ein von Becker (freij. Bp.) gestellter Antrag auf ein Ersuchen um eine Vorlage wegen anderweiterer Abgrenzung der Reichstagswahlkreise am 13. Februar angenommen, nachdem in den Verhandlungen vom 5. Februar hinreichend die allmählig entstandene große Ungleichheit nachgewiesen war. Thatsächlich kommt jetzt ein Abgeordneter auf 125 000 Einwohner, während er gesetzlich nur auf 100 000 kommen soll. Ein Antrag, das Wahlgesetz von 1869 auch in der Art zu ändern, daß ein besonderer Raum für Fertigstellung der Stimmzettel und Stimmabgabe in verschlossenen Umschlägen eingeführt werde, kam zwar am 15. Mai zur Beratung, blieb aber wegen Beschlussunfähigkeit des Reichstags liegen. Am 27. Februar und 6. März beschäftigte sich der Reichstag sehr lebhaft mit Anträgen wegen Einführung eines Verbots der Einwanderung ausländischer Juden. Der Schwerpunkt lag in einem Antrag von Haffe (nationallib.) auf Erschwerung der Naturalisation; es war ihm aber nicht günstig, daß damit die Beratung antisemi-

tischer Anträge verbunden wurde, die einerseits von v. Manteuffel und v. Hammerstein, andererseits von v. Liebermann gestellt waren. Haffe ging davon aus, daß eine jede nationale Politik sich gegen eine zu starke Einwanderung von Nichtdeutschen wenden müsse, daß von diesen bereits 9 Prozent in Deutschland lebten und das Gesetz vom 1. Juni 1870 nur leichte Bedingungen für die Naturalisation stelle. Zur Unterstützung der anderen Anträge führte der Schneidermeister Jakobskötter (kons.) aus Erfurt aus, in welcher Weise die fremden Juden das ganze Erwerbsleben ungünstig beeinflussten. Ebenso schilderte Bindewald (dtsh.-soz.) die Ausbeutung, Knechtung und Vertreibung von Bauern und adligen Grundbesitzern durch fremde Juden, vor allem im Osten, als eine Sünde und Schande. Bogt-herr (Soz.) war gegen solche Erschwerungen, weil das christliche Großkapital es ebenso mache wie das jüdische. Sachße meinte, jeder gute Deutsche müsse Antisemit werden, und wenn es so weiter gehe, würden bald die Juden die Herren in Deutschland sein. Nach Paasche wollten die Nationalliberalen zwar den unlauteren Wettbewerb bekämpfen, nicht aber für ein Ausnahmegesetz stimmen. Staatssekretär v. Boetticher machte darauf aufmerksam, daß ein Verbot der Isrealiten-Einwanderung den internationalen Verträgen widersprechen würde, daß man sich aber lästiger Fremden durch polizeiliche Ausweisung erwehren könne. Zum Schluß bereitete Alwardt wieder einen Skandal, indem er bestritt, daß die Juden Menschen seien, sie vielmehr als Raubtiere und Cholera Bazillen hinstellte, auch Strolche und nichtsarbeitendes Gefindel nannte. Darüber kam es zwischen ihm und dem Präsidenten zu einer peinlichen Scene. Der Antrag Haffe wurde schließlich abgelehnt, wohl weil die Verhandlung vorwiegend den Charakter einer antisemitischen Kundgebung getragen hatte.

Ein am 1. Mai beratener Antrag von Auer (Soz.) wegen Änderung des Vereinsrechts war mehr eine kühne Herausforderung, denn er wollte nicht nur jede Vereins- und Versammlungspolizei beseitigen, sondern auch Frauen jeden Alters und Minderjährigen ohne Altersgrenze die schrankenlose Vereins- und Versammlungsfreiheit selbst auf politischem Gebiete einräumen. Es war seltsam, daß der Reichstag einen ganzen Tag darauf verwandte, bis er zur Ablehnung gelangte; bemerkenswert war höchstens die Schärfe, mit der sich

Bachem (Centr.) gegen die Handhabung des bayerischen und sächsischen Vereinsrechts aussprach, wogegen die betreffenden Gesandten ihre Regierungen in Schutz nahmen. Immerhin hatte die ganze Anregung den Nutzen, daß dadurch die Aufmerksamkeit auf die Ungleichheit des deutschen Vereinsrechts gelenkt wurde, worüber es 26 verschiedene Arten von Gesetzen giebt.

Einen guten Eindruck machte es überall, daß aus Anlaß des traurigen Untergangs des „Norddeutschen Lloyd“-Dampfers „Elbe“ an der englischen Küste v. Stumm am 9. Februar Maßregeln anregte, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust von Menschenleben mehr als es bisher gelungen, zu verhüten. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erwiderte, die Bemühungen der Reichsverwaltung richteten sich vorzugsweise auf Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Schiffe, auf Regelung der internationalen Straßenrechte und eine verbesserte Ausstattung der Seeschiffe mit Rettungsgeräten. Damit verband er den Ausdruck der aufrichtigen Teilnahme der Regierungen wie der Nation an jenem erschütternden Ereignis und ein hochehrendes Zeugnis für die Bravheit und Pflichttreue der Offiziere und Mannschaft der „Elbe“.

Von großer Bedeutung war die am 3. Mai von v. Liebermann gestellte Anfrage nach den Maßregeln, welche die Regierungen zu ergreifen gedächten, um die Ausbeutung zu beseitigen, von welcher das gesamte deutsche Volk durch die künstliche Preistreiberei des Petroleums betroffen sei. Staatssekretär v. Boetticher erwiderte, daß die Reichsregierung in Verbindung mit der preussischen mit der Frage solchen Schutzes gegen die Ringbildung im Petroleumhandel Amerikas beschäftigt sei. Weiteres mußte der Reichstag abwarten; in diesem Umstand erblickte jedoch die „Kreuz-Ztg.“ „einen Versuch, die Judenfrage zu vermeiden“.

Am 20. Mai genehmigte der Reichstag zwei Gesetzentwürfe bezüglich der Schutzgebiete. Der eine handelte von der Bestrafung des Sklavenraubs und -Handels und erfuhr einige Milderungen, der andere betraf die Verhältnisse der Schutztruppe in Kamerun und in Deutsch-Südwestafrika. Die durch die Scene beim Beginn der Session hervorgerufene Frage einer Verschärfung der Disciplinargewalt des Reichstagspräsidenten wurde am 16. Februar erledigt durch den Beschluß, daß ein Abgeordneter im Fall gröblicher

Verletzung der Ordnung vom Präsidenten von der Sitzung soll ausgeschlossen werden können und daß im Falle des Ungehorsams hingegen der Präsident die Sitzung schließen sollte.

Der Reichshaushaltsetat wurde rechtzeitig mit 1233547979 Mk. in Einnahme und Ausgabe, dabei die Überweisungen an die Bundesstaaten auf 373775000 Mk. festgestellt, sodaß nur 6675669 Mk. mehr an Matrifularbeiträgen aufzubringen waren, während nach der Vorlage die Differenz 32 Millionen hatte betragen sollen. Dazu kamen im Mai zwei Nachtragsetats, der eine im Betrage von 1700000 Mk. zur Bestreitung der Kosten für eine würdige Feier der Eröffnung des Nordostseekanals, wobei, infolge der ergangenen Einladungen, mehr als 50 fremde Schiffe mit 800 Offizieren und 16000 Seeleuten beherbergt werden sollten; der zweite im Betrage von 4002462 Mk., der zum Teil für die Verwaltung dieses Kanals, zum Teil für Heer und Marine, zum Teil für Fortsetzung der Forschungen bezüglich des altrömischen Grenzwalls, des Rimes, bestimmt war.

Die am 24. Mai geschlossene fast sechsmonatliche Tagung des Reichstags endete, trotz der Anregung vieler Gegenstände, recht unfruchtbar, denn die wichtigsten Gesetzesentwürfe waren zu Boden gefallen, ohne daß man sich die Mühe zu anderen Vorschlägen genommen hätte, oder sie waren unerledigt geblieben. Die Arbeiten hatten infolge der unerquicklichen Parteiverhältnisse und der daraus entstandenen Unlust nicht recht von der Stelle kommen wollen, und beim Publikum hatte das Interesse an den Verhandlungen, ja das Ansehen des Reichstags abgenommen. Die ganze Session hatte den Charakter der Ermüdung und Gleichgültigkeit getragen und in der mehr als sonst vorgekommenen Beschlunfähigkeit hatte sich ein bedenklicher Mangel an Pflichtbewußtsein gezeigt.

Die Session des preußischen Landtags dauerte weit länger und erwies sich fruchtbarer als die des Reichstags. Unter den zahlreichen finanziellen Angelegenheiten stand der Etat obenan, der in Einnahme und Ausgabe mit 1899473497 Mk. schloß. Dazu kam ein Nachtragsetat, wonach 45263000 Mk. zum Bau von Eisenbahnen und zur Beschaffung von Eisenbahn-Betriebsmitteln verwendet werden sollten. Es kam ferner ein Stempelsteuergesetz zustande, wodurch ein klarer, den modernen Verkehrsverhältnissen entsprechender

Rechtszustand geschaffen, Veraltetes ausgefondert, Lücken ausgefüllt, Härten gemildert und eine die ärmeren Volksklassen mehr berücksichtigende Verteilung der Steuerlast herbeigeführt werden soll. Ein anderes Gesetz brachte mit diesem Gesetze die Erbschaftsteuer in Einklang. Ferner wurde vereinbart ein Gesetz wegen Errichtung einer Centralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personenkredits, wonach eine zu errichtende Staatsanstalt, der eine Einlage von 5 Millionen zur Verfügung gestellt wird, sich mit Gewährung von Darlehen und Annahme von Geldern befassen soll; weiter ein Gesetz wegen Erwerbung mehrerer Privateisenbahnen und ein Jagdscheingeseß. Daneben wurde, teils von einem der beiden Häuser des Landtags, teils von beiden, die Beseitigung gewisser Doppelbesteuerungen, die Ermäßigung von Eisenbahnfrachtfäßen und die Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes von 1893 angeregt, durch die bestimmte direkte Staatssteuern beseitigt waren, sowie, infolge davon, die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigungen.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege kam es zu einem Gesetze über die Kosten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, zu einer Gebührenordnung für Notare, zur Änderung von Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung, einer Hinterlegungsordnung und einem Gesetze wegen des Pfandrechts an Privateisen- und Kleinbahnen. Auf sozialem Gebiete wurde ein Gesetz vereinbart wegen Bewilligung von zunächst 5 Millionen Mk. zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, dagegen fand ein Gesetz wegen Errichtung von Verpflegungsstationen nicht den Beifall des Abgeordnetenhauses.

Was das landwirtschaftliche Gebiet betrifft, so wurde ein Gesetz wegen Errichtung einer Generalkommission für Ostpreußen nur vom Abgeordneten-, nicht vom Herrenhause genehmigt; dagegen von ersterem die Bevorzugung inländischer Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft beim Ankauf durch die Staatsbetriebe und die Förderung des einheimischen Flachsbauers, vom Herrenhause ein Jagdpolizeigesetz angeregt und sodann am 6. Juli im Herrenhause die Frage verhandelt, welche Programmpunkte der Staatsratsbeschlüsse die Staatsregierung durch die Gesetzgebung und welche

derjelben zur Hebung des Notjtands der Landwirthſchaft ſie ohne Hülfe der Parlamente ſofort auszuführen gedenke. Miniſter v. Hammerſtein erwiderte, daß die Regierung alle jene Beſchlüſſe ſorgfältig in Erwägung gezogen habe, ihre Richtigkeit anerkenne und an ihnen feſthalte.

Von den Schulan gelegenheiten, welche das Abgeordnetenhaus beſchäftigten, iſt hervorzuheben ein von v. Schenkendorf angeregtes Erſuchen um ſtaatliche Förderung der körperlichen und werkt hätigen Erziehung in den Schulen und Seminaren. Eine Bitt ſchrift wegen Ertheilung des Religionsunterrichts an die Kinder polniſcher Nationalität in ihrer Muttersprache wurde nach ein gehender Beſprechung vom Abgeordnetenhanſe nicht berückſichtigt. Kintelen (Centr.) ſtellte am 5. Juli die Anfrage, ob die Regierung beabſichtige, den Erlaß des früheren Unterrichtsminiſters Falk vom 18. Februar 1876, betreffend den katholiſchen Unterricht in den Volkſchulen, aufzuheben und, unter Berücksichtigung des Dogmas der römisch-katholiſchen Kirche, eine anderweite Regelung herbeizu führen. Zur Begründung führte Kintelen an, jener Erlaß ſei von Rückſichtsloſigkeit und Mißtrauen gegen die katholiſche Geiſtlichkeit erfüllt und widerſpreche der Verfaſſung, dem Geſetze und der Vernunft. Miniſter Boſſe erwiderte, der Falkſche Erlaß beſchäftige ſich nicht mit dem dogmatiſchen Inhalte des Religionsunterrichts, wahre aber das Aufſichtsrecht des Staats über das geſamte Unter richtswesen; unter der Geltung dieſes Erlasses hätten ſich ſeit 20 Jahren Staat und Kirche zu gemeinſamer Fürſorge für den Religions unterricht zuſammengefunden, ſodaß der dadurch geſchaffene Zuſtand dem Geiſte des konfeſſionellen Friedens entſpreche, auf den wir im Vaterlande angewieſen ſeien. Dieſe ſegensreiche Entwicklung würde gefährdet werden, wenn durch neue Vorſchriften der grundsätzliche Gegenſatz zwiſchen Staat und Kirche auf dieſem Gebiete zum Aus trag gebracht würde. Die Centrumsmitglieder Lieber und Bachem hielten die Frage hierdurch nicht erledigt; wenn der Staat wolle, daß die reine katholiſche Lehre gelehrt werde, könne er auf ſein Aufſichts recht verzichten. Endlich wurde am 25. Juni eine Frage des Irrenweſens, die großes Aufſehen gemacht hatte, im Abgeordneten hanſe beſprochen. Der Gaſtwirt Mellage in Herlohn hatte eine Schrift veröffentlicht, in der, auf die Ausſagen des vom Erzbischof

von Köln dem Alexianerkloster Marienberg in Aachen zugewiesenen, von hier entflohenen Vikars Rheindorf hin, empörende Einzelheiten über die in Marienberg übliche Mißhandlung in Pflege befindlicher Geisteskranken mitgeteilt und angedeutet war, daß außer jenem Vikar der schottische Geistliche Forbes infolge der in seinen Predigten gethanen freien Äußerungen auf Veranlassung seines Bischofs in Marienberg interniert sei und mit Unrecht als irrsinnig behandelt werde. In dem von den Vorstehern der Anstalt gegen Message erhobenen, vom 30. Mai bis 7. Juni die allgemeine Aufmerksamkeit fesselnden Prozesse wegen Verleumdung stellte sich nicht bloß die Richtigkeit jener Angaben heraus, sondern sie wurden durch Zeugenausfagen noch übertroffen. Nachdem der Angeklagte freigesprochen war, brachte am 25. Juni Sattler (nat.-lib.) im Abgeordnetenhanse diese Vorgänge zur Sprache, die im ganzen Lande eine Erregung hervorgerufen und insbesondere die ultramontane Bevölkerung Aachens erbittert hätten. Es habe sich ferner ergeben, daß eine Reihe staatlicher Behörden und Beamten keine Vorkehrungen getroffen gehabt hätten, durch die solche Zustände unmöglich hätten gemacht werden können; es sei gegen die Forderungen der ärztlichen Wissenschaft gefehlt und ein deutsches Kloster sei benutzt, um ausländische Geistliche auf Befehl ihres Bischofs festzuhalten; es müsse eine Untersuchung über alle Irrenanstalten angestellt werden. Minister Boffe billigte die Vorbringung der Angelegenheit, in der nichts vertuscht werden dürfe und deren jahrelanges Vorkommen in einem wohlgeordneten Staate auch er nicht für möglich gehalten hätte. Anlaß zum Einschreiten habe nicht vorgelegen, weil seit 1889 die vorschriftsmäßigen Revisionen stets günstig gelaute hätten; die ernsteste Untersuchung solle gegen die Beamten geführt werden und kein Verschulden ungefühnt bleiben; eine Verschärfung der Aufsicht stehe bevor. Spahn (Centr.) behauptete, die Angaben über die Zustände jener Anstalt seien ungenau und die Freiheitsberaubung nicht erwiesen. v. Clynern (nat.-lib.) regte die Trennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium an, worauf Minister Boffe erwiderte, die Ärzte wünschten wegen des Zusammenhangs mit den Universitäten, daß es bei der jetzigen Organisation verbleibe.

Von der am 10. Juli beendeten Session des Landtags galt, wenn auch in beschränktem Maße, was vom Reichstage gesagt werden

mußte, nämlich daß die nahezu sechsmonatliche Dauer in keinem richtigen Verhältnis zu den Leistungen stand. Allerdings hat der Landtag nicht joviell Zeit unnützlich auf theoretische und polemische Verhandlungen verschwendet, wie der Reichstag; aber auch er stand unter dem Einfluß eines agitatorischen Zuges, der bei den oppositionellen Gruppen im letzten Halbjahr mit auffälliger Entschiedenheit hervortrat und die Verhandlungen unnötig hinauszog; trotzdem muß anerkannt werden, daß der Landtag sich bemüht hat, seinen Aufgaben zu genügen, und so sind Vorlagen zustande gekommen, die als Gewinn betrachtet werden dürfen. Am Tage des Landtagschlusses veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ einen Gesetzentwurf über das Anverbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern, wie zum Zeichen, daß derselbe dem Landtage noch hätte vorgelegt werden sollen, wenn nicht die vorgeschrittene Sommerzeit die Schließung der Session notwendig gemacht hätte.

Die große Lebhaftigkeit, die während der Verhandlungen der Parlamente über Hauptfragen unter den politischen Parteien herrschte, ist zum Teil schon oben geschildert; es erübrigt aber noch, einen Blick auf jede einzelne Partei im Ganzen zu werfen. In der konservativen Partei war während der ersten Jahreshälfte ausschließlich die Richtung herrschend, die schon im vorigen Jahre sich in Verbindung mit dem schroffen Auftreten der Agrarier gezeigt hatte. In einer Versammlung des „deutsch-konservativen Wahlvereins“ zu Berlin am 31. Januar verkündigte Stöcker sogar den „Kampf gegen den Umsturz, aber nicht bloß nach unten, sondern auch nach oben“ als Lösung der Konservativen; v. Manteuffel pries, wie gut es gewesen, daß die Tivoliversammlung vom 8. Dezember 1892 die Berechtigung des Antisemitismus ins Parteiprogramm aufgenommen habe, wodurch der Kampf gegen den Freisinn bedeutend erleichtert sei; und Anwalt Klasing wies mit Befriedigung darauf hin, daß die Führung der antisemitischen Bewegung, allen früher laut gewordenen Zweifeln gegenüber, bei den Konservativen bleibe. Ferner wurde in dieser Partei fortgesetzt jeder Gedanke an ein gemeinsames Auftreten mit den gemäßigten Parteien für die gemeinsamen hohen Staatszwecke entschieden zurückgewiesen, wozu die „Kreuz-Ztg.“ am 3. Februar ausführte, es handle sich ja bei den Nationalliberalen im Kampfe gegen den Umsturz im Grunde vielfach um ganz andere Dinge, namentlich

um eine Bekämpfung der Konservativen wegen deren Aufnahme der Judenfrage ins Programm. Und als eine Rede des Abg. v. Frege auf dem am 21. April in Weimar stattgehabten Parteitage verhöhnlich schien aufgefaßt werden zu dürfen, trat das besondere Organ der Partei mit lebhaftem Protest hiergegen auf. Die verschiedenen Gruppen der Antijemiten selbst machten übrigens gar nicht den Eindruck, als wenn sie sich von den Konservativen führen ließen. Ihr Führer Ahlwardt hielt am 3. und 31. Januar, sowie am 5. Februar Reden voll Gedanken des gänzlichsten sozialen Umsturzes, sodasß sogar die soziale Fraktion der antijemitischen „deutsch-sozialen Reformpartei“ ihn als Hospitanten ausschloß, worauf er in seinem Blatte „Bundschuh“ und, nach Vereinigung mit seinem bisherigen Konkurrenten Böckel, seit April in dem „Volksrecht“ seine besonderen Ansichten verbreitete. Der Sieg des antijemitischen Kandidaten Iskraut bei der Reichstags-Nachwahl im Bezirke Eschwege-Schmalcalden wurde wesentlich durch die Freisinnigen bewirkt. Ein Teil der Konservativen, die Christlich-Sozialen, rückte vom Grobmerklich ab, indem sie am 6. Juni auf ihrem Parteitag auf der Wartburg beschloßen, eine besondere Gruppe bleiben zu wollen. Und von dieser Partei rückte wiederum ein Teil ab, nämlich die Anhänger des Pfarrers Naumann und seiner „Hilfe“ in Frankfurt a. M.

Was die Agrarier betrifft, so trat zunächst eine Annäherung derselben an die bisher von ihnen bekämpfte Centrumspartei hervor. Den Anlaß dazu gab der Provinzialausschuß der rheinischen Centrumspartei am 5. April, worauf der engere Vorstand des Bundes der Landwirte alsbald mit einer Verwahrung gegen gewisse Maßlosigkeiten eines der Blätter seiner Richtung antwortete. Im Übrigen zeigte sich aber wenig Neigung, von der schroffen Haltung zurückzutreten, und jenes Blatt glaubte am 16. April unterstellen zu müssen, daß der Kaiser vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei. Um so mehr konnten die Agrarier zufrieden sein, als Ende Mai der Minister v. Hammerstein eine Reise nach Westpreußen unternahm, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Wie gleichwohl die dortigen Landwirte dies aufnahmen, geht daraus hervor, daß einer von ihnen, der Abg. v. Puttkamer-Plauth, es für nötig hielt, seine Genossen von einer abfälligen Kritik der Reise des Ministers, noch bevor sie erfolgt sei, abzumahnem,

da solche Kundgebungen denjenigen Recht geben würden, die bis zum Überdruß versicherten, daß es den Agrariern darauf ankomme, die Unzufriedenheit zu vergrößern. Der Minister seinerseits hob am 25. Mai beim Festmahl des Centralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalwirtschaft in Berlin hervor, im Osten habe sich noch nicht so wie im Westen die gesunde Auffassung Bahn gebrochen, daß die Interessen von Landwirtschaft, Handel und Industrie Hand in Hand gehen; hieraus erkläre es sich, daß die Landwirtschaft im Osten gar kein Verständniß für die Bedeutung ihrer Verbindung mit dem Industriegebiete des Westens besitze. Und beim Festmahl der landwirtschaftlichen Ausstellung in Marienwerder am 27. Mai sagte der Minister, die Krisis der Landwirtschaft sei allgemein, es sei also sehr schwierig, rasch Abhülfe zu schaffen; was die Regierung zu thun sich befugt halte, werde sie thun; er gebe das feierliche Versprechen, daß er es versuchen wolle wie bisher. Die Antwortrede des genannten Führers der westpreußischen Agrarier stand im wohlthätigsten Gegensatz zu den Kundgebungen der ostelbischen Konservativen. Er sprach der Regierung Anerkennung für ihre Fürsorge aus und verband damit das Vertrauen, daß sie mit Energie weiter sorgen werde; er riet dem Minister die Pflege der Viehzucht an und riet seinen Genossen, der Regierung Zeit zu Gesetzeswürfen zu lassen. Ein Teil der Agrarier fuhr freilich auch jetzt noch fort, geringschätzig mit den Achseln zu zucken, Enttäuschung und Mißvergnügen an den Tag zu legen und stürmisch Thaten zu fordern. Es mußten diese Heißsporne sich sogar sagen lassen, daß ihnen das inzwischen eingetretene Steigen der Getreidepreise sehr unbequem sei. Dabei war aber wohl übersehen, daß dieses Steigen zunächst nur den Händlern zu Gute kam. Als ferner zu Ende der Reichstagsession Graf Kanitz eine Art von Kriegserklärung an die Regierungen richtete, trat die konservative Partei durch v. Manteuffel derselben bei, und die agrarische „Deutsche Tages-Ztg.“ fragte höhnisch, wo denn die kleinen Abhülfemittel blieben, deren unverzügliche Durchführung in Aussicht gestellt sei; auch verlangte sie die Entfernung einiger Minister. Von freisinniger Seite gab diese fortgesetzte Schroffheit Anlaß zu der Bemerkung, der Bund der Landwirte denke offenbar nicht daran, dem Markgrafen von Brandenburg durch Dick und Dünn zu folgen oder des königlichen Wunsches wegen

Utopien zu entsagen oder demagogischer Agitation sich zu enthalten. Hierauf unternahm es bemerkenswerter Weise die „Kreuz-Ztg.“ am 2. Juni, die konservative Partei vom Bunde der Landwirte zu trennen. Andererseits glaubte das Hauptorgan dieses Bundes den Grund, warum der konservative v. Gerlach bei der Reichstags-Nachwahl im Bezirke Kolberg-Köslin unterlegen, darin zu erblicken, daß er kein Mann der scharfen Tonart sei. Im Juli kam die Rede Fürst Bismarcks an eine Abordnung dieses Bundes der agrarischen Partei sehr zu Gute. Derselbe gab auch die ihm zu einem nationalen Zweck übergebenen, anlässlich seines 80. Geburtstags zu seiner Ehrung eingegangenen überschießenden Beträge dem Bunde der Landwirte als erste Kosten für dessen in Berlin zu gründendes Heim.

Hinsichtlich der Centrumpartei bot die kaiserliche Einladung der zwei dem neuen Reichstagspräsidium angehörenden Centrumsabgeordneten zum Festmahl zu Ehren des Fürsten Bismarck Anlaß zu langen öffentlichen Erörterungen. Während die Einen hierin eine köstliche Satyre erblicken zu müssen glaubten, auf v. Buols und Spahn's lange Gesichter gespannt waren und meinten, diese könnten sich nur durch Niederlegung des Mandats aus der Lage ziehen, gaben Centrumsblätter sich alle Mühe, die schonende Behandlungsweise, die den Genannten vom Kaiser zu teil wurde, so darzustellen, als ob vor ihrem Mannesmute die Krone sich gebeugt, Vorbefprechungen stattgefunden hätten, Zusicherungen erteilt und der Kaisertoast farblos ausgebracht worden sei. Als sodann die Centrumpartei durch den Ausgang der Umsturzvorlage eine Niederlage erlitten hatte und die Besorgnis ihrer Verbindung mit der Regierung einmal wieder in den Hintergrund getreten war, begann sie mit den schon oben berührten kirchenpolitischen Angriffen, und die Centrumpresse nahm teil an dem Kampfe der Freisinnigen gegen einzelne Minister. Am 30. Juni überraschte der Abg. v. Buol-Berenberg in Mannheim durch ein als Reichstagspräsident an alle Mitglieder des Reichstags gerichtetes, den Vermerk „Reichstag“ tragendes Schreiben, in dem er auf den 16. Juli zur Teilnahme an der Enthüllung eines Denkmals für Windhorst in Meppen einlud. Handgreiflicher, hieß es darauf in der gemäßigten Presse, kann nicht bewiesen werden, daß im deutschen Reiche jetzt Katholisch „Trumpf“ ist, und entrüstungs-

voll wurde die Einladung als der Würde des Volks widersprechend zurückgewiesen; die Apotheose eines Mannes, der sich stets als der größte Feind des deutschen Reiches erwiesen, enthalte eine überstarke Herausforderung und zugleich eine Überschreitung der Rechte des Präsidenten. Dieser Einwurf konnte von Seiten der Centrumsleute nicht entkräftet werden, auch nicht durch den Hinweis der „Germania“, daß Windhorst und Genossen sich einst an der Bestattungsfeier für Lasker beteiligt hatten; sogar die demokratische „Frankfurter Ztg.“ hielt trotz ihrer Vorliebe für das Centrum das Verfahren v. Buols für „durchaus ungehörig“. Nur die Sozialdemokratie und die dänische Partei in Nordschleswig nahmen die Einladung mit einer gewissen Begeisterung auf, hatte doch auch Windhorst einst im Reichstag den Dänen die Einbringung eines Antrags auf dänische Schule ermöglicht. Die „Freisinnige Vereinigung“ hielt am 11. Mai in Berlin einen Parteitag, auf dem Rickert die Bedauerlichkeit von Graf Caprivi's Rücktritt schilderte, Barth eine Erklärung gegen fernere Gesetzentwürfe, wie die Umsturzvorlage, hervorrief, Professor Mommsen vom Centrums-, Agrarier- und Sozialisteneufel redete und ein landwirtschaftliches Programm beschlossen wurde. Die Freisinnige Volkspartei errang im April bei der Reichstags-Nachwahl im Bezirke Eisenach-Deumbach durch die Wahl des Forstkommiffars Casselmann wiederum dieses Mandat.

Was die Rechtsparteien betrifft, so ging das Organ der mecklenburgischen Partikularisten, „der Mecklenburger“ in Rostock, ein. Die polnische Partei widmete sich besonders der Bekämpfung des im September v. J. entstandenen Vereins zur Bekämpfung des Deutschtums in den Ostprovinzen, zum Teil durch verstärkte Betonung der polnischen Idee. So sprach sich die polnische Presse zum Jahrestage der vor 100 Jahren erfolgten letzten Teilung Polens dahin aus: „das Vaterland ist uns nicht entrißen, weil keine menschliche Macht dies vermag“. Auf dem Kreistage in Schrimm protestierten die Bürger dieses Kreises dagegen, daß den Mitgliedern jenes Vereins hier Sitz und Stimme eingeräumt werde. Die Stimmung wurde im Februar an manchen Orten derart, daß in polnischen Versammlungen die Kaiserbüsten zertrümmert wurden. Die Sache wurde so arg, daß der Erzbischof v. Stablewski am 10. Februar bekannt gab, er und seine Geistlichkeit ständen den An-

griffen des „Kurjer poznański“ gegen jenen Verein fern. Dieser hielt am 21. Februar seine erste Versammlung in Berlin, wo v. Kennemann-Klenke darzulegen suchte, daß nichts verfehlter sein würde als eine Versöhnungspolitik gegenüber den Polen, und Prof. Brunner entwarf eine Schilderung der Rücksichtslosigkeit und Gewandtheit, mit der polnischerseits das Deutschtum bekämpft werde. Die Versammlung beschloß die Gründung einer Ortsgruppe Berlin in der Hoffnung, daß das Beispiel Nachahmung im Reiche finden werde. Am 25. Februar wurde in der Berliner Presse ein Vertrag veröffentlicht, den der Erzbischof v. Stablewski am 24. Januar mit der Schwedter Versicherungsgesellschaft geschlossen hatte und durch den die deutschen Agenturen boykottiert erschienen. Die Sache erregte solches Aufsehen, daß beide Teile am 14. März den Vertrag rückgängig machten. Nachdem der Abg. v. Tiedemann im Abgeordnetenhause sich über das Treiben der Polen näher ausgesprochen hatte, überreichten am 7. April deutsche Katholiken aus Stadt und Provinz Posen dem Erzbischof eine Verwahrung gegen diese „Untergrabung der Autorität“, worauf die Presse der Centrumpartei ausmalte, in welcher arge Verlegenheit die Polenhetzer hierdurch geraten seien. Ein weiteres Glied in der Kette polnisch agitatorischer Anläufe bildete eine mit angeblich 4000 Unterschriften versehene Petition der Posener Bevölkerung um Gewährung des polnischen Unterrichts in der Religion für die katholischen Volksschulen. Bemerkenswert war ferner ein Prozeß in Stuhm, wo es sich um einen Massen-Meineid fanatisierter Polen handelte, dem die polnische Presse ein beschönigendes Mäntelchen umzuhängen bemüht war. Die polnische Unmaßung trat ferner darin hervor, daß die polnischen Mitglieder des Komitees für die Provinzial-Gewerbeausstellung in Posen Ende Mai ihre Teilnahme an der Eröffnungsfeier ablehnten, weil der Gebrauch der polnischen Sprache bei den Festreden ausgeschlossen sei. Bei dieser Feier selbst war, einer ausgegebenen Parole zufolge, „kein polnischer Fuß“ auf dem Ausstellungsplatz zu finden. Ein polnisches Kinderfest in Inowraclaw wurde im Juni als deutschfeindliche Kundgebung verboten; außerdem wurden aber noch manche andere Klagen darüber laut, daß dem Polonismus nicht mit Entschiedenheit von einzelnen Behörden entgegengetreten werde. Endlich wurde das 50jährige Priesterjubiläum des

Kardinals Grafen Ledochowski in Rom als polnische Kundgebung verwendet, indem in der an ihn gerichteten Adresse der „groß-polnischen Bürgerschaft“ von der Periode, in der Ledochowski als der allerstaatsfeindlichsie der katholischen Bischöfe staatlicherseits verfolgt wurde, gesagt war, mit diesem heftigen Kampfe gegen die Religion und den Katholizismus habe damals auch dem Polentum der Todesstoß versetzt werden sollen.

Die sozialdemokratische Partei begann das Jahr mit einem Jubelgesang über den Sieg, den sie in dem zur Beendigung des achtmonatlichen „Bierkriegs“ in Berlin geschlossenen Abkommen fand, das am 24. Dezember v. J. vom Abg. Singer namens der sozialdemokratischen „Boycottkommission“ mit den Vertretern der Berliner „Kringbrauereien“ geschlossen und von der sozialdemokratischen Partei in Berlin gebilligt war. In der übrigen Presse wurden gegen diese Brauereien die bittersten Vorwürfe erhoben, weil sie mit der Sozialdemokratie überhaupt verhandelt, dieselbe dadurch als berechnete Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt und damit unter eine fernere organisierte sozialdemokratische Überwachung gestellt hätten, was freilich nicht möglich gewesen sein würde, wenn sie sich von der deutschen Industrie nicht verlassen gesehen hätten. Der Berliner „Vorwärts“ feierte diese „Anerkennung der verhassten und mißachteten Arbeiterorganisation“ als gleichberechtigten Faktor, als einen „sozialpolitischen Erfolg allerersten Ranges für die gesamte Arbeiterschaft“, der trotzige Hochmut der Unternehmer sei gebrochen. Die fortgeschritteneren Sozialdemokraten waren freilich mit dem Abkommen nicht zufrieden und griffen in einer Versammlung zu Rixdorf den Abg. Singer aufs allerheftigste an. Andererseits erließen die 33 Berliner Brauereien eine öffentliche Erklärung, wonach sie keine Niederlage erlitten haben wollten; es stand aber doch fest, daß sie die Hauptforderungen erfüllt hatten, nämlich Wiederanstellung der Arbeiter, Anerkennung der Brauerorganisation und des Arbeitsnachweises. Die vorgeschritteneren Sozialdemokraten machten sich im übrigen wenig bemerklich, nur in einer Versammlung zu Berlin, wo es sich um das Weitererscheinen ihres Blattes „Der Sozialist“ handelte, wurde verkündigt, die anarchistische Idee habe bereits derartig unter den Massen Platz gegriffen, daß sie durch keine Maßregeln mehr ausgerottet werden könne; dabei erklärten die Redner, sie gäben der Mo-

narchie den Vorzug, weil es keine größere Unduldsamkeit als unter der Herrschaft der Sozialdemokratie gebe. Weiterhin bemerkenswerte Erscheinungen waren die Enthüllungen des Dr. H. Blum in Leipzig über die Beziehungen des früheren französischen Generals Boulanger zur deutschen Sozialdemokratie, die Maßlosigkeiten einer sozialdemokratischen Studentenpresse, die fortgesetzten Veröffentlichungen geheimer amtlicher Aktenstücke im sozialdemokratischen Hauptblatt, wodurch der Bevölkerung die Beziehungen der sozialdemokratischen Partei zum Beamtenstande offenbar zum erschreckenden Bewußtsein gebracht werden sollten, und ein von einem Warschauer Blatte veröffentlichtes Schreiben Bebels, wonach er sich für „ein neues Polen auf sozialdemokratischer Grundlage“ interessierte. Die Feier des 18. März wurde sozialdemokratischerseits aufs neue zum Kampfe gegen Kultur, Sitte und Ordnung ausgenutzt. Die auf dem vorjährigen Parteitage zu Frankfurt a. M. gewählte Kommission einigte sich im Juli über gewisse Grundsätze zur agrarischen Frage, bei denen die Auffassung v. Bollmars gegen die Bebels siegte und der revolutionäre Charakter der Partei behufs schweren Bauernfangs verschleiert werden sollte.

Inzwischen rückte der Zeitpunkt für ein lange vorbereitetes nationales Fest, die feierliche Eröffnung des Nordostseekanals, heran. Dieses Werk einer Kanalverbindung der Kieler Bucht mit der Unterelbe bei Brunsbüttel war sowohl von nationaler als auch von allgemeiner Bedeutung. Die Verbindung dieser beiden Meere war für Deutschland, seit es in der Lage und bei Kiel Kriegshäfen besaß, eine Notwendigkeit geworden. Wir mußten einen eigenen Weg für unsere Flotte haben, den uns kein Feind mehr wie den Belt und den Sund, verlegen konnte. Die Verstärkung, die Deutschland hierdurch zum Ausfall wie zur Verteidigung zu teil wird, liegt freilich zunächst auf der Hand; aber was unserer Rüstung so zu Gute kommt, dient doch zugleich dem Handel aller Völker. Die zeitraubende, oft schwierige und gefährliche Fahrt um Skagen herum wird durch den neuen Kanal für alle Schiffe, die von den Ostseehäfen nach Hamburg, Bremen, Holland und England und umgekehrt von diesen Punkten nach Stettin, Danzig, Riga, Petersburg fahren, verkürzt und erleichtert. Deshalb war von der deutschen Reichsregierung eine Einladung an die Regierungen aller seefahrenden

Völker Europas und der Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet, durch Entsendung von Schiffen an der Feier teilzunehmen und von allen diesen Regierungen war die Einladung mit Höflichkeit angenommen, in Frankreich freilich unter vielem Geschrei der Unversöhnlichen. Drei österreichische Panzerdeckkreuzer unter Befehl des Erzherzogs Karl Stefan waren die ersten, die sich am 12. Juni in Kiel einfanden, nachdem sie von einem Teile der deutschen Flotte, die fast vollzählig vor Kiel lag, feierlich eingeholt waren. Am 16. Juni trafen die schwedischen Panzerturmschiffe „Götä“ und „Eda“, am 17. die portugiesische Panzerkorvette „Vasco di Gama“, der dänische Kreuzer „Geiser“, der niederländische Kreuzer „Atjeh“ und die englische Flotte ein, die aus 4 Panzerschiffen, 2 Kreuzern und einem Torpedo-Kanonenboote bestand. Die Schiffe der übrigen Völker trafen an den folgenden Tagen ein; bis dahin waren die Mannschaften der zuerst angelangten von denen einiger deutschen Schiffe zu Festlichkeiten nach dem Vergnügungsort „Waldwiese“ geladen. Der Kaiser, der den Fortgang der Kanalarbeiten gar oftmals besichtigt und zuletzt am 8. Juni die Vorbereitungen auf dem Festplatz bei Holtenua in Augenschein genommen hatte, traf am 19. Juni mit seinen 4 ältesten Söhnen und seinem Bruder in Hamburg ein, wo es zu einer Vorfeier kam. Der Prinz-Regent von Bayern und alle deutschen Fürsten waren schon hier um den Kaiser versammelt. Sie wurden auf dem Rathause beim Festmahl vom Bürgermeister Lehmann begrüßt, der den Dank der Hansestadt dafür aussprach, daß sie zum Ausgangspunkt des großen Festes ausersehen und daß sie die Mündung in ein zweites Meer erhalten habe. In seiner Erwiderngsrede sagte der Kaiser, daß er tief ergriffen sei von dem Empfangsjubel, in dem er den Pulsschlag des gesamten deutschen Volkes sehe, das stolz darauf sei, das neugeeinte Reich in seinen Fürsten und hohen Gästen vertreten zu sehen. Dabei gedächten wir in Dankbarkeit und Wehmut „des großen Kaisers und seines herrlichen Sohnes“; die Meere, welche überhaupt nicht trennen, sondern verbinden, würden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden der Völker verbunden; die im kieler Hafen versammelte erzgepanzerte Macht solle zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens, des Zusammenwirkens aller europäischen Kulturvölker zur

Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission sein. Der Kaiser schloß also: „Haben wir einen Blick geworfen auf das ewige Meer, so werfen wir einen Blick auf das Meer der Völker. Aller Herzen richten sich hierher mit fragendem Blick. Sie erheischen und wünschen den Frieden. Im Frieden nur kann Welt-handel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrecht erhalten. Möge in diesem Frieden auch Hamburgs Handel blühen und gedeihen!“ Am 20. Juni fuhr der Kaiser auf seiner Yacht, gefolgt vom „Kaiseradler“ mit dem Regenten von Bayern, den Königen von Sachsen und Württemberg sowie dem Großherzog von Baden an Bord, hiernach die anderen Schiffe mit vielen hohen Gästen, darunter den Mitgliedern des Reichstages und des preußischen Landtags, von Hamburg aus bei Brunsbüttel in den neuen Kanal, im ganzen 22 Schiffe, die beim Vorbeifahren an Rendsburg festlich begrüßt wurden. Nach der Ankunft am Festplatz bei Holtenau erfolgte die feierliche Schlusssteinlegung. Der Platz war im Halbkreis von den mit der glänzendsten Festversammlung besetzten Tribünen umgeben, an deren Fuß die Ehrenkompanie mit den historischen Blechmützen stand. Punkt elf Uhr nahte, unter brausendem Jubel der verschiedenen Bemannungen der Schiffe, die kaiserliche Bark von der „Hohenzollern“ her. Der Kaiser in der Uniform der Garde du Corps und die Kaiserin wurden an der Festbrücke vom Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Boetticher empfangen, worauf sie unter dem Jubel der Festgenossen zum Festzelt hinaufflogen. Nachdem der Präsident des Reichstages v. Buol dem Kaiser den Hammer überreicht hatte und dessen erster Hammerschlag erfolgt war, erfüllte ein imposanter Geschützgruß aller in- und ausländischen Kriegsschiffe den Hafen. Darauf vollzogen die Kaiserin, der Kronprinz und alle Fürstlichkeiten den Hammerschlag. Daran schloß sich in Kiel eine großartige Flottenparade. Die Kaiser-yacht „Hohenzollern“ mit allen deutschen und fremden Fürsten an Bord durchfuhr die ganze Reihe der nach einer bestimmten Ordnung im Hafen aufgestellten Schiffe, deren Mannschaften auf den Raanen standen. Der „Hohenzollern“ folgte die „Grille“ mit den Bot-schaftern, Ministern und Parlamentspräsidenten, endlich der zahlreiche in- und ausländische Journalisten führende sog. „Presßdampfer“ „Prinz Waldemar“. Das abendliche Festmahl fand in einer in

Form eines Schiffs erbauten Halle am Ufer bei Holtenau statt. Der Kaiser saß in der Mitte der halbkreisförmig erhöhten Fürstentafel; die übrigen Fürstlichkeiten hatten nach der Reihenfolge ihres Ranges Platz genommen. Um fünf große Längstafeln gruppierten sich die übrigen Gäste. Im Verlauf des Festmahls erhob sich der Kaiser zu einer längeren Ansprache. Mit Freude und Stolz blickte er auf diese glänzende Festversammlung, begrüße im Namen seiner Verbündeten die Gäste des Reichs und danke für die Teilnahme an der Vollendung des Werks, welches „in Frieden geplant und in Frieden gebaut, heute dem allgemeinen Verkehr übergeben ist“. Nach einem Rückblick auf die Entstehung und das Schicksal des Kanalplanes sagte der Kaiser, sein Großvater, „Kaiser Wilhelms des Großen Majestät,“ sei es gewesen, der dem Plane seine fördernde Teilnahme zugewandt und die entgegenstehenden Schwierigkeiten gehoben habe. Es sei nun alles an dem Werke geleistet worden, was die Technik vom hervorragenden Standpunkte ihrer Entwicklung heraus habe schaffen können, was an Eifer und Arbeitsfreudigkeit möglich war und was an Fürsorge für die zahlreichen, am Bau beteiligten Arbeiter nach den Grundsätzen der humanen Sozialpolitik des Reichs gefordert werden konnte. Die Vertreter der fremden Mächte begrüße er um so lebhafter, je mehr er in ihrer Teilnahme die volle Würdigung unserer auf Aufrechterhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu erblicken das Recht habe. „Deutschland wird auch das heute inaugurierte Werk in den Dienst des Friedens stellen.“ Dem Festmahle folgte eine großartige Erleuchtung des Hafens, in dem alle Kriegsschiffe, auch die ausländischen, in einem Lichtmeer prangten. Dem Staatssekretär v. Boetticher sprach der Kaiser am Abend dieses Tages durch besonderen Erlaß Dank und Anerkennung für die hingebende Treue aus, mit der er „dieses epochemachende Werk deutscher Arbeitsamkeit in allen Phasen seiner Entwicklung geleitet“ habe. Am demselben Abend fand in der Marine-Akademie zu Kiel ein Ball statt, zu dem auch der französische Admiral Menard mit seinen Offizieren erschien, nachdem ihnen tags zuvor an Bord der „Bayern“ ein Diner gegeben war, bei dem Kapitän Kirchhoff einen Toast auf das Wohl des deutschen Kaisers und des Präsidenten der französischen Republik sowie auf die internationale Marine-Kameradschaft ausgebracht hatte. Am 22. Juni besuchte

König Wilhelm von Württemberg das Flottenschiff „Württemberg“, der Kaiser den russischen Kreuzer „Kurik“, wo der Großfürst Alexis ihn begrüßte. Bei dem ihm zu Ehren auf dem englischen Flaggschiff „Royal Sovereign“ veranstalteten Festmahle erschien der Kaiser in englischer Admiralsuniform und erwiderte eine Ansprache des Admirals Lord Keer mit Ausdrücken besonderer Freude über das Erscheinen der britischen Kanalflotte und mit dem Bemerkten, daß wir seit Bestehen unserer Flotte uns bemüht hätten, von der britischen Flotte zu lernen. Es folgte vor Kiel ein Manöver der deutschen Flotte, worauf ein Kaiserdiner im Kieler Schloß die internationalen Festlichkeiten beschloß. Am Abend gab die Kieler Bürgerschaft ihrer Freude über die Eröffnung des Kanals Ausdruck durch einen dem Kaiser gebrachten Fackelzug, der auf die Ansprache des Oberbürgermeisters erwiderte, das neue Werk werde hoffentlich der Stadt Kiel zum Segen gereichen.

Beim Kaiser liefen Glückwünsche vom Kaiser von Oesterreich sowie den Königen von Italien und Rumänien ein. Im ganzen Auslande war diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit gewidmet und das größte Interesse entgegengebracht, auch schon wegen des großartigen Schaupiels der Flottenvereinigung, denn nie zuvor hatte eine solche in europäischen Gewässern stattgefunden; sie übertraf an Zahl der Schiffe wie an Stärke und Glanz der Ausstattung alle früheren derartigen Vorgänge, insbesondere auch die internationale Feier zur Eröffnung des Suezkanals im November 1869, der die gewaltige Umwälzung in der Technik des Schiffbaues erst gefolgt ist. Eine Nachfeier fand insofern statt, als am 22. Juni abends etwa 250 Reichs- und Landtagsabgeordnete, auf Einladung des Norddeutschen Lloyd, auf zwei Dampfern die Fahrt aus dem Kieler Hafen um Kap Skagen herum antraten. Sie trafen am 24. Juni in Bremen ein, wo ihnen die Stadt im Ratskeller ein Festmahl gab. Ein Teil dieser Abgeordneten setzte am 25. Juni die Nachfeier in Lübeck fort, wohin sie sich von Bremen mit der Eisenbahn begeben hatten. Nachdem noch am 26. im Kieler Hafen ein Blumenkorso stattgefunden hatte, segelten die schwedischen, rumänischen, spanischen und portugiesischen Kriegsschiffe wieder ab. Der Kaiser und Prinz Heinrich besuchten das nordamerikanische Flaggschiff „New-York“, wo Admiral Kirkland beauftragt wurde, dem Präsidenten

der Vereinigten Staaten Dank für die Sendung der Schiffe auszusprechen. Während die fremden Schiffe sich auf der Heimfahrt befanden und sich überall Befriedigung über den Verlauf des weltgeschichtlichen Vorgangs zeigte, bemühten sich die leitenden Pariser Blätter, für Frankreich das Ergebnis daraus festzustellen. Sie betonten, daß Frankreichs Würde dabei unverfehrt erhalten sei und schienen zu glauben, daß Deutschland und das Ausland kaum für andere Betrachtungen Zeit gehabt hätten, als mit gespannter Neugier auf das Verhalten der französischen Seeleute zu achten; da hörte man: „die offizielle Welt hat sich vor Wilhelm II. geneigt; das französische Volk ist aufrecht geblieben“, und endlich sei die schmerzliche Kieler Fahrt beendet, das werde eine Erleichterung für alle Welt sein.

Indem sich die öffentliche Aufmerksamkeit von den erhebenden Vorgängen in Kiel natürlich den inneren Verhältnissen wieder zuwandte, bot der Ausgang der Umsturzvorlage immer aufs neue Anstoß zu Betrachtungen über den Reichstag: wie er sich unfähig erwiesen habe, wirksamen Schutz zu schaffen, wie er in seiner jetzigen Verfassung nicht die geringste Sicherheit biete, daß große nationale Fragen im nationalen Sinne entschieden werden, wie die Zerfahrenheit des deutschen Parteiwesens alle gesunde Entwicklung störe und der große nationale Gedanke, trotz allen bei der Bismarckfeier hervorgetretenen patriotischen Aufschwungs, immer wieder zurücktrete. Daneben ging die Erwägung, daß zur größten Macht nur die früher als Reichsfeind angesehen und behandelte Centrumspartei gelangt sei und daß auch sie, nach allen Besorgnissen der gemäßigten Parteien, sich als unfähig herausgestellt habe, den ausschlaggebenden Faktor der Reichspolitik zu bilden. Daran knüpften sich in Blättern, wie der „Post“, der „Schlesischen Ztg.“, den „Hamb. Nachr.“, ausführliche Betrachtungen über einen gewissen Mangel an Einheitlichkeit im preußischen Staatsministerium, und es kamen wieder Vergleiche mit der Bismarckschen Amtszeit sowie Klagen über Stagnation wichtiger Reformpläne. Als einziges Mittel zur Abhülfe tauchte dann, wie schon so oft, der Gedanke der Herstellung eines „erweiterten Kartells“ der gemäßigten Parteien auf. Hier aber stieß man sofort immer wieder auf die große Unempfänglichkeit der konservativen Partei, die fast ganz unter die Botmäßigkeit der an

der allerschärfsten Tonart festhaltenden „Kreuz-Ztg.“ gebracht war. Da begab es sich, daß Anfangs Juli durch den Ausgang der Reichstagswahl im Bezirke Kolberg-Köslin der Beweis erbracht wurde, daß die Konservativen gerade durch diese Schroffheit sich im Lichte standen, denn die Antisemiten, also die Richtung, der die Konservativen sich besonders zugewandt hatten, waren es, die dem freisinnigen Kandidaten das Mandat verschafften.

Den Mißständen des Parteilebens gegenüber gab es, außer der Bismarck- und der Kanalseier, hin und wieder noch manche andere Anregungen zu patriotischer Denk- und Handlungsweise. Als solche trat, neben einer am 30. Mai vom Minister Miquel beim Festmahl zur Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals in Lübeck gehaltenen Rede, eine Ansprache hervor, welche der Großherzog Friedrich von Baden am 30. Juni beim Gauverbandsfeste des Militärgaues Schweszingen in Reilingen hielt. Er hob u. A. hervor, das Parteileben habe vieles in Deutschland verdorben; das Parteiinteresse gehe manchmal viel höher als das Interesse des Reichs; die rechte Partei sei nur diejenige, welche alles hingiebt, wenn es not thut, und nicht danach fragt, was drum und dran hängt; man möge jede Partei vermeiden, die nicht auf nationaler Grundlage stehe. Merkwürdig! wie wenn im Sinne des Großherzogs zugleich ein drastisches Beispiel von der Art wie man es nicht machen solle, hätte beigefügt werden sollen, so erging von freisinniger wie von klerikaler Seite die Parole, bei der Nachwahl zum Reichstag im Bezirke Meseritz-Bomst dem polnischen Kandidaten gegen den deutschen zum Siege zu verhelfen, und die amtliche „Karlsruher Ztg.“ nahm eine vom Abg. A. Meyer in der Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit in Stettin gehaltene Rede als Grund zu der Behauptung: wenn in weiten Kreisen das Ansehen der Volksvertretung und ihrer Mitglieder auf einen bedenklichen Tiefstand gesunken sei, so liege das nicht zum geringsten Teil an jener Fastnacht-Dienstagshelterkeit, den manche Abgeordnete als den besten parlamentarischen Erfolg betrachteten. Zu einer Weckung des patriotischen Sinnes trug ferner die 25jährige Wiederkehr der großen Erinnerungstage des Kriegs von 1870 bei, die mit dem 6. Juli begannen und in der Presse durch Schilderung der damaligen Lage und Vorgänge lebhaft ins Gedächtnis gerufen wurden, nachdem schon im Frühjahr der

Kaiser (S. 12) darauf hingewiesen hatte. Von jenem Tage an, da vor 25 Jahren der französische Minister des Äußern, der Herzog von Gramont in der Deputiertenkammer zu Paris eine Anfrage wegen der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold, jetzigen Fürsten von Hohenzollern, beantwortete, hallte fast täglich die deutschgesinnte Presse im ganzen Reiche von patriotischen Kundgebungen wieder. In grellem Gegensatz dazu erging sich jedoch die sozialdemokratische Presse in den ausgefuchtesten Ausdrücken zur Verunglimpfung der damaligen deutschen Thaten, des alten Kaisers sowie seiner Diplomaten und heldenhaften Heerführer und in gemeinster Verhöhnung der erhebenden Gedächtnisfeiern. Daneben kennzeichnete sich der politische Klerikalismus durch eine besonders schwache Entwicklung des deutschen Nationalgefühls; der Ultramontanismus zeigte sich während dieser ganzen dreimonatlichen Festzeit bemüht, die Festfreude an den Gedenktagen der großen Ereignisse zu vergällen, indem allerlei Krögeleien dazwischen geworfen wurden. So durch die Behauptung, daß die großen Hoffnungen, welche das deutsche Volk in der nationalen Begeisterung gehegt, nicht erfüllt worden seien, weil Bismarck und die Liberalen damals sofort das katholische Volk wegen seiner Religion verfolgt hätten. Das war aber etwa genau so richtig, wie die französische Behauptung, Deutschland habe den Krieg hervorgerufen, denn die Centrumspartei hatte im ersten Reichstag gerade deshalb gegen die Adresse an den Kaiser gestimmt, weil darin der Grundsatz der Nichteinmischung in das innere Leben anderer Völker aufgestellt war, während Windhorst die Einmischung in Italien zur Herstellung der weltlichen Macht des Papstes als Lebensinteresse der deutschen Katholiken hingestellt hatte. In gleichem Maße übrigens, wie die Ausdrücke katholischer Verstimmlung über die Fortdauer der nach den deutschen Siegen begonnenen päpstlichen „Gefangenschaft“, so durchbrachen auch fortgesetzte Streitigkeiten anderer Parteien ab und zu die Feststimmung.

Der erste größere Gedenktag, der an die Schlachten von Wörth und von Spicheren, der 6. August, wurde an einigen Orten in hervorragender Weise gefeiert. In Weimar fand zur Erinnerung an Wörth ein Militärgottesdienst vor dem Kriegerdenkmal statt, bei der Feier in Meiningen hielt Herzog Georg eine Ansprache, in München fand eine Feier am Grabe des Generals

v. d. Tann statt und von Saarbrücken setzte sich, unter Teilnahme des Großherzogs von Baden, als Vertreters des Kaisers, ein Festzug nach den Spicherer Höhen in Bewegung. Der Kaiser selbst, wenngleich im Auslande weilend, gedachte des Tages durch eine Rundgebung. Er hatte in diesem Sommer nicht, wie in den letzten Jahren, seine Nordlandsreise nach Norwegen unternommen, wie man wohl vermuten hörte, weil die Norweger sich in ihrem Streite mit Schweden nicht sehr nett gegen ihren König benommen hatten; der Kaiser war am 6. Juli zur See in Stockholm angelangt, hatte nach dem Besuch bei der dortigen Königsfamilie Wisby besucht, in Gefle Aufenthalt genommen und war den Angermanelf bis nach Nyland hinaufgefahren. Nachdem er auf der Rückkehr am 26. Juli Safnitz besucht, war er am 4. August in Cowes auf der Insel Wight gelandet. Hier war es, wo er am Tage von Wörth und Spicheren an die Mannschaft des Panzerschiffs „Wörth“ eine Ansprache hielt. Londoner Blätter zeigten sich hierüber ungehalten und meinten, der Kaiser würde gut gethan haben, in britischen Gewässern eine Bezugnahme auf den deutsch-französischen Krieg zu unterlassen. Dagegen wurde deutscherseits darauf hingewiesen, daß die Sache England gar nichts angehe, weil der Kaiser sich an Bord des deutschen Schiffes „Wörth“ völkerrechtlich auf deutschem Boden befunden habe. In jener Haltung Londoner Blätter wollten daher Einige ein betrübendes Anzeichen von der bereits eingetretenen Einbuße deutschen Ansehens im Auslande erblicken; zu Fürst Bismarcks Zeit würde eine solche Sprache im Auslande nicht gewagt worden sein. Der berliner „Vorwärts“ sprach zum Wörthtage vom brudermörderischen Kampfe und machte Mitteilungen, wonach seitens der Parteileitung eine abschreckende Überwachung der sozialdemokratischen Genossen bezüglich ihrer Teilnahme an den Festfeiern stattfand.

In Metz fand am 14. August vor dem Denkmale Kaiser Wilhelms I. eine Feier der drei Tage der Schlachten um Metz statt; der Vorstand des dortigen Gräbervereins unternahm eine Fahrt über das Schlachtfeld vom 14. August und ließ an vielen Stellen große Kränze niederlegen; die 33. Kavalleriebrigade begab sich zur Stätte des berühmten Totenritts der Brigade Bredow, wo der Kommandeur beim Denkmal am Walde von Villers aux Bois eine Ansprache hielt. Am folgenden Tag wurden die Schlachtfelder von Bionville-Mars la

Tour und Gravelotte=St. Privat geschmückt; in Breslau hielt der Befehlshaber des 6. Armeekorps, der Erbprinz von Meiningen, eine Ansprache an das 2. schlesische Grenadierregiment Nr. 11; unter Teilnahme des Prinzen Georg von Sachsen, eines Heerführers von damals, begingen zwei Kavallerieregimenter in Salzwedel eine Feier, und in Potsdam hielt der Kaiser nach der Parade des 1. Garde=Infanterie=Regiments eine längere Ansprache. Er gedachte der altbrandenburgischen Tapferkeit und Standhaftigkeit, mit der die Garde, unter schweren Verlusten, vor 25 Jahren den Sieg erkämpft; als Zeichen der Anerkennung sollte das Regiment an den Fahnen das Band des Schwarzen Adlerordens tragen. „Die Farben meines Hauses sollen fortan dem Regimente voranfliegen, zur erneuten Mahnung, mir und meinem Hause, wie es bisher immer der Fall gewesen ist, die gelobte Treue zu bewahren und auch mit mir noch durch ein besonderes Band persönlicher Gemeinschaft sich verknüpft zu wissen.“ Am 16. August folgte eine feierliche Niederlegung von Kranzspenden an den Denkmälern auf dem Schlachtfelde von Gorze=Vionville=Rezonville und beim Kaiserstein nördlich von Gravelotte fand in Gegenwart des Befehlshabers des 16. Armeekorps, Grafen v. Häßeler, der gesamten Generalität, zahlreicher Offiziere und Abordnungen aller Fußtruppen in Metz eine Gedächtnisfeier statt. Eine Schmückung der Kriegergräber auf den östlichen und westlichen Schlachtfeldern um Metz fand am 17. August statt, während der Befehlshaber des ersten Armeekorps, General Graf Finck v. Finckenstein in Königsberg einen auf die ruhmvolle Teilnahme der Ostpreußen an den Kämpfen von Colombey=Noeuilly bezüglichen Armeebefehl erließ.

Die Feier der Erinnerung an die Schlacht von Gravelotte begann in Metz mit einem Feldgottesdienste, unter Teilnahme Tausender von Veteranen, worauf als Hauptfeier auf dem Schlachtfelde selbst, bei Flavigny, die Weihe eines Denkmals für den verstorbenen Prinzen Friedrich Karl von Preußen durch den Befehlshaber des 16. Armeekorps folgte. Außerdem war der Tag würdig befunden zur feierlichen Grundsteinlegung des vom deutschen Volke dem Kaiser Wilhelm I. zu errichtenden Nationaldenkmals in Berlin. Die Feier fand auf der dafür vom Kaiser ausgewählten Stelle zwischen dem Hauptportale des königlichen Schlosses und der Spree, unter Entfaltung großen

Pompes und unter Teilnahme vieler Fürstlichkeiten statt. In der vom Kaiser verlesenen in den Grundstein zu legenden Urkunde war gesagt, der Akt werde an dem Tage vollzogen, an dem vor 25 Jahren der unvergeßliche Kaiser Deutschlands Söhne im Kampfe um des Vaterlandes Ehre und Freiheit zu entscheidendem Siege geführt und damit den deutschen Stämmen die heißersehnte Einheit wiedergegeben, dem neuerstandenen Reiche die gebührende Machtstellung in der Staatenwelt gesichert habe. Dann wurde der opferbereiten Einmütigkeit der deutschen Fürsten gedacht sowie der thatkräftigen Unterstützung seitens des Kanzlers Fürsten Bismarck, der vollendeten Kriegskunst Moltkes, des unvergleichlichen Geschicks der kühnen, zur Führung der Heere berufenen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und der todesmutigen Treue des vom Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volks. Die Versenkung der Urkunde und vieler anderen Gegenstände in den Grundstein waren begleitet von Ansprachen des bayrischen Bevollmächtigten, Grafen v. Lerchenfeld-Köfering, und des Reichstagspräsidenten v. Buol-Berenberg. Zu Ehren des Tages bestimmte der Kaiser, daß den Besitzern der Kriegsdenkmünze, die an einer der namhaft gemachten 23 Schlachten teilgenommen haben, die Berechtigung verliehen werde, auf dem Bande dieser Denkmünze für jede der „mitgemachten“ Schlachten eine Spange mit dem entsprechenden Schlachtnamen zu tragen. Den Besitzern des eisernen Kreuzes wurde die Berechtigung verliehen, auf dem Ordensbande drei Eichenblätter von weißem Metall mit der Zahl 25 darauf zu tragen. Weiterhin ließ der Kaiser an diesem Tage durch den Generalobersten v. Loë dem Könige Albert von Sachsen in Dresden ein dessen ruhmvoller Führung des sächsischen Armeekorps in der heißen Schlacht von St. Privat gedenkendes Schreiben überreichen. König Albert selbst erließ einen dem Tage entsprechenden Armeebefehl an seine Truppen. Dem sächsischen Grenadierregimente Nr. 101 insbesondere verlieh der Kaiser zu seinem „Ehrentage glänzender Bravour“ Fahnenbänder. Diese August-Festtage schlossen am 19. mit einer Feier der Kriegervereine aus Berlins Umgebung auf dem dortigen Tempelhofer Felde. Hier begrüßte der Kaiser die mit 300 Fahnen erschienenen 15000 Veteranen als Kampfgenossen seines Großvaters und mit dem Wunsche, daß der Tag der Ausgangspunkt sein möge „zum Respekt vor dem Gesetze, zur Pflege der Religion

und Königstreue“. „Folgt“, sagte der Kaiser weiter, „den Ermahnungen, welche die Feldprediger an Euch richteten, wirkt weiter in treuer Pflichterfüllung und Gottesfurcht für des Vaterlandes Größe, tretet den Umsturzbestrebnungen entgegen, welche uns die Arbeit erschweren.“

Diese Ansprache des Kaisers rief, wie seine früheren ähnlichen Aufrufe, eine Flut publizistischer Erörterungen hervor, in denen aber, ungemindert gegen die früheren Besprechungen dieser Art, zwei große Gegensätze hervortraten. Es kam vielerwärts zum Ausdruck, daß das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der nationalen Gedenkfeier die bürgerlichen Kreise allmählich in tiefgehende Entrüstung zu versetzen beginne und daran knüpfte sich die Hoffnung, daß diese neuen Belehrungen, die das deutsche Volk jetzt über das wahre Wesen der Sozialdemokratie empfangen, fruchten würden. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, so hörte man wohl, seien Skandale wie die neuerdings gegen die Erinnerungsfeier verübten nicht möglich gewesen; in den fünf Jahren nach Wegfall dieses Gesetzes sei das Auftreten der Sozialdemokratie täglich herausfordernder geworden, und die Versuche, sie zu versöhnen, hätten sie in dem Glauben an ihr gutes Recht, der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung die Kehle zuzudrücken, erheblich bestärkt. Gegenüber der hierdurch nähergerückten Möglichkeit ernster Zusammenstöße müsse der Staat sich bald entschließen, mit vollster Energie gegen die Ausschreitungen in Wort und Schrift sowohl durch eine Spezialgesetzgebung als auch mit polizeilichen Machtmitteln vorzugehen; alle Beobachtungen bestärkten die Überzeugung, daß es die höchste Zeit dazu sei; der Kaiser scheine bei seiner Ansprache an die Kriegervereine am 19. August im Auge gehabt zu haben, daß die Bemühungen der Sozialdemokratie, in den Kriegervereinen und im Heere Boden zu gewinnen, nicht erfolglos bleiben würden; es stehe die Thatsache fest, daß die Sozialdemokratie dort ihre Vertrauensleute habe, die unter geschickter Maskierung in ihrem Sinne arbeiteten; alle jene Kundgebungen drängten die Überzeugung auf, daß die Grenze dessen, was der Staat von der sozialistischen Agitation sich bieten lassen darf ohne Schaden an seinem Ansehen, seiner Ehre und Würde zu erleiden, überschritten seien und daß der Staat nunmehr unausweichlich genötigt sei, seine Selbsterhaltung und sein gutes Recht zu verteidigen, wenn er nicht in den Augen der Bevölkerung in den Verdacht ge-

raten wolle, stillschweigend vor der Sozialdemokratie zu kapitulieren; in der That, so fielen wieder andere ein, bilde die von der sozialdemokratischen Publizistik vertretene Behauptung, daß Staat und Gesellschaft von heute bereits vollkommen unfähig geworden seien zu einer ernstern Abwehr der sie bedrohenden Revolution, wirklich keine bloße Großsprecherei mehr, vielmehr sei sie in den letzten Jahren allmählich, ganz besonders aber zuletzt durch das Scheitern der Umsturzvorlage zu einer Art von Glaubenssatz geworden; herrsche doch auch tiefes Schweigen, seit der Reichstag das vom Reichskanzler als Minimum der nötigen Maßregeln Bezeichnete verjagt habe; die bestialische Roheit der neuerlichen sozialdemokratischen Sprache verfolge wahrscheinlich den Zweck, einmal zu sehen, wieviel man dem Staate bereits bieten könne; bliebe der unerhörte Vorstoß gegen die bestehende Ordnung ohne entsprechenden Gegenstoß, so würden viele, die noch unentschieden auf der Grenze stehen, in das revolutionäre Lager gedrängt werden; eine solche Auffassung habe selbst der Erklärung zu Grunde gelegen, die der Staatssekretär des Reichsjustizamts am 17. Dezember 1894 im Reichstage abgab, nämlich daß die Ablehnung der Umsturzvorlage entweder zum weiteren Hinabgleiten auf der abschüssigen Bahn oder zu einem neuen Ausnahmegesetze werde führen müssen; wie weit man aber, im Gegensatz zu dieser Erklärung, jetzt in Regierungskreisen davon entfernt sei, die Sozialdemokratie ernst, wie es diesem tödtlichen Feinde des Staats gebühre, anzufassen, gehe daraus hervor, daß die gegen die Sozialdemokratie gerichteten, im „Vorwärts“ selbst zuerst an die Öffentlichkeit gekommenen Erlasse als „geheim“ bezeichnet seien, wodurch der Bevölkerung die Scheu der Staatsorgane verraten werde, offen gegen die Sozialdemokratie aufzutreten; der durch diese unnötige, die Gutgesinnten mit Verwirrung und Besorgnis erfüllende Geheimnisräumerei entstehende moralische Schaden sei hoch zu veranschlagen. Auch die Berliner „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war am 27. August der Meinung, daß der jetzige Zustand der ungestraften gehässigsten Verlästerung erhebender Gefühle des Volks und des Andenkens seiner großen Toten nicht andauern könne, sie hob aber hervor, die bestehende Gesetzgebung biete leider keine Handhabe, dem Treiben entgegenzutreten, der Regierung erwachse also die dringende Pflicht, sich „an die gesetzgebenden Körperschaften zu wenden“.

Alle diese und ähnliche Darlegungen machten jedoch auf die Gegner von strengen Maßregeln nicht den geringsten Eindruck. Die „Frankf. Ztg.“ entnahm der kaiserlichen Ansprache vom 19. August lediglich die Ermächtigung an die Kriegervereine, fortan Politik zu treiben, und ein Blatt wie der „Hamburger Correspondent“ tabelte den neuen publizistischen Feldzug für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, insbesondere die Ausmalung der düstersten Bilder von sonst drohenden furchtbaren Schrecknissen, denn nach den neuesten Enthüllungen müsse man annehmen, daß es sich, wie im vorigen Jahre bei der Umsturzvorlage, im Grunde um die Einleitung einer größeren Aktion handele, die uns aus den parlamentarischen Wirren führen solle. Hiermit waren Eröffnungen gemeint, die das Organ der Christlich-Sozialen, das Berliner „Volk“, am 20. August gemacht hatte. Es hatte sich nämlich gegen den Widerstand gerichtet, den die übrigen konservativen Kreise dieser besonderen Richtung entgegensetzten, und um diese zu rechtfertigen, hatte sich das Blatt zu dem Bestreben bekannt, die Wahrheit auch „nach oben“ hin rücksichtslos zu bekennen, und hatte es seine Bekämpfung der Umsturzvorlage damit begründet, daß ihm bekannt gewesen sei, die konservative Partei habe nur als Hülfsstruppe benutzt werden sollen, „um die Pläne der Mittelparteiler gegen das allgemeine Wahlrecht“ zu verwirklichen. Sonst hatte man von solchen schwarzen Absichten nirgends etwas entdeckt; daß aber das Organ der Christlich-Sozialen sehr eingenommen für das allgemeine Wahlrecht sei, erschien schon glaublich: feierte doch ein Hauptvertreter dieser Richtung, Pfarrer Raumann, in seinem Blatte „Die Hilfe“ in Frankfurt a. M. das Andenken des kürzlich verstorbenen Apostels der Sozialdemokraten, Engels, als eines Mannes, „dem wir Dank schuldig sind“ und für den er aus Hochachtung im Geiste einen schlichten Kranz niederlege. Zu den Gegnern strenger Maßregeln gehörten auch Stimmen aus dem Lager der Centrumspartei. So meinte die „Kölnische Volks-Ztg.“, man könne den sozialdemokratischen Führern augenblicklich keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn man auf die Äußerungen ihrer Blätter so gewaltiges Gewicht lege; ein neues Sozialistengesetz würde denselben als Reif zum Zusammenhalten nur erwünscht sein, und gerade unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes sei diese Partei so erstarkt. Den Gegnern neuer Maßregeln stellten sich auch diejenigen zur Seite, die,

wie z. B. das amtliche „Dresdener Journal“, mit einer gewissen Entrüstung fragten, woher denn die Regierung, bei der andauernden Zerfahrenheit der Parteien, den Mut nehmen solle, mit einem neuen Vorschlage hervorzutreten? Darauf blieb die Antwort nicht aus, daß die Regierung die unabweisliche Pflicht habe, die Aktion durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob sie Gnade vor den Augen des Reichstags finde; niemals dürfe die angebliche Aussichtslosigkeit eines gesetzgeberischen Vorgehens, über dessen dringende Notwendigkeit kein Zweifel bestehe, eine Regierung in ihren Entschlüssen beeinträchtigen, die sich ihrer Verantwortlichkeit für die Zukunft von Staat und Volk bewußt sei.

Der Schluß aller dieser erneuten Betrachtungen lief schließlich nur darauf hinaus, es komme darauf an, ob die den Umstürzlern entgegenstehenden politischen Parteien Entfagung und vaterländisches Pflichtgefühl genug besäßen, infolge ernster Selbsteinkehr sich zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Gerade damit aber sah es immer noch sehr scheu aus. Auf konservativer Seite erhob sich schon am 23. Juli das thatächlich führende Organ, die „Kreuz-Ztg.“, mit Krallen gegen den Plan eines erweiterten Kartells; das sei höchstens ein schöner Traum; in der Gegenwart könne nur die Politik auf sichere Erfolge rechnen, die von klaren, festen Grundsätzen ausgehe und die Zeit leitend beherrsche, nicht aber, ihr dienend, sich bald von dieser, bald von jener Strömung der öffentlichen Meinung beherrschen lasse. Dabei zeigte sich jedoch die konservative Partei nach mehr als einer Richtung hin uneinig. Ein Teil, deren Organ der „Reichsbote“ ist, empfahl dringend die Rückkehr zu einer gemäßigten Haltung, denn „manche sehr unangenehme Erfahrungen der letzten Zeit“ wiesen darauf hin, daß der Weg der Extravaganzen für die Konservativen noch weniger als für andere Parteien passe, insbesondere seien sie niemals eine spezielle Agrarpartei gewesen und dürfe es nicht werden. Ein anderer Teil der Konservativen, der sich nicht bloß aus „Reichsboten“, sondern auch aus „Kreuz-Zeitungs“-Genossen zusammensetzte, wandte sich mit Schärfe gegen den vom „Volk“ vertretenen „christlich-sozialen Jungkonservatismus“, dessen Bestrebungen die eines Sozialismus seien, der sich von den Postulaten des Christentums ebenso weit entferne, wie von denen der geschichtlichen konservativen Auffassung. Weiterhin wandte sich die „Kreuz-

Ztg." am 21. August insbesondere noch gegen die Idee eines Pakts der Konservativen mit dem Centrum. Was sodann die Partei des Bundes der Landwirte betrifft, so zeigte sie sich im Juli und August gerade so eifrig wie vordem bestrebt, ihre besonderen Wünsche aufreizend agitatorisch voranzustellen. Der Abg. v. Plöy stellte die Frage der Errichtung von Proviantämtern voran und erging sich in heftigen Angriffen gegen „die heutigen Machthaber“ weil eine Firma durch Gewährung großartiger Zollkredite unterstützt worden sei. Noch bevor die völlige Unwahrheit dieser Behauptung amtlich veröffentlicht werden konnte, hatte dieser Hauptagrariar von einem Sturm der Entrüstung geredet, der dieserhalb durch das Land gehe. In der Centrumpartei wurde der Vorschlag eines erweiterten Kartells ebenso schroff wie von den Konservativen zurückgewiesen, dazu mit der zarten Rücksicht für diese, daß ihnen ein Aufgeben der Grundsätze nicht zugemutet werden könne. Außerdem zeigte sich grade um diese Zeit, Ende Juli wieder, daß auch das Centrum nicht op ewig ungedeckt sei. Diesmal war es die agrarische Richtung, die sich stärker als früher geltend machte. Sie war besonders vertreten durch den Grafen Strachwitz, der in einer großen Rede zu Breslau sogar die Parole ausgab, die Centrumpartei werde entweder eine agrarische sein oder zu bestehen aufhören. Er fand Unterstützung von der katholischen „Schlesischen Volks-Ztg.“, vom Freiherrn v. Fechenbach, der die Aufforderung ergehen ließ, bei den nächsten Wahlen die nichtagrarischen Centrumsleute auszuschließen, und vom katholischen Bauernverein des Rheinlandes. Eben hier erstand jedoch ein Hauptgegner dieser Richtung in der „Köln. Volks-Ztg.“, die von jenem Wahlauschluß dringend abmahnte, da er einen Kampf zwischen Stadt und Land zur Folge haben müsse, bei dem die Einigkeit des Centrums in die Brüche gehen würde. Dieser Widerspruch reizte indeß den Grafen Strachwitz zu noch entschiedenerem Vorgehen. In einer Erklärung vom 7. August führte er aus, die Lösung für die nächste Zeit müsse für oder gegen die Handelsverträge lauten und gerade in dem Widerspruch gegen die agrarische Richtung liege die einzige und wirkliche Gefahr für die Centrumpartei, denn das katholische Volk sei in seinem ganz überwiegenden Teile agrarisch gesonnen. Die wichtigste Folge dieses Streites bestand darin, daß die Agrariar und die Extrem-Konservativen sich durch den neuen Zuwachs gestärkt fühlten.

Wichtiger als alle diese Fragen war für die Centrumspartei der deutsche Katholikentag, der am 25. August zur 42. Jahresversammlung in München zusammentrat. Hier hatte er schon 1861 und 1876 getagt, seitdem hatte man öfter vergeblich versucht, ihn hierhin zu verlegen, da auf vertraulichen Wink „von oben“, wo eine Störung des kirchenpolitischen Friedens in Bayern daraus befürchtet wurde, darauf hatte verzichtet werden müssen. Diesmal hatte die bayerische Regierung zwar keine Einwendung erhoben, aber aus der Verweigerung der erbetenen Fahrterleichterungen für die Teilnehmer war zu schließen, daß auch jetzt die Regierung dem Unternehmen nicht gerade günstig gegenüberstehe. Um so mehr freute sich die Stadt München. Im Bahnhofsviertel und den angrenzenden Straßen war aus Flaggenmasten und Lannengewinden ein Triumphweg geschaffen, der beim Keller des „Bürgerbräu“ endete, dessen ungeheure Saalhalle märchenhaft verwandelt und beleuchtet war. Die 3000 Teilnehmer, darunter eine große Zahl von Pfarr- und Ordensgeistlichen, fanden in diesen heiligen Hallen, wo man das Bier nur kennt, zwischen hohen Föhren und wasserumrauften Klippen eine Plattform, auf der die von zwölf leuchtenden Sternen umgebene Gestalt der Kirche thronte, während aus dem Hintergrunde des Bierhauses am glühenden Abendhimmel die Kuppel der Peterskirche auftauchte. Hier begrüßte Graf Preysing die Erschienenen mit dem Hinweise, daß in unserer ersten Zeit der gefährlichste Feind im Kampfe gegen Glauben und Kirche die Gleichgültigkeit sei. Gegen die Stürme der Zeit bleibe der Katholik fest, weil vor ihm als Heiligtum der sittlichen Welt und als Hort der Wahrheit der im Papste verkörperte Fels Petri stehe. Ein folgender Redner hob mit vielem Schwung hervor, daß die Katholiken auch dem weisen und milden Regenten Bayerns anhängen und trotz aller Unkenrufe, die ihnen den Namen deutscher Männer nicht gönnen wollten, das Wohl des großen deutschen Vaterlands und die auf gegenseitiger Achtung der Konfessionen beruhende Eintracht zu fördern suchten. Das Hoch auf den Kaiser, mit dem die Rede endete, wurde mit begeistertem Jubel ausgebracht, die telegraphische Begrüßung des Kaisers wurde jedoch nicht so bald erwidert als man gehofft hatte. Die am 26. August in einem anderen Lokale beginnenden eigentlichen Verhandlungen wurden durch Verlesung eines den Eifer der Versammelten anerkennenden

päpstlichen Schreibens eröffnet, worauf vom 27. bis 29. August eine Reihe von Vorträgen gehalten wurden. Der Abg. Bacher forderte zur Bekämpfung des Sozialismus auf der ganzen Linie auf, der Abg. Boerle forderte Konfessionsschulen und kirchliche Schulaufsicht, Orterer bekämpfte die naturwissenschaftliche Philosophie, v. Hartling sprach über Rom und den Papst im Jahre 1895. Dieser sei ein Gefangener, wenn auch ohne Ketten und Fenstergitter, die heilige Atmosphäre Roms sei verschwunden, der Einfluß des Papstes in Rom gehemmt. Gleichwohl wäre die weltumspannende Thätigkeit des Papstes geblieben und niemals die Verehrung für ihn größer gewesen, denn der ganze Erdkreis lausche seinen Kundgebungen; der Papst bilde noch immer eine moralische Macht, einen politischen Faktor, vielleicht mächtiger als im 15. Jahrhundert, er sei Friedensfürst, der die gewaltthame Erneuerung der früheren Verhältnisse ablehne, wie auch die Katholiken nicht Feinde des Dreibunds seien. Ferner sprach ein Domkapitular aus Salzburg gegen die die Autorität untergrabenden modernen Universitäten, Abg. Gröber über den von Gott und jeder Religion absehenden modernen Staat sowie über die zur Revolution führende liberal-kapitalistische Gesetzgebung, weiterhin Prof. Dietrich aus Bromberg über christliche Kunst, wobei er die diesjährige Berliner Kunstausstellung als purste Prostitution bezeichnete. Die Versammlung beschloß, wie alljährlich, eine große Zahl von Erklärungen, so über die Notwendigkeit der Herstellung der päpstlichen territorialen Souveränität, gegen die Massenerzeugung kirchlicher Kunstgegenstände durch Fabriken, für Freiheit vom staatlichen Unterrichtsmonopol, für eine rein katholische deutsche Universität, gegen die farblose Presse, namentlich gegen die Generalanzeiger als Wölfe im Schafskleid und noch über vieles andere. In den Kritiken der Presse anderer Parteien begegnete man der Behauptung, es falle schwer, diesen Katholikentag für wichtig zu nehmen, und es falle auf, daß derselbe kein Wort für die Erinnerungstage des deutschen Volks übrig gehabt habe, während er doch in die italienische Nationalfeier hineingeredet habe. Das verbreitetste Münchener Blatt meinte, der Wille der Versammlung, zu schaden, sei größer gewesen, als glücklicherweise ihre Macht, und der Geist, der sie beseelt, zeige sich recht deutlich in ihren Erklärungen, die auf Verherrlichung der mit dem Jesuitenorden eng verbundenen Namen Loreto und Canisius abzielten;

ein solcher Katholikentag passe nicht nach Deutschland. Daher könne es nicht auffallen, daß der Kaiser erst im allerletzten Momente die Huldigung der offenkundig eine Politik der Zwietracht und Verhetzung treibenden Versammlung beantwortet habe.

Nimmt man hinzu, daß die preußischen Polen sich höchst feindselig gegen die Feier der deutschen Erinnerungstage und kühl gegen deren Verunglimpfungen verhielten, so konnte man fragen, woher denn in den zerrissenen Parteien der nötige Ansatß zu einer festen Grundlage für die Bekämpfung der Umstürzler kommen sollte. Kein Wunder daher, daß diese in ihren Verunglimpfungen immer kühner und wilder wurden.

Der „Vorwärts“, der sonst in der Erinnerung an die schauergigsten Blutscenen der französischen Revolution zu schwelgen pflegte, that entsetzt darüber, daß dem deutschen Volke die „Ausbrüche des wildesten Berserkertums“ ins Gedächtnis zurückgerufen würden und daß die Arbeiter, unter Einbehaltung des Arbeitslohnes für die nationalen Festtage, „in die mordspatriotische Feier hineingepeitscht“ würden. „Wo ist“, fragte das Blatt, „der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Beteiligung an solcher Feier entehrte und im Anblick dieses Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand reichte, eingedenk der ehernen Losungsworte: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Und zur Feier des 18. August hatte dasselbe Organ die Frechheit zu sagen „merkwürdigerweise nennt man das Ding Nationaldenkmal als ob die Nation, soweit sie nicht durch Militärs und Beamte vertreten ist, irgend etwas anderes damit zu thun hätte, als daß sie sehr wider Willen die in die Millionen gehenden Kosten dafür aufbringen müßte“, denn auch in den weitesten Kreisen des Bürgertums sei „der Heldengreis so schnuppe geworden“, daß die zwecks Galvanisierung seines Andenkens angewandten Polizei- und Reptilienkünste auch dort höchstens eine unwillige Bemerkung oder gleichgültige Lache erregten. Ein anderes Mal versicherte dasselbe Blatt, das angebliche Friedensfest zur Feier des Kriegs von 1870 verfolge, gerade so wie das vorjährige Geschrei vom Schutz der Religion, Sitte und Ordnung, nur den Zweck, die Menschen dermaßen unter und gegen einander zu verhetzen, daß eine dem Staatsfreich günstige Atmosphäre entstehe.

Die Entrüstung über diese und ähnliche offene Ausprüche erregte begreiflich einen immer höheren Grad, dem einen angemessenen Ausdruck zu geben jedoch die Sprache bereits versagte. Um so wohlthruender berührte es, daß der Kaiser in der Rede, die er an dem diesmal überall besonders gefeierten Sedantage beim Paradediner im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin hielt, abermals mit größter Schärfe sich gegen die sozialdemokratische Landplage, der so schwer beizukommen war, vernehmen ließ. Der Trinkspruch des Kaisers, den er froh bewegten Herzens ausbringe, galt den Garden; den Rahmen für die stattgehabte Parade gebe ein in Begeisterung aufflammendes ganzes Volk, und das Motiv für die Begeisterung sei die Erinnerung an die Persönlichkeit des großen Kaisers. Mit edlen, schwungvollen Worten gedachte der Kaiser der Dinge vor 25 Jahren, von denen die mit Eichenlaub geschmückten Feldzeichen zu uns redeten. „Doch in die hohe, große Festesfreude“, so fuhr er fort, „schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört: eine Rote von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten, verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun dann rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.“ Zum Schluß der Rede kam der Kaiser auf die Feier des Tages zurück und brachte er ein Hoch aus auf die anwesenden Könige, den einstigen Führer der Maasarmee, den König von Sachsen, und den König von Württemberg. König Albert erwiderte, daß er noch einmal die Führung des Gardekorps übernehme, indem er auf dessen erhabenen Chef, den Kaiser, ein Hoch ausbringe. Am demselben Tage wechselte der Kaiser mit dem Prinz-Regenten von Bayern Telegramme voll dankbaren Gedenkens des tapferen Verhaltens des bayrischen Armeekorps. Endlich ließ er dem Fürsten Bismarck wissen, es sei ihm an diesem Tage Herzensbedürfnis, mit tief empfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste zu gedenken, welche der Fürst sich in jener großen Zeit um Kaiser, Vaterland und die deutsche Sache erworben habe.

Wie die ganze Sedan-Rede des Kaisers, so fand namentlich die

auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezügliche Stelle lebhaftesten und freudigen Widerhall im deutschen Volke, aber über die Art dieser Bekämpfung, insbesondere über das was der Kaiser dabei im Sinne gehabt habe, gingen die Ansichten wieder sehr auseinander. Die Einen predigten, für die Zurückdrängung der Volksverführer müsse jetzt jeder Einzelne seine ganze Kraft einsetzen und die Parteien müßten ernste Selbsteinkehr halten; Andere lehrten, es gelte nur, den Feind innerlich zu überwinden; auf freisinniger Seite erhoben sich stärker als vordem die Warnrufe vor Betreten des Wegs neuer Strafgesetze, die amtliche „Karlsruher Ztg.“ forderte zur unterschiedeneren Anwendung der bestehenden Gesetze heraus, endlich das noch immer als Organ des Fürsten Bismarck geltende Blatt folgerte aus jener Rede ein baldiges Vorgehen der Regierungen und bekämpfte mit gewohnter Entschiedenheit die „innerliche“ Überwindung dieses Feindes, die ebenso unmöglich sei wie die Ausrottung der menschlichen Begehrlichkeit; wer dem Staat rate, den Feind nur mit Reformen zu „versöhnen“, entbehre der Einsicht oder wolle den Staat nur in den Sumpf locken. Weiterhin hob wieder der Tanz an um die Frage, ob die Regierungen vorangehen müßten oder das Volk durch seine Vertretung, und da sich einmal die Parteiorgane, ganz ähnlich wie fast gerade vor einem Jahre, nach dieser Melodie im Kreise wild drehen, ertönten auch wieder die Rufe nach Bekämpfung der allgemeinen Neigung zur Kritik und nach Beseitigung der „kurzsichtigen“ Wirtschaftspolitik als den Bedingungen für alles Weitere. Falls letzteres nicht geschehe, stellte das Organ der Agrarier den allgemeinen „Kladderadatsch“ in Aussicht, wie dies einst Bebel für einen anderen Fall gethan hatte. Die sozialdemokratischen Organe endlich wiesen darauf hin, daß ohne Bruch der Verfassung der heutige Zustand nicht geändert werden könne und verlangten Aufklärung darüber, wie sich der Kaiser die Verwendung der Garde vorgestellt habe; es würde dies „eine Neuerung in unserm Verfassungsleben“ bedeuten. Wie wenn ein Preisausschreiben erfolgt wäre, strengte man sich in der That überall an, ein durchgreifendes Säuberungsmittel zu erdenken, und so kam die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 7. September zu dem Vorschlag, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen und die preußische Verfassung dahin zu ändern, daß nur alle Wahlberechtigten das Recht haben sollten, sich zu ver-

einigen. Der Schluß dieser gesamten Erörterungen wurde dahin zusammengefaßt, dem Kaiser gebühre Dank für seine heilsame Auf-rüttelung des Volks, aber angesichts der Ausichtslosigkeit der Frage, was geschehen solle, werde die Aufwallung der Gefühle rasch verfliegen und dann Leichtgläubigkeit, Unkenntnis, Vergesslichkeit sich als mächtigste Bundesgenossen der Sozialdemokratie wieder einfänden. Diesen gesellten sich übrigens in weitgehender Verunglimpfung der Gedenktage die Organe der Dänen Nordschleswigs und das „Bayerische Vaterland“ in München zu. „Flensburg Avis“ nannte das Kaiserdenkmal in Flensburg einen Leichenstein, dessen Kosten von Beamten durch Lotterie und Gänspiele aufgebracht seien und dem Sigl'schen Blatte war es „unausstehlich“, alle Tage „die-selbe breite Bettel-suppe tönender Phrasen und nationaler Schlagworte von des Reiches Größe und Herrlichkeit“ zu hören, sodaß es ihm zum Halse herauswachse.

Der Kaiser hatte sich am 7. September zu den Manövern des 2. Armeekorps in Stettin eingefunden und hielt hier, nach der Parade bei Kreckow, im königlichen Schloß beim Diner eine Rede zu ehrender Anerkennung dieses Korps. Seine Worte, es möge das-selbe vorbereitet sein, „jede Abwehr, welche sie auch sei, aus-zuführen“, wurde vielfach den am 2. September an die Garden ge-richteten Worten gleichgestellt. Wie zum Schluß der erhebenden Erinnerungs-Festtage sprach der Kaiser am 8. September in Stettin durch Erlaß an den Reichskanzler seinen Dank aus für die vielen, aus allen deutschen Gauen und selbst von fernen Weltteilen her an ihn gerichteten treuen Grüße. Mit Genugthuung habe es ihn erfüllt, mit welcher Begeisterung das deutsche Volk in fast allen seinen Gliedern die Tage der Wiedergeburt des Reichs gefeiert habe und wie dabei von neuem allgemein in's Bewußtsein getreten sei, welche wunderbaren Errungenschaften wir, nächst Gottes sichtlichem Beistande, der weisen Führung des Heldenkaisers „Wilhelms des Großen“, seinen Bundesgenossen, Ratgebern, Feldherrn und Truppen zu verdanken hätten. Und nun kam abermals eine scharfe Wendung gegen „i-ne vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung, die selbst in diesen Tagen nationaler Begeisterung dreist ihr Haupt erheben und sich nicht gescheut haben, das Andenken des großen Kaisers zu schmähén“. Ihrer werde ein Volk sich zu erwehren wissen, das so seine Toten ehre und so seiner Vergangenheit gedenke.

Die ferneren Manöver in Pommern fanden in Gegenwart hoher Gäste des Kaisers statt, des Kaisers von Österreich, des Königs von Sachsen, der Prinzen Leopold und Arnulf von Bayern sowie des Grafen Victor Emanuel von Turin. Die Manöver erregten so sehr den Beifall des Kaisers Franz Joseph, daß er am 11. September, gleich nach der Aktion bei Colbitzow, dem Kaiser Wilhelm schriftlich seine hohe Anerkennung aussprach und ihn bat, als Inhaber zweier österreichischer Regimenter die Uniform eines Generals der Kavallerie der österreichischen Armee tragen zu wollen. Das wird wohl die Erwiderung auf die Verleihung des preußischen Feldmarschallstabs an den Besiegten von Königgrätz gewesen sein. Zum Schluß der Manöver wurde der kommandierende General des 9. Armeekorps, General Graf v. Waldersee zum Generalobersten der Kavallerie mit dem Range eines Feldmarschalls ernannt. Nach diesen Manövern nahm der Kaiser kurzen Aufenthalt in Danzig, wo er mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zusammentraf, der von einer Reise nach Österreich und Rußland zurückkehrte. Am 20. Juli hatte er sich nämlich dem Kaiser Joseph in Ischl vorgestellt und am 11. September war er in Peterhof vom Zaren empfangen. Im Jagdschloß Glienecke bei Potsdam fand am 28. September die Taufe eines Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen auf den Namen Franz statt.

Die in dem Stettiner Erlaß des Kaisers enthaltene Wendung gegen die Sozialdemokratie erfuhr, wie alle früheren derartigen Aussprüche, allerlei Deutungen. Auf freisinniger Seite wurde darin der Beweis erblickt, daß der Kaiser auch jetzt nicht daran denke, mit mechanischen Mitteln vorzugehen; denen, welche außerordentliche Maßnahmen verlangten, gefellte sich nunmehr auch die Kreuz-Ztg. hinzu. Von nationalliberaler Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Unzulänglichkeit der Gesetzgebung gegenüber der Sozialdemokratie minder gefährlich wäre, wenn die übrige Bevölkerung wenigstens durch ihr politisches Verhalten den Eindruck ernstest und geschlossenen Widerstandes gegen die Umsturzbestrebungen hervorbrächte. Die „Germania“, in der Freude, daß der Kaiser die göttliche Weltordnung betont hatte, wollte daraufhin gegen „die moderne liberale Wissenschaft“ Front gemacht wissen. Als nun ferner in der Presse der Vorschlag einer Verschärfung des preußischen Vereinsgesetzes aufkam, gab es

wieder ein erregtes Hin und Her. Blätter, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, verlangten eine Vorlage klipp und klar gegen den Umsturz, zumal die dreimal in einer Woche gefallenen Mahnungen des Kaisers zeigten, daß er persönlich entschlossen sei, den Kampf mit der Sozialdemokratie auf alle Weise zu Ende zu führen. Eine ausführliche Begründung dieser Notwendigkeit lieferte der Reichsgerichtsrat Stenglein. Zuletzt schien auch die nach der letzten kaiserlichen Mahnung entstandene Welle der guten Absichten der Bevölkerung wieder rückläufig zu werden, sodaß der „Reichsbote“ klagte, im Volke rege sich nichts; die „Post“ behauptete, daß ein großer Teil des Volks wieder in den schwächlichen, optimistischen Dufel versinke; und als der Abg. Barth in der „Nation“ hervorhob, die Sozialdemokraten hätten sich bei den Abstimmungen in den Parlamenten stets auf der Seite befunden, welche die Freisinnigen für die richtige hielten, wurde ihm mit Unwillen erwidert, daß er die Wirkungen der sozialdemokratischen Agitation ignoriere.

Angefihts dieser fast nach allen Seiten hin wahrhaft trostlosen Parteiverhältnisse lag es auf der Hand, daß von einer aus ihnen hervorgegangenen Volksvertretung weder für Maßregeln gegen den Umsturz noch für sonstige wichtige Gesetze eine angemessene Mitwirkung zu erwarten stehe. Deshalb war auch in einer am 4. September von der „Wöln. Ztg.“ gebrachten anscheinend halbamtlichen Erläuterung der Kaiserlichen Sedanrede gesagt, die Absicht des Kaisers scheine gewesen zu sein, dem Zustande der Verfeindung der Parteien und der Selbstsucht abzuhelpen; einer allgemeinen, alle Berufsstände zusammenschließenden Action stehe aber vor allem die Haltung der Konservativen entgegen, die nur in der reinsten Interessenpolitik lebten und deshalb jede Einigung auf dem Boden des allgemeinen Wohles unmöglich machten. In der That lief bei der Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse alles zunächst auf die Frage hinaus, ob die Konservativen sich nicht endlich veranlaßt sehen würden, mit den gemäßigten Parteien zusammen zu gehen. Diese Frage kehrte immer wieder, wiewohl die Konservativen infolge der Schroffheit, zu der antisemitische und agrarische Neigung sie verleitet, vorerst nicht mehr zu den Gemäßigten hatten gerechnet werden können; als nun aber im Juli und August ein schwerer Schlag diese Partei traf, lag unausgesprochen allseitig die Frage nahe,

ob hieraus wohl eine der ganzen politischen Lage irgendwie helfende Änderung zu erwarten stehe. Der schwere Schlag betraf zwar zunächst nur einen Mann, aber gerade denjenigen, der als der ausgesprochenste und zähfeste Verfechter jener ungewöhnlichen Schroffheit galt. Freiherr v. Hammerstein war nicht formell Führer seiner Partei, aber er hatte in der seit November 1881 von ihm bekleideten Stellung eines Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ thatsächlich einen mächtigeren Einfluß ausgeübt. Seit Beginn des Jahres waren wiederholt in der Presse Andeutungen erschienen, daß v. Hammerstein über Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung dieses Blattes in Streit mit dem Ausschuß desselben geraten sei. Sodann brachte im April ein kleines Blatt zu Frankfurt a. M. näheres hierüber, worauf v. Hammerstein bekannt machte, daß er Klage dagegen erhoben habe. Sehr bald aber widerrief er zu allgemeinem Erstaunen diese Erklärung und änderte seine Stellung dahin, daß er, nachdem der Ausschuß der „Kreuz-Ztg.“ deren finanzielle Lage für intakt erklärt habe, nur dann von den Beschuldigungen wider ihn Notiz nehmen werde, wenn ihm diejenigen bezeichnet würden, die dem Frankfurter Blatt das Material geliefert hätten. Dieses verwies ihn jedoch nachdrücklich auf den Rechtsweg, worauf der Beschuldigte Klage erhob, aber nur wegen zweier von vier Punkten. Dies genügte, die ihm schon gewordene Kündigung der Stelle zurückzuziehen; nun aber trat ein Mitredakteur aus, der mit einem Manne wie v. Hammerstein nicht mehr arbeiten wollte. Als er hierauf einen anderen Mitredakteur entließ, wurde er am 4. Juli von seiner Stelle suspendiert. Folgenden tags machte er bekannt, daß er in die Ferien reise und benutzte einen Durchgangs-Zug nach dem Süden; das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ machte nun aber seine Suspension bekannt.

Der Eindruck dieses Vorganges spiegelte sich in der Presse aller Parteien. Von nationalliberaler Seite hörte man den Ausspruch: „Mit dem Politiker v. Hammerstein ist es zu Ende; damit fällt aber nicht allein Mann, sondern ein System, jener Zug der konservativen Politik, der in seinen äußersten Erscheinungsformen sich so oft als ein katilinarisches Desperadotum kennzeichnete.“ In diesem Krach, hieß es anderwärts, vollzog sich ein Gericht über eine Klasse „konservativer“ Politiker, deren am drastischsten entwickelter Vertreter der Leiter der Kreuz-Zeitung war; er habe mit

den zehn Geboten, den Gesetzen des Staats und der Ehre in jahrelangem Streit gelebt und sich während dieser Zeit mit eherner Stirn als Wortführer der Kirche und der Monarchie, als berufener Interpret ehrenhafter Gesinnung und Lebensführung geberdet, indem er mit cynischem Vergnügen die einzelnen Gegner und ganze Gesellschaftsklassen geschmäht habe; nur einer von den vielen sei er gewesen, die ohne Scheu die unreinsten Geister der Zeit zur Hülfe in dem politischen Kampfe citierten, in dem es sich für sie darum handele, mit allen Mitteln eine durch oder ohne ihre Schuld gefährdete wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Stellung zu behaupten. Davan schloß sich der Vorwurf, daß v. Hammersteins Parteigenossen trotz voller Kenntnis seines Charakters und seiner Handlungsweise ihn gehalten, bis endlich andere konservative Politiker, behufs Beseitigung dieses anrüchigen Vorkämpfers, durch jenes kleine Frankfurter Blatt die Öffentlichkeit angerufen hätten; die konservative Politik der Männer wie v. Hammerstein sei ein gefährlicher Krankheitsherd geworden, indem die hier gezüchteten Bazillen ihre ansteckende Wirksamkeit in anderen Parteien verbreitet hätten, nicht am wenigsten durch Untergrabung der Staatsautorität gerade in Volkskreisen, in denen sie bis dahin eine feste Stütze besaßen hatten.

Dieser scharfen Kritik trat die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“ am 23. August mit der Versicherung entgegen, v. Hammerstein habe nicht unter der Disziplin der Partei gestanden und sei deshalb von deren Leitung nicht gehalten worden, außerdem sei es nicht begründet, daß innerhalb der Partei eine Krisis bestehe. Die übrige Presse dieser Richtung erging sich in heftigen Klagen über die Verunglimpfungen, mit denen jetzt ihre gesamte Partei übersüttet werde, und in wiederholten Zurückweisungen des Unternehmens, den Hammerstein'schen Krach „zur Beugung der Konservativen unter das Joch, Kartell genannt, auszubeuten“. Aus mittelparteilichen Kreisen wurde erwidernnd darauf hingewiesen, daß von keiner Seite ein solches Angebot ergangen sei, sondern daß es nur in der Luft liege. Immerhin schien es doch schon eine beachtenswerte Wendung zu bedeuten, daß die nun unter anderer Leitung stehende „Kreuzzeitung“ am 8. September erklärte, sie wolle sich gern mit der Regierung verständigen und sei auch von diesem Standpunkte aus bereit, „mit den Mittelparteien ad hoc zusammen-

zugehen", ja der „Reichsbote“ gestand am 12. September zu, daß alle Konservativen den Fall v. Hammerstein als einen schweren Schlag empfänden und darin „eine ernste Mahnung zur Partei-Selbstprüfung“ erblickten. Das „Komitee der Kreuz-Zeitung“ machte am 13. September bekannt, es habe alle Beziehungen zu v. Hammerstein endgültig gelöst, auch die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, infolgedessen am 23. September vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin ein Steckbrief gegen den Unglücksmenschen erlassen, der nun wegen mehrfacher Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug und Untreue verfolgt wurde. Die Fälschung bezog sich nach Mitteilung des „Volk“ auf Wechsel über 200000 Mark. Näheres über die Schandthaten dieses Edelmanns wurde wochenlang in der Öffentlichkeit breitgetreten und lieferte einen grauenhaften Einblick in einen Abgrund von Verworfenheit. Die erneute Entrüstung hierüber reizte die Gegner zu wiederholter Ausmalung der Schuld, welche auf der konservativen Partei lastete, die einem solchen Kerl „nach Tivoli“ gefolgt sei und ihn als ihre Seele verehrt habe, obwohl er den Eigennutz zum politischen Lehrsatz erhoben habe. Dagegen läumte man sich konservativerseits aber doch auf. Die „Kreuz-Zeitung“ erwiderte am 15. September bezüglich des ihr angefonnenen „Gesundungsprozesses“, man werde sich nicht einrichten, wie es anderen passe, und die „Konservative Korrespondenz“ versicherte, in ihrer Partei denke niemand daran, deren politische Selbständigkeit aufzugeben und sich durch ein Kartell die Hände binden zu lassen. Als nun die „Kreuz-Zeitung“ ihrem obigen zarten Schritt auf dem Wege zum Kartell jetzt einen zweiten hinzufügte durch die Erklärung, es müsse jedoch jedenfalls das Centrum mit dabei sein, überkam die radikalen Elemente eine Heidenangst, so daß sie sich ans Werk machten, den Skandal möglichst zu vergrößern. Diesem Zweck schien auch die vom „Vorwärts“ ausgegangene Veröffentlichung von Briefen konservativer Politiker an v. Hammerstein dienen zu sollen. Davan schlossen sich Versicherungen von freisinniger Seite, daß die Veröffentlichung von noch 200 solcher Briefe bevorstehe. Bald wuchs die Zahl gar auf 1400, und man hörte die Vermutung, v. Hammerstein selbst werde die Briefe verkauft haben. Durch die nunmehr erfolgte Zurückziehung seiner Klage gegen die Frankfurter „Kleine Presse“

schiene interessante Zeugenaussagen von Politikern vereitelt zu sein. Sehr besorgt wegen Fortfalls der schroffen Richtung der Konservativen zeigten sich die Organe der Agrarier und der Christlich-Sozialen, indem sie wiederholt jeder gemäßigten Richtung in dieser Partei den Krieg erklärten. Das „Volk“ bekam hierfür einen kräftigen Schlag auf die Nase von der „Nord. Allg. Ztg.“, die in diesem Blatte einen thörichten Helfershelfer der Sozialdemokratie sah. Der gemäßigte Teil der Konservativen ließ sich übrigens ebenfalls nicht so leicht zurückweisen, sondern ihr Organ schilderte am 2. Oktober das sittlich und politisch Verwirrende sowie das korrumpierend Wirkende der mit v. Hammerstein zusammengebrochenen agitatorischen Methode in stärkeren Farben, als von irgend einer Seite geschehen war. Zur Erhaltung dieser Methode trug es eben nicht bei, daß der Hofprediger a. D. Stöcker in einer Versammlung der Christlich-Sozialen zu Berlin am 4. Oktober versicherte, der Fall Hammerstein sei nichts weiter als eine von der Judenpresse inszenierte Theatermake. Er bewirkte damit nur, daß die verschiedenen Scheußlichkeiten v. Hammerstein's noch einmal öffentlich grell beleuchtet wurden zum Beweise, daß „der neue Luther nicht weiß was er redet.“

Während Stöcker jene und ähnliche Steine warf, schien er selbst in einem Glashause zu sitzen, und zwar derart, daß man, zu seiner Entrüstung, vom „Falle Hammerstein-Stöcker“ sprach. Die Fälle waren sich freilich durchaus nicht ähnlich, aber wie bezüglich v. Hammerstein's die Verzweiflung ehrlicher Parteigenossen, so zog bezüglich Stöcker's der Zufall etwas Geheimes an den Tag, das ebenfalls großes Aufsehen erregte und den Konservativen schwer im Magen lag. Der „Vorwärts“ veröffentlichte nämlich am 5. September einen im August 1888 von Stöcker an Herrn v. Hammerstein gerichteten Brief, in dem es hieß, Fürst Bismarck habe den Kaiser vollkommen eingenommen, ganz besonders inbezug auf das Kartell; wolle man nun „die Bismarck'schen Intriguen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von Bismarck und dem Kaiser, auspielen“, so verliere man das Spiel und reiße letzteren; was man nun thun könne, sei dieses, daß man grundsätzlich wichtige Fragen, ohne Bismarck zu nennen, „in der allerschärfsten Weise benutzen“ müsse, „um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit

nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck überlassen“; man müsse also rings um das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. „Merkt der Kaiser,“ hieß es zum Schluß, „daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne ihn persönlich zu reizen.“

Die Äußerungen über den Urheber dieses Briefes und seine Gesinnung fielen nicht eben schmeichelhaft aus, gleicher Unwille aber zeigte sich über die in der Veröffentlichung liegende niedrige Gesinnung. Bis in die Reihen der Konservativen hinein erfuhr der Stöcker'sche Brief die entschiedenste Verurteilung. Man nannte ihn einen klassischen Beleg dafür, wie von hochkirchlicher Seite versucht worden sei, den Einfluß des Fürsten Bismarck lahm zu legen; die von den Konservativen stets im Munde geführte Königstreue sei damit als Heuchelei aufgedeckt; ganz nach der Art Marinelli's habe Stöcker zu einer Zeit, wo er noch Hofprediger war, versucht, mit dem Kaiser Fangball zu spielen; der Brief zeige politischen Jesuitismus, eine Fülle der raffiniertesten Kavalen, Stöcker habe mit eigener Feder sein Charakterbild geliefert und stehe jetzt in bengalischer Beleuchtung da als „Jesuit im Talar des protestantischen Geistlichen, eine der widerwärtigsten Erscheinungen“. Die „Köln. Ztg.“ insbesondere schilderte den Hofprediger a. D. als einen Mann, der in der Wahl seiner Mittel nie verlegen sei, wenn es sich darum handele, in lauterer oder unlauterer Weise seine persönlichen Ziele zu erreichen; die konservative Partei habe zwar den Hammerstein über Bord geworfen, die Trennung von dem Stöcker schein ihr aber schwer zu werden, und nun verlange sie von den anderen Parteien, daß sie hülfsen, den Mantel der Liebe über die Kniffe zu decken, mit denen der Thron habe umgarnt werden sollen; nein, Verbrechen seien es, die Hammerstein und Stöcker an unserm politischen Leben begingen, und der größte Fehler würde es sein, wenn die Konservativen noch jetzt an solchen Leuten festhielten, statt mit kräftigem Schnitt das Tafeltuch zu zerschneiden; die Partei möge den Mut haben, wieder zu werden, was sie war. Die Veröffentlichung des Briefes selbst wurde von mehreren Seiten beschönigt: das traurige Denunzieren könne unter Umständen

ein Gebot sein, jedenfalls könne man sich doch nach geschehener Veröffentlichung nicht blind stellen. Die ganze Angelegenheit bot Anlaß, daß überhaupt die Vergangenheit weiter aufgerührt wurde. Von Bismarck'scher Seite wurde gesagt, der damalige Reichskanzler habe verhindern wollen, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Koterie gewonnen werde; konservativerseits aber ergingen umständliche Darlegungen, wonach es damals darauf angekommen sei, zu verhindern, daß der junge Kaiser durch Ränke auf die Seite der Mittelparteien gebracht werde. Hieran hatte sich, wie nun hervorgehoben wurde, die „Kreuz-Zeitung“ am 26. September 1888 u. a. dadurch beteiligt, daß sie gesagt hatte, schlimmer als alles sei die Thatfache, daß man sich allmählich gewöhne, dem Kaiser „Fingerzeige“ geben zu wollen, wie er sich zu verhalten habe; solche Zustände seien in unserm königlichen Preußen unerhört. Nun lag allerdings die Frage nahe, ob dies vielleicht von Stöcker geschrieben sei, während er kurz vorher in jenem Briefe selbst auf solche Fingerzeige bedacht war. Es geschah wohl unter dem schwer wiegenden Eindruck dieser öffentlichen Betrachtungen, daß die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“ am 13. September den Stöcker abschüttelte durch die Versicherung, dessen persönliche Stellungnahme sei von der konservativen Partei stets rückhaltlos mißbilligt und die Partei habe mit der in Stöcker's Briefe empfohlenen Taktik nie etwas zu thun gehabt. Hierauf allgemeine Spannung, was Stöcker selbst sagen werde. Er kam von seinem Gute in Bayern nach Berlin zurück, hielt alsbald in einer Kirche eine Predigt und erklärte am 14. September öffentlich, der bewußte Brief entspreche allerdings seiner Auffassung von damals, er könne aber nicht sagen, ob der Brief wortgetreu und vollständig gedruckt sei; politische Heuchler und Lohnschreiber thäten nun so, als ob er ein großes Unrecht begangen habe; jene Taktik möchte von der Schattierung v. Hellendorf's einst gemißbilligt sein, alle wahrhaft Konservativen aber hätten in der Entrüstung über das illoyale und unmonarchische Verhalten der mittelparteilichen Presse mit ihm übereingestimmt. Diese antwortete jetzt, der Rechtfertigungsversuch mache den Eindruck höchster Verlegenheit und sei durch die Versuche, das Beweisthema zu verschieben, geradezu itaunenswert; auch hörte man wohl: „an dieser Feder erkennen wir ganz unsern teuren Gottesmann“. Dieser ließ sich jedoch nicht im

geringsten verblüffen, sondern erklärte am 17. September in seinem „Volk“ „der ganzen liberalen Sippenschaft von Verleuendern ein für allemal“, daß er Herrn v. Hammerstein bis zu diesem Frühjahr für einen durchaus ehrenhaften Mann gehalten habe und daß er auf die Nachricht von seinen Vergehungen ihn als Freund und Seelsorger zur Aufrichtigkeit wie zum Verzicht auf seine politischen Stellungen ermahnt habe. Daran schloß Stöcker ausführliche Darlegungen in der „Deutschen Evangel. Kirchen-Ztg.“ über „Die falsche Kartellpolitik Deutschlands Verhängnis“.

Das kühne und standhafte Auftreten des konservativen Vorkämpfers, dem es vor allem darauf anzukommen schien, seiner arg bedrängten Partei wieder aufzuhelfen, schien derselben wieder Mut einzuflößen. Wenig wollte es freilich sagen, daß er in seinem „Volk“ dichterisch begrüßt wurde, z. B. mit den Worten: „Sie wagen's feck, vom Rachedurst getrieben, dein edles Wollen schmählich zu mißdeuten; Reptile wagen's, schändlich auszubeuten, was Du mit Deinem Herzblut einst geschrieben!“ Aber das parteiamtliche Organ erklärte am 18. September, es denke niemand daran, Stöcker aus dem geschäftsführenden Ausschusse der Partei zu verdrängen, und einige Versammlungen in Berlin wie im Lande sprachen sich für Festhalten an Stöcker aus. Dies rief wieder Gegenkundgebungen hervor, darunter eine des Vorsitzenden der rheinischen Konservativen, des Freiherrn v. Plettenberg-Mehrum und des Professors Brecher in Berlin, der am 2. Oktober öffentlich bezeugte, daß er an Stöcker einen bemerkenswerten Mangel an Wahrheitsliebe gefunden habe. Stöcker, nicht müßig, nannte dies in einer Versammlung seiner christlich-sozialen Partei in Berlin am 4. Oktober einen ihm von hinten verletzten Stich, sodann schilderte er hier den durch seinen Brief veranlaßten Sturm als Theatermake und kritisierte die gegen ihn aufgefahrenen „Heuwagen von Lügen und Verleumdungen“. Dazu erschien in der „Badischen Landpost“ zu Karlsruhe eine interessante, nachher von Stöcker in seinen ausführlichen Schilderungen aus der Vergangenheit adoptierte Auslegung des „Stöckerbriefs“. Hiernach sollte nämlich aus demselben klar und deutlich hervorgehen, Stöcker habe gerade vermeiden wollen, daß zwischen Kaiser und Bismarck Zwietracht gesät werde; er habe so sehr auf den politischen Instinkt des Kaisers vertraut, daß er nur, im Gegensatz zu den Zwie-

tracht Säenden, habe sagen wollen: laßt diese Thatfachen nur objektiv auf den Kaiser wirken, dieser wird schon von selbst den richtigen Schluß auf Bismarck und seine Kartellpolitik machen. Bald hiernach brachte „Kladderadatsch“ eine Abbildung Stöcker's als „Professors der Ethik“, und vor dessen Katheder eine Anzahl von Männern in Jesuitentracht, denen die Worte in den Mund gelegt waren: „Der ist uns noch über“! Das für und wider Stöcker setzte sich noch bis gegen Ende Oktober fort. Stimmen aus Pommern meinten, sein Brief enthalte keine „Schlechtigkeit“, und weite Kreise hielten an ihm fest; andere Stimmen von dort bedauerten seine nicht offene Kampfweise; Professor Behschlag in Halle schilderte in den „D. Ev. Bl.“ den Grundfehler der Stöcker'schen Agitation, „der Sache des Christentums durch weltlich-politische Mächenschaften aufhelfen zu wollen“. Endlich nahm am 12. Oktober das parteiamtliche Blatt der Konservativen seine frühere Abschüttelung Stöcker's zurück, indem es, die von ihm abgegebene Erklärung „acceptierend“, damit die Sache als „abgethan“ bezeichnete. Aus gleichem Grunde rief die „Kreuz-Ztg.“ am 15. Oktober, wenn auch mit anderen Worten: ich lasse meinen Stöcker nicht, nein, meinen Stöcker laß' ich nicht. Trotz alledem verlangte das verbreitetste Blatt Pommerns aufs entschiedenste, daß die Parteileitung der Konservativen den Stöckerbrief direkt mißbillige.

Während dieser Streitigkeiten hatte sich der Gegensatz immer schärfer herausgebildet, der schon längst zwischen dem Gros der Konservativen und einem Teile derselben, den Christlich-Sozialen, entstanden war. Die „Kreuz-Ztg.“ wandte sich Ende September mit großer Entschiedenheit gegen die Richtung, welcher diese Partei zusteure, die namentlich im Pfarrer Naumann und seiner „Hilfe“ vertreten wurde und die durch einen neuerdings in Berlin gebildeten „Verein von Freunden der Hilfe“ sich auszudehnen suchte. Die Richtung kennzeichnete sich durch ein auf das Christentum gegründetes weitgehendes Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie, sodaß der Pfarrer Kößscke in Sangerhausen in einem offenen Briefe an v. Stumm gestand: „Wir stehen jetzt auf dem Punkte, eine reine Arbeiterpartei zu werden, die die Interessen der Arbeiter mit derselben Unerforschlichkeit vertritt wie die Sozialdemokratie“. Schon früher hatte derselbe Geistliche in einem thüringer Blatte ausgeführt, die letzten Ziele der Sozialdemokratie seien höchst edel,

durchaus christlich und ein großer Segen, auch lasse die Agitation dieser Partei sich nicht tadeln. Nachdem sodann Pfarrer Raumann am 6. Oktober zu Berlin einen Vortrag in demselben Sinne gehalten hatte, wandte sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in scharfer Weise gegen die Christlich-Sozialen als die Vertreter eines schlaffen Staats- und Obrigkeitsbegriffs. Noch bemerkenswerter war es, daß die „Konservative Korrespondenz“ am 25. Oktober als parteiamtliche Rundgebung eine offene Absage an „eine Richtung bei einzelnen jüngeren Pastoren, die den zeretzenden Agitationen der Sozialdemokratie weit entgegenkommt“, brachte; das Blatt nannte sieben derselben mit Namen und sagte, durch ein solches, lediglich den Klassenhaß schürendes und Unfrieden säendes Vorgehen werde einer Förderung gesunder sozialpolitischer Reformen lediglich entgegengearbeitet; es werde Sache der Kirchenbehörde sein, diese Art von Berufsthätigkeit der Seelsorger besonders zu würdigen; Sache der konservativen Partei aber sei es, die Sozialpolitiker dieser Richtung „auf das äußerste und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen“; alle Politiker und Zeitungen, welche diesen Kampf nicht aufnehmen oder ihm entgegenwirkten, könnten zur konservativen Partei nicht gerechnet werden. Eine Ergänzung fand diese kräftige Absage gleich hiernach durch eine ebenso deutliche Erklärung des Ausschusses des konservativen Provinzialvereins für Pommern, der eine „reinliche Scheidung“ verlangte und das Volk aufrief, sich gegen jene „unchristliche Agitation“ zu ermannen. Auf liberaler Seite gaben diese Vorgänge Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die an sich sehr begreifliche Teilnahme von Geistlichen an der sozialen Bewegung ein bedenkliches Ansehen annehme, wenn sie selbst die soziale Frage in die Hand nehmen wollten; man sehe dies an der demagogischen Rolle, die Stöcker schon als Hosprediger begonnen; er sei der Vater nicht nur des Antisemitismus, sondern auch des christlichen Sozialismus; nach beiden Richtungen sei er von jüngeren überholt, und mit Schrecken nehme jetzt erst die konservative Partei wahr, welcher Feuerbrand darin gelegen habe, daß sie mit diesen Richtungen gespielt; nicht unbeschmutzt schwinde man die Waffen der Demagogie; allmählich färbe nicht der christliche, königstreue Sozialismus auf die Sozialdemokratie ab, sondern diese habe die Christlich-Sozialen, ja die ganze konservative Partei durchdrungen und zerlegt; die Antisemiten, der Bund der Land-

wirte und die Pastorendemagogie hätten sich folgerichtig aus jenem ersten Samenkorn entwickelt; schmunzelnd sehe die Sozialdemokratie zu, wie diese Pastoren-Klugheit ihr ungebeten Vorspann leiste, noch dazu in dem Geschäft der Aufwiegelung der Landbevölkerung, das zu bewältigen sie schon verzweifelte. Durch diese und ähnliche Betrachtungen ließ sich jedoch Pfarrer Naumann nicht beirren, sondern er sagte in seiner „Hilfe“, noch hätten die Industrie-, Grund- und Geldherren das Heft in einer Weise in Händen, daß der vierte Stand fast gar keine Bedeutung habe; es gelte jetzt, daß er überhaupt soviel politische Macht gewinne, um lebensfähig zu sein; sei das erreicht, dann könne man weiter sehen. Als hierin das Parteiorgan der Konservativen den Beweis erblickte, daß jene Richtung mit vollem Bewußtsein auf Stärkung der Sozialdemokratie hinarbeite, nahm am 2. November dieser streitbare Pfarrer den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf, freute sich des nun losgehenden Streits und warf den Konservativen in derbster Weise Heuchelei vor. Gegen Ende Novembers zog diese Sache, namentlich in Pommern und Schlessien, weitere Kreise unter den Geistlichen, von denen sich einige, in Versammlungen vereint, für, andere gegen die neue Richtung und den betreffenden Beruf der Geistlichen aussprachen. Eine sehr entschiedene Wendung gegen die neuen sog. „Schwarmgeister“ nahm am 21. November der Parteitag der Konservativen Schlesiens in Breslau. Bemerkenswert erschien nach allem früheren, daß die „Kreuz-Ztg.“ sich am 26. November für eine „konservativ-centrum-nationalliberale Zusammenwirkung“ unter Führung und Vortritt der Konservativen aussprach. Dazu lag jedoch nicht die geringste Aussicht vor und nationalliberalerseits wurde diese Idee aufs allerderbste, insbesondere mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß das Centrum neuerdings die größten Reichsfeinde bei Neuwahlen unterstützt habe; der Vorschlag erschien jedoch immerhin als ein Zeichen, daß das Gären und Brodeln innerhalb der konservativen Partei weiter gehe. Herr Stöcker nahm, ungeachtet vieler langer Erklärungen, die er veröffentlichte, eine unklare Stellung zur Frage der Jung-Christlich-Sozialen ein. Kaum hatte er sich öffentlich von den Organen dieser Richtung losgesagt, als er sich am 16. Dezember in Liegnitz an der Bildung einer christlich-sozialen Vereinigung für Schlessien beteiligte, welche gerade diese Organe der sog. Schwarmgeister auch für die ihrigen

erklärte. Dabei hielt Stöcker eine Rede von der Gleichberechtigung der Arbeiter in sozialpolitischer Hinsicht, die in scharfem Gegensatz zu einem kurz zuvor ergangenen Erlaß des Oberkirchenrats stand, worin dieser es als seine Pflicht bezeichnete, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln den hervortretenden bedenklichen Erscheinungen entgegenzuwirken, nämlich der „Neigung von Geistlichen, sich über die in der Zweckphäre der Kirche liegenden Aufgaben hinaus an sozialen Bestrebungen zu beteiligen“. Nach dieser neuen Oppositionsstellung Stöcker's wandte man sich konservativerseits aufs neue von ihm ab; die „Nordd. Allg. Ztg.“ verglich ihn mit Baboeuf und bemerkte, wenn Stöcker in Liegnitz die Arbeiter aufgefordert habe, unter seiner Führung das sozialdemokratische Programm sich vollständig anzueignen, so müsse man sagen: „ob blutrot oder chameleonfarbig, Revolution bleibt Revolution!“ Mit gleicher Deutlichkeit wies das Organ der konservativen Partei den Agitator, den sie gar zu gern wieder zu sich herangezogen hätte, zurück, indem sie vor der Beteiligung an dem schlesischen Vereine warnte, obwohl Stöcker als Mitglied des konservativen Parteivorstandes an der Begründung des Vereins mitgewirkt hatte. Pfarrer Naumann trat dem Oberkirchenrate unverblümter entgegen, denn er sagte in seiner „Hilfe“: „Läßt sich die altpreussische Kirche wirklich auf den Standpunkt bringen, daß sie sich den Fragen, die aller Herzen bewegen, teilnamlos gegenüberstellt, dann eilt die Zeit an ihr vorbei.“

Der oben erwähnte, einer Art von neuem Kartell entgegenstehende Vorwurf gegen die Centrumpartei bezog sich auf deren Verhalten bei den Reichstags-Ersatz-Wahlen in den Bezirken Pleß-Rybnik und Dortmund-Hörde. Im ersteren Bezirke war die Wahl am 24. Oktober mit $\frac{2}{3}$ der Stimmen auf den polnischen Rechtsanwalt Radwaniski gefallen, während das Centrum hier bisher stets die Mehrheit gehabt, insbesondere noch 1890 sein Kandidat v. Huene mehr als 19000 Stimmen gegen bloß 66 des polnischen Bewerbers, und bei der Wahl von 1893 92,2% Stimmen aufzuweisen gehabt hatte. Die Schuld wurde jetzt von den sonstigen Gegnern des Centrums mit großer Übereinstimmung diesem selbst beigemessen; es ernte, was es gesät, es habe die polnische Bewegung in Oberschlesien großgezogen, worauf sie ihm über den Kopf gewachsen sei. Die „Germania“ wollte dies jedoch nicht zugeben und behauptete, gerade umgekehrt

verhalte es sich; man habe eben nicht auf das Centrum gehört, als es für die Rechte der Oberschlesier auf ihre Muttersprache eingetreten sei, und der Abg. Porzsch führte in einer Rede zu Breslau aus, die Polen hätten eben in Oberschlesien dem Centrum nicht mehr botmäßig sein wollen.

Was den Wahlbezirk Dortmund-Hörde betrifft, so siegte am 5. November in der Stichwahl der sozialdemokratische Dr. Lütgenau über den nationalliberalen Kommerzienrat Möller. Ziffermäßiger Berechnung nach schienen die Stimmen der Centrumpartei entscheidend hierfür gewesen zu sein; diese hatte zwar Wahlenthaltung als Parole ausgegeben, nach Lage der Dinge hatte dies jedoch den Sozialdemokraten zu gute kommen müssen; außerdem war der von der Dortmunder Centrumpresse gegebene Wink, der eine Kandidat sei Speck, der andere Schwarte, wohl verstanden worden. In der übrigen Centrumpresse wurde jene Parole damit gerechtfertigt, daß durch ein Eintreten des Centrums für den Nationalliberalen die ganze werbende Kraft des Centrums in der hier so zahlreichen Arbeiterschaft mit einem Schlage lahmgelegt worden wäre. Nur das Centrumsblatt „Der Westfale“ bedauerte dieses „Eintreten von Tausenden katholischer Arbeiter für einen Mann des Umsturzes“ als großen Fehler, zumal es im Reiche keinen Wahlkreis gebe, in dem eine Anfreundung der katholischen Arbeiterschaft mit den Sozialdemokraten so feuergefährlich wäre wie in diesem Industriebezirke. Aus den übrigen Parteien aber vernahm man nur Worte tiefsten Bedauerns, daß kaum zwei Monate nach des Kaisers Mahnruf an das Volk, sich gegen die Sozialdemokratie zu ermannen, dieser vom Centrum das 47. Reichstagsmandat verschafft worden sei; nun werde also vollends die Regierung auf diese Partei in keiner Weise mehr rechnen dürfen.

Die oben erwähnte Feier der nationalen Kriegsgedenktag fand noch eine hervorragende Fortsetzung durch die am 18. Oktober unter großen Feierlichkeiten stattgehabte Enthüllung des Denkmals für Kaiser Friedrich auf dem Schlachtfelde von Wörth, wozu außer dem Kaiserpaare die Kaiserin Friedrich sich einfand. Der Kaiser hatte nämlich, nachdem er in Rominten Ende September einige Tage zur Jagd zugebracht, hier auch eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Centralvereins für Lithauen

und Maßuren, dem Rittergutsbesitzer Seydel-Schelchen, gehabt hatte, am 15. März mit Gemahlin die Stadt Metz besucht, von da sich auf sein Schloß Urville in Lothringen begeben, hatte der Einweihung der evangelischen Kirche im nahen Kurzel beigewohnt und sodann eine eingehende Besichtigung der Schlachtfelder um Metz vorgenommen. Von hier aus begab sich das Kaiserpaar nach dem Schlachtfelde von Wörth, wo die Bedeutung des neuen Denkmals in einer ergreifenden, schwungvollen Festrede des Generals v. Mischke, einstigen Gefährten des späteren Kaisers Friedrich, hervorgehoben wurde. Der Kaiser dankte ihm hierfür und sagte sodann in einer Ansprache, tiefbewegten Herzens verweile hier seine hohe Frau Mutter, daran gedenkend, daß es ihr am Arme ihres Gemahls vergönnt gewesen, an dieser Stelle aus seinem eigenen Munde die Kunde über den ersten von ihm erfochtenen großen Sieg zu vernehmen. Was wir, so fuhr der Kaiser fort, angesichts dieses Standbildes und in Anbetracht der 25jährigen Wiederkehr der großen Zeit der Wiedergeburt unseres Vaterlandes fühlen, wo hier zuerst süd- und norddeutsches Blut zu dem Ritte sich vereinigten, das bewege tief unsere Herzen. Und wir Jüngeren wollten hier geloben, das zu halten, was Kaiser Friedrich uns erfochten, die Krone zu wahren, die er schmiedete, „und dieses Reichsland, gegen wen es auch sei, zu schirmen und deutsch zu erhalten“.

Die Erwähnung eines anderen Vorganges nationaler Bedeutung möge sich hier anschließen, wenngleich er mit jenen Kriegsgedenktagen nicht unmittelbar zusammenhängt: Die am 26. Oktober in Leipzig in Gegenwart des Kaisers und des Königs Albert von Sachsen stattgehabte feierliche Schlußsteinlegung zum neuen Gebäude des Reichsgerichts. In der in den Grundstein gelegten kaiserlichen Urkunde war gesagt: „Wir erwarten, das Reichsgericht als gewissenhafter Hüter der deutschen Rechtseinheit werde auch fernerhin für die Wohlfahrt und den Ruhm des Reichs zu wirken bemüht sein“; die schon bei der Feier der Grundsteinlegung kundgegebene Hoffnung, daß dem Verlangen des deutschen Volks nach größerer Einheit seines Rechts durch ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch in nicht zu ferner Zeit entsprochen werde, gehe ihrer Erfüllung entgegen. Nachdem der Bundesratsbevollmächtigte v. Leonrod und der Reichstagspräsident v. Buol-Berenberg Ansprachen an den Kaiser ge-

halten hatten, that der Kaiser die drei Hammerschläge mit den Worten „Im Namen des dreieinigen Gottes! Recht soll Recht bleiben!“, ihm nach die übrigen anwesenden Fürstlichkeiten und hohen Beamten, worauf der Präsident des Reichsgerichts v. Dehlshäger mit einer Ansprache an den Kaiser das neue Gebäude übernahm.

Der folgende Tag, der 27. Oktober, war wieder ein Erinnerungstag, jedoch ein ganz neuer: es war ein Jahr seit dem Wechsel im Amte des Reichskanzlers verflossen, und dieser Jahrestag gab der gesamten Presse Anlaß zu Rückblicken auf die Zwischenzeit sowie auf die Art, wie die nun den Rat der Krone bildenden, jetzt von der Erbschaft ihrer Vorgänger entlasteten Männer die ihnen gestellten Aufgaben lösten. Außer dem Reichskanzler und dem Minister von Hammerstein, deren Reisen bereits S. 10 u. 130 erwähnt sind, wurde der Minister v. Boetticher eine Zeitlang Gegenstand öffentlicher Besprechung. In der „Zukunft“ war nämlich am 29. Juni gesagt, wenn die Versicherung sehr glaubwürdiger Zeugen sich bewahrheite, daß dieser Staatssekretär zu einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutende Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen habe, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amte von allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten. Hierauf brachte der „Reichsanzeiger“ am 10. Oktober eine von allen übrigen Ministern unterzeichnete Erklärung des preussischen Staatsministeriums, das sich gegen jenen, vom Hauptorgan der Agrarier wiederholten Angriff mit dem Bemerkten wandte, daß die thatsächlichen Vorgänge, welche zu den Angriffen Anlaß gegeben haben könnten, schon früher amtlich festgestellt seien, daß das Staatsministerium es aber der Würde eines Staatsministers nicht entsprechend halte, mittelst gerichtlicher Klage vorzugehen; jetzt erscheine es an der Zeit, dem Treiben ein Ende zu machen durch des Staatsministeriums öffentliche Bezeugung der Grundlosigkeit jener Vorwürfe; denn es sei amtlich festgestellt, daß Herr v. Boetticher niemals von Bankiers Geld entliehen, auch keinerlei Zuwendungen, insbesondere nicht den Ersatz des von ihm zur Deckung der Schulden seines Schwiegervaters hergegebenen eigenen Vermögens empfangen

habe und daß jene Verhandlungen zu einer Zeit stattgefunden hätten, in der von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede gewesen sei. An diese Bekanntgebung schlossen sich mehrere Wochen lang fast täglich lange Erörterungen in vielen politischen Tagesblättern. Darunter nahmen Auslassungen der „Hamburger Nachrichten“ breiten Raum ein, wonach Herr v. Boetticher zur Zeit von Fürst Bismarck's Amtsführung pflichtwidrig und hinter des Fürsten Rücken eine andere Ansicht in den Arbeiterfragen vertreten habe als die seines damaligen Vorgesetzten. Dagegen richteten sich am 14. Oktober Mitteilungen eines Berliner Blattes über eine ausführliche Schilderung, die Herr v. Boetticher neuerdings privatim über sein Verhältnis zum Fürsten Bismarck gegeben habe. In diesen unwiderprochen gebliebenen Angaben war u. a. gesagt, der Fürst habe es nicht verstanden, dem Kaiser die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei ihm Eingang fanden; dem Kaiser habe es nicht gefallen, daß der Fürst autoritativ zu ihm gesprochen habe, infolge dessen beide sich schließlich nicht mehr verstanden hätten; beim Abschied im März 1890 habe dann der Fürst zu v. Boetticher gesagt, daß er ihn „in dem Kampfe gegen den Kaiser“ nicht so unterstützt habe, wie er wohl gekonnt. Eine weitere Fortsetzung jener Angriffe wurde in der Presse derbe abgefertigt durch die Bemerkung, daß es erbärmlich von den Agrariern gehandelt sei, diese Sache auszunutzen zur Beseitigung des Ministers, der beim Abschluß der Handelsverträge wesentlich mitgewirkt habe.

Die hervorragendsten Vorgänge auf dem Gebiete der evangelischen Kirche Preußens bewegten sich um die seit November 1894 aufgeworfenen Fragen bezüglich des Einflusses der sog. „liberalen“ Professoren der Theologie an den Universitäten. Den damals hervorgetretenen Angriffen gegen diejenigen dieser Dozenten, welche auftragsweise in Ferienkursen zahlreichen Geistlichen die Ergebnisse der neuen theologischen Forschungen mitgeteilt hatten, waren Eingaben von Presbyterien, zunächst aus Rheinland und Westfalen, an die kirchliche Oberbehörde gefolgt, in denen verlangt wurde, daß die jungen Theologen auf den Hochschulen in der wahren Erkenntnis der göttlichen Geheimnisse auf Grund des Wortes Gottes in Übereinstimmung mit den Bekenntnisschriften unterwiesen und befestigt würden. Hierauf erteilte der Oberkirchenrat am 8. März eine

unter Zuziehung des General-Synodalvorstandes abgefaßte Antwort, die keiner der beiden sich entgegenstehenden Richtungen völlig entsprach. Es wurde darin zugegeben, daß wissenschaftliche Erörterungen über die Heilswahrheiten des Christentums und die heilige Geschichte, insoweit sie zu dem in der Kirche anerkannten Ausdruck des Glaubens in Gegensatz treten, allerdings geeignet sein könnten, in den am schlichten Glaubensinhalt der heiligen Schrift festhaltenden Kreisen Beunruhigung hervorzurufen; es wurde sogar beklagt, daß es nicht immer vermieden worden sei, zweifelhafte Aufstellungen gelehrter Forschung weiteren Kreisen in der geeigneten Form beizubringen, sodaß der Unterschied ausgesprochener Vermutung und erwiesener Wahrheit selbst in den Hauptpunkten des Glaubens nicht erkennbar hervortrete; dagegen könne es zur Beruhigung dienen, daß solche Ausführungen einzelner Gelehrten sich vielfach unter einander widersprüchen, in der Wissenschaft nur geteilte Anerkennung fänden und daß die evangelische Wahrheit, wie sie von der Kirche geglaubt werde, unter den Männern der theologischen Wissenschaft keineswegs verlassen dastehet. Mit äußeren Mitteln jenen Forschungen zu begegnen, würde der grundsätzlichen Stellung der Kirche nicht entsprechen; Irrtümer könnten nur durch wissenschaftliche Erörterung bekämpft werden; übrigens werde dahin gewirkt werden, daß es den theologischen Fakultäten an fest im Glauben stehenden Lehrern nicht fehle. Zu dieser Entscheidung wurde von den Anhängern der angegriffenen Dozenten bemerkt, daß sie einen schiefen und schillernden Eindruck mache, das Lebenselement jeder ehrlichen Forschung nur theoretisch anerkenne, ihres zwiespältigen Charakters wegen weder hüben noch drüben befriedigen könne und nur die Verlegenheit wieder spiegelt, den Beschwerdeführern nicht recht geben zu können ohne dem protestantischen Grundsatz der Freiheit des Gewissens untreu zu werden. Mit größerer Entschiedenheit wurde vom Kultusminister am 30. März der Vorschlag des Pastors v. Bodelschwingh zu Bielefeld wegen Gestattung der Errichtung einer freien kirchlichen theologischen Fakultät zurückgewiesen; die Verfolgung dieses Planes würde im Interesse der Landeskirche „hochbedenklich und verhängnisvoll“ sein. Hieraus nahm am 24. April eine Versammlung von Freunden des kirchlichen Bekenntnisses in Bielefeld Veranlassung, die Abhülfe nunmehr durch

„Besetzung der akademischen Lehrstühle mit Leuten, die sich unter die Autorität des Wortes Gottes stellen“, zu verlangen. Wie wenig die Gegner der sog. liberalen Professoren sich durch den Oberkirchenrat beruhigt fühlten, zeigte eine am 7. u. 8. Mai in Berlin stattgehabte Versammlung der „Konfessionellen“ in Verbindung mit den „Positiv-Unierten“. Wie zuerst 1887 in der Frage des kirchlichen sog. Selbständigkeitsgesetzes, so traten sie, an Zahl 800, in der jetzigen großen Frage unter dem Namen einer „Landeskirchlichen Vereinigung“ zusammen. Superintendent Holtzheuer aus Weferlingen (Kr. Gardelegen) leitete sie ein mit einer Skizzierung der beiden innerhalb der Kirche und der Theologie sich jetzt gegenüberstehenden Weltanschauungen, die eine auf dem Grunde, außer welchem kein anderer gelegt werden kann, die andere grundstürzender Art; die theologischen Fakultäten, soweit sie dem Irrgeist hulldigten, wirkten tödlich anstatt Quellgebiete des Lebens zu sein. Pastor Löhr aus Barmen führte aus, es sei die allerhöchste Zeit, daß etwas gegen den modernen Unglauben geschehe. Den Bericht über das Thema „Stellung des Staats, der Kirche, der Theologie und des Volks zu den theologischen Fakultäten“ hatte der Professor der Rechte, Jörn in Königsberg, übernommen. Wegen dessen Erkrankung wurde sein ausführlicher Bericht verlesen und vom Oberverwaltungsgerichts-Direktor Hahn weiter begründet. Pfarrer Kobelt aus Neustadt eiferte gegen freie theologische Fakultäten. Hofprediger a. D. Stöcker schilderte den tiefen Unwillen des christlichen Volks, der die Versammelten gezwungen habe, Stellung zu nehmen, denn es handele sich um den Bestand der Kirche der Reformation; beim jetzigen Treiben bleibe zuletzt nichts mehr fest bestehen. Wie könne man ferner Weihnachten feiern, wenn Jesus der Sohn Joseph's und Maria's gewesen? Der eine mache das alte Testament zur Mythologie, der andere das neue; solche Kunststücke wolle das christliche Volk nicht mitmachen, denn es habe einen tiefen Sinn für Offenbarung; sie geltend zu machen im Sinne der Wahrheit und des Lebens, das allein könne helfen; wer für die übernatürliche Welt gewonnen ist, nehme die übernatürlichen Dinge als naturnotwendig hin. Schließlich forderte die Versammlung, daß der Staat bei Besetzung der theologischen Professuren neben der wissenschaftlichen Befähigung die dem kirchlichen Bekenntnis entsprechende

Stellung zum Worte Gottes maßgebend sein lasse, und sie erklärte es für ein Recht der Kirche, auf die Berufung der theologischen Professoren einen wirksameren Einfluß zu üben. Fernerhin wünschte die Versammlung, daß geeigneten Geistlichen der Auftrag gegeben werde, gemäß den akademischen Anordnungen, in den Lehrkörper der Universitäten einzutreten und an der wissenschaftlichen Arbeit sowie am Unterricht der Theologie Studierenden teilzunehmen, wofür ihnen seitens der Kirche eine Besoldung zu geben sei; endlich wurde die Gründung freier Konvikte an den Universitäten, damit die Theologie Studierenden im Geiste der Kirche gefördert würden, verlangt. Als nun im September der Konsistorialrat Göbel in Münster zum ordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät zu Bonn ernannt wurde, fand dies auf liberaler Seite große Anfechtung. Da das neutestamentliche Fach, für das Göbel bestimmt war, in Bonn, bei etwa 100 evangelischen Theologen, schon durch 4 Lehrer vertreten wurde, so wollte man den Grund der Ernennung in einem „Entgegenkommen gegen die Hezzer“ erblicken, indem Göbel ein Gegengewicht gegen Prof. Grafe's berühmte Ferienkurse bilden, also ein „Straftheologe“ sein sollte. Auf dem Gebiete der evangelischen Kirche waren es nicht bloß die mehrfach oben erwähnten „Sungen“ in der christlich-sozialen Partei, die sich der sozialen Fragen annahmen, sondern es geschah dies ferner auf dem von zahlreichen evangelischen Geistlichen besuchten 28. „Kongreß für innere Mission“, der am 24. u. 25. September in Posen stattfand. Der hier vom Professor Sohni aus Leipzig gehaltene Vortrag über den „Christen im öffentlichen Leben“ erregte in weiten Kreisen großes Interesse. Die Versammlung faßte nach längeren und lebhaften Verhandlungen Beschlüsse über das christliche Gemeinschaftswesen innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde, über die seelsorgerische Behandlung der Trinker und über die Mittel, wie den wirtschaftlich-sozialen Mißständen und sittlich-religiösen Gefahren begegnet werden könne, welche die Sachengängerei zur Folge habe. Zu den Erscheinungen auf dem Gebiete der evangelischen Kirche pflegt auch das Verhalten des Evangelischen Bundes gerechnet zu werden. Unter den Vorträgen, die auf der Generalversammlung dieses Bundes zu Zwickau vom 1.—3. Oktober gehalten wurden, trat vor allem hervor der des Professors Nippold aus Jena über die internationale Seite der

päpstlichen Politik und die Mittel der Abwehr. Der Redner führte aus, wie die päpstliche Politik sich gegenwärtig auch auf die innere und äußere Politik der Staaten zu erstrecken suche, wobei die internationale Bedeutung der deutschen Centrumpartei eine Rolle spiele; selbst Pius' VI. kluger Minister Consalvi habe keine schlauere päpstliche Politik gemacht als der jetzige „Friedenspapst“. Die Versammlung wandte sich sodann „an die evangelischen Volksgenossen“ mit einem Aufruf, in dem auf die bedauerliche Thatsache hingewiesen wurde, daß im Jahre der erhebenden Erinnerungen die Parteien verderblicher als je sich unter einander befehdeten und die Macht des materiellen Sinnes erschreckend um sich greife, weil das Volk nicht genug erkenne, daß die deutsche Reformation es sei, die den Grund zur politischen Wiedergeburt Deutschlands gelegt habe. Die damals erweckten Kräfte edler Geistesfreiheit seien jetzt unterbunden, weil wir religiös gesunken seien. Daher komme die beklagenswerte Gleichgültigkeit gegenüber den rastlosen Bestrebungen, dem Papsttum herrschenden Einfluß auf deutschem Boden zurückzugewinnen. Wollen wir, hieß es weiter, dem Rütteln an den Grundlagen von Staat und Gesellschaft ruhig zusehen „oder soll es der Macht des Ultramontanismus wirklich gelungen sein, dem neuen Deutschen Reiche den Keim unheilbaren Siechtums einzupflanzen?“

Zu dem im Sinne dieses Aufrufs eigentümlichen Verhalten der römischen Kurie wurde u. a. das Vorgehen der preussischen Bischöfe gerechnet, die nach ihrer am 20. August in Fulda stattgehabten Zusammenkunft sich zwar einerseits für eine Feier der deutschen Kriegsgedenktag, andererseits aber auch für Kundgebungen gegen die italienische Feier des 20. September als des 25jährigen Gedenktags der Einnahme Roms durch die Italiener aussprachen. Diese Kundgebungen bestanden in der Anordnung von Sühne- und Bittgottesdiensten sowie im Erlaß von Hirtenbriefen voll großer Leidenschaftlichkeit. Sie fanden vielfachen Tadel sowohl wegen ihrer Sprache, die sehr abstach von den lauen Worten in den bischöflichen Anordnungen zur Sedanfeier, als auch weil sie sich gegen eine mit dem deutschen Reiche eng verbündete Nation und Regierung richteten und damit mittelbar auch die deutschen Erfolge von 1870, in Folge deren den Italienern die Einnahme Roms erst ermöglicht wurde, verurteilen zu wollen schienen. Der deutsche Katholikentag hatte freilich schon

die stärksten Ausdrücke in dieser Beziehung gebraucht; anders war es aber aufzufassen, daß die Bischöfe ihm hierin nachfolgten. Am weitesten von ihnen ging der Bischof Dingelstad von Münster, der in seinem Erlasse von der heiligen Entrüstung aller treuen Katholiken über die Schmach und Schande des vor 25 Jahren am Papste begangenen Raubs und Frevels sowie dessen jetziger feierlichen Begehung sprach. Diese Einmischungen in auswärtige Angelegenheiten blieben übrigens amtlich ohne Folgen, da die an solche Kundgebungen im eigenen Lande längst gewohnte italienische Regierung diese in Deutschland erfolgten Kundgebungen ignorierte. Der Papst hob am 12. Oktober in seiner Antwort auf ein von den Bischöfen aus Fulda an ihn gerichtetes Schreiben hervor, daß gerade die Ereignisse vor 25 Jahren, die Bestätigung der päpstlichen Unfehlbarkeitslehre und der „Raub der päpstlichen Stadt“, die Verbindung der Katholiken mit dem päpstlichen Stuhle gefestigt hätten; Gott allein kenne Zeit und Umstände der Erlösung des Papstes.

Gehen wir auf die Gärung innerhalb der konservativen Partei zurück, so wurde angesichts der oben erwähnten ersten schwachen Versuche zur Ablegung der bisherigen Schroffheit von verschiedenen Seiten her betont, daß folgerichtig die Konservativen sich nun auch von der Demagogie der Agrarier lossagen müßten, und es machte wirklich kurze Zeit den Eindruck, als ob es diesen um solchen Verlust allerdings bange zu werden beginne, wie andererseits sich hieraus ihr jetzt erneutes schroffes Vorgehen zu erklären schien. Vorläufig freilich fiel die „Kreuz-Ztg.“ noch ganz in denselben Ton zurück wie früher: am 17. Oktober wurde in diesem Blatte die Notlage der Landwirte in beweglichen Worten geschildert; in $\frac{3}{4}$ aller landwirtschaftlichen Betriebe werde mit Ende Oktober alles zum Verkauf verfügbare Getreide bereits seinen Weg auf den Markt gefunden haben, für Winterausgaben sei kein Pfennig mehr verfügbar, für Betriebskosten bis zur nächsten Ernte erst recht nicht; jeder Kredit wäre längst in Anspruch genommen und an ein Verzinsen oder Wiedererstattet nicht zu denken; die Regierung möge sich drehen und wenden wie sie wolle, sie könne der Landwirtschaft nur durch Verschaffung auskömmlicher Getreidepreise helfen. Einige Tage später wurde in demselben Blatte verlangt, daß ein Kapital von 300 Millionen in Getreidespeichern festgelegt werde, die etwa ein bis zwei Millionen Tonnen Roggen fassen

könnten. Daß übrigens den Konservativen das Eintreten für den Antrag Kanitz ebenso sehr wie der Fall v. Hammerstein zum Schaden gereicht hatte, ging am 4. Dezember aus der Niederlage ihres Kandidaten gegen den der Nationalliberalen bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Herford-Halle hervor; das konservative Blatt in Elberfeld sagte selbst, daß mehr als alles andere dieser Antrag zu der Niederlage beigetragen habe, was die ganze Partei sich zu Herzen nehmen möge.

Was die eigentlichen Agrarier betrifft, so unternahm der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, v. Plötz, Ende Oktober einen Streifzug in die Rheinlande, wo er in drei Versammlungen die Forderungen der Landwirte in bekannter Weise besprach. Damit kam er aber der Centripetalkartei ins Gehege, die keineswegs gesonnen war, die agrarische Richtung in ihrer Mitte hierdurch noch verstärken zu lassen. Herr v. Plötz wurde daher von dieser Seite deutlich abgewiesen und das Hauptorgan des Centrums am Rhein wies nunmehr das agrarische Hauptstück, den Antrag Kanitz, völlig zu den Toten. Der Minister v. Hammerstein suchte sich Ende Oktober der Landwirte insofern anzunehmen, daß er eine Reise nach Schlesiens unternahm, um hier, wie einige Monate zuvor in Ostpreußen, die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Auf dieser Reise sprach er sich bei einem Festmahle in Ratibor dahin aus, das nächste Ziel müsse darin bestehen, mit einer ganzen Reihe einzelner Maßregeln zu helfen, von denen vielleicht jede einzelne an sich von keiner so allgemeinen Bedeutung sein möge, die aber in ihrer Gesamtheit schließlich doch zu einer Besserung führen würden. Was den Antrag Kanitz betreffe, so habe er „bis jetzt“ nicht die Überzeugung gewinnen können, daß er der Landwirtschaft Segen bringen würde. Diese Art von Entgegenkommen war jedoch durchaus nicht nach dem Sinn der Agrarier; ihre Organe wiesen das System der „kleinen Mittel“ gänzlich ab, das ihnen sekundierende „Volk“ sagte: „Nur ein Rettungsmittel kennen wir: eine gewaltige Agitation der Landwirte, zehnmal stärker als jede bisherige und von so unwiderstehlicher Kraft, daß die Regierung nachgeben muß“, und der Abg. v. Puttkamer-Plauth, Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Westpreußen, hielt in Sablonowo eine gewaltige Rede, in der er den Sieg der Landwirtschaft über die ihr feindliche

Großindustrie für nötig erklärte und Abhülfe mit energischen Mitteln verlangte, da mit der Politik der kleinen Mittel gar nicht gedient sei; der Antrag Ranitz wäre in seiner jetzigen Form allerdings vielleicht nicht in allen Punkten durchführbar; wenn die Regierung aber den ernststen Willen hätte, ihm näher zu treten, so würde sie sich von seiner Durchführbarkeit überzeugen können. Zum Schluß sagte der Redner: „den Fanatismus will ich in Ihnen wachrufen, Sie sollen fanatische Agrarier werden“. Da sich Herr v. Puttkamer erst vor kurzem in gemäßigter Weise hatte hören lassen, so bemerkte das Organ dieses Bundes, die Wendung beweise, daß die gewachsene Not mit ihrem ehernen Zwange die Landwirte immer mehr zum Anschluß an die Ideen des Bundes dränge, der nun vor der Aufgabe stehe, trotz der Staatsratsbeschlüsse die Regierung zur agrarischen Anschauung zu befehlen; erst wenn dies gelungen sei, würden die Landwirte aus der ihnen jetzt aufgedrungenen Opposition scheiden. Dies letztere wurde dem Minister v. Hammerstein auch beim Festmahl in Guhrau vom Landeshauptmann v. Koeder deutlich gemacht, der diese Opposition als eine sachliche und legitime ansehen zu wollen bat. Aber auch ein Stück jenes Fanatismus nahte dem Minister in Gestalt einer von den Frauen zweier Landwirte ihm in Ratibor überreichten Bittschrift, in der das ganze Register der Agrarier gezogen, auf ein bevorstehendes Hinauswandern am Bettelstab ins Elend hingewiesen und mit dem verzweiflungsvollen Übertritt zur Sozialdemokratie gedroht war. Verfiel auch dieser Vorgang der Lächerlichkeit, so setzte sich die scharfe Tonart der Agrarier doch beachtenswert weiter fort. Ihr Organ meinte am 3. November, die Vertröstungen auf „bessere Zeiten“ eröffneten nur die Aussicht auf den völligen Ruin und warf den Leitern der Politik vor, ohne Kenntnis der eigentlichen Lage zu urteilen. Ferner beschloß der Gesamtvorstand des Bundes der Landwirte am 6. November eine längere programmatische Erklärung bezüglich der Hebung der Getreidepreise, worin es hieß, die vollständige Lösung der Agrarfrage könne nur geschehen mit der Durchführung aller agrarischen Fragen bis zur systematischen Ausgestaltung des Agrarrechts. Unterstützt wurden diese Bestrebungen u. a. vom Grafen H. Bismarck, der am 17. November in einer Rede zu Sandau im Kreise Stendal für den Antrag Ranitz, dessen Anhänger sich, wie er sagte, sehr vermehrt

hätten, auftrat. Die agrarischen Agitationsversammlungen setzten sich in den Ostprovinzen bis beinahe zum Jahreschluß fort, so in Marienburg, Tilsit, Görlitz, Breslau, durchgängig mit dem Bestreben, neben der Opposition die Loyalität hervorleuchten zu lassen; namentlich erteilte am 27. November in der Versammlung zu Marienburg der Abg. v. Puttkamer-Plauth den Rat, nicht das Tischtuch zwischen den Agrariern und der Regierung zu zerschneiden. Während ein Teil derselben sich in den Antrag Kanitz völlig festgerannt hatte, sodaß der Geh.-Rat v. Selchow-Rudnick ihn in einer Schrift mit dem 6. und 18. Kapitel der Apokalypse in Verbindung brachte, wurde dieses Hilfsmittel in den sonst starken Erklärungen einer Agrarierversammlung zu Königsberg am 19. Dezember gar nicht erwähnt. Aber ein agrarisches Blatt brachte wochenlang bombastische Artikel voll offenbar maßloser Übertreibungen über die unleugbare Notlage der Landwirtschaft. So ließ es z. B. die Landwirte zum Kaiser sagen: „Ave Caesar, morituri te salutant!“ Die agrarische Agitation in ihrer schärfsten Form fand schließlich auch in Württemberg, Baden und der Pfalz breiten Boden, obwohl in diesen Ländern von jeher eine den politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Tendenzen des ostelbischen Junkertums gerade entgegengesetzte Auffassung geherrscht hatte.

Im Gegensatz zu dem bunten Treiben in den anderen Parteien stand die verhältnismäßige Ruhe in der sozialdemokratischen Partei ab. Sie konnte es sich allerdings jetzt gefallen lassen, daß ihr auf gegnerischen Seiten mit mehr oder weniger Absicht vorgearbeitet wurde; aber der Hekt im Karpfenteich war doch auch nachdenklich geworden durch die Wahrnehmung, daß bei vielen, auf die er rechnen zu dürfen geglaubt, anläßlich der Feier der Kriegsgedenktage die patriotische Ader schließlich durchgeschlagen hatte, auch der Arbeiter sich zu sehr geehrt fühlte, wenn er bei jenen Gelegenheiten als Veteran dekoriert oder auf verschiedene Weise amtlich geehrt wurde. Der Abg. Auer versuchte daher am 4. September in einem Vortrage zu Berlin etwas einzulenkten. Daß die Sozialdemokratie stets antinational und antimonarchisch gewesen, sei ein Irrtum, sie könne die Sedanfeier bloß nicht mitmachen, weil diese keine nationale, sondern eine Parteifeier bilde; keinesfalls zähle die Sozialdemokratie zu den Reichsfeinden, denn zu den Zuständen vor 1870 strebe sie nicht zurück.

Der Abg. Singer machte am 24. September in einer Rede zu Berlin ebenfalls einen solchen Versuch. Seine Partei wolle die Rechte des Volks wahren, und da sie den Völkerfrühling erstrebe, könne sie unmöglich die Erinnerung an die Tötung so vieler Menschen feiern; sie fühle sich einig mit den Arbeitern Frankreichs und ändere diese Meinung auch nach Schimpfworten nicht; sie werde als vaterlandslose Kotte hingestellt, Internationalität sei jedoch noch lange nicht gleichbedeutend mit Vaterlandslosigkeit. Am 4. Oktober veröffentlichte die Reichstagsfraktion einen Bericht über ihre parlamentarische Thätigkeit und debutierte darin gleich zu Anfang mit dem Satz „Die besitzende herrschende Klasse will die Besitzlosen politisch rechtlos machen, um gefügige Arbeiter zu erhalten, die mit dem niedrigsten Lohn wie der höchsten Steuerbelastung zufrieden sein müssen“. Der vom 6. bis 11. Oktober in Breslau stattgehabte Parteitag machte keinen imponierenden Eindruck. Das Leiden der deutschen Parteien, die Uneinigkeit, trat auch hier, und zwar stärker als sonst hervor; mit vieler Erbitterung wurden die hohen Einkünfte der Führer besprochen; ein badischer Genosse wurde wegen Herabwürdigung der Partei ausgeschlossen; eine ganze Reihe von Beschlüssen wurde gefaßt, darunter der einer umfassenden Agitation für das allgemeine Wahlrecht sowie für unbeschränkte Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit, falls dies alles noch reaktionärer gestaltet werden sollte. Das interessanteste jedoch waren umständliche Verhandlungen über den Entwurf eines „Agrarprogramms“, den eine auf dem vorigen Parteitage eingesetzte Kommission vorlegte. Dieser Entwurf wurde mit 158 gegen 63 Stimmen verworfen, weil darin der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht gestellt werde, er also zur Neubelebung ihres Eigentums-Fanatismus beitrage; er weise dem Ausbeutestaat neue Machtmittel zu und erschwere dadurch den Klassenkampf des Proletariats. Dieser Beschluß schien den ersten größeren Riß in der Partei zu offenbaren; die Gegner dürften aber wohl thun, nicht zuviel hierauf zu bauen, da die Partei gerade von ihnen gelernt hat, das Einigende voranzustellen. Der „Vorwärts“ versicherte denn auch am 14. Oktober, die Partei stehe so intakt, kampfesmutig und siegesbewußt da, wie nur je. Und allerdings, als bald darauf die „Genossen“ in der bayrischen zweiten Kammer offen erklärten, daß sie sich an den Beschluß des

Parteitags in der Agrarfrage nicht kehren würden, auch Versammlungen in Nürnberg, Fürth und Mainz sich dem anschlossen, schleuderte die Parteileitung keinen Bannstrahl gegen die Rezer, ganz im Gegensatz zu Liebknechts Drohung „Wer sich nicht fügt, fliegt hinaus“. Die stärksten Angriffe erfuhr der Parteitag am 13. Oktober in einer Berliner Anarchisten-Versammlung, wo es hieß, die Sozialdemokratie terrorisiere die Arbeiter auf unglaubliche Weise und alle ihre Parteitage seien weiter nichts als eine Ausfängung derselben.

Seit Ausgang des Sommers wurde in 53 Fällen Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen Sozialdemokraten, meist gegen Redakteure erhoben, worauf meistens Verurteilung (zusammen auf 31 Jahre Gefängnis) erfolgte, und es machte dies den Eindruck, als solle, nachdem das Umsturzgesetz nicht zustande gekommen war, alles erschöpft werden, was sich vom Boden des gemeinen Rechts aus gegen die Umstürzler thun ließ. Das größte Aufsehen erregte dabei die am 12. November in Breslau erfolgte Verurteilung des Abgeordneten Liebknecht zu 4 Monaten Gefängnis wegen einer Majestätsbeleidigung, die er durch die Ansprache zur Eröffnung des Parteitags am 6. Oktober begangen habe. Zwar erkannte das Landgericht an, daß Liebknecht darin gerade auf die Vermeidung dieser Beleidigung ausgegangen sei; es meinte aber, er habe sie dennoch durch die Wahl zweideutiger Worte begangen im Bewußtsein, daß diese als Majestätsbeleidigung aufgefaßt werden könnten. Darüber ziemlich allgemeines Kopfschütteln und Proteste gegen die Statthaftigkeit der Annahme einer eventuellen Arglist.

Am 29. November fiel urplötzlich ein kräftiger Schlag gegen die Sozialdemokratie: der Berliner Polizeipräsident v. Windheim ließ, nachdem er bei mehr als 80 Mitgliedern dieser Partei in der Hauptstadt Hausdurchsuchung hatte halten und viele Papiere mit Beschlagnahme belegen lassen, dem Vorsitzenden des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dem Reichstagsabgeordneten Singer, eröffnen, daß dieser Vorstand auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes von 1850 vorläufig geschlossen sei, weil er als politischer Verein im Sinne des Gesetzes mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten sei. Der Parteivorstand teilte dies sogleich öffentlich den Parteigenossen unter dem Rufe mit: „Seid auf dem Posten und behaltet ruhig Blut! Lasse sich

niemand provozieren und sehe sich jeder seine Umgebung genau an!" Die Thätigkeit des Vorstandes wurde bis auf weiteres der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion übertragen, und der „Vorwärts“ meinte, der Paragraph, auf Grund dessen das Verbot erfolgte, habe sich als politische Zwangsmaßregel so sehr überlebt, daß auch in anderen Parteien dieses Verbindungsverbot als völlig unhaltbar fallen gelassen werde. Darauf sprachen sich allerdings einige freisinnige Organe sehr heftig gegen jene gleichmäßig alle Parteien bedrohende Bestimmung des in der Reaktionszeit der 1850er Jahre oktroyierten Gesetzes aus; gerichtlicherseits wurde indes die Maßregel vorläufig bestätigt, worauf am 10. Dezember zwölf von der Reichstagsfraktion einberufene Versammlungen erklärten, jene Maßregel bilde „einen weiteren Schritt auf der durch die Umsturz-Vorlage klar gezeichneten Bahn zu Ausnahmemaßregeln gegen die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiterklassen“, und sie schließe sich den Tendenzprozessen der letzten Zeit an; gegen diese Politik werde Protest erhoben. Das unermüdlich auf Ausnahmemaßregeln drängende Bismarck'sche Organ in Hamburg sprach dagegen sein Bedauern über diese Polizeimaßregeln aus, weil sie in ihrer Wirkung ein Sozialistengesetz leider nicht ersetzten. Zur künftigen Vermeidung beider Arten von Maßregeln erhoben sich hierauf Stimmen von zwei Seiten: Der „Hamburger Reichstagswahlverein von 1884“ beauftragte am 26. November, nach längeren Reden gegen das allgemeine Wahlrecht, seinen Vorstand, den Reichskanzler um die Erwägung zu bitten, in welcher Weise eine Gesetzworlage durchzubringen sei, die bezwecke, den auf den Umsturz der Staatsordnung gerichteten Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechts im Wege der Einschränkung der Auswüchse dieses Rechts, sei es durch Einfügung einer höheren Altersgrenze, sei es durch die Forderung einer längeren Selbstthätigkeit im Wahlkreis, oder sonstig abzuschneiden. Die andere Stimme kam vom Abg. v. Stumm, der in der Presse ernstlich die Ansicht vertreten ließ, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wegen Bezugs von Tagegeldern ihres Mandats verlustig seien. Dieser Idee schloß sich ein in den „Grenzboten“ veröffentlichter Vorschlag wegen eines Notgesetzes an, wonach jeder in den Reichstag gewählte Sozialdemokrat durch den Präsidenten befragt werden sollte, ob er den Umsturzbestrebungen entsage; im Weigerungsfalle solle er des Mandats verlustig gehen. Dem gegenüber wurde darauf hin-

gewiesen, daß von führenden Blättern dieser Partei sogar der Meineid für zulässig erklärt worden sei, jene Maßregel also erfolglos bleiben würde.

Zu einem noch späteren Zeitpunkte als vor einem Jahre, trat der 9. Reichstag am 3. Dezember zu seiner dritten Tagung wieder zusammen. Daß der Kaiser zum erstenmale nicht selbst ihn eröffnete, erschien sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß er am 23. März in dem Telegramm an den Fürsten seine „tieffte Enttäufung“ über den damaligen Beschluß des Reichstags ausgesprochen hatte. Auch in der Bevölkerung sah man dieser Tagung mit nicht eben freundlichen Geföhlen entgegen. Es wurden überaus geringe Erwartungen auf den Reichstag gesetzt, es wiederholten sich die öffentlichen Betrachtungen über den Niedergang des Parlamentarismus und sie wurden von keiner Seite in Abrede gestellt, wie sehr auch die Ansichten über die Gründe dieser Erscheinung auseinandergingen. Besondere Befürchtungen wurden bezüglich des Schicksals laut, welches dieser Reichstag dem seit 25 Jahren mühevoll vorbereiteten bürgerlichen Gesetzbuch bereiten werde. Der vom Kaiser mit der Eröffnung des Reichstags betraute Reichskanzler Fürst Hohenlohe begann seine Ansprache mit der Erinnerung an die Tage, an denen vor einem Vierteljahrhundert die Frucht der ruhmreichen Kämpfe erwuchs; in dankbarem Rückblick auf jene Tage sich des Besitzes der schwer erworbenen nationalen Güter neu bewußt zu werden, getragen von diesem Bewußtsein, den Sinn auf das Ganze, das Einigende in allem Streit der Meinungen und Interessen gerichtet zu haben, zieme dem Volke und dem Reichstage, der selbst eine Errungenschaft jener Kämpfe bilde; ihm liege es ob, gemeinsam mit den Regierungen auf dem damals gelegten Grunde weiter zu bauen. Der in diesen Worten liegende leise Tadel des Reichstags war unverkennbar, mit Zweifeln am Erfolge wurde jedoch die daran geknüpste Berufung an die Vaterlandsliebe aufgenommen, weil das zerstörende Gift der Parteikämpfe und Sonderinteressen sich bereits zu tief in den Parlamentarismus eingefressen hatte. An die Spitze der den Reichstag erwartenden Aufgaben stellt sodann der Reichskanzler mit warmem Tone das bürgerliche Gesetzbuch; im übrigen Arbeitsprogramm wurde der größte Raum den Vorlagen gewidmet, die einer Besserung der gewerblichen Wohlfahrt und den landwirtschaftlichen Interessen dienen sollten.

Die vom Reichstag wiederholt auf die lange Bank geschobene Reichsfinanzreform wurde nunmehr bloß als eine der Zukunft vorbehaltenen Aufgabe, unter Mahnung freilich an ihre Notwendigkeit, in Erinnerung gebracht. Unerwähnt blieb die Frage der Reform des Militär-Strafprozesses und die Frage, wie es nun weiter mit der Abwehr der Umsturzbestrebungen gehen solle. Die die auswärtige Politik bezüglichen Sätze der Eröffnungsrede waren eingehender als sonst gehalten. An die Konstatierung einer unveränderten Fortdauer der guten und freundlichen Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Mächten schloß sich eine Erwähnung des mit Rußland und Frankreich gemeinschaftlichen Vorgehens Deutschlands bezüglich des chinesisch-japanischen Friedensschlusses; als Zweck dieses Vorgehens wurde die Verhütung von Verwicklungen in Ostasien sowie die Erhaltung und Erweiterung des dortigen Gebietes deutschen Handels und Gewerbefleißes bezeichnet; dabei wurde der japanischen Regierung Anerkennung verständnisvoller Mäßigung gezollt; bezüglich der Schwierigkeiten im Orient wurde angedeutet, daß Deutschland nicht zu den dort in erster Reihe berufenen Mächten zähle, und die Hoffnung ausgesprochen, daß den vereinten Anstrengungen der Erfolg nicht fehlen werde. Die im Ganzen kaum etwas neues bringende Eröffnungsrede wurde überdies etwas in den Hintergrund gedrängt durch drei fast um dieselbe Zeit stattgehabte Vorgänge. Der erste bestand in der oben erwähnten Zerstörung der sozialdemokratischen Organisation, die auf den preussischen Minister des Innern, v. Köller, zurückgeführt wurde. Der zweite dieser Vorgänge war die am 30. November bekannt gewordene Beurlaubung eben dieses Ministers auf unbestimmte Zeit, eine Maßregel, die, beim Mangel glaubhafter Nachrichten über die Gründe begreiflicherweise vorläufig mit jener Maßregel gegen die Sozialdemokraten in Verbindung gebracht wurde, von der, wie es hieß, die übrigen Minister ebenso wie das Publikum überrascht worden und mit der sie nicht einverstanden seien, wie ja auch ein Teil der Gegner des Umsturzes eine solche Anwendung des aus der Reaktionszeit stammenden, oktroyierten Vereinsgesetzes gleich bedrohlich für alle Parteien ansehe.

Der dritte der die Reichstagsöffnung begleitenden Vorgänge war eine Rede des Kaisers am 2. Dezember in Breslau beim Festmahle des Leibkürassierregiments. Der größte Teil der Rede be-

schäftigte sich zwar mit diesem Regimente und den vielen in diesem Jahre stattgehabten Erinnerungsfesten anderer Regimenter, dann aber kamen Äußerungen politischer Natur, denn an das Gelübde, das zu erhalten und zu verteidigen, was der große Kaiser und seine Führer zustande gebracht, schloß der Kaiser die Worte: „Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne ich auf meine Armee und desto bestimmter hoffe ich, daß meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, meiner Wünsche und meiner Winke gewärtig sein wird“. Weiter erinnerte der Kaiser in diesem Sinne daran, daß sein Großvater, als er 1848 in Koblenz an's Land stieg, unter Hinweis auf das zu seinem Empfang erschienene Offizierkorps, gesagt habe: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse“. Alle diese Worte ließen sich kaum anders auffassen, denn als Ausdruck des Unwillens über das Bürgertum, das den wiederholten kaiserlichen Mahnungen, sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu ermannen, bis dahin so wenig entsprochen hatte; das Vertrauen auf das Heer schien wohl mehr als Gegensatz gegen jene unzuverlässigen Elemente betont zu sein, und nur boshafte Blätter ergingen sich in Betrachtungen über die Idee der Einführung des Heeres als verfassungsmäßigen Faktors. Unwillkürlich fühlte man sich durch die Rede an ein Bild erinnert, das der Kaiser nach seinen Angaben jüngst von einem Maler in Kassel hatte anfertigen und mit der Unterschrift „Völker Europa's, wahret eure heiligsten Güter!“ am 11. November durch den Flügeladjutanten v. Moltke dem Zaren hatte überreichen lassen; die Gefahr, der diese Warnung galt, war freilich in der Gestalt des Buddha und asiatischer Horden dargestellt, die zerstörend über die Gegenden der Zivilisation hinziehen und zu deren Abwehr die europäischen Großmächte in Gestalt allegorischer Figuren dargestellt waren; es tauchte jedoch keine andere Erläuterung auf als die, daß unter den zerstörenden Elementen im Grunde eben die des Umsturzes gemeint seien, eine Auffassung, die durch erläuternde Bemerkungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ schien bestätigt werden zu sollen; nur der Abg. Arendt wollte die Allegorie mit der Münzwährungsfrage in Verbindung bringen.

Was die Fraktionen des Reichstags betrifft, so erschienen, inolge der inzwischen stattgehabten Ergänzungswahlen, die Konservativen in Stärke von 60 Mann, die Reichspartei zählte 28, das

Centrum 97, die Nationalliberalen 50, die Antisemiten 14, die freisinnige Volkspartei 24, die freisinnige Vereinigung 15, die Polen 19, die deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 47; 26 Abgeordnete waren keiner Fraktion beigetreten, also „wild“. Was die Präsidentschaftswahl betrifft, so hatte sich bei den gemäßigten Parteien eine gewisse Neue darüber gezeigt, daß sie am 23. März den Vorsitz aus der Hand gegeben hatten; der damalige Vorgang trat eben immer mehr als eine, wenn auch noch sehr begreifliche, politische Kundgebung hervor ohne zugleich eine politische That in sich zu schließen; unter diesen Umständen den Vorsitz wieder zu erstreben, schien nicht ratsam. Und so geschah es, daß das Präsidium der Mehrheit vom 23. März wiedergewählt wurde, also v. Buol-Berenberg (Centr.) als Präsident, Schmidt aus Elberfeld (freis. Volksp.) als erster, Spahn (Centr.) als zweiter Vizepräsident.

Der Reichstag begab sich am 9. Dezember an die allgemeine Beratung des Etats für 1896/97, dessen gesamte Ausgaben im vorgelegten Entwurfe auf 1 259 221 983 Mk. veranschlagt waren, also die des Vorjahrs um 19 971 542 Mk. überstiegen. Wurden hiervon die durchlaufenden Posten und die den Einzelstaaten aus bestimmten Einnahmen zu überweisenden Beträge, zusammen 416 334 508 Mk. als die Höhe der Matrikularbeiträge und das Abschlußergebnis nicht beeinflussend abgezogen, so stellte sich für die verbleibenden fortdauernden Ausgaben und die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ein Gesamtbedarf von 813 536 554 Mk. bzw. ein Mehrbedarf von 20 833 393 Mk. heraus, während der außerordentliche Etat der einmaligen Ausgaben mit einem Gesamtbedarf von 29 350 921 Mk. abschloß. Die hiernach zu deckenden Beträge von 27 850 921 Mk. bildeten den Gegenstand eines besonderen Anleihegesetzes.

Zur Einleitung der Etatsberatung gab der Staatssekretär Graf Posadowsky die übliche Übersicht über die Ergebnisse des abgelaufenen und des laufenden Jahrs; aus diesem werde sich ein in den Etat für 1897/98 einzustellender Überschuß von 11 Millionen ergeben; die Einzelstaaten würden, namentlich wegen der Mehrerträge der Zölle, 30 Millionen an außeretatmäßigen Mehrüberweisungen erhalten, so daß an die Stelle der Spannung von 10 $\frac{1}{2}$ Millionen einbarer Zuschuß von 20 Millionen trete. In der Beratung hob zunächst Fritzen (Centr.) hervor, daß die Finanzlage zu der Hoffnung be-

rechtige, man werde ohne neue Steuern auskommen und er wünschte eine Äußerung der Regierungen über unsere Beziehungen zu Nordamerika. Der Staatssekretär v. Marschall entsprach sofort diesem Wunsche durch die Mitteilung, daß Deutschland Einspruch erhoben habe gegen das unserem Meistbegünstigungsrecht widersprechende amerikanische Gesetz, wonach der aus den Prämien zahlenden Ländern kommende Zucker einen Zollzuschlag zu zahlen habe; nachdem sodann ein Versuch des Präsidenten Cleveland, uns gerecht zu werden, am Senate gescheitert sei, müsse es überraschen, daß der Präsident in seiner jüngsten Botschaft Deutschland vorwerfe, die amerikanischen Nahrungsmittel differenziell und die dortigen Versicherungsgesellschaften vexatorisch zu behandeln; diese Behauptungen entbehrten völlig der Begründung, denn das deutsche Verbot der Einfuhr amerikanischen Rindviehs und Rindfleisches gründe sich auf gesundheitsgefährliche Anzeichen und jene Gesellschaften hätten sich in Preußen nicht denselben Bestimmungen, die für das Inland gelten, unterwerfen wollen. Für diese Mitteilungen sprach v. Kardorff (Rp.) seine Genugthuung aus; im übrigen hoffte er, daß die Regierungen die Einheitlichkeit in den Entschlüssen zeigen würden, die nötig sei um das Vaterland vor den Gefahren der Umsturzidee zu bewahren. Richter (fr. Sp.) vermiste im Etat die nötige Klarheit, hielt die Session zu sehr mit Vorlagen überlastet und berührte den Wechsel im preussischen Ministerium des Innern. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wies die laut gewordenen Zweifel an der Einheitlichkeit der gegenwärtigen Regierung, unter Hinweis auf die von ihm vor einem Jahr abgegebenen programmatischen Erklärungen, entschieden zurück; insbesondere sei der Rücktritt des preussischen Ministers v. Köller nicht allein durch Meinungsverschiedenheiten veranlaßt, sondern durch „Mißhelligkeiten“, die hierdurch im preussischen Staatsministerium entstanden seien. Was den Vorwurf des Mangels kräftiger Initiative der Regierung betreffe, so sei sie nur mit einem Reichstage möglich, der eine geschlossene Mehrheit besitze; die Regierung werde aber fortfahren, Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit zu fördern und drohenden Gefahren entgegenzutreten, namentlich denen von Seiten des Umsturzes. Nach dem Scheitern des Versuchs, diese Aufgabe durch Reform des gemeinen Rechts zu lösen, sei es nicht in Absicht, dem Reichstage wieder ähnliche Gesetze vorzulegen; da aber

der ruhige Bürger nicht schutzlos bleiben dürfe, müßten die hierzu dienlichen Gesetze angewandt werden, und die sozialdemokratische Partei könne sich über die jetzige Anwendung der Gesetze nicht beklagen, da sie durch ihre Verunglimpfungen der Kriegs-Erinnerungstage sowie des großen Kaisers die Schuld daran selbst trage. „Wenn wir seitdem die Zügel etwas straffer angezogen haben, so sind wir den Gefühlen aller Wohlgesinnten im deutschen Reiche gerecht geworden.“ Ennecerus (nat.=lib.) stellte fest, daß die überwiegende Mehrheit seiner Partei den Antrag Kanitz für schädlich und die Agitation zu gunsten desselben für gefährlich halte. In der Sitzung vom 11. Dezember erging sich Bebel (soz.) mittels längerer Rede in heftigen Angriffen auf die bestehenden Zustände sowie in kaum verhüllten Angriffen auf den Kaiser, dem er das Wort von der Kotte vaterlandsloser Deutschen glaubte vorrücken zu dürfen; er begreife, daß „ein gewisser jemand“ darauf verzichtet habe, „diese Thronrede vorzutragen“; die Sozialdemokraten seien neuerdings verfolgt wegen Thaten, die einfach den übrigen Parteien nachgesehen worden wären; dabei seien die Staatsanwälte manchmal in einer mit dem Gesetz nicht in Einklang stehenden Weise vorgegangen. Als der Redner abermals in verblümter Weise vom Kaiser sprechen zu wollen schien, wurde ihm dies vom Präsidenten unterjagt. Sachlich kehrte sich indes Bebel nicht hieran, sondern er sprach von der Art wie regiert werde, von Einflüssen auf Jagdpartien, von der Arbeit einer „Camarilla“, ein falsches Bild der Sozialdemokratie zu geben und einen Staatsstreich herbeizuführen; in Offizierkasinos spreche man von Niedererschlagung der Sozialdemokraten, wobei man bis zu den Knien im Blute waten müsse; die Rechtsprechung sei geradezu tendenziös geworden, das Vereinsgesetz müsse gegen alle Parteien gleichmäßig angewandt werden; die Nahrungsmittel würden in unchristlicher Weise verteuert, die Herren am Regierungstisch bildeten eben nur den Verwaltungsausschuß für die herrschenden Klassen; angesichts der Ausgaben für Militär bleibe für die Kulturaufgaben nichts übrig; für Tausende preussischer Lehrer könne nicht genügend Geld aufgebracht werden, für große Dome und Kirchen aber sei es vorhanden; auch die „systematische Begnadigung der Duellanten und Sittlichkeitsverbrecher“ gebe den Nährboden für die Sozialdemokratie ab. Mit erfrischender Derbheit erwiderte der preussische Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff

mit dem Hinweis auf den Entrüstungsturm im Lande und im Heere über die Schamlosigkeit und Niedertracht, mit der die Sozialdemokraten bei der Sedanfeier die edelsten Gefühle der Armee verhöhnt hätten, die nicht so rasch vergesse, wie sozialdemokratische Schmierfinken mit ihren in die Gasse getauchten Federn das geheiligte Ansehen des großen Kaisers frech besudelten. Bezüglich der Reform der Militärprozeßordnung eröffnete der General, daß die Beratungen im preußischen Staatsministerium vor dem Abschlusse ständen. Die vierten Bataillone hätten sich übrigens nicht bewährt, in welcher Weise jedoch Abhilfe stattfinden könne, lasse sich noch nicht sagen. v. Podbielski (kons.) verwahrte die ostelbischen Junker gegen die Behauptung, daß sie sich bereichert hätten und trat für durchgreifende Abhilfe der Not der Landwirtschaft ein. Am letzten Verhandlungstage, den 12. Dezember, sprach sich Zimmermann (dsh.=soz. Ref.=P.) gegen die bezüglich der Sozialdemokratie eingeschlagene Politik aus. Hausmann (südd. Vp.) wandte sich gegen den vom preußischen Kriegsminister angeschlagenen, „den guten Geschmack des Reichstags herabsetzenden Ton“ und wünschte eine starke Regierung mit einem echt liberalen Programm. Der preußische Justizminister Schönstedt wandte sich gegen die Verwechslung einer strafferen Anwendung der Gesetze mit tendenziöser Rechtspflege. Hiergegen erwiderte Bebel, die Sozialdemokratie sei in rücksichtsloser Weise zur Selbsthilfe provoziert und die Staatsanwälte hätten zweierlei Ohren, denn Verbrecher wie v. Hammerstein ließen sie unbehelligt; hoffentlich würden die Konservativen einen gegen die Majestätsbeleidigungsprozesse gerichteten Antrag unterstützen, weil die Veröffentlichung gewisser Briefe drohend über ihnen schwebte. Minister Schönstedt versicherte hiergegen, im Falle v. Hammerstein sei die Staatsanwaltschaft eingeschritten, sobald sie von den Straftaten Kenntnis erhalten habe, und die kaiserlichen Äußerungen, in denen Bebel eine Provokation sehe, wären erst infolge von Artikeln des „Vorwärts“ erfolgt. In gleichem Sinne sagte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, jene Äußerungen der Entrüstung seien berechtigt und er werde sich hüten, die betreffende Stelle abzuhalten, ihrer Entrüstung auch künftig kräftigen Ausdruck zu geben. v. Mantuffel erwiderte auf Bebel's Anspielung wegen gewisser, die Konservativen bloßstellender Briefe, mit der Aufforderung, dieselben nur dreist herauszugeben.

Nach der ersten Beratung des Stats, der nun, wie gewöhnlich,

an die Kommission wanderte, war die Geduld des Reichstags vorerst bereits erschöpft, sodaß er bei den ferneren Beratungen wieder in die beliebte alte Beschlusunfähigkeit verfiel. Der Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb wurde in seiner Beratung am 13. Dezember im ganzen gut aufgenommen und der Staatssekretär v. Boetticher konnte darauf hinweisen, daß die Zahl der Gegner sich immer mehr verringert habe. Opposition erhoben eigentlich nur die Sozialdemokraten, in deren Namen Singer auch dieses Gesetz als eine Folge des kapitalistischen Systems bezeichnete, weil es Bestimmungen enthalte, die nur das Interesse des Unternehmers wahrten. Dem Gesetzentwurf wegen Einführung von Handwerkskammern ging es jedoch nicht so gut. Weder die Zünftler noch die Freunde der Gewerbefreiheit waren damit zufrieden; erstere fürchteten, ihre Ansprüche könnten mit diesem wenig bietenden Gesetze abgeseift werden, während die anderen besorgten, es werde aus diesen Anfängen das Zunftwesen neu erblühen. Der Entwurf wurde am 16. Dezember zwar ebenfalls einer Kommission überwiesen, es galt dies aber nur als die Form eines Begräbnisses. Nachdem am 17. Dezember noch eine Vorlage über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beraten war, beeilte sich auch der Rest der Reichstagsabgeordneten, in die Weihnachtssferien zu gehen. 31 selbständige Anträge von Abgeordneten und 2345 Petitionen schauten ihm wehmützlich nach.

Der am 30. November beurlaubte preußische Minister des Innern, v. Köller, wurde am 9. Dezember seinem Ansuchen gemäß, aus dem seit 13 Monaten bekleideten Amte in Gnaden entlassen und an seiner Stelle der Regierungspräsident in Düsseldorf, Freiherr Eberhard von der Recke von der Horst, ernannt. 1847 als Sohn des preußischen Ministerialdirektors v. d. Recke geboren, war er 1880—82 Vortragender Rat im Ministerium des Innern, seit 1887 als Nachfolger Studts Regierungspräsident in Königsberg gewesen, bis er 1890 als Nachfolger des zum Handelsminister ernannten Herrn v. Berlepsch zu der Stelle in Düsseldorf berufen war. Bei dem ihm hier zum Abschied gegebenen Festmahle hob der neue Minister in seiner Dankrede hervor, daß der Kaiser in allen Zweigen das Richtige zu treffen wisse und trotz aller Stürme von innen und außen das Steuer des Staats mit fester Hand führe; schließlich sprach er sich für Einigkeit aus gegenüber den „vernichtenden Bestrebungen, die am Herzen des deutschen Volks nagen“.

Gegen Ende des Jahres wurde in vielen Kreisen eine größere Feier des nächsten 18. Januar in Aussicht genommen, als des Tages, an dem vor 25 Jahren im alten französischen Königsschlosse zu Versailles das neue deutsche Kaiserreich proklamiert wurde. Der Kaiser stellte ebenfalls, wie er beim Empfang des Reichstagespräsidiums eröffnete, eine von ihm im königlichen Schlosse zu Berlin zu veranstaltende Feier in Aussicht, zu der er die noch lebenden Mitglieder des Reichstags von 1871 einzuladen gedachte. Und als er am 16. Dezember auf der Heimkehr von der Rekrutenvereidigung in Kiel dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen mehrstündigen Besuch abstattete, glaubte man ziemlich allgemein, daß dies der Einladung des Fürsten zu jener Feier gegolten habe. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe begab sich von Podiebrad in Böhmen, wo er das Weihnachtsfest verbracht hatte, nach Wien und wurde am 28. Dezember vom Kaiser Franz Joseph empfangen. Gegenüber der auf Wunsch des Papstes genehmigten Beisetzung der Leiche des in Rom gestorbenen Kardinals Melchers im Dom zu Köln erschien es nicht freundlich, daß geplant war, nach der Beisetzung am 27. Dezember Volksversammlungen in Köln zu veranstalten behufs Kundgebungen von anscheinend staatsfeindlichem Charakter. Deshalb wurde den Behörden die Teilnahme an jener Feier untersagt.

Im **Verhältnis des Reichs zum Auslande** trat keine sonderliche Veränderung ein. Durch entschiedene Schritte des Auswärtigen Amtes wurden im Januar die sehr verwickelten Besitzverhältnisse der Deutschen aus der Rheinprovinz und aus Württemberg, die sich seit 1858 u. 1868 als Kolonisten in Palästina befinden, zu deren Befriedigung geordnet. Mit großer Entschiedenheit fuhr der deutsche Gesandte für Marokko, Graf Tettenbach, fort, von der dortigen Regierung Genugthuung für die Ermordung der deutschen Unterthanen Kockstroh und Neumann zu verlangen. Da seine im April angestellten Versuche ohne Erfolg blieben, traf zur Unterstützung seiner Forderungen am 10. Juli ein deutsches Geschwader vor Tanger ein, worauf im August die Zahlung einer Entschädigungssumme an die Angehörigen der Ermordeten und zugleich dieselbe Erledigung einer ähnlichen Sache im Interesse der Niederlande erlangt wurde. Wohl aus Rücksicht auf das verbündete Italien erging am 27. Juli ein kaiserlicher Erlaß wegen Verbots der Ausfuhr von Waffen und Schießbedarf über die

Reichsgrenzen nach dem mit Italien in Krieg befindlichen Äthiopien. Anlässlich der Eröffnung der Delagoabai-Eisenbahn richtete am 14. Juli der Kaiser ein warmes Begrüßungstelegramm an Krüger, den Präsidenten der südafrikanischen Republik, deren Entwicklung jederzeit seiner Sympathie sicher sei. Krüger antwortete mit dem Ausdruck höchster Befriedigung. Diesem Freundschaftsverhältnisse wurde in den letzten Tagen des Jahres Anlaß geboten, die Probe zu bestehen, denn als Truppen der britisch-südafrikanischen Gesellschaft von englischem Schutzgebiete aus in das Gebiet der Transvaal-Republik einbrachen, lenkten sich hier die Blicke vor allem auf Deutschland, von dem man Hülfe erwartete. Und in der That schickte sich die deutsche Regierung am 30. Dezember an, zum Schutz der Republik sich zu verwenden. Nachdem im vorigen Jahre Japan neue Handelsverträge mit Großbritannien und Nordamerika geschlossen hatte, auch mit Rußland in solche Verhandlungen eingetreten war, trat auf Berufung des Reichskanzlers am 21. März der Ausschuß des Zollbeirats in Berlin zusammen, um eine Änderung des deutsch-japanischen Zoll- und Handelsvertrags von 1869 vorzubereiten. Dem Streite Japans mit China gegenüber nahm das deutsche Reich zwar den Standpunkt der Neutralität ein; da es aber auf der Hand zu liegen schien, daß eine Übertreibung der Forderungen des siegreichen Japan zu einer Verletzung wichtiger Interessen der europäischen Mächte führen könne, so riet die deutsche Regierung Anfang März dort zur Mäßigung, insbesondere zum Verzicht auf festländisches Gebiet Chinas. Und da dieser Rat nicht alsbald befolgt wurde, leitete die deutsche Regierung am 23. März eine Verständigung der europäischen Mächte hierüber ein. Zunächst einigte man sich mit Rußland, sodann trat Frankreich bei, und dem gemeinsamen diplomatischen Schritt dieser drei Mächte gegenüber verzichtete Japan am 5. Mai in der That auf die von ihm besetzte chinesische Halbinsel Liaotung; China erwies seine Dankbarkeit dadurch, daß es im Juli durch Vertrag dem deutschen Reiche ein 4 Quadratkilometer großes Grundstück bei Tientsjin, dem Hafen von Peking, für die dortigen deutschen Kaufleute abtrat. Davan schloß sich am 4. Oktober ein weiterer Vertrag wegen Errichtung einer deutschen Niederlassung in Hankau, dem am Yangtsekiang liegenden Hauptstapelplatz für den Theehandel.

Weiterhin sah das deutsche Reich sich genötigt, sein Ansehen dem

Kongostaate gegenüber zur Geltung zu bringen. Der dortige Kommandant Lothaire hatte den seit Jahren eine wichtige Rolle spielenden Händler Stockes ohne weiteres hinrichten lassen, und dessen Träger, die hauptsächlich aus dem deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiete stammten, bedeutend geschädigt. Infolge der deshalb durch den Gesandten v. Alvensleben in Brüssel geführten diplomatischen Verhandlungen mit dem Staatssekretär von Getzelbe erlangte Deutschland volle Genugthuung durch die Erklärung des Bedauerns, durch die Zusage der Aburteilung Lothaires und durch Leistung angemessener Entschädigung an die Leute des Stockes.

Was die **inneren Reichsangelegenheiten** betrifft, so wurde vom Reichsamt des Innern für Vorbereitung gesetzgeberischer Arbeiten gesorgt durch Berufung von verschiedenen Konferenzen Sachverständiger. So tagten dort im November solche Versammlungen bezüglich der Arbeiterversicherung und einer Änderung des Handelsgesetzbuches, im Dezember eine Konferenz für Arbeiterstatistik.

Auf **militärischem Gebiete** war ein kaiserlicher Erlaß vom 30. März bemerkenswert, wonach ein wesentlich vereinfachtes Verfahren hinsichtlich der Beschwerdeführung eintreten sollte. An den hauptsächlichsten der Kriegsgedächtnistage richtete der Kaiser an die bei den betreffenden Schlachten beteiligt gewesenen Korps oder Regimenter sowie an deren jetzige oder an die noch lebenden Befehlshaber von 1870—71 ehrende Zuschriften. Vor allen ehrte er am 15. August das Gardekorps, das er in einem an den General v. Winterfeld gerichteten Erlasse als Vorbild für das ganze Heer bezeichnete. Bei den Manövern in Pommern sagte der Kaiser in einer Ansprache, er fühle sich glücklich, daß das Heer unter den Augen seines verbündeten Freundes, des Kaisers Franz Joseph, ein Zeugnis seiner Tüchtigkeit habe ablegen können. Kaiser Franz Joseph erwiderte, er habe sich sehr gefreut, die wunderbaren Truppen seines untrennbaren Verbündeten gesehen zu haben. Bezüglich der Marine erließ der Kaiser am 26. Juli einen die Ehrengerichte der Offiziere betreffenden Erlaß. Die aus vier Panzerschiffen bestehende erste Division des Manövergeschwaders machte am 22. September ihre erste Fahrt durch den Nordostseefanal. Im Dezember fand noch eine Reihe militärischer Kriegsgedenkfeiern statt, zu denen der Kaiser seine Glückwünsche sandte.

Einige Personal-Veränderungen im Reichs- und preussischen Staatsdienst sowie unter den Diplomaten reichten mehr oder weniger an das politische Gebiet. Da ist zunächst zu erwähnen die Ersetzung des alten General-Obersten v. Pape als „Oberbefehlshabers in den Marken“ und Gouverneurs von Berlin durch den General-Oberst der Kavallerie, Freiherrn v. Loë, kommandierenden General des achten Armeekorps, am 10. Januar. Diese Stelle eines Oberbefehlshabers ist zu früheren Zeiten bekanntlich von politischer Bedeutung gewesen. Der bisherige russische Botschafter Graf Schuwalow verließ Berlin am 11. Januar, nachdem ihm zu Ehren von den Offizieren des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments ein Festmahl gegeben war, bei dem der Kaiser einen Toast auf den Czaren und einen Toast auf Schuwalow, den „Kameraden“ dieses Regiments, den Sieger von Philippopol und Erstürmer von Arab-Konak ausbrachte. Der am 20. Januar zum russischen Botschafter in Berlin ernannte Fürst Lobanow-Rostowski trat die Stellung gar nicht an, weil er schon bald darauf zum russischen Minister des Äußern ernannt wurde, der nunmehr den Grafen v. Osten-Sacken als Botschafter nach Berlin sandte. Auch der deutsche Botschafter in Petersburg, General v. Werder, trat im März zurück, teils weil der Grund seiner Ernennung weggefallen war, nämlich die besondere Vertrauensstellung, die er zu Alexander III. eingenommen hatte, teils weil mit jenem neuesten Wechsel in der Person des russischen Ministers des Äußern eine neue Generation von Diplomaten, unter ganz veränderten Verhältnissen aus Rußland gekommen war. An v. Werder's Stelle wurde Fürst Hugo v. Radolin ernannt, der bisher das deutsche Reich in Konstantinopel vertrat. Eine weitere Veränderung im deutschen diplomatischen Dienst bestand in der Ernennung des preussischen Gesandten in München, Freiherrn v. Thielmann zum Botschafter in Washington als Nachfolger des nach Konstantinopel versetzten W. G.-R. v. Saurma-Seltisch. Im Mai wurde Admiral Knorr zum kommandierenden Admiral ernannt. Er gehört seit seinem 14. Jahre, 1854, der Marine an und zeichnete sich 1884 durch den Angriff auf die Dualla in Kamerun aus. Als Nachfolger des Generals v. Lewinski in Breslau wurde der Erbprinz Bernhard von S.-Meiningen zum Befehlshaber des sechsten Armeekorps ernannt. Mit großer Freude nahmen die Deutschen in Mittelamerika die Ernennung des Kammer-

herrn v. Bergen zum Gesandten für die fünf Republiken auf. In San-Salvador wurde er in feierlichem Zuge durch die Stadt geleitet, in Guatemala gab man ihm am 17. Mai ein Festmahl, dem der Präsident Barrios bewohnte. Dies alles aus Befriedigung über die Abberufung des bisherigen Gesandten Peyer und in Anerkennung der früheren 16 jährigen Thätigkeit v. Bergen's in derselben Stellung. Im Oktober wurde der Wirkl. Geh.-Rat v. Huber, 1892—1893 Haupt-Unterhändler über den Handelsvertrag mit Oesterreich, zum Präsidenten des Reichspatentamts ernannt. Zum Marine-Kommissar für den Nordostseefanal wurde am 21. Oktober der Contre-Admiral z. D. Aschenborn bestellt. Eine Anzahl hervorragender Landwirte wurde, wohl aus Anlaß der schwebenden Agrarfragen, in das preussische Herrenhaus berufen: der frühere Minister für Landwirtschaft, Lucius von Ballhausen, der Fideikommissbesitzer v. Below-Saleske auf Rufferow im Kreise Schlawe, der Majoratsbesitzer Graf v. Behr-Behrendorf in Greifswald, der Präsident des Ober-Landeskulturgerichts Glazel und Graf v. Hutten-Czapski auf Smogulec im Kreise Wongrowitz. Der Familie v. Puttkamer wurde das Recht der Entsendung eines Mitgliedes zum Herrenhause verliehen. Am 16. September wurde Prinz Heinrich von Preußen zum Contreadmiral ernannt. Ende Oktober verließ der abberufene großbritannische Botschafter Sir Ed. Malet Berlin und erhielt am 12. November zum Nachfolger Sir Frank Carverdish Lascelles, seit 1894 Botschafter in Petersburg. Der preussische Gesandte bei den mecklenburgischen Häfen und den Hansastädten, v. Riederlen-Wächter wurde nach Kopenhagen versetzt und dort durch den Grafen N. v. Wollwitz, seit 1893 Gesandter in Teheran, ersetzt. Graf Tettenbach, der verdienstvolle Gesandte in Marokko, wurde zum Gesandten in Bern und der Generalkonsul Freiherr v. Heyking, Generalkonsul in Kairo, zum Gesandten in Marokko ernannt. Mit Jahreschluß trat der preussische Gesandte in Darmstadt, Graf D. v. Dönhoff, Freiherr v. Krafft in Ruhestand. Die Stelle erhielt Graf v. d. Goltz, früher kaiserlicher Gesandter in Brasilien; letzteren Posten erhielt Freiherr v. Menckingen.

Die **Totenliste** wurde eröffnet durch den am 2. Februar auf seinem Familiensitz Reichlingen bei Eckartsberga in der Provinz Sachsen verstorbenen Wirkl. Geh. Rat Grafen v. Werthern, der 21 Jahre

lang preussischer Gesandter in München war und sich in der der Er-richtung des Reichs vorhergehenden Zeit große Verdienste erworben hatte; auch war er als Gesandter in Madrid Vermittler in Sachen der spanischen Thronkandidatur des jetzigen Fürsten v. Hohenzollern. Das frühere langjährige Mitglied des Reichstags, der Reichsgerichts-rat a. D. Bähr in Kassel, der hervorragendste Jurist des früheren Kurhessens, starb am 18. Februar. Am 26. Februar folgte der General der Infanterie Freiherr Leopold v. Loën auf Haus Mons-broich, bis 1879 Generaladjutant des Kaisers Wilhelm I. Der Wirkl. Geh. Rat Grimm, früher Vizepräsident des Obertribunals, Kronsyndikus und Mitglied des Herrenhauses, starb am 28. Februar in Wiesbaden. 84 Jahre alt starb in Philadelphia ein alter deutscher Freiheitskämpfer, Dr. H. Tiedemann, Schwager Fr. Heckers und Bruder des 1849 vor Rastadt standrechtlich erschossenen Führers im badi-schen Aufstande. Oberappellationsrat a. D. Martin in Kassel, der zur kurhessischen Zeit einigemal eine Rolle gespielt hatte, starb dort am 18. März. Als Parteigänger Hassenpflugs früh von diesem herangezogen, machte er rasch Karriere, verteidigte im letzten Ver-fassungstreit die Sache des Kurfürsten und war einer von dessen letzten Beratern auf Wilhelmshöhe. Am 17. März endete das Leben des einst vielgenannten Freiherrn v. Schorlemer-Alst zu Alst bei Burgsteinfurt. Er war seit 1870 Mitglied des Abgeordnetenhauses, seit 1875 des Reichstags, wohl der heftigste Gegner der preussischen Kirchenpolitik zu Fürst Bismarcks Zeit, hervorragendster Vertreter der Interessen des westfälischen Bauernstandes und seit 1885, wo er aus dem parlamentarischen Leben trat, Mitglied des Staatsrats. Der am 30. April in Wiesbaden im 80. Jahre verstorbene große deutsche Schriftsteller Gustav Freytag hatte sich auch politisch hervorgethan durch seine langjährige Leitung der leipziger „Grenzboten“, seine Freund-schaft mit Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha und als nationalliberaler Abgeordneter im Reichstag von 1871. Er wurde auf seinem Gute Siebleben in Thüringen beerdigt. Der 82jährige Generaloberst v. Pape, am 10. Januar von seinen Stellungen als Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin ent-bunden, starb hier am 5. Mai und wurde mit großen Ehren, unter Teilnahme des Kaisers, bestattet. Er hatte sich in zwei Feldzügen aufs heldenmütigste ausgezeichnet, insbesondere dem 2. Garderegiment

einen frischen Geist eingeflüßt und den glorreichen Sturm der I. Garde-division bei St. Privat geleitet. Frhr. v. Richthofen, seit 1885 Nachfolger v. Madais als Polizeipräsident von Berlin, starb am 7. Mai. Dr. Heinrich v. Friedberg, 1876 Staatssekretär des Reichsjustizamts, von 1879 bis 1889 als Nachfolger v. Leonhards preußischer Justizminister, ein Freund des Kaisers Friedrich und seiner Familie, starb am 2. Juni in Berlin im Alter von 82 Jahren. Er hatte eine hervorragende Rolle in der deutschen Reichsjustizgesetzgebung gespielt. Bresgen, einst Mitglied der deutschen Nationalversammlung, starb am 5. Juni in Neuenahr. In Baden-Baden starb am 29. Juni im 86. Lebensjahre der frühere preußische und deutsche Gesandte Emil Frhr. v. Richthofen, ein verdienter Diplomat, der sich der besonderen Gunst des alten Kaisers und seines Sohnes zu erfreuen hatte. Am 16. Juli starb in Köln der langjährige frühere Abgeordnete August Reichenperger, einst neben seinem Bruder ein hervorragendes Mitglied der Centrumspartei. Der Direktor der preußischen Staatsarchive, Wirkl. Geh. Rat Heinrich v. Sybel, der bekannte Historiker, starb am 1. August in Marburg, wo er seinen Sohn besuchte, 77 Jahre alt. Er war lange Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses und hatte 1894 zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum das Prädikat Excellenz erhalten. Das neueste seiner hervorragenden geschichtlichen Werke „Die Gründung des deutschen Reichs durch Wilhelm I.“ hatte er bis zum Beginn des Krieges von 1870 fortgeführt. Am 5. August endete in London das Leben des Nestors der deutschen Sozialdemokratie, Fr. Engels. Der Benedictinerpater Prinz Radziwill, einst heftiger Agitator gegen die kirchenpolitischen Gesetze, starb am 9. August im Kloster Beuron. Der Wirkl. Geh. Rat und Professor des Staatsrechts in Berlin, Rudolf v. Gneist, dessen Name mit der politischen und parlamentarischen Geschichte der Regierung Wilhelms I. eng verknüpft ist, starb am 13. August im 79. Lebensjahre. Er war ein Rechtshistoriker von Weltruf, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 1858, Mitglied des Staatsrats und des Obergerichtshofes. Graf Anton v. Harburval und Chamaré, von 1874—1893 Mitglied der Centrumspartei des Reichstags, starb am 12. August bei Ferleiten in Steiermark, auf der Gamsjagd. Der Geh. Sanitätsrat Graf, seit 1883 nationalliberaler Abgeordneter für Düsseldorf II, Vizepräsident des

Abgeordnetenhauses, starb am 20. August in Konstanz. Freiherr v. Helldorf-Baunersroda, 1879—1882 Vertreter von Weissenfels-Naumburg-Zeitz im Abgeordnetenhause, starb am 16. September. Prinz Friedr. Wilh. zu Hohenlohe-Ingelfingen, Sohn des früheren preußischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe und Generaladjutant des Kaisers Wilhelm I., starb am 25. Oktober zu Koschentin in Schlesien. Der Viceadmiral z. D. v. Wickede, Begründer der neuen Seetaktik in der deutschen Flotte und einst erster Befehlshaber der größeren Seemanöver mit Panzerschiffen und Torpedos, starb in Berlin am 28. November. Ihm folgte am 1. Dezember der bekannte Ober-Reichsanwalt Tessendorf in Leipzig, der einst bei zahlreichen Hoch- und Landesverratprozessen in Berlin wichtige Dienste geleistet hatte. Der General d. Inf. Frhr. v. Meerscheid-Hüllessem, früherer Befehlshaber des Gardekorps, starb am 26. Dezember in Berlin.

Was die **deutschen Schutzgebiete** betrifft, so wurde durch Verfügung des Reichskanzlers vom 25. Mai die Zahl der Mitglieder des Kolonialrats von 20 auf 25 vermehrt, der sodann in zwei Sitzungsperioden eine Reihe wichtiger Fragen erledigte. Ebenfalls zur Beratung allgemeiner Kolonialfragen tagte die deutsche Kolonialgesellschaft im Januar in Dresden, im Juni in Kassel, hier zum erstenmale unter Vorsitz des an Stelle des jetzigen Statthalters der Reichslande gewählten Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg. Im Schutzgebiete von Kamerun wurde am 21. August der bisherige Landeshauptmann des Schutzgebiets von Togo, v. Puttkamer, zum Gouverneur ernannt. Das größte Interesse von allen Schutzgebieten erregte in diesem Jahre das von Togo. Nach den Vorgängen am Ende des Jahres 1894 schien wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß der sowohl von deutscher als von französischer Seite begonnene Wettlauf um die Gewinnung des reichen Hinterlandes von Togo zu Gunsten der deutschen Sache ausschlagen würde. Und dennoch ist dies in glänzender Weise gelungen. Die von der „deutschen Kolonialgesellschaft“ entsandte, vom deutschen auswärtigen Amte unterstützte Expedition unter Dr. Gruner war am 6. Oktober v. J. von Misahöhe, einem Orte nicht weit von der Küste, ausgezogen und überholte am 10. Januar die französische Expedition Decoeur obwohl diese ursprünglich einen Vorsprung von 300 Kilometern gehabt hatte. So zog Gruner nord-nordostwärts durch mehrere Reiche der Ein-

geborenen bis er in Sah den Nigerstrom erreichte. Diesen fuhr er etwa 200 Kilometer abwärts bis Karmomma, wo die Expedition sich teilte, indem der eine Teil den Niger abwärts weiter fuhr, der andere durch das Land Borgu den Rückmarsch antrat. Auf diesen Zügen schloß Gruner mit mehreren Sultanen Verträge, welche die Grundlage für die nun mit Frankreich vorzunehmenden Verhandlungen bilden. Gruner traf am 4. September in Berlin ein und überreichte dem Auswärtigen Amte die Verträge, durch die er unter deutschen Schutz gestellt hatte die Sultanate Adaim am weißen Voltaflusse, Mbema Matgu nördlich vom neutralen Gebiete Salaga, das nördlich hiervon liegende Groß-Pama, endlich die großen Reiche Gurma und Gando, letzteres am linken Nigerufer.

Der am 7. Januar zum Befehlshaber der Schutztruppe und am 5. Juli endgültig zum Landeshauptmann des Schutzgebiets von Südwestafrika ernannte Major Leutwein legte Ende Januar die seit Oktober 1894 andauernden Unruhen der Rhomas-Hottentotten durch Vermittlung des unterworfenen Häuptlings Witboy im Interesse der deutschen Sache bei. Im Dezember wurde der Siedelungs-Gesellschaft von der Regierung eine Konzession übertragen, die sich auf eine Fläche von 24000 qkm in den Bezirken Windhoek, Goachanas und Gobabis erstreckt.

Im Schutzgebiete von Ostafrika trat schon wieder eine Änderung in der Person des Gouverneurs ein. Major v. Schele verließ im Januar die Kolonie in Urlaub, jedoch mit der beim Festmahl gegebenen Andeutung, daß er gegen seinen Wunsch, durch die Verhältnisse gezwungen, nicht wiederkehren werde. In Berlin wieder angelangt, bat er um Enthebung von der Stellung, wie verlautete, infolge der im Dezember v. J. getroffenen Unterordnung der gesamten Verwaltung der Schutzgebiete unter die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts. Nachdem sodann am 17. April dem Gouverneur dieser Kolonie für die Dauer seines Amts und dortigen Aufenthalts der Rang der Räte erster Klasse beigelegt war, wurde am 30. April Major v. Wissmann zum Gouverneur ernannt, über dessen frühere dortige Verwaltung der vorige Reichskanzler sich einst im Reichstag so mißfällig geäußert hatte. v. Wissmann sprach sich am 6. Juni beim Festmahle der Kolonialgesellschaft in Kassel dahin aus, daß die große Selbständigkeit, die er früher in Afrika als Beamter gehabt

und die er dem Fürsten Bismarck verdanke, die erste Bedingung zum Erfolge sei und daß er nunmehr eine starke Inangriffnahme der wirtschaftlichen Entwicklung zu bethätigen gedenke. Dies letztere versicherte er nochmals in einer Ansprache, die er am 24. Juli nach seiner Landung in Dar-es-Salaam erließ. Es schien sich dies zunächst wohl auf den bereits von einer rheinischen Gesellschaft geplanten Plantagenbau in großem Stil und auf den ebenfalls schon eingeleiteten Bau einer deutsch-ostafrikanischen Centralbahn zu beziehen. Auch kam die gelungene Auffindung von Goldquarzen in Betracht. Die Deutschen im Schutzgebiete sandten dem Fürsten Bismarck eine Huldigungsadresse mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieses Kind gleich der Mutter erstarken und sich auswachsen werde, um in fremder Zone Zeugnis von deutscher Art abzulegen. Die Sendung war von zwei riesigen Elefantenzähnen begleitet. Nachdem am 13. November der aufständische Häuptling Hassan bin Omar und sein Minister gefangen genommen waren, unterwarf sich auch der seit Jahren unbotmäßig gewesene Häuptling Matjemba. Endlich fanden die Friedensunterhandlungen mit dem Volksstamm der Wahehe durch Unterwerfung ihres Oberhäuptlings endgültigen Abschluß.

Im Anschluß an die Verhältnisse der Schutzgebiete verdient erwähnt zu werden, daß am 23. Juni aus Berbera an der Somaliküste eine von den Deutschen Humpelmayer und Speshinger ausgerüstete und geführte Expedition abging, um das bisher unbekannte Somali- und Galla-Land zu durchkreuzen und den indischen Ocean bei Mombasa zu erreichen.

Im Königreich **Bayern** wurde die Feier der Kriegsgedenktage eingeleitet durch eine festliche Begehung des 20. März als des Tags, an dem vor 60 Jahren der Prinz-Regent Luitpold in das Heer eintrat. Er erschien selbst bei der Enthüllung des in München zur Erinnerung an die Feldzüge von 1866 und 1870 gesetzten Kriegerdenkmals. Daß der 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck wohl kaum irgendwo glänzender gefeiert wurde als in München, ist bereits oben erwähnt. Bezüglich jener Gedenktage erließ der Regent am 11. Juni ähnliche Bestimmungen wie es seitens des Kaisers geschehen war, worauf die einzelnen Tage, an denen die Bayern sich im Kriege gegen Frankreich ausgezeichnet haben, mit derselben Begeisterung wie in Norddeutschland gefeiert wurden. Dadurch erhielt die weit ver-

breitete Unzufriedenheit einen kleinen heilsamen Dämpfer. Unter diesen Festlichkeiten zeichnete sich besonders die des bayrischen Veteranen- und Kriegerbundes in München am 30. Juni aus, dem der Regent eine Fahne übergab. Am Sedantage fand in München ein Fackelzug der Veteranen, der Turner- und Gesangvereine zur Feldherrnhalle statt, wo Prinz Leopold in einer Ansprache versicherte, daß das bayrische Heer auch heute und in alle Zukunft bis auf den letzten Mann bereit sei den Kampf mit jedem aufzunehmen, der die heiligen Güter des Vaterlandes antastet. Auch andere königliche Prinzen fuhren fort, sich bei der Menge populär zu machen, vor allen Prinz Ludwig, der auf der Wanderversammlung der bayrischen Landwirte in Aschaffenburg am 13. Mai sich in längerer Rede für die Ausgleichung der Interessen aussprach. Im allgemeinen begann das bisher rabiate Wesen der bayrischen Landwirte sich zu legen; so beschloß der bayrische Bauerntag in Regensburg am 2. März ein Programm, das den Forderungen des Sigl'schen „Vaterlands“ entgegengesetzt war und er bestimmte, daß die dem Bunde angehörenden Mitglieder des Reichstags wie des Landtags von den Beschlüssen des Bundesvorstands abhängig sein sollten. In der Oberpfalz bildete sich ein christlicher Bauernverein, der den Antrag Kanitz für solange nutzlos erklärte, als nicht eine eingreifende Börsenreform erfolgt sei.

Der am 28. September zusammengetretene Landtag wurde mit der frohen Botschaft begrüßt, daß das neue Budget mit 342 930 240 Mk. balanciere, ohne daß eine Steuererhöhung oder eine außerordentliche Anleihe nötig wäre. Hierzu trugen die Überschüsse aus 1893 und 1894 im Betrage von mehr als 20 Millionen bei. Sollte sich freilich die Reichsfinanzreform noch länger verziehen, so werden auch in Bayern die gewöhnlichen Mittel nicht mehr ausreichen. Das Abgeordnetenhaus unterzog zunächst die famose vorjährige Fuchsmühler Angelegenheit einer sehr lebhaften Besprechung. Dabei hielt der Minister v. Feilitzsch daran fest, daß das Militär bei seinem Einschreiten gegen die Bauern vorschriftsmäßig gehandelt habe und er bedauerte, daß die Regierung Maßregeln, welche die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle gänzlich ausschließen, nicht zu bezeichnen vermöge. Der Ministerpräsident v. Crailsheim gab zu, daß das Forstgesetz einer Änderung bedürfe, meinte jedoch, das Ministerium könne schwerlich verantwortlich gemacht werden für Handlungen unter-

gebener Organe, von denen es nicht rechtzeitig benachrichtigt worden sei. Nachdem noch einige Minister das Wort genommen hatten, wurde der vom Abg. Grillenberger (Soz.) gestellte Antrag auf eine Mißtrauenserklärung gegen das Staatsministerium am 16. Oktober für nicht zulässig erklärt. Am 11. Oktober spielte Grillenberger den Anwalt für die armen Soldaten, die angeblich unter den in Kasernen ausgebrochenen Seuchen schwer gelitten hätten. Die Mannschaften seien zwei Monate lang fast nur mit Kraut und Kartoffeln genährt worden. Der Kriegsminister gab letzteres zu, meinte aber, diese Art von Nahrung entspreche der Geschmacksrichtung der niederbayerischen Soldaten, und man habe damals nichts anderes geben können, weil die Bauernburschen Gemüse und Hülsenfrüchte nicht hätten essen wollen; Knödel könne man nur selten geben, weil sie zu teuer kämen. Die Erwähnung dieses bayerischen Lieblingsgerichts erregte einen mit Unwillen eigentümlich gemischten Sturm von Heiterkeit unter den Abgeordneten, die nunmehr die Frage nach der in Abrede gestellten Schuld an der Seuche nicht weiter verfolgten. Einiges Aufsehen entstand, als am 15. Oktober der Abg. Scherm (Soz.) die Beratung der zwangsweisen Viehverversicherung für die beste Gelegenheit zu einem scharfen Protest der sozialdemokratischen Kammerfraktion gegen die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitags in Breslau hielt. Er sagte: „Die Lage der Masse der bedrängten Bauernschaft liegt uns am Herzen, wie die der ländlichen und städtischen Arbeiter; wir wollen alles mögliche thun, um ihr Los erträglicher zu machen und dem Bauern das Proletariat zu ersparen.“ Lebhaft ging es ferner am 25. und 26. Oktober in der zweiten Kammer her bei Beratung von Anträgen auf Einführung des direkten Wahlrechts bei den Landtagswahlen. Hierbei hatte der Minister des Innern v. Feilitzsch insofern leichtes Spiel, als er bloß darauf hinzuweisen brauchte, daß, abgesehen von der strittigen Frage der Zulässigkeit von Verfassungsänderungen während der Regentschaft, bei der jetzigen Zusammenetzung der Kammer es an der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit fehle. Darauf nahm bei Beratung des Etats des königlichen Hauses am 28. Oktober der Wortführer der Sozialdemokraten Anlaß, der Unzufriedenheit gegen Norddeutschland derben Ausdruck zu geben. Grillenberger sprach nämlich zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß die Regierung

der Umsturzvorlage zugestimmt habe; daran knüpfte er die Bemerkung, daß die Zustände, in denen wir infolge der Reichsverfassung lebten, ein noch unerfreulicheres Bild als diese selbst darböten. „Anstatt daß wir im Kaiser den Vorsitzenden des Bundesrats sehen, gewinnen wir immer mehr den Eindruck, daß er als allmächtiger Monarch handelt.“ Als hierauf der Präsident Walter die Hereinziehung des Kaisers als unzulässig bezeichnete, sagte Grillenberger: „Ich wußte bisher nicht, daß der Kaiser König von Bayern ist“. Das war dem Vorsitzenden denn doch zu arg und er versuchte, ferneres derartige abzuschneiden. Das hinderte jedoch den Angreifenden nicht, weiterhin auszuführen, daß die Verhältnisse sich immer mehr „auf den imperialistischen Cäsarismus zuspitzten“; über gewisse in den letzten Monaten von hoher Stelle gefallene Äußerungen solle man sich nicht „sklavisch kuschend“ hinwegsetzen (Ordnungsruf); die Regierung müsse Auskunft über ihre Stellungnahme im Bundesrate geben. Der Ministerpräsident v. Crailsheim trat am 30. Oktober dieser Schilderung der Zustände des Reichs entschieden entgegen und bemerkte im übrigen, die bestehende Gesetzgebung reiche zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht aus, eine Verschärfung derselben wäre daher wohl am Platze, jedoch solle alles vermieden werden, was von vornherein keine Aussicht auf Zustimmung des Reichstags habe. Die übrigen Kammerverhandlungen betrafen den Militäretat, wobei es sich natürlich nur um allerlei Beschwerden und Wünsche handeln konnte. In der zweiten Kammer gab der Referent Wagner eine an die Ruhmesthaten von 1870 erinnernde Einleitung und Schädler äußerte Sehnsucht nach einem die allgemeine Abrüstung einleitenden internationalen Schiedsgericht mit dem Papst an der Spitze. Ein Wunsch, stärkeren Kirchenbesuch der Soldaten durch Kommandierung zu erzielen, wies der Kriegsminister v. Asch zurück. Ferner kamen wieder allerhand Fälle von Soldatenmißhandlungen zur Sprache. Bezüglich der zweijährigen Dienstzeit sprach sich der Kriegsminister dahin aus, daß sie im allgemeinen genüge, nur die technischen Truppen fänden Schwierigkeiten. Bezüglich der Halbbataillone bemerkte er, das Urteil darüber sei sehr geteilt, und sie blieben, ihrem ganzen Charakter nach, eine halbe Maßregel. Zur Frage der Reichs-Militär-Strafprozessordnung teilte der Kriegsminister am 23. November mit, die Sache befinde sich in Fluß und, wenn

sie an die Regierung herantrete, werde diese bestrebt sein, dem öffentlichen Verfahren, wie es in Bayern schon bestehe, allgemein Eingang zu verschaffen.

Gegen Ende des Jahres fanden wiederum militärische Festlichkeiten statt. Es galt den Tagen der Erinnerung an die Schlachten bei Orleans. Zur Münchener Feier am 1. Dezember sandte der Kaiser dem Regenten einen warmen Glückwunsch und der Generalinspekteur Prinz Leopold hielt beim Festmahl der Offiziere eine patriotische Ansprache. Daran schloß sich am 8. Dezember ein militärisches Festmahl beim Regenten, der in einer Ansprache an die verschiedenen Führer im Kriege vor 25 Jahren mit Worten höchster Anerkennung erinnerte.

Von Veränderungen im höheren Beamtenstande ist zu erwähnen der Rücktritt des Generals v. Parsevall vom Kommando des zweiten Armeekorps, an dessen Stelle der General Ritter v. Kynland trat. Der 89jährige Graf v. Bray-Steinburg, früher mehrmals Minister des Außern, trat mit Jahreschluß als Gesandter in Wien zurück und erhielt zum Nachfolger den Gesandten in Rom, Freiherrn v. Podewils.

Die Totenliste betreffend, so starb am 31. Januar der 15jährige Prinz Wolfgang von Bayern, am 2. Februar in München Graf Max v. Holnstein, der sich um das Haus Wittelsbach verdient gemacht hatte durch Bewirkung der Rückerstattung der einst aus Anlaß der Regierung des Königs Otto von Griechenland für dieses Land gemachten Aufwendungen. Auch bestimmte er im Dezember 1870 den im Hochgebirge weilenden König Ludwig II. zu dem die Übertragung der Kaiservürde betreffenden Schreiben, das Graf Holnstein sodann dem König Wilhelm nach Versailles überbrachte. Der 1890 in den Ruhestand getretene General v. Drff, der sich bei Wörth, an der Loire und bei Sedan ausgezeichnet hatte, starb am 31. Januar in Würzburg. Der frühere Kriegsminister General z. D. v. Heimleth, 1870 Generalstabschef unter v. d. Tann, starb am 28. Februar in München. Am 24. März erlag der Kultusminister Müller seinem Leiden und erhielt zum Nachfolger den 51jährigen Ministerialrat v. Landmann. Der Gesandte in Stuttgart, Graf v. Tauffkirchen-Guttenberg, früher Civilkommissar in Nancy und Rheims, dann Unterhändler der preußischen Regierung mit der

römischen Kurie, starb am 25. April. Ihm folgte am 17. Mai der Reichsrat Graf Waldbott-Bassenheim auf Schloß Buzheim.

Aus dem Königreich **Sachsen** liegt nicht viel vor, das wenige ist aber recht bemerkenswert. Am 17. Oktober mußten 27 der 82 Mandate zur zweiten Kammer erneuert werden. In der ziemlich lebhaften Wahlbewegung trat nun eine Erscheinung hervor, die bei den durch die Krisis der konservativen Partei in Preußen wieder in Gang gekommenen Erörterungen über die Gestaltung des Parteiwesens von Wichtigkeit ist. Von den Wortführern der preussischen Konservativen war bis in die neueste Zeit recht geringschätzig vom Kartell der gemäßigten Parteien gesprochen. Ganz besonders die „Kreuzzeitung“ glaubte darin nicht genug thun zu können. Nach ihrer Meinung wäre eine größere Thorheit nicht denkbar, als wenn die Konservativen das frühere Kartell erhalten hätten oder ein neues in ähnlicher Art eingehen wollten. Nun, die sächsischen Konservativen haben das alte Kartell aufrecht erhalten. Die Sache hatte freilich mit Rücksicht auf die Neuwahlen das Bedenken, daß die antisemitische „deutsche Reformpartei“ im September mit ihrem Anerbieten gemeinsamen Vorgehens von den Konservativen schroff zurückgewiesen wurde. Es geschah dies jedoch infolge der bitteren Erfahrungen, welche die sächsischen Konservativen im Jahre 1893 bei den Reichstagswahlen gemacht hatten. Sie erkannten frühzeitig, daß der berliner Tivolistag ein Fehler gewesen sei und wagten es nun auf alle Fälle ohne die Antisemiten. Das konservative Hauptorgan sagte sogar, mit den Sozialdemokraten könnten die Deutschreformer wohl zusammengehen ohne ihren Grundsätzen untreu zu werden, denn die beiderseitigen Hauptforderungen kämen fast auf dasselbe hinaus. Diese vom amtlichen „Dresdener Journal“ am 14. Oktober gebilligte Taktik erschien den Sozialdemokraten recht bedenklich, sodaß Liebknecht am 15. Oktober in einer Versammlung zu Leipzig ausführte, Sachsen marschiere in Deutschland an der Spitze der Reaktion und werde von dieser als Versuchsfeld für ihre Zwecke der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts durch Staatsstreich benutzt; überhaupt zeige es sich jetzt in Sachsen wieder, daß die Ordnungsparteien die wirklichen Umsturzparteien seien. Die Neuwahlen zur zweiten Kammer führten nun am 17. Oktober zu dem Ergebnis, daß 22 Mitglieder der Kartellparteien und 5 Sozialdemokraten gewählt wurden. Von ersteren gehörten 15

der konservativen, 5 der nationalliberalen und 2 der Partei der sog. Kammerfortschrittler an. Die Kartellparteien gewannen also zwei Sitze, die Sozialdemokraten behielten durch Gewinn eines und Verlust eines Sitzes ihren Bestand, während die Antisemiten leer ausgingen und die Freisinnigen ihre letzten 2 Sitze verloren. Infolge dessen ist die Kammer hinfort zusammengesetzt aus 44 Konservativen, 16 Nationalliberalen, 14 Sozialdemokraten, 6 Kammerfortschrittlern und 2 Antisemiten. Hätten die Antisemiten auf ihre Sonderkandidaturen verzichtet, so würden die Sozialdemokraten mit empfindlichen Verlusten aus den Wahlen hervorgegangen sein. Diese Thatfachen schienen zu zeigen, daß ein Zusammenhalten gegenüber den Umstürzern immer noch Erfolge zu erringen vermag.

In der am 14. November zur Eröffnung des Landtags gehaltenen Thronrede hob König Albert hervor, daß sich in einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft die Anzeichen einer erheblich günstigeren Gestaltung der Verhältnisse mehrten und versicherte, daß die Regierung sich bestreben werde, bezüglich der leider fortbestehenden ungünstigen Verhältnisse der Landwirtschaft dem Umsichgreifen eines bedrohlichen Notstands entgegenzuarbeiten; die Finanzlage sei günstiger als vorm Jahre, ihre Fortdauer hänge jedoch von der Reichsfinanzreform ab. Sodann wurden Vorlagen über ärztliche Bezirksvereine, den Bau eines neuen Ständehauses, verschiedene Eisenbahnbauten und Aufbesserung von Lehrergehältern angekündigt. Der dem Landtage vorgelegte Staatshaushalts-Etat für 1896—1897 schloß in seinem ordentlichen Teile mit 77 604 250 Mark ab. Der bemerkenswerteste Vorgang im Landtage bestand bis zum Jahreschluß in der in der zweiten Kammer am 10. Dezember erfolgten Anregung einer Änderung des Landtags-Wahlgesetzes von 1868. Die sozialdemokratischen Abgeordneten setzten nämlich ihre Versuche, an diesem Gesetze zu rütteln fort, bewirkten aber damit jetzt nur, daß die einstürzenden Trümmer ihnen auf den Kopf zu fallen drohen, denn ihren Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts lehnte die Kammer in der Erwägung ab, den Interessen des Landes sei mit einer Änderung des Wahlrechts nur in der Richtung gedient, daß das Wahlssystem auf dem Grundsatz des Verhältnisses der Leistungen der einzelnen Staatsbürger an direkten Staatssteuern aufgebaut werde. Diese Bereitwilligkeit wurde vom Minister v. Metzsch sofort bestens

acceptiert mit dem Bemerken, daß die Regierung, die sich schon längst mit einem solchen Wunsche getragen habe, angesichts dieser Übereinstimmung der Ansichten, noch dem gegenwärtigen Landtage eine entsprechende Vorlage zugehen lassen werde.

Ein am 23. Oktober auf den Polizeidirektor Brettschneider in Leipzig verübter Mordanfall konnte der Umsturzpartei nicht direkt zur Last gelegt werden, da er von einem früheren Schutzmann aus Privattrache hervorging, letztere Partei aber wollte die Schuld den gemäßigten Parteien aufbürden, weil diese durch Aufpuffung des Mords in Mühlhausen i. G. (S. 229) zu dem Mordanfall aufgemuntert hätten.

Im Januar nahm der 71 jährige Finanzminister v. Thümmel seinen Abschied und starb bald darauf (12. Febr.) An seine Stelle trat am 15. Februar der Wirkl. Geh. Rat v. Wagdorf, bisher Oberhofmeister der Königin. Der Oberbürgermeister Stübel von Dresden starb am 9. März, am 16. Oktober der Wirkl. Geh. Rat Graf Karl Fr. Vigtum v. Eckstädt, der 1855 und 1856 sächsischer Gesandter in London und Lissabon, 1869 und 1872 österr. Gesandter in Brüssel und Madrid war.

Eigentümlichen Verlauf nahmen die politischen Verhältnisse im Königreich **Württemberg**. Bezüglich der am 1. Februar bevorstehenden Neuwahlen zur zweiten Kammer entstand eine Wahlbewegung von solcher Erbitterung und Maßlosigkeit, wie seit lange nicht. Der Hauptgrund lag, abgesehen von einigen speziell württembergischen Anlässen, in der mißvergnügten und gereizten Stimmung, die in Süddeutschland mehr als im Norden während der letzten fünf Jahre Wurzel geschlagen hatte und deren Beseitigung um so schwerer fiel, je mehr die radikalen und die sozialistischen Elemente sie zu ihren Zwecken auszunutzen verstanden. Je mehr man sich den Wahlen näherte, um so entschiedener und reiner vollzog sich die Abgrenzung der Parteirichtungen. Die neue Centrumpartei war zwar schon im Sommer 1894 zu Ulm gegründet, gleichwohl nahm man am 17. Januar in Ravensburg eine „endgültige“ Konstituierung vor, wohl nur wegen der Gelegenheit zu einer großartigen Kundgebung und Heerschau. Es erschienen hier an 5000 Personen aus allen Landesteilen, die eine Anzahl von Reden vernahmen, von denen jedoch nur die Erklärung des Dompfarrers Sporer aus Rottenburg Erwähnung verdient, der mittelste, daß der

dortige Landesbischof v. Keiser, „voll und ganz“ mit diesem Werke des katholischen Volks einverstanden sei, wengleich die neue Partei nicht eine kirchliche, sondern eine politische sein sollte. Die Versammlung erhielt auch ein Begrüßungstelegramm der Centrumsfraktion des Reichstags mit dem Wunsche, daß der Geist des „unsterblichen“ Windthorst eine Bürgschaft für einträchtiges Wirken im Anschluß an die Gesamtpartei sein möge.

Die Kammerwahlen vom 1. Februar brachten einen entschiedenen Erfolg der demokratischen und der neuen Centrumsparthei und damit eine schwere Niederlage der deutschen Partei, die bisher durch 27 Mann vertreten war und jetzt nur 7 durchbrachte. Wo es nämlich galt, ihr einen Sitz streitig zu machen, vergaßen die Centrumsleute und die Sozialdemokraten ihren Zwist mit der Volkspartei und gingen Mann für Mann in deren Lager über. Dafür zeigten sich die Demokraten dankbar indem sie im Oberamte Cannstadt einem Sozialdemokraten zum Siege verhalfen, dem ersten, der überhaupt jemals in die Kammer gewählt wurde. Diesem schloß sich nachher noch ein Genosse als Vertreter von Stuttgart an. Bei weitem nicht so eifrig erwies sich die Volkspartei in der Unterstützung des Centrums, vielmehr legte sie überall da, wo sie ausschließlich zur Entscheidung berufen war, ihr ganzes Gewicht gegen das Centrum in die Waagschale. Überall, wo Demokratie und Centrum sich entgegenstanden, wurde der Kampf mit einer Erbitterung ohne gleichen geführt. Dagegen verhalfen die Demokraten dem Ministerpräsidenten v. Mittnacht zu einem geradezu glänzenden Siege. Des Näheren bestand das Wahlergebnis darin, daß von den 70 vorzunehmenden Wahlen 17 auf die Volkspartei, 16 auf das Centrum, 7 auf die deutsche Partei und 4 auf Parteiloße fielen, die jedoch der Volkspartei zugerechnet werden konnten. Das so begonnene Werk wurde bei den 25 Stichwahlen vom 14. Februar vollendet, denn von diesen fielen 14 auf die Volkspartei, 3 auf die deutsche Partei, 3 auf die Landesparthei, 2 auf Konservative, 2 auf das Centrum. Somit hatte die deutsche Partei 18 Mann an die Volkspartei verloren und 4 neue gewonnen. Die Kammer bestand also, unter Zurechnung der 23 Privilegierten, aus 31 Mann der Volks-, 30 der deutschen und der Landesparthei, 21 vom Centrum, 9 Parteiloßen und 2 Sozialdemokraten. Die Privilegierten waren mithin nicht mehr im Stande, die Regierung, sozusagen, herauszuheben.

Der Landtag wurde am 20. Februar mittels Thronrede eröffnet, in der König Wilhelm sich über die bevorstehenden gesetzgeberischen Aufgaben ausführlich ausließ. Der Fehlbetrag von 5 822 000 Mk. im Etat für 1895/97 sei veranlaßt durch die steigenden Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld sowie durch die erhöhten Leistungen für das Reich. Angekündigt wurde eine gründliche Steuerreform, Besteuerung der Wandergewerbe, Neuordnung der Gemeindesteuern und vieles andere. Bei der nach der Thronrede folgenden Vereidigung der Abgeordneten waren die Sozialdemokraten nicht anwesend, jedoch nur um nicht genötigt zu sein, dem Könige dabei die Hand zu reichen, den Eid haben sie später geleistet. Zum Präsidenten der ersten Kammer wurde der Fürst von Waldburg-Zeil-Trarbach für 3 Jahre ernannt, während die Bureauwahl der zweiten Kammer die durch die Wahlen geschaffene Lage sehr deutlich zur Anschauung brachte, denn zum Präsidenten wurde mit 51 Stimmen der demokratische Rechtsanwalt Payer, zum Vizepräsidenten Landgerichtsrat Rinne von der Centrumspartei mit 49 Stimmen gewählt.

Gleich beim ersten Zusammenstoß der Regierung mit der ihr feindlich gegenüberstehenden Kammermehrheit zog erstere den Kürzeren, indem am 2. März bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Bestallung der Ortsvorsteher in den größeren Stadtgemeinden nicht eine einzige Stimme sich dafür erhob. Die Vorlage ward zwar in die Kommission hinübergerettet, es zeigte sich jedoch bereits, daß an eine Annahme nicht zu denken war. Seit alten Zeiten ist eben in Württemberg der Bürger daran gewöhnt, bei der Wahl des Stadtvorstands aktiv mitentscheiden zu können, und die ihm jetzt zugemutete Entrechtung empfand man in den größeren Städten um so schwerer, als die Städte unter 10 000 Einwohnern ihre Rechte ungeschmälert behalten sollten.

Diese Opposition der Kammer entsprach ganz den nach den Wahlen gehegten Erwartungen. Nun aber trat ein bemerkenswerter Umschwung ein. Es handelte sich am 5. März in der zweiten Kammer um eine Adresse an den König zur Beantwortung der Thronrede, und in dem Entwurf war eine lange Reihe von Wünschen aufgestellt, an deren Spitze der nach Ausschluß der Privilegierten aus der zweiten Kammer, ergänzende Listenwahl, bessere Vertretung

der größten Städte im Landtage und unbeschränkte Legitimationsprüfung der Kammern. Da begab sich das völlig Unerwartete, daß der Ministerpräsident v. Mittnacht erklärte, daß die Regierung „angesichts der jetzigen Situation“ mit dem Ausschluß der Privilegierten und mit einem Ersatz derselben durch Abgeordnete, die in größeren Kreisen vom Volke durch Listenwahl nach dem Verhältnissystem gewählt würden, einverstanden sei. Die Bedeutung dieser Wendung ließ sich besonders ermessen durch den Rückblick auf die Fähigkeit, mit der die Regierung seit Jahrzehnten an der Unentbehrlichkeit dieser Privilegierten oder an ihrem Ersatz durch Konservative festgehalten hatte. Noch am 29. Mai 1894 hatte Herr v. Mittnacht sich in der Kammer so ausgesprochen. Freilich mußte man bei der jetzigen Wendung in Betracht ziehen, daß eine „reine Volkskammer“ auch von den Nationalliberalen, dem Centrum und den Konservativen erstrebt war. Bedingung für das Zugeständnis, fügte v. Mittnacht hinzu, sei jedoch der Fortbestand der ersten Kammer; die Regierung hoffe die Änderung durchführen zu können und werde sich deren Leitung nicht aus der Hand nehmen lassen. In der weiteren Verhandlung am 6. März gaben einige der Privilegierten, nämlich die Vertreter der Ritterschaft und der Prälaten, ablehnende Erklärungen ab, während andere Privilegierte, so namentlich der Vertreter der Universität Tübingen, Staatsrat Kanzler v. Weizsäcker, zustimmten. Die Kammer beschloß nunmehr in aller Ruhe die Adresse mit 64 gegen 18 Stimmen. Sie wurde am 12. März durch den Präsidenten Payer dem Könige übergeben, der nach der Verlesung erwiderte, daß es ihm eine heilige Pflicht sei, den Wünschen seines Volks vollste und höchste Aufmerksamkeit zu widmen; es könne ihm daher nur lieb sein, daß die Stände ihm offen und vertrauensvoll ihre Ansichten darlegten. Er werde sie gewissenhaft prüfen und wünsche, daß in den Beratungen der Kammer stets ein Geist weiser und hingebender Mäßigung herrschen möge.

Dieser Geist schien in der That bereits in die Kammer eingezogen zu sein, wenigstens vorläufig. Bereits der Wortlaut jener Adresse überraschte durch seinen sanften, rücksichtsvollen Ton und rief insofern im Lande große Überraschung hervor. Der Gegensatz war zu groß, wenn man sich die Vorgänge der Wahlbewegung vergegenwärtigte. Von allem, was das Volk mit heiligem Zorn gegen die

„Regierungsparteien“ erfüllen, was eine Kluft zwischen Volk und Regierung geöffniet haben sollte, wußte die Adresse der Krone nichts vorzutragen. Und ebenso war es bei Beratung der Adresse. Man hatte der Regierung Komplimente gemacht und mit der Laune eines zärtlich Besorgten jedes Wort, jeden Ton, der unsanft klingen könnte, ängstlich vermieden, es war auf einmal alles „dankenswert“, „weitsichtig“, „erwägenswert“ gewesen. Die unterlegene deutsche Partei erfüllte es daher mit Stolz, daß die vereinigte Opposition der Krone und dem Lande nichts anderes zu bieten vermochte, als was den Grundsätzen des gemäßigten Liberalismus entspricht.

Nach einer Vertagung vom 13. März bis 25. April wandte sich die zweite Kammer dem Hauptfinanzetat zu, wobei der Finanzminister v. Kiecke sich über die Reichsfinanzlage dahin aussprach, daß die Regierung an der Tabakfabrikatsteuer und am Reichsfinanzreform-Entwurf festhalte. Infolge der inzwischen vom Reichstag beschlossenen Änderungen im Reichshaushalt und infolge anderer Vorgänge verringerte sich der Fehlbetrag um 4 152 000 Mk., also auf 1 670 000 Mk.

Das bemerkenswerteste aus den übrigen Verhandlungen des Landtags bestand in der nun auch hier, wie bisher im bayerischen Landtage, eingetretenen Hereinziehung von Reichsangelegenheiten. Sie betrafen die Umsturzvorlage, die Militärstrafprozeßordnung und die Währungsfrage. In allen diesen drei Punkten glaubte man nicht anders als an einen Zusammenstoß mit der Regierung; allein auch hier löste sich alles in Wohlgefallen auf. Zu einem Antrage gegen die Umsturzvorlage erklärte der Ministerpräsident v. Mittnacht am 3. Mai, die Regierung hege gewichtige Bedenken gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission. Sogar als er darauf hinwies, daß „das Bürgertum einfach gar nichts gethan“ habe, um die Sozialdemokratie durch geistige Waffen, sittliche Größe und Zusammenhalten der Parteien zu überwinden, fand er die lebhafteste Zustimmung in der Kammer. Zu der am 21. Mai angeregten Frage der Militärstrafprozeßordnung erfuhr man vom Kriegsminister Freiherrn Schott v. Schottenstein, daß die Regierung sich stets wohlwollend verhalten habe zur vielfach verlangten Einführung eines Verfahrens mit den wesentlichsten Formen des bürgerlichen Strafprozesses, insbesondere werde sie in den ferneren Stadien dieser Frage am Grundsätze

der Mündlichkeit des Verfahrens, der Trennung des Anklageamts von Verteidigung und Richteramt, der freien Beweiswürdigung und der Gewährung ordentlicher Rechtsmittel ebenso festhalten, wie in den Kommissionen von 1877—81 sowie von 1890, die beide einen vollständigen Entwurf zu Stande gebracht hätten. Das waren zugleich für alle, die im übrigen Reiche sich so lebhaft für diese Reform interessierten, recht wertvolle Aufschlüsse und Hoffnungen. Zu der am 12. Juni in der Kammer angeregten Währungsfrage eröffnete der Finanzminister v. Riese, daß die Regierung gegen die Ergreifung einer Initiative des Reichs zu einer Münzkonferenz behufs internationaler Regelung dieser Frage gestimmt sei. Auch hiermit war die Kammer einverstanden. Zu diesen Fragen allgemeinerer Bedeutung ist auch die schon in der Adressberatung weitläufig erörterte agrarische Frage zu rechnen, und da zeigte sich, daß für den Antrag Kanitz nur ein einziger Abgeordneter, Freiherr v. Gaisberg, eingenommen war, während doch von den 70 Abgeordneten 63 vorwiegend oder ausschließlich ländliche Bezirke vertraten und 17 selbst Landwirte waren. Besonderen Eindruck machte es, daß Freiherr v. Wöllwarth namens der Ritterbank sich gegen den Antrag aussprach.

Was die Session im übrigen betrifft, so trat der Minister Bischof lautgewordenen Besorgnissen wegen Wiedereinführung der Staffeltarife in Preußen entgegen. Die Gefahr halte er nicht für drohend, wolle aber freundschaftliche Vorstellungen in Berlin erheben. Über den schon lange die Gemüter bewegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Vertretung der Episkopalrechte des Königs im Falle seiner Zugehörigkeit zu einem anderen als dem evangelischen Glaubensbekenntnisse war zwar eine Einigung zwischen der Regierung und der Synode erzielt; in der Kammer aber waren Centrum und Demokraten gegen das ganze „Religionsreversalien-Gesetz“ wegen der Bestimmung, das mindestens drei Minister der künftigen evangelischen Kirchenregierung angehören sollten. So gelangte der Entwurf nicht weiter als am 10. Juli zur zweiten Beratung in der zweiten Kammer. Viel Aufsehen erregte die Schilderung der Mißstände an der Universität Tübingen seitens des Abg. Geß, der unter großer Heiterkeit von der Art der Berufung der Professoren, ihrer Vorträge und Prüfungen sprach, aber vom Vertreter der Universität, v. Weiz-

jäcker zurückgewiesen wurde. Die wichtigste Aufgabe für den Landtag bestand in der Steuerreform. Die vier zu diesem Zwecke vorgelegten Gesetzentwürfe liefen darauf hinaus, daß die Steuer auf das Berufseinkommen fortfallen und die auf Grund und Boden, Gebäude, Gewerbe und Kapitalien liegenden Steuern von einem Satze von 3,9% bzw. 4,8% auf 2,6% ermäßigt, dafür aber eine allgemeine 4% Einkommensteuer eingeführt werden soll, wobei die Einkommen unter 500 Mark freibleiben, die Schulzinsen vom Steuerkapital abgezogen werden und die Steuer für die höheren Einkommen sich in 32 ganz allmählich aufsteigenden Sätzen bewegt. Bis zu 650 Mark z. B. hat man nur 50 Mark zu besteuern mit 2 Mark jährlich. Mit der Prüfung dieser Reform beschäftigte sich während der Vertagung des Landtages eine Kommission, die ihm, nach seiner Wiedereröffnung am 4. Dezember, die Vorschläge im wesentlichen empfahl, worauf die zweite Kammer am 13. Dezember nach dreitägigen Verhandlungen der Reform grundsätzlich zustimmte und sich bereit erklärte, in die Einzelberatung einzutreten. Nachdem das Zustandekommen dieser Reform gesichert, ein Wasserrechtsgesetz genehmigt, die Behandlung des Religionsreversalien-Gesetzes jedoch verschoben war, wurde der Landtag am 21. Dezember vertagt.

Die Kriegsgedenktag wurden im ganzen Lande würdig gefeiert, am großartigsten durch ein Anfang Juli von 800 Personen aus Stuttgart und den Städten des Unterlandes auf dem Hohenstaufen gefeiertes Fest. Eigentümlich machte es sich, daß der Kammerpräsident Bayer sich im stuttgarter Gemeinderat gegen eine größere Feier des Sedantages aussprach. Die Versammlung der württembergischen Landwirte in Ellwangen am 24. Juli war sehr stark besucht und nahm mit großem Beifall eine Rede des Ministers Bischof über die Lage der Landwirtschaft auf, für die der König ein warmes Interesse hege. Gleiches bekundete die Regierung für die sozialen Fragen, indem sie im November eine Verbindung und Centralisierung aller Arbeitsnachweisämter des Landes in Angriff nahm. Bei den großen Verheerungen von Balingen und anderen Orten des Eychthals im südlichsten Landesteile durch Hagelschlag und Wolkenbrüche erwies sich der König als rechter Landesvater. Im Mai regte der König die Ausdehnung des marbacher zu einem schwäbischen Schillervereine und die Errichtung eines Schiller-Museums in Marbach

an. Am 30. November fand in Stuttgart eine glänzende militärische Feier der Schlacht bei Billiers statt, wobei der König eine patriotische Ansprache hielt. Am 22. März wurde der General v. Voelckern zur Verfügung gestellt und der General der Infanterie v. Lindequist zum Befehlshaber des 13. Armeekorps ernannt.

Die Todtenliste Württembergs weist zwei angesehene Namen auf: Kurz vor Vollendung des 91. Lebensjahres starb der frühere Minister Freiherr v. Linden auf dem Gute Hebsack bei Freiburg i. B. am 31. Mai. Nachdem er 1848 kurze Zeit an der Spitze gestanden, wurde sein Ministerium im Juli 1850 eingesetzt, das bis zum Thronwechsel von 1864 am Ruder blieb. Seitdem trat er nur als Mitglied der 1. Kammer öffentlich auf. Am 4. Juni starb in Stuttgart Siegmund Schott, „der Nestor der schwäbischen Demokratie“.

Im Großherzogtum Baden traten die politischen Parteien sowohl in allgemein deutschen als auch in bloß badischen Fragen mit besonderer Heftigkeit einander entgegen, zum Teil mit Rücksicht auf die im Herbst vorzunehmenden Kammerwahlen. In der schon Anfang März beginnenden Wahlbewegung stellte die nationalliberale Partei auf ihrem Parteitage in Karlsruhe ein Programm auf mit dem Verlangen nach Einführung des direkten Landtagswahlrechts, nachdem in den vorausgegangenen Verhandlungen die Notwendigkeit der Bewahrung einer selbständigen Haltung der Regierung gegenüber stark betont war, die, nach mehreren Anzeichen zu urteilen, sich von den Grundsätzen der nationalliberalen Partei wieder etwas abwenden zu wollen scheine. Zwischen der demokratisch-freisinnigen und der Centriumpartei wurde um dieselbe Zeit ein Wetterleuchten bemerkbar, es ließ sich jedoch nicht annehmen, daß die nationalliberale Partei Vorteil davon werde ziehen können.

Im Hinblick auf die allgemeine Parteizerklüftung sah der Großherzog Friedrich, wie schon öfters in den letzten Jahren, sich veranlaßt, bei einigen Gelegenheiten in patriotischen Ansprachen auf die allezeit maßgebenden höheren Rücksichten hinzuweisen. Bei der Bismarckfeier in Karlsruhe sagte er: seit über 40 Jahre das Steuer des Staates führend, fühle er sich berechtigt, die Mahnung auszusprechen, daß man sich vor den zerstörenden Wirkungen vaterlandsloser Gesinnung und utopistischer Träumereien hüten möge, die unter dem Scheine der Freiheit die Knechtschaft, die Willkür und

Selbstsucht herbeiführten. Beim Besuche Heidelbergs am 4. Mai sprach er den Professoren den Wunsch aus, daß das Vorbild des Kaisers Friedrich, mit dem eine schöne Hoffnung dahingeschwunden, noch lange in der Nation nachwirken möge zur Erziehung großer, starker Männer, die fähig seien, alle drohenden Stürme zu bestehen. Dann wieder auf dem in Keilingen stattfindenden Kriegervereinstage des Militärgaues Schwesingen sprach der Großherzog in längerer Rede alles aus, was sorgenvoll sein Herz erfüllte und da riet er vor allem zu einem Rückblick auf die Unternehmungen, die es den Deutschen 1870 und 1871 möglich gemacht, zu siegen. Dahin rechnete er in erster Linie den vom alten Kaiser aufgestellten und durchgeführten Grundsatz, daß im Heere jeder einzelne nicht nur ausgebildet, sondern auch erzogen werde, denn damit finde zugleich eine Erziehung des Volkes statt. Davan schloß der Fürst eine eindringliche Mahnung zum Gehorsam und zur Fügung unter die große Ordnung des Staates. Auch seine Anwesenheit bei der Eröffnung der Eisenbahnlinie von Stahringen nach Überlingen am 21. August benutzte der Großherzog, noch unter den Eindrücken der erhabenen Feier bei Wörth (S. 172) stehend, zu einem Aufrufe behufs Bekämpfung der zerstörenden Elemente, deren Vertreter erst kurz vorher auf dem nahen, herrlichen Hohentwiel zusammengekommen waren. Bei der 25. Wiederkehr von Straßburgs Fall am 28. September gedachte der Kaiser in einem Telegramm aus Rominten an den Großherzog „in tief empfundener Dankbarkeit“ der Vorbeeren, die sich die badischen Truppen unter den Augen ihres Landesherrn damals erkämpften.

Die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten ließen den Staat in diesem Jahre ziemlich in Ruhe; dagegen zeigte sich eine eigentümliche Bewegung unter den badischen Katholiken gegen eine ihnen durchaus nicht zusagende kirchliche Neuerung. In der Erzdiocese Freiburg war lange Zeit das sog. Konstanzer Gesangbuch die Grundlage des katholischen Volksgottesdienstes. Es war vom konstanzer Bistumsverweiser v. Wessenberg mit großer Sorgfalt und unter sorgfältiger Berücksichtigung des deutschen Volkstums sowie des deutschen Volksgesanges zusammengestellt, fiel später in Ungnade und wurde durch das sog. Freiburger Gesangbuch ersetzt, in dem der Gebrauch der lateinischen Sprache bedeutend erweitert war. Jetzt, in diesem Jahre, wurde wiederum ein neues Gesangbuch eingeführt, in dem die

deutschen Lieder bis auf ein geringes dem Latein weichen mußten. Diese Neuerung konnte aber nicht so glatt durchgeführt werden, wie die Kurie sich gedacht haben mochte. Nicht bloß in weiten Kreisen des katholischen Volks, sondern auch bei den Geistlichen zeigte sich große Verstimmung. Am lautesten erhob der Stadtpfarrer von Freiburg, Dr. Hansjakob, seine Stimme hiergegen und sprach die Befürchtung aus, daß man auf diesem Weg zu Zuständen wie in Frankreich komme, wo die meisten Menschen dem Christentum und dem kirchlichen Leben den Rücken kehrten. Die Sache wurde derart, daß der Erzbischof von Freiburg am 12. Juli mittels Hirtenbriefs zu beruhigen suchte. Der Befehl sei vom Papste gegeben, ihm müsse gehorcht werden; den lateinischen Texten seien die deutschen beigelegt, die Hauptsache sei das Gebet.

Am 11. Oktober fanden die Wahlmänner, am 4. November die Wahlen der Abgeordneten für die 32 zu erneuernden Mandate zur zweiten Kammer statt. Dabei handelte es sich im Grunde um die die Frage, ob die Nationalliberalen die absolute Mehrheit in der Kammer zurückgewinnen, oder ob sie nur die stärkste Partei bleiben und die untereinander so verschiedenen Gegner zusammen zahlenmäßig die Mehrheit behalten würden. Die Wahlen fielen nun zu Gunsten des letzteren Falles aus indem die Kammer hinfort 31 Nationalliberale, 21 vom Centrum, 5 Demokraten, 2 Konservative, 2 Sozialdemokraten, einen Antisemiten und einen „Wilden“ zählen wird. Ein Antisemit erschien zum erstenmal im Landtag. Das Landesorgan dieser Partei erstattete für dessen Wahl in Weinheim den Demokraten und den Freisinnigen großen Dank. Da den Nationalliberalen eine Stimme an der Mehrheit fehlt, so war an die von ihnen erstrebte, zwei Drittel der Stimmen erfordernde Einführung des direkten Wahlrechts kaum zu denken.

Viel Geschrei erhoben die Sozialdemokraten in Baden, es steckten aber kaum mehr als persönliche Eiferfüchteleien derer dahinter, die sich die Führerschaft streitig machten. Schon im Anfang des Jahres erscholl landauf, landab und mit humoristischem Beigeschmack der Ruf: hier Dreesbach, hier Dr. Rüdts. Beide Gruppen rührten die Werbetrommel und sagten sich in abgehaltenen Versammlungen die größten Grobheiten bis endlich am 14. April der Parteitag in Lahr, dem auch der Genosse Bebel als Aufsichtsperson der Berliner

Parteileitung beiwohnte, eine Entscheidung herbeiführen sollte; die Streitfragen wurden hier jedoch mit solcher Gewandtheit, Redseligkeit und Kleinlichkeit breit geschlagen, daß der Parteitag, ganz dumm davon geworden, beschloß, den deutschen Parteitag darüber entscheiden zu lassen. Nachdem dieser den Dr. Müdt in Heidelberg ausgeschlossen hatte, begann derselbe erst recht den Lärm, indem er verkündigte, daß Dogmatismus und bornierte, verbissene Prinzipienreiterei Einzug gehalten, Strebertum, Aliquenwesen und Tyrannei sich im allgemeinen Parteitage breit gemacht hätten; er sei nicht brandenburg-pommerscher, sondern internationaler Sozialist und wolle als solcher weder eine Bebel- noch eine Liebknechtschaft tragen. Dieselbe Meinung sprachen badische Genossen an einigen anderen Orten aus, trennten sich von der deutschen Sozialdemokratie und gründeten eine „Freie sozialistische Vereinigung“. Der Landtag wurde am 12. November vom Minister Roff eröffnet, der in seiner Ansprache die erfreuliche Sicherstellung des Gleichgewichts im Etat für 1896—1897 betonte. Daher könne der gewerblichen Thätigkeit sowie dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft in weitem Maße Rechnung getragen werden. Die Deckung der reinen Matrikularbeiträge solle in der Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer bewirkt werden. Zur Vorlage kamen sodann Gesetzentwürfe wegen Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuchs, enthaltend neue Bestimmungen über Besitz und Tragen von Waffen, ferner wegen Änderung der Gemeindeordnung, wegen Einführung amtlich gestempelter Wahlkouverts sowie von Solierräumen für die Urwähler und Wahlmänner; bis zum Jahreschluß kam nur ein Gesetz wegen Fortführung der Höllenthalbahn Freiburg i. Br.-Neustadt bis nach Donaueschingen zustande. Merkwürdig war ein Antrag der demokratischen Abgeordneten, wonach die Regierung durch Gesetz verpflichtet werden solle, die Kammer „jeweils“ über die den Bundesratsbevollmächtigten erteilten Instruktionen zu verständigen.

In Freiburg starb am 27. Februar 80jährig der frühere Ministerpräsident der drei Hansestädte, R. Schleiden, der im Vorparlament von 1848 die provisorische Regierung Schleswig-Holstein's vertreten hatte und 1867—1873 als freikonservatives Mitglied dem Reichstag angehört hatte.

Eine nicht geringe politische Bewegung im Großherzogtum **Hessen-Darmstadt** knüpfte sich an die Verhandlungen des Landtags. Zu-

nächst fand die im ganzen Süden verbreitete Unzufriedenheit mehrfach starken Ausdruck bei Verhandlungen der 2. Kammer am 11. Januar über die Verzögerung einiger Eisenbahnprojekte. Da hörte man von vielen Seiten: es liegt an Preußen, wenn wir nicht vorwärts kommen und: von Preußen ist nichts zu erwarten wo es nicht interessiert ist. Hiergegen trat der Finanzminister Weber mit dem Bemerkten auf, im Interesse der deutschen Einheit sei es verfehlt, unbegründete Vorwürfe gegen Preußen zu erheben. Wirklich folgte die Kammer denn auch schon bald dem preußischen Beispiele durch glatte Annahme eines dem preußischen nachgebildeten Einkommensteuer-Gesetzes mit Deklarationszwang. Sie verlangte sogar die Einführung einer Staatslotterie wie sie in Preußen besteht. Auch inbetreff der Eisenbahn-Verstaatlichung versuchte man es Preußen gleich zu thun. Sollte sich dies hinsichtlich der Hessischen Ludwigsbahn nicht recht bald bewirken lassen, so wünschte die Kammer, daß vom 1. Januar 1896 an alle hessischen, schon heimfälligen Eisenbahnlinien für Staatsbahnen erklärt würden.

Die für Land und Landtag wichtigste Angelegenheit betraf eine Frage der Kirchenpolitik. Die hier wie in anderen deutschen Staaten auf Beseitigung der Reste der Kirchengesetze der 1870er Jahre ausgehende Centrumspartei brachte am 25. Januar in der zweiten Kammer einen Antrag auf Aufhebung des Ordensgesetzes vom 23. April 1875 ein. Die Regierung erwiderte, sie sei mit der gänzlichen Aufhebung nicht einverstanden, wohl aber mit Änderungen, insbesondere für Zulassung der „barmherzigen Brüder“ und für Beseitigung der Bestimmung, wonach die bestehenden Anstalten dieser Art keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen dürfen. Nachdem sich darauf die zweite Kammer für Änderung dieses Gesetzes ausgesprochen hatte, legte die Regierung am 10. April einen Gesetzentwurf vor, der jedoch noch weiter ging, als jene Regierungserklärung. Der hierdurch in der evangelischen Bevölkerung entstandenen Besorgnis gab Ende April eine Reihe angesehenen Männer in einer Erklärung an den Landtag Ausdruck. „Mit dem höchsten Befremden“ hätten sie von der Vorlage Kenntnis genommen und sie erinnerten sich dabei der trüben Erfahrungen, welche die letzten 50 Jahre in der kirchenpolitischen Entwicklung Deutschlands gezeitigt hätten. Deshalb glaubten sie, daß die Regierung mit dieser Vorlage den verhängnisvollen Weg

betrete, der zu neuer Gefährdung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sowie des Friedens unter den Konfessionen führen werde, da erfahrungsmäßig die Ansprüche der römischen Kirche gegenüber den Hoheitsrechten des modernen Rechtsstaats niemals zu befriedigen ständen. In der That sprach der Bischof Haffner von Mainz am 27. Mai in der ersten Kammer bei Beratung dieser Vorlage das Bedauern aus, daß die Regierung nicht noch weiter gegangen sei, ja der Bischof zeigte nicht übel Lust, aus diesem Grunde das Gesetz abzulehnen, wenn er nicht einem Geheiß des Papstes nachkommen müsse; aber mit seiner Zustimmung verband er den Protest gegen den noch verbleibenden Rest der Kirchengesetze, und zwar in so herausfordernder Weise, daß der Minister Finger sein Bedauern über diese Äußerungen kundgab, die nur geeignet seien, Beunruhigung hervorzurufen.

Diese Beunruhigung hatte der Bischof auch schon durch seinen Anfang März erlassenen Hirtenbrief insofern hervorgerufen, als er darin „die Versuche, die Staatsordnung durch Strafverschärfungen zu schützen“ mit dem Bemerkten verworfen hatte, daß sie nur dazu dienten, „die Unbehaglichkeit aufzudecken, die in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht“. Die tiefste Quelle der sozialen und politischen Wirren wollte der Bischof in den religiösen Anschauungen außerhalb der katholischen Kirche erblicken; die Staatsgewalt könne der Zerrüttung des Christentums nicht mit Erfolg entgegentreten, in Glaubenssachen gelte das Wort des Fürsten nichts, aber fest und unüberwindlich stehe inmitten der Wirren der Zeit die katholische Kirche da. Mit demselben Eifer trat der Bischof am 30. Juni in seiner vor mehreren anderen Bischöfen und einer großen Menge auf dem Rochusberge bei Bingen zur Einweihung der neuen Kapelle gehaltenen Rede gegen „die geistige Pest des Atheismus an den Hochschulen“ und auch mit dem Bemerkten auf, diese Kapelle solle ergänzen, was „dem Denkmal da drüben“ fehle; damit meinte er das Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Daran schloß sich auf diesem ins Rheinthäl vorspringenden Aussichtsplateau ein „heißiger Katholikentag“ mit der Erklärung, daß er „das dürftige Maß“ der Revision des Ordensgesetzes beklage und die noch bestehenden Kirchengesetze „verwerfe“.

Dem Großherzoge Ernst Ludwig und seiner Gemahlin Viktoria Melita wurde am 11. März eine Tochter geboren, zu deren Taufe sich am 25. April die Großmutter des großherzoglichen Paares, die

Königin von England, einfaud. Im Dezember begab sich das großherzogliche Paar nach Petersburg zur Taufe der Czarentochter.

Von beiden **Mecklenburg** ist gar wenig zu sagen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin brachte abermals längere Zeit zu Cannes in Südfrankreich zu, wo er im März erkrankte. Sein jüngerer Bruder, Herzog Friedrich Wilhelm unternahm eine Reise nach Japan und wurde am 13. Februar vom Kaiser in Hiroshima empfangen. Der Landtag des mecklenburg-strelitz'schen Fürstentums Rakeburg beging am 21. Februar in Schönberg, der bei Lübeck liegenden Hauptstadt dieser Enklave, die Feier seiner 25jährigen Beschlußunfähigkeit. So lange ist es her, daß dieser Landtag jährlich berufen wird und daß die Mehrheit nicht erscheint, weil die Bürger und die Bauern die vor 25 Jahren verlassene Verfassung nicht anerkennen, sondern an der 1849 rechtmäßig zu stande gekommenen Verfassung festhalten. Dem am 13. November in Sternberg eröffneten Landtage beider Großherzogtümer wurde eine Vorlage gemacht, wonach den Volksschullehrern in Domänium, Ritterchaft und Städten ein in 25 Jahren erreichbares Gehaltsmaximum von mindestens 1600 Mark zugesichert werden sollte. Im Landtag schien Neigung zur Zustimmung vorhanden zu sein; vorläufig lehnte er am 22. November einen Antrag auf Aufbesserung der Verhältnisse der Volksschullehrer durch Lebensmittel ab. Sehr wichtig für die gesamten Verhältnisse im Lande war eine Einigung zwischen Regierung und Landtag über eine Vermehrung des mittleren und kleinen Grundbesitzes auf dem platten Lande. Am Jahrestage der Schlacht von Loigny fand am 1. Dezember in Schwerin eine militärische Gedenkfeier statt. Am 26. Januar starb in Schwerin der Oberkirchenrats-Präsident a. D. Kiefert.

Von den meisten der kleinen deutschen Bundesstaaten ist nicht viel zu sagen. Gemeinsam waren ihnen allen wiederum die finanziellen Nöthe, in die sie durch die Lage der Reichsfinanzen geraten waren, und sie laborierten auf verschiedene Art an der Erhaltung der Balance. In Weimar mußte die Einkommen- und die Erbschaftssteuer erhöht werden. Schwarzburg-Rudolstadt hatte einen Fehlbetrag von 181000 Mark, der Landtag konnte sich jedoch nicht entschließen, die von der Regierung beantragten Zuschläge zur Einkommen-, Gewerbe- und Grundsteuer zu bewilligen. Für Waldeck

musste der Zuschuß Preußens von jährlich 310 000 auf 400 000 Mk. erhöht werden. In Lippe-Deimold fehlten aus 1893: 144 000, aus 1894: 155 000 Mk. Zur Deckung dieser Summen reichten glücklicherweise gewisse Bestände aus, aber zur Deckung von 1895—1897 wurden die Gewerbe-, die Gebäude- und die Schulsteuer höher eingestellt, auch sollten von der Klassen- und Einkommensteuer 14 statt 12 Raten erhoben werden. In Hamburg, Bremen und Lübeck wurde die Einkommensteuer durch Gesetze erhöht; die in Bremen und Lübeck außerdem vorgeschlagene Erhöhung und Erweiterung der Erbschaftsteuer wurde jedoch abgelehnt. In Lübeck belief sich der Fehlbetrag auf 402 000 Mk. In Anhalt fehlten 630 000 Mk., ohne daß man bisher zur Deckung gelangen konnte. Am günstigsten lag die Sache in Elsaß-Lothringen, wo für dieses Jahr die Finanzen noch befriedigend waren; die weitere Gestaltung hing jedoch von der Regelung im Reiche ab.

Was diese Staaten im Einzelnen betrifft, so beschäftigte sich der Landtag in **Sachsen-Weimar** mit der Notlage der Landwirtschaft und des ganzen Mittelstandes, mit einem neuen, die Listenwahl einführenden Landtagswahlgesetze und mit Bestimmungen über die konfessionelle Kindererziehung bei gemischten Ehen, auch genehmigte er den Verkauf der Werra-Saale- sowie der Weimar-Gera-Eisenbahn an Preußen. Der Landtag des Großherzogtums **Oldenburg** beschäftigte sich nur mit Fragen geringen allgemeinen Interesses, wenn man nicht etwa die Frage der Kosten eines Palais-Neubaus im Schloßgarten für den Erbgroßherzog als eine wichtigere ansehen will. Veranlaßt war dieser Plan durch die Krankheit der Erbgroßherzogin, der Prinzessin Elisabeth v. Preußen, die am 28. August in Adolfsack bei Fulda an Unterleibsentzündung starb und am 5. September im Mausoleum zu Oldenburg beigesetzt wurde. Auch ein Halbbruder des Großherzogs Peter, der 51jährige Herzog Elmar, starb am 17. Oktober auf Schloß Erlaa in Niederösterreich. Da er aus seiner Ehe mit der Freiin Vogel v. Friesenhof unebenbürtige Kinder hinterließ, so schienen, in anbetracht, daß der Erbgroßherzog nur eine Tochter hat, der zweite Sohn des 68jährigen Großherzogs aber unvermählt ist, die Aussichten des russischen Zweigs der fürstlichen Familie auf den Thron näher gerückt. Was das Herzogtum **Braunschweig** betrifft, so ist von inneren Angelegenheiten wohl nur ein Gesetz über Erziehung von Schulpfarrkassen und Konfirmandensparvereine zu er-

wähnen; vorwiegend aber lenkte sich der Blick öfter auf dieses Land, weil in der Presse zuweilen die Frage der Throneseizung des Prinzen Georg Wilhelm, Sohnes des Herzogs v. Cumberland, wieder erörtert wurde. Es wurde versichert, dessen Mutter und Gemahlin hätten es aufgegeben, die Unversöhnlichen zu spielen und glaubten, ein braunschweigischer Sperling in der Hand sei besser als eine hannoversche Taube auf dem Dache, und der Herzog selbst erwartete nur, daß der erste Schritt des Entgegenkommens von Berlin aus erfolge. Dergleichen paßte jedoch der welfischen Partei in der Provinz Hannover durchaus nicht in den Kram und so erklärte Herr v. Schele in einer welfisch gesinnten Versammlung zu Hannover am 21. September jene Nachricht als Lüge; Prinz Georg Wilhelm werde nicht „von Preußens Gnaden“ Herzog von Braunschweig werden und der „Kampf für das Recht“ müsse fortgesetzt werden. Ähnlich suchte das welfische Organ in Hannover am 26. Oktober den Braunschweigern begreiflich zu machen, daß ihr Wunsch nicht „auf Kosten der Hannoveraner“ erfüllt werden könne, sondern „nur in Verbindung mit einer Revision der gesamten Schöpfung von 1866 und 1870“. Mit dem Landtage des Großherzogtums **Sachsen-Koburg-Gotha** kam am 6. Juni ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums und die Einsetzung einer Beschwerde-Instanz zu Stande. Erbprinz Alfred wurde am 15. Oktober in feierlicher Weise für großjährig erklärt, wobei sein Vater ihn ermahnte, der hohen Pflichten eines deutschen Fürsten eingedenk zu sein und mitzuwirken zur Stärkung des deutschen Reichs. Der besondere Landtag für Koburg genehmigte am 12. November ein Gesetz wegen Erhöhung der Volksschullehrergehälter. Herzog Friedrich von **Sachsen-Altenburg** feierte am 17. August sein 50jähriges Militär-Jubiläum. Eine Tochter seines Bruders Moritz, Louise, vermählte sich mit dem Prinzen Eduard, drittem Sohne des Herzogs von Anhalt. Die Regierung des Herzogtums **Anhalt** vereinbarte am 19. März mit dem Landtage eine Änderung der Landschaftsordnung, wonach künftig die Bürger, die nicht ein Einkommen von 1050 Mk. haben und nicht 6 Monate in einem Orte wohnhaft sind, das Wahlrecht bei den Landtagswahlen nicht sollen ausüben dürfen. Es sollen dadurch womöglich Anhänger der Sozialdemokratie, die nicht unbeträchtliche Fortschritte im Lande gemacht hat, vom Landtage ausgeschlossen werden. Die Prinzessin Maria, geb.

v. Hessen-Kassel, seit 1864 Witwe des Prinzen Friedrich v. Anhalt, Oheims des Herzogs, Schwester der Königin von Dänemark, starb am 27. Juli im Alter von 81 Jahren auf dem einem ihrer Schwieger-söhne, dem Großherzog von Luxemburg, gehörenden Schlosse Hohenburg bei Lenggries in Bayern. Was das Herzogtum **Sachsen-Meiningen** betrifft, so wurde am 21. September dem 33jährigen Prinzen Friedrich, zweitem Sohn zweiter Ehe des Großherzogs Georg II., und der Prinzessin Adelheid, geb. Gräfin v. Lippe-Biesterfeld, ein Sohn geboren. Vorgänge im Fürstentum **Reuß ä. L.** erregten ein Interesse, das mit der Größe des Landes in umgekehrtem Verhältnisse stand: bei der Feier des 14. Geburtstags der Prinzessin Emma am 17. Januar wurden im städtischen Verein der Hauptstadt Greiz die Porträts der Mitglieder der Fürstenfamilie als Nebelbilder vorgeführt; das des Fürsten betrachtete die Versammlung indem sie stehend den ersten Vers der Reußenhymne sang: „Es leb' das reuß'sche Haus und Alle, die daraus Fürst Reußen nennen sich, absonderlich Reuß Heinrich, Hurrah! Der Lobenstein führt und Ebersdorf zielt — zu aller Reußen Lust!“ Sodann wurde anfangs April in der „Greizer Ztg.“ bekannt gemacht, daß der Fürst seinen Hofmarschall zum „Oberst à la suite des vormaligen reußischen Bundeskontingents“ ernannt habe. Der dritte Vorgang bestand in dem vom Konsistorium an die Schulen ergangenen Verbote, an der Enthüllung des Bismarckdenkmals am Sedantage teilzunehmen. Im Fürstentum **Reuß j. L.** errang im September bei den Landtagswahlen die freisinnige Volkspartei die vor sechs Jahren verlorenen Mandate wieder. Ein Mandat fiel einem Sozialdemokraten zu. Am 14. Dezember lehnte der Landtag einen Antrag des Finanzausschusses auf Aufhebung der Grundsteuer, Besteuerung des fürstlichen Vermögens und Einführung einer progressiven Einkommensteuer ab. In dem dem Prinzen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe gehörenden Schlosse zu Nachod im Böhmen fand am 9. August die Vermählung der Prinzessin Bathildis, Tochter des Prinzen, mit dem regierenden Fürsten Friedrich von **Waldeck** und Pyrmont statt. Der am 18. November zusammengetretene Landtag des Fürstentums Schwarzburg-**Sondershausen** war herzensfroh, daß im neuen Etat, gegenüber dem Rückgang der Domänen-Einnahmen, das Gleichgewicht durch die Einnahmen aus dem Kali-bergwerk hergestellt werden konnte.

Für das Fürstentum **Lippe-Detmold** trat der seit langem vor-
 auszufehende schwierige Fall mit großer Plöglichkeit ein: der bis kurz
 zuvor noch sehr rüstige Fürst Woldemar starb am 20. März nach
 fast 20jähriger Regierung und im fast vollendeten 71. Lebensjahre.
 Er hinterließ keine Kinder und sein einziger Bruder, der 64jährige
 Prinz Alexander war unvermählt und seit längerer Zeit wegen
 Geistesstörung in der Klinik des Hofrats Falco in St. Gilgenberg
 bei Bayreuth untergebracht. Über die daher für ihn als künftigen
 Fürsten wie auch wegen der voraussichtlichen Thronstreitigkeiten not-
 wendig werdende Regentschaft hatte die Regierung des Fürsten Woldemar
 längere Zeit mit dem Landtage verhandelt, ohne daß es jedoch zu
 einer Einigung gekommen wäre. Nachdem die Bekanntwerdung des
 um 6 1/2 Uhr in der Frühe eingetretenen Todes des Fürsten sich ver-
 zögert hatte, überraschte die „Lippe'sche Landes-Ztg.“ am 21. März
 durch Veröffentlichung zweier Erlasse, nämlich eines Erlasses des ver-
 storbenen Fürsten vom 15. Oktober 1890, durch den Prinz Adolf
 von Schaumburg-Lippe, der Schwager des Kaisers, wegen der Re-
 gierungsunfähigkeit Alexanders zum Regenten ernannt war und, im
 Anschluß hieran, eines Erlasses des bereits in der Nacht in Detmold
 eingetroffenen Prinzen Adolf, wonach er die Regierung hiermit an-
 trete und im Namen des Fürsten Alexander führen werde. Das
 durch diese Erlasse einseitig eingeschlagene Verfahren glaubte jedoch der
 Ausschuß des Landtags sich nicht so ohne weiteres gefallen lassen zu
 dürfen, sondern er legte am 22. März mittels Schreibens aus
 Steinbeck an Herrn v. Wolffgramm, den Minister des verstorbenen
 Fürsten und Gegenzeichner des Erlasses des Prinzen Adolf, bis zur
 Beschlussfassung des Landtags Verwahrung ein. Sodann machten
 am 28. März Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld und am 3. April
 Graf Ferdinand zur Lippe-Biesterfeld-Weisfeld, unter Verwahrung
 gegen die tatsächliche Regentschaft, ihre Thronfolgerechte durch Er-
 klärungen an den Landtag und den Bundesrat geltend. Mit der
 Lösung dieser schwierigen Thronfolgefrage hatte es indes gute Wege;
 für die Rechte der einen oder anderen dieser gräflichen Linie sowie
 der schaumburg-lippeschen Fürstenfamilie waren im Laufe der Zeit
 viele höchst gelehrte Gutachten aufgetaucht; vorläufig aber handelte
 es sich nur um die Regentschaft, und da machte sich im lippe'schen
 Lande das Rechtsgefühl gegen die einem Staatsstreich ähnliche Be-

stellung des Prinzen Adolf sehr stark geltend, sodaß selbst die „Lippe'sche Landes-Ztg.“, die obigen beiden Erlasse für ungesetzlich erklärend, sich für das Recht des Grafen Ernst aussprach, der übrigens im nahen preußischen Badeorte Deynhausen den weiteren Verlauf abwartete. Indes folgte der Landtag am 6. April der Einladung des Prinzen Adolf, jedoch unter der Erklärung, damit die Regentschaft nicht anerkennen zu wollen. Der Landtag stellte zunächst die fortdauernde Geistesstörung des neuen Fürsten fest und verhandelte sodann sehr lebhaft über die Lage. Minister v. Wolffgramm versicherte, daß mit Erledigung des Thronstreits die Regentschaft des Prinzen Adolf aufhören werde, allein der Präsident und die Mehrzahl der Redner erklärten die Erlasse für ungesetzlich. Der Unwille entlud sich hauptsächlich gegen v. Wolffgramm, der durch sein Vorgehen das ganze Land aufs bitterste erregt habe. Fünf Tage hiernach, am 11. April, starb er ganz unerwartet, wodurch die Verständigung mit dem Prinzen Adolf erleichtert wurde. Beide Teile einigten sich am 23. April über ein Gesetz, in dem der Prinz für die Lebenszeit des Fürsten Alexander und bis zur Erledigung des Streits um den Thron als Regent anerkannt und bestimmt wurde, daß ein Akt der Reichsgesetzgebung beantragt werden solle, durch den das Reichsgericht als zuständig zur Entscheidung des Streits eingesetzt werde. Dieser Antrag wurde am 8. Juli beim Bundesrate eingebracht. Die Bestimmung über die Vorgänge gleich nach dem Tode des Fürsten Woldemar schien übrigens damit noch nicht gemindert zu sein. Was da verdroß, war die stundenlange Verheimlichung des Todes (von früh 6¹/₂ bis Mittags), während der Bückeburger Hof sogleich telegraphisch benachrichtigt war.

Der Staatsminister von **Schaumburg-Lippe**, Spring, der dieses Amt lange Jahre versehen hatte, trat am 31. Dezember zurück und erhielt zum Nachfolger den früheren preußischen Landrat v. Wegnern. Dem Prinzen Otto von Schaumburg-Lippe, vermählt mit Frä. A. v. Köppen, wurde am 5. März ein Sohn geboren.

In **Hamburg** wurde das Einkommensteuergesetz derart geändert, daß für jedes Steuerjahr durch Beschluß vom Senat und Bürgerschaft bestimmt werden soll, wie viele Einheitsätze der Steuer zur Erhebung kommen sollen. Zum ersten Bürgermeister für 1896 wurde Dr. Moenckeberg gewählt. In **Bremen** wurde die Einkommen-

steuerfrage dahin erledigt, daß der normale Prozentsatz schon bei einem Einkommen von 7000 Mk. eintreten soll. Bei der Beratung des Stats in der Bürgererschaft entstand ein Skandal indem ein Mitglied Verwahrung erhob gegen die 8000 Mk. Kosten für Bewirtung des Reichstags; es sei sehr zu bedauern, daß derselbe eingeladen und so dem deutschen Namen ein Schimpf und eine Schande zugefügt sei. Am 26. November wurde Senator Pauli zum Bürgermeister bis 1899 gewählt.

In **Lübeck** fand während des Sommers eine aus Norddeutschland viel besuchte „Nordische Gewerbeausstellung“ statt. Der langjährige präsidierende Bürgermeister von Lübeck, Dr. Kulenkamp, starb am 16. April in Montreux.

Der neue Statthalter von **Elsaß-Lothringen**, Fürst Hohenlohe-Langenburg, stellte sich im Frühjahr in einigen Städten des Elsaß persönlich vor. Beim Besuche der Stadt Mühlhausen rühmte er, wie meisterhaft sie die häufigen Schicksalswechsel überwunden und einen Teil der süddeutschen Industrie groß gezogen habe. Ähnlich hob er in Hagenau, der alten Kaiserpfalz Barbarossas, hervor, welch' frisches Leben hier pulsiere. Am 18. Mai eröffnete der Statthalter in feierlicher Weise die Straßburger „Industrie- und Gewerbeausstellung für Elsaß-Lothringen, Baden und die Pfalz“, Landstriche, die, wie der Statthalter in seiner Ansprache sagte, durch ein natürliches Freundschaftsgefühl hier zusammengeführt seien, nachdem sie, durch den Vater Rhein geeint, in jahrtausendelanger Wechselwirkung Großes zusammen erlebt. In dem am 28. Januar eröffneten Landesausschuß kam es am 5. Februar bei der allgemeinen Statsberatung zu einem Nachspiel der Reichstagsverhandlung über den sog. Diktaturparagrafen, dessen Aufhebung alle Redner, und zwar nicht bloß die oppositionellen, voran der Abg. Petri, verlangten. Das vornehmlichste Gesetz, das zu stande kam, betraf eine gerechtere Verteilung der Gebäudesteuer sowie die Aufhebung der drückenden Thür- und Fenstersteuer. Die Ermordung des Fabrikanten Schwarz in Mühlhausen gab am 15. Oktober Anlaß zum Verbote des „Offenburger Volksfreund“, weil er die an der Spitze einzelner Firmen stehenden Industriellen verunglimpft. Französische Wähler erhielten eine Warnung dadurch, daß elsäß-lothringische Ortsvorstände als Mitglieder der „Union vélocipédique de France“

wegen Zugehörigkeit zu einem nicht genehmigten Verein in Geldstrafen verfielen. Wie sehr man deutscherseits fortwährend auf der Wacht stehen muß, zeigten u. A. offene Erklärungen der Reichstagsabgeordneten Haas und Preiß. Ersterer legte, indem er am 18. Oktober auf sein Mandat verzichtete, durch Erklärung aus Nancy seinen Wählern gegenüber Verwahrung ein „gegen das Regime der Unterdrückung und Willkür, das, allen Völkern zum Hohn, noch nach 25 Jahren auf Elsaß-Lothringen lastet“. Und Preiß, der Vertreter von Colmar, ließ in einem Pariser Blatte die Ansicht verlauten, der zwischen Deutschland und Frankreich 1871 geschlossene Vertrag sei für Elsaß-Lothringen ungültig, weil es ihm nicht beigetreten sei, vielmehr damals bei der Nationalversammlung in Bordeaux Verwahrung dagegen eingelegt habe; die Germanisierung mache nicht den geringsten Fortschritt und das Land müsse ohne Unterlaß Volksabstimmung verlangen. In erfreulichem Gegensatze hierzu brachte der Pariser „Matin“ Mitteilungen über Unterredungen mit Petri, Guerber, v. Zorn und dem Abbé Collin, welche die Verdeutschung selbst im französischen Sprachgebiete anerkannt hätten; langsam, aber unaufhaltsam dringe, besonders durch die Volksschule, die Germanisierung tiefer ein; viel trage dazu auch die Unsicherheit der Lage in Frankreich bei im Vergleich mit der mathematischen Regelmäßigkeit der deutschen Einrichtungen.

Österreich-Ungarn.

Im Anfange des Jahres traten mehrere der die Parteien wie das Reich bewegenden Fragen mit ungeminderter Stärke in den Landtagen der einzelnen Länder **Österreichs** auf. Im Landtage von Niederösterreich kam es im Januar mehrmals zu den heftigsten Angriffen auf das Judentum. Die stürmischen Szenen rief vor allen der Abg. Gregorig hervor, der die Güter der Juden konfisziert haben wollte und die Wiener Universität herabzusetzen suchte, weil sie verjudet sei und daher ihren wissenschaftlichen Glanz eingebüßt habe. Der dem Landtage angehörende Rektor dieser Universität verteidigte sie aufs würdigste und mußte deshalb die stärksten Ausfälle des

Antijemitenführers Lueger über sich ergehen lassen. Im übrigen that sich namentlich der böhmische Landtag wieder hervor. Von zwei Seiten wurde hier eine Änderung des Wahlrechts zu allen Landtagen angeregt: der Altceche Nieger wollte es auf alle bisher unvertretene Volksklassen ausgedehnt, er wollte die Wahlbezirke nach einem für alle Nationalitäten gleichen Maßstabe eingeteilt und in den Landgemeinden die direkten Wahlen eingeführt wissen; Barenther dagegen glaubte, daß durch die Schaffung nationaler Kurien, deren jede ihren Landesauschuß zu wählen habe, die Herrschaft einer Nationalität über die andere würde vermieden werden. Im übrigen ergingen sich die Jungcechen wieder in tumultuarischen Szenen, hervorgerufen durch von vornherein unfruchtbare Anträge; dem Antrage auf Änderung der die Stellung Böhmens betreffenden Staatsakte trat jedoch der Statthalter Graf Thun mit großer Entschiedenheit entgegen; er widersetzte sich am 31. Januar dieser ganzen Erörterung, setzte trotz der lärmenden Aufforderungen der Jungcechen, czechisch zu reden, seine Ausführungen in deutscher Sprache fort und erklärte am 13. Februar bei der Beratung des Budgets, die Anschauung des patriotischen böhmischen Volks stimme mit den Reden der Jungcechen nicht überein; der nach den ernstesten Erwägungen verhängte Ausnahmezustand sei nur die Folge der in den jungczechischen, an Hochverrat streifenden Brandreden enthaltenen Grundsätze. Die von stürmischem Beifall der deutschen und der altczechischen Abgeordneten begleitete, von den Jungcechen häufig unterbrochene Rede des Statthalters gipfelte schließlich in der Versicherung, daß er alle radikalen, auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen aufs äußerste bekämpfen werde. Der mährische Landtag sprach sich am 4. Februar für die Einführung der zweiten Landessprache als obligatorischen Unterrichtsgegenstands an allen Gymnasien und Realschulen des Landes aus. In dem zu Porenzo tagenden Landtage von Istrien sprach sich die italienische Mehrheit in ziemlich herausfordernder Weise gegen alle bisher getroffenen Anordnungen aus, durch welche die deutsche Bevölkerung der italienischen wenigstens gleichgestellt werden sollte. Wegen Fortsetzung solcher Kundgebungen blieb nichts übrig, als am 26. Januar den Landtag aufzulösen. Dagegen trat ein sehr freundliches Verhältnis zwischen der Regierung und dem Landtage von Tirol hervor, mit dem früher ähnliche Mißverhältnisse obgewaltet

hatten. Einer Abordnung dieses Landtags gegenüber sprach der Kaiser am 1. März seine Anerkennung über die patriotische Bereitwilligkeit aus, die der Landtag durch Kräftigung der Landwehreinrichtung bezeugt habe. Wenn übrigens dieser Landtag sowie der von Görz und Gradisca am 20. Juli aufgelöst wurden, so geschah es mit deren Zustimmung, damit die Neuwahlen nicht gerade in den hierfür ungünstigen Zeitpunkt vor der Weinlese fielen.

Die wichtigsten politischen Fragen spielten sich natürlich im Reichsrate ab. Das Herrenhaus war durch kaiserlichen Erlaß am 12. Januar um 24 auf Lebenszeit ernannte Personen vermehrt, unter denen sich der Minister des Innern, Marquis de Bacquehem, der Botschafter Graf Wolkenstein, der frühere Unterrichtsminister v. Gautsch, drei wiener Universitätsprofessoren und mehrere hohe Justizbeamte, Großindustrielle und adelige Großgrundbesitzer befanden. Das Abgeordnetenhaus genehmigte eine Strafgesetz-Novelle, wobei es sich besonders um strafbare Handlungen gegen befreundete Staaten und um Schutz der Mitglieder des Herrenhauses handelte, und eine Civilprozeßordnung. Die schon im April v. Js. vom Finanzminister v. Plener in Aussicht genommene Steuerreform wurde kräftig in Angriff genommen, nach Annahme einiger ihrer Hauptstücke wurde jedoch die Fortsetzung für diese Session ausgesetzt, zum Teil infolge lebhafter Einsprache der Czechen gegen eine zu eilige Behandlung. Böhmisches Angelegenheiten wurden von den Jungczechen nach Möglichkeit zur Verhandlung gestellt, sie ernteten damit aber auch diesmal keine Ehre. Am 11. März hatte der Minister des Innern das Verhalten des Magistrats von Reichenberg gegen die czechische Bevölkerung zu verteidigen, wobei er sich im allgemeinen dahin aussprach, daß zwischen beiden Nationalitäten Böhmens allerdings Spannungen beständen, daß sie aber nur durch Wühlerei genährt seien und daß von gegenseitigem Haß dabei keine Rede sei. Ein Antrag auf Aufhebung der Schulerlasse des Statthalters von Böhmen wurde am 27. April vom Unterrichtsminister v. Madeyski entschieden zurückgewiesen; es habe müssen Vorsehrung getroffen werden, damit die leidenschaftlichen Kämpfe der Jugend nicht zu Verirrungen verleiteten, wie es bereits durch Sammlungen zu nationalen Zwecken und durch Verunglimpfungen des Bildes des Kaisers geschehen sei. Als ferner von anderer Seite tadelnd zur Sprache gebracht wurde,

daß der Statthalter von Steiermark den Festlichkeiten in Graz zu Ehren des Fürsten Bismarck mehrfach unfreundlich entgegengetreten sei, gab der Minister des Innern, Marquis de Bacquehem, die Erklärung ab, die politischen Behörden hätten eine besondere Weisung nicht erhalten, aber die bisherigen Kundgebungen bei derartigen Anlässen gingen mitunter über die ursprünglichen Absichten der Veranstalter hinaus und in Österreich müßten derartige Kundgebungen eine Schranke darin finden, daß der österreichische Staatsgedanke auch nicht vorübergehend in den Schatten gestellt werde.

Mehr als durch manche der rein inneren Fragen Österreichs wurden hier die Gemüter bewegt durch den weiteren Verlauf der kirchlichen Gesetzgebung Ungarns, durch die bis in die wiener Regierungskreise reichende klerikale Gegenströmung und durch den infolge von Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten herbeigeführten Rücktritt des Grafen Kálnoky von der Stelle eines gemeinsamen Ministers des Außern. Die Angelegenheit kam vom 7.—9. Mai im österreichischen Abgeordnetenhaus zur Sprache; die betreffende Verhandlung soll jedoch, des Zusammenhangs wegen, unter Ungarn näher berührt werden.

Die wichtigsten und folgenreichsten Angelegenheiten des Reichstags bestanden im ferneren Verlaufe der Wahlreformfrage und in der bei der Budgetberatung zur Erörterung kommenden Frage der Errichtung eines slovenischen Gymnasiums zu Cilli in Unter-Steiermark. Die Wahlreform hatte das Ministerium des Fürsten Windischgrätz bei seinem Amtsantritt im November 1893 an die Spitze des Programms gestellt und auch nachher bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichsrate als seine hauptsächlichste Aufgabe bezeichnet; wenn aber gleichwohl nicht großer Eifer des Ministeriums hierin bemerkbar gewesen war, so hatte dies seinen Grund in den gleich von vornherein allseitig anerkannten großen Schwierigkeiten, auf deren Lösung man eben fortdauernd sehr gespannt war. Zuerst hatte das Ministerium versucht, in außerparlamentarischen Beratungen Einverständnis über die Wahlreform unter den koalitierten Parteien zu erzielen, aber der Versuch mißlang. Dann kam es zur Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses behufs Feststellung einer für die verbündeten Parteien annehmbaren Grundlage, aber nach lebhaften Beratungen vertagte er sich ohne Ergebnis und schob die Lösung der Aufgabe einem von

ihm hinterlassenen Unterausschusse zu. Nachdem die Sache auch hier lange Zeit geruht hatte, sprach sich dieser Ausschuß Anfang März für einen Vorschlag aus, wonach das bestehende, auf der Interessenvertretung aufgebaute Wahlsystem aufrecht erhalten und zu den bisherigen vier Wählerklassen, nämlich Großgrundbesitz, Handelskammern, Stadt- und Landgemeinden, eine fünfte Wählerklasse treten sollte, die aus zwei Wahlkörpern bestehen würde, von denen jeder für sich wählt; dem einen derselben sollten alle weniger als 5 Gulden direkte Steuer Zahlenden angehören, dem andern die qualifizierten Industriearbeiter und alle übrigen keine direkten Steuern zahlenden Personen; die neue Wählerklasse sollte 47 Abgeordnete wählen, die der bisherigen Zahl von 353 hinzutreten würden, und zwar sollten 34 Mandate auf die 1300000 kleinste Leute und 13 auf 600000 Arbeiter fallen. Der Vorschlag fand nirgends rechten Beifall, der Unterausschuß selbst erklärte ihn für ein Nachwerk der Regierung, diese aber hatte die vom Ausschuß zusammengebrachten Grundzüge nur zusammengestellt und ließ jetzt bekannt geben, daß sie den Vorschlag nur insoweit unterstützen wolle, als Einverständnis der Parteien erzielt werde. Vielfach sprach sich die Ansicht aus, der Vorschlag würde schließlich nur den Klerikalen und den Antisemiten zu gute kommen. Von Seiten der Partei der Linken verlautete, sie hänge mit keinem Faden an dieser Wahlreform, die vielmehr das Gepräge der feudalen Partei des Grafen Hohenwart trage, und sie werde den Vorschlag bekämpfen. Der vom 5. bis 10. Juni hierüber beratende Wahlreformauschuß kam nach lebhaften Verhandlungen zu keinem Entschluß, sondern die hier zu Tage tretende Verschiedenheit der Ansichten ließ erkennen, daß es im Abgeordnetenhause zu keiner Einigung kommen könne und somit die Parteienkoalition, auf der das Ministerium aufgebaut war, bereits im Zerfallen sei.

Demselben Ziele zu wirkte der Verlauf der in gleicher Weise aufregenden Frage der Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in Cilli. Daß ein Ministerium, dem v. Plener und Graf Wurmbrand angehörten, eine solche Forderung überhaupt ins Budget stellen konnte, wurde auf mehreren Seiten unbegreiflich gefunden. Wer den Czechen nicht die Oberherrschast in Böhmen verschaffen wollte, wie konnte der südslavischen Wünschen soweit entgegenkommen? Die Partei der deutschen Linken erklärte daher am 13. Juni, daß das Festhalten der mit ihr

verbündeten Parteien an dieser Forderung ihr das Verbleiben bei der Koalition unmöglich mache. Der polnische Landesminister v. Saworski versuchte zwar noch einen Vermittlungsvorschlag, wonach nicht ein zweisprachiges Gymnasium in Cilli, sondern in der nur von Slovenen bewohnten Gemeinde namens „Cilli-Umgebung“ ein vollständig slovenisches Gymnasium zu errichten wäre; auch sprach sich am 17. Juni der Polenklub für Erhaltung der Koalition aus, die wie vor 1½ Jahren eine politische Notwendigkeit bilde; aber mit der Verwerfung des deutsch-liberalen Antrags auf Streichung des Cilli-Postens am 18. Juni seitens des Budgetausschusses war das Schicksal des Parteienbündnisses besiegelt.

Das mit Rücksicht auf diesen Verlauf am 17. Juni eingereichte Entlassungsgesuch des 19 Monate im Amt befindlich gewesenen Ministeriums des Fürsten Windischgrätz wurde am 19., unter huldvollem kaiserlichen Schreiben an die Minister, genehmigt, worauf der bisherige Statthalter von Niederösterreich, Graf Erich v. Kielmannsegg, ein neues Ministerium bildete, in das die bisherigen Minister Graf Welfersheimb für Landesverteidigung und v. Saworski ohne Portefeuille übergingen. Der dem evangelischem Zweige einer alten hannoverschen Familie entstammende 47jährige Graf Kielmannsegg übernahm neben dem Vorsitz das Innere und die bisherigen Ministerabteilungs-Vorstände, Boehm von Baweck, Edler von Blumenfeld, Ritter v. Wittek, Rittner und Ritter v. Krall übernahmen Finanzen, Ackerbau, Handel, Unterricht und Justiz, worauf der Ministerpräsident am 20. Juni in beiden Häusern des Reichstags erklärte, das neue Ministerium habe die Aufgabe, die laufenden Geschäfte bis zur Bildung eines endgültigen Kabinetts zu führen.

Der Reichsrat beschäftigte sich bis zu seiner am 25. Juli eintretenden Vertagung vorwiegend mit dem Budget, und hierbei waren nur zwei Punkte von allgemeinerem Interesse: zunächst sprach sich am 6. Juli der Landesverteidigungsminister v. Welfersheimb bei Beratung des Stats seines Ministeriums dahin aus, in Oesterreich-Ungarn sei die Entziehung der Arbeitskräfte für das Heer bedeutend geringer als in anderen Großstaaten; man müsse der Regierung bezeugen, daß sie während des jetzigen Zustandes des bewaffneten Friedens in ihren Anforderungen nicht zu weit gehe. Der Minister bat Alle, dahin zu trachten, daß die bewaffnete Macht recht stark werde, daher die

Wehrpflicht hochzuschätzen und die Schule der Armee durchzumachen, die eine Schule des Gemeinfinns und der patriotischen Pflichterfüllung bilde. Sodann kam es zur Entscheidung in betreff des oben erwähnten Budgetpostens für das zum Teil slovenisch umzugestaltende Gymnasium in Cilli, eine Frage, die fortwährend alle Parteien aufs höchste bewegte, weil damit die Nationalitätenfrage so tief berührt wurde. In den lebhaften Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beriefen sich die Gegner dieses Budgetpostens auf ihre nationale Pflicht, während die Slovenen von der Forderung nicht abgehen wollten. Die Abstimmung fiel am 10. Juli mit 173 gegen 143 Stimmen „für Cilli“ aus. Dagegen war die „Vereinigte deutsche Linke“, der Klub der „deutschen Nationalpartei“, 2 deutschkonservative, 2 deutsch-nationale, die Christlich-Sozialen, 2 deutsch-nationale Antisemiten und der Coroniniklub; von Deutschen stimmten nur die Merikalen des Hohenwartklubs dafür. Als sich am 25. Juli das Herrenhaus mit dieser Frage beschäftigte, gab der Minister Graf Falkenhayn die Versicherung, es handele sich dabei nur um die Erfüllung einer vom vorigen Ministerium gegebenen Zusage. Das Finanzgesetz wurde hierauf von beiden Häusern genehmigt; im Abgeordnetenhause erklärten einige Mitglieder, daß sie wegen Cilli gegen dieses ganze Gesetz stimmten. Die Deutschen in ganz Steyermark hatten am 13. Juli in Graz eine große Kundgebung gegen die Cillifrage veranstaltet. Ein wichtiger Vorgang im Parteileben war die gänzliche Zurückziehung v. Pleners, der nunmehr die Stelle eines Präsidenten des gemeinsamen Rechnungshofs erhielt. Weiterer Mutlosigkeit der Deutschliberalen versuchte am 23. Juli der Präsident Baron Chlumetzky in einer Rede zu Znaim entgegenzutreten. Die Lage, so führte er aus, sei zwar eine ernste und unfertige, zu Kleinmut und Verzagtheit biete sie jedoch keinen Anlaß; die durch „Cilli“ hervorgerufene Bewegung der Deutschen werde für alle zur Regierung berufenen Staatsmänner ein deutlicher Fingerzeig sein, wie empfindlich die nationale Saite in den deutschen Herzen erklinge und wie notwendig eine vorsichtige Behandlung solcher Fragen sei.

Dies war bereits ein Wink für das neue politische Ministerium, dessen baldige Berufung als ausgemachte Sache galt. Sie zog sich jedoch bis zum 2. Oktober hin. An diesem Tage wurde das am 19. Juni gebildete Interims- oder Geschäfts-Ministerium des Grafen

Kielmannsegg entlassen und ein neues gebildet vom bisherigen Statthalter Galiziens, dem 49jährigen Grafen Casimir Badeni aus einer italienischen, im 16. Jahrhundert in Polen eingewanderten Familie. Er übernahm, neben dem Vorsitz, das Ministerium des Innern. Seine Kollegen waren: für Unterricht Dr. Paul Freiherr v. Gautsch von Frankenthurm, 44 Jahre alt und früher Mitglied des Ministeriums des Grafen Taaffe; für Justiz Johann Nepomuk Graf zu Gleispach, 45 Jahre alt, bisher Präsident des Grazer Oberlandesgerichts; für Finanzen der 46jährige Dr. Leon Ritter v. Bilinski aus Galizien, bisher Abteilungschef im Handelsministerium; für Handel Freiherr Hugo v. Glanz-Eicha, bisher Abteilungschef in diesem Ministerium und hauptsächlichster Unterhändler wegen der Handelsverträge mit Deutschland und den kleineren Donaustaaten; für Ackerbau Graf Johann Ledebur-Wicheln, Herr auf Kostenblat, Krzemusch und Miletschau, geboren 1842, aus dem alten westfälischen Adelsgeschlechte, Mitglied der feudal-klerikalen Fraktion des böhmischen Landtags; das Ministerium für Landesverteidigung endlich übernahm wieder Graf Zeno Welfer v. Welfersheimb, geboren 1835, aus einem tiroler Adelsgeschlechte.

Die Aufgaben dieses Ministeriums, in dem, neben dem Reichsminister Grafen Soluchowski, das polnische Element stark berücksichtigt war, galten von vornherein als recht schwierig, nicht bloß im Hinblick auf die zerklüfteten Parteien und die streitenden Nationalitäten, sondern auch mit Rücksicht auf die wieder bevorstehende Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn. Eine der ersten Handlungen des neuen Ministeriums bestand am 19. Oktober in der Aufhebung des am 12. September 1893 vom Ministerium des Grafen Taaffe über Prag und Umgebung verhängten Ausnahmezustands. Die Suspendierung der Geschworenengerichte für dieses Gebiet war schon im September 1894 erfolgt, sodaß jetzt die Suspendierung der das Vereinsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und Bild betreffenden Verfassungsbestimmungen ihr Ende erreichte.

Bald hiernach sah sich das Ministerium des Grafen Badeni vor eine Angelegenheit allgemeinen Interesses, in der die Wogen der Parteibewegung hoch gingen, und deren Anfänge schon weiter zurücklagen, gestellt:

Die Folgen des zerfahrenen Parteiwesens waren besonders im Wiener Gemeinderate hervorgetreten. Nachdem hier schon längst die Uneinigkeit der Parteien die Antisemiten hochgebracht hatte, erlitt Anfang April die liberale Partei bei den Ergänzungswahlen eine große Niederlage, sodaß nun die Hälfte der 138 Gemeinderatsmitglieder den vereinigten Merikalen und Christlich-Sozialen angehörte. Ein großer Teil der antisemitischen Stimmen rührte von Beamten her, die in der Hoffnung auf Verbesserung ihrer materiellen Lage mit der Opposition gingen. Man nahm an, daß nach diesem Vorgange dieselben Richtungen auch in den Provinzen zum Siege gelangen würden. Als am 14. Mai die Wahl des ersten Vizebürgermeisters auf den hervorragendsten Antisemitenführer Lueger fiel, trat der erste Bürgermeister Gröbl von seiner Stelle zurück. An seine Stelle wurde Lueger gewählt, worauf der Statthalter am 30. Mai den Gemeinderat auflöste und den Bezirkshauptmann v. Friebeis zum Regierungskommissar bestellte, dem 15 Gemeinderäte als Beirat beigegeben wurden. Diese Vorgänge waren mehrfach von Straßentumulten begleitet. Durch die am 27. September vorgenommenen Neuwahlen kamen nun die Antisemiten in noch größerer Anzahl in den Gemeinderat; während sie vor der Auflösung dieser Körperschaft 64 Mann und die Liberalen 74 zählten, gelangten die Antisemiten jetzt zur Zahl von 19 gegen 46 Liberale und es waren in allen drei Wahlkörpern für die Antisemiten 43 776, für die Liberalen nur 22 868 Stimmen abgegeben. Der so zusammengesetzte neue Gemeinderat wählte am 29. Oktober wiederum Lueger zum Bürgermeister, der mit dem Versprechen annahm, ein Volksregiment im edlen Sinne des Wortes zu führen, den Bürger- und Gewerbestand vor Ausbeutung zu bewahren und die Kinder in den Schulen von Lehrern ihres Stammes und Glaubens erziehen zu lassen. Nachdem die Regierung am 6. November der Wahl Lueger's die Bestätigung versagt hatte, fiel am 13. November die Neuwahl wiederum auf ihn. Er verwahrte sich zwar bei Annahme der Wahl gegen jede Idee einer Auflehnung wider den kaiserlichen Willen, aber wiederum wurde der Gemeinderat vom Statthalter aufgelöst.

Gleich bei Wiedereröffnung des vertagten Reichstags, am 22. Oktober, ergriff der Ministerpräsident Graf Badeni im Abgeordnetenhaus das Wort zu einer programmatischen Erklärung.

Die Regierung, sagte er, habe sich die Aufgabe gestellt, vor allem Bedingungen zu schaffen, unter denen der Gang der Staatsverwaltung ungestört, regelmäßig und zeitgemäß bleiben könne; deshalb werde sie allen Erscheinungen entgegenwirken, die geeignet seien, ein friedliches Zusammenleben der Nationen Oesterreichs zu beeinträchtigen; „aktuell berechnete, dem jeweiligen Zustande der Entwicklung entsprechende Ansprüche, soweit sie sich in den Grenzen der staatsrechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Zulässigkeit bewegen“, sollten gerechte und wohlwollende Würdigung finden, wenn sie auf gesetzlichem Wege geltend gemacht würden; dies könne und solle aber nur in der Art geschehen, „daß die auf dem geschichtlichen Momente beruhende überlieferte Stellung und die religiösen Momente im Staatsleben“ gewahrt würden, jedoch unter Verwahrung gegen reaktionäre Bestrebungen.

Über diese programmatische Erklärung fanden am 24., 25. und 28. Oktober im Abgeordnetenhaus lebhaftere Verhandlungen statt. Der Abg. Graf Rhuenburg erklärte, die deutsche Linke werde ihre Haltung von den Thaten der Regierung abhängig machen, deren Programm manche sympathische Punkte enthalte. Herold nannte die böhmische Frage den andauernden Angelpunkt der österreichischen Politik und bekämpfte jenen Grundsatz, die geschichtliche Stellung des deutschen Volks zu beachten. Graf Hohenwart begrüßte die Erklärung des Ministerpräsidenten als das Programm einer starken, zielbewußten Regierung, die jetzt mehr als je not thue. Zaleski bezeugte, daß das Programm in keinem Punkte mit den Grundsätzen der Polen in Widerspruch stehe. Nachdem sich noch drei weitere Parteiführer zu Gunsten des Ministeriums ausgesprochen hatten, fügte Graf Badeni seinen obigen Aussprüchen noch ergänzend hinzu, eine kräftige, an keine Parteiformel gebundene Regierung bilde nicht nur keine Gefahr, sondern sogar eine Gewähr für die Stärkung des Parlaments und gegen eine Regierung, die ihre Absichten in Bezug auf die Nationalitäten mit voller Klarheit im Geiste der Staatsgrundgesetze zur Geltung bringe, könne unmöglich der Vorwurf der Hintanzetzung irgend eines Volksstammes erhoben werden. Die langjährige, allen andern Völkern voranleuchtende Kultur des deutschen Volkes müsse gebührende Beachtung finden; der czechischen Nation bringe die Regierung volles Vertrauen entgegen; sie verzichte auf jeden Tadel hinsichtlich der Vergangenheit und sie habe, „auf den

glänzend erprobten Patriotismus des böhmischen Volkes bauend, den ersten Vertrauensbeweis geliefert"; die Aufhebung des Ausnahmezustands über Prag sei kein Zugeständnis, sondern die Grundlage zur Schaffung normaler Zustände. Gegenüber den Parteien des Abgeordnetenhauses stehe die Regierung vollkommen frei da, sie gedenke zu führen, nicht sich führen zu lassen; unter Voraussetzung unbedingter Aufrechthaltung dieses Grundjages habe Redner und seine Kollegen die Aufgabe übernommen. Ihr Ziel sei „ein mächtiges, patriotisches, solidarisch vorgehendes Österreich“. Dabei appelliere die Regierung hauptsächlich an die Parteien, die, auf ethischer Grundlage gebildet, ideale Ziele, wenn auch mit praktischer Unterlage, anzustreben befähigt seien. Die Regierung sei sich der Pflicht bewußt, die Umwälzung oder Vernichtung der Gesellschaftsordnung zu verhindern. „Wir werden“, so schloß der Minister, „mit gutem Gewissen, festem Glauben, festem Willen, aber auch mit mutigem Sinn und Energie vorwärts schreiten“. Weiterhin hielt Graf Badeni am 4. November im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses die Zusage einer baldigen Einbringung der Wahlreform aufrecht, deren Frage sich nun schon lange hinzog. Während alle diese Äußerungen im ganzen Befriedigung hervorriefen, war doch auch diesem Ministerium in seinen Anfängen ein heftiger Ansturm nicht erspart. Namens der Antisemiten, der Deutschnationalen und eines Teils der Katholisch-Konservativen wurde von Pataj der Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Regierung zur Mitteilung der Gründe aufzufordern, weshalb sie dem Kaiser die Nichtbestätigung der Wahl Lueger's zum Bürgermeister von Wien vorgeschlagen habe. Als bald ergriff Graf Badeni das Wort und trat zunächst der Meinung entgegen, daß die Niederlegung von Lueger's Reichsratsmandat zur Bedingung der Bestätigung gemacht worden sei; im übrigen halte sich die Regierung zur Angabe der Gründe nicht verpflichtet. Hiermit jedoch und leichten Kaufes kam der Ministerpräsident nicht weg, sondern nun entfalteten sich die Leidenschaften einer Reihe von Abgeordneten. Pataj hielt es für unzulässig, daß ein tadelloser Mann „mit Rücksicht auf das Judengetriebe in Ungarn“ nicht bestätigt werde; Ebenhoch meinte, die Nichtbestätigung Lueger's bedeute die Verurteilung der Bestrebungen seiner politischen Partei; Prinz Lichtenstein versicherte, Lueger werde immer wieder gewählt

werden. Nach einer heftigen Rede Lueger's mußte die Gallerie der Zuhörer wegen lärmhafter Parteinahme für ihn geräumt werden. Nach einer sodann im Budgetausschuß stattgehabten Berathung des Antrags wurde die Verhandlung im Hause selbst am 16. November fortgesetzt. Pataj beantragte Aufhebung der „ungefeglichen“ Auflösung des wiener Gemeinderats und entsprechende Genugthuung für die Verletzung der Gesetze. Graf Badeni ließ sich jedoch nicht beirren; er versicherte, den Rechten des Reichstags nie zu nahe treten zu wollen, die volle Verantwortlichkeit für des Kaisers Willen in dieser Sache zu tragen und daß der einzige Grund der Auflösung des Gemeinderats in der Wiederwahl Luegers bestehe, da der Regierung unmöglich zugemutet werden könne, nach wenigen Tagen den eingenommenen Standpunkt zu verlassen. Hiernach wandte sich der Justizminister, unter heftigem Lärm der Antisemiten, gegen diese Partei, die sich als Schirmer der Krone aufwerfe. Noch schärfer that dies der Minister Graf Ledebur, indem er den Antisemiten die zunehmende Verarmung der niederen Schichten schuld gab und versicherte, niemals werde die Regierung einer Bewegung weichen, die unter dem Schild des Christentums die christlichen Wahrheiten kaum mehr erkennen lasse. Lueger richtete heftige Worte gegen die Minister Grafen Badeni und Gleispach und schloß mit den Worten: wer für ihn sei, sei nicht gegen den Kaiser, sondern gegen die Herrschaft der Juden und Judasmaghyaren. Hier brach die zweite Gallerie, ermuntert durch antisemitische Abgeordnete, in minutenlange Hochrufe aus und mußte geräumt werden, während die Minister den Saal verließen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung brachen auch die Zuhörer der ersten Gallerie in stürmische Hochrufe auf Lueger aus, worauf diese Tribüne ebenfalls geräumt werden mußte. Menger wies sodann noch darauf hin, daß grade Luegers heutige Rede bewiesen habe, welche Pflichtvergeffenheit der Regierung dessen Bestätigung gewesen wäre. Endlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Im übrigen beschloß das Abgeordnetenhaus ein Ersuchen um eine Gewerbenovelle und neue Maßnahmen zum Schutz des ehrlichen Handels, letzteres aus Anlaß eines jähen Kurssturzes an der Wiener Börse wie freilich auch an ausländischen Börsen am 9. November. Minister v. Bilinski kündigte daraufhin Maßregeln an gegen die Schäden, welche von den außerhalb der Börse bestehenden

Wechselstuben verursacht würden. Der Minister Graf Welsershheim nahm am 16. November Veranlassung, auf den von außen her wachsenden Einfluß auf die Mannschaften, um sie zur Unzufriedenheit und Widersetzlichkeit zu verleiten, hinzuweisen. Der Antisemitenführer Lueger erhob im November zu wiederholten malen heftigen Skandal im Abgeordnetenhause, immer aus höchster Gereiztheit gegen Maßregeln wider die Agitation der Judenfeinde, und immer unter rücksichtslosesten Ausfällen gegen den Vorsitzenden, die Minister und die Liberalen. Namentlich handelte es sich am 29. November um die militärischen Maßnahmen in Wien nach dem Bekanntwerden von Luegers Nichtbestätigung als Bürgermeister. Die am 9. Dezember begonnene Beratung des Budgets für 1896 führte zu großen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und dem Ministerium, wobei sich die Jungtschechen plötzlich als Freunde der Regierung hinstellten und dafür von Lueger und Genossen angegriffen wurden.

Gegen Ende December traten die Landtage der Einzelländer wieder zusammen. Bei den Neuwahlen zum böhmischen Landtage fielen die Altschechen zum ersten Male ganz zurück, während die Jungtschechen in ihren Ansprüchen zum ersten male den Ausgleich mit den Deutschen als wünschenswert bezeichneten, freilich unter Festhaltung ihrer damit nicht zu vereinbarenden Vorrechte. Bei Eröffnung des Landtags am 28. December gab der Oberlandmarschall Fürst Lobkowitz seiner Überzeugung Ausdruck, daß trotz der Verschiedenartigkeit der Nationalitäten ein gedeihliches Arbeiten des Landtags in praktischen Fragen möglich sein werde, und der Statthalter Graf Thun, bei dessen Erscheinen die jungtschechischen Abgeordneten den Saal verließen, erklärte im Landtage, die Einheit und Unteilbarkeit Böhmens müsse dahin führen, daß durch gleiches Recht der Ausgleich der verschiedenen Wünsche erfolge. Bei der Eröffnung des Landtags für Steiermark erschienen die slovenischen Abgeordneten nicht. Im Landtage für Niederösterreich hatte sich Graf Kielmannsegge, der die Statthalterschaft wieder übernommen hatte, gegen heftige Angriffe der Antisemiten zu verteidigen.

Was die kaiserliche Familie betrifft, so brachte der Kaiser Franz Joseph wegen der kirchenpolitischen Fragen Ungarns im Januar eine Zeitlang in Pest zu. Am 18. Februar starb zu Arco in Südtirol

der fast 78 Jahre alte Erzherzog Albrecht, Sohn Karls, des Siegers von Aspern, Generalinspekteur des Heeres. Er war 1850 Gouverneur der damaligen deutschen Bundesfestung Mainz, 1851—1860 General-Gouverneur von Ungarn, machte 1859 in Berlin einen Versuch, zu dem bevorstehenden italienischen Krieg Preußen für die Sache Österreichs zu gewinnen, erhielt 1861 die Feldmarschallswürde, besiegte 1866 die Italiener bei Custozza und wurde nach der Schlacht von Königgrätz an die Stelle Benedek's gesetzt. Sodann reorganisierte er das österreichische Heer und wurde, nachdem Fürst Bismarck die dauernde Annäherung Deutschlands an Österreich bewirkt, Freund der deutschen Sache. Der deutsche Kaiser besuchte ihn 1893 auf seinen Herrschaften in Ungarn und ernannte ihn zum preußischen Feldmarschall. Aus seiner Ehe mit der Prinzessin Hildegard, Tochter des Königs Ludwig I. von Bayern, hinterließ er eine Tochter, die seit 1865 mit dem Herzog Philipp von Württemberg vermählte Erzherzogin Maria Theresia. Am Leichenbegängnis in Wien am 26. Februar nahm der deutsche Kaiser teil. Der Kaiser Franz Joseph erschien am 3. April in Brünn zur Taufe seines Urenkels, eines Sohnes der mit dem Oberlieutenant Freiherrn Otto v. Seefried auf Buttenstein vermählten Prinzessin Gisela von Bayern, Tochter von des Kaisers gleichnamiger ältesten, mit dem Prinzen Leopold von Bayern vermählten Tochter. Kurz darauf, am 13. April, wurde dem zweiten Sohne des Erzherzogs Karl Ludwig, Bruder des Kaisers, dem Erzherzog Otto und der Prinzessin Maria Josepha von Sachsen ein Sohn geboren, der den Namen Maximilian erhielt. Im Mai hielt sich der Kaiser in Pola auf, besichtigte hier die Flotte und richtete ein sehr anerkanntes Schreiben an den Admiral v. Sterneck. Am 15. Mai überreichte ihm Prinz Albrecht von Preußen im Namen seines Königs den durch Erzherzog Albrechts Tod freigewordenen preußischen Feldmarschallsstab. Ferner wohnte der Kaiser am 29. Mai der Einweihung des Landesmuseums in Linz, am 4. Juni der Grundsteinlegung des Universitätsgebäudes in Graz bei, worauf er sich zu den Truppenübungen in das Lager bei Bruck a. d. Leitha begab. Am 6. September wurde die kaiserliche Familie auf neue in Trauer versetzt durch den Tod des 20jährigen Erzherzogs Ladislaus, Sohnes des Erzherzogs Joseph, der in Pest den Verletzungen erlag, die er sich auf einer Jagd zugezogen hatte. Nachdem der Kaiser Franz Joseph am 11. September

den preussischen Manövern bei Stettin beigewohnt hatte begab er sich über Zenta nach Klausenburg. Erzherzog Franz Ferdinand wurde am 9. Oktober aus Gesundheitsgründen vom Kommando der 38. Infanterie-Brigade enthoben. Vom 14. Oktober an weilte der Kaiser einige Tage in Agram. Dem hier wohnenden Erzherzoge Leopold Salvator wurde am 21. November ein Sohn geboren.

Die Totenliste Österreichs eröffnete am 11. Januar der deutschliberale Reichsratsabgeordnete des Wiener dritten Bezirks, Freiherr v. Sommaruga. Am 1. März starb in Wien Fürst Richard Metternich-Winneburg, Sohn des berühmten Staatskanzlers, im 67. Lebensjahre. Er wurde 1859 Botschafter am Hofe Napoleons, wo er die Aufgabe, die beiderseitigen Beziehungen wieder besser zu gestalten, glänzend löste und persönlich in nähere Beziehungen zu Napoleon und Kaiserin Eugenie trat, der er 1870 auch zur Flucht aus den Tuileries verhalf. 1871 abberufen, zog er sich gänzlich zurück. Graf Ed. v. Taaffe, der von 1879—1893 als Ministerpräsident mit allen seinen Versuchen zur Versöhnung der verschiedenen Nationalitäten der Monarchie scheiterte, starb am 29. November, 62 Jahre alt, zu Ellischau in Böhmen.

Nachdem im Königreich **Ungarn** das Ministerium Weyerle am 24. Dezember 1894 die erbetene Entlassung erhalten hatte, weil der König die Ausführung der drei am 10. Dezember von ihm genehmigten kirchenpolitischen Gesetze nicht den Liberalen überlassen wollte, wurde zunächst der Banus von Kroatien, Graf Rhuen-Hedervary mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt; die Aufgabe gelang ihm jedoch nicht, weil die Führer der liberalen Partei sich weigerten, deren Verbindung mit der Nationalpartei und überhaupt ein parlamentarisches Bündnis aller auf dem Boden des Ausgleichs beider Reichshälften stehenden Parteien einzugehen; der Banus sah sich daher am 10. Januar genötigt, den Auftrag aus demselben Grunde wie schon am 3. Juni 1894 zurückzugeben. Hierauf lehnten auch Szlavh und Szell den Auftrag ab, sodaß dem König nunmehr nichts übrig blieb, als den ihm schon vom abgehenden Weyerle als Nachfolger empfohlenen liberalen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, den Baron Desider Banffy zu berufen. Diesem bisher gerade als „Statthalter Weyerle's“ gemiedenen Politiker gelang es, unter seinem Vorsitz das Ministerium also zusammenzusetzen: Desiderius

v. Perczel, seit 1891 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, übernahm das Innere; der Professor der Rechte an der Universität Pest, Julius Wlassitsch wurde Minister für Kultus und Unterricht; Ernst v. Daniel, Präsident der Vaterländischen Sparkasse, Handelsminister; Ladislaus Lukacz übernahm die Finanzen, Alexander Erdelyi Justiz; Graf Festetics Ackerbau, Fejerwary Landesverteidigung, Baron Samuel Jofika wurde Minister a latere und Jospowitsch Minister für Kroatien. Gleichzeitig hob der König in einem Schreiben an Wekerle dessen besondere Verdienste um die Befestigung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, unter Versicherung der fort-dauernden Gnade, hervor. Auch den übrigen bisherigen Ministern dankte der König für ihre geleisteten ausgezeichneten Dienste.

Der wichtigste Punkt in dem Programm, welches der neue Ministerpräsident Banffy am 19. Januar in beiden Häusern des Reichstags aufstellte, war die Stellung zu den kirchenpolitischen Fragen, und da hieß es, die Regierung werde die kirchenpolitischen Gesetze innerhalb des festgesetzten gesetzlichen Zeitraums in friedlichem Sinne und womöglich mit Schonung der Gefühle der einzelnen Konfessionen durchführen; die noch übrigen Kirchengesetze werde sie nach den für die ersten maßgebend gewesenen Grundsätzen in Angriff nehmen; im übrigen gedenke das Ministerium alles zur Beruhigung der Gemüter zu thun und es werde die Geschäfte auf liberaler Grundlage in ungarisch-nationaler Richtung führen. In der über dieses Programm im Abgeordnetenhause entstehenden Verhandlung kam die mehrmals gescheiterte Frage der Vereinigung der an dem Ausgleich von 1867 festhaltenden Parteien wiederholt zur Sprache und von mehreren Seiten wurde diese Fusion als dereinst in Aussicht stehend angenommen, ja die liberalen Redner sowie der Ministerpräsident fühlten sich gedrungen, ihre Partei gegen die Anschuldigung zu verteidigen, daß sie der Fusion grundsätzlich widerstrebten. Eine besondere Rolle bei der Besprechung des ministeriellen Programms bildete seine Stellung zu den Forderungen der siebenbürger Sachsen. Deren 13 Abgeordnete, sehr gehoben durch das Bewußtsein, das Zünglein an der Wage der Mehrheit der Regierungspartei zu bilden, traten kühn mit dem Verlangen hervor, Gewißheit darüber zu erhalten, ob das Ministerium das Programm der sächsischen Volkspartei anerkenne. Banffy erteilte hierauf eine Antwort, der sichtlich das

Bestreben zu Grunde lag, die Sachsen zu gewinnen. Sie ging dahin, er halte es zwar nicht für richtig, zweckmäßig und mit den Gesetzen vereinbar, daß Nationalitäten als solche Parteien und gesonderte Gruppierungen bildeten, gleichwohl erkenne er an, daß das Programm der sächsischen Volkspartei nichts enthalte, was mit Rücksicht auf die Nationalitäten und den Nationalcharakter des Staats nicht gestattet werden könne. Die Sachsen zeigten sich mit diesem Erfolge vorerst ganz zufrieden, von anderen Seiten aber wurde Banffy vorgeworfen, daß er durch dieses Entgegenkommen die magyarischen Interessen geschädigt habe, während noch Hieronymi im Ministerium Wexlerle den sächsischen Forderungen entgegen getreten sei. Der neue Kultus- und Unterrichtsminister Wlassitsch ergänzte am 23. Januar im Unterhause das ministerielle Programm durch die Erklärung, daß er Maßregeln zur Herstellung der Eintracht zwischen beiden Häusern des Reichstags keinen schroffen Widerstand entgegensetzen, wesentliches jedoch nicht opfern werde. Obwohl der Minister hinzufügte, daß er die Souveränität des Staats überall zur Geltung bringen werde, zogen jene seine Worte dem Ministerium den Vorwurf zu, daß es, um sich am Leben zu erhalten, geneigt sei, zu Kompromissen mit der ultramontanen Opposition seine Zuflucht zu nehmen. Wlassitsch nahm daher am 28. Januar bei der Budgetberatung des Unterhauses Veranlassung zur Versicherung, er werde die Reinheit der Grundsätze der noch ausstehenden Kirchengesetze aufs entschiedenste wahren.

Die Besorgnisse, daß der fernere Verlauf der kirchenpolitischen Frage den Wünschen der Volksmehrheit weniger entsprechen werde, waren nach den Vorgängen der letzten Monate sehr nahe liegend. Zum mindesten hatten sie, wenn auch wieder zu einem liberalen Ministerium hatte zurückgegriffen werden müssen, den klerikalen Elementen einen neuen Ansporn gegeben. Und so war im Januar eine katholische Volkspartei entstanden, an deren Spitze Graf R. M. Esterhazy und eine Reihe anderer Adligen standen. Im Programm figurierten allerdings an erster Stelle eine Reihe von Forderungen zu Gunsten des kleinen Mannes, hauptsächlich aber war es auf Änderung der eben erst nach schweren Mühen zu stande gekommenen kirchenpolitischen Gesetze abgesehen. Sodann machte sich im April der päpstliche Nuntius in Wien, Agliardi, Erzbischof von Casarea, auf und bereiste Ungarn, wobei seine Antworten auf festliche Begrüßungen

offenbar auf Kräftigung des klerikalen Widerstands gegen jene Gesetzgebung ausgingen. Auf die Ansprache des Fürstbischofs Bazsary antwortete er sogar mit der Aufforderung: „Harret aus in euren edlen Kämpfen!“ Die kirchliche Lage hatte endlich Einfluß auf die Unabhängigkeitspartei, indem am 22. Februar 35 Liberale unter Führung von Justh ausschieden und einen besonderen Klub bildeten, während die übrigen 42 Klerikalen mit der Apponyi'schen Nationalpartei gehen wollten.

Es konnte nicht fehlen, daß die kirchlichen Fragen bei der Beratung des Budgets im Abgeordnetenhaus mehrmals zur Sprache kamen. Vor allem war es der frühere Kultusminister Graf Czaky, der am 4. März hervorhob, die neue Volkspartei gehe darauf aus, den weniger intelligenten Teil der Bevölkerung über die Tragweite und Bedeutung der Kirchengesetze irre zu führen; hoffentlich werde bei Durchführung derselben das Volk belehrt werden, daß kein Angriff gegen die Religion geplant sei; eine Fusion der auf der Grundlage von 1867 stehenden Parteien sei sehr wünschenswert und möglich, nur dürfe sie nicht irgendwie mit Verleugnung politischer Überzeugung verbunden sein. Sodann gab der Ministerpräsident Banffy am 8. März den Vorwürfen der Opposition gegenüber die Erklärung ab, die kirchenpolitischen Gesetze würden bestimmt in der festgesetzten Zeit durchgeführt werden; das Ministerium habe das Vertrauen der Krone wie der Parlamentsmehrheit, es werde daher den von kirchlicher Seite angebotenen Kampf in vollem Umfange aufnehmen. Das Abgeordnetenhaus, hiermit einverstanden, genehmigte hierauf das Budget für 1895, das sich in Einnahme und Ausgabe auf 468 550 257 Gld. stellte.

Was die noch ausstehenden kirchenpolitischen Gesetze betrifft, so wurde am 23. März das über die Rezeption der jüdischen Religion vom Oberhause abgelehnt, das über die freie Religionsübung genehmigt. Bezüglich des ersten Entwurfs änderte jedoch das Haus seine Ansicht, indem es ihn am 16. Mai genehmigte.

Am 1. Mai wurde von der liberalen Partei im Abgeordnetenhaus das auffällige Benehmen des päpstlichen Nuntius scharf gerügt und daran die Frage an die Regierung geknüpft, ob sie dafür Sorge tragen werde, daß eine ähnliche Beunruhigung der Gemüter und eine solche Einmischung eines auswärtigen Vertreters in die inneren An-

gelegenheiten Ungarns nicht wieder eintreten werde. Darauf gab der Ministerpräsident Banffy die Antwort, die Manier, der Zeitpunkt und die sonstigen Beziehungen des Auftretens, die den Nuntius bei seinem Erscheinen stets begleitet, hätten auf ihn den Eindruck gemacht, daß er die Grenzen überschritten habe, die ihm als dem Vertreter einer auswärtigen Macht in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des Landes gezogen seien; denn es sei nicht möglich, zwischen dem Nuntius und den Vertretern anderer auswärtiger Mächte einen Unterschied zu machen; freilich besitze die römische Kirche in geistlichen Dingen ein Recht und einen Wirkungskreis, diese Befugnisse seien aber staatsrechtlich in die Hand des Fürstprimas gelegt. Zudem Banffy noch hinzufügte, daß der gemeinsame Minister des Außern diese Anschauung völlig teile und ihr bereits auf diplomatischem Wege beim päpstlichen Stuhle Ausdruck verliehen habe, erregte er das größte Erstaunen, weil gerade Graf Kálnoky als einer der Gegner der kirchenpolitischen Gesetze Ungarns galt. Als am 4. Mai Graf Apponyi im Näheren auf das Verhalten Agliardis und Graf Kálnokys zu sprechen kam, teilte Banffy den Wortlaut einer von letzterem am 25. April an ihn gerichteten Note mit, worin es hieß, daß keiner Macht, also auch dem päpstlichen Stuhle nicht eine Einmischung in ungarische Angelegenheiten zugestanden werden könne und der Nuntius scheinbar eine tadelnswerte Taktlosigkeit dadurch begangen zu haben, daß er sich nicht begnügte, auf Einladung Kirchenfürsten zu besuchen, sondern daß er Ansprachen gehalten habe, die nicht anders als oppositionell gegen die Regierung hätten ausfallen können. Er sei bereit, beim päpstlichen Stuhle Einsprache und Klage hiergegen zu erheben.

Durch diese Mitteilungen Banffys fühlte sich der gemeinsame Minister des Außern Graf Kálnoky sehr übel berührt und eine am 3. Mai in der halbamtlichen wiener „Polit. Corresp.“ erschienene Notiz, daß Banffy durch die ohne Wissen Kálnokys erfolgte Veröffentlichung seine Befugnisse aufs gröblichste überschritten, ja sogar bewußt gegen dessen Wunsch gehandelt, dazu aus Unkenntnis diplomatischen Geschäftsgangs eine unrichtige Darstellung bezüglich des Vorgehens beim Vatikan geliefert habe, mußte auf Kálnoky zurückgeführt werden. Banffy begab sich alsbald nach Wien und hatte, zumal der Kaiser eine gütliche Beilegung des Streitfalls wünschte, eine Besprechung mit Kálnoky, der jedoch am 4. Mai um

Entlassung bat, wozu sein Organ, das „Wiener Fremdenblatt“, erläuternd mittheilte, daß sich Kálnoky das eventuelle Vorgehen beim Vatikan, zu dem er sich bereit erklärt hatte, nur als ein vertrauliches gedacht habe und daß durch jene Veröffentlichung die fernere Behandlung der wichtigen Angelegenheit dem Vatikan gegenüber wesentlich erschwert, ja kompromittirt sei. Da nun der Kaiser am 6. Mai Kálnokys Entlassungsgesuch ablehnte, schien die Sache für das liberale Ministerium Ungarns übel zu stehen, als ihm die Opposition im Pesther Reichstage thatsächlich zu Hülfe kam. Am 6. Mai erhoben nämlich Apponyi und am 10. Mai Helyi im Abgeordnetenhause gegen das Ministerium den Vorwurf, daß es für sein durch Kálnokys halbamtliche Auslassungen gefährdetes Ansehen sich keine Genugthuung verschafft habe; wenn auch Banffy hierauf verzichten zu können meine, so könne es doch das Land nicht; selbst Ugron von der äußersten Linken verband am 13. Mai mit seinem Tadel der ministeriellen Behandlung des Nuntius Agliardi die Bemerkung, Banffy hätte ohne Genugthuung nicht als Minister aus Wien zurückkehren dürfen. Banffy erwiderte nur, das Ministerium werde eine Schmälerung seines Ansehens nicht dulden und benutzte nun diese Angriffe um, im Bewußtsein, daß auch jetzt kein anderes als ein liberales Ministerium zu haben sein werde, in Wien zur Entscheidung zu drängen. Die Berechnung war richtig und Graf Kálnoky erneuerte am 15. Mai sein Entlassungsgesuch mit dem dringenden Hinweis, daß ihm unter den obwaltenden Umständen eine erspriessliche Fortführung der Geschäfte nicht mehr möglich sei. Er wäre zwar zu einer Genugthuungserklärung für Banffy bereit gewesen, hatte aber für diesen Fall Bürgschaften dafür verlangt, daß das ungarische Ministerium fortan in allen die auswärtige Politik berührenden Angelegenheiten in steter Fühlung mit dem Reichsministerium des Außern vorgehen werde. Hierzu hatte sich das ungarische Ministerium, unter Hinweis auf die nur Ungarn betreffende Agliardi'sche Angelegenheit, nicht verstehen können.

Mit den Ausdrücken lebhaftesten Bedauerns genehmigte der Kaiser nunmehr am 16. Mai die Entlassung des Grafen Gustav Siegmund Kálnoky, Freiherrn von Korös-Patak, von der von ihm seit dem 19. November 1881 ehrenvoll bekleideten Stelle eines Reichsministers des Außern und ernannte am 18. Mai zum Nachfolger den 46jährigen Grafen Agenor v. Goluchowski, Majoratsherrn auf Skala, Erb-

herrn der Herrschaft Janow und Sohn des österreichischen Staatsministers, dessen Name mit der Veröffentlichung des Oktoberdiploms von 1860 verknüpft ist. Er war von 1886 bis 1893 Gesandter in Bukarest gewesen.

In der österreichischen Reichshälfte war die politische Bedeutung von Graf Kálnokys Auftreten und Entlassung nicht ohne starken Eindruck geblieben. Im Abgeordnetenhaus des Reichsrats hatten schon am 7. Mai Fürst Lichtenstein, Graf Belcredi und Dipauli die Anfrage an die Regierung gestellt, ob nach ihrer Ansicht gewisse Wendungen in Kálnokys Note vom 25. April an Banffy so zu verstehen seien, „daß unter den innerpolitischen Angelegenheiten kirchenpolitische Fragen nicht inbegriffen sind“. Eine direkte Antwort wurde am 9. Mai vom Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz mit dem Bemerkten umgangen, daß gegenwärtig ein Österreich berührender Anlaß nicht vorliege. Eine weitere Anfrage über die Ursachen von Graf Kálnokys Rücktritt und über den bei der Ernennung seines Nachfolgers geübten Einfluß lehnte der Fürst am 30. Mai ab, weil diese Akte zu den Vorrechten der Krone gehörten. Die bedeutendste Wirkung übte der ganze Vorgang auf die bisherige Parteienverbindung, indem die vereinigte Linke des österreichischen Abgeordnetenhauses schon am 8. Mai die öffentliche Erklärung abgab, daß die von einer großen Zahl von Mitgliedern der verbündeten Parteien einseitig gestellte obige Anfrage Dipauli's eine der Fragen berühre, deren Zurückstellung unbedingte Voraussetzung des Bestandes der Parteien-Koalition sei, die dadurch gefährdet werde. Und in der That trug dieser Vorgang in Verbindung mit den schon oben (S. 234) berührten Vorgängen zum Verfall dieser Verbindung bei.

Endlich hatte zu dieser Sache Banffy am 20. Mai im ungarischen Unterhause noch der Beschwerde des Grafen Apponyi stand zu halten, daß die Entlassung des Grafen Kálnoky ohne Gegenzeichnung erfolgt sei und daß die Regierung über dessen Scheiden nichts im Reichstage mitgeteilt habe; die Ursache sei wohl im allgemeinen in der Frage des Einflusses der ungarischen Regierung auf die Leitung des gemeinsamen auswärtigen Amtes zu suchen. Banffys Antwort ging dahin, die Enthebung von dieser Stellung sei bisher stets ohne Gegenzeichnung erfolgt, die Ursachen von Kálnokys Rücktritt seien aber zu sehr subjektiver Natur, als daß eine öffentliche Besprechung

darüber am Platze wäre; Ungarns Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten sei übrigens seit 28 Jahren ohne Versäumnis geübt worden. Damit mußte sich jedermann zufrieden geben; daß aber Kálnoths Nachfolger gut aufgenommen wurde, zeigten die nun folgenden Verhandlungen der in Wien zusammentretenden Delegationen.

Die Verhandlungen der Delegationen beider Reichshälften machte einen allseits befriedigenden Eindruck. Beim Empfang der Mitglieder am 8. Juni in Wien sagte der Kaiser in seiner Antwort auf die Ansprachen der Präsidenten, die auswärtigen Verhältnisse der Monarchie seien seit der vorjährigen Tagung dieser Körperschaften durchaus erfreulich geblieben und die erfolgreiche Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Mächten habe zur fortschreitenden Beruhigung wie zur Befestigung des allgemeinen Friedens wesentlich beigetragen. Sodann sprach sich gleich nach Eröffnung der Sitzungen der auswärtigen Ausschüsse beider Delegationen der neue Reichsminister des Äußern, Graf Goluchowski, programmatisch dahin aus: Er sei stets ein treuer und überzeugter Anhänger der Politik gewesen, die sich zusammenfasse in die Worte: Unverbrüchliches Festhalten an der durch den Friedensbund der drei europäischen Centralmächte geschaffenen Grundlage, welche die Pflege der besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu allen übrigen Mächten ohne Unterschied nicht nur nicht ausschliesse, sondern geradezu bedinge; hier- nach könne also, trotz des Personenwechsels im Ministerium des Äußern, von einer Änderung in der Orientierung der auswärtigen Politik oder gar von einem Systemwechsel absolut keine Rede sein; was die politische Lage betreffe, so sehe er am Horizont keine ernste Wolke, welche ihm die Befürchtung hervorrufen könnte, daß die Lage in absehbarer Zeit eine Erübung erleide; angesichts dieser Lage erblicke er ein besonderes Feld der Thätigkeit für sich in der allmählichen Entwicklung der Handelspolitik. Diese Auslassungen fanden in beiden Körperschaften ungeteilte Zustimmung, wengleich einzelne Redner ihre besonderen Auffassungen einzelner Fragen geltend machten. In der österreichischen Delegation fanden die Friedensversicherungen am 22. Juni noch ein besonderes Echo im Berichte des Referenten Dumba, der hervorhob, daß dieselben in den letzten Tagen einen mächtigen Widerhall gefunden hätten in der Rede „unseres Verbündeten“ am Strande des Nord-Dstsee-Kanals; die Schöpfung

eines so großartigen Friedenswerks weise darauf hin, daß sich die Staaten und Völker gegenwärtig in ganz anderen Kämpfen bewegten, in dem Wettbewerbe und Ringen auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Die Delegationen genehmigten schließlich das Budget für 1896, das ein Gesamt-Erfordernis von 156291463 Gulden aufwies.

Ein beiden Reichshälften eigentümliches Ereigniß bildete ein Erdbeben, das den ganzen südlichen Teil der Monarchie umfaßte und viele Zerstörungen herbeiführte. Es wurde in der Nacht zum Ostersonntag das ganze Gebiet der Südbahn und der östlichen Alpen Österreichs sowie das Karstgebirge erschüttert; die Bewegung erstreckte sich südlich bis nach Ravenna und Florenz, südöstlich über Zara nach Bosnien und der Herzegowina, westlich bis Salzburg, südwestlich bis ins Etschthal. Den Mittelpunkt bildete das Thal der Save; am stärksten wurden die Städte Laibach und Cilli betroffen. Ähnlich in Triest, Fiume und dem südlichen Teile Ungarns.

Mit Beginn des Herbstes neigte sich die im Frühsommer so dramatisch gewesene kirchenpolitische Lage Ungarns durchaus dem Frieden zu. Auf einer Konferenz der Bischöfe wurde bezüglich der Civilehefrage ein gemeinsames Vorgehen erörtert und der Fürstprimas Kardinal-Erzbischof Waszary von Gran, der Leiter dieser Versammlung, flößte ihr seinen diplomatisch versöhnlichen Geist ein. Die untere Geistlichkeit wurde zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze angewiesen, wobei aber die kirchlichen Interessen bestens wahrgenommen werden sollten, und vermöge einer Entscheidung der betreffenden päpstlichen Kongregation soll der dem Pfarrer unterstehende Geistliche die Civilstandsregister führen dürfen; dieses Zugeständnis wurde jedoch später vom Papste annulliert; im übrigen aber ergingen auch vom Papste friedliche Weisungen und der in jener Konferenz verabredete gemeinsame Hirtenbrief der ungarischen Bischöfe war vom Kardinal-„Staatssekretär“ Rampolla überredigiert. Die Gläubigen wurden darin ermahnt, ihre Ehe-Ab sicht zunächst dem zuständigen Geistlichen mitzuteilen, damit er etwaige Hindernisse beseitigen und die Kopulierung vorbereiten könne, dann erst solle die Anzeige beim Standesamte erfolgen; nach der hier vorgeschriebenen Handlung solle das Brautpaar sofort die kirchliche Trauung in Anspruch nehmen und sich, bis diese erfolgt sei, nicht als Ehepaar betrachten; wer die kirchliche Trauung nicht in Anspruch nehme, würde von allen Sakramenten

ausgeschlossen werden. Der Hirtenbrief enthielt keinerlei auf einen Streit mit dem Staate hindeutende Stelle, vielmehr war darin gesagt: „Ihr werdet alles thun, was die heilige Mutterkirche verlangt, und dies um so eher, als ihr es auch bei dem neuen Geetze thun könnt“. Man erwartete nunmehr, daß der päpstliche Nuntius Agliardi abberufen werde, da er so viel zur Schürung des geistlichen Widerstands beigetragen hatte und seitdem keine beneidenswerte Rolle spielte, indem die amtlichen Beziehungen zu ihm eingestellt waren und die Hofgesellschaft sich von ihm zurückgezogen hatte, vorläufig wurde er jedoch trotz der friedlichen Lage an seiner Stelle gelassen. Der Befriedigung der Regierung über diese Wendung gab der Kultusminister bei einem Festmahle in Temesvar am 12. November Ausdruck mit der Versicherung, daß die Durchführung der kirchenpolitischen Gesetze im Geiste des Friedens erfolge; zu bedauern sei nur, daß noch viele vom niederen Clerus nicht im Geiste des Hirtenbriefes der Bischöfe handelten. Nach Herstellung des Friedens mit der katholischen Kirche war die Regierung auch in den übrigen inneren Fragen auf Sicherung friedlicher Entwicklung bedacht und so ließ man den sog. Nationalitäten-Kongreß in Pest am 10. August zu, der freilich auch nicht sehr gefährlich werden konnte, weil die drei Nationalitäten, deren angebliche Vertreter zu gemeinsamem Vorgehen gegen die „magyarische Vergewaltigung“ sich vereinigten, die Rumänen, Serben und Slavonier, nur im Widerstande gegen die vermeintlichen Unterdrücker einig waren. Daß die Klagen über die Unterdrückung jener Nationalitäten grundlos seien, entwickelte Minister Banffy ausführlich einem Besucher, der die Unterredung am 18. August veröffentlichte. Gegenüber den Rumänen, der eifrigsten der drei opponierenden Nationalitäten, zeigte sich Banffy sogar etwas entgegenkommend, denn in einer Rede, die er am 10. September vor seinen Wählern zu Szilaghi-Somlyo in Siebenbürgen hielt, kündigte er, da in der rumänischen Bewegung ein erfreulicher Stillstand eingetreten sei, die Begnadigung der im vorigen Jahre wegen ihrer Denkschrift verurteilten Rumänenführer an.

Dem am 25. September wieder eröffneten Reichstage wurde sogleich das Budget für 1896 vorgelegt, das mit 77000 Gulden Überschuf schloß. Hiernach klangen im Reichstag gewisse Marmtöne wieder, die aus dem südwestlichen Teile des Reichs der Stefanskrone

kommend, die friedliche Lage vorübergehend unterbrachen. Der Monarch hielt große Stücke auf den schon oben (S. 244) erwähnten Grafen Khuen-Hedervary, der als Banus von Kroatien mit eiserner Hand die dortige ungeberdige nationale Opposition niederhielt; freilich erschienen seine Mittel hierzu zum Teil sehr ansehnlich, aber andererseits wußte seine zielbewußte Klugheit die Interessen Kroatiens wirkungsvoll zu wahren und die Zugehörigkeit dieses Landes zu Ungarn immer deutlicher zur Geltung zu bringen. Es war daher ein Zeichen besonderer Gunst des Monarchen, daß er sich, anlässlich der Schlusssteinlegung und Eröffnung des neuen Landestheaters in Agram, zum Besuche dieser Stadt entschloß, sodaß er Gelegenheit erhalten mußte, sich vom befriedigenden Resultat der Wirksamkeit des Banus persönlich zu überzeugen. Unter anscheinend günstigeren Verhältnissen als bei seinem letzten Besuche vor 26 Jahren begab sich daher der Monarch am 13. Oktober von seinem Schloß zu Gödöllö in Ungarn, in Begleitung Banffy's nach der kroatischen Hauptstadt, die sich festlich geschmückt hatte und ihn mit solcher Begeisterung empfing, daß er beim Empfang des Gemeinderats äußerte, er sei durch den dynastisch-patriotischen und herzlichen Empfang höchst angenehm berührt und werde den Besuch recht bald wiederholen. Diese Zusage würde er einige Stunden später vielleicht nicht gemacht haben, denn es kam zu Straßenscenen, die zu den Festlichkeiten durchaus nicht paßten. Gerade die Kundgebungen zu Ehren des Königs wurden ein Anlaß zum offenen Wiederausbruch des nationalen wie kirchlichen Gegensatzes zwischen den Parteien der römisch-katholischen Schwärmer für ein zu erstrebendes Groß-Kroatien und den griechisch-katholischen Träumern von einem Groß-Serbien. Einig in der dynastischen Treue, standen sich unter der rot-weißen Fahne die Erzkroaten, „Zivio der König von Kroatien!“ rufend, mit geballten Fäusten den Serbenhaufen gegenüber, die unter der rot-weiß-blauen Fahne wütend erwiderten „Zivio der serbische Zar!“ Und kaum hatte der solchgestalt vielgeehrte König im Universitätsgebäude die Studierenden zum ernstern Studium ermahnt, so erstürmten sie mit dem Pöbel die orthodoxe Kirche gleich nachdem der König sie besucht hatte, verbrannten vor ihr die ungarische grün-rot-weiße Fahne und begannen einen Steinregen gegen die serbische Bank, worauf es zu Kämpfen der Menge mit der bewaffneten Macht kam. Der König hatte genug

und reiste am dritten Tage wieder ab, nachdem er von Heißspornen und unreifen Träumern gesprochen, im übrigen aber der Bürgerschaft wärmsten Dank mit der Versicherung ausgesprochen hatte, daß er der in ihrer Mitte verlebten Tage stets freudig gedenken werde. In Ungarn hatten jene Vorgänge begreiflich böses Blut gemacht; daher beeilte sich eine Abordnung des Agramer Gemeinderats, dem Ministerpräsidenten Banffy am 22. Oktober in Pest, unter Überreichung des Ehrenbürgerdiploms, zu versichern, daß der Gemeinderat die Vorfälle bedauere. Einige Stunden darauf fragte Graf Apponyi im Abgeordnetenhause, welche Schritte unternommen seien um der beleidigten ungarischen Fahne Genugthuung zu verschaffen. Nachdem dies dem Franz Kossuth, dem Sohne des großen Ludwig, Anlaß zu einer unbedeutenden Jungfernrede geboten hatte, gab Banffy am 25. Oktober eine befriedigende Antwort, wie auch der Banus sich am 30. Oktober im Landtage zu Agram beruhigend aussprach.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erneuerung des Ausgleichs mit Oesterreich erschien es beachtenswert, daß am 13. November der Führer der äußersten Linken im Abgeordnetenhause, Ugron an den Grafen Apponyi und die Nationalpartei die Aufforderung richtete, die staatsrechtliche Grundlage von 1867 zu verlassen und sich ersterer sowie der Unabhängigkeitspartei anzuschließen. Apponyi's Antwort ging am 16. November dahin, die Nationalpartei wolle im Gegentheil die durch die liberalen Ministerien seit 1875 gefälschte Grundlage des Ausgleichs von 1867 wiederherstellen. Am 28. November beantragte die Opposition im Abgeordnetenhause den Erlaß eines Gesetzes über die Einrichtung eines besonderen königlichen Hofhalts. Banffy erwiderte, ein solcher Hofhalt sei weder thunlich noch möglich; es ging jedoch bei dieser Frage so lebhaft her, daß es zum Säbelduell zwischen dem Minister des Innern und einem Abgeordneten kam; der König kam dem Verlangen insofern nach, als er am 11. Dezember den Kämmerer Grafen Apponyi zum Hofmarschall in Ungarn ernannte, der bei allen in Pest stattfindenden Hoffesten den ersten Oberhofmeister zu vertreten hat. Damit war dem Nationalgefühl vorerst Genüge geleistet.

Der reformierte Bischof Pap, Mitglied des Magnatenhauses und Freund der neuen Kirchengesetze, starb am 2. Nov. in Pest.

Lichtenstein.

Das Fürstentum Lichtenstein ließ nach Jahrzehnten wieder etwas von sich hören: Am 26. August wurde die Welt überrascht durch einen die Vertagung des Landtags betreffenden Erlaß der Regierung, wonach ein Verfassungskstreit dem Ausbruche nahe zu sein schien. Die Entscheidung über die Beschwerde des Landtags, hieß es in dem Erlaß, würde „seiner Zeit zur Verlautbarung gelangen“; bis dahin weiß man nicht, warum es sich handelt; man erfuhr nur daß der Landtag die Regierung der Verfassungsverletzung beschuldigte. Sollte es sich, wie zu vermuten, um Geldfragen handeln, so dürfte den Lichtensteinern zu wohl geworden sein, denn infolge der Zoll-einigung mit Osterreich bekommt das Land jährlich 20000 Gulden herausgezahlt, die Staatsschuld ist ganz unbedeutend, eine Civilliste besteht nicht, da der Fürst aus den zwei Millionen Mark jährlich einbringenden Besitzungen im Auslande ganz gut auskommen kann, und mit Militärlasten ist das Land nicht überbürdet, obwohl es noch von 1866 her mit Preußen auf dem Kriegsfuß steht. Warten wir also ab.

Rußland.

Wie die letzten Czaren, so sah sich auch Kaiser Nikolaus II. vor die Frage gestellt, ob er, angesichts der gestiegenen Bedürfnisse, dem Volke einen gewissen Anteil an der Regierung gestatten solle. Nicht so rasch und nicht so kräftig wie seinem Vater wurde ihm diese Frage gestellt: während Alexander III. schon am Tage nach seines Vaters Ermordung sich durch eine Proklamation der Nihilisten für den Fall bedroht sah, daß er liberale Reformen, insbesondere eine freigewählte Volksvertretung nicht gewähren würde, verflossen drei Monate seit dem vorjährigen Thronwechsel bevor der neue Czar kund gab, wie er es in dieser wichtigsten Frage des Landes zu halten gedenke. Seit er am 1. November 1894 den Thron bestiegen, hatte er sich in verschiedenen Ansprachen sehr volksfreundlich geäußert und in seinem ganzen Verhalten nicht gerade den Eindruck eines strengen Selbst-

herrschers hervorgerufen; am 29. Januar aber war der Zeitpunkt gekommen, wo er mit der Sprache herausgehen mußte; er nebst Gemahlin empfingen mit großer Feierlichkeit 182 Abordnungen des Adels, der Städte, der Semstwo, der Kosaken und der Vertreter des Kaukasus, welche die Glückwünsche zu der am 26. November v. J. stattgehabten Vermählung des Kaiserpaars darbrachten. Diese Gelegenheit benutzte der 27jährige Czar, um, ähnlich wie sein Vater am 11. Mai 1881, allen Hoffnungen auf eine zeitgemäße Änderung des Regierungssystems gründlich entgegenzutreten. Er dankte für die ihm bezeugten Gefühle, die seit langem in jedem Russen wohnten, aber er wisse, daß in einigen Vereinigungen der Semstwo oder Provinziallandtage Stimmen laut geworden seien, die auf den „Wunsch nach Verwirklichung absurder Träume“ hindeuteten, indem man glaube, daß die Semstwo an den Staatsangelegenheiten teilnehmen würden. „Möge jedermann wissen, daß ich alle meine Kräfte der Wohlfahrt des teuren Rußland weihen, daß ich aber auch ebenso fest und beständig, wie mein unvergeßlicher Vater, die Autokratie aufrecht erhalten werde“. Damit sahen sich alle fortschrittlichen Elemente, noch bevor sie sich ernstlich hervorgewagt, aufs neue zurückgestoßen. Die Vertreter von Stadt und Landschaft Twer an der oberen Wolga in Großrußland, die in einem Schreiben mit dem Wunsche nach Teilnahme an den inneren Angelegenheiten vorangegangen, wurden vom Minister des Innern, unter Erteilung einer scharfen Rüge, schroff abgewiesen und der Deputierte, der die erste Anregung gegeben, wurde für immer des Wahlrechts entkleidet.

Die fortschrittliche Bewegung ließ sich aber so wenig verdrängen oder verleugnen wie die Bedürfnisse des Volks, und Nikolaus II. konnte froh sein, daß ihm nicht wie seinem Vater und seinem Großvater mit Gewaltthätigkeiten geantwortet wurde. Um so tiefer aber konnte der Eindruck eines Anfang März namenlos erschienenen, massenhaft verbreiteten „Offenen Briefs“ sein, der also begann:

„Sie haben Ihr Wort gesprochen und es klingt jetzt weiter durch ganz Rußland, durch die ganze gebildete Welt. Bis jetzt waren Sie niemandem bekannt, nun sind Sie eine bestimmte Größe geworden, über die man sich keinen „un sinnigen Träumereien“ mehr hingeben kann. Wir wissen nicht, ob Sie die Lage verstehen, die Sie durch

Ihre „„festen““ Worte geschaffen haben“. Schlecht sei der Czar von den Strömungen unterrichtet, gegen die sich seine Rede wende. In keiner der Provinzialvertretungen sei eine Stimme gegen die Autokratie laut geworden, aber die fortschrittlichsten der Semstwoos hätten darum gebeten, daß eine Einigung des Herrschers mit dem Volke sich vollziehe, daß die Stimme der Semstwoos ein unmittelbares Gehör beim Throne finde, daß das Gesetz über der Willkür der Verwaltung stehe, kurz, es sei die Rede davon gewesen, daß die Scheidewand fallen möge, welche die Hofkreise und die Bureaokratie zwischen dem Czaren und dem Lande aufgerichtet habe. Dann heißt es in dem Offenen Briefe weiter: für alle denkenden Elemente der russischen Gesellschaft sei es klar, daß gerade jene Hof- und Bureaokratenkreise den noch unerfahrenen und unwissenden Czaren zu jenem unvorsichtigen Schritte bewogen; sein unglückliches Wort sei nicht nur ein Fehler des Ausdrucks, sondern in ihm trete ein ganzes System zutage. Das soziale Bewußtsein in Rußland ringe angestrengt und qualvoll an der Lösung der Grundfragen des Volkslebens, und in einer solchen Zeit nähmen die Vertreter aller Stände, die vom Czaren Ermutigung und Hilfe erwartet hätten, nur den Eindruck einer völligen Entfremdung des Czaren von seinem Volke mit sich fort. Die Worte desselben hätten in den einen ein Gefühl der Beleidigung und Niedergeschlagenheit hervorgebracht, in den andern schärften sie die Entschlossenheit, mit allen nur möglichen Mitteln gegen die verhasste Staatsordnung anzukämpfen. „Sie haben selbst“, so schloß die Ansprache, „den Kampf angefangen, und der Kampf wird nicht auf sich warten lassen“.

Die Ansprache war, gegen alle ähnlichen Ansprachen unter den vorigen Herrschern, noch außerordentlich mild gehalten, aber gerade diese Mäßigung schien anzudeuten, daß das Bedürfnis nach Neuerungen nicht mehr bloß von Exaltierten vertreten ist. Auch eine von den Bauern an den jungen Czaren gerichtete Adresse, die durch ein schweizerisches Blatt bekannt wurde, war sehr maßvoll gehalten. Sie baten nur, er möge sie vom Throne nicht fernhalten, möge ihnen nur „das Recht und die Möglichkeit geben, in allen Fragen, die unser Leben berühren, unsere Meinung unmittelbar zum Ausdruck bringen zu dürfen“. Nach allen früheren Erfahrungen ist anzunehmen, daß die Reformbewegung bei fernerer Abweisung sich auch unter diesem Czaren noch recht bedenklich erweisen wird.

Hiernächst kam eine Reihe politisch bedeutender Personalveränderungen in Betracht. Feldmarschall Gurko, der aus dem letzten Orientkriege bekannte Heerführer, konnte wegen zunehmender Kränklichkeit nicht mehr in der Stelle eines Generalgouverneurs von Polen gelassen werden, und obwohl er Ende Dezember v. J. Warschau mit einem bitteren Schreiben an den Großfürsten Wladimir verlassen hatte, erhielt er am 3. Januar vom Czaren ein langes Schreiben voll Anerkennung seiner vielen Verdienste sowohl in den Kriegen als in der seit 1883 bekleideten Stelle in Warschau. Gleichzeitig richtete der Kaiser an Gurkos Nachfolger, den Grafen Paul Schuwalow, bisherigen Botschafter in Berlin, ein Schreiben, in dem er dessen neunjährige Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens mit Dankbarkeit anerkannte. Ungnädig dagegen wurde bald darauf der Minister der Verkehrswege, Krivoschëin, entlassen, weil er Verträge über Brennholz- und Lokomotivlieferungen vollzogen hatte, ohne sie vorher der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung durch bestimmte Beamte unterworfen zu haben. An seine Stelle wurde der Fürst Michael Zwanowitsch Chilkow berufen, der sich lange in Nordamerika und Westeuropa aufgehalten, dann in Südamerika als Arbeiter, Heizer und Lokomotivführer im Dienst einer Eisenbahngesellschaft gestanden, als Schlosser in Liverpool gearbeitet, Zugführer auf russischen Bahnen, 1882—1892 bulgarischer Verkehrsminister und seit Sommer v. J. Generalinspektor der russischen Staatseisenbahnen gewesen war. Der Präsident des Ministerkomitees, Bunge, der Justizminister Murawiew und der Kriegsminister Wannowsky wurden durch Orden und längere Schreiben des Czaren voll Anerkennung der seinem Vater geleisteten Dienste hoch geehrt. Am 26. Januar starb der Vorstand des Ministeriums des Äußern, Nikolaus Karlowitsch v. Giers im 66. Lebensjahre. Er stammte aus einer schwedischen Familie und war seit dem 9. April 1882 Nachfolger des Fürsten Gortschakow, den er schon während des Berliner Kongresses vertreten hatte. An seine Stelle kam Anfang März der bisherige Botschafter in Wien, der 70jährige Fürst A. Lobanow-Rostowski, nachdem er kurz zuvor als Nachfolger des Grafen Schuwalow zum Botschafter in Berlin ernannt war, ohne jedoch diese Stelle bereits angetreten zu haben, die nunmehr dem Grafen v. Osten-Sacken übertragen wurde. Ende Oktober trat an Stelle

des Ministers des Innern Durnowo der Geheime Rat und Senator Goremikin.

Im Juli erschienen fast gleichzeitig in Petersburg eine bulgarische und eine abessinische „Deputation“. Nachdem Stambolow, der „Bismarck Bulgariens“, endlich beseitigt war, hielten es die Häupter der russischen Partei dort an der Zeit, sich in der russischen Hauptstadt vorzustellen. Da war es denn nun einigermaßen auffallend, daß unter dem neuen Czar die Hof- und Regierungskreise der „Deputation“ sehr freundlich entgegenkamen, an deren Spitze der alte Verschwörer, der Metropolit Clement stand. Ihren Empfang im petersburger „Slavischen Wohlthätigkeitsverein“, diesem Urfitzpanslavischer Bestrebungen, konnte man wohl verstehen, sogar auch die Begrüßungsansprache, in der es hieß, die Ankunft dieser Deputation in Rußland bezeuge „das Erwachen des bulgarischen Volksgeists und das Erkennen der nationalen Idee, deren Entwicklung dem bulgarischen Volke die Möglichkeit gewährt, den Platz einzunehmen, der ihm unter den anderen slavischen Völkern gebührt“; anders verhielt es sich mit ihrem Empfang beim Czaren am 17. Juli und mit dessen Versicherung, er werde dem bulgarischen Volke seine Protektion erhalten. Der Oberprocurator des heiligen Synod, Pobjedonoszew, gab den Bulgaren ein Festmahl, bei dem er in seiner Ansprache den Metropolitanen als den wahren Vertreter seines Volkes verherrlichte, das allein im orthodoxen Glauben Schutz vor seinen Feinden und falschen Freunden, die noch gefährlicher als die Feinde seien, finden könne. Clement erwiderte, Bulgarien habe den Russen die Orthodoxie und die Bildung, Rußland aber habe den Bulgaren Freiheit und Selbständigkeit gegeben. Die abessinische Deputation nannte sich auch Gesandtschaft des Kaisers Menelik, der sie geschickt habe, um Rußland seine Freundschaft zu bezeigen, um ferner mit dem heiligen Synod einige theologische Fragen zu erörtern und um aufs neue die Verwandtschaft der abessinischen mit der orthodoxen Kirche darzuthun. Nach den ferneren Aussagen dieser Abessinier waren drei von ihnen von den Dongali Nachts getödtet als der Zug durch die Wüste ging, und waren sieben unterwegs dem Fieber erlegen. Die Gesandtschaft wurde am 6. Juli in Hofwagen vom Bahnhof abgeholt und begab sich dann sogleich zu einem Gottesdienste am Grabe des vorigen Czaren, wo Prinz Damto eine goldene Krone niederlegte. Am 12. Juli fand

der Empfang beim Czaren in Peterhof statt, dem die Gesandten die erste Klasse des abessinischen Ordens des Siegels Salomos und ein achteckiges Goldkreuz zum Geschenk überreichte. Gegen Ende Juli vernahm man von Bedenken, die der bekannte Afrikareisende Gerhard Rohlfs gegen die Echtheit dieser Gesandtschaft erhoben habe, und selbst der „Grafhdanin“ warf die Frage auf, ob man es am Ende bei dieser „exotischen Abordnung“ nicht mit einer Mystifikation zu thun habe, zumal deren Aktien dadurch sehr ins Schwanken geraten seien, daß die Smaragden an jenem Orden sich als Glas erwiesen hätten. Immerhin hatte Kaiser Menelik den ihm vom Czaren verliehenen Alexander-Newsky-Orden in Brillanten weg, ähnlich die „Prinzen, Bischöfe und Generäle“, aus denen die Deputation bestand. Am 8. August verließen sie Petersburg, von hervorragenden Personen zum Bahnhof geleitet.

Die Fragen Asiens nahmen Rußland in diesem Jahre sehr in Anspruch. Zunächst handelte es sich um ein Abkommen mit Großbritannien über die beiderseitigen Interessensphären in Mittelasien. Die russisch-afghanische Grenze war zwar seit etwa einem Jahrzehnt im Nordwesten und zum größten Teil auch im Norden Afghanistans unter Mitwirkung Englands geregelt; sie war aber nach Osten hin noch in Schwebelage geblieben. Die Engländer forderten den Oxus als Grenze, so daß der südliche Teil des bucharischen Chanats Darwas dem Emirate Afghanistan zufallen mußte. Dies wäre russischerseits am Ende wohl zugegeben, wenn England nicht auf dem Pamir-Plateau den Quellfluß des Oxus, den Murgab als Grenze gefordert hätte, wodurch der größte Teil der Pamir-Chanate noch unter afghanische Herrschaft fallen würde, denn hiergegen sträubte sich Rußland, weil diese Chanate einst von Kokand, der jetzigen russischen Provinz Ferghana, abhängig gewesen waren. Diese Gegensätze wurden nun durch einen zu Anfang April geschlossenen Vertrag mit Großbritannien ausgeglichen, wonach Rußland namens des nur noch scheinbar herrschenden Emirs von Buchara den südlichen, auf dem linken Ufer des Oxus liegenden Teil von Darwas an Afghanistan abtrat und England die bisher so hartnäckig festgehaltene Murgab-Grenze preisgab, sodaß der ganze Pamir bis zum Oxus und damit auch das Gebiet von Wahan bis an die ostturkestanische Grenze den Russen zufiel. Diese erkannten an, daß das Gebiet zwischen dem oberen Oxus und dem Hindukusch unter der Bedingung an die britische Interessensphäre falle,

daß England hier keine militärischen Vorkehrungen treffe. Es war dies entschieden ein Löwenvertrag zu Gunsten Rußlands, das damit Herr fast des ganzen, ihm so lange streitig gemachten Hochlands werden muß. Indes ist der Vertrag vom britischen Parlamente noch nicht genehmigt. — Rußlands Beziehungen zur Türkei und Ostasien werden besser unter der Rubrik dieser Länder behandelt.

Was im übrigen die Beziehungen zum Ausland betrifft, so war es jedenfalls von Wert, daß der Czar sich wiederholt in friedlichem Sinne aussprach, so beim Dienstjubiläum des Botschafters v. Mohrenheim in Paris, zu dem er von der seinem Herzen teuren Aufgabe, „den allgemeinen Frieden zu befestigen“ sprach; und ferner sagte er nach Kenntnisaufnahme der vom deutschen Kaiser bei Eröffnung des Nordostseefanals gehaltenen Rede, der in dieser eminent friedlichen Kundgebung angeschlagene warme Ton finde in seinem Herzen freudigen Widerhall. Als ein Werk inneren Friedens erschien der kaiserliche Ukas vom 13. September, wodurch ein besonderes Kuratorium eingesetzt wurde, das den Arbeitshäusern und „Anstalten der Arbeitsamkeit“ die nötige Unterstützung gewähren und deren Vermehrung im Reiche fördern sollte. Die Ruhe im Innern des Reichs wurde in diesem Jahre, abgesehen von Studentenkrawallen in Petersburg Ende Februar und einer Judenhetze in Kutais, nicht gestört.

Ungeachtet der Abweisung, welche die Reformbestrebungen vom neuen Czaren erfahren hatten, glaubte man in den Ostseeprovinzen doch die Hoffnung auf eine Besserung der durch die strengen Russifizierungsmaßregeln des vorigen Kaisers bewirkten Lage nicht aufgeben zu dürfen. Lagen doch einige Zeichen von freundlicher Gesinnung des Czaren vor und baute man doch auf die gute Stimmung, aus der seine am 6. November v. J. freiwillig dem Großfürstentum Finnland erteilten Zusagen hervorgegangen waren. So kam es, daß die Ritterschaft von Livland Anfang April durch den Generaladjutanten v. Richter dem Czaren eine Denkschrift über die Schul-, Kirchen- und Sprachverhältnisse der Ostseeprovinzen überreichen ließ, in der die durch die Forderungen der griechischen Kirche geschaffene Notlage geschildert und um Wiederherstellung deutscher, lettischer und estnischer Schulen mit staatlichen Rechten sowie um Anstellung von der Landessprache kundigen Beamten, Aufrechterhaltung der örtlichen Selbstverwaltung und um Wiederverdeutschung der Univer-

sität Dorpat gebeten wurde. Wirklich nahm der Czar die Denkschrift mit der Zusage eingehender Prüfung huldvoll an. Wie loyal die Ostseeprovinzen an und für sich sind, ging aus der am 27. Juni in Mietau stattgehabten Feier der 100jährigen Vereinigung Kurlands mit Rußland hervor.

Bezüglich der großen sibirischen Eisenbahn, die das Stille Meer mit der Ostsee in einer Länge von 10580 Kilometern verbinden soll, stellte sich heraus, daß ihr Weiterbau nicht so glatt, wie allgemein geglaubt war, weitergehen wird und daß man jetzt erst die Schwierigkeiten gewahr wurde, die sich einem regelmäßigen Betriebe der Bahn nach ihrer Vollendung entgegenstellen dürften. Namentlich besorgt wurde man wegen der Folgen der Schneestürme, weil die zur Säuberung der Schienenwege nötigen Arbeitskräfte in den betreffenden, sehr schwach bevölkerten Gegenden nicht vorhanden sein werden, da der Plan einer ausgedehnten Kolonisation der an der Bahn liegenden Gegenden nicht sobald auszuführen ist. Übrigens sind von dieser Bahn bis jetzt fertig die Strecke von Tscheljabinsk nach Omsk in Westsibirien, 790 Kilometer lang, und die Wladiwostok mit Grafskaja verbindende Süd-Ussuri-Bahn in Ostsibirien, 408 Kilometer lang, so daß noch 9382 Kilometer fertig zu stellen sind. Am 17. Juni wurde mit dem Weiterbau der transkaspischen Bahn von Samarkand nach Tschkent begonnen. Über die Fortschritte des Baues sprach sich der Czar im Juli sehr befriedigt aus und er ordnete für diese Bahn den Bau von Kirchenwaggons an zur Befriedigung des religiösen Bedürfnisses der an derselben liegenden kirchenlosen Ansiedelungen. Im November stellte sich heraus, daß bei diesem Bahnbau bedeutende Unterschlagungen stattgefunden haben.

Was die Vorgänge in der kaiserlichen Familie betrifft, so starb am 1. März in San Remo der 19jährige Großfürst Alexis, sechster Sohn des Großfürsten Michael Nikolajewitsch und der 1891 verstorbenen Prinzessin Cäcilie von Baden. Der schon längere Zeit leidende Großfürst-Thronfolger Georg, Bruder des Czaren, begab sich im März nach Algier, wo er aus Gesundheitsgründen längere Zeit auf einem Schiffe vor der Stadt zubrachte. Der Kaiser und alle Großfürsten nahmen am 4. April im Anitschowschen Palais zu Petersburg teil an dem dem bisherigen deutschen Botschafter General v. Werder gegebenen Abschiedsmahle, wo der Kaiser einen

Trinkspruch auf den deutschen Kaiser und sodann einen auf v. Werder ausbrachte. Berührt wurde die kaiserliche Familie auch durch die am 12. Mai stattgehabte Vermählung der 21jährigen Prinzessin Olga Jurjewski, Tochter Alexanders II. und seiner zweiten Gemahlin, der Fürstin Sekatarina Dolgorukow, mit dem Grafen v. Meremberg, Sohne des Prinzen Nikolaus von Nassau und der Natalie Puschkin. Am 18. Mai wurde der 39jährige Großfürst Nikolaus zu der früher von seinem gleichnamigen Vater, einem Sohne Kaiser Nikolaus' I., bekleideten Stelle eines Generalinspektors der Kavallerie erhoben. Am 15. November wurde dem jungen Kaiserpaare als erstes Kind eine Prinzessin geboren, ein Fall der seit den 134 Jahren der Regierung des Hauses Holstein-Gottorp noch nicht vorgekommen war. Sie wurde Olga getauft und der Kaiser machte das freudige Ereignis den Unterthanen durch besondere Ansprache bekannt. Der Großfürst-Thronfolger Georg mußte den Winter an der Riviera zubringen. — General Skorzow, Generalintendant der Armee, starb am 7. Juli zu Langres in Frankreich; am 29. September starb in Petersburg der frühere Justizminister Manasseïn.

Frankreich.

Was bei der Wahl Casimir-Périer's zum Präsidenten der Republik von den einen gehofft, vor den andern gefürchtet war, ein kräftiges Auftreten gegen die Radikalen und Sozialisten, war nicht eingetreten. Schon allzulange geberdeten sich diese Elemente in einer Weise, wie es in einem geordneten Staate nicht der Fall sein sollte; jene Wahrnehmung aber machte sie immer noch kühner und ihre Angriffe gegen Casimir-Périer wurden mit Beginn des Jahres mindestens so heftig wie einst gegen seinen Vorgänger Carnot. Einen großen Triumph feierten die Revolutionäre am 6. Januar durch die Wahl Gérauld-Richards im 13. Pariser Bezirke zum Abgeordneten, denn dieser durchaus unbedeutende Mann, bisher Dichter der Pariser Gassenhauer, hatte sich durch Beschimpfungen des neuen Präsidenten der Republik empfohlen und büßte im Sainte Pelagie-Gefängnis gerade die Strafe ab, zu der er wegen eines „Nieder mit Périer!“ betitelten

Artikels seines Blattes „Chambard“ verurteilt war. Das Hauptblatt der Sozialdemokraten, die „Petite Republique“ schilderte in kühnster Sprache die Lektion, die mit dieser Wahl dem „Elisée“ erteilt sei und frohlockte, daß die Gegner durch ihre eigene Schuld dem unvermeidlichen Verderben blindlings entgegenstürzten; das Hochgericht des Volks, dessen Vorläufer diese Wahl sei, werde noch vernichtender sein. Die Sache wurde in der am 8. Januar wieder zusammengetretenen Deputiertenkammer weiter gespielt durch den Antrag des Sozialisten Millerand auf Entlassung Gérault-Richards aus der Haft. Die Verhandlungen hierüber wurden mit großer Leidenschaftlichkeit geführt. Flandin führte aus, ein dergestalt Verurteilter sei überhaupt nicht wählbar, worauf mit vielem Geschrei erwidert wurde: „Sie irren sich in der Staatsform“ und „Das Kaiserreich ist schon weit überholt!“ Millerand suchte darzulegen, Nichtwählbarkeit sei nur die Folge von Verurteilungen durch das Zuchtpolizeigericht, der Ministerpräsident Dupuy aber bestritt entschieden, daß eine kleine Fraktion des allgemeinen Stimmrechts einen Richterspruch umstoßen könne und verlangte namens der Regierung die Verwerfung des Antrags; die Kammer sei dies sich selbst, der Volkssouveränität und dem Lande schuldig. Das geschah denn auch am 12. Januar, aber mit der für eine solche Sache nicht großen Mehrheit von 309 gegen 218 Stimmen. Sofort veröffentlichten die sozialistischen Abgeordneten eine Ansprache, in der sie den Präsidenten, das Ministerium und die Kammer eines beispiellosen Angriffs gegen das allgemeine Stimmrecht und Casimir-Périer der expressiven Beeinflussung der „sklavischsten aller Majoritäten“ bezichtigten; die Kammernmehrheit sei in der Sklaverei, weil ihre einflussreichsten Mitglieder seit 15 Jahren in alle faulen Finanzsachen verwickelt und der Gnade der Regierung ausgeliefert seien, die sie zu jeder Stunde den Gerichten übergeben könne; die politische Erpressung des Präsidenten der Republik ergänze die finanziellen Erpressungen der Regierungsjournalisten. Bei sozialistischen Festmahlen dieser Tage ging es noch wüster her; Äußerungen eines Redners, Casimir-Périer sei der erste Dieb der Republik, die Regierung der Schlupfwinkel aller Diebe, war dabei noch nicht das schlimmste. Ein die Pariser wieder sehr in Schrecken versetzender Bombenanschlag in der Rue Monceau krönte den ganzen sozialistischen Angriff.

Nur ein Punkt in demselben machte, wie in früheren Fällen Eindruck: die Andeutung bezüglich fauler finanzieller Vorgänge. Und wie wenn sofort eine Bestätigung dieses Argwohns hätte geliefert werden sollen, drängte sich am 14. Januar die Angelegenheit der Orléans- und der Midi-Bahn-Gesellschaft in den Vordergrund. Diese aus 1885 stammende Gründung hatte einen Vertrag mit dem Staate übernehmen müssen, der von den Kammern damals fast unbesehen, in aller Hast erledigt war, und ferner 1889 einen zweiten Vertrag mit dem Staate, der gleichfalls so gut wie ungeprüft blieb. Diese Verträge gewährten der Gesellschaft eine Zinsbürgschaft von 5 und 4,65 Prozent, wodurch sie allein an der Ausgabe ihrer Schuldverschreibungen einen Vorteil von 9 Millionen erzielte; ferner war die Gesellschaft ermächtigt, in die Baukostenrechnungen für allgemeine Unkosten 15 Prozent einzustellen, was ein Geschenk von 12 Millionen bedeutete. Die Staatsgarantie beträgt 4500 Fr. für den Kilometer für solange als die Einnahmen nicht 6500 Fr. für den Kilometer erreichen. Die Gesellschaft sorgte daher durch Einschränkung des Betriebs dafür, daß die Einnahmen nicht über 2515 Fr. für den Kilometer stiegen. Der 32-jährige Arbeitsminister Barthou ging nun darauf aus, diese Verträge günstiger für den Staat zu gestalten und hatte bereits am 23. Juni 1894 der Kammer erklärt, die Staatsgarantie werde schon im Jahre 1914 ihr Ende erreichen. Als er einen Gesetzentwurf in diesem Sinne ausgearbeitet hatte, wurde derselbe vom Staatsrat im Sinne der Südbahn-Gesellschaft dahin geändert, daß die Garantie bis zum Ablauf der Konzession im Jahre 1960 dauern solle. Da Barthou durch Befolgung des Staatsratsbeschlusses in Widerspruch mit seinen früheren Erklärungen gekommen wäre, auch eine solche Belastung des Staates mit mehr als einer Milliarde nicht gutheißen konnte, so schied er aus dem Amte. Der Sozialist Millerand brachte diesen Vorgang gleich am 14. Januar in der Kammer zur Sprache. Er tadelte die Regierung weil sie die Frage der Zinsgarantie dem Staatsrate unterbreitet, meinte ferner, dessen Entscheidung treffe das ganze Ministerium und wollte eine Untersuchung darüber, ob der Abg. Raynal, weil er als früherer Bautenminister den Vertrag mit jener Eisenbahngesellschaft geschlossen hatte, in Anklagestand zu versetzen sei. Raynal erklärte sich hiermit einverstanden, damit die Verleumdungen widerlegt würden. Aber dies sowie die

Erklärung des Ministerpräsidenten Dupuy, daß die Entscheidung des Staatsrats nicht unberücksichtigt gelassen werden könne, machten wenig Eindruck; zwar wurde von der Kammer die Einsetzung einer Untersuchungs-Kommission beschlossen, aber in der Frage, ob über eine von ihm gebilligte Tagesordnung zuerst abgestimmt werden solle, fiel Dupuy bei 263 gegen 241 Stimmen. Die Kammer war eben, wie schon Brissons Wahl zum Präsidenten gezeigt hatte, radikal angehaucht und wenn sie auch am 12. Januar die groben Angriffe gegen Casimir-Périer zurückgewiesen hatte, so war sie doch darauf ausgegangen, dem Ministerium Dupuy ein Bein zu stellen, und hierzu sah sie sich schon sobald veranlaßt, weil sie, im Gegensatz zu Dupuy, den Anspruch erhob, sich über ein Staatsratsurteil hinwegsetzen zu dürfen.

Infolge dieser Niederlage trat das Ministerium Dupuy aus dem Amte, das es seit dem 29. Mai 1894 als Nachfolger des Ministeriums Casimir-Périer, anfangs unter Carnot, seit dem 27. Juni unter dessen Nachfolger, bekleidet hatte. Das Entlassungsgesuch wurde angenommen, die radikale Presse triumphierte in lärmender Weise und beschuldigte Dupuy, die Rechte des Staats einer reaktionären Finanzoligarchie aufopfern zu wollen; die monarchistischen Organe stellten fest, daß große Verwirrung herrsche und deuteten auf eine nahe schwerere Krisis hin.

Diese trat in der That insofern ein, als zu allgemeiner Überraschung auch Casimir-Périer seinen Entschluß, zurückzutreten, kundgab. Am 15. Januar gaben seine politischen Freunde sich alle Mühe, ihn davon abzubringen, aber vergebens, und so ging allen Blättern spät am Abend dieses Tages die halbamtliche Mitteilung hierüber mit dem Bemerkten zu, die letzten Sitzungen der Deputiertenkammer enthielten neue Beweise, daß gegen den Parlamentarismus und die öffentlichen Freiheiten ein Kampf eingeleitet, in den einzugreifen dem Präsidenten der Republik kein Mittel gegeben sei; er habe vergebens gehofft, außerhalb der Parteiangriffe zu bleiben und von denen, die ihn wider seinen Willen auf diesen Posten gestellt, verteidigt zu werden. Des Näheren hörte man später, der Präsident habe den Eindruck gehabt, daß alles sich vereinige, um ihn zu kränken; die radikale Presse, die Wahl Gerault's und Richards, die Wahl Brissons zum Kammerpräsidenten, die Verhängung der Untersuchung über seinen Freund Raynal, die von Dupuy hiergegen bewiesene

Gleichgültigkeit und auch der Tod seines Freundes Burbeau sollten bestimmend gewesen sein. Die halbamtliche Begründung machte nirgends Eindruck, weil die Verhältnisse dem Präsidenten doch schon vor seiner Wahl bekannt sein mußten und man gerade von ihm erwartet hatte, daß er mit einem Donnerwetter gegen die staatsfeindlichen Elemente losginge. Die gesamte Presse des In- und Auslandes sprach sich denn auch sehr ungünstig über den Entschluß des Präsidenten aus, und alle Urteile ließen sich in dem Worte Fahnenflucht zusammenfassen. „Figaro“ sagte: „Europa wird der Meinung sein, daß der Staatsmann, der sich nicht im voraus seiner Pflichten und schweren Aufgaben bewußt ist, einen Leichtsinns ohne Gleichen begeht, wenn er ein hohes Amt annimmt;“ ein anderes Blatt äußerte: „Frankreich ist wie ein steuerloses Schiff, dessen Kapitän als letzter an Bord bleiben muß, und er ist der erste, der das ihm anvertraute Fahrzeug mitten im Sturme verläßt“; welchen neuen Triumph aber der Präsident den Radikalen bereitere, zeigte eine Rundgebung des sozialistischen Hauptblattes, in dem es hieß: „Casimir-Périer verschwindet innerhalb weniger Monate, vom republikanischen und sozialistischen Gedanken besiegt. Er geht, weil er nicht genug Mut und Willenskraft in sich spürt, um den Kampf offen zu Ende zu führen, den der Rückschritt von ihm hoffte. Er geht, weil er hinter gebieterischen Formen unheilbare Charakterchwäche verbarg. Er verläßt seine ratlosen Freunde mitten in der Schlacht. Welch ein Sieg für die soziale Republik!“ Alle Gemäßigten waren durch den Entschluß des Präsidenten in große Sorge versetzt, denn es lag in demselben die offene Erklärung, daß der gordische Knoten der öffentlichen Verhältnisse Frankreichs nicht mehr aufzulösen, sondern nur noch mit der Schärfe des Schwerts zu durchhauen sei, und damit begann die Lage einen revolutionären Charakter anzunehmen. Es ist wahr, daß die Landesvertretung ihn in Stich gelassen hat in der Aufgabe, der siegreich fortschreitenden Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen; warum aber hatte man geglaubt, daß er die Rolle des Herkules übernehmen könne, wenn man ihm zur Reinigung des Augiasstalls den Besen verweigerte? Jetzt schleuderten ihm die Sozialisten in einem neuen „Manifeste“ die Worte entgegen: „Er geht, getötet durch die Korruption des Regiments, dessen Chef er war; sein Zusammenbruch kündigt den des verbrecherischen Kapitalismus und der Reaktionen an.“

Nach Vorschrift des Verfassungsgesetzes von 1875 trat das Ministerium Dupuy wieder zurück ins Amt, um bis zur Neuwahl des Präsidenten die Regierung zu führen und diese Wahl in die Wege zu leiten. In der Botschaft, mittelst welcher Casimir-Périer den Kammern seinen Rücktritt ankündigte, wiederholte er, nur ausführlicher die schon in der halbamtlichen Mitteilung angeführten Gründe. Die Schwierigkeiten seiner Aufgabe habe er vorausgesehen, aber den Posten nicht ausgeschlagen in der Überzeugung, dem Lande zu dienen; nur aus dem Vertrauen der Nation könne der von den Mitteln der Aktion und Kontrolle entblößte Präsident die moralische Kraft schöpfen; aber mehr als zwanzig Jahre hindurch sei die öffentliche Meinung irreführt und seit einem halben Jahre tobe ein Kampf mit Verleumdung und Beleidigungen gegen das Heer, die Behörden, das Parlament und den Chef des Staats, und diese Freiheit, den sozialen Haß zu schüren, werde fortgesetzt Freiheit des Denkens genannt. Diese Beleidigungen könne er nicht ferner dulden und er könne nicht darauf verzichten, „das Gewicht der auf ihm lastenden Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit, zu der er verdammt sei, zu vergleichen“.

Zu einer eigentlichen Bewegung wegen der Wahl eines neuen Präsidenten war keine Zeit gegeben, da diese gesetzmäßig schon am 17. Januar stattfinden mußte. Es kam immerhin zu zwei Parteikundgebungen, die jedoch kaum etwas zu bedeuten hatten; die eine ging von den sozialistischen Abgeordneten aus, die andere vom Herzog Philipp von Orléans, dem Sohne des am 8. September 1894 verstorbenen Grafen von Paris. Dieser 26jährige Prätendent der französischen Krone ließ sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, mittelst Briefs aus Dover am 17. Januar an den Senator Buffet darauf hinzuweisen, daß die dermaligen Vorgänge in Frankreich wieder einmal die Unmöglichkeit einer Republik bewiesen. Die Stunde sei nahe, da das Land zu der Regierungsform werde zurückkehren wollen, die der Ruhm seiner Vergangenheit gewesen sei und die Bürgschaft seiner Zukunft sein werde; sobald das Land nach ihm verlange, werde er seine Aufgabe bis ans Ziel erfüllen. Aber es verlangte niemand nach ihm und seiner Krone; vielmehr traten am 17. Januar beide Kammern in Versailles zusammen, um als Nationalversammlung unter Vorsitz des Senatspräsidenten Challeme-

Lacour zur Wahl des neuen Präsidenten zu schreiten. Es kamen fünf Kandidaten in Betracht: an erster Stelle Waldeck-Rousséau, einer der bedeutendsten Advokaten und früherer Minister des Innern, der aus der nächsten Umgebung Gambettas hervorgegangen ist, als Kandidat der Regierungsrepublikaner des Senats; ferner Dupuy als Kandidat von Republikanern der Kammer; sodann der bisherige Marineminister Faure von derselben Schattirung wie Dupuy; auch wohl der frühere Minister Louvet; endlich der Kammerpräsident Brisson als Kandidat der Radikalen. Er und Faure waren schon bei der Wahl am 27. Juni 1894 in Betracht gekommen. Nach Eröffnung der Sitzung wurden von zwei Seiten Störungen unternommen und Aufschub zu erlangen versucht, der Vorsitzende wußte aber diese Dinge geschickt bei Seite zu schieben. Beim ersten Wahlgange erhielten Brisson 338, Faure 244, Waldeck-Rousséau 184 Stimmen, während 14 Stimmen sich auf drei andere zersplitterten. In dieser Lage erklärte sofort Waldeck-Rousséau seinen Rücktritt zu Gunsten Faures, worauf beim zweiten Wahlgange alle seine 184 Anhänger zu diesem übergingen und so erhielt Faure 430, Brisson 361 Stimmen. Dieser unterlag wesentlich deshalb, weil die Sozialisten sich zu seiner Leibgarde aufgeworfen hatten, die seit gewissen Vorgängen nicht von ihm wichen und zwischen denen eingerahmt er in Versailles erschien ein Anblick der die Konservativen bestimmte, sich zur Abwehr mit den gemäßigten Republikanern zu vereinigen. Zwischen beiden Wahlgängen hatten die Sozialisten die größten Anstrengungen zu Gunsten Brissons gemacht. Als der Präsident das Ergebnis verkündigte, erhob sich lebhafter Beifall auf der einen, wüster Lärm mit den schrecklichsten Ausrufen auf der anderen Seite, auf die wieder mit dem Rufe „Nieder mit der Kommune!“ geantwortet wurde. Abermalige Rungenbungen einzelner zu Gunsten einer Verfassungsänderung wurden vom Vorsitzenden durch den Schluß der Sitzung abgebrochen, worauf die Sozialisten unter dem Rufe „Es lebe die soziale Revolution!“ abzogen.

Der neugewählte Präsident der Republik Franz Felix Faure ist am 30. Januar 1841 in Paris geboren, von Beruf Schiffsrheder und hatte seit langer Zeit seinen Wohnsitz in Havre, wo er auch der Handelskammer vorstand. Seine Stellung zum Sozialismus erhellt aus folgenden Stellen seines Wahlprogramms von 1893: „Alle ernsthaften Verbesserungen

sind meiner Mitwirkung sicher; selbst grundstürzende Lösungen erschrecken mich nicht; aber ich suche sie und behaupte, man wird sie finden, nicht in verbrecherischen und ungefunden Hezereien, in Unterdrückung und Gewalt, in hohlen und eitlen Redensarten, sondern in der Eintracht aller Wohlgesinnten, im Studium, in der Freiheit“. Die Stimmen der Presse waren natürlich geteilt, aber die Meisten waren damit zufrieden, daß Faure als gemäßigt, rechtschaffen und fleißig galt, sowie daß die Sozialisten noch nicht Herren der Lage waren. Von Dupuy wurde Faure mit den Worten: „Felix, nomen et omen!“ begrüßt. So schien die Krisis beseitigt zu sein, freilich bis auf die Photographen, die erst am Ende der 203 Tage von Casimir-Périers Regierung 30000 Photographien desselben à 5 Fr. angefertigt hatten, damit sie in allen Schulen und Sitzungssälen der Gemeinderäte angebracht würden; auch zahlreiche Maler und Bildhauer behielten ganze Sammlungen von Casimir-Périer in allen möglichen Stellungen unverkauft auf Lager. Vielleicht hat der „König“ der Bergwerke von Anzin sie entschädigt; sonst freilich würden sie vielleicht „Sozialdemokraten“ werden.

Präsident Faure beauftragte zunächst den früheren Justizminister Bourgeois mit der Bildung eines Ministeriums. Dieser gab sich bis zum 22. Januar alle Mühe, mußte aber schließlich den Auftrag zurückgeben, worauf es am 24. Januar dem Abg. Ribot gelang, ein Ministerium zu Stande zu bringen. Er gehörte seit 1878 dem parlamentarischen Leben an, hatte im Ministerium Freycinet vom März 1890 das Innere versehen und am 26. Dezember 1892 ein nach ihm benanntes Ministerium, als Vorgänger des ersten Ministeriums Dupuy, gebildet, das im März 1893 dem Panama-skandal zum Opfer fiel. Der 53jährige pariser Advokat Ribot übernahm jetzt, neben dem Vorsitz, das Finanzministerium, Poincaré und Hanotaux gingen aus dem vorigen Ministerium über; ersterer ist 35 Jahre alt, ebenfalls pariser Advokat und behielt das Kultusministerium, letzterer das des Außern. Der 38jährige Abg. und Advokat Leygues wurde Minister des Innern, Senator Trarieux übernahm die Justiz, die öffentlichen Arbeiten der 48jährige Abg. und Advokat Dupuy du Temps, Handel der Publizist, Professor und Abg. Lebou, Ackerbau Senator Gadaud, die Kolonien der 45jährige Dr. med. Chautemps, früher Vorsitzender des pariser Gemeinde-

rats und 1889 als radikaler Sozialist zum Abgeordneten gewählt. Admiral Besnard übernahm die Marine und der 58jährige General Zurlinden, ein Elsäßer, bisher Befehlshaber des 4. Armeekorps in Mans, den Krieg. Dieses Ministerium Ribot war seit dem 17. Februar 1871 das 34. in der dritten Republik. Von diesen hatte Präsident Thiers 2, Mac Mahon 8, Grevy 12, Carnot 10 und Casimir-Périer 1 verbraucht. Von den Ministern und Unterstaatssekretären dieser Kabinette waren 70 verstorben und 135 befanden sich noch am Leben.

Nach Bildung dieses Ministeriums richtete Präsident Faure an die Kammern seine Antritts-Botschaft, in der er seine Wahl als eine Ehrung der arbeitssamen Demokratie bezeichnete, zu der er sich rechne; sodann sprach er sich ungefähr also aus: Das Parlament habe bewiesen, daß das freie Walten der Einrichtungen für alle Fälle ausreiche, einen ununterbrochenen Gang der öffentlichen Geschäfte zu sichern; die republikanische Staatsordnung könne keiner Gefährdung ausgesetzt sein, denn jeden Augenblick könne die Nation ihrem Willen Ausdruck geben; die wesentlichste Aufgabe der Kammern bestehe darin, eine Lösung zu suchen, die geeignet sei, die großen Probleme, die in der ganzen Welt die Geister bewegen, dem nationalen Genie und den Überlieferungen der Sitten anzupassen. Nach mehreren schwülftigen Redensarten, ohne die in Frankreich kein Staatsmann scheint fertig werden zu können, endete die Botschaft mit der Einladung zu gemeinsamer Arbeit für die Macht und den Ruhm der Republik.

Wie vorauszusehen war, kam die überlieferte Tradition, dem Ministerium, noch bevor es irgend eine Thätigkeit entfaltet hatte, etwas am Zeuge zu flicken, auch diesmal zur Anwendung. Gleich nach Ernennung des Ministeriums warf ihm der frühere Seinepräsekt Andrieux, der im Februar 1893 im „Figaro“ den Feldzug der Panama-Enthüllungen begonnen hatte, einen mißduftenden Strauß von Südbahn-Enthüllungen mit dem Hinweis an den Kopf, daß Ribot, der Minister der Panamastandal-Zeit, gerade in dem Augenblick wieder an's Ruder komme, wo der Südbahnskandal auf der Tagesordnung stehe. Diese Enthüllungen betrafen eine Reihe von Briefen, in denen namentlich genannte Abgeordnete über Beträge quittiert hatten, die zu Erpressungen dienen sollten; die Schuld wurde

Ribot zugeschrieben. Die ganze Sache war zwar etwas frappierend, hatte jedoch zunächst keine Folgen. Der übliche Angriff in der Kammer erfolgte ebenfalls gleich am 28. Januar durch den früheren Minister Goblet, der eine Anfrage über die Bildung und Politik des Ministeriums sowie über dessen Meinung bezüglich der Erpressungsaffären stellte, Verfassungsänderung verlangte und einen Ausspruch der Kammer gegen die Politik des Widerstands wider die Demokratie beantragte. Ribot bat in seiner Erwiderung, man möge doch endlich die Personenfragen beiseite lassen, damit die vom Lande erwarteten Reformen zu Ende geführt werden könnten; die Regierung wolle eine schaffensfreudige Republik und eine Unterstützung des Umschwungs, der sich jetzt in dieser Beziehung im Lande vollziehe. Diese Bemerkungen enthielten soviel Wahres, daß die Kammer mit der großen Mehrheit von 329 gegen 79 Stimmen die Erklärung des Ministeriums billigte und Vertrauen zu seiner Absicht ausdrückte, eine Politik der Einigung und demokratischer Reformen zu treiben.

Dieser Ausspruch der Kammer wollte jedoch an sich nur wenig bedeuten, hatte man doch hinlänglich in den letzten Zeiten erfahren, wie kurze Zeit nur hierauf zu bauen war. In der That achtete die Kammer am 29. Januar die Wünsche des Ministers Poincaré so wenig, daß sie sich für Aufhebung der gegen Geistliche getroffenen Disziplinarmaßregeln aussprach und daß sie die von Ribot bekämpfte Dringlichkeit eines Antrags, zur Vermeidung von Revolution oder Diktatur die Verfassungsänderung zu beschließen, bloß mit der beträchtlichen Minorität von 198 Stimmen ablehnte. Einen neuen Lärm, der der Regierung zu schaffen machte, gab es am 31. Januar in der Kammer. Canrobert, der letzte Marschall des zweiten Kaiserreichs war gestorben, und mit gleichem Rechte wie in manchen früheren Fällen gedachte die Regierung ihn wegen seiner dem Lande geleisteten Dienste zu ehren. Freilich hatte er im Parteileben gestanden, aber er hatte an 10 Schlachten, 21 Gefechten, 5 Belagerungen teilgenommen und war 8 mal verwundet worden. Als aber der Minister General Zurlinden einen Gesetzentwurf wegen eines Credits von 20000 Fr. für Beerdigung auf Staatskosten einbrachte, erhob sich der Radikale Hubbard zu einer längeren Rede, in der er den Marschall tief herabzusetzen suchte, weil er 1851 die Hand zum „verabscheuungswürdigsten Unternehmen“ des napoleonischen Staatsfreichs geboten

habe. Die Republik solle nicht den Mann ehren, der gegen alle republikanischen Gesetze gestimmt und die Übergabe von Metz unterzeichnet habe. Hiergegen bemerkte Ribot, die Regierung habe bei ihrer Vorlage geglaubt, den Empfindungen des Landes für das Gedächtnis eines Soldaten zu entsprechen, der 60 Jahre ruhmreich die Fahnen Frankreichs auf allen Schlachtfeldern getragen; er habe freilich die Schlacht von Boulevard Montmartre geschlagen, aber auch die Schlachtfelder der Krim und von Saint Privat, wo die preußische Garde gefallen, sprächen von seinem Heldenmut. „Haben wir,“ sagte Ribot ferner, „soviel Ruhm, daß wir ihn vor unsere Leidenschaften und Zwistigkeiten in die Winde werfen können?“ Es folgte noch manche heftige Rede für und wider, bis der Vorschlag mit 288 gegen 152 Stimmen angenommen wurde.

Das war zwar ein Sieg der Regierung über die Sozialisten, aber wenige Stunden nachdem Canrobert am 3. Februar mit großem Pompe in Paris zur Ruhe geleitet war, wurde durch den Triumphempfang des aus der „Verbannung“ zurückkehrenden Rochefort handgreiflich bewiesen, wie verhängnisvoll der alsbald von der Kammer am 1. Februar genehmigte Gesetzesvorschlag betr. die Begnadigung der wegen Komplotts oder Angriffs auf die innere Sicherheit des Staats sowie wegen Preß- und Strikervergehen Verurteilten war. Dieser boshafteste aller französischen Publizisten hatte sich 1889 durch die Flucht nach London der Strafe entzogen, zu der er nebst dem Abenteuerer General Boulanger wegen Verschwörung gegen den Staat verurteilt war. Die Kundgebungen gewaltiger Menschenmassen, die den Heimkehrenden am Bahnhof empfingen, waren großartig und erklärten sich aus Rocheforts stets bewiesenem großen Talente, immer das rechte Schimpfwort zu finden, das dem von Gassenjungen-Humor genialer Clowns erfüllten, in stetem Frondieren lebenden Vorstadtpöbel just auf der Zunge lag, aus dem Talente, an jedem Ding eine lächerliche Seite zu entdecken und den niedrigsten Instinkten in einer Form zu schmeicheln, deren künstlerische Vollendung auch den Gegner fast entwaffnet. Dieser gefährlichsten aller Richtungen, die nun durch Rochefort aufs neue sich gestärkt fühlte, wurde von keiner Seite entgegengetreten, vielmehr führte der frühere Minister Goblet am 25. Februar in einer Rede zu St. Mandé aus, die fortschrittliche Linke dürfe nicht zögern, zur Verteidigung aller angegriffenen Freiheiten mit den Sozialisten gemeinsame

Sache zu machen. Auch die wütendsten Chauvinisten fühlten die Zügel wieder lockerer werden und unternahmen es am 28. März, die früher aufgehobene unter dem Namen der Patriotenliga bekannte Organisation der Feindseligkeit gegen Deutschland unter dem Namen „Vereinigung von Patrioten zur Wahrung der französischen Interessen“ wieder aufleben zu lassen. Déroulède, das Haupt jener Liga, übernahm das Ehrenpräsidium.

Die Session der Kammern zeichnete sich durch eine Reihe interessanter Verhandlungen aus. Sehr beachtet wurde auch im Auslande eine Erklärung, die der Ministerpräsident Ribot am 2. Februar in der Deputiertenkammer über die Münzkrisis abgab. Er meinte, das Aufgeben der Silberprägungen, deren Verantwortlichkeit auf die deutsche Regierung vom Jahre 1873 zurückgeführt werden müsse, sei ein außerordentlich unglücklicher Schritt gewesen, jedoch bilde dieser Vorgang nicht den alleinigen Grund der Agrarkrisis. Die Frage könne nur durch Verständigung mit den großen Nationen gelöst werden, in Deutschland und England vollziehe sich eine Bewegung für Wiederaufnahme der Silberprägungen, und Frankreich könne nur eine Haltung einnehmen, welche diese Bewegung ermutige. Von allgemeinem Interesse waren ferner die Beratungen vom 5. und 7. März über das Kriegsbudget. Der Abg. Roche suchte nämlich in längerer Rede zu zeigen, daß mehr für das Heer gethan werden müsse. Zwar habe Frankreich sich bemüht, anderen Nationen im Kriegswesen gleichzukommen, aber seit 1887 gebe Deutschland weit mehr für das Heer aus als Frankreich und besitze ein jederzeit kampferüstetes Heer. Redner tadelte mehrere Anordnungen des Kriegsministers Mercier, bedauerte, daß von den 542000 Mann, die unter den Fahnen stehen sollten, nur 406000 Mann parat wären und warnte vor Fortsetzung von Ersparungen, die zur Niederlage führen könnte. Cavaignac glaubte dagegen, Roche habe den Ernst der Lage übertrieben, gab aber zu, daß Deutschland 50000 Mann mehr als Frankreich besitze. Zur Beruhigung wies nunmehr der Kriegsminister Zurlinden auf in Aussicht stehende Beschlüsse des Oberkriegsrats bezüglich der Effektivbestände und versicherte, die Regierung werde dafür sorgen, daß die Armee es Frankreich stets ermöglichen werde, mit Festigkeit und Energie seine Rolle in der Welt zu spielen. Ähnliche Betrachtungen wie Roche beim Heer, stellte am 11. März Lockroy hinsichtlich der Marine an, die

nur ein Drittel des Werts der englischen besitze. Hier gab der Minister Admiral Besnard beruhigende Erklärungen ab, denen er freilich hinzufügte, in Folge der Vollendung des Nordostseekanals werde Frankreich seine Seestreitkräfte im Ärmelmeer und in der Nordsee vermehren müssen. Im Senat fügte Besnard am 3. April bei einer ähnlichen Beratung hinzu, es würden in diesem Jahr zwei und im nächsten sechs Panzerschiffe vom Stapel gelassen werden. Daran schloß sich am 5. April im Senat eine Verhandlung über die mit England streitigen Kolonialfragen. Dabei eröffnete der Minister Hanotaux, daß hinsichtlich der Abgrenzung der Interessensphären am Mekong in Siam Einverständnis zwischen beiden Teilen erzielt sei, daß aber Frankreich, was die Gebiete am Niger betreffe, die Ansprüche der englischen Niger-Gesellschaft bestreite, die in Widerspruch mit der Berliner Kongressakte den ganzen Handel in ihre Hände zu bringen trachte. Bezüglich der Frage des oberen Nil habe die Regierung keine bestimmte Antwort auf die Frage erhalten können, wo die in Anspruch genommene Einflußsphäre aufhören solle, die beiden Mächte würden sich aber schließlich schon darüber einigen. Alle diese Fragen kamen bei der Beratung des Budgets für 1895 vor, das nach vielfacher Hin- und Herbewegung unter den Kammern schließlich genehmigt wurde. In dem sodann am 14. Mai vorgelegten Budget für 1896 waren die Einnahmen auf 3392 Mill. Francs, also auf 32 Millionen weniger als für 1895 veranschlagt. Unter den neuen Mehrausgaben befanden sich 10 Millionen für das Heeresbudget und eine halbe Million für das Nordgeschwader. Der 55 Millionen Francs betragende Fehlbetrag soll aus neuen Steuern gedeckt werden, von denen 25 Millionen aus der zu ändernden Ortschaftssteuer, 10 aus der Dienstbotensteuer, 14 aus der zu erhöhenden Steuer auf ausländische Werte und das übrige aus einer Erhöhung der Spielkartensteuer kommen sollten. Bald hiernach kam eine Nachtragsforderung des Marineministers von 850 Millionen zur Vervollständigung der Marine, ein Betrag der auf 10 Jahre verteilt werden sollte. Diesen Forderungen gegenüber sprach sich die Budgetkommission der Kammer schon am 24. Mai für Ersparnisse im Kriegswesen und im übrigen dahin aus, daß sofort neue Ersparnisse ausfindig gemacht werden müßten, damit neue Steuern zur Deckung des Defizits vermieden würden.

Mit großer Aufmerksamkeit wurden überall die Verhandlungen des Senats über die auswärtige Politik verfolgt. Der Royalist Delongle-Beaumanoir stellte nämlich hier am 31. Mai die bezügliche Frage. Europa, so führte er aus, würde sich erleichtert fühlen, wenn die Besorgnisse schwänden, die sich als Folgen aus dem Frankfurter Vertrage ergeben. Der Redner zollte dem wahrhaft königlichen Verhalten des Kaisers Wilhelm volle Anerkennung und zeigte sich überzeugt, daß das französische Geschwader mit aller Zuverlässigkeit in Kiel werde empfangen werden, aber der Nordostseekanal sei ein durchaus kriegerisches Werk und die französische Flotte gehöre nicht nach Kiel. Frankreich unterhalte große Heere für ausländische Interessen, aber in welchem Verhältnis stehe es eigentlich zu Rußland? Der Minister Hanotaux erwiderte in längerer Rede, die auswärtige Politik Frankreichs habe keine neue Richtung eingeschlagen. Als die Regierung im Verein mit anderen Mächten einen freundschaftlichen Schritt bei Japan unternahm, habe sie sich davon leiten lassen, daß die Stellung, die Frankreich in Indo-China ausübe, ihm eine besondere Wachsamkeit über alles, was den Bestand des chinesischen Reiches bedrohe, zur Pflicht mache. Wie Rußland, so habe auch Frankreich ein Interesse an der Erhaltung von Chinas festländischem Besitze. Auch in der armenischen Frage gingen diese beiden Mächte zusammen. Die Einladung zur Feier der Eröffnung des Nordostseekanals sei lediglich ein an alle Mächte gerichteter Akt internationaler Höflichkeit gewesen, der in gleicher Weise erwidert sei, denn im vollen Frieden müßten die Beziehungen der Völker zu einander durch ein würdiges und einfaches Gefühl für das international Angemessene geleitet sein. Ähnliche Erwägungen hätten Frankreich schon zur Teilnahme am Berliner Kongreß, an den Kongo-Konferenzen, an der Beisetzung des ersten deutschen Kaisers und an der Arbeiterkonferenz von 1890 bewogen. Obwohl durch diese Darlegungen die betreffenden Fragen hinreichend beantwortet zu sein schienen, veranlaßte am 10. Juli der Sozialist Millerand in der Deputiertenkammer eine Art von Wiederholung dieser ganzen Ausführung. Der Redner bedauerte die im äußersten Osten befolgte Politik, die dazu geführt habe, daß Frankreich an den Festlichkeiten in Kiel teilnehme; die Annahme der Einladung sei eine Schwäche, Deutschland müsse vielmehr wissen, daß Frankreich niemals die ver-

lorenen Provinzen vergessen werde. Minister Hanotaux antwortete im wesentlichen in demselben Sinne wie im Senate und erzielte einen besonderen Erfolg dadurch, daß er den bei Japan unternommenen Schritt mit der „gebietenden Pflicht“ erklärte, zu verhüten, daß das Gleichgewicht der Mächte im Osten nicht zum Nachteil Rußlands geändert werde; dem Botschafter in Petersburg sei damals gesagt, Frankreich stelle in erste Reihe die Rücksicht auf seine Bundesgenossen. Frankreichs ungünstige Stellung in der ägyptischen Frage sei einst durch einen Akt der Überrumpelung herbeigeführt, indem man Gambetta nicht Zeit gelassen habe, ein damals leicht zu erlangendes Einvernehmen mit England herbeizuführen. Gegen diese verständigen Ausführungen des Ministers Hanotaux stach die Rede eines seiner Amtsvorgänger, des Abg. Florens, sehr ab, der behauptete, Frankreichs Einmischung in Japan habe hauptsächlich deutschen Interessen gedient und dafür habe man sich nicht einmal einen Ersatz geben lassen. Goblet meinte, die Teilnahme an den Festen in Kiel verletze das Gefühl des Volks und forderte die Veröffentlichung des Bündnisvertrags mit Rußland. Zum Schluß deutete der Ministerpräsident Ribot an, daß seit 1891 eine Veränderung in Europa vor sich gegangen sei und daß das „Bündnis“ mit einer anderen Macht Frankreichs Stärke bilde. So klar und offen war es noch niemals zuvor ausgesprochen, daß wirklich ein französisch-russisches Bündnis bestehe. Unter diesem Eindrucke billigte die Kammer mit 362 gegen 105 Stimmen die auswärtige Politik der Regierung.

Von den übrigen Vorgängen der Parlamentssession ist zunächst das Zustandekommen von Gesetzen über die Altersversorgung der Arbeiter und über Änderung der Getränkesteuer zu erwähnen, womit die Aufforderung zur Vorlegung eines die Einführung des Alkohol-Monopols betreffenden Gesetzes verbunden wurde. Weiterhin kam das neue Spionagegesetz zu stande, das seinen Ursprung lediglich in dem Falle des unglücklichen Drehfuß hatte. Der Rachechor der heißblütigen Jahrmaktpatrioten hatte damals den Kopf des Verräters verlangt; das ging nach dem Gesetze nicht, nun aber wird für künftige Fälle derselben Art dem Verlangen nachgegeben; es wurde angenommen, obwohl nun jene Patrioten wieder über „Ausgeburt der Polizeiwillkür“ schreien, weil die neue Vorlage zugleich Bestimmungen enthielt, die den Sensationsjournalisten das Handwerk

erschweren. Glücklicherweise gingen diese Bestimmungen mit durch. Weiterhin wurden Anträge auf Abschaffung der Attentatsgesetze von 1893 und 1894 und auf Feststellung der civilrechtlichen Verantwortlichkeit der Minister abgelehnt.

Von besonderer Wichtigkeit war die Anfang Juli von beiden Kammern erteilte Genehmigung des Handelsvertrags mit der Schweiz. Freilich gewährt damit Frankreich Ermäßigung bei nur 30 der 62 Artikel, die 1892 von der Deputiertenkammer abgelehnt wurden, was den Zollkrieg zur Folge hatte; namentlich sind die Käse- und Seidenstickerei-Fabrikanten sowie die Wolllen Weber nicht zufrieden, aber dennoch erweist sich der neue Tarif für die Schweiz als ein so bedeutender Fortschritt, daß Ablehnung ein Fehler gewesen wäre. Nun fragt sich, ob auch der Zollkrieg mit Italien beendet werden kann. Endlich kam es noch zu einer erregten kirchenpolitischen Verhandlung infolge eines anmaßenden Briefes, den der Erzbischof von Cambrai an den Kultusminister Poincaré gerichtet hatte. Es handelte sich dabei um die Aufreizung der Bevölkerung durch Geistliche gegen die neue gesetzliche Zusatzsteuer für Erbschaften, die der „toten Hand“ zufallen. Die Bischöfe sehen dies als unstatthaften Eingriff des Staats in die Rechte der dadurch „beraubten“ Kirche an. Die Parlaments-Session wurde am 13. Juli geschlossen.

Den Neuwahlen der Generalräte sah man, wie immer, mit großer Spannung entgegen, weil sie für die Republik die eigentliche Probe der Festigkeit zu bilden pflegen. Die Hauptwahlen vom 28. Juli fielen ganz überwiegend zu Gunsten der Republikaner aus, während Monarchisten wie Sozialisten die entschiedenste Niederlage erlitten. 1013 der 1443 Wahlen fielen zu Gunsten der Republikaner aus und ähnlich war das Verhältnis bei den Stichwahlen vom 4. August. Wichtig war dies vor allem bezüglich der Sozialisten, die, berauscht durch ihre Erfolge bei den Abgeordnetenwahlen, sich zahlreich zu den Departementswahlen gedrängt hatten und nun so entschieden abgewiesen wurden, wie bei diesen Erneuerungswahlen vor 6 Jahren die Boulangisten.

An dieser Stelle ist eines merkwürdigen Vorgangs in der Arbeiterbewegung zu gedenken, wengleich er erst in den Oktober fällt. Der Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber hatte einen besonders heftigen Charakter in Carmaux angenommen. Die Ar-

beiter in den Glashütten glaubten hier durch die Hefigkeit in der Geltendmachung ihrer Forderungen sicher zu siegen; sie hatten sich aber stark verrechnet im Glashüttendirektor Kességuier, der sich nicht nur ablehnend verhielt, sondern, als Beispiel für viele seinesgleichen, dem Übel an die Wurzel ging durch Anstellung von Klagen gegen den Abg. Saurès und zwei toulouser Zeitungen auf 100000 Frcs. Schadenersatz dafür, daß infolge ihrer Aufreizungen der Strike der Arbeiter in Carmaux solange anhielt und jeder Versöhnungsversuch fehlschlug. Die Kühnheit dieser einfachen Selbstverteidigung erbitterte die Arbeiter dermaßen, daß ein Mordanschlag auf den Direktor unternommen wurde, der jedoch nicht viel Schaden anrichtete.

Felix Faure, der neue Präsident der Republik, ließ im ganzen etwas mehr von sich hören als seine letzten Vorgänger und es trat in wohlthuernder Weise die Persönlichkeit des Staatsoberhauptes mehr hervor, als einst bei Grevy und Carnot. Faure überraschte alle Kreise dadurch, daß er am 7. März den Ministern seinen Entschluß mitteilte, den Vorsitz im Obersten Kriegsrat zu übernehmen. Es war dies sein unbestreitbares Recht, das auch seine Vorgänger Thiers und Mac Mahon stets als selbstverständlich in Anspruch genommen hatten bis es unter Grevy und Carnot außer Übung kam. Zwar war in einem Erlaß vom 12. Mai 1888 unter dem Eindruck der deutschen Heeresumbildung dieses Recht besonders betont, thatsächlich aber erweiterte sich die Kluft zwischen den jene Behörde bildenden Generalinspektoren des Heeres und der Staatsleitung, daher denn eben jene tiefen Gegensätze zwischen dem Kriegsminister Mercier und dem Obersten Kriegsrat entstanden, infolge deren dieser Mercier's Rücktritt verlangte, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. Damals beabsichtigte Casimir-Périer, durch Übernahme jenes Vorsitzes auf die Lösung der Fragen persönlich einzuwirken, aber Dupuy verstand es, ihn davon abzubringen und darauf bezog sich die betreffende Klage in der Botschaft des zurückgetretenen Präsidenten. Faure hatte nun aus dem Schicksal seines Vorgängers gelernt und rührte sich, um nicht auch solchen Überraschungen ausgesetzt zu werden. Der 1872 geschaffene, durch Freycinet organisch gestaltete Oberste Kriegsrat ist eine wichtige Einrichtung, weil er gegenüber dem öfteren Wechsel der Parlaments-Ministerien die für das Heer unerläßliche Stetigkeit wenigstens annähernd darstellt. Am 27. März begab sich

Faure in das Lager von Sathonay bei Lyon und übergab hier persönlich dem zum Feldzug nach Madagaskar bestimmten 200. Regimente eine Fahne. Ferner unterließ Faure nicht, sich schon sehr bald auch in anderen großen Städten des Landes zu zeigen. Am 18. April wurde er in Havre festlich empfangen, wo zu demselben Zweck auch der englische Kreuzer „Australia“ erschien, und am 14. Juni in Bordeaux, wo er in einer Rede u. a. sagte, Frankreich wisse, daß ernste Arbeit und freie, aufgeklärte Grundsätze allein ihm gründliche und dauerhafte Reformen verschaffen könnten. Sehr verdankt wurde es ihm ferner, daß er der Lieblingsidee der Franzosen, der Annäherung an Rußland, mit Vorliebe Ausdruck gab; besonders that er dies am 18. Juni in der Antwort auf die Ansprache, mit der ihm der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim den russischen Andreasorden überreichte. Es sei dies, sagte er, „ein neues und kostbares Pfand der Sympathie des Czaren für Frankreich und der zwischen beiden Völkern so glücklich bestehenden Freundschaft“. Zu der verständigen Richtung Faure's schien das Ministerium Ribot von Anfang an insofern nicht recht zu passen, als es sich mehr wie einmal den Radikalen gegenüber zu entgegenkommend bewiesen hatte. Von dieser Sorge zeigte sich der mehr staatsmännisch angelegte Waldeck-Rousseau erfüllt, der schon am 3. Februar bei einem Festmahle zu Lyon in einer Rede jene Fehler andeutete, durch welche die allgemeine Lage verschlimmert werde, und er schloß mahnend mit den Worten: „Wir bedürfen einer Regierung, die regiert und den Namen einer gemäßigten nicht scheut“. Der Ministerpräsident Ribot ergriff am 11. Mai in einer Festrede zu Bordeaux die Gelegenheit, eine bessere Meinung von seinem Ministerium zu verbreiten, dem er nachrühmte, durch Festigkeit und Verjöhnlichkeit die Gemüther beruhigt zu haben; die beste Deckung suchte er jedoch in dem Hinweis, daß die Bande, die Frankreich seit 1891 mit Rußland verbänden, gestärkt worden seien, was für alle Punkte des Erdballs eine Bürgschaft des Friedens und der Sicherheit bedeute.

Bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland machten sich bemerkenswerter Weise in diesem Jahre mehr friedliche Stimmen bemerklich als je zuvor, wozu höchstwahrscheinlich die vom deutschen Kaiser bei mehreren Fällen, so noch im Januar beim Tode Canroberts, Frankreich erwiesenen Ehren und Höflichkeiten beigetragen haben mochten. Ende

Februar erklärte der Ausschuß der nationalen Gesellschaft der schönen Künste in Paris, ohne sich an alles chauvinistische Geschrei zu kehren, daß er sich, der Einladung von deutschen Künstlern folgend, an der am 1. Mai in Berlin zu eröffnenden allgemeinen Kunstausstellung beteiligen werde. Eine große Aufgabe an die Vernunftbewahrung der leidenschaftlichen Teile des Volks war durch die Einladung der deutschen Regierung zur Teilnahme Frankreichs an der Feier der Eröffnung des Nordostseekanals gestellt. Wie heftig die Frage in den Kammern verhandelt wurde, haben wir schon oben gesehen; beachtenswert war aber auch die vernünftige Haltung eines Teils der Presse. „Wir würden“, sagte das „Journal des Debats“, „wie andere Mächte, einige Kriegsschiffe nach Kiel senden; einige Journale entrüsteten sich darüber, sie finden aber keinen Widerhall mehr; wir leben nicht mehr in der Zeit des Boulangismus.“ Und „Gaulois“ schrieb: „Frankreich und Deutschland leben in Frieden; Deutschland konnte nicht anders als uns einladen, wir können nicht anders als annehmen“; ferner erklärte der frühere Kriegsminister General Dubarail öffentlich, die vom deutschen Kaiser seit seiner Thronbesteigung bekundeten friedlichen Absichten machten es Frankreich zur Pflicht, an der Feier teilzunehmen. Hierauf begann in der Presse der Versuch, die Widerstrebenden durch den Hinweis zu gewinnen, daß die französischen Schiffe in Kiel an der Seite der russischen erscheinen würden. Sehr stark ließ sich am 17. März der alte Senator Jules Simon gegen die angeblichen Patrioten aus, die schon einmal 1870 mit dem Geschrei „nach Berlin!“ Frankreich in den Krieg getrieben hätten und auch jetzt mit dem Patriotismus Komödie spielten; er habe den deutschen Kaiser persönlich kennen gelernt und halte ihn für eine der hauptsächlichsten Hoffnungen des Friedens; derselbe sei gegen Frankreich nicht feindlich gesinnt und habe ihm in ernstesten Augenblicken große Höflichkeiten erwiesen. Freilich gab es, je näher das Fest rückte, auch Gegenkundgebungen, so namentlich am 2. Juni in Nancy und am 16. Juni seitens der elsass-lothringischen Vereine in Paris. Damit auch das Römische nicht fehle, erließ Herr Raundorf, der von Ludwig XVII. abstammen will, an das französische Volk ein „Manifest“, in dem er „vor der ganzen Welt“ erklärte, er wüßte durch sein Schweigen nicht den Anschein zu erwecken, als sei er an der Demütigung, die Frankreich in Kiel erleide, mit-

schuldig. Bekanntlich ist der von Raundorfs Großvater getriebene Schwindel längst zur Genüge aufgedeckt. Der Verlauf der Kieler Festlichkeiten bewies sodann zur Genüge, daß dabei Frankreich in keiner Weise zu nahe getreten war, und die Rede des deutschen Kaisers am neuen Kanal konnte selbst in Frankreich nicht anders als im höchsten Grade friedenerheißend aufgefaßt werden. Mehr als durch die Kieler Festlichkeiten zeigten die Franzosen sich durch die deutschen Kriegsgedenkfeiern gereizt. Die Pariser Presse glaubte im Juli durch Boshaftigkeiten und Prahlereien opponieren zu müssen. „Während die Deutschen“, jagte z. B. „Patrie“, „ihre durch Verrat erfochtenen Siege feiern, wartet unsere Armee, die so zahlreich und furchtbar wie noch nie ist, stolz, das Gewehr im Arm; gegenüber den kupfernen Pickelhaubenspitzen erhebt sich bei uns ein Wald von Bajonetten und die Elite der Nation ist den dicken Panduren Wilhelms wohl gewachsen“. Aber schon im August glaubten die Pariser Hitzköpfe, daß ihnen ein Eimer kalten Wassers über den Kopf gegossen werde, als Berichtserstatter, die der „Matin“ nach Metz und Straßburg geschickt hatte, treulich meldeten, in welch' starker Weise ausgesuchte Freunde Frankreichs und angesehenere unparteiische Beurteiler in diesen Städten die Aussichtslosigkeit einer Wiederabtretung Elsaß-Lothringens dargestellt hätten. Die Germanisierung, hieß es da, sei fortgeschritten und dringe sowohl durch die Volksschule als infolge der Unbeständigkeit der Dinge in Frankreich unaufhaltsam vorwärts. Dagegen blieb den hegenden Parisern nichts mehr einzuwenden übrig, als etwa Ausfälle wie die des Generals a. D. Munier, der höhere deutsche Offiziere des 1870 in Frankreich begangenen Diebstahls bei Einquartierungswirten öffentlich beschuldigte. Deutscherseits fand man es unter der Würde, hierauf etwas zu erwidern.

Die französische Feier der Kriegsgedenkstage war nicht im entferntesten von so edlem Geiste durchdrungen als in Deutschland. Freilich war es auch nicht allzuviel, was man festlich zu begehen hatte, aber mehrfach suchte man doch das Andenken an die Gefallenen zu ehren. Die Feier am 16. August bei Mars la Tour brachte eine vom tiefsten Deutschenhaß erfüllte Rede des Bischofs Turinaz von Nancy, der u. a., in Gegenwart der ruhig zuhörenden deutschen Reichstagsabgeordneten Neumann und Colbus, die Revanche predigte, unter stetem Hinweis auf die Jungfrau von Orleans, die in gleicher

Weise, wie sie die Engländer zu Paaren getrieben habe, für die Lothringer eintreten werde. Die Stadt Chateaudun feierte am 18. Januar den Jahrestag ihrer Verteidigung durch Nationalgarden und Franktireurs. Die im Oktober in Nancy stattgehabte feierliche Grundsteinlegung zu einem Kolossal-Denkmal zur Erinnerung an den vom Großfürsten Konstantin kurz nach dem kronstädter Flottenbesuche dem Präsidenten Carnot hier abgestatteten Besuch war nicht ohne deutschfeindliche Tendenz. Andererseits fiel es den Franzosen wiederum auf die Nerven, daß einer der ihrigen, Hr. Faye, als Präsident der in Berlin stattfindenden Konferenz der internationalen Erdmessung sich beim Festmahl, ähnlich wie oben J. Simon, voll größter Anerkennung für den deutschen Kaiser aussprach. Ähnliche Wirkung hatte eine im September in Paris erschienene Schrift des Grafen Benedetti mit dem Nachweis, daß der frühere Minister des Außern, Herzog von Gramont, der unmittelbare Urheber des Krieges von 1870 gewesen sei. Größere Bedeutung hatten für Deutschland die vom 7. bis 10. September an der deutschen Ostgrenze, nämlich in dem besonders wichtigen Dreieck Toul-Epinal-Chaumont, vom fünften Teil des französischen Heeres, fünf Armeekorps, ausgeführten Manöver. General Saussier führte drei Armeekorps gegen den vom General Giovannelli geführten Feind, und es handelte sich zum Teil um die unter dem Namen „Trouée von Epinal“ bekannte Lücke in der von Verdun bis Toul und von Epinal bis Belfort führenden Sperrfortlinie. Zum Schluß fand auf dem Plateau von Puzieux eine große Parade vor dem Präsidenten Faure statt. Der Umstand, daß der neue russische Minister des Außern, Fürst Lobanow und der russische General Dragomirov der Parade beiwohnten, bestärkte natürlich die Kriegslustigen im Glauben auf den einstigen Beistand Rußlands. Beim Festmahle in Mirecourt hielt Faure eine längere Rede, in der er sagte, er habe seit langer Zeit mit ganz Frankreich die leidenschaftlichen Schläge des Herzens der französischen Lothringer empfunden; aber das niedergeworfene und isolierte Frankreich sammle sich und widme sich der Herstellung seiner Kräfte; das Nationalgefühl rege sich überall im Lande, aber es scheine, „daß am Fuß dieser Berge, die unsere Grenzen bilden, das Bild des Vaterlandes unvergleichliche Klarheit und einen besonderen Glanz gewinnt“. Was diese Herstellung der Heereskräfte betrifft, so ist bemerkenswert, daß der

Plan Cavaignacs, eine zum Teil aus Eingeborenen bestehende besondere Kolonialarmee zu bilden, ihren Zweck insofern verfehlte, als sich bald herausstellte, daß das 19. Armeekorps dadurch doch nicht für andere Zwecke würde frei werden können. Daß es mit der französischen Flotte nicht so glänzend bestellt ist, war schon aus den Kammerverhandlungen hervorgegangen; neuerdings mußte man erleben, daß der infolge seines Flottenbesuchs in Kronstadt vielgefeierte Admiral Gervais vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte, weil die Strandung der drei Panzerschiffe „Le Formidable“, „Admiral Baudin“ und „Admiral Courbet“ in der Nähe Toulons einem von ihm geleiteten falschen Manöver zugeschrieben wurde.

Das Verhältnis der französischen Regierung zur römischen Kurie blieb andauernd ungetrübt. Zwar kam es zu heftigen Kundgebungen von Ordensprioren gegen ein Gesetz, durch das die Anwendung der Steuergesetze auf die religiösen Genossenschaften zweckmäßiger gestaltet werden sollte, auch eilten der Abbé Lémire und der Abg. d' Hulst, Prediger an Notre-Dame, nach Rom, um den Papst zu einem diplomatischen Einspruch hiergegen zu bewegen, diese Bemühungen blieben jedoch ganz erfolglos, ja es kam durch Veröffentlichung von „Erinnerungen“ des Marquis de Dreux-Brécé, langjährigen Sachwalters des verstorbenen Grafen von Paris, an den Tag, daß der Papst schon in den 70er Jahren dem Grafen dringend, aber freilich vergeblich, nahe gelegt hatte, auf seine Präbendenrechte zu verzichten und die Lage der Dinge anzuerkennen, so daß also Leo's vor einiger Zeit angestellter Versuch, auch die königliche Partei umzustimmen, nicht als vorübergehender Versuch aufzufassen war. An dieser andauernd friedlichen Gesinnung des Papsts gegen Frankreich scheiterte schließlich auch der Widerstand, den im Mai der Erzbischof von Cambrai gegen das Gesetz über die Congregationen leistete. Die Ultramontanen bemächtigten sich übrigens der 800jährigen Gedenkfeier an den ersten Kreuzzug, die am 16. Mai in Clermont-Ferrand, der Hauptstadt der Auvergne stattfand. Die Hauptrede hielt hier der Dominikanerpater Montsabre, der wieder einen Kreuzzug Frankreichs für nötig erklärte, diesmal gegen die Gottlosen, die Raubritter und Freimaurer, und den anwesenden zwei Kardinälen sowie 40 Bischöfen rief er mit Donnerstimme zu: „Sie müssen das Beispiel des Widerstands geben, Sie

sind die Krieger des Glaubens, Sie müssen die Bischofsmütze gegen den Helm, den Krummstab gegen das Schwert vertauschen", worauf die die Kirche erfüllende Menge endlos den Ruf, mit dem das Konzil vom Jahre 1095 schloß, wiederholte: „Gott will es!“

Die Vorbereitungen zu dem Feldzug gegen den Volksstamm der Howas auf Madagaskar, wofür die Kammern am 26. November v. J. 65 Millionen Frchs. bewilligt hatten, begann mit Anfang des Jahres; was man davon hörte, klang jedoch zum Teil recht sonderbar: zwar wurden in St. Denis flache Kanonenbote zum Schutz des Flußtransports vom Stapel gelassen, auch wurde für eine dem Tropenklima angemessene Bekleidung der Truppen ausreichender als früher gesorgt, aber der Kriegsminister Mercier bestimmte zu dem Feldzug nicht die an Klima und Strapazen gewöhnten Soldaten der Fremdenlegion, die sich in den Kolonien und noch jüngst im Kriege gegen Dahomey bewährt hatten, sondern andere, zum Teil junge Soldaten, weil alle Regimenter an der Ehre teilnehmen sollten, „die französische Fahne nach Tananarivo zu tragen“. Als Führer wurden nicht die durchaus felbtüchtigen Offiziere gewählt, sondern es wurde das Los über das ganze Offizierkorps geworfen. Sodann vollzog sich die ganze Konzentration des Expeditionskorps mit solcher Langsamkeit, daß man sich fragte, wie das erst bei einer großen Mobilmachung werden sollte, wenn der Feind an der Grenze steht. Mit dem Ankauf der nötig befundenen 1000 Maultiere haperte es, dagegen fehlte es nicht an Abschiedsfeierlichkeiten, Banketten, Dejeuneurs, Reden und Paraden.

Was die Lage auf der Insel betrifft, so war Diego Suarez an der Nordspitze schon längst in französischem Besitz. Dazu war am 10. Dezember v. J. Tamatave an der Ostküste eingenommen. Der Vormarsch des Expeditionskorps sollte jedoch nicht von diesem der Hauptstadt nicht fern gelegenen Orte, sondern von Majunga an der Nordwestküste aus angetreten werden, weil er weniger beschwerlich ist und die Benützung der Flüsse Betfiboka und des in diesen sich ergießenden Ikopa gestattete. Nach der Begeisterung der Bevölkerung an den Einschiffungspunkten zu urteilen, war dieser Kriegszug volkstümlich. General Metzinger schiffte sich schon am 27. Januar, der Oberbefehlshaber General Duchesne am 14. April ein. Inzwischen hatte die Beschließung von Majunga schon am 16. Januar statt-

gefunden und nach Einnahme dieses Orts herrschte hier bei Ankunft des Gros der Truppen heilloser Wirrwar, namentlich fehlte es an Ausladestellen und Unterkunftsräumen. Nach einigen unbedeutenden Gefechten mit der von europäischen Offizieren eingeübten malagassischen Armee, nahmen die Franzosen Anfang April einige zwischen Majunga und der Hauptstadt liegende Forts sowie ein verschanztes Lager ein; am 2. Mai gelang durch die Einnahme von Marovoay die erste größere Waffenthat. Um Mitte Mai waren die letzten Truppen ausgeschifft, worunter die Regimenter, denen Präsident Faure am 28. März im Lager von Sathonay die Fahnen mit der Mahnung übergeben hatte, nicht zu vergessen, daß dieselben in ihren Falten den „Genius Frankreichs“ trügen. Am 6. Juni überschritt das Heer die breite Betfiboka, am 9. Juni eroberte es wieder ein verschanztes Lager und bereitete sich hier zum Vormarsch nach der nur noch 240 km entfernten Hauptstadt vor. Angesichts dieser Gefahr gingen am 29. Juni die Howas zum Angriff über, wurden jedoch mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Auch ein Gefecht am 30. August endete mit ihrer Flucht. Gleichwohl gestaltete sich von nun an die Lage der Franzosen ungünstig, weil endlich der große Bundesgenosse, auf den die Eingeborenen von vornherein alle Hoffnung gesetzt hatten, einzugreifen begann, das Fieber. Ihm war bereits im Juni der tüchtige Oberst Gillon erlegen, um Mitte September aber lagen 3000 Mann in Hospitälern und Duchesne verlangte in Paris bereits ein Hospitalschiff zum Überwintern. Dazu kamen viele Klagen über die Unfähigkeit der Verwaltung und die von Duchesne zugestandenen Schwierigkeiten in Fortschaffung der Proviantkolonnen. Die ungünstigen Nachrichten überstürzten sich derart, daß man in Frankreich, nach alter Gewohnheit, bereits die Schuldigen suchte, und man fand sie alsbald im Kriegsminister Mercier, dem Chef des Sanitätswesens, und einem Bergwerksbesitzer auf der Insel, der zur Erlangung des französischen Schutzes viel gethan hatte. Als jedoch die Not am höchsten gestiegen war, kam mit nicht geahnter Raschheit die Erlösung: der am 22. September begonnene Vormarsch gegen die Hauptstadt Tananarivo führte am 30. September zu ihrer Einnahme. Der letzte verzweiflungsvolle Aufruf, in dem die Königin Ranavolo ihr Volk der Feigheit beschuldigte, war nicht im stande gewesen, einen stärkeren Widerstand hervorzurufen. Frankreich war

glücklich, eine Sorge los zu sein, die Regierung und die „Schuldigen“ atmeten wieder auf, Duchesne wurde vom Ministerium in bombastischen Ausdrücken beglückwünscht und gefeiert. Am 1. Oktober schloß er mit der Howasregierung einen Vertrag, worin sie Frankreichs Protektorat „mit allen seinen Folgen“ anerkannte und zusagte, sich nach außen hin durch Frankreich vertreten zu lassen, auch dessen militärische Kräfte auf der Insel stets zu unterstützen und sich eine Aufsicht über die innere Verwaltung gefallen zu lassen.

Von der Sorge um den Ausfall dieses Kriegszugs erlöst, fühlte sich das Ministerium Ribot noch durch andere Sorgen belastet, einfach weil seine Schonzeit dem Ende zueilte. Und wirklich, bald nachdem die Kammern am 22. Oktober wieder zusammen getreten waren, ging der Tanz los. Am 26. Oktober wurde die obige Angelegenheit von Carmaux in der Deputiertenkammer verhandelt, und da waren es 38 Stimmen der Konservativen, die das Ministerium glücklich heraushauten. Zwei Tage später war jedoch auf diese Stimmen schon nicht mehr zu rechnen, denn eine Anfrage über die Lage der Südbahn wurde zwar vom Sozialisten Rouanet eingebracht, aber vom Konservativen Berry begründet und vom klerikalen Legitimisten Binder unterstützt. Die Südbahn war eine Gründung, so faul wie es je irgend eine gegeben hat, sodaß „Panama“ daneben noch als ganz anständiges Geschäft erschien, nur waren die Summen, um die es sich handelte, kleiner; immerhin belief sich der Diebstahl auf mehrere Millionen. Auch hierbei hatte es große und kleine Diebe gegeben, aber die ersteren hatte man laufen lassen und nur die kleinen hatte man hängen wollen. Auf diesen Schwindel waren jedoch die Geschworenen des Seine-Departements nicht hereingefallen, sondern sie hatten entdeckt, daß über die gefälschten Bücher ein gefälschter Bericht erstattet und die wahren Schuldigen gar nicht angeklagt seien, daher sie die subalternen Werkzeuge der großen Spitzbuben freigesprochen hatten. Als nun in der Deputiertenkammer die Forderung an den Justizminister, alle Schuldigen zu verfolgen, beantragt wurde, wies der Ministerpräsident Ribot dies mit dem Bemerkten zurück, daß die Annahme des Antrags die Wiedereröffnung der Untersuchung bedeuten und besagen würde, die Justiz habe das erste mal ihre Pflicht nicht gethan. Dennoch wurde der Antrag mit 275 gegen 196 Stimmen angenommen, worauf die Kammer mit der Erklärung,

es sei nötig, den Parlamentsmitgliedern die Teilnahme an finanziellen Syndikaten zu unterjagen, mit 311 gegen 310 Stimmen zur Tagesordnung übergang. Die bloß durch taktische Erwägungen zusammengehaltene sog. Regierungsmehrheit hatte sich eben aus ungenügender Lebensfähigkeit gelockert. Die Minister erhoben sich sofort und verließen, wie schon manche ihrer Vorgänger, unter höhnischen Zurufen der Sozialisten den Saal.

So waren die Wirbel des Eisenbahnskandals, die am 14. Jan. das zweite Ministerium Dupuy verschlungen hatten, nun auch dessen Nachfolger, dem Ministerium Ribot, verderblich geworden, das genau nur neun Monate im Amte hatte bleiben können. Präsident Faure berief den Kammerpräsidenten Bourgeois, der folgendes „Ministerium der radikalen Konzentration“ bildete: er selbst übernahm neben dem Vorsitz das Innere; Cavaignac, der die Reformen im Heere angestrebt hatte, den Krieg; Lockroy, der die Schäden der Marine aufgedeckt hatte, übernahm dieses Ressort; Ricard, der vor drei Jahren den Ball der Panamaprozesse ins Rollen gebracht hatte, die Justiz, also das Fach, dem er bald nach diesem Skandale als Nachfolger Bourgeois' vorgestanden hatte; Finanzminister wurde Doumer, der früher Unterlehrer, dann Boulangist, später Journalist gewesen war; der frühere Maschinenzeichner Mesureur, Schöpfer der famosen Arbeitsbörse, ward Handelsminister; Biger übernahm den Ackerbau; der frühere Bonapartist Guyot-Dessaigne, der unter Floquet acht Tage Justizminister gewesen war, wurde Minister der Bauten; der Philologe Senator Combes übernahm das Unterrichtsfach; der Chemiker Berthelot, einst unter Goblet Unterrichtsminister, das Äußere, endlich Leveille die Kolonien. Aus dem am 4. November von Bourgeois in den Kammern vorgetragenen Programm ist eigentlich nur die Zusage einer Veröffentlichung jener gerichtlichen Untersuchungsakten und des Verlangens „einer gewissen Öffentlichkeit auf dem Gebiete gerichtlicher Untersuchungen“ hervorzuheben, auch wohl die Bemerkung, daß das wiederaufgerichtete Frankreich Bündnisse erworben habe, „die das allgemeine Gleichgewicht Europas wiederherstellen“. Wie sich nach den letzten Vorgängen wohl von selbst verstand, legte das Ministerium am 14. November den Entwurf eines Gesetzes vor, wodurch den Senatoren und Abgeordneten die Beteiligung an Syndikaten für finanzielle Emissionen untersagt wird.

Sehr verdankt wurde dem neuen Ministerium, daß es ihm geglückt war, in London die Verhaftung Arton's, eines der Hauptschuldigen im großen Panamaprozesse, bewirken zu lassen. Die Aufklärungen, die Bourgois hierüber am 18. November in der Kammer gab, wurden von dieser gebilligt. Der Minister des Äußern, Berthelot, gab am 27. November in der Kammer seiner Anerkennung der Leistungen der nach Madagaskar gesandten Truppen Ausdruck und fügte hinzu: „Madagaskar ist heute im französischen Besitz“; die Expedition habe zu schmerzlichen, alle vorherigen Annahmen übersteigenden Opfern geführt, welche Frankreich das Recht verliehen, ausge dehnte Entschädigungen und endgültige Bürgschaften zu verlangen; eine auswärtige Schwierigkeit könne sich daraus in keiner Weise ergeben, denn die vorher zwischen anderen Mächten und den Homas geschlossenen Verträge sollten beachtet, unter diesem Vorbehalte aber alle aus der endgültigen Besetzung sich ergebenden Rechte ausgeübt, der vom General Duchesne in Tananarivo geschlossene Vertrag solle mit einigen Änderungen genehmigt werden. Diese Mitteilungen ergänzte der Kriegsminister Cavaignac dahin, daß im ganzen 17500 Mann nach der Insel gesandt, 3500 dort gestorben und 6000 heimgekehrt seien; die Verluste rührten größtenteils von Krankheiten her, und es gelte jetzt als ausgemacht, daß man in jenem Klima nur Leute verwenden dürfe, die in ihrer Körperkonstitution völlig ausgereift seien; man habe zu lange in den fieberreichen niederen Gegenden zubringen müssen wegen des Entladens der Schiffe und des Straßenbaues; 14 Tage Zeitverlust seien durch das Mißgeschick eines das Material für die Flußschiffe bringenden Dampfers entstanden, der erst angekommen sei, nachdem die Truppen nun doch den Landweg hätten einschlagen müssen und bereits an Ort und Stelle angekommen waren; einen großen Anteil an den Verlusten habe die Unzulänglichkeit der Transportmittel gehabt. Der Minister schloß damit, daß eine Organisation der Kolonien sich als nötig herausgestellt habe, daß die Schuld an den Mißgeschicken das jetzige Ministerium nicht treffe, daß man aber diesmal unterlassen möge, ein Sühnopfer herauszusuchen. Damit gab sich die Kammer zufrieden und genehmigte am 28. Dezember einen Ergänzungskredit von 16 Millionen Frs. für Madagaskar zur Deckung der Kosten für die Rückkehr sowie für Verpflegung und Unterbringung der Truppen bis zum 30. Juni 1896, so daß sich also die Kosten im ganzen auf

81 Millionen beliefen. Am 29. November regte der Bonapartist Cuneo d'Ornano in der Kammer eine Revision der Verfassung an, man ging aber darüber hinweg, weil es zunächst Absicht der Regierung sei, Reformen einzuführen. Nachdem die Deputiertenkammer sodann die vom Senate beschlossenen Änderungen des Budgets genehmigt hatte, wurde die ordentliche Session am 28. Dezember geschlossen.

Die Totenliste Frankreichs eröffnete am 28. Januar der 86jährige Marschall Canrobert, von dem schon (S. 273) die Rede war. Am 20. Februar starb in Paris der seit 1840 bekannte Publizist Vacquerie, der Begründer des „Kappel“. Der 69jährige Herzog von Noailles starb am 7. März, der sog. Arbeiterminister Albert, Mitglied der provisorischen Regierung von 1848, starb, 80 Jahre alt, am 28. Mai in Paris. Sein eigentlicher Name war Martin. Am 24. November starb, 90 Jahre alt, der seit 1830 als Journalist und Gelehrter viel genannte Barthélemy-Saint-Hilaire, der 1848 Führer der gemäßigten Republikaner in der Nationalversammlung war, dann seine Professur aufgab, um nicht Napoleon den Eid leisten zu müssen, und 1871 Kabinettschef seines Freundes Thiers wurde, mit dem er 1873 zurücktrat. Im Kabinet Ferry übernahm er 1880 das Auswärtige. Der Tod zweier zwar nicht politischen, aber in anderen Beziehungen bekannten Persönlichkeiten dürfte zu erwähnen sein: Professor Pasteur starb am 28. September in Versailles und der Schriftsteller Alex. Dumas der Jüngere am 28. November in Paris. Den Beschluß der französischen Toten machte der Senatspräsident Challemeil-Lacour, der am 7. Dezember infolge eines Schlaganfalls starb. Er war früher Professor der Philosophie in Limoges, wurde von Napoleon verbannt, lehrte dann am Polytechnikum in Zürich französische Litteratur, übernahm 1868 ein von ihm, Briffon und Gambetta gegründetes Blatt, trat 1876 in den Senat, wurde 1879 Gesandter in Bern, 1880 Botschafter in London, 1882 bis 1883 Minister des Außern. Mit ihm ging einer der besten Männer der dritten Republik dahin.

Großbritannien und Irland.

Im Anfange des Jahres zeigte sich immer deutlicher, daß die seit August 1892 am Ruder befindliche liberale Regierung an Sympathie und Ansehen verloren hatte, namentlich seit im März 1894 auf Lord Rosebery an Stelle Gladstones die Führung übergegangen war. Zwar bemühte sich Lord Rosebery am 18. Januar in einer Rede zu Cardiff Stimmung zu machen, u. a. durch Ankündigung eines unvermeidlichen Feldzuges gegen das „widerharige“ Oberhaus, auch suchte der Schatzkanzler Sir Harcourt in Reden zu Derby seiner Partei Mut zu machen; aber der konservative Sieg im Wahlkreise Evesham in Süd-Worcestershire in Verbindung mit zwei anderen empfindlichen Niederlagen der Liberalen bewiesen, wie wenig angebracht Harcourts stolze Sprache gegenüber der unionistischen Opposition war. Erstere Wahl wurde allseitig als die entscheidende Probe für die ferneren Aussichten des an Volkstümmlichkeit sichtlich immer mehr einbüßenden Rosebery'schen Regimes angesehen.

In dieser Lage wurde am 5. Februar die vierte Tagung des 13. Parlaments unter der Regierung der Königin Viktoria mittelst einer Thronrede eröffnet, in der eine Reihe innerer und äußerer Fragen kurz erwähnt war, ohne daß man daraus jedoch näheres über den Stand derselben hätte entnehmen können. In wenig gehobener Stimmung ging das Parlament an die Arbeit, das in diesem Jahre das 600. Jahr seines Bestehens feiern konnte. Das im August 1892 gewählte Unterhaus zählte, nach den Veränderungen der Zwischenzeit, jetzt 271 Konservative und 47 liberale Unionisten, also 318 Oppositionsmitglieder, ferner 270 Liberale, 72 irische Nationalisten und 9 Parnelliten, so daß die Regierungsmehrheit noch 33 betrug. Neuerdings hatten jedoch die 9 irischen Radikalen dem Ministerium die Gefolgschaft gekündigt, und unter den übrigen befanden sich einige unsichere Rantonisten, wie Keir-Hardie, der Begründer der unabhängigen Arbeiterpartei, der denn auch bald darauf in einer Rede von den feigen und stupiden Führern der Whigs sprach. Daher hatte Sir Harcourt in seiner obenerwähnten Ermunterungsrede ganz offen bekannt, wenn die liberale Partei so einig wäre, wie das Ministerium, so wäre alles aufs beste bestellt.

Die vom 6. bis 18. Februar dauernden Verhandlungen beider

Häuser über die auf die Thronrede zu erteilenden Antworten kennzeichneten sich durch heftige Angriffe auf das schon im Wanken begriffene Ministerium. Einige Anträge, wie der auf Ausspruch des Bedauerns, daß in der Thronrede der Notstand Irlands unerwähnt sei, wurden freilich abgelehnt, und der Schatzkanzler Sir Harcourt wollte dies als Beweis für eine neue Stärkung des Ministeriums hinstellen, das keinen Grund sehe, eher zurückzutreten, als bis es vom Unterhause verurteilt sei; aber Balfour wies darauf hin, daß eine Regierung, die nur eine Mehrheit von 12 Stimmen besitze und in der hauptsächlichsten der von ihr selbst aufgeworfenen Fragen tief gespalten sei, kein Recht habe, dem Unterhause die Gesetze vorzuschreiben; dazu spielte Lord Rosebery eine klägliche Rolle gegenüber der souveränen Verachtung, mit der Freund und Feind ihn behandelten, ohne daß sein Minister des Innern, Asquith, ein gutes Wort für ihn hatte. Chamberlain durfte sich hämische Auslassungen gestatten, ohne Widerspruch von der Ministerbank zu erfahren. Er behandelte die Frage, ob sich nicht ein besserer Premier als Rosebery hätte finden lassen und riet dem Schatzkanzler, nur noch kurze Zeit mit demselben Geduld zu haben. Daran schloß sich eine längere, nur der Verspottung Rosebery's gewidmete, das Haus sehr heiter stimmende Rede, in der namentlich eine Reihe greller Widersprüche in den Parlaments- und sonstigen Reden desselben scharf beleuchtet war.

Nach der Adressberatung zog zunächst die Behandlung der Währungsfrage die Aufmerksamkeit auf sich. Das Unterhaus beschloß nämlich am 26. Februar auf Antrag Everett's, es betrachte mit steigender Besorgnis die wachsenden Abweichungen im relativen Werte von Gold und Silber, stimme mit der zum Ausdruck gekommenen Ansicht der französischen (S. 275) und der deutschen Regierung (S. 121) hinsichtlich der daraus entstehenden Übel überein und halte eine internationale Konferenz hierüber wünschenswert. In der Beratung hierüber hatte der Schatzkanzler Sir Harcourt sich mit größter Entschiedenheit gegen jede Änderung der dermaligen englischen Währung ausgesprochen. Kein Land, sagte er, sei so sehr daran interessiert, sein Geldumlaufsystem auf einer gesunden Grundlage zu erhalten wie England, und er sei dagegen, daß die Währung Englands der Gnade irgend einer auswärtigen Macht preisgegeben oder unter die Kontrolle eines Komitees fremder Staaten gestellt werde. Die

schon längere Zeit eine Rolle spielende Frage der Entstaatlung der Kirche von Wales gelangte nun zur gesetzlichen Erledigung. Mehrere wichtige Gesetze wurden angeregt ohne weiter verfolgt zu werden. So legte der Minister Asquith am 1. März eine Novelle zum Fabrikgesetze vor, wodurch billige Bedingungen der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter geschaffen werden sollten. Ferner beantragte der Cheffekretär für Irland, Morley, eine Änderung der irischen Landakte, denn von den 1816 bis 1842 genehmigten Akten wären 32 zu Gunsten der Eigentümer, keine jedoch, die für die Pächter sorge; die ersten Schritte hierzu seien 1870 und 1881 geschehen, und dem jetzigen Vorschlage liege eine tiefgehende Sozialpolitik zu Grunde. Der Marine=Etat enthielt die Forderung von 18701000 Pfd. St., 1334000 mehr als im laufenden Jahre. Davon sollten 4 Kreuzer erster, 4 zweiter, 2 dritter und 20 der kleinsten Klasse, letztere als Torpedovernichter gebaut, auch Hafendämme in Portland, Gibraltar, Dover und Hongkong gebaut werden. An die seit 1884 von Sir Peel, dem Sohne des früheren Premierministers bekleidete, mit einem Gehalt von 5000 Pfd. St. ausgestattete Stelle eines Sprechers wählte das Unterhaus am 8. April das Mitglied für Carlisle, Gully. Die schon in den letzten Sessionen angeregten peinlichen Verhandlungen über die Apanage des Herzogs von Edinburgh wiederholten sich. Gegen Morton's Antrag auf Einstellung dieser Zahlung wandte sich Sir Harcourt am 3. Mai mit großer Entschiedenheit: der Herzog habe als Souverän von Koburg=Gotha nicht aufgehört, englischer Prinz zu sein, die Einziehung der Zahlung wäre daher eine unschickliche Handlung, und es könne die Maßregel überhaupt nur auf Antrag der Krone geschehen. Die Beratung eines kleinen Nachtragskredits zur Unterdrückung der Sklaverei führte am 8. März im Unterhause zu lebhaften Erörterungen über die Fortdauer der Sklaverei in Sansibar und Pemba; der beantragte Protest wurde trotz aller hochtönenden Redensarten abgelehnt, nachdem regierungsseitig aus den eingegangenen Berichten nachgewiesen war, daß die Aufhebung der Sklaverei in Sansibar eine Verminderung der Steuereingänge zur Folge haben und das Parlament für den Ersatz eintreten müsse. Das Unterhaus genehmigte am 29. Mai eine Bill wegen Einführung der Grafschaftsräte in Irland. Interessant war die Eröffnung des Schatzkanzlers Sir Harcourt

im Unterhause, daß die Erwerbung der Insel Cypren durch den Vertrag vom 4. Juni 1878 ein Fehler gewesen sei, indem sie den britischen Steuerzahlern eine halbe Million Pfd. St. gekostet und sich für militärische Bauten oder Zwecke der Marine, sogar für eine bloße Kohlenstation unbrauchbar erwiesen habe, auch die Hoffnungen auf Entwicklung von Ackerbau und Gewerbefleiß völlig getäuscht seien. Als daraufhin Labouchere einen Protest gegen diesen „durch höchst niederträchtige, schmutzige Gaunerei“ erlangten Besitz beantragte, verwahrte sich Sir Harcourt gegen die Rückgabe der Insel an die Türkei und gegen die Aufnahme einer Anleihe behufs Ablösung des vertragsmäßig an die Türkei zu entrichtenden jährlichen Tributs von 90000 Pfd. St.

Bei der Beratung des Unterhauses über die Kolonien lenkte James am 21. Februar die Aufmerksamkeit auf die stattgehabte Einführung von Eingangszöllen auf Baumwollenwaren in Ostindien. Da hierdurch Lancashire in Nachteil gerate, der Staatssekretär für Indien, Fowler, verteidigte dagegen die Maßregel mit Indiens vorjährigem Defizit. Im Oberhause teilte der Minister des Außern, Lord Kimberley, mit, daß die Schutzherrschaft über Uganda hinaus nicht ausgedehnt worden sei und daß der Bau einer Eisenbahn von dort nach der Küste nur dann erfolgen werde, wenn dadurch England voraussichtlich von einer Geldlast befreit werden würde. Lord Salisbury bedauerte diesen Aufschub, weil es Pflicht der Regierung sei, die Pfade für britische Unternehmungen in neuen Ländern zu ebnen in einer Zeit, da die schutzöllnerischen Bestrebungen in Frankreich, Deutschland und Nordamerika die Abzugskanäle für den britischen Handel verschlossen. Der Bau von Eisenbahnen in den westafrikanischen Kolonien soll dagegen, wie die Regierung am 19. Februar im Unterhause mitteilte, sorgfältig erwogen werden.

Eine längere Reihe von Mitteilungen über auswärtige Fragen wurde während der ganzen Tagung von Grey, dem Parlaments-Unterstaatssekretär des Außern, im Unterhause gemacht. Am 15. Februar erklärte er, zum Übergange des Kongostaats an Belgien sei eine Zustimmung der Großmächte nicht erforderlich, das Vorkaufsrecht Frankreichs sei jedoch von England nicht anerkannt. Bezüglich Samoa's teilte Grey mit, die nordamerikanische Regierung beanspruche das alleinige Recht der Besetzung eines bestimmten dortigen

Hafens; das Land befinde sich wieder in unruhigem Zustande und England habe nicht die Absicht, von der Berliner Samoa-Akte zurückzutreten. Bezüglich der Streitigkeiten Frankreichs mit Madagaskar bewahre England die Neutralität, von einer bezüglichen Proklamation solle jedoch abgesehen werden. Über einen Streit mit Venezuela erfuhr man, daß britische Offiziere dort verhaftet seien und von der darüber eingeleiteten Untersuchung weitere Schritte abhängig gemacht werden sollten; die Frage wegen Einführung von Reformen in Armenien solle mit den Großmächten beraten werden; bezüglich der französischen Unternehmungen nach dem Nigergebiete habe die Regierung um Aufklärung gebeten und sie hoffe, daß ihre schon zweijährigen Bemühungen um eine Einigung über die beiderseitigen dortigen Interessen von Erfolg sein würden. Weiterhin wurde am 1. April amtlich eröffnet, der Vertrag mit Rußland wegen des Pamirgebietes sei abgeschlossen. Die Fragen wegen Zugehörigkeit des Niltals zwischen den Seen und der Südgrenze Egyptens seien Gegenstand der Verhandlungen mit Frankreich. Am 11. Juni stellte Bowles im Unterhause die interessante Frage, ob die Regierung Kenntniß von Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland bezüglich Bildung eines engeren Bündnisses aus Anlaß der chinesischen 16-Millionen-Anleihe habe. Hierauf konnte Grey keine Auskunft erteilen.

Nunmehr hielten die Konservativen es an der Zeit, dem längst wankenden Ministerium Rosebery den letzten Stoß zu versetzen. Hierzu wählten sie die Beratung des Unterhauses über den Militär-etat. Der Kriegsminister Campbell-Bannermann, der bisher von allen Ministern die freundlichste Behandlung seitens der Opposition erfahren hatte, begegnete plötzlich am 21. Juni einer ungewöhnlich scharfen Kritik seiner Verwaltung. Den Ausgangspunkt bildete seine Erklärung, daß der Herzog von Cambridge am 1. Oktober den Oberbefehl über das Heer niederlegen würde, und damit verband der Minister Worte der Anerkennung für den Herzog, jedoch wohl mehr aus Höflichkeit, da es so ziemlich feststand, daß die immer dringender gewordene umfassende Armee-reform zunächst an der Spitze beginnen müsse. Darauf deutete auch der Minister selbst hin, als er hinzufügte, es liege zwar nicht in der Absicht, das Amt eines Höchstkommmandierenden zu beseitigen, wohl aber würden dessen Funktionen

eine erhebliche Änderung erfahren müssen im Interesse einer unabweisbaren Verbesserung der Wehrkraft des Landes; der Höchstkommmandierende solle künftig in Gemeinschaft mit dem General-Adjutanten, dem Chef der Artillerie und dem Inspekteur der Befestigungswerke eine beratende Behörde zur Stütze des Kriegsministers bilden. Es lag auf der Hand, daß dieser Plan als Fortschritt zu jener Reform überall werde begrüßt werden; die Konservativen hüteten sich daher wohl, ihn zum Gegenstand der Angriffe zu machen; statt dessen rückten Brodrick und Chamberlain als Vertreter der konservativen und der unionistischen Partei mit allerhand mehr persönlichen Angriffen vor. Sie behaupteten, die Munitionsvorräte wiesen erhebliche Lücken auf, die Stärkeverhältnisse des Heeres seien in bedrohlicher Weise zurückgegangen, die Verwaltung sei lässig und gefährde dadurch die Sicherheit des Reichs. Der Kriegsminister stellte diese Behauptungen in Abrede; es könnten drei Armeekorps in der Stärke von zusammen 100 000 Mann ins Feld gestellt werden, für den Fall eines feindlichen Einbruchs in das Land wäre eine weitere Streitmacht von derselben Stärke vorhanden und außerdem ständen 171 000 Mann für Garnisonszwecke zur Verfügung. Für sie alle seien genügende Munitionsvorräte vorhanden. Gleichwohl wurde der den deutlichsten Ausdruck eines Mißtrauens bildende Antrag, den Gehalt des Kriegsministers um 100 Pf. St. herabzusetzen, gestellt und, nicht ohne einige Überraschung des Hauses selbst, mit 132 gegen 125 Stimmen angenommen.

Infolge dieser Niederlage bat das Ministerium des Lords Rosebery am 24. Juni um Entlassung, worauf die Königin wiederum den Lord Salisbury mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute. Bevor dieses offiziell gebildet war, gab Salisbury am 27. Juni im Oberhause die Erklärung ab, er werde sich über die Politik des neuen Ministeriums dem Parlamente gegenüber vorerst noch nicht aussprechen; es komme der Regierung jetzt nur auf die baldige Auflösung des Parlaments und darauf an, die Willensmeinung des Landes zu vernehmen. Lord Rosebery zeigte sich überrascht, daß das neue Ministerium nur ein leeres Blatt als seine Politik bezeichne.

Das am 28. Juni ernannte Ministerium wurde also zusammengesetzt: Premierminister und Auswärtiges: Lord Salisbury; Prä-

sident des Geheimen Rats: Herzog von Devonshire; erster Lord des Schatzes und Führer des Unterhauses: Balfour; Kanzler der Schatzkammer: Sir Hicks-Beach; Sekretär für die Kolonien Chamberlain; erster Lord der Admiralität: Goschen; Lordkanzler: Lord Halsbury; Lord-Siegelbewahrer: Viscount Croft; Kanzler des Herzogtums Lancaster: Sir James; Minister des Innern: Sir Ridley; Kriegsminister: Marquis von Lansdowne; Staatssekretär für Indien: Lord Hamilton; Präsident des Lokal-Verwaltungsamts: Chaplin; Präsident des Handelsamts: Ritchie; Lord-Statthalter von Irland: Lord Cadogan; Lord-Kanzler von Irland: Lord Ashbourne; Sekretär für Schottland: Lord Balfour of Burleigh. Davan schloß sich bald hernach die Ernennung Webster's zum Attorney-General sowie eine Reihe von Änderungen im königlichen Hofstaat. Die Mitglieder des vorigen Ministerium erhielten Auszeichnungen, Lord Rosebery den schottischen Andreasorden. Der neue Minister James wurde zum Peer ernannt.

Der neue Premier nahm am 6. Juli im Oberhause bei Beratung einer Enteignungsbill Anlaß, einem kurz vorher in einer Versammlung gethanen Ausspruche seines Vorgängers, des Lords Rosebery, entgegen zu treten, der gesagt hatte, er appelliere an das Land, um das gesetzgeberische Übergewicht des Oberhauses zu beseitigen. Die Grundlosigkeit der Ansicht vom Überwiegen der Lords suchte Salisbury an der Verfassung und an den thatsächlichen Vorgängen nachzuweisen; die Frage, über die das Land jetzt zu entscheiden habe, sei vielmehr die, ob das Oberhaus recht gethan habe, die Homerule-Bill zu Fall zu bringen.

Diese Frage wurde, nachdem die Session des Parlaments am 24. Juli geschlossen war, durch die vom 1. bis 29. Juli stattgehabten Neuwahlen zum Unterhause entschieden bejaht, denn es ergab sich für die Regierung eine Mehrheit von 153 Stimmen. In der Thronrede zur Eröffnung des neuen Parlaments am 14. August wurde nur der Stand einiger auswärtigen Fragen kurz berührt und die Erledigung innerer Angelegenheiten bis zum Februar 1896 verschoben. Nähere Angaben über auswärtige Fragen wurden am 15. August von Lord Salisbury im Oberhause und von Balfour im Unterhause gemacht. Sie gingen hinsichtlich Tschitral's dahin, daß die Besetzung dieses Landes nicht wieder aufgegeben werden solle, weil

dies vom Standpunkt der moralischen Strategie höchst unflug sein würde; was die armenische Frage betreffe, so liege die Gefahr einer Wiederholung der vorgefallenen Schandthaten nicht vor, die Regierung habe bestimmte Zusagen wegen Durchführung von Reformen erhalten und gehe gemeinsam mit Frankreich und Rußland vor; wie lange der jetzige Zustand in der Türkei noch aufrecht erhalten bleiben könne, scheine zweifelhafter als vor 20 Jahren, denn angesichts fort-dauernder Nothschreie aus verschiedenen Theilen dieses Reichs könne der Sultan sich der Wahrscheinlichkeit nicht verschließen, daß Europa müde werde, sich zur Hülfe anrufen zu lassen und daß die nur scheinbar bestehende Kraft der Regierung des Sultans aufhören müsse. Weiter wurde dem Parlamente am 19. August mitgeteilt, daß der Herzog von Cambridge am 1. November die Stellung als Oberbefehlshaber des Heeres an Lord Wolseley abgeben werde.

Was die britischen Kolonien betrifft, so wurde Ostindien in einen nicht unbedeutenden Krieg verwickelt. Nordwestlich vom oberen Laufe des Indus, eingekesselt zwischen Hindukusch und Himalaya, liegt nördlich von Kaschistan der zum indisch-afghanischen Zwischengebiet gehörende kleine Gebirgsstaat Tschitral. Die Bedeutung dieses Staats und anderer kleiner Staaten dieser hohen Gebirgsgegenden haben die Engländer sich längst klar gemacht. Zwar hatten diese Staaten noch in keiner Weise den Gegenstand von Eifersucht zwischen England und Rußland gebildet, es liegt aber auf der Hand, daß sie Buffer bilden, mit dem Fortschreiten der ganzen mittel- und ostasiatischen Frage an Bedeutung gewinnen müssen, und daß es England jetzt mehr als je darauf ankommen muß, sie nebst den Pässen des Hindukusch noch rechtzeitig unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, damit nicht Rußland dort einen Keil zwischen Indien und Afghanistan eintreibe, das erst im vorigen Jahre, und gerade mit Rücksicht auf diese kritischen Gebiete, durch ein Abkommen als Verbündeter gewonnen war. Bisher befand sich in Tschitral ein britischer Agent mit militärischer Begleitung; jetzt aber trat ein Umstand ein, der den Wunsch hervorbrachte, diese Staaten ganz unter britische Botmäßigkeit zu bringen. In Tschitral, wo, altem Gebrauche gemäß, die Thronfolge meistens durch Verwandtenmord geregelt zu werden pflegt, wurde im Januar der Mehtar oder Fürst namens Nizam-ul-Mulk, ein gebildeter Mann und Freund der Engländer, die ihn 1892 als den

rechtmäßigen Thronerben beschützt und eingesetzt hatten, von seinem jüngeren Bruder Amin-ul-Mulk ermordet. Mit dem Mörder stritt nun aber Umrah Khan von Dschandaul, ein Abenteurer, um die Herrschaft über Tschitral, das er schon bei den Wirrnissen von 1892 hatte erwerben und von der Lehnherrschaft des Emirs von Afghanistan hatte lösen wollen. Und ihm schloß sich Schir Afful, auf deutsch „Löwe der Auszeichnung“, der letzte Verwandte des neuen Usurpators, an, wiewohl er bis dahin, jedoch vergeblich, den Emir von Afghanistan für seine Sache hatte gewinnen wollen. Schir Afful wurde in Tschitral als rechtmäßiger Herrscher anerkannt und widerstandslos in das bisher von einem englischen Kommissar besetzte gleichnamige Fort eingelassen, während die englische Garnison sich nach Mastudsch zurückzog, der britische Agent Robertson aber in Tschitral eingeschlossen blieb. Die britisch-indische Regierung richtete nun an Umrah Khan die Aufforderung, bis zum 1. April sich zu unterwerfen, widrigenfalls das in der indischen Landschaft Peshawur in Bildung begriffene Heer von 14000 Mann unter General Sir Low gegen ihn ins Feld rücken werde. Umrah Khan zeigte sich darauf entschlossen, Widerstand zu leisten, und so war der Feldzug unvermeidlich geworden, zu dem sich die indische Regierung schwer entschloß, weil er voraussichtlich selbst für die an den Gebirgskrieg gewöhnten indischen Grenztruppen eine harte Nuß werden mußte. Dies zeigte sich auch gleich zu Anfang, denn eine kleine britische Truppe wurde zum Rückzug genötigt, und die am 3. April gelungene Erstürmung des den Weg in das Thal des Swatflusses eröffnenden Malakandpasses war mit großen Schwierigkeiten und Verlusten verbunden. Der Vormarsch wurde durch Regen noch besonders erschwert und die Lasttiere wurden vom Sturm niedergeworfen; die schottischen Truppen nahmen schließlich die steinernen Brustwehren des Feindes mit dem Bajonnet. Beim Einmarsch in das Swatthal gab es neue Kämpfe, aber die Feinde flohen zuletzt, sobald die bengalischen Mannen zum Angriff vorgingen. Nicht geringere Schwierigkeiten hatte eine andere britische Abteilung, die von Gilgit ausging und den 12000 Fuß hohen Shandarpaß zu übersteigen hatte; da wegen ununterbrochenen Schneefalls Lasttiere nicht mitgenommen werden konnten, trugen die Truppen selbst die Bergkanonen 7 Meilen weit durch den Schnee. Diese Truppe gelangte glücklich nach Mastudsch und entsetzte die

dortige britische Garnison. Die Haupttruppe begann am 12. April den sehr breiten und reißenden Pandschkorafluß auf einer Floßbrücke zu überschreiten, die jedoch, nachdem das Guidenkorps hinübergewandert war, von den Eingeborenen durch Massen den Fluß hinabtreibender Klöße und Baumstämme zerstört wurde. Infolge dessen erlitten die abgechnittenen Guiden eine Schlappe, sodaß eine zeitlang alle drei Operationskorps in der Klemme saßen.

In der westafrikanischen Kolonie entstand im Februar ein Aufstand der Braß-Neger des Nigerdeltas, wobei eine erhebliche Zahl von Europäern auf grausame Weise ums Leben kamen. Die Spannung zwischen den Beamten der britischen Nigergesellschaft und den französischen Beamten der Nachbarkolonie erreichte einen bedenklichen Grad. Aus November v. Js. ist die erst später bekannt gewordene Thatsache nachzuholen, daß Kapitän Lugard zu Nikki im Borgulande einen Vertrag abschloß, wonach dieses unter britischen Schutz gestellt und die Rechte der Nigergesellschaft hierauf ausgedehnt werden sollten. Borgu ist eine ausgedehnte, vom 10. Grad nördl. Breite durchkreuzte Landschaft im westlichen Sudan. Nach einer anderen Richtung entstand Besorgnis vor einer weiteren Ausdehnung des Hinterlandes von Deutsch-Togoland. Hier einen Damm entgegenzusetzen, ließ der neue Gouverneur der Goldküste, Maxwell, sich sehr eifrig angelegen sein. Es war hierbei auf die Unterwerfung des Aschanti-Reiches, des eigentlichen Goldlandes von Guinea abgesehen, das, nachdem es schon früher zwei große Landschaften an England verloren hatte, immer noch eine Größe von 27500 □km besaß. Der König dieses noch im Jahre 1888 englischerseits ausdrücklich als unabhängig anerkannten Reiches schickte Gesandte nach London, um Unheil abzuwenden, sie wurde jedoch nicht angenommen. Im Anfang des Oktober langte eine zweite Gesandtschaft an, die jedoch ebenfalls unverrichteter Sache wieder abziehen mußte. Statt dessen wurde dem Könige ein Ultimatum zur Erfüllung bestimmter Forderungen gestellt. Der ehrliche Mann zog aber vor, mit Ehren unterzugehen; er lehnte am 31. Oktober mit dem Bemerken ab, es sei un wahr, daß in seinem Reiche Menschenopfer noch vorkämen; wenn es aber geschehe, so sei dies seine Sache; Spione dulde er in seinem Reiche und an seinem Hofe nicht, ein britischer Resident werde in Kumassi nicht zugelassen werden. Nachdem eine nochmalige

Gesandtschaft der Aschantis im Dezember ohne Erfolg aus London heimgekehrt war, bereitete sich König Prempreh zum Kriege vor. Dagegen erbot sich der König des Koranzalandes, falls England ihm Waffen und Schießbedarf liefere, die Aschantis von Norden her anzugreifen.

In Britisch=Ostafrika herrschte vom Juli bis zum Oktober eine starke Gärung gegen die britische Herrschaft. In mehreren Kriegszügen gegen die Suaheli=Araber konnte man mit dem Aufstande nicht fertig werden.

Was Südafrika betrifft, so hielt der Premierminister des Kaplandes, Cecil Rhodes, am 18. Januar in der Generalversammlung der britisch=südafrikanischen Gesellschaft eine Rede, in der er feststellte, daß nach Besiegung der Matabele Friede im ganzen Gebiete der Gesellschaft herrsche, die nunmehr die Bestätigung der Regierung für alle Annexionen nördlich vom Zambesi erhalten habe. Eine Ausnahme bilde nur die Schutzherrschaft über Nyassaland. Die Entwicklung des Matabelelandes habe der Gesellschaft viele Kosten verursacht, aber die Einnahmen aus demselben betrügen schon jährlich 50000 Pf. St. Alle Orte dieses Landes seien bereits telegraphisch und die bedeutendsten Niederlassungen durch Eisenbahnen verbunden. Nach der diesem Lande zu gebenden Verfassung sollten nur britische Waaren eingeführt werden. Vielversprechend seien die dort entdeckten Goldadern. Am 29. April wurde der unter dem Namen Amatongoland bekannte Küstenstrich zwischen Zululand im Süden, der Delagoabai im Norden und Swaziland im Westen dem britischen Reiche einverleibt, worüber große Erbitterung in der südafrikanischen Republik entstand. Die Sklavenhändler im Nyassaland wurden im Mai von den britischen Truppen geschlagen. Großes Aufsehen erregte eine Rede, die Rhodes am 19. Juni im Parlamente des Kaplandes bei der Forderung von 2200 Pf. St. für die Walfischbai hielt. Er sagte, er hege für die deutsche Kolonie in Südwestafrika keine sonderlich freundschaftlichen Gefühle; der einzige mögliche Hafen dieses Landes gehöre der Kapkolonie und werde ihr verbleiben, also gehöre alles Besitzenswerte den Engländern, und eines Tages werde es den Deutschen dämmern, wie zwecklos es sei, das trockene Land länger zu halten; dann werde wohl irgend ein deutscher Minister sich erheben und sagen: wir wollen dem Ding ein Ende machen, es

ist eine haltlose Lage, in der sich keine Macht behaupten kann. Aus diesen rücksichtslosen Aussprüchen sah man, wie störend es für diesen sog. ungekrönten König von Südafrika ist, daß er in Deutschland zum erstenmale einer Macht gegenübersteht, mit der er rechnen muß und die sich nicht alles gefallen läßt, wie die Eingeborenen und kleinere Kolonialstaaten. Um so rücksichtsloser wurde im Innern Südafrikas geschaltet. Der König der Bama ngwato, Rhama, traf im Anfange des September in London ein, um die drohende Einverleibung seines der Größe Bayerns gleichkommenden Reiches in die britischen Besitzungen zu hintertreiben. Er ist den Engländern stets freundlich entgegengekommen, andererseits war aber die Entdeckung von Goldadern in seinem Reiche entscheidend. Das Stärkste, was im Interesse von Rhodes' Afrikapolitik unternommen wurde, war gegen Jahreschluß der Einfall von Truppen der britisch-südafrikanischen Gesellschaft in das Gebiet des Transvaalstaats, wovon noch unten die Rede ist.

In diesem Jahre machten ferner die Verhältnisse der der Mündung des Lorenzstroms vorliegenden großen Insel Neufundland von sich reden, die, seit ihrer Besiedelung im Jahre 1624 lange Zeit Zankapfel zwischen England und Frankreich, im Utrechter Frieden von 1713 endgültig englische Kolonie wurde. Neuerdings ist das Land durch besondere Unglücksfälle und durch die leichtsinnige Wirtschaft von Ministern in ein erhebliches Defizit geraten. Das hieraus entstandene Zerwürfniß mit England führte zur Wiederaufnahme schon früher angeknüpfter Unterhandlungen wegen Anschlusses an Kanada. Allein die Kanadier, die selbst nicht auf Rosen gebettet sind, weigerten sich, ohne Bedingungen hierauf einzugehen. Gegen Ende Mai zerschlugen sich die Verhandlungen, weil Kanada nicht den ganzen Betrag der neufundländischen Schuld, nämlich 75 Dollar auf den Kopf der 200000 Seelen zählenden Bevölkerung, übernehmen wollte, und weil die britische Regierung eine finanzielle Hülfsleistung zum Ausbau der neufundländischen Eisenbahn ablehnte.

In den australischen Kolonien rückte der Plan der Gründung eines Bundes derselben etwas weiter, indem die verschiedenen Premierminister Ende Januar in einer Zusammenkunft zu Hobart in Tasmanien sich über ein bestimmtes Programm einigten. Diese „Australische Bundes-Befähigungs-Akte“, der auch Neu-Seeland, wenn es wünscht,

soll zutreten dürfen, bestimmt, daß die Versammlung zur Entwerfung der Bundesverfassung aus zehn Vertretern jeder Kolonie bestehen und von allen erwählt werden soll, die das Recht zur Wahl von Legislaturmitgliedern haben; der Verfassungsentwurf soll alsdann den Wählern zur Abstimmung vorgelegt werden. Zu den Wählern gehören seit einigen Jahren in Süd-Australien auch die Frauen. Nun zeigte sich in diesem Jahre, daß die hier wohnenden deutschen Frauen nichts davon wissen wollten. Fünf deutsche Pastoren forderten sodann durch Rundschreiben die deutschen Frauen auf, bei der nächsten Wahl vom Stimmrecht Gebrauch zu machen, damit eine Versammlung gewählt werde, die das thörichte und aufgezwungene Frauenstimmrecht wieder beseitige.

Die auswärtigen Beziehungen Großbritanniens, soweit sie nicht bereits im Parlamente verhandelt wurden, boten einige bemerkenswerte Momente. Zunächst erregte es im Juli großes Aufsehen, daß der londoner „Standard“ anlässlich des Besuchs, den der deutsche Kaiser seiner Großmutter auf der Insel Wight abstattete, wiederholt höchst befremdliche Artikel halbamtlichen Anstrichs brachte: Es hieß da, der junge Kaiser könne am Hof der Königin Viktoria eine Lektion in politischer Weisheit nehmen; freilich würde er sie an Scharfsinn nicht übertreffen können, es würde aber genügen, wenn er sich seiner mütterlichen Abstammung würdig zeige. Schließlich kam alles auf den Unwillen hinaus, daß Deutschland in letzter Zeit allzukühne Afrikapläne Englands zerstört hatte; zwar hieß es weiter, englische Minister müßten stets wünschen, die besten Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten, aus dem übrigen ging aber hervor, daß damit gemeint war, Deutschland solle sich den englischen Wünschen schön fügen. Die kaiserliche Politik habe leider die Tendenz, diplomatische Experimente zu machen; Englands Entgegenkommen sei für Deutschland wertvoller als alle anderen diplomatischen Beziehungen. Als die deutsche Presse hierauf diese Annahmen derb zurückwies, wurde der „Standard“ noch unangenehmer und sprach sein Befremden darüber aus, daß deutscherseits der Kongovertrag gehindert werde und den englischen Afrikaplänen Hindernisse in den Weg gelegt würden. In das diplomatische Gebiet spielte diese Sache nicht hinüber.

Über Großbritanniens Stellung zur türkisch-armenischen und zur Frage Ostasiens wie auch über den Streit mit Venezuela

wird an anderer Stelle die Rede sein. Was man der Türkei gegenüber wagen zu dürfen glaubte, zeigt die Anfang Oktober durch englische Kriegsschiffe vorgenommene Beschiesung und Zerstörung der Stadt Zabara am persischen Golf. Die dortigen Behörden hatten sich nämlich geweigert, ein türkisches Boot auszuliefern, welches ein zur englischen Insel Bahrein gehörendes, die Perlenfischerei ausübendes Boot genommen und nach dem Festlande geschleppt hatte. Eine ebenso kleine Insel, Trinidad oder Ascensao, unter'm 20. Grad südlicher Breite und etwa 130 Seemeilen westlich von der Küste Brasiliens im atlantischen Ozean liegend, wurde gegen Ende Juli englischerseits ohne weiteres in Besitz genommen. Sie ist zwar unbewohnt, die brasilianische Regierung bestritt jedoch das Recht Englands, das die Insel zwar schon im Jahre 1700 besetzt, 1782 jedoch an Portugal, Brasiliens Rechtsvorgänger, wieder abgetreten hatte. Da es sich nur um die Legung eines Telegraphenkabels handelte, so erklärte man sich in London zu einer freundschaftlichen Lösung der Frage bereit. Man sieht aber: überall zunächst englische Eigenmacht und Rücksichtslosigkeit.

Die königliche Familie wurde am 14. Dezember erfreut durch die Geburt eines Sohnes des Herzogs von York, sodaß also ebenso, wie einst in Preußen, neben der Inhaberin des Thrones, gleichzeitig drei in direkter Linie von ihr abstammende Anwärter auf denselben vorhanden sind.

Von bekannteren politischen Persönlichkeiten starben in diesem Jahre: am 24. Januar der vielgenannte Torypolitiker Lord Randolph Churchill, Sohn des 7. Herzogs von Marlborough, der unter Salisbury bis 1886 Minister für Indien und für den Staatsschatz gewesen war. Der Tod erfolgte sogleich nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Südafrika. Am 26. Februar starb der 80jährige Lord Aberdare, der unter Gladstone Minister des Innern gewesen war. Am 4. März starb Admiral Hornby, während des russisch-türkischen Kriegs Befehlshaber des Mittelmeergegeschwaders, am 23. März Admiral Paget; es folgte am 6. Mai der Staatsmann Lord Selborne, der einst unter dem Namen Sir Roundell Palmer eine hervorragende Rolle als Mitglied der liberal=unionistischen Partei gespielt hatte. Der Earl of Pembroke, früher Unterstaatssekretär des Kriegs, starb am 7. Mai in Rauheim, der Herzog von Hamilton am 17. Mai, am

1. Juni der katholische Erzbischof von Mauritius, Dr. Menrei, am
5. Juni der Sultan Abu Baker von Johore, am 21. November der
Geheimsekretär der Königin, General Sir Ponsonby.

I t a l i e n .

Im Anfange des Jahres standen Vorgänge in der erythräischen Kolonie am roten Meere im Vordergrund der Ereignisse. Der dortige Statthalter General Baratieri hatte zwar im vorigen Jahre ein Heer der Derwische aus dem ägyptischen Sudan in der Schlacht bei Kassala besiegt und dann durch Besiznahme der Stadt Abua feindliche Absichten des Kaisers Menelik von Abessinien sowie des Häuptlings Ras Mangascha von Tigre vereitelt; bald darauf aber fand er, daß diesen beiden durchaus nicht zu trauen sei, daß namentlich der Häuptling von Tigre schlimme Ränke spinne und daß dadurch eine Reihe anderer Häuptlinge sich ebenfalls wieder zu Feindseligkeiten verleiten ließ. Deshalb beschloß der Statthalter, plötzlich einen großen Schlag zu führen. Er traf am 12. Januar abends, ohne vom Feinde bemerkt zu werden, mit 9500 Mann und 18 Bergkanonen in Coatit ein und griff hier am 13. in frühester Morgenstunde das aus 10000 mit Flinten alter Konstruktion bewaffnete Heer des Ras Mangascha unvermutet an. Dieser nahm die nahe Bergkette zum Stützpunkt und versuchte einen Frontangriff, nachher eine Umgehung der Italiener. Beides mißlang, die Tigriner erlitten bedeutende Verluste und die Richtung ihres Rückzugs deutete an, daß sie vorerst keinen Widerstand mehr glaubten leisten zu können. Sie wurden von den Italienern scharf verfolgt und nach elfstündigem scharfen Marsche bei Senafe erreicht, wo Ras Mangascha ein großes befestigtes Lager angelegt hatte, das einen vorzüglichen Zielpunkt für die italienischen Geschosse darbot. Das gut gezielte Feuer trieb das ganze Korps der Tigriner auseinander, die auf und davon flohen und im Lager eine große Anzahl Zelte, Lebensmittel, Vieh und Kriegsmaterial in Stich ließen. Die Nachricht von diesen Waffenthaten rief bei allen Parteien in ganz Italien die größte Genugthuung hervor, da man bisher doch immer noch mit einiger Bangigkeit nach der Kolonie gesehen und die

Zweckmäßigkeit ihrer Gründung immer aufs neue bezweifelt hatte. Es waren diese Siege allerdings kein bloßer Augenblickserfolg, sondern insofern ein entscheidender Schlag, als dadurch die von Tigre her drohende Gefahr beseitigt zu sein schien; aber es war damit eben nur die Möglichkeit erlangt, sich mit ganzer Kraft gegen die Madhisten zu wenden, die trotz ihrer vorjährigen Niederlagen sich unzweifelhaft in einiger Zeit wieder hervorzudrängen würden. Beseitigt war auch noch keineswegs die Thatsache, daß die Kolonie in dem Fürsten von Tigre einen treulosen Nachbarn besaß. Es war also auch ferner die größte Ausdauer und Wachsamkeit nötig, ja es schien, daß die Italiener um so mehr noch auf der Hut sein müßten, als eine militärisch organisierte russische angeblich wissenschaftliche Expedition bei Dbok erwartet wurde. Um anderweitige Ränke abzuschneiden, wies der Statthalter gleich nach den Siegen, am 22. Januar, die Mitglieder der französischen Lazaristen-Mission aus dem Kolonialgebiete, weil sie seit Italiens Besiznahme Massauah's der italienischen Kolonialregierung Steine in den Weg gelegt und die Transportmittel, die nur zur Beförderung der kirchlichen Bedürfnisse dienen sollten, zu Waffenlieferungen an Häuptlinge, die unter französischem Schutze stehen, benutzt hatten; auch waren neuerdings verdächtige Brieffschaften der frommen Herrn den Italienern in die Hände gefallen. Das päpstliche Dekret vom 13. Dezember 1894, wodurch eine apostolische Präfektur für Erythraä errichtet wurde, hatte die Spannung zwischen der Kolonialregierung und den Lazaristen vermehrt und deren jetzt so verdächtige Haltung schien in Zusammenhang zu stehen mit einer Mission, die aus Dbok in der französischen Kolonie am roten Meere in Harrar eintraf und viele Gewehre sowie in Paris geprägte Münzen mit dem Bilde Menelik's und der Überschrift „Kaiser von Abessinien“ führte, die an Menelik gebracht werden sollten. König Humbert hatte auf die Nachricht von den Siegen Baratieri's diesem seinen Dank telegraphiert und hinzugefügt „Mit Soldaten, die Sie befehligen, mit einem Führer, wie Sie sind, ist unsere Kolonie vor jeder Gefahr geschützt“. Allerdings zeigte sich Baratieri sofort an der Arbeit, künftigen Gefahren zu begegnen, indem er ein neues Fort und ein verschanztes Lager errichten ließ; neuen Feindseligkeiten Ras Mangascha's zuvorzukommen, traf er Ende März bei Senafe ein, als es dem mit den Italienern befreundeten Häuptling von Agame

gelang, Ras Mangascha zu besiegen, der, nun müde gemacht, Gesandte wegen Unterwerfung in das italienische Lager schickte. Da dies aber nur zu geschehen schien, um Zeit zu weiteren kriegerischen Vorbereitungen zu treffen, beeilte sich Baratieri, in Verbindung mit dem Häuptling von Agame die Stadt Adigrat zu besetzen, von wo er mit einem Teil seiner Truppen in Eilmärschen dem Ras Mangascha nachfolgte, der sich in der That schon wieder mit Menelik in Verbindung gesetzt hatte. Am 1. April besetzten die Italiener die Stadt Adua, deren Bevölkerung sich unter italienischen Schutz stellte, worauf im Mai täglich neue Anführer aus Gebieten, die unter Mangascha's unmittelbarem Einfluß gestanden hatten, zur Unterwerfung dort anlangten. Die Besetzung dieses Teiles von Tigre hatte in Italien zuerst Besorgnisse vor weiteren dauernden Kosten hervorgerufen, jedoch beruhigte man sich bald im Bewußtsein, daß gerade durch die Stellung der Italiener in Tigre neue Kriegszüge der Feinde bedeutend erschwert seien.

Die am 4. Dezbr. 1894 eröffnete zweite Session des 18. Parlaments, dessen Deputiertenkammer im August 1892 gewählt war, hatte bekanntlich nur zehn Tage gedauert, indem sie wegen großer, mit ehrenrührigen Angriffen auf den Ministerpräsidenten Crispi zusammenhängender Skandale in der Kammer bereits am 15. Dezember geschlossen war. Nach Lage der Dinge bedeutete dies bereits die nahe Auflösung der Kammer, Crispi zögerte aber mit dieser Maßregel noch einige Wochen. Das Auflösungsdekret wurde zwar schon am 13. Januar vom Könige unterzeichnet, aber erst am 21. Januar veröffentlicht. In dem diesem Dekrete beigefügten, von allen Ministern an den König erstatteten Berichte war gesagt, die Hoffnung auf eine ruhige und ernste Beratung des Parlaments über die ihm gestellten finanziellen und sozialen Aufgaben hätte aufgegeben werden müssen wegen der inzwischen gebildeten Koalitionen zum Zweck des Widerstands.

Aus der alsbald begonnenen Wahlbewegung ragten nur einige bemerkenswerte Punkte hervor. Zunächst das Auftreten des unterschiedenen Radikalen Bovio, der von seiner Partei ausgesandt war, um in Rom tüchtig gegen Crispi zu donnern; aber obwohl er zum Fluchen ausgesandt war, wandte sich seine Rede zum Segen. Er untersuchte den Stand der politischen Ehrlichkeit und gelangte zu einer sehr scharfen Verurteilung der persönlichen Gehässigkeit und niedrigen.

Verleumdungsjucht, welche die Opposition gegen Crispi fortsetze. Die von allen Seiten herbeigeeilten Radikalen und Feinde Crispi's standen sprachlos ob dieser Wendung. Trotzdem versuchte sich Cavallotti in neuen Verunglimpfungen Crispi's, indem er aus den vom Leiter einer Straffolonie hinterlassenen Aufzeichnungen skandalöse Enthüllungen über die barbarische Behandlung der Strafgefangenen zu machen suchte, er fiel damit jedoch völlig ins Wasser; hatte doch selbst Giolitti diese zuvor ihm angebotenen „Akten“ zurückgewiesen. Auf der anderen Seite gewann der Schatzminister Sonnino viele durch seine am 16. Mai vor seinen Wählern in San Casciano über die Lage der Staatsfinanzen gehaltene Rede. Er führte aus, seine am 10. Dezember v. J. den Kammern vorgelegten finanziellen Aufstellungen seien sämtlich verwirklicht und die allgemeine Lage der Finanzen sowie des Geldverkehrs in Italien habe sich unter dem gegenwärtigen Ministerium außerordentlich gebessert; sein finanzielles Programm sei das thatsächliche Gleichgewicht und die Einstellung aller Schuldaufnahmen; werde die gleiche Regierung noch eine Weile fortgeführt, so würden die Verhältnisse des Landes sich zur vollkommenen Heilung erholen. Die bedeutendste Wahlrede wurde am 23. Mai von Crispi selbst im Teatro Argentino zu Rom gehalten. Er gedachte der Verhältnisse, unter denen er 1893 die Regierung übernahm, als die Bildung irgend einer Regierung beinahe ein Ding der Unmöglichkeit zu sein schien. Um die Nation auf einen normalen Pfad zurückzubringen, habe er in der Kammer die Mitwirkung aller Gutgesinnten und einen Gottesfrieden erbeten; aber es habe sich gezeigt, daß die Kammer nicht funktionieren konnte, weil sie unorganisch entstanden und keines reinen Ursprungs war; das Land dagegen habe begonnen wieder aufzuleben, als es die Regierung die Hand an ein überaus ernstes Werk anlegen sah. „Man war auf einen guten Weg zurückgekehrt, aber als wir dem Ziele nahe waren, wollte eine mißgünstige Koalition das Parlament vom rechten Wege abbringen und das Land jählings wieder ins Unglück zurückschleudern, die nationale Tribüne wurde zu einer Kanzel für die Verleumdung.“ Diese sei niemals so lärmend, gewaltthätig, hinterlistig scharf, so umfassend und geschickt aufgebaut wie jetzt; aber er habe standgehalten. Die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen habe dann die wilde, perfide Opposition noch fanatischer gemacht, sodaß sie sich dahin ver-

stiegen habe, Italien Unglück in Afrika zu wünschen; doch der Sieg sei auf Seiten Italiens gewesen, der Pulsschlag der wiedergefundenen Lebenskraft habe das Nationalgefühl mächtig aufgerüttelt. Weiterhin ging Crispi näher auf die brennenden inneren Fragen ein und betonte besonders die Notwendigkeit, den sozialistischen wie den anarchistischen Bestrebungen, die Italien an den Rand des Abgrunds treiben würden, entgegenzutreten. Die Wählerschaft, so schloß der Redner unter stürmischem Beifall, hat jetzt eine folgenschwere Entscheidung zu treffen, sie möge sich erklären entweder für die nationale Monarchie oder für die soziale und politische Anarchie. Die Rede war von mächtigem Eindruck in ganz Italien; alle die sich bisher von Fraktionsführern eingeschüchtert fühlten, faßten Mut, weil sie Ernst und Thatkraft in der Regierung sahen.

Infolge dessen fielen die Neuwahlen zur Deputiertenkammer am 26. Mai ganz entschieden im Sinne des Ministeriums Crispi aus und nach den 35 Stichwahlen vom 2. Juni zählte die neue Kammer 336 Ministerielle, 98 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 40 Radikale, 17 Sozialisten und 17 von unbestimmter Richtung. Das neue Parlament wurde am 10. Juni durch eine Thronrede des Königs eröffnet, der hervorhob, das Volk habe durch die Wahlen den Gedanken zum klaren Ausdruck gebracht, daß die Ordnung der Finanzen die dringendste Aufgabe sei. Bezüglich der auswärtigen Politik sagte der König, er stehe in herzlichen Beziehungen zu allen Staaten, „Europa atmet Frieden auch durch unsern Willen, und kein Mißtrauen, kein Verdacht ruht auf unseren Absichten. Mit berechtigter Freude senden wir daher unsere Schiffe, um an der friedlichen Begegnung aller Flotten teilzunehmen, die im Begriff stehen, das unter den Auspizien meines Freundes und Verbündeten, des deutschen Kaisers, vollendete bewunderungswürdige Werk einzuweihen.“

Das erste für die Kammern war eine unter stürmischem Beifall beschlossene Dankagung an General Baratieri und seine Truppen. Nur 20 Mitglieder der äußersten Linken stimmten dagegen. Sodann legte der Minister Sonnino das Budget vor und gab die finanziellen Maßnahmen an, welche die Regierung vorschlägt und die im wesentlichen dieselben sind, die schon der Kammer, welche es nur zu einem zehntägigen Leben gebracht hatte, am 10. Dezember 1894 angekündigt waren. Ohne die damals geforderten Summen zu überschreiten und ohne

jegliche Emission neuer Schuldtitel schloß das Budget für 1895/1896 mit einem Ueberschuß von 6791 Lire ab. Der Minister kündigte den völligen Abschluß des großen öffentlichen Schuldbuches, eine Verminderung von 110 Millionen Lire der im Umlauf befindlichen Staatspapiere und eine Reform der Emissionsbanken an. So sehr die Wahl des vom Ministerpräsidenten Crispi empfohlenen Abg. Villa zum Präsidenten der Kammer die Regierungsmehrheit hervortreten ließ, um so seltsamer fühlte diese und das Ministerium sich berührt, als Villa acht Hauptführer der Opposition, darunter sogar Cavallotti, den persönlichen Feind Crispis, in die Wahlprüfungskommission berief. Die Opposition sah hierin natürlich große Unparteilichkeit, die andere Seite dagegen nannte es Verrat und sah den Grund in Villas Furcht vor persönlichen Angriffen der Opposition, deren Presse bereits eine höchst beleidigende Sprache gegen ihn geführt hatte. Als der Kammerpräsident am 15. Juni mehrere die innere Politik betreffende Anfragen verschiedener Abgeordneten verlesen hatte, erklärte Crispi zwar seine Bereitwilligkeit zu ihrer Beantwortung, verlangte jedoch ihre Verschiebung bis nach Beendigung der Budgetberatung. Dies paßte den Rednern, die stets gewohnt waren, lärmhafte und zu nichts führende Szenen herbeizuführen, durchaus nicht in den Kram, Crispi bestand jedoch auf seinem Satze: erst die Arbeit, dann das Vergnügen und bat seine Freunde, sich nicht auf einen Weg hinreißen zu lassen, welcher der Kammer nicht zur Ehre gereichen würde. Wirklich verbissen diese ihre Lust, den Theaterhelden tüchtig die Meinung zu sagen und jene Aufführungen bis zu einer Dessertstunde der Kammer aufzuschieben. Am 22. Juni empfing der König die Abordnungen beider Kammern zur Entgegennahme der Antworten auf die Thronrede und gab in seiner Erwiderung dem Vertrauen Ausdruck, daß die Kammern zur Ordnung der Finanzen und zur Beruhigung der Gemüther alles thun würden. Zur Sicherung einer ruhigen Budgetberatung wurde von der Deputiertenkammer ein provisorisches Budget für Juli und August genehmigt, dann aber war es nicht mehr zu hindern, daß einer der lauernden Skandale sich doch in den Vordergrund drängte. Nachdem nämlich Crispis besonderer Feind Cavallotti am 22. Juni in zwei mailänder Blättern ein ellenlanges Sündenregister des Ministerpräsidenten veröffentlicht hatte, das zwar nur alte, schon längst wiederholte Anklagen, jedoch in

neuem, gefälligem und unterhaltendem Aufguss enthielt, stellte der radikale Bovio am 24. Juni in der Kammer die Anfrage, was Crispi hiergegen zu thun gedenke. Darüber entstand ein tolles Durcheinander mit zweimaliger Vertagung der Sitzung. Crispi verweigerte die Antwort, als aber am folgenden Tage Abgeordnete der rechten Seite die Regierung baten, die Sache tot zu machen, erklärte er, kein Tribunal, weder in noch außerhalb der Kammer anzunehmen und er weise jeden Antrag zurück; nachdem er 53 Jahre lang dem Lande gedient habe, glaube er das Recht zu haben, sich für unverwundbar zu halten. Hierauf wurde ein Antrag, die Sache in dem Sinne, daß darin eine Verurteilung der Angriffe liege, auf sechs Monate zu verschieben, mit 283 gegen 115 Stimmen angenommen. Nachdem sodann am 4. Juli der Minister des Außern Baron Blanc die diplomatischen Urkunden über den unter „Venezuela“ zu erwähnenden Streit der Kammer vorgelegt, auch über die schweizerischerseits gemachten Vorschläge zu einem Durchstich des Simplon sich günstig geäußert hatte, bot Zanardelli am 10. Juli durch Angriffe auf die Finanzmaßregeln dem Ministerpräsidenten eine neue glückliche Gelegenheit zur Klarlegung seiner Politik, das Budget durch Steuern und Ersparnisse zu stärken. Dieses Ziel wünsche er um jeden Preis zu erreichen; unbekümmert um alle persönlichen Angriffe, sei er bereit sich zum Wohle des Landes zu opfern. Hierauf wurden jene Maßnahmen von der Kammer genehmigt. Ein Gesetzentwurf, wonach der 20. September, der Jahrestag der Einnahme Roms durch die Italiener im Jahre 1870, als bürgerlicher Festtag gefeiert werden solle, ging am 11. Juli in der Deputiertenkammer nach sehr stürmischen Verhandlungen durch und im Senate am 17. Juli nach bemerkenswerten Äußerungen Crispis über Italiens Verhältnis zum Papst, der in Italien freier sei, als er es in Frankreich oder in anderen Ländern sein würde, der sich auch niemals über die italienische Regierung beklagt habe, die ihm dadurch, daß sie die Stellung des Papsttums unangreifbar gemacht, zum Siege im Kampfe mit dem deutschen Reiche verholfen habe.

Verhandlungen der Deputiertenkammer vom 26. Juli über die Beziehungen zu Aethyrien wurden eingeleitet durch den feierlichen Eintritt des Generals Baratieri als Abgeordneter, worauf der Präsident ihn auf der Tribüne umarmte als Zeichen der Anerkennung

für seine Leistungen im Kriege gegen jenes Land. Minister Baron Blanc gab nach jeder Richtung hin beruhigende Erklärungen: von Rußland sei keine Konkurrenz zu befürchten, da es in Rom habe erklären lassen, es verfolge in Aethiopien nur religiöse Interessen; und wie der Minister schon am 13. Juli der Kammer erklärt hatte, König Menelik sei Schützling Italiens, das seine Fahne in Abessinien aufgepflanzt und nicht wieder zurückgezogen habe, so versicherte er jetzt, Italien sei bereit, alle Angriffe in Erythräa zurückzuweisen oder zu verhindern. Beim Etat des Marinebudgets kamen in der Kammer am 27. Juli Gefühle der Befriedigung zum Ausdruck über die in Kiel und in England stattgehabte Begrüßung der italienischen Flotte. Bei der am 29. Juli daran sich schließenden Beratung des Etats des Außern sprach sich der Ministerpräsident Crispi wiederum dahin aus, Italien sei für den Frieden, der hauptsächlich durch den Dreibund erhalten werde; ohne diesen wäre ein Krieg sicher gewesen, die hohe Schule für die italienischen Soldaten sei Afrika, und die in diesem Jahre hier errungenen Siege seien die ersten Siege Italiens seit 1859. Am 30. Juli hatte sich Crispi in der Kammer gegen eine Reihe von Vorwürfen bezüglich der inneren Politik zu verteidigen, was ihm mit demselben Erfolge wie in den äußeren Fragen gelang, worauf der Senat am 7. August, auf Anregung des Schatzministers Sonnino, dem Ministerpräsidenten lebhafteste Anerkennung dafür aussprach, daß er es verstanden habe, mit vielem Glück und unter dem Beifall des Landes das große Werk der Finanzreform zum Abschluß zu bringen.

Nunmehr wenden wir uns einer Reihe nationaler Festlichkeiten von zum Teil geschichtlich-politischem Hintergrunde zu. Am 18. März fand in Mailand die feierliche Enthüllung eines Denkmals für die Italiener statt, die während der 1848 gegen die dortige österreichische Garnison gerichteten Unruhen gefallen waren. Folgenden Tags wurde auf dem Janiculus in Rom, in Gegenwart des Königs und der Königin, der Grundstein zu einem Denkmal für Garibaldi gelegt. In würdiger Weise wurde am 27. April in Rom der 300jährige Todestag Torquato Tasso's begangen. Der Gedenktag der Schlacht von San Martino wurde am 24. Juni in Verona mit besonderer Feierlichkeit begangen. In dieser denkmalsfüchtigen, epigonenhaften Zeit kann man sich nicht wundern, daß in Italien

Vorbereitungen getroffen wurden, um sogar dem im Jahre 35 v. Chr. im Alter von 51 Jahren gestorbenen römischen Geschichtsschreiber Sallustius, also 1900 Jahre nach seinem Tode, in Aquila ein Denkmal zu errichten. Mit Beginn des September rückte auch für Italien die 25jährige Wiederkehr der Tage heran, in denen die lang-
 erstrittene Einheit des Vaterlandes endlich zur Durchführung gelangt war. Ein Vorspiel bildete der am 15. September in Rom begangene allgemeine Turnerkongreß, bei dem die deutschen Turner sich ganz besonderer Aufmerksamkeiten sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch der königl. Familie zu erfreuen hatten. Die Feier des Einzugs der italienischen Truppen vor 25 Jahren durch die Porta Pia wurde am 20. September in Rom aufs glänzendste und mit großer Begeisterung sowie unter Teilnahme von Abordnungen aus dem ganzen Lande gefeiert. Der König sandte allen noch lebenden Ministern von damals einen dankbaren Gruß. Um 4 Uhr nachmittags wurden vom Quirinal her in langem Zuge, vom Volke mit lebhaftem Zuruf begrüßt, die Fahnen der Regimenter getragen, die an den Kämpfen von 1870 teilgenommen haben. An der Porta Pia wurde eine Denksäule errichtet und sodann ein Reiterdenkmal Garibaldi's enthüllt, wobei der Ministerpräsident Crispi, der selbst einer der Tausende ist, die mit Garibaldi in Marsala landeten, eine längere Rede hielt. Darin wandte er sich aufs neue gegen Alle, welche die Lage des Papstes in Italien als eine unwürdige oder gedrückte hinzustellen liebten und damit gegen alle von kirchlicher Seite wider die jetzige Nationalfeier erhobenen Verwahrungen. „Die Feinde der Einheit möchten das heutige Fest als eine gegen den Papst gerichtete Beleidigung hinstellen, aber der gesunde Sinn des Volkes weist diese künstliche Deutung zurück.“ Den Gegnern, welche die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangen, komme es dabei nicht auf Schutz des Ansehens der Religion an, sondern auf ganz andere Zwecke; aber die Religion solle keine staatliche Funktion und die von Italien geschützte heilige Freiheit solle eine Festung sein, in welche der Papst sich einschließen und in der er nicht angegriffen werden könne; als weltlicher Fürst würde der Papst eine geringere Autorität haben; noch 1870 habe Papst Pius gegen Bismarck zu kämpfen und ihn fühlen zu lassen vermocht, wie groß die Kraft der geistlichen Waffen sei. Diejenigen, die sich Gottes

Diener nennen und doch sich in Widerspruch mit Gottes ewigen Gesetzen setzten, würden nicht die Oberhand gewinnen, denn Italien sei sehr stark und seiner zu sehr sicher, als daß es Rebellionen fürchten könnte, die nur dem Werke der Anarchisten nützen würden. Am 22. September begingen 45 radikale Vereine in Mentana eine Feier der dort stattgehabten Schlacht. Einen Höhepunkt der Nationalfeier bildete ferner am 23. September eine große Parade der Veteranen von 1870 auf der Esplanade Macao in Rom. Unter ihnen befanden sich noch viele alte Garibaldianer mit ihren roten Hemden. Den Schluß der Festlichkeiten bildete die Enthüllung eines Denkmals für den früheren Ministerpräsidenten Minghetti auf dem Corso Vittorio Emanuele und die eines Denkmals für die Brüder Cairoli sowie für die am 23. Oktober 1867 Gefallenen bei der Villa Glori in Rom. Am Tage der Volksabstimmung von 1870, den 2. Oktober, erließ der König eine Amnestie für gewisse Militärs. Die päpstlichen Rundgebungen gegen die Nationalfeier hielten sich in mäßigen Schranken. Sie bestanden in einem Rundschreiben vom 5. September, worin anläßlich der bevorstehenden Feier die katholische Welt zum Rosenkranzgebet zur Jungfrau Maria aufgefordert wurde. Seine eigentliche Vermahnung kleidete der Papst am 8. Oktober in die Form eines Schreibens an seinen Kardinal-„Staatssekretär“ Rampolla, dem er sagte, man habe nicht einmal Rücksicht auf sein Alter genommen und er habe fast unmittelbar Zeuge von der Apotheose der italienischen Revolution sowie der Beraubung des heiligen Stuhls sein müssen; ja er sei besonders betroffen durch den Plan, den Konflikt eher zu verewigen als zu beseitigen; die Gegner wollten nicht bloß die politische Einheit, sondern die Ermöglichung schärferer Angriffe auf die geistliche Macht des Papsts.

Inzwischen hatten sich die Verhältnisse in der Kolonie am roten Meere derart gestaltet, daß weitere entscheidende Schläge gegen König Menelik und seine ebenso treulosen Unterhändler nötig erschienen. General Baratieri suchte den Grundsatz zu befolgen, der Feind müsse überrascht werden, wenn man selbst vor Überraschungen gesichert sein wolle; dabei schien er aber die Taktik dieser Feinde unterschätzt zu haben, die sich weit zurückziehen pflegen, wofern sie nur die Italiener nach sich ziehen, um sie nach scheinbar gemachten Eroberungen durch Übermacht zu erdrücken. So zog sich Ras Mangascha im

Anfang des Oktober von Antolo südwärts zurück, infolge dessen die Italiener die von den Tigrinern besetzte feste Stellung von Debra Nilat einnahmen und Ras Mangaschas Lager verbrannten. Von hier rückten die Italiener weiter nach Süden und nahmen die ganze Landschaft Tigre in Besitz; Baratieri nahm am 19. Oktober in Makal die Huldigungen der Bevölkerung wie der Geistlichkeit entgegen, ja Ras Mangascha sandte wiederum Boten mit der Bitte um Frieden; am 23. Oktober wurde Baratieri in Abua festlich empfangen, wo der Oberpriester mit großem Gepränge ihm entgegenging; die Völkerschaften bis zum See Aschangi unterwarfen sich den Italienern und Italien schwamm aufs neue in Freuden über diese abermaligen Fortschritte; es ahnte aber nicht, daß dies alles nur Folge jener ins Große angelegten feindlichen Taktik war. Denn am 7. Dezember unternahm 7000 Schoaner einen ungeahnten Angriff auf eine aus 2450 Mann unter Major Toselli bestehende italienische Truppenabteilung, die dreist geglaubt hatte, bis auf die Amba (Höhe) Alagi südwärts vordringen zu können. Zwar hatte General Arimondi den Befehl zur Wiedervereinigung dieser Truppe mit seinem Gros ausgesandt, er war aber nicht an Toselli gelangt. So kam es, daß er nun auch noch von einer anderen, ihn umgehenden feindlichen Kolonne von 15 000 Mann angegriffen wurde, gegen die er sich bis aufs äußerste tapfer verteidigte, bis er endlich der Übermacht erlag. Toselli fiel heldenmütig und Arimondi konnte nur 300 Mann nebst 3 Offizieren von der zersprengten Schar auflesen, worauf er sich von Aberac, 20 km nördlich von Alagi aus bis nach Adigrat vor den siegreich weiterstürmenden Feinden zurückziehen mußte, sodas die in der letzten Zeit italienischerseits besetzten inmitten liegenden Punkte Debra Nilat und Antalo wieder preisgegeben wurden. Der Oberbefehlshaber Baratieri erließ sodann einen Tagesbefehl zum Lobe der bewunderungswürdigen Haltung Tosellis und seiner Schar. Die Eingeborenen zeigten sich jedoch trotz ihres Sieges nicht mutiger als zuvor, verhielten sich vielmehr auffallend zurückhaltend, nur Ras Mangascha versuchte noch am 20. Dezember einen Angriff auf das südlich von Adigrat liegende besetzte Makalle, wurde aber zurückgeschlagen.

Die Nachricht von Tosellis Niederlage verbreitete großen Jammer in Italien, brachte aber auch mehr als alles bisherige Neben es

vermocht, zur Überzeugung, daß bedeutendere Truppenmassen ausgesandt und tiefer in den Geldbeutel gegriffen werden müsse. Die Sache kam natürlich alsbald im Parlamente zur Verhandlung.

Das Parlament war am 21. November wieder zusammengetreten und hatte vom Schatzsekretär Sonnino das mit einem Überschuß von 1270000 Lire abschließende berichtigte Budget für 1895/96 und gleichzeitig den Anschlag des Budgets für 1896/97 entgegengenommen, das mit einem Überschuß von 8020000 Lire abschloß. Diese Überschüsse bildeten eine seltene Erscheinung und waren insofern eigentümlicher Natur, als sie aus den Zolleinnahmen für das wegen schlechter Ernte vermehrt eingegangene Getreide entstanden waren. Der allgemeine Teil der Etatsberatung erstreckte sich am 28. November und 3. Dezember auf die innere und äußere Politik, wobei der Ministerpräsident Crispi ausführte, die Verhältnisse der öffentlichen Sicherheit seien zwar nicht so, wie man wünschen möchte, aber seit vorigem Jahre mache sich eine fortschreitende Besserung wahrnehmbar; das Räuber-Unwesen sei in Sardinien nahezu ausgerottet, die Polizei und die Carabinieri hätten Wunder an Geduld und Mut verrichtet; die im vorigen Jahre beschlossenen Ausnahmegesetze wären durch die Thatsachen gerechtfertigt; Sozialismus und Anarchie unterschieden sich in der Praxis nicht. Weiterhin kam Crispi nochmals ausführlich auf seine Kirchenpolitik zu reden: Würde man das päpstlicherseits angefeindete Garantiegesetz ändern, so könnten daraus Unruhen im Innern sowie Mißtrauen gegen die Politik Italiens im Auslande entstehen; der Vatikan heuchle Nichtannahme des Garantiegesetzes, mache aber umfassenden Gebrauch davon wie von den modernen Freiheiten und der maßlosen staatlichen Duldsamkeit; das Erwachen der katholischen Bewegung, die einen so großen Teil der Welt ergriffen habe, sei geeignet, Besorgnis für die Zukunft des menschlichen Fortschritts zu erregen; nur eine weise Gesetzgebung, sowie Einmütigkeit der ganzen liberalen Partei könnten zum Ziele führen. Bezüglich der neuen Orientfragen könne man volles Vertrauen haben, daß der Friede dadurch nicht gestört werden würde; jedenfalls würde Italien nicht wieder in den alten Fehler verfallen, sondern seine Rechte zu wahren wissen. Der Minister des Äußern, Baron Blanc, ergänzte diese Mitteilungen durch Schilderung der Lage in der Kolonie am roten Meere, wo Italiens Thätigkeit

jetzt eine praktisch geregelte sei, bei der man sich kostspieligen und unfruchtbaren Unternehmungen nicht aussetze; bezüglich der armenischen Frage habe sich das Einvernehmen der sechs Großmächte mehr als jemals bekräftigt. Gegen die Regierungspolitik trat vor allem der frühere Ministerpräsident di Rudini auf, und zwar in einer Weise, daß man an seinen staatsmännischen Fähigkeiten stark zweifeln mußte; er meinte u. a., das Ministerium Crispi sei allzu despotisch, ja noch tyrannischer als einst die bourbonische Regierung in Sizilien. Nachdem hiernach Crispi nochmals auseinandergesetzt hatte, daß die Regierung bezüglich Afrikas keine Abenteuerpolitik verfolge, sondern sich auf Verteidigung der Kolonie beschränke, wurde ihm von der Kammer mit 267 gegen 131 Stimmen das fortdauernde Vertrauen ausgedrückt.

Vier Tage hiernach ereignete sich das oben erwähnte Unglück in der afrikanischen Kolonie, woraus, wie vorauszusehen war, die Opposition wieder Anlaß zu heftigen Angriffen der Afrikapolitik zu ziehen suchte; der Kriegsminister dämpfte jedoch schon am 9. Dezember die entstehende Aufregung, indem er in der Deputiertenkammer versicherte, die italienischen Stellungen seien sicher, es sei nichts verloren und General Baratieri sei aufgefordert, alles für die weiteren Kriegsoperationen nötige zu verlangen. Immerhin sah sich Crispi am 16. Dezember nochmals zu einer ausführlichen Verteidigung seiner Afrikapolitik veranlaßt; der ruhmreiche Vorgang bei Amba-Magi gehöre zu denen, die in allen Kolonialkriegen unvermeidlich seien; die Regierung habe keine Unvorsichtigkeiten begangen und auch dem General Baratieri ihr fortgesetztes Vertrauen ausgesprochen; alles, was seit Juli in der Kolonie geschehen, bilde die notwendige Folge des dortigen Verteidigungskriegs, namentlich gehöre dahin auch das Vorgehen in Tigre. Diesen Verhandlungen, die sich in ganz ähnlicher Weise am 21. Dezember im Senate wiederholten, folgte in patriotischem Sinn die Annahme eines Regierungsvorschlags wegen Bewilligung eines Kredits von 20 Millionen, worauf gegen Jahreschluß mehrere weitere Bataillone nach der Kolonie entsandt wurden.

Die vielen im vorigen Jahre stattgehabten Unruhen wiederholten sich nicht; nur zu Acera in der Provinz Caserta kamen Ruhestörungen vor; einige der Universitäten, die hatten geschlossen werden müssen, wurden wieder eröffnet; daß übrigens die finsternen Mächte

noch fortwährend ihr Wesen trieben, lehrte ein Bombenanschlag in Rom und die Ermordung des Abgeordneten Ferrari in Rimini am 3. Juni.

Mit der königlichen Familie wurde sichtlich auch das Land sehr erfreut durch die Vermählung des Herzogs von Aosta, ältesten Sohnes von König Humberts verstorbenen, gleicherweise betitelt gewesenen Bruders Amadeus, mit der Prinzessin Helene von Orleans, die am 6. Juli einen glänzenden Einzug in Rom hielten.

Nicht ganz ohne Rücksicht auf auswärtige Beziehungen war die im Anfang Januar erfolgte Abberufung Kefman's, des Botschafters in Paris, der etwas Politik auf eigene Faust getrieben und Dinge nicht ermittelt oder nicht gehindert hatte, die dann Mißlichkeiten herbeiführten. An seine Stelle wurde der bisherige Botschafter in London, Graf Tornielli-Brusati nach Paris gesandt, während den londoner Posten General Fessero übernahm. Auch Graf Marochetti, der fast 30 Jahre, zuletzt als Vorstand, bei der Botschaft in Petersburg gewesen war, wurde abberufen.

Der erste in der Todtenliste Italiens war Monsignor Carini, erster Präsekt der vatikanischen Bibliothek, der am 25. Januar während des Bespergesangs in der Peterskirche starb. Er war nicht bloß ein Freund des Papstes, der mit seiner Familie von Perugia her Verbindungen hatte, sondern, seltsamerweise, zugleich ein Freund Crispi's. Durch Carini's Tod verlor die Partei der Versöhnung zwischen Kirche und Staat in Italien eine wertvolle Stütze. Am 11. März starb in Mailand der 1833 wegen seines großen Geschichtswerks eingekerkert gewesene Schriftsteller Cesare Cantu. Am 31. Mai starb in Rom der erst 55jährige Kardinal Fürst Ruffo-Scilla, früher Nuntius in München. Am 22. Oktober starb Ruggiero Bonghi, 68 Jahre alt, in Torre del Greco. Er war einer der bekanntesten Schriftsteller und Politiker, früher Professor in Neapel, Turin, Florenz und Rom, dann Leiter politischer Zeitungen, 1874—1876 Unterrichtsminister unter Minghetti, zuletzt sehr schwankend in seinem Verhältnis zu Crispi und in seinen Ansichten über den Dreibund. Am 14. Nov. starb in Gargagnano bei Verona der Bürgermeister von Venedig, Graf Dante Serego-Alighieri, ein Nachkomme des Dichters der „Göttlichen Komödie“.

Papst Leo hatte schon seit geraumer Zeit seine Aufmerksamkeit

der christlich=sozialen Bewegung in den verschiedenen Ländern zugewandt, in diesem Jahre aber drängten sich eigentümliche Folgen dieser Bewegung an ihn heran. Die niedere Geistlichkeit hatte sich derselben in einer Weise bemächtigt, welche die Bischöfe übel berührte, indem ihr Ansehen darunter litt und indem die Geistlichen zu sehr auf rein politisches Gebiet gerieten. Noch am 22. Dezember v. Js. hatte der Kardinal Rampolla im Namen des Papstes sich an den Freiherrn von Loë=Terporten in einem am 12. Januar veröffentlichten Schreiben mit hoher Befriedigung ausgesprochen über das von zahlreichen deutschen Geistlichen, Abgeordneten und Vertretern der Presse unterzeichnete, im Vatikan eingereichte katholisch=soziale Programm. Der Papst könne, hieß es in der Antwort, das Ziel nur im höchsten Grade billigen und er wolle nicht unterlassen, die katholischen Sozialpolitiker zu ermutigen. Allein nicht lange darauf kamen aus verschiedenen anderen Ländern Bischöfe nach Rom, um den Papst zu bestürmen, daß er ihr Ansehen gegenüber der durch Teilnahme an jener Bewegung auffällig gewordenen niederen Geistlichkeit wiederherstelle. Und in diesem Kampfe um die bischöfliche Autorität handelte es sich zugleich um die größere Frage, ob das Papsttum im allgemeinen die Autorität gegenüber den Volksmassen stützen und vertreten, oder ob es demokratisch, demagogisch auf die Massen gegenüber allen Autoritäten sich stützen solle. Eine zeitlang hatte die vatikanische Politik versucht, in den oberen Schichten konservativ, in den unteren demagogisch zu arbeiten; jetzt aber entbrannte im Vatikan ein Kampf zwischen beiden Richtungen, wobei Kardinal Rampolla für die Christlich=Sozialen eintrat. Im Auftrage der belgischen Bischöfe traf Anfang März der Kardinal=Erzbischof von Mecheln in Rom ein und überreichte dem Papste eine Beschwerde über die zunehmende Unbotmäßigkeit des niederen, sozialistisch gesinnten Klerus mit dem Verlangen nach rascher Abhülfe. Ferner hatte der Kardinal=Fürstbischof von Prag, Graf Schönborn, Bruder des österreichischen Justizministers, sich in Gemeinschaft mit dem Bischof von Brünn schon im Februar nach Rom begeben, um Abhülfe zu erbitten gegenüber der zunehmenden Einwirkung der christlich=sozialen Reiseprediger in Österreich, deren Reihen sich nicht mehr bloß aus der wiener Demagogie, sondern auch aus der niederen Geistlichkeit ergänzten. Dieser Zuwachs galt besonders als ein Werk

des Prinzen Alois Lichtenstein, der sich dabei auf Kardinal Rampolla gestützt haben soll, und wiener Blätter veröffentlichten ein vom Prinzen freilich in Abrede gestelltes Schreiben des Papsts, in dem gewarnt war, die Teilnahme für die Lage der Armen nicht zu einem der christlichen Barmherzigkeit widersprechenden Kampf und nicht zu einer politischen Aktion werden zu lassen, die in keinem Verhältnis stehe zu den Voraussetzungen, auf denen die gesellschaftliche Ordnung beruhe.

Am 18. März hielt der Papst ein Konfistorium ab, in dem er äußerte, die neuen ungarischen Kirchengesetze entsprächen nicht den katholischen Grundsätzen; im übrigen wiederholte er hier seinen Ausspruch, daß die Stellung des Papstes in Rom seiner unwürdig sei und dem italienischen Volke kein Glück bringen könne. Die auffallendste Handlung des Papstes in diesem Jahre bestand in seinem am 14. April erlassenen „Sendschreiben an das englische Volk“. Darin erinnerte er zunächst an den Aufruf, den er am 20. Juni 1894 „an die Fürsten und Völker“ gerichtet hatte, damit sie Roms Oberleitung folgten. Sodann versicherte er, daß es schon lange seine Absicht gewesen sei, dem edlen englischen Volke ein Zeichen seiner besonderen Wertschätzung zu geben, denn er könne sich der Hoffnung nicht entschlagen, daß zur Wiederherstellung der kirchlichen Einheit von England aus ein entscheidender Schritt gethan werde. Mit Genugthuung seien die Fortschritte zu begrüßen, die neuerdings der Katholizismus dort gemacht habe. Immer notwendiger sei die Einigkeit unter den Christen, um die Angriffe des modernen Unglaubens abzuwehren, und deshalb sei es als ein gutes Zeichen zu begrüßen, daß sich die Zahl „der religiösen und einsichtigen Männer in England mehrt, die aufrichtig nach einer Wiedervereinigung mit der katholischen Kirche trachten“. Allerdings hatte in England während der letzten Jahre die Zahl der Katholiken verhältnißmäßig stark zugenommen, aber auf die Nachricht vom Bestehen dieses Sendschreibens hatte zu Anfang April der Erzbischof von Canterbury gegen diese Absicht mit dem Hinweife protestiert, daß jene Erscheinung noch lange nicht zu einem so weitgehenden Wunsche berechtige, und am 30. August antwortete er auf den päpstlichen Aufruf, indem er zwar den allgemeinen Wunsch nach Wiedervereinigung der Kirchen, aber auch die Unmöglichkeit einer Wiederannäherung der

englischen an die römische Kirche hervorhob, die gerade jetzt „vor uns mit Arten der Anbetung und mit Belohnungen für Betübungen paradiert, wie sie der germanischen Christenheit und Völkern, die Leser der Bibel geworden sind, die widerstrebendsten sind“. In ähnlicher Weise hatte schon im Juli der Erzbischof von Baltimore, Cardinal Gibbons dem Papste Vorstellungen gemacht, der jedoch fest an dem Plane hielt, für den er am 6. Dezember 1894 eine besondere Kongregation eingesetzt hatte. Für seinen Plan sprach zum wenigsten eine aus 30 Notabeln der katholischen Kopten bestehende Abordnung, die am 16. September dem Papste persönlich dankte und befriedigende Nachrichten über die unter den dissidentierenden Kopten herrschende Bewegung zu Gunsten der Rückkehr zur katholischen Kirche überbrachte. 150 ruthenischen Pilgern versicherte der Papst am 3. November, daß er das alte ruthenische Kollegium in Rom wieder zu eröffnen gedenke. Die Notwendigkeit der Eintracht der Katholiken legte der Papst mittelst Schreibens vom 10. Juli den belgischen Bischöfen an's Herz, die namentlich allen gegen den Staat und die Kirche gerichteten Umsturztheorien sich widersetzen sollten. Mittelst Briefes vom 31. Juli forderte der Papst die Jesuiten zu einer erneuten Missionsthätigkeit unter den Kopten auf. Beim Feste seines Patrons, des heil. Joachim, am 18. August sprach er sich gegenüber den ihm huldigen Kardinalen erfreut über das Wiedererwachen der religiösen Bewegung in Italien und die Notwendigkeit ihrer engeren Verbindung aus. Sodann erließ er am 5. September, anlässlich der bevorstehenden italienischen Feier des 25jährigen Jubiläums der Einnahme Roms durch die italienischen Truppen eine Encylica mit der Aufforderung zum Rosenkranzgebet zur Jungfrau Maria, in dem eine besondere Kraft liege. Einer Abordnung katholischer Journalisten sprach sich der Papst am 29. September mit Befriedigung über die „braven“ Artikel „gegen das Jubelfest der Usurpation Roms“ aus. Die eigentliche Verwahrung gegen dieses italienische Nationalfest erließ der Papst in Form des (S. 315) erwähnten, an den Cardinal Rampolla gerichteten Schreibens. Im geheimen Consistorium vom 29. November wurden 9 Kardinalé ernannt. Davan knüpfte der Papst eine Ansprache, die sich mit den in der Türkei gegen die Armenier begangenen Gräueln beschäftigte; seine dem Sultan erteilten Ratschläge zur Sanftmut schienen nicht

mißfallen zu haben. Das Kardinalskollegium verlor am 19. Nov. durch den Tod den 67jährigen Kardinal Lucian Bonaparte, Enkel des gleichnamigen Bruders des ersten Napoleon, und am 14. Dezember den ebenfalls 67jährigen Kardinal Melchers, der einst als Erzbischof von Köln sich als einer der heftigsten Gegner des preußischen Staats im kirchenpolitischen Kampfe erwiesen hatte. In seiner Weihnachtsansprache an die Kardinäle machte der Papst die Vermehrung der Gebete für die unter mehreren Nationen wiedererwachte katholische Bewegung zur Pflicht und schloß mit den Worten: „Gütiger Gott, wie sehr bedarf die gegenwärtige Zeit doch deines Segens!“

Spanien und Portugal.

Die Verhältnisse des Königreichs **Spanien** wurden das ganze Jahr über vorwiegend von dem Aufstande auf Kuba beherrscht. Die Unzufriedenheit auf der Insel hatte schon im vorigen Jahre sich so sehr gesteigert, daß ein gewaltsamer Ausbruch als bevorstehend angesehen werden konnte. Wenn dennoch nicht zeitig hinreichende Truppen dahin gesandt wurden, so lag es an den trostlosen Finanzen des Mutterlandes. Und diese bildeten wiederum den eigentlichen Grund jener Unzufriedenheit, indem die bedeutenden Kosten zur Unterdrückung des letzten Aufstands der Insel lediglich dieser selbst aufgebürdet waren und Kuba gezwungen wurde, allen spanischen Waren zollfreie Einfuhr zu gewähren, während kubanische Erzeugnisse in Spanien Zoll zu entrichten haben. Dazu kam, daß die Pflanzler durch die Konkurrenz, die der Rübenzucker auf dem Weltmarkte dem einheimischen Rohrzucker bereitet, allmählich finanziell ruiniert wurden. Die infolge dieser Unzufriedenheit entstandene Autonomistenpartei verbreitete sich über die ganze Insel, ohne daß sie anfangs an Losreißung von Spanien gedacht hatte, bis immer stärkere Einflüsse aus der nordamerikanischen Union sich in dieser Richtung geltend machten. In Spanien wurden wirklich Versuche gemacht, der Insel eine gewisse Selbständigkeit zu verleihen, es ging damit aber zu langsam, denn ein Gesetzentwurf des Ministers Maura, wonach die 6 Provinzialräte der Insel zu einer

einzigsten Versammlung, einer Art von vereinigttem Landtage verschmolzen werden sollten, scheiterte an den Konservativen. Darauf wurde zwar im Februar von den Cortes ein Gesetzentwurf des Ministers Abarzuza genehmigt, wonach den einzelnen Provinzialversammlungen die Rechte jenes projektiert gewesenen Parlaments beigelegt und dem Administrativrate eine Junta der höchsten Behörden an die Seite gesetzt werden sollte, die eventuell auch die Auflösung dieses Rats sollte beschließen können; allein die Unzufriedenheit hatte sich weiter entwickelt, weil die wirtschaftliche Notlage sich zu stark geltend machte, als daß diese politischen Zugeständnisse noch hätten ausreichen können. So kam es, daß sich im Stillen die Vorbereitungen zu einem Aufstande über die ganze Insel ausdehnten, bis sie im Februar entdeckt wurden. Um so rascher schritten nunmehr die Aufständischen zur That. Die Fahne des Aufstands wurde zwar im Februar zunächst nur in den Provinzen Puerto Principe und Montanzas erhoben; die ganze Lage nahm aber einen so gefährlichen Charakter an, daß General Calleja am 26. Februar den Belagerungszustand über die ganze Insel verhängte und um Sendung neuer Truppen bat. Als darauf gegen Anfang März 8 Bataillone aus Spanien gesandt wurden, hatte sich der Aufstand auch über die Provinzen Santa Clara und Pinar del Rio ausgedehnt. Bald hiernach übte dieser Aufstand einen eigentümlichen Einfluß auf die inneren Verhältnisse Spaniens aus. Das Offizierkorps in Madrid fühlte sich sehr verletzt durch die militärpolitischen Betrachtungen des dortigen angesehenen Blattes „El Resumen“ vom 14. März, worin u. a. gesagt war, die nach Kuba eingeschifften Rekruten seien dringend verdächtig, ihrer Aufgabe mit großer Unlust entgegenzugehen, denn ihre Sympathieen ständen mehr auf Seiten der Aufständischen. In ihrer Erbitterung zerstörten 30 jüngere Offiziere das Redaktionslokal dieses Blattes und mißhandelten das gesamte Personal desselben. Nachdem sodann Castelar's Blatt „Globo“ die Ausschreitungen scharf behandelt hatte, richteten 60 Offiziere eine fürchterliche Verwüstung in dessen Redaktionsräumen an. Als der Generalkapitän von Madrid viele dieser Offiziere verhaften ließ, wurde die Sache noch schlimmer, Major Clavijo versuchte ihn zu töten, und mancher der höchsten Militärs zeigte sich durchaus nicht geneigt, die Ausschreitenden zu verdammen; namentlich fiel es auf, daß, als die Sache in der Deputiertenkammer zur Sprache kam, der neue

Generalkapitän, der Kriegsminister und der General Lopez Dominguez die Hauptschuld auf die Journalisten warfen. Nunmehr erklärten die Leiter aller Madrider Zeitungen dem Ministerpräsidenten Sagasta, daß sie deren Erscheinen einstellen würden, wenn die Regierung die Presse nicht mehr zu schützen vermöge; auf der anderen Seite verlangten tausend Offiziere die Unterdrückung aller Blätter, von denen sie ferner ehrenrührig würden angegriffen werden. In dieser Lage, die unwillkürlich an die vielen militärischen Pronunciamentos unter der Regierung der Königin Isabella erinnerte, wurde der Marschall Martinez Campos zum Generalkapitän von Madrid ernannt, der am 19. März alle Offiziere aufforderte, sich fernerer Kundgebungen zu enthalten, worauf sie sämtlich ihm am 22. März ihre unbedingte Ergebenheit an die Königin versicherten. Da aber die höheren Militärs den Erlaß einer königlichen Verordnung verlangten, wonach die von der Presse gegen das Heer begangenen Verleumdungsvergehen dem Kriegsgericht überwiesen werden sollten, trat das liberale Ministerium Sagasta, das sich seit dem 11. Dezember 1892 im Amte befand, am 24. März zurück, worauf Canovas del Castillo ein konservatives Ministerium bildete, in dem der Herzog von Tetuan das Äußere, Cos Gayon das Innere, der Schutzzöllner Reverter die Finanzen, der Bankier Castellanos aus Saragossa die Kolonien, der beim Heere sehr beliebte General Azcarraga das Militärwesen und Beranger die Marine übernahm. Die Besetzung der übrigen Ministerien erregte in weiten Kreisen großes Befremden, denn zum Arbeitsminister wurde jener Bosch y Fustegueras ernannt, dessen stark angegriffene Verwaltung als Bürgermeister von Madrid 1892 den Sturz des damaligen Ministeriums Canovas del Castillo herbeigeführt hatte; ferner wurde Justiz und Unterricht dem leidenschaftlichen Romero Robledo übertragen, der damals für Bosch Partei ergriffen hatte und noch als derselbe galt, wenngleich er sich in der Zwischenzeit wegen Kränklichkeit der öffentlichen Thätigkeit hatte enthalten müssen.

Canovas stellte sich am 28. März den Kammern mit der Erklärung vor, die Regierung werde sich lediglich bestreben, die ökonomische Lage gesetzlich zu regeln und sie werde die nötige Hilfe nach Kuba senden. Die bald hiernach gemachte Vorlage wegen eines Credits von 1200000 Pesetas für Kriegszwecke nebst der Er-

mächtigung, nötigenfalls Mittel bis zu 600 Millionen aufzunehmen, wurde von den Cortes genehmigt. Sonst ist aus ihrer am 1. Juli geschlossenen Session nichts zu erwähnen. Die Unzufriedenheit über die Ernennung der beiden zuletzt genannten Minister ließ sich auf die Dauer nicht unbeachtet lassen. Gegen Ende November wurde ihr in derbster Weise Ausdruck gegeben durch Herrn Urbina, Marquis de Cabriñana, der in einer veröffentlichten Schrift die groben Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung Madrids aufdeckte und ungeachtet eines deshalb auf ihn verübten Mordanfalls den Minister Boscq am 1. Dezember vor dem Untersuchungsrichter der Veruntreuung im Amte beschuldigte. Eine Massenkundgebung in Madrid am 9. Dezember unterstützte dieses Vorgehen, worauf Boscq und Robledo am 13. Dezember zurücktraten und durch den Staatsratspräsidenten Vinales Rivas sowie den Bankgouverneur Grafen Tejada Valdosera ersetzt wurden.

Zur weiteren Bekriegung der Aufständischen auf Kuba war am 2. April Marschall Martinez Campos ausgesandt, der schon 1878 den vorigen Aufstand der Insel unterdrückt hatte. Nachdem er einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, die Führer der Aufständischen zur gütlichen Beilegung zu bewegen, ließ er die Truppen in drei größeren Abteilungen sich über die Insel verbreiten. Das Kriegsglück war wechselnd; die durch starke Zuzüge aus Nordamerika verstärkten Aufständischen wurden zwar in mehreren größeren und kleineren Treffen geschlagen, aber niemals entscheidend, und Campos entging am 13. Juli nur mit Mühe einer Umzingelung, aus der ihm und seiner Truppe nur durch den heldenmütigen Opfertod des Generals Santocildes der Rückzug ermöglicht wurde. Von August an wurden die Kämpfe heftiger, ohne daß jedoch auch jetzt die 54 000 Mann spanische Truppen etwas Wesentliches zu erreichen vermochten. So begreiflich es ist, daß die Perle der Antillen, die nebst Puerto Rico den Rest der einst so ausgedehnten Besitzungen Spaniens in Amerika bildet, den Spaniern ans Herz gewachsen ist, so scheint doch die Fortdauer dieses Besitzes immer zweifelhafter zu werden. Die Befreiung der Insel aus der wirtschaftlichen Notlage wird immer größer, das arme Spanien kann in dieser Beziehung nicht helfen, ja die Fortdauer des bisherigen Verhältnisses stellt neue Lasten zur Deckung der jetzigen Kriegskosten in Aussicht; damit die Spanier aber nichts mehr finden,

woran sie sich halten, wurde bereits mit der Zerstörung der Zuckerrohrpflanzungen begonnen. Am Jahreschluß war die Lage der spanischen Truppen auf der Insel eine sehr ungünstige geworden.

Ein neuer Aufstand auf der Philippinen-Insel Mindanao wurde im April unterdrückt; auf der Sulu-Insel Tataan aber meuterte die ganze Garnison, ermordete den Kommandanten und begab sich mit den Waffen auf englisches Gebiet. Weiteres Unglück hatte Spanien im April durch den Untergang des Kriegsschiffs „Reina Regente“, im Mai durch den des großen Dampfers „Gravina“ bei Manila, und im September durch den des Kreuzers „Sanchez Barcaiztegui“.

Am 4. Januar starb in Madrid Marschall Pavia, der 1868 die der Königin Isabella treugebliebenen Truppen befehligte, deren Besiegung bei Alcolea die aufständischen Generale an die Spitze gebracht hatte. Einer derselben, Serrano, ließ 1874 durch Pavia die Cortes sprengen, wodurch die Berufung Alfonsos XII. ermöglicht wurde. Am 13. Juni starb Ruiz Zorrilla, der 1870 mit Eifer die Wahl des Prinzen Amadeus von Italien zum König betrieb und sich 1872 vergebens bemüht hatte, dessen wankendes Königtum zu befestigen. Dann begab er sich nach Frankreich, von wo aus er Jahrelang eine bedeutende Verschwörerrolle spielte. Am 8. November starb in Madrid der Marschall de la Concha, dessen Name mit fast der ganzen Geschichte Spaniens in diesem Jahrhundert verwachsen ist.

Das Königreich **Portugal** hatte in diesem Jahre nicht viel Bemerkenswertes aufzuweisen. Die für das Ausland interessanteste Frage, ob der Staat endlich seinen Gläubigern mehr als bisher gerecht werden wolle, muß leider verneint werden. Die wichtigste innere Angelegenheit bestand in der gegen Ende August eingeführten, dem deutschen System nachgebildeten Schulreform; bisher erlernte der Schüler immer nur zwei Fächer und erst nachdem er hierin die Prüfung abgelegt, schritt er zu anderen Fächern, während fortan progressive Prüfungen in allen Fächern stattfinden, auch das Deutsche erlernt werden soll, denn es ist in den höheren Kreisen die Überzeugung durchgedrungen, daß außer der französischen doch noch eine andere Nation vorhanden ist, deren Bildungsstand noch nachahmungswerter erscheint. Die Regierung that überhaupt viel für Unterricht,

namentlich stellte sie viele deutsche Lehrer an. Der Ende Juli in Lissabon stattgehabte internationale katholische Kongreß war nur sehr schwach besucht; er beschloß eine Erklärung zu Gunsten der Herstellung des Kirchenstaats sowie für Unerläßlichkeit des katholischen Charakters der Schule; er verdamnte ferner alle nicht auf christlicher Grundlage aufgebaute Wissenschaft und beschäftigte sich im übrigen mit Festlichkeiten zum Centenarium des heil. Antonius von Padua. Durch königlichen Erlaß vom 25. Januar wurde eine neue Heeresgliederung eingeführt. Wichtiger als die inneren waren die Kolonialangelegenheiten. Sowohl in der ostafrikanischen Kolonie Mozambique als auch in der ostindischen Kolonie gab es Aufstände. Was den Aufstand in Ostafrika betrifft, so sammelte sich im Januar ein Heer der eingeborenen Kaffernbevölkerung zum Sturze der portugiesischen Herrschaft, und es zweifelte dort niemand, daß die Aufreizung hierzu vom Direktor der britisch-südafrikanischen Gesellschaft, Cecil Rhodes und einem Angestellten derselben, dem Dr. Jameson ausgegangen sei, in der Absicht, noch im letzten Momente die von den Engländern solange Zeit verhinderte, endlich durch deutsches Kapital und deutsche Mühen zustande gebrachte Eisenbahn von der Delagoabai nach Pretoria, der Hauptstadt des Transvaalstaats, in die Hände zu bekommen; der Aufstand wurde unterdrückt, erhob aber am 2. Februar aufs neue das Haupt, indem ein starkes Kaffernheer die Hafenstadt Laurenço Marquez bedrohte; die portugiesischen Truppen blieben jedoch trotz ihrer geringen Zahl Sieger, wobei einige Offiziere sich durch großen Heldenmut auszeichneten. Der Aufstand in der ostindischen Kolonie Goa und auf der Sunda-Insel Timor wurde von den eingeborenen Truppen erhoben, die von Ostindien aus aufgestachelt waren. Um schlimmeres zu verhüten, gestand der Gouverneur alle Forderungen zu, was jedoch die Aufständischen in Goa nicht abhielt, die Regierungstruppen nach kurzem erbitterten Kampfe zu übermannen. König Karl traf am 5. Oktober in Paris ein und hatte die Absicht, mehrere europäische Höfe zu besuchen. Der erste Besuch sollte seinem Oheim, dem Könige Humbert von Italien gelten; allein der Papst ließ den König wissen, daß er ihn nicht empfangen würde, wenn er zuvor den König Humbert im Quirinal besucht haben würde. Es war dies derselbe Zwiespalt, der bisher schon katholische Regenten, z. B. den Kaiser von Osterreich, verhindert hatte, dem

Könige Humbert ihren Gegenbesuch abzustatten. König Karl gedachte dem Dilemma zu entgehen durch den Vorschlag, sein Oheim möge ihn in Monza empfangen; dieser aber ging auf den Ausweg nicht ein, der sich wie eine Kapitulation dem Vatikan gegenüber angenommen haben würde. Die Folge war, daß König Karl garnicht nach Italien ging, sondern eine Reise nach Berlin unternahm. — Am 12. September starb der 35jährige Minister des Außern Robo d'Noira und erhielt zum Nachfolger den Gesandten in London, de Soveral.

Belgien, Holland, Luxemburg.

Die sozialdemokratische Bewegung und der Klerikalismus beherrschten in diesem Jahre mehr als zuvor die öffentlichen Verhältnisse im Königreich **Belgien**. Gleich nach Beginn des Jahres zeigten sich alle Parteien in hohem Grade aufgeregt wegen der kundgewordenen Absicht der Regierung, den Kongostaat von Belgien übernehmen zu lassen. Ganz in derselben Weise wie in den letzten Jahren bei der Frage der Verfassungsänderung, erhoben zunächst die arbeitenden Klassen kühn ihr Haupt, um diesen Plan zu verhindern und um das allgemeine Stimmrecht auch für die Gemeindevahlen der Regierung und den Kammern abzuwingen. Die vom König angeregte Annexion des Kongostaats entfesselte einen heftigen antimonarchischen Sturm im Lande; in Lüttich, Gent, Brüssel und im ganzen wallonischen Hennegau erscholl mächtig der Ausruf zum allgemeinen Ausstande; in mehreren wallonischen Städten wurde ganz ungeniert die Fahne der Republik entfaltet, und die sozialistischen Abgeordneten forderten auf, jenen Wunsch der Regierung mit der Fortsetzung der Monarchie zu beantworten. Die Regierung war aber keineswegs gewillt, von ihrem Wunsche abzulassen, sondern schloß am 9. Januar mit dem Kongostaaten einen Vertrag über die Bedingungen von dessen etwaigem Anschluß an Belgien. Dies hatte am 14. Januar eine Volksversammlung in Brüssel zur Folge, in der 10000 Mitglieder verschiedener Parteien sich gegen das Projekt erklärten; ja die Regierung geriet in peinliche Verlegenheit, als sogar in der klerikalen

Partei, auf die das Ministerium sich stützte, großer Widerspruch erhoben wurde.

Dennoch wurde den am 13. November 1894 eröffneten, am 8. Januar wieder zusammengetretenen Kammern am 12. Februar ein Gesetzentwurf wegen Annexion des KongoStaats vorgelegt. Aus der sehr umfangreichen Begründung ging hervor, daß die Einnahmen dieses Staats nur aus den Raten des früher von Belgien gewährten Darlehns von 25 Millionen Fr. und dem 1 Million betragenden Jahreszuschuß des Königs bestehen, daß aber der Staat sich in bedeutenden finanziellen Verlegenheiten befinde infolge der vielen Kriegszüge, die zur Herstellung der Ordnung hatten unternommen werden müssen, und wegen der sonstigen vielen Kosten für die ersten Einrichtungen eines neuen und so großen Staats. Auch war in der Begründung angedeutet, daß ein Abfluß der belgischen Bevölkerung nach Afrika angemessen sein würde, da sie so sehr anwachse, daß man alle 2—3 Jahre eine Stadt von 50000 Einwohnern gründen könne.

Nachdem die Deputiertenkammer die Vorlage an eine Kommission gewiesen hatte, machte sich der Unwille zunächst in sehr erregten Kammerverhandlungen über soziale Fragen Luft. Der radikale Abg. Vandervelde geriet dabei am 25. Januar mit dem Ministerpräsidenten de Burlet hart zusammen, und wegen eines ähnlichen Zwischenfalls legte de Lantsheere den Vorsitz der Kammer nieder, der sodann dem vorigen Ministerpräsidenten Beernaert übertragen wurde. Die Thatfachen, welche der genter Sozialistenführer Anseele in der Kammer zum Beweise vorbrachte, wie sehr die Großindustriellen in Gent gesetzwidrig Arbeiter schädigten und deren Rechte mißachteten, ohne daß die Staatsanwaltschaft dagegen einschreite, machten weithin großen Eindruck und der Justizminister Begerem sagte die Verfolgung der Sache zu. Der Finanzminister de Smet de Nayer legte am 21. Februar das Budget für 1896—1897 vor, das 358969000 Fr. Ausgaben enthielt und mit 1 Million Defizit schloß; am 8. März brachte er einige neue Steuervorlagen ein, von denen die wegen einer Steuer auf Margarine die arbeitenden Klassen aufs neue erbitterte.

Die von den unteren Schichten so dringend verlangte Änderung des Stimmrechts bei den Gemeindewahlen wurde von der

Regierung allerdings aufgegriffen, aber nur in der Absicht, von den Zugeständnissen, die durch Gesetz dem allgemeinen Stimmrecht bezüglich der Kammerwahlen gemacht waren, hier soviel wie möglich zurückzunehmen. Die Hauptbestimmung ging dahin, daß wahlberechtigt nur die Senatswähler seien, und auch diese erst nach dreijährigem Aufenthalt in der Gemeinde; damit war die Berechtigung bis zum 30. Lebensjahre hinaufgesetzt; wer wenigstens 35 Jahre alt, Familienvater oder Wittwer mit ehelicher Nachkommenschaft ist und direkte Staatssteuern von 5—15 Fr. zahlt, sowie wer den Besitz von Grundstücken von mindestens 2000 Fr. Katasterwert oder den Besitz einer Jahresrente von mindestens 100 Fr. nachweist, erhält eine zweite Wahlstimme; die höher gebildeten Wähler erhalten zwei Zusatzstimmen. Diese Gesetzesvorlage wurde, obwohl sie erbitterte Gegner in allen Parteien fand, und trotz des brüskten Auftretens einer Anzahl von Volksaufwieglern, Ende April von der klerikalen Mehrheit beider Kammern genehmigt; bei der ersten Anwendung dieses Gesetzes im November zeigte sich jedoch zum Schrecken der Regierung, daß sein Zweck verfehlt sei, denn in einem Zehntel aller Fälle trugen die Sozialdemokraten den Sieg davon. So war der allgemeine Ausstand, mit welchem der außerordentliche Kongreß dieser Partei am 24. Februar gedroht hatte, zwar vermieden, die indirekte Vereitelung der Arbeiterwünsche aber ebenfalls größtenteils mißlungen. Lokale Ausstände kamen aber doch noch in großer Zahl vor, so in den stark unterwühlten Industriebezirken der wallonischen Provinzen wie im klerikalen Flandern. Der Weberstreik zu Renair in Ostflandern führte Anfang April zu blutigen Zusammenstößen mit Militär.

Was nun die Frage des Kongostaats betrifft, so konnte sich die Kommission der Deputiertenkammer nicht für eine so rasche Übernahme, als die Regierung es wünschte, entscheiden. Diese legte Gewicht darauf, daß der Übergang schon vor dem 1. Juli stattfinden, weil an diesem Tage die Rückzahlung einer von der Kongoregierung bei einem Antwerpener Bankhaus aufgenommenen 6% Anleihe fällig war und im Fall der nicht erfolgenden Rückzahlung das verpfändete Eigentum an 16 Millionen Hektaren Land am Kongo verfallen würde; die Kommission beschränkte sich aber am 24. Mai auf die Erklärung, es sei vorteilhaft, die dem Kongostaat nötigen Mittel als provisorische Kredite zu bewilligen. Damit war der Minister des Außern Graf

v. Merode so wenig einverstanden, daß er am 28. Mai zurücktrat. Sein Fach wurde vom Ministerpräsidenten de Burlet übernommen, der das Ministerium des Innern an den neuernannten klerikalen Schutzöllner Schollaert abtrat, während zugleich der Professor Nyssens in Löwen, der Vater des Pluralwahlsystems, zum Justizminister an Stelle Begerems ernannt wurde. Am 24. Juni legte die Regierung den Kammern zwei neue Gesekzentwürfe bezüglich des Kongostaats vor; nach dem einen sollte ihm vom belgischen Staate ein Darlehn von 5287415 Francs behufs Tilgung obiger Schuld und außerdem die Summe von $1\frac{1}{2}$ Millionen zur Deckung des Ausfalls im Budget vorgeschossen werden; nach dem anderen bewilligt Belgien der Kongo-Eisenbahn-Gesellschaft eine 5prozentige hypothekarische Anleihe. Diese Vorlagen wurden Ende Juni von beiden Kammern genehmigt. Der Annexionsplan war damit zwar gescheitert, aber auch der vom König den Ministern in Aussicht gestellte Fall seiner Abdankung vermieden.

Das klerikale Ministerium setzte ferner bei den ihm ergebenen Kammern die wichtige Änderung des Schulgesetzes von 1884 durch, daß fortan die Schulen und die bürgerliche Existenz der Lehrer nicht mehr ausschließlich der Willkür der Gemeinden überlassen, dagegen der Geistlichkeit ein größerer Einfluß auf die Gestaltung des Unterrichts gesichert wird. Der Unterricht in der Sittenlehre und der Religion soll unzertrennlich verbunden sein und dem Geistlichen vorbehalten bleiben, auch zum Hauptfach im Lehrplan erhoben werden. Dabei ist es darauf abgesehen, den sog. „freien Schulen“, d. h. den bisher nur von den bischöflichen Klassen unterhaltenen Schulen die staatliche Geldunterstützung zukommen zu lassen. Am 13. September wurde das Gesetz vom Könige vollzogen. Nachdem die Kammern sodann noch eine Reihe von Zöllen erhöht hatten, wurde ihre Session am 7. September geschlossen. In der am 13. November begonnenen neuen Session gab es sehr lebhaftere Verhandlungen über die schon seit 25 Jahren auf der Tagesordnung stehende Frage der Heeresreform und über die Schuld des belgischen Hauptmanns Lothaire, der im Dienste des Kongostaats den Händler Stokes hatte hinrichten lassen, was zu diplomatischen Verhandlungen mit anderen Mächten geführt hatte.

Infolge des vom Papst an die belgischen Bischöfe gerichteten

Schreibens (§ 322) erließ im August der Bischof von Gent ein Rundschreiben, in dem er heftig gegen die christlich-soziale Partei loszog, die sich im Mai unter Leitung des Paters Daens gebildet hatte.

König Leopold war infolge der Aufregung gegen das neue Schulgesetz bei mehreren Gelegenheiten öffentlichen Beleidigungen ausgesetzt. Als er am 14. Juli nach Lüttich kam, um der Bürgergarde eine neue Fahne zu überreichen, wurde er während der ganzen Fahrt von dem Rufe der Menge „Nieder mit dem Schulgesetz!“ begleitet. Noch übler gestaltete sich sein Empfang in St. Giles, wo er am 21. Juli zur Eröffnung einer Ausstellung erschien. Die zahlreiche Menge empfing ihn mit den wiederholten Rufen: „Nieder mit dem Schulgesetz! nieder mit dem Kongo!“ und die Sozialisten warfen zahlreiche Papierstreifen in das Publikum, die einen Aufruf zur Hochhaltung der Gewissensfreiheit enthielten; einige dieser Zettel setzten sich an der Uniform und der Kopfbedeckung des Königs fest. Der Völkerrechts-Kongress in Brüssel bezeichnete am 3. Oktober eine internationale Übereinkunft als einzig zweckmäßige Lösung der Streitfälle über Schiffszusammenstöße.

Was das Königreich der **Niederlande** betrifft, so wurde die schon längere Zeit auf der Tagesordnung stehende Frage einer Änderung des Wahlgesetzes von dem im Mai v. J. ins Amt getretenen Ministerium van Houten wieder aufgenommen, nachdem das vorige Ministerium Tak van Poortvliet im März v. J. seine Vorlage zurückgezogen hatte. Der im Juni veröffentlichte neue Entwurf wich vom vorigen nicht bedeutend ab, nur beherzigte er etwas mehr die Bestimmung der Verfassung, welche die Ausübung des Wahlrechts von gewissen Kennzeichen eines bürgerlichen Wohlstandes und der Bildung abhängig macht. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß für die nahezu unbeschränkte Zuerkennung des allgemeinen Stimmrechts gewisse Korrekturen nötig seien, worunter die Einführung des Wahlzwangs. Es wird indes noch geraume Zeit dauern, bis der Entwurf die herkömmliche gründliche Untersuchung in den Ausschüssen der Kammern durchgemacht hat und vor diese selbst gelangen kann. Die Generalstaaten wurden am 17. September durch eine Thronrede eröffnet, in der die Königin-Regentin sagte, der allgemeine Zustand des Landes und der Bevölkerung sei befriedigend,

die Beziehungen zum Auslande freundschaftlich, die Ernte sei gut ausgefallen und die Truppen in Indien hätten leuchtende Beweise von Mut und Ausdauer gegeben. Im vorgelegten Budget für 1896 waren die Ausgaben auf 138 $\frac{1}{2}$ Millionen, der Fehlbetrag auf 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Gld. veranschlagt. Ein Gesetzentwurf wegen Erhöhung der indischen Ausfuhrzölle um 2% wurde von den Kammern abgelehnt, dagegen eine Vorlage wegen Umwandlung der 3 $\frac{1}{2}$ % Nationalschuld im Betrage von 375 Millionen Gld. in eine zu 3% genehmigt. Über den Streit mit Marokko und wie durch Hilfe des deutschen Gesandten in Tanger die Forderungen durchgesetzt worden sind, wurde den Kammern im Nähern mitgeteilt.

Die niederländischen Bischöfe unterließen nicht, dem Papste ihr Bedauern über die vor 25 Jahren eingetretene Aufhebung des Kirchenstaats auszusprechen. Lebhafteren Protest erhob am 19. August eine von früheren päpstlichen Zuaven unter Führung von Charette in Hertogenbosch stattgehabte Versammlung, in der König Viktor Emanuel mit Herodes, Pius IX. mit Christus verglichen wurde. Die Königinnen hielten sich im April in London auf und besuchten im Mai die Städte Hertogenbosch, Tilburg, Nimwegen, Venlo und Maastricht, wurden aber überall ohne Begeisterung aufgenommen. In ersterer Stadt wurden sie am Portal der Hauptkirche vom Domkapitel empfangen und hier, wo vor 311 Jahren die Domherren dem Himmel für die Ermordung Draniens durch ein TeDeum gedankt hatten, durchbrausten jetzt von der Orgel herab die Töne des Wilhelmliedes, einst des protestantischen Schlachtgesangs, die Luft. Beim Besuch der Ausstellung in Amsterdam wurden die Königinnen im August von Sozialdemokraten auf der Straße durch Spottlieder und böse Kundgebungen mittelst kleiner Pfeisken grüßlich beleidigt, ein Betrunkener bot sogar der im Wagen sitzenden jungen Königin seine Schnapsflasche zum Trinken an. Überhaupt begingen die Sozialisten mehrfach solche Ausschreitungen, daß man auch in diesem Lande nach einem Ausnahmegesetz zu rufen begann. Ein Teil der Truppen, die im vorigen Jahre den Feldzug gegen den Sultan der kleinen Sunda-Insel Lombok siegreich beendet hatten, wurden im Juni bei ihrer Heimkehr mit patriotischen Festlichkeiten empfangen, und am 6. Juli verteilte die junge Königin auf dem Malieveld im Haag Ehrenzeichen an die Tapferen, ein Vorgang, der sich seit 1814 nicht

ereignet hatte. Anfang April starb in Kalkutta der frühere holländische Kolonialminister Baron van Deden, am 14. April im Haag der alte Vice-Admiral Jonkheer de Casembroot, der Sieger von 1863 im Kampfe mit Japan, und am 11. Oktober in Hilversum der frühere Minister des Äußern Jonkheer Hartjen.

In einer skandalsüchtigen Zeit, wie der gegenwärtigen, mochte man im kleinen **Luxemburg** mit Skandalen nicht zurückbleiben. In der Landesvertretung hatte der Abg. Blochhausen, der 1885 als leitender Minister zurückgetreten war, den leitenden Minister Eyschen fortgesetzt und in der offensichtlichen Absicht, ihn zu verdrängen, angegriffen, bis endlich Herr Eyschen die Geduld riß und er am 22. Januar erwiderte, Blochhausen sei aus der Regierung unter Umständen geschieden, die für seine Kollegen und die ganze Kammer tief beleidigend gewesen wären. Infolgedessen kam an den Tag, daß Blochhausen damals unter dem Verdacht gestanden hatte, unter mißbräuchlicher Verwendung von Staatsgeheimnissen in Aktien der Prinz-Heinrich-Bahn spekuliert zu haben. Blochhausen verlas einige Tage später eine längere Verteidigung, Eyschen aber erwiderte, Blochhausen sei nicht allein politisch, sondern auch moralisch ein toter Mann. Ein weiterer Skandal bestand darin, daß die sehr rührige Partei der Französlinge, die in diesem national verwahrlosten deutschen Kleinstaate seit Jahren ihr Wesen treibt, sich wieder starke Stücke gegen Deutschland erlaubte. Beim Adolfsfeste in Esch hieß es: „Wir wollen keine Preußen sein!“ und der Bürgermeister von Luxemburg wallfahrtete im August nach Paris und Mars la Tour, wo ihm bei den Feierlichkeiten der französischen Kriegsgedenkstage von 1870 große Ehren erwiesen wurden. Ferner nahm die Luxemburg'sche Presse Teil an einem Verleumdungsfeldzuge, den französische Blätter im September gegen das deutsche Heer wegen dessen Kriegsführung von 1870 unternommen hatten. Das böse Gewissen zeigte sich bald darauf in dem übermächtigen Eindruck, den die Nachricht hervorrief, der deutsche Kaiser habe in Lothringen den Empfang des Großherzogs Adolf abgelehnt. Die Nachricht wurde in Abrede gestellt, der Eindruck aber blieb, obwohl die Regierung zu bestreiten versuchte, daß Ursache vorhanden sei, um über das Verhalten der amtlichen Organe zu dem deutschfeindlichen Treiben in Luxemburg ungehalten zu sein. Dieses setzte sich sodann das ganze Jahr über fort; so sprachen sich

der Bürgermeister und einzelne Stadtverordnete der Hauptstadt erfreut aus über die wegen Geldmangels eingetretene Schließung der evangelischen Schule, weil sie das Preuzentum gepflegt habe. Nach alledem kam es dahin, daß der Ministerpräsident Eyschen im Dezember in der Volksvertretung das Ersuchen an die Presse richtete, im Interesse des Landes von den gegen andere Staaten gerichteten Heterereien abzulassen, deren nachteilige Wirkungen sich in den geschäftlichen wie den amtlichen Beziehungen zu Deutschland zu äußern begannen. Der Kammer wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Branntweinsteuer auf die Höhe der deutschen gebracht werden soll. Das Budget für 1896 enthielt 9,42 Millionen Francs Einnahmen und 8,85 Millionen Ausgaben, worauf diese aus der Zollgemeinschaft mit Deutschland entstandene günstige Lage zur Verminderung der Grundsteuer benutzt wurde.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Im Königreich **Dänemark** pflegt sich vom Herbst bis zum Frühjahr fast das ganze öffentliche Interesse um den Reichstag zu drehen, und da zeigte sich die auffallende Erscheinung, daß das Folkething, trotz des am 1. April 1894 eingetretenen Ausgleichs, die Beratung des Etats mit derselben enormen Langsamkeit vornahm, wie dies in all den Jahren des Verfassungstreits üblich gewesen war; und um so mehr fiel dies auf, als jetzt keine erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung und dem Landsting hervortraten. Freilich war es noch immer der schon 1892 und nach Maßgabe des alten Wahlgesetzes zustande gekommene Reichstag; aber die Neuwahlen nach dem geänderten Wahlgesetze standen ja vor der Thür, da konnte manches anders werden. Aus Vorsicht jedoch und mit Rücksicht auf einige Anzeichen wieder wachsender Opposition im Lande löste die Regierung das Folkething, obwohl sein Mandat noch bis zum 20. April dauerte, am 8. April auf und ließ die Neuwahlen früher, als man allgemein erwartet hatte, schon am 9. April vornehmen, wodurch der Opposition die nötige Sammlungsfrist genommen werden sollte. Die Neuwahlen erbrachten das hiernach

umsomehr überraschende Ergebnis, daß der von der Mehrheit des bisherigen Folkethings am 1. April 1894 geschlossene, die langjährigen Verfassungstreitigkeiten beendende Ausgleich entschieden verurteilt wurde, denn die Gegner desselben erhielten 120000, die Anhänger nur 107000 Stimmen, und es wurden gewählt 24 Mitglieder der Rechten, 28 Mitglieder der Linken, die dem Ausgleich geneigt sind, und 61 Gegner des Ausgleichs, worunter 8 Sozialdemokraten. Am meisten war Kopenhagen bei dem Umschwung beteiligt, denn während von den bisherigen 10 Mandaten der Hauptstadt je 2 den Radikalen und den Sozialisten, die übrigen den Konservativen gehörten, verteilten sich die jetzt 16 Mandate auf 7 Sozialdemokraten, 5 Radikale und nur 4 Konservative. Besonders bemerkenswert war die Niederlage des früheren Kriegsministers Bahjson, des Urhebers der Kopenhagener Landbefestigung, durch den früheren Marinekapitän Bojesen, der die letztere agitatorisch und litterarisch aufs lebhafteste bekämpft hatte.

Nach Vollendung dieses Umschwungs ruhte während der Sommerzeit aller Streit; vielmehr fand im Mai ein Verbrüderungsfest in der Hauptstadt statt, freilich nicht unter Dänen, sondern nur unter skandinavischen Studenten; und am 24. Juni fanden sich 71 fremde Journalisten, von den Festlichkeiten des Nordostseekanals kommend, in Kopenhagen ein, wo sie vom Marineminister Admiral Raven mit einer sehr friedevollen, den Wert dieses Kanals preisenden Rede in französischer Sprache begrüßt wurden. In den Erwiderungsreden der Journalisten war viel von der Edda, von Gorm dem Alten und Knud d. Gr. die Rede, ja ein Redner behauptete, ein Band geistiger Verwandtschaft, das keine Politik auf die Dauer zu lockern vermöge, knüpfe Dänen und Deutsche aneinander. Die Vollendung des Nordostseekanals brachte übrigens in Dänemark den Plan wieder auf, behufs Erhaltung des Nordostseehandels über Kopenhagen den Lymfjord zu vertiefen, wodurch ebenfalls der Umweg um das Skager-Rack und die damit verbundenen Gefahren vermieden werden könnten.

Dem am 7. Oktober eröffneten neuen Reichstage wurde alsbald das Budget für 1896/97 vorgelegt, das die Einnahmen mit 67424000, den Überschuf über die Ausgaben auf 5000 Kronen schätzte. Die Verhandlungen des Folkethings über das Budget gestalteten sich so weitichweifig wie noch nie zuvor und waren im Grunde

nur dadurch von Bedeutung, daß der Ministerpräsident v. Reedtz-Thott insofern eine Schwenkung machte, als er sich auf den gemäßigten Teil der neuen Mehrheit zu stützen suchte, offenbar weil er sich auch von rechts her bedroht sah, nachdem die konservative Fraktion des Landsthings den vorigen Ministerpräsidenten Estrup zu ihrem Vorsitzenden gewählt und damit wieder als Kandidaten für das Ministerpräsidium aufgestellt hatte. Am 24. November beriet das Folkething Gesetzworschläge des Abg. Krabbe wegen einiger Änderungen der Verfassung, jedoch ohne alle Aussicht auf Erfolg. Ebenso aussichtslos war ein am 26. November beratener Gesetzworschlag wegen Einführung des kommunalen Wahlrechts der Frauen.

Aussichtslos erschien ferner ein von den Kammern Islands im September wiederholtes, vom Könige früher schon mehrmals abgelehntes Verlangen, die Verfassung der Insel etwas mehr nach links hin zu ändern. Die Mißstimmung auf den dänischen Antillen-Inseln über die wirtschaftliche Lage erreichte einen bedenklichen Grad, weil die Zuckerernte in den letzten Jahren sehr schlecht gewesen und die Zuckerpreise so stark gefallen waren, daß ein Pfund Zucker nur 6 Pf. kostete. Die Plantagenbesitzer konnten die Löhne nicht mehr bezahlen und zitterten vor einer Erhebung der 17000 Neger auf St. Cruz.

Die königliche Familie erhielt im März den Besuch der verwitweten Czarin, die fortan einen Teil des Jahres im Elternhause zubringen zu wollen scheint. Befremden erregte es, daß die am 17. September geborene Tochter des Prinzen Waldemar katholisch getauft wurde, nachdem, bis auf einen Fall, seit 300 Jahren kein Mitglied der königlichen Familie der katholischen Kirche angehört hat. Am 29. Oktober wurde amtlich bekannt gemacht, daß der 23jährige Prinz Karl, zweiter Sohn des Kronprinzen Friedrich, sich mit der Prinzessin Maud von Großbritannien, der 27jährigen dritten Tochter des Prinzen von Wales, verlobt habe.

Der Reichstag des Königreichs **Schweden** wurde am 17. Januar mit einer Thronrede eröffnet, in der König Oskar über die in der letzten Zeit soviel bewegte Frage wegen Fortdauer der Union mit Norwegen folgendes sagte: „Der Staatsvertrag, der vor 80 Jahren zwischen den beiden Nationen der skandinavischen Halbinsel geschlossen wurde, hat mit Gottes Gnade die lange Dauer der Union mächtig

gefördert. Jede Vereinigung von Mächten legt sicherlich den gegenseitig Verbündeten Verpflichtungen auf. Diese beschränken in gewisser Beziehung die Selbständigkeit der einzelnen Länder; sie geben ihnen aber den Ersatz des gegenseitigen Schutzes und der vermehrten Stärke. Mächten meine beiden Völker immer das Glück und die Vorteile richtig schätzen, die sie durch die Union gewonnen haben. Die Union von 1814 ist, wie alles Menschliche, der Verbesserung bedürftig, der Grundgedanke aber ist ein großer.“ Das dem Reichstage vorgelegte Budget für 1896 enthielt die Einnahmen mit 102844000 Kronen gegen 97041000 im Jahre 1895. Unter den Ausgaben befanden sich 29 Millionen für das Heer, 9 Millionen für die Marine, 10 Millionen für die Staatsschuld. Bei der Beratung des Budgets in der ersten Kammer kam der politische Streit mit Norwegen zur Sprache, wobei ein Redner als letzten Schritt zur Lösung ein Eingreifen mit bewaffneter Hand erwähnte, jedoch sei hiervon abzuraten, da die Union, wie sie einmal bestche, nicht das Opfer eines einzigen Schweden wert sei, sodaß es das Vernünftigste sein würde, das Band zu zerreißen und die Norweger ihre eigenen Wege gehen zu lassen; in einigen Jahren würden sie gern eine neue Union eingehen wollen. Dagegen machte ein anderer Abgeordneter geltend, die Union habe Schweden zuviel gekostet, als daß man sie jetzt ohne weiteres preisgeben könnte. Andere rieten zur Änderung der Unionsakte, wieder andere zur Aufhebung des unter dem Namen des Zwischenreichsgesetzes bekannten Handels- und Schifffahrtsvertrags mit Norwegen. Dieser Vorschlag fand, da der Unwille über das Verhalten Norwegens immer größer geworden war, vielen Anklang. Als die Kammern hierüber am 13. Mai berieten, wurde in der ersten Kammer mit großem Übermuth gegen Norwegen gedonnert, der Präsident mußte sogar zu dem im Reichstag noch äußerst selten vorgekommenen Ordnungsrufe greifen, weil ein Redner es als norwegische Lüge bezeichnete, daß Norwegen nicht als erobertes Land zu behandeln sei. Der Minister des Außern, Graf Lewenhaupt, wurde von der Kammer fast mit Verachtung behandelt, als er nachwies, daß der ganze schwedische Vorschuß an Norwegen noch nicht 6000 Kronen betrage; dagegen wurde einer der heftigsten Hezer gegen Norwegen, Prof. Alin, mit starkem Beifall begrüßt, als er ausführte, daß die völlige Revision nicht bloß die eigentlichen Be-

stimmungen hinsichtlich der Union, sondern auch die norwegische Verfassung mit umfassen müsse, und zwar im Sinne einer Verstärkung der königlichen Macht dem Storthing gegenüber. Schließlich einigten sich beide Kammern dahin, daß der Handelsvertrag mit Norwegen vor dem 1. August zu kündigen sei, um am 1. August 1897 sein Ende zu erreichen. Soweit also hatten es die Norweger mit ihrem Rütteln an der Union schon gebracht, daß ihnen die Vorteile dieses Vertrags verlustig gehen und sie fortan größere Lasten tragen müssen. In Übereinstimmung mit der Haltung des Reichstags empfing die Bevölkerung Stockholms am 2. März und am 5. April den König bei seiner Rückkehr aus Christiania mit stürmischen Kundgebungen. Das schwedisch-norwegische Unionskomitee hielt mehrere Wochen lang Sitzungen und wurde am 5. Dezember vom Könige empfangen, der es ermahnte, nicht zu vergessen, daß es von einem gemeinsamen Könige berufen sei; die Bestimmung der Unionsverfassung, daß beide Reiche unter einem Könige vereint sein sollen, beschränke ja allerdings die Selbständigkeit des einzelnen Reichs auf gewissen Gebieten; darin liege aber nicht eine Herabsetzung für das einzelne Reich, und die Gleichberechtigung der verschiedenen Bevölkerung werde dadurch nicht verändert.

Am 16. März wurde der Minister ohne Portefeuille Werfäll an Stelle Boström's zum Finanzminister ernannt und am 1. Juni trat an Stelle des Grafen Lewenhaupt Graf Ludwig Douglas als Minister des Äußern, dessen Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Herausforderung Norwegens aufgefaßt wurde. Am 20. Februar starb in Stockholm Frhr. v. Ugglas, der Finanzminister von 1867/70.

Im Königreich **Norwegen** drehte sich das ganze Jahr über alles um die Frage der Union mit Schweden. Wiewohl die Wahlen zum neuen Storthing im vorigen Jahre eine radikale, unionsfeindliche Mehrheit erbracht hatten, lag für die Radikalen doch viel Grund zum Nachdenken vor, denn der ihnen scheinbar günstige Wahlausfall bedeutete doch eine bittere Enttäuschung für sie, weil die geringe Mehrheit jede Aussicht nahm, das trotz seiner Niederlagen die Geschäfte fortführende konservative Ministerium in Anklagestand zu versetzen, und weil die Gesamtzahl der radikalen Wähler die der gemäßigten um höchstens nur 500 überstieg. Diese Wahrnehmungen

kühlten die radikalen Leidenschaften ab und veranlaßten die radikalen Führer zu bescheidenerem Auftreten sowie ihre Organe zu einer maßvolleren Sprache. Es gewann den Anschein, als würden die Radikalen sich unter Umständen bereit zeigen, die aus Gründen der Union wie aus internationalen Rücksichten undurchführbare Forderung der Errichtung eines besonderen norwegischen Ministeriums des Äußern aufzugeben, um eigene norwegische Konsularvertretungen durchzusetzen.

Das seit dem 2. Mai 1893 im Amt befindliche Ministerium Stang hatte nur noch die Aufgabe, die Unionskrise bis zu den Neuwahlen hinzuhalten, da die Verfassung dem Könige das Recht der Reichstagsauflösung nicht gewährt. Daher bat es am 31. Januar, kurz vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags, um Entlassung; die Lage gestattete jedoch nicht eine baldige Entschließung hierüber, sondern der König glaubte zunächst zusehen zu müssen, wie er aus dem Dilemma zwischen seinen Pflichten und den Forderungen der radikalen Volksvertretung herauskommen könne. Wohl im Vertrauen auf die ins Wanken gekommene Haltung der Radikalen, wandte er sich, noch vor der feierlichen Eröffnung des Reichstags, privatim an die Führer der Linken wegen einer Verständigung. Zunächst stellte er in einem Schreiben vom 12. Februar an den Stortingspräsidenten Nielsen den Satz auf, daß das Storting den Weg der Verhandlungen nicht abweisen dürfe, wenn es Änderungen an dem seit 1814 bestehenden Unionsverhältnisse erstrebe. Obwohl die Antwort wenig entgegenkommend lautete, ließ sich der König zu einem zweiten Schreiben herbei, in dem er um deutliche Auskunft bat, ob die Linke an dem festhalte, was sie in der vorigen Session als das Recht Norwegens bezeichnet hatte. Nach Empfang einer bejahenden Antwort unternahm der König noch einen dritten Annäherungsversuch, der jedoch namens der Radikalen vom früheren Ministerpräsidenten Steen zurückgewiesen wurde. Hiernach eröffnete der König am 19. Februar den neuen Reichstag, erwähnte jedoch in der Thronrede nur die zur Vorlage bestimmten unpolitischen Vorlagen, und ersuchte am 27. Februar das Ministerium Stang um Zurücknahme seines Entlassungsgefuchs. Als es jedoch auf dem Rücktritt beharrte, wandte er sich an Sverdrup, den Führer der gemäßigten Linken, der zwar den Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums nicht annahm, aber in seinem Organe kundgeben ließ, der König habe

in der Besprechung mit ihm keineswegs eine Zurücknahme der früheren schroffen Storthingsbeschlüsse als Bedingung für den Beginn von Verständigungsverhandlungen beider Reiche bezeichnet. Nachdem noch ein Versuch, durch den Staatsrat Thorne ein neues Ministerium zu bilden, gescheitert war, verließ der König mit dem Kronprinzen Christiania und wurde bei seiner Ankunft in Stockholm, wie schon oben erwähnt, mit großer Begeisterung empfangen. Ende März kehrte er nach Christiania zurück, wo das Ministerium Stang ihn ersuchte, sich wegen Bildung eines neuen Ministeriums nochmals an die Linke zu wenden. Dies lehnte der König mit dem Bemerken ab, daß der Führer dieser Partei, Steen, als Storthingspräsident unterlassen habe, einen Redner zur Ordnung zu rufen, der den König einen fremden Mann aus fremdem Lande genannt habe. Überhaupt schlug der König jetzt andere Seiten an; man sollte offenbar nicht wäghen, daß er sich alles glaube gefallen lassen zu müssen. Bevor er sich am 1. April nach Stockholm zurückbegab, sandte er dem Ministerpräsidenten Stang ein Schreiben, in dem er sagte: solange die Mehrheit des Storthings ihre gegenwärtige Haltung nicht ändere, verbiete ihm seine Stellung, sich nochmals an diese Mehrheit zu wenden; die Verfassung kenne keine Bestimmung, wonach er gezwungen sei, als Minister nur Mitglieder der Storthingsmehrheit oder Parteigenossen derselben zu wählen; da er trotz seiner ehrlichen Bestrebungen keine Möglichkeit sehe, ein anderes Kabinet zu bekommen, so müsse das Ministerium Stang weiterhin im Amte verbleiben. Hierdurch geriet die Mehrheit des Storthings in große Verlegenheit, und es bildeten sich drei Gruppen, von denen die eine für eine Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium stimmte, die andere ihm durch allerhand an das Budget zu knüpfende Bedingungen das Regieren unmöglich machen wollte, und die dritte eine Adresse an den König vorschlug. Einig waren alle diese Gruppen nur darin, daß die Linke zu weit gegangen sei und einen demütigen Rückzug antreten müsse; auch schien die in Schweden kriegerisch gewordene Stimmung nicht ohne Eindruck geblieben zu sein; dazu kam, daß am 27. April das Ministerium Stang sein Entlassungsgesuch geradezu zurücknahm. Um der Wandlung der Dinge zum Durchbruch zu verhelfen, richteten am 4. Mai 56 der angesehensten Männer aller Parteien an den Storting eine Vorstellung, in der sie es als im höchsten Grade

unpolitisch unklug bezeichneten, wenn das norwegische Volk sich gegenüber der von Schweden gezeigten Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ablehnend verhalten wollte; man möge die kleineren Rücksichten in den Hintergrund treten lassen. Nachdem sodann Stang am 25. Mai im Storting erklärt hatte, der Streit sei dergestalt auf die Spitze getrieben, daß die Lage ernst und kritisch werden könne, und nachdem ferner Michelet auf die von Schweden vollzogene Kündigung des Handelsvertrags sowie auf die Bewilligung eines Kriegsfonds von $8\frac{1}{2}$ Millionen in Schweden hingewiesen hatte, bekannte sich das Storting am 30. Mai und 7. Juni zur Versöhnungs-Politik, indem es mit 90 gegen 24 Stimmen endlich die Bereitwilligkeit aussprach, über die Streitfragen in Verhandlungen zu treten.

König Oskar, der somit seine Sache durchgesetzt hatte, kehrte am 15. Juni wieder nach Christiania zurück; seine Bemühungen zur Bildung eines neuen Ministeriums scheiterten jedoch abermals. Sowohl Everdrup erwies sich hierzu außer Stande, als auch am 20. Juni der Staatsrat Bonnevie; überhaupt zeigte sich das Storting in einigen Punkten immer noch recht oppositionell. Für außerordentliche Heeresbedürfnisse bewilligte es 3370000, für das außerordentliche Marinebudget 11925400 Kronen, auch genehmigte es den Ersatz der von Schweden für die Diplomatie und das Konsulatswesen gemachten Auslagen; an die Bewilligung des Universitätsbudgets knüpfte es jedoch abermals die Bedingung, daß es bei der Wiederbesetzung erledigter Professuren mitzureden habe, endlich lehnte es die Tafelgelder für die norwegischen Minister in Stockholm ab. Erst am 14. Oktober kam ein neues Ministerium aus Mitgliedern der gemäßigten Linken unter Vorsitz von Hagerup zu Stande. Nach all diesen Schwierigkeiten konnte König Oskar am 4. November zufrieden den Jahrestag der Vereinigung beider Reiche durch eine Prunktafel in Christiania feiern. In der Tischrede sprach er den innigen Wunsch aus, daß die 1814 geschlossene Vereinigung zum Wohle der Brudervölker für alle Zeit erhalten und befestigt bleiben möge. Am 5. November wurde in Stockholm die norwegisch-schwedische Unionskommission zur Verhandlung über die Streitfragen eingesetzt. Wie sich der König zu ihr äußerte, ist schon unter Schweden erwähnt.

Schweiz.

In der Schweiz war man heuer vielfach mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigt und in den drei Sessionen der Bundesversammlung kamen mehrere wichtige Gesetze zu Stande. Zunächst eine Eisenbahn-Novelle, wonach die Eisenbahnaktien fortan Namensaktien sein müssen, wofern sie ihren Trägern das Stimmrecht verleihen sollen; auch wurde den Kantonen eine starke Vertretung in den Verwaltungsräten sowie dem Bundesrate ein fast willkürliches Vetorecht gegen Beschlüsse der Eisenbahngesellschaften zuerkannt. Ferner kam es zu einem Bundesgesetze über Errichtung einer schweizerischen Bundesbank als Folge des im Jahre 1891 durch Volksabstimmung angenommenen neuen Verfassungsartikels über Einführung des Banknoten-Monopols. Für die Befestigung des Furka-Passes gegen die neue Grimselstraße hin wurde ein Ergänzungskredit von 120000 Francs bewilligt. Der Nationalrat beschäftigte sich ferner mit einem Gesetze über das Rechnungswesen der Eisenbahnen, worüber jedoch der Ständerat erst im nächsten Jahre beraten will.

Die wichtigsten gesetzgeberischen Fragen unterlagen nicht mehr dem Bundesrate und der Bundesversammlung, sondern der allgemeinen Volksabstimmung. Es handelte sich um drei Gesetze, für die eine Änderung der Bundesverfassung nötig sein würde: das Gesandtschaftsgesetz, das Zündholz-Monopol und das Heerwesen. Im ersteren Falle fragte es sich, ob dem Bundesrate das Recht eingeräumt werden solle, auf dem Bundeswege neue Gesandtschaften zu errichten, Gesandte abzuuberufen und neue zu ernennen, welche die wirtschaftliche und politische Interessenvertretung im Auslande zu wahren haben. Bei einem Bundesstaate wie die Schweiz hätte sich dieses Recht zwar von selbst verstanden, thatsächlich befindet sich aber das Volk im Besitze des Rechts, gegen Bewilligungen für das Gesandtschaftswesen die Volksabstimmung zu ergreifen und nötigenfalls die Gewährung des Gehalts zu hintertreiben. Solche Fälle sind schon vorgekommen, zuletzt 1884, wo die Gehaltserhöhung des Gesandten in Washington an der Volksabstimmung scheiterte. Gegen die jetzt beantragte Abschaffung dieses Volksrechts erhob sich eine Agitation, bei der die

Parole lautete: keine Verkürzung der Volksrechte. Wirklich wurde das neue Gesetz am 3. Februar mit 171732 gegen 122396 Stimmen abgelehnt. Es wäre nicht so gekommen, wenn nicht 300000 Bürger aus Gleichgültigkeit oder Widerwillen sich der Stimme enthalten hätten. Bei der zweiten Frage, der wegen Einführung des Zündhölzchen-Monopols, handelte es sich weder um Stärkung der Bundesgewalt, noch um einen Gewinn für den Fiskus, sondern nur um Beseitigung der Phosphor-Nekrose, jener schrecklichen Berufskrankheit, die so viele Opfer ergreift, daher die Bestimmung dahin ging, daß ein Reinergebnis zur Bervollkommnung des Fabrikats und der Herabsetzung des Verkaufspreises verwandt werden solle. Bei der Volksabstimmung über diese schon seit Jahrzehnten spielende Frage am 29. September sprachen sich nur 139226 Stimmen dafür, aber 174679 dagegen aus. Die Mehrheit, welche dieses Stück Arbeiterschutz ablehnte, ließ damit im Unklaren, auf welche andere Weise der Zweck sollte erreicht werden können. Die dritte Frage, betreffend das Militärwesen, war die wichtigste. Während die bestehende Heeresorganisation die Vorrechte der einzelnen Kantone inbezug auf das Heerwesen ängstlich wahrt und hiernach jeder derselben fast die ausschließliche Verfügung über den von ihm aufgestellten Truppenkörper sowie die alleinige Sorge für dessen Bekleidung, Ausrüstung und Unterhaltung besitzt, sollte jetzt das gesamte Heerwesen aus wichtigen Gründen der Vaterlandsverteidigung Bundesangelegenheit werden. So einfach, notwendig und zeitgemäß dem gesunden Menschenverstande die beantragte Reform sich darstellte, so bestanden doch gefährliche Stimmungen dagegen. Aber es mußte sich hier zeigen, ob das Schweizervolk reif genug ist, den modernen Staat mit allen nötigen Befugnissen auszustatten oder ob die schweizerische Wehrkraft nur für Schützenfeste gut ist. Die vor 25 Jahren gegen die Bourbafische Armee gemachten Erfahrungen schienen eine hinreichend deutliche Sprache zu reden. Dennoch wurde auch diese Reform am 3. November mit 258169 gegen 192207 Stimmen abgelehnt, vielleicht nur aus Scheu vor den 1186000 Francs Mehrkosten. Den Gegnern der Volksabstimmung boten diese drei Fälle begreiflich gewichtige Beweise für die Schädlichkeit der ganzen Einrichtung. Bezüglich der Centralisation des Heerwesens that der Bundesrat einstweilen sein Möglichstes durch eine Verordnung über die Errichtung von Armeekorps. Die schon lange geplante Frage

der Durchstechung des Simplons wurde mit Eifer aufgenommen und eine schweizerisch-italienische Konferenz tagte hierüber in Bern. Der auf 19730 Meter Länge veranschlagte Tunnel soll den Monte-Leone-Gebirgsstock in der Richtung von Nordwesten nach Südosten unterfahren und das Rhonethal bei Brieg mit dem Diveriathal bei Nfelle verbinden. Die Kosten sollen 59 Millionen Francs betragen. Nach monatelangen Verhandlungen kam am 25. Juni ein neuer Handelsvertrag mit Frankreich zu Stande.

Was die einzelnen Kantone betrifft, so wurde in Solothurn eine Änderung der Verfassung mit Einführung des Proportionalwahlsystems beschlossen. Im Kanton Bern kam eine ultramontano-sozialdemokratische Bewegung für direkte Wahl der Regierung und des Obergerichts durch das Volk auf. In Zürich und Basel wurden Vorbereitungen zur Einführung jenes sog. „Proporz“ getroffen. Einige andere Kantone unternahmen, nach dem Vorgang von St. Gallen, Versuche zur Einrichtung von Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit. — Am 5. Mai starb in Genf 77jährig der bekannte Professor der Geologie, später der Zoologie Karl Vogt, früher in Gießen, 1848 eifriges demokratisches Mitglied des Vorparlaments, der deutschen Nationalversammlung, 1849 des Kumpfparlaments in Stuttgart und der Reichsregentschaft. Der Bundesrat Schenk, der sechsmal die Würde eines Bundespräsidenten bekleidete, starb am 18. Juli in Bern infolge eines schweren Unfalls. Basilius, seit 1875 Fürstabt von Kloster Einsiedeln, starb am 28. November.

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Die Abnormität, daß ein Staat wie das Osmanische Reich sich in der Reihe der modernen europäischen Staaten befindet, trat kaum jemals so grell als in diesem Jahre hervor, denn die Verfolgung von Christen in verschiedenen Reichsteilen übertraf an Ausdehnung und Heftigkeit diejenige, die in den 1850er Jahren den Anlaß zum orientalischen Kriege abgegeben hatte. Die Schauplätze der neuen Unruhen waren Armenien und Syrien. Die schon im vorigen Jahre begonnenen Verfolgungen der Armenier setzten sich in

der kleinasiatischen Provinz Bitlis fort. Nach den Untersuchungen einer nach Musch in der Nähe des Wan-Sees gesandten europäischen Kommission lag der erste Anlaß in Räubereien eines kurdischen Stammes. Die Beschwerden, welche die Armenier bei den türkischen Behörden hierüber erhoben, hatten die Folge, daß der türkische Befehlshaber dieser Gegend seine Soldaten auf Grund eines angeblichen Befehls des Sultans ermächtigte, alle aufständischen Armenier zu vernichten. Dies wurde u. a. in der Art ausgeführt, daß 365 im türkischen Lager Schutz suchende Personen plötzlich Nachts abgeschlachtet und, Tote wie Sterbende, in eine große Grube geworfen wurden. Sodann wurden 40 armenische Dörfer von den türkischen Truppen eingeeäschert, die dabei die größten Unmenschlichkeiten begingen. Infolge dessen erschien Ende März in London eine Abordnung von Armeniern mit der Bitte, die Ernennung eines unter europäischer Aufsicht stehenden Statthalters zu bewirken. In der That nahmen sich England, Frankreich und Rußland der Bedrängten an; ihre am 11. Mai gemachten Vorschläge zu einer Reform der Verwaltung der von den Armeniern bewohnten 6 Vilajets Erzerum, Bitlis, Wan, Sivas, Mamuret-ul-Aziz und Diarbekir wurden jedoch abgelehnt, obwohl auch Oesterreich dem Sultan zur Gewährung geraten hatte. Nachdem aber Anfang Juni Dschewad Pascha des Großvezierats enthoben, Mehemed Said Pascha zu seinem Nachfolger, und an dessen Stelle Turkhan Pascha zum Minister des Äußern ernannt war, erklärte sich die Pforte am 16. Juni, in Gemäßheit ihrer im Berliner Vertrage von 1878 übernommenen Verpflichtungen, zur Annahme jener Vorschläge bereit, nur wünschte sie, daß einige derselben erst noch näher beraten würden. Nachdem dies geschehen, machte die Pforte um Mitte August einige Gegenvorschläge, worüber um Mitte September eine Einigung mit jenen Mächten fast zu Stande kam. Aber vom 30. September bis Mitte Oktober ereignete sich das Schlimmste in Konstantinopel selbst: an drei Tagen und drei Nächten kam es in den Straßen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Türken und Armeniern, die mit derselben Grausamkeit wie in Kleinasien verfolgt wurden, zum Teil wiederum infolge Aufhebung durch Beamte. Die Botschafter der großen Mächte erhoben schon am 2. Oktober mittelst gemeinsamer Note Beschwerden an die Pforte, die am 5. Oktober zusagte, alles

aufzubieten, um die aufgeregte Stimmung zu beruhigen und strenge Maßnahmen zur Verhütung fernerer Vorkommnisse dieser Art zu treffen. Damit stand in Verbindung, daß an Stelle Said Paschas Kiamil Pascha zum Großvezier und ersterer an Stelle Turkhan Paschas zum Minister des Äußern ernannt wurde. Trotz jener Zusage wiederholten die Botschafter am 6. Oktober ihre Beschwerden, unter näherer Schilderung der ganzen Gefahr, insbesondere der Unzuverlässigkeit der Behörden. Auf diese und nochmals am 9. Oktober erhobene Beschwerden antwortete die Pforte am 12., indem sie die Ausschreitungen der Behörden wie der türkischen Bevölkerung bestritt und die Hauptschuld den Armeniern zuschob. Nachdem aber am 16. Oktober die Konferenzen von Vertretern der Pforte mit den Botschaftern über die einzuführenden Reformen beendet waren, erging am 19. Oktober ein Erlaß des Sultans, wonach in den armenischen Gebieten ein außerordentlicher Kommissar bestellt, ihm ein christlicher „Ablatus“ beigegeben, das christliche Element in den Ämtern berücksichtigt und eine Kontrolle seitens der Botschafter eingeführt werden sollte. Dem zum Gouverneur der armenischen Bezirke ernannten Schakir Pascha wurde eine strenge Überwachung der Reformen zur Pflicht gemacht. Er war übrigens noch kaum dort angekommen, als am 25. Oktober und den folgenden Tagen 500 Muhamedaner bei Baiburt, an der Straße von Erzerum nach Trapezunt, viele armenische Dörfer erstürmten und verbrannten. Dies hatte zur Folge, daß Massen von Armeniern im Bezirk Diarbekir die Moscheen der Hauptorte angriffen, worauf es Mitte November zu einer Reihe blutiger Zusammenstöße in Kleinasien kam. Die türkischen Truppen in Zeitun im früheren Cappadocien wurden von den Armeniern eingeschlossen, am 15. November zur Übergabe gezwungen, dann in der Stadt gefangen gehalten und, als anderen Truppen der Entsatz nicht gelang, am 15. Dezember niedergemacht. Die Unruhen dehnten sich im November weiter aus nach der früheren Landschaft Pontus und nach Syrien; in Kharput wurden 700 Menschen getötet und im Libanon erneuerte sich der alte Streit zwischen Drusen und Christen. Die aufgebotenen zwei Armeekorps konnten die Ruhe nicht herstellen; auch der am 6. November ernannte Großvezier Rifaat Pascha vermochte nichts neues zur Beruhigung zu thun; daher erhoben die Botschafter am 9. November wiederum ernste Vor-

stellungen, und die Großmächte, deren Einigkeit in diesen Fragen Lord Salisbury an demselben Tage in seiner Rede beim Londoner Lordmayorsbankett mit Befriedigung hervorhob, sandten am 19. November ihre Geschwader nach der Levante. Das Begehren der Botschafter nach Gestattung eines zweiten Stationschiffs vor Konstantinopel wurde vom Sultan erst nach vielen Schwierigkeiten am 10. Dezember genehmigt. Gegen Ende November fanden wieder Gewaltthätigkeiten in Erzerum statt, infolge dessen 14000 Menschen nach Wan flüchteten; in Marasch am Halys und in Cäsarea wurden viele hundert Menschen getödet. — Rustom Pascha, einer der besten türkischen Diplomaten, starb am 20. November als Botschafter in London.

Nachdem am 30. Mai v. J. Stambolow, der Bismarck **Bulgariens**, aus seiner Stellung verdrängt war, nahm in diesem Fürstentum das Unheil seinen Lauf. Im direktesten Gegensatz zur patriotischen Unabhängigkeitspolitik des gestürzten Staatsmannes befolgte das Ministerium Stoilow eine russenfreundliche Richtung, und die nach Zankow's Rückkehr neubelebten Russenfreunde im Lande gingen darauf aus, Stambolow und seine Anhänger mit um so größerer Gehässigkeit zu verfolgen, als er seine Politik mit Strenge durchzuführen bestrebt gewesen war. Leidend und der Verfolgungen müde, bat Stambolow am 6. Juli den Regenten um die Erlaubnis, behufs Benutzung eines auswärtigen Bades Bulgarien verlassen zu dürfen; die Untersuchung seiner früheren Regierungshandlungen, mit der die Sobranje im Dezember 1894 eine Kommission betraut hatte, könne nicht entgegenstehen, da keine ernstliche Beschuldigung gegen ihn erhoben sei; dazu komme, daß die Mörder seiner früheren Genossen schon auch sein Haus zu umschleichen pflegten. Der Regent Prinz Ferdinand, der nur durch Stambolow an die Spitze des Staates gelangt war, lehnte jedoch die Bitte ab. Statt dessen brachte das halbamtliche Blatt „Mir“ am 13. Juli einen heftigen Artikel gegen Stambolow, der der niederträchtigsten und abscheulichsten Handlungen fähig sei und dessen Haus eingeeichert werden müsse, damit man aus dessen Trümmern Stambolows Knochen auflese. In solcher Atmosphäre glaubten die Mörder nicht mehr lange warten zu brauchen. Als Stambolow am 15. Juli abends mit Petkow aus dem Unionklub heimkehrte, wurde er von drei Kerlen

überfallen und an den Armen so schwer verwundet, daß beide abgenommen werden mußten. Der Vorgang ereignete sich mitten im belebtesten Teile Sofias und in der Nähe von Polizisten, die jedoch, statt den Mördern nachzueilen, Stambolows Diener verhafteten. Im Auslande machte der Vorgang den Eindruck, daß die Regierung Stoilows moralisch schuldig oder wenigstens mitschuldige sei, weil sie durch ihr Verhalten gegen Stambolow und gegen seine fortgesetzte politische Mißhandlung ihn gewissermaßen als vogelfrei hinzustellen schien, sodaß er leicht als Opfer der Rache von Genossen derer fiel, die er einst behufs Befestigung der Zustände als russische Wähler hatte hinrichten lassen. Bulgarien erschien nunmehr aller Sympathieen entkleidet und der Thron Ferdinands von Koburg allen Winden schutzlos preisgegeben zu sein. Am 18. Juli erlag der Mann, der 1886 Bulgariens Unabhängigkeit gegenüber den schändlichsten Ränken der Russenfreunde gerettet hatte, seinen schweren Wunden. Seine Freunde versicherten jetzt, der Regent habe Interesse an diesem Ausgange gehabt und die Gattin des Ermordeten wies mit Entrüstung den vom Regenten gesandten Franz mit dem Bemerken zurück, Stambolow habe sterbend den Prinzen für seinen Tod verantwortlich gemacht, worauf der Prinz den Zivil- und Militärbeamten die Teilnahme am Leichenbegängnis untersagte. Dieses fand am 20. Juli unter Teilnahme einer großen Menschenmenge statt und wurde durch Kundgebungen von Russenfreunden empfindlich gestört.

An demselben Tage traf die schon unter Rußland (S. 260) erwähnte Abordnung russenfreundlicher Bulgaren unter Führung des Metropolitens Element, dieses Hauptverschwörers gegen den vorigen Fürsten Alexander, in Moskau ein, wo sie ebenso wie in Petersburg von Panславisten aufs freudigste begrüßt wurde. Bei ihrer Rückkehr am 4. August wurde sie von den meisten Ministern auf dem Bahnhof feierlich empfangen, wodurch Element sich berechtigt fühlte, auf die Kundgebungen der Menge vor seinem Hause in einer Ansprache offen zu bekennen, daß sich die Abordnung auf Wunsch des Prinzen Ferdinand und der Regierung nach Rußland begeben habe. In einigem Zusammenhang mit der russenfreundlichen Bewegung stand eine weit verbreitete Parteinahme für die in Mazedonien wohnenden Bulgaren, deren Schulen von den türkischen Behörden geschlossen waren, und ein am 10. April in Sofia

tagender „mazedonischer Kongreß“ stellte bestimmte Forderungen zur endlichen Durchführung der betreffenden Bestimmungen der Berliner Kongressakte. Obwohl sich der Regent alle Mühe gab, zu beschwichtigen, fanden die Vertreter der Dreibundsmächte und Englands allen Anlaß, sich beschwerend an die bulgarische Regierung zu wenden, worauf diese am 24. Juni antwortete, sie habe sich jenen Bestrebungen nicht widersetzen können, ohne mit den Gesetzen und den Gefühlen der Mehrheit des Volkes in Widerspruch zu geraten; die in letzter Zeit aus Mazedonien nach Bulgarien ausgewanderten 65000 Menschen glaubten eben, durch moralische Agitationsmittel die gleiche Teilnahme erregen zu dürfen, wie die ebenfalls in andere Länder geflüchteten Armenier für ihre unter dem türkischen Joch zurückgelassenen Genossen. In seiner Rede zur Eröffnung der Sobranje am 31. Oktober rühmte Prinz Ferdinand den trefflichen Empfang, der obiger Abordnung in Rußland zuteil geworden sei, und drückte die Hoffnung aus, daß bei einiger Geduld „die Beziehungen zu der Schwester-nation, die uns befreit hat,“ sich bald so gestalten würden, wie sie sein sollten. Bei der Staatsberatung glaubte Minister Stoilow am 6. November feststellen zu können, daß über die Frage der Annäherung an Rußland alle Parteien einig seien. Die Sobranje legte in ihrer Antwort auf die Eröffnungsrede ein Hauptgewicht auf die vorzunehmende Umtaufe des „Erprinzen“ Boris. Prinz Ferdinand gab in seiner Erwiderung am 11. November zu, daß dies eine Frage sei, die mit Recht die Nation beschäftige; er habe ja auch die Absicht, den Jungen in der Achtung vor der nationalen Kirche zu erziehen; aber man möge bedenken, daß das ihm abverlangte Opfer der Umtaufe schwer und überaus schmerzlich sein würde, weil er und seine Frau streng an der römischen Kirche festhielten; hoffentlich werde die Lösung der Frage bald gelingen. Sie gelang jedoch bis Jahreschluß nicht. Der am 10. November geborene zweite Sohn des Regenten wurde ebenfalls römisch-katholisch getauft, und zwar auf den Namen Cyrill, der ebenso wie Boris die Bulgaren anzuhelmeln und ihnen eine Entschädigung für jene Art von Taufe sein zu sollen schien. Am 4. Dezember erstattete die Untersuchungskommission der Sobranje ihren Bericht über die Regierungshandlungen Stambolows, und sie wollte nun, da er sich nicht mehr verteidigen konnte, eine Reihe starker Unregelmäßigkeiten in seinem „Regime der Tyrannei“ gefunden haben.

Im Königreich **Rumänien** trat insofern ein Umschwung ein, als das seit 1892 im Amt befindliche konservativ-junimistisches Ministerium Catargi allmählich alle Stütze in der Deputiertenkammer verlor, sodaß es, nachdem im Mai alle Liberalen aus beiden Kammern ausgetreten waren, am 15. Oktober zurücktrat, worauf der Fürst Demeter Sturdza, Führer der Liberalen, ein neues Ministerium bildete. König Karol weihte am 26. März die neue Universität in Bukarest ein, wobei er eine von reiner Vaterlandsliebe beseelte Rede hielt; am 26. September wohnte er mit der Königin, dem Kronprinzlichen und dem Erbprinzlich Sachsen-Meinungen'schen Paare der feierlichen Eröffnung der Donaubrücke zwischen Cernawoda und Fetesci in der Dobrudscha bei. Der Arbeitsminister erinnerte beim Festmahl in einer Ansprache daran, daß die Donau nun zweimal mit Stein und Eisen bemeistert worden sei, das erstemal durch Trajan, den Begründer der rumänischen Nation, und jetzt durch Karol, den Begründer des rumänischen Staates, dessen Ruhm im ganzen Lande verewigt werde und der allen Hoffnungen der Nation entspreche. Am 10. Oktober fand bei Bukarest eine Heerschau über 40000 Mann statt, bei der Fürst Leopold von Hohenzollern, der Bruder des Königs und Vater des Kronprinzen, von der Menge freudig begrüßt wurde. Nachdem die Wahlen zur neuen Deputiertenkammer eine ganz überwiegend liberale Mehrheit erbracht hatten, wurde die Session der Kammern am 19. Dezember vom König eröffnet, der in der Thronrede darauf hinwies, daß die beständige Arbeit der Nation der Entwicklung des Landes einen mächtigen Aufschwung gegeben und daß dadurch die Stellung des Landes dem Auslande gegenüber an Bedeutung gewonnen habe; insofgedessen befinde sich Rumänien inmitten der Ereignisse im Orient als Stützpunkt der Ordnung, der Stabilität und des Fortschritts. — Am 13. März starb in Bukarest Fürst Stirbei, dessen Vater 1849 von den Mächten auf die Dauer von 7 Jahren auf den Thron der Walachei berufen worden war.

Was das Königreich **Serbien** betrifft, so hatte der junge König Alexander sich zwar schon zweimal und mit auffallender Leichtigkeit durch einen Staatsstreich aus den Schwierigkeiten zu ziehen gesucht, welche durch die Kämpfe der Parteien und die Finanzlage der Regierung erwachsen; in diesem Jahre mußte er aber noch mehr als früher gewahr werden, daß sich auf jene Weise höchstens Augenblicks-

erfolge erzielen ließen. Nach dem Staatsstreich vom 14. April 1893 zeigte sich, daß die zur Herrschaft gelangten Radikalen, ebenso wenig wie früher die Liberalen, daran dachten, in aufrichtiger Verfassungsmäßig zu regieren; nach dem Staatsstreich vom 21. Mai 1894 wandte sich daher der König an seinen Vater Milan; es zeigte sich aber bald, daß dieser nicht der geeignete Ratgeber sei, vielmehr entstand gerade infolge seiner im Anfange des Jahres 1894 erfolgten Rückkehr ein allgemeiner Unmut, sodaß er bald für alles, was im Lande schief ging, verantwortlich gemacht wurde. Ja, es zeitigte dieser Unmut recht schlimme Dinge, wie aus einem Prozeß wegen eines gegen den König unternommenen Vergiftungsversuchs und nicht minder aus dem die Umtriebe zu gunsten des früheren Fürstenhauses der Karageorgewitsch enthüllenden Prozeß Tschebinaß hervorging. In dieser Lage versuchte es der auf Milan's Rat ernannte Ministerpräsident Christitsch mit einer Regierung der Rücksichtslosigkeiten und Gewaltthätigkeiten. Durch Erlaß vom 12. Januar wurde einseitig das vorjährige Budget auch für dieses Jahr in Kraft gesetzt und durch Erlaß vom 19. April wurden Neuwahlen zur Skupschtina angeordnet, in deren gewaltthätiger Leitung alles früher Dagewesene übertroffen wurde. Denn es galt jetzt den Kampf gegen die beiden Hauptparteien des Landes, die Radikalen und Liberalen, die sich unter der Parole der Wiederherstellung der Verfassung von 1889 geeinigt und ihre bisherige gegenseitige Bekämpfung hintangesezt hatten. Da jede Agitation gegen die Regierungskandidaten zum Verbrechen der Ruhestörung gestempelt war, so kam eine der Regierung demütig ergebene Landesvertretung zustande, welche die von der Rückkehr Milan's und der Aufhebung der Verfassung von 1889 handelnden Stellen der Thronrede König Alexanders am 25. April mit großem Beifall begrüßte. Aber auch in Serbien hört im Geldpunkte die Gemüthlichkeit auf, und so fand selbst in dieser Kammer eine Gesetzworlage wegen Aufnahme einer Anleihe von 98 Millionen Widerstand. Dies hatte zur Folge, daß der Finanzminister Petrowitsch am 4. Mai zurücktrat und zum Nachfolger den früheren Kultusminister Popowitsch erhielt, der in der Skupschtina am schärfsten gegen den Anleiheplan aufgetreten war. Weit bereitwilliger zeigte sich die Skupschtina, als es galt, dem früheren König Milan, ungeachtet ihm einst schon hohe Abfindungssummen gezahlt worden waren, eine

Jahres-Apanage von 360 000 Dinar auszusparen, nach deren Bewilligung Milan sich wieder nach Paris zurückzog. Kaum hatte er Belgrad verlassen, so traf am 10. Mai seine Gemahlin Natalie hier wieder ein, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen. Nun kamen die von ihr stets begünstigten Radikalen wieder oben auf; das Ministerium Christitsch trat am 7. Juli zurück, worauf der Präsident des Staatsrats Nowakowitsch ein neues Ministerium bildete. Diesem gelang es, bei der Skupschtina ein Gesetz durchzubringen, wonach, mit Ausnahme der Lotterien- und Tabaklose, alle Staatsschulden im Betrage von 287 786 520 Mk. mit 4 statt bisher 5% verzinst werden sollen. Durch dieses am 21. Juli verkündigte Gesetz glaubte man den schon recht nahe gerückten Staatsbankerott vermeiden zu haben, nachdem man bereits am 19. Juni die auswärtigen Mächte durch besondere Note zu beruhigen gesucht hatte. Die Skupschtina genehmigte ferner ein durch viele Schandthaten der Haiduken veranlaßtes Gesetz gegen das Räuberunwesen und wurde am 22. Juli geschlossen.

Die größte Aufregung, weit größer als über Milan, Natalie, Staatsstreiche und Finanzen, entstand Anfang August im ganzen Lande durch eine Bedrohung der Schweine-Ausfuhr. Denn das Schwein ist das Element, das Nationaltier Serbiens, das in Zahl von 250 000 bis 300 000 jährlich über die Grenzen geht. Als nun Ungarn infolge eines Seuchenfalls die Einfuhr serbischer Schweine verbot, schien das ganze Wirtschaftsleben des Landes bedroht zu sein. Mit dem gleich darauf entgegengesetzten Verbot der Schweine-Einfuhr aus Ungarn und Bosnien, wo die Seuche aufgetreten sei, wurde so wenig erreicht wie mit der diplomatischen Vorstellung, daß nach dem Handelsvertrage solche Verbote unzulässig seien. Die neue Tagung der Skupschtina wurde am 27. November vom König, der im September im Seebade Biarritz einer großen Gefahr entgangen war, durch eine Thronrede eröffnet, in welcher der Wunsch der Großmächte und der Orientstaaten, den Frieden auf der Balkanhalbinsel erhalten zu sehen, betont und Befriedigung über die eingetretene Befestigung der Staatsfinanzen ausgedrückt wurde. In dem am 10. Dezember vorgelegten Budget für 1896 waren die Einnahmen und Ausgaben mit rund 66 Millionen Fr. eingestellt. — In Belgrad starb am 12. März der frühere Kriegsminister und Oberbefehlshaber des

Heeres Horvatoiwitsch und am 29. September Jewrem Grujitsch, dessen Name länger als ein Jahrzehnt mit den bedeutendsten Umwälzungen im Lande verknüpft war.

Im Königreich **Griechenland** war die Frage des Staatsbankerotts, den das Ausland bereits längst als eingetreten annahm, allmählich allen Bevölkerungsklassen klar geworden, sodaß es sich bei den bevorstehenden Neuwahlen zur Kammer noch einmal darum handelte, ob ein ernstlicher Schritt unternommen werden sollte, den verlorenen Kredit des Landes wiederherzustellen. Die Aufregung hierüber hatte noch vor diesen Wahlen politische Folgen. Am 17. und 20. Januar fanden nämlich in Athen Versammlungen statt, von denen sich einige lebhaft für, andere gegen die neuen Steuern aussprachen, durch die das aufgehobene Dkroy ersetzt werden sollte. In einer dieser Versammlungen erschien unerwartet der Kronprinz Konstantin mit seinem Stabe und verhinderte, daß der Befehl des Ministerpräsidenten Trikupis, gegen die Versammelten mit Truppen einzuschreiten, zur Ausführung kam. Infolge dessen bat das Ministerium um Entlassung, zugleich wohl des Anlasses froh, sich aus den finanziellen Verlegenheiten des Staats zurückziehen zu können. König Georg berief vorläufig den Neffen des bekannten Staatsmanns Theodor Delhannis, den Nikolaus Delhannis zur Bildung eines bloßen Geschäftsministeriums, das am 24. Januar in's Amt trat. Nachdem sodann die Neuwahlen zur Kammer am 28. April überwiegend im Sinne des Theodor Delhannis ausgefallen waren, bildete dieser am 11. Juni ein neues Ministerium und legte am 14. Juni der Kammer ein Budget vor, das 90198015 Drachmen Einnahmen enthielt und mit einem Überschuß von 855301 Drachmen über die Ausgaben abschloß. Ferner sprach er sich in der Kammer ausführlich über die Finanznot dahin aus, daß er den Staat wegen der Vereinbarung, durch die ihm eine Kontrolle seitens des Auslands auferlegt war, für gefährdet halte und daß die Regierung Trikupis' die Belastung des Volks mit jährlich 100 Millionen Steuern herbeigeführt habe, während diese noch vor 10 Jahren erst 40 Millionen betragen hätten. Diese Anklagen hätte Delhannis wohl unterlassen können, denn es ist bekannt genug, daß gerade er 1885 und 1886 den Grund zur jetzigen Finanznot gelegt hat, als das Heer gegen die Türken mobil gemacht und Jahr und Tag unter Waffen stehen

gelassen wurde, weil man als „Entschädigung“ für Ostrumeliens Vereinigung mit Bulgarien die Abtretung von Thessalien und Epirus verlangt hatte. Hinsichtlich der Verhandlungen mit den Staatsgläubigern sprach sich Delhannis jetzt für die Einsetzung einer besonderen, vom Ministerium unabhängigen Behörde aus, die verantwortlich sein sollte für die Einziehung der zur Tilgung der Staatsschulden und zur Zahlung ihrer Zinsen bestimmten Einnahmeverwaltung. Im übrigen deutete das halbamtliche Blatt an, daß Delhannis den auswärtigen Gläubigern kein Jota mehr zugestehen werde, als Trikupis im Gesetz von 1893 gethan habe und daß hinter der Regierung in dieser Sache das griechische Volk „mit unbeschränktem, begeistertem Vertrauen“ stehe. Indes sorgten einige auswärtige Mächte doch dafür, daß diese nationale Begeisterung für Nichtzahlung der Schulden zu weit gehe; infolge dessen entschloß sich die Regierung im November, die Staatsgläubiger wenigstens an den Überschüssen derjenigen Einnahmen teilnehmen zu lassen, die einst ausdrücklich zur Deckung der Darlehen bestimmt wurden; dagegen wies sie die auswärtige Kontrolle als mit der Würde des Reichs unvereinbar zurück, während sie die Veraubung der Gläubiger um 70 Prozent mit dieser Würde vereinbar hielt. Übrigens betrogen die noch in deutschen Händen befindlichen Obligationen aus den griechischen Anleihen von 1881/1889 über 200 Millionen Mk., also reichlich $\frac{4}{10}$ der 485 Millionen Mk. Die Korinthenfrage, die schon im vorigen Jahre das Land aufgeregt hatte, wurde wegen der immer geringer werdenden Nachfrage des Auslands noch brennender. Eine Gesetzesvorlage, wonach ein gewisser Teil der Korinthenenernte zurückbehalten bzw. vernichtet werden sollte, um den Preis zu heben, wurde von der Kammer abgelehnt; die Proteste hiergegen nahmen jedoch solchen Umfang an, daß die Kammer sich die Sache noch einmal überlegte und am 12. Juli das Gesetz annahm. Daran schloß sich ein Gesetz wegen Herabsetzung des Ausfuhrzolls für Korinthen um 4 Drachmen für je 1000 Liter. — Zum Gesandten in Berlin wurde im Juli Kleon Rangabé ernannt, dessen Vater 1873/1887 dieselbe Stellung bekleidet hatte.

Außereuropäische Staaten.

Alter Gewohnheit gemäß reden wir an dieser Stelle zunächst von **Ägypten**, obwohl es eigentlich unter der Rubrik „Osmanisches Reich“ geschehen müßte. Die ägyptische Regierung erließ am 20. Februar eine Verordnung, durch die ein besonderer Gerichtshof zur Aburteilung von Verbrechen und Vergehen eingesetzt wurde, die sich Eingeborene gegen englische Offiziere und Soldaten zu Schulden kommen lassen. Dieser Erlaß hatte die überraschende Folge, daß eine große Zahl von Ägyptern sich zu den Vertretern auswärtiger Mächte in Kairo begab und um Aufnahme in das Schutzverhältnis nachsuchte. Der gesetzgebende Rat genehmigte im Juni ein Gemeindegesetz, welches dem Ministerium des Innern ermöglicht, zu Gemeindevorstehern nur Leute, die ihm genehm sind, wählen zu lassen. Mit Großbritannien wurde im November ein neues Abkommen über die Sklaverei vereinbart, wonach die englischen Kreuzer jedes ägyptische Schiff von weniger als 500 Tonnen, von dem sich herausgestellt hat, daß es dem Sklavenhandel obliegt, sollen durchsuchen und mit Beschlagnahme belegen dürfen. Das Budget für 1896 wies 10260000 Pfund Einnahmen und einen Überschuß von 630000 Pfund auf. Der Khedive Abbas II. vermählte sich am 19. Februar in aller Stille mit einer Sklavin und unternahm im Juli eine Reise nach Konstantinopel. Der Ministerpräsident Nubar Pascha trat im November infolge eines Beinbruchs zurück und wurde durch Mustapha Fehmi Pascha ersetzt, dessen bisherige Stelle als Kriegs- und Marineminister Ubani Pascha erhielt. Am 2. März starb in Konstantinopel der frühere Khedive Ismail Pascha, 65 Jahre alt. Er war ein Sohn des berühmten Heerführers Ibrahim Pascha, regierte seit 1863 als Nachfolger seines Oheims Said Pascha, bis er 1879, als infolge seiner Mißwirtschaft und märchenhaften Prachtliebe die Schulden des Landes ins Ungeheure gewachsen waren, auf Betrieb der Westmächte abgesetzt und durch seinen Sohn Tewfik Pascha ersetzt wurde, dessen Sohn und Nachfolger Abbas seit 1892 regiert. Die Leiche wurde nach Alexandria gebracht und am 11. März in Kairo feierlich beigesetzt.

Die Regierung von **Marokko** setzte ihre Versuche, den Aufstand zu unterdrücken, mit schwachen Mitteln und wenig Erfolg fort; um aber, nachdem sie von Deutschland (S. 194) zur Genugthuung für die Beeinträchtigung von Deutschen und Holländern genötigt worden war, die Schuld an etwa künftigen ähnlichen Vorgängen etwas von sich abzuwälzen, richtete der Minister des Außern, Sidi Mohammed Torres, am 30. April eine Note an die Vertreter der fremden Mächte, wonach die Regierung die Verantwortung für diejenigen solcher Fälle ablehnte, wo Eingeborene sich mit Ausländern geschäftlich associiert hätten. Mit England fanden Verhandlungen wegen einiger Felsen im Meere statt: ersteres hatte es auf den Besitz der Felsengruppe, genannt Insel Kap Peregil, abgesehen, die unweit Ceuta, am Eintritt der Straße von Gibraltar ins Mittelmeer, liegt; die Regierung war hierzu jedoch nicht geneigt und ließ flugs die marokkanische Flagge auf dieser nur von Rebhühnern bewohnten Insel hissen. Anders war der Verlauf bezüglich der Felseninsel, die dem Kap Jubj an der Südwestgrenze Marokkos gegenüberliegt und seit kurzem den Sitz der North-Western-African Company bildet. Um die ferneren Ansprüche wegen Entschädigung für die Überfälle durch benachbarte Stämme abzuschneiden, kaufte der Sultan diese Insel für 1½ Millionen Franks an. Ende August trat der Sultan Mulei Abdul-Aziz seine Reise zum Besuche der in und um Fes liegenden Heiligengräber an. Im Oktober starb Mulei Ali, der Scherif von Wazan, als Oberhaupt des Ordens Mulai Chaïb die einflussreichste Person des Reiches. Der Gesandte Marokkos in Madrid benutzte mit vielem Geschick die ihm hier von einem halbverrückten General verabreichten Schläge, um die spanische Regierung zur Nachgiebigkeit in den noch schwebenden Fragen zu bewegen. Die 20 Millionen Kriegssentschädigung wurden auf 16 Millionen herabgesetzt.

Der Sultan von **Sansibar** hatte im Juni und im November nicht unbedeutende Unruhen zu bekämpfen; ebenso der Sultan des früher zu Sansibar gehörenden **Maskat** im ostarabischen Küstenlande Omán. In Mombasa erfolgte am 1. Juli in Gegenwart des Ministerpräsidenten von Sansibar, Generals Mathews, die feierliche Übergabe des bisher von der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft verwalteten Gebiets an die britische Regierung.

Der **Kongostaat** hatte mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Verhältnisse im Innern zeigten sich als noch sehr ungeordnet, während die Mittel zur weiteren Herstellung ordentlicher Zustände fehlten; und doch mußte die Frage der Angliederung an Belgien wegen der hier entstehenden Opposition (S. 331) verschoben werden. In Luluaburg erhob sich ein Aufstand, der vom Hauptmann Lothaire niedergeschlagen wurde; aber die von ihm bewirkte Hinrichtung des Händlers Stokes zog dem Staate Verwicklungen mit Deutschland (S. 196) und England zu, mit dem die Beziehungen ohnehin schon sehr gespannt geworden waren durch die Expedition, die der Kongostaat in das Mahdistengebiet an den oberen Nil geschickt hatte, sodaß der Souverän, König Leopold, sich sogar veranlaßt sah, nach London zu reisen und den Lord Salisbury über die Absichten der Kongoregierung zu beruhigen.

Der Unwille der Boeren in der **Südafrikanischen Republik** gegen die systematische Bedrängung durch die Engländer nahm gegen das vorige Jahr noch bedeutend zu. Die namentlich von der britisch-südafrikanischen Gesellschaft betriebene Politik der allmählichen Umgarnung und Vergewaltigung des an Bodenschätzen reichen Transvaallandes lag in den Thatfachen offen vor. Nachdem eine englische Masseneinwanderung in die Gegend der Gold- und Diamantfelder bei der Minenstadt Johannesburg stattgefunden hatte, forderten diese Einwanderer immer stürmischer das Wahlrecht, während sie dennoch den Kriegsdienst verweigerten, sobald gegen einen Kaffernaufstand eingeschritten werden mußte. Neben diesen Versuchen der inneren Auffaugung des Landes gingen die Schritte, um dessen selbständiges Leben und damit zugleich das der anderen Boerenrepublik von außen her zu ersticken. Der englische Kreis um beide herum gelangte in diesem Jahre nahe an den Abschluß. Die Landkarte zeigt im näheren, daß beide Staaten der Boeren südwärts von der britischen Kapkolonie und östlich fast völlig von deren Nebenländern Zululand und Natal begrenzt sind, während nach der Eroberung des Maschona- und des Matebelandes durch Dr. Jameson, den General der britisch-südafrikanischen Gesellschaft, England das Transvaalland auch von Norden her begrenzt und durch die Besitznahme des Betschuanalandes als eines angeblich vom Matebeland abhängig gewesenen Gebietes Transvaal nach Westen hin vom südwestafrika-

nischen Schutzgebiete Deutschlands getrennt worden ist. Auf der anderen Seite war das Selbstbewußtsein der Boeren in beiden Freistaaten seit einiger Zeit unverkennbar gestiegen, womit ein Anwachsen der Abneigung gegen die Engländer sich verband, die mitten unter ihnen trotzig aufzutreten pflegten, wohl im Bewußtsein, die vereinigte Macht des ganzen englischen Südafrikas hinter sich zu haben, da der Leiter jener weitausholenden, vor nichts zurückschreckenden Eroberungspolitik, Herr Cecil Rhodes, Direktor jener Gesellschaft, deren Unternehmungen gleichsam einen britisch=amtlichen Stempel aufzudrücken schien, da er zugleich das Amt eines Premierministers des Kaplandes bekleidete.

Unter diesen Umständen war es ganz natürlich, daß die Boeren sich nach einer mächtigen Hilfe umsahen. Und da konnte der Blick sich nur auf Deutschland richten, nicht nur in Anknüpfung an die freundliche Aufnahme, die Kaiser Wilhelm I. 1884 dem Präsidenten Krüger in Berlin hatte zuteil werden lassen, sondern auch im dankbaren Bewußtsein, daß, in Ausführung der damals angeknüpften besonderen Beziehungen, im Herbst 1894 ein deutsches Kriegsschiff durch sein Erscheinen in der Delagoabucht die Landung englischer Truppen verhindert hatte, die nominell zur Unterdrückung eines Aufstandes bestimmt waren, welchen die Kaffern in der portugiesischen Kolonie bei Laurengo Marquez auf Anstiften von Cecil Rhodes und Dr. Jameson erhoben hatten. Diese Verhinderung einer britischen Besitznahme des Landstrichs südlich und westlich vom Limpopo wußten die Boeren Deutschland Dank; war doch nun der britische Kreis nach Osten noch nicht ganz geschlossen.

Nichts war daher begreiflicher, als daß der Geburtstag des deutschen Kaisers diesmal in der Hauptstadt Pretoria mit außerordentlicher Pracht und unter Teilnahme der höchsten Staatsbeamten gefeiert wurde. Der deutsche Generalkonsul von Herff erinnerte in seiner Ansprache an den Ursprung der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und sprach die Hoffnung aus, daß Präsident Krüger zu der Überzeugung gelangt sei, in Deutschland habe Transvaal einen wirklich aufrichtigen Freund und Deutsch=Südwestafrika könne kein größeres politisches Interesse, als Transvaal bei seinen Bemühungen um Erhaltung des politischen Gleichgewichts in Südafrika zu unterstützen. Präsident Krüger, mit dem roten Adlerorden geschmückt,

teilte in seiner Antwort Näheres über seinen Berliner Aufenthalt von 1884 mit und hob rühmend das Verhalten der in Transvaal lebenden Deutschen hervor, die, im Gegensatz zu den englischen Unterthanen, sich jederzeit bereit gezeigt hätten, den Gesetzen des Staates zu gehorchen. „Unsere kleine Republik,“ so schloß der Präsident, „kriecht nur noch unter den Großmächten herum, und wir fühlen wohl, daß, wenn der Eine uns einen Tritt versetzen will, der Andere dies zu verhindern sucht.“ Damit hatte der Präsident deutlich zu verstehen gegeben, daß sein Land die schirmende Hand Deutschlands angenommen habe und zu schätzen wisse. Mit großer Freude sprach sich die „Volksstimme“ über diese Wendung aus unter Hinweis auf den Ärger, der sich in den englischen Blättern darüber zeige, daß die englischen Pläne plötzlich und wider alles Erwarten umgeworfen worden seien.

Krüger's Rede vom 27. Januar verschmupfte in London dermaßen, daß der britische Minister Lord Kimberley in einem Schreiben an den Gesandten Sir Malet in Berlin den Ausspruch that, durch Deutschlands Haltung werde in Transvaal ein der internationalen Stellung dieser Republik nicht entsprechender Geist genährt. Infolgedessen hatte Sir Malet am 15. Februar eine Unterredung mit dem deutschen Staatssekretär von Marschall, der in würdigster Weise erwiderte, die deutsche Politik gehe einfach dahin, diejenigen materiellen Interessen gegen jeden Eingriff zu schützen, welche sich Deutschland durch Erbauung von Bahnen und durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Transvaal geschaffen habe, Interessen, welche die Aufrechthaltung dieses Staates als eines selbständigen nach Maßgabe des Vertrags von 1884 sowie die Sicherung des bestehenden Zustandes bezüglich der Bahnen und des Hafens in der Delagoabucht geböten. Wenn England ebenfalls diesen Zustand erhalten wolle, warum gebiete man denjenigen nicht Einhalt, die ganz offen in London die Auffaugung Transvaals durch die Kapkolonie proklamirten? Die Duldung dieser Bestrebungen bilde den einzigen Grund, weshalb in Transvaal jene in London übel berührende Stimmung um sich greife. Auf Sir Malets Einwendung, daß Dr. Jameson nur einen Handelsbund der südafrikanischen Staaten anstrebe, erwiderte von Marschall, gerade ein solches Handelsmonopol laufe den deutschen Interessen zuwider.

Ohne jegliche Einmischung Deutschlands bewirkten weitere Vorgänge eine Steigerung des Unwillens der Boeren gegen England: Der mit dieser Macht wegen Swasiland geschlossene Vertrag wurde, obwohl er für Transvaal ungünstig war, vom Volksraad am 13. Februar gewissenhaft genehmigt, worauf dieses nach der Meeresseite hin unzugängliche Gebirgsland am 9. März von den Boeren militärisch besetzt wurde. Sie konnten nun von den Höhen das Meer wenigstens sehen, das sie so gern erreichen möchten und von dem England sie um jeden Preis abzuschneiden sucht. Dieses Bestreben zeigte sich Anfang Mai aufs neue darin, daß der Kap-Gouverneur Robinson das Ersuchen des Präsidenten Krüger ablehnte, sich damit einverstanden zu erklären, daß Transvaal die Gebiete der zwei Häuptlinge am Pongolafusse, östlich von Swasiland, in Besitz nehme. In der Ablehnung war zwar der „legitime Wunsch“ der Boeren, auf diese Weise in Verbindung mit dem Meere zu kommen, anerkannt, die Ablehnung wurde aber damit begründet, daß alsdann England von einer wirksamen Kontrolle über die Gestaltung der Frage Swasilands ausgeschlossen würde, wo britische Unterthanen wichtige Interessen hätten. Noch mehr: England nahm nun diese Gebiete selbst unter seinen Schutz, obwohl es noch 1889 ausdrücklich Transvaals 1887 vertragsmäßig erworbene Rechte auf dieselben anerkannt hatte. Hier hatte eben nicht so rasch ein deutsches Kriegsschiff zur Hülfe erscheinen können. Damit noch nicht genug, verstopften die Engländer noch ein kleines Loch, durch das die Boeren am Ende hätten an das Meer gelangen können: sie annektierten am 29. April den Amatongoland genannten Küstenstrich zwischen Zululand, der Delagoabai und Swasiland. Dieser zugleich gegen die europäischen Mächte, denen etwa einfallen könnte, den Boeren beizustehen, gerichtete Schritt rief aufs neue Proteste in Transvaal und im Oranje-Freistaat hervor, wo jetzt eine Bewegung für Vereinigung der beiden Boerenstaaten begann. Im Juni brach im Norden des Staates ein Aufstand der Mokatese-Stämme aus, deren Häuptling Magato von den Engländern aufgehetzt war; glücklicherweise gelang es dem General Soubert, diesen Aufstand sowie die Erhebung des Häuptlings Machuba am Holzbuschgebirge bald niederzuschlagen. Die Zunahme der Hoffnungen auf Deutschland trat aufs neue am 14. Juni hervor bei der Einweihung des Ge-

fellschaftshauses des deutschen Vereins in Pretoria, dessen Vorsitzender in seiner Ansprache darauf hinwies, daß die deutschen Schiffe in der Delagoabucht einen „ganz gewichtigen Faktor“ zur Erhaltung des Gleichgewichts in Südafrika bildeten und daß Deutschland diese Bucht als den Hafen von Transvaal erkannt habe. Noch fester suchten die Boeren das Band der Freundschaft zwischen Transvaal und Deutschland zu knüpfen bei der feierlichen Eröffnung der von England so lange und so heftig verhinderten, endlich vollendeten Eisenbahn von Pretoria nach Lorenzo Marquez an der Delagoabucht. Die am 8. Juli hier unter Teilnahme der deutschen Kriegsschiffe „Condor“ und „Cormoran“ begonnenen Festlichkeiten setzten sich am 9. in Pretoria fort, wo beim Festmahl der anwesende Gouverneur des Kaplands, Sir Robinson, zu allgemeinem Erstaunen, in einer Ansprache äußerte, England habe sich seit 1881 niemals in die berechnete Selbstregierung der Republik einmischen oder ihrer materiellen Entwicklung eifersüchtig entgegengetreten wollen. Dagegen betonte er die Gemeinsamkeit der Interessen Südafrikas und bezeichnete die neue Eisenbahn als eine Notwendigkeit zur Entfaltung des binnenländischen Handels, der stets die kürzesten Wege aufsuche. Präsident Krüger ließ bald darauf öffentlich andeuten, daß er den Worten Robinsons gar keinen Wert beilege, und es begann eine nationale Bewegung, um eine Klausel des Vertrags vom 27. Februar 1884 loszuwerden, in welchem England der Republik ihre Unabhängigkeit in allen wesentlichen Punkten wiedergegeben hatte. Diese Klausel geht dahin, daß alle Verträge, die Transvaal mit anderen Staaten als dem Dranjesfluß-Freistaat schließt, erst in Kraft treten dürfen, wenn die englische Regierung binnen 6 Monaten keinen Einspruch erhoben habe. Nachdem sich der Staat kräftig entwickelt hat, fühlen sich eben die Boeren durch jene Bestimmung in ihrem Nationalstolz beleidigt. Der britisch-südafrikanischen Gesellschaft schien es daher hoch an der Zeit, in ihrem System der Unterminierung der Republik kräftigere Schritte vorzubereiten. Hierin ging die von Rhodes geleitete Gesellschaft ganz offen so weit, daß der Staatssekretär von Marshall am 14. Oktober die englische Regierung auf diese Treibereien sowie am 28. Dezember auf die Vorbereitung von Unruhen seitens der in Johannesburg wohnenden Engländer aufmerksam machen ließ. Diese erließen mit der For-

derung von Reformen einen Aufruf, der so entschieden als Drohung mit Gewaltthätigkeiten gegen die Regierung aufgefaßt wurde, daß die Deutschen in Pretoria den Kaiser Wilhelm telegraphisch um Einmischung baten. Ungehindert durch die britische Regierung unternahm Rhodes' Freund Jameson am 30. Dezember mit 800 Mann von Betschuanaland aus einen wohl vorbereiteten völkerrechtswidrigen Einfall in das Gebiet der Republik in der Richtung auf Johannesburg. Zum Schutz ihrer Reichsangehörigen beorderte daher die deutsche Regierung am 31. Dezember ein zweites Schiff nach der Delagoabucht und bat in Lissabon um die Erlaubnis, 50 Mann vom „Seeadler“ durch das Gebiet der portugiesischen Kolonie nach Pretoria ziehen zu lassen. Zugleich fragte sie bei der britischen Regierung an, wodurch sie den durch jene Gewaltthat entstandenen Gefahren zu begegnen gedenke.

Die größte Bedeutung erhielt die nationale Bewegung der Boeren durch die Beteiligung des „Oranje-Rivier“-Freistaats. Als am 18. April im Volksraad zu Bloemfontain die Frage der Vereinigung mit Transvaal zur Sprache kam, die in Folge des Vertrags von 1884 von England nicht würde gehindert werden können, fielen gegen dieses Reich sehr bittere Worte; man beschränkte sich jedoch vorläufig auf Verhandlungen mit einer Abordnung von jenseits des Baalflusses über gewisse gemeinsame Interessen. Aber schon dies rief eine tiefgehende Erregung in ganz Südafrika hervor. Nach der englischen Einverleibung Amatongolands sprach der Volksraad sein Bedauern hierüber und die Hoffnung aus, daß die englische Regierung diese Handlung für ungültig erklären werde. In der Verhandlung hierüber hatte der Abg. Rynveld seinen Unwillen über England verb ausgesprochen, das durch seine Ränke beständig die Zukunft Südafrikas gefährde, und der Abg. van der Merwe sagte, das Bedauern über Englands Handlungsweise auszudrücken, sei viel zu mild; es könne nur noch von größter Entrüstung die Rede sein, wenn sich überhaupt ein Wort dafür finden lasse. Der seit 1888 die Präsidentschaft der Republik bekleidende Herr Keitz, ein geborener Kapländer, früher Anwalt in Kapstadt, dann Leiter des großen Afrikander-Bundes, der sich als Gegengewicht gegen die versuchte Forcierung Südafrikas gebildet und weit verbreitet hatte, begab sich im Mai aus Gesundheitsgründen nach Europa und fand

nach seiner Rückkehr im August einen solchen Umschwung der Stimmung gegen England vor, daß er im November sein Amt niederlegte. Damit erhielt die nationale Bewegung einen neuen Anstoß, und man plante am Ende des Jahres, sich auf keine Erneuerung des 1889 von Reiz mit dem Kaplande geschlossenen Zoll- und Eisenbahnverbandes einzulassen. Engländerseits wurde zwar noch auf die Hoffnung gebaut, daß die behufs Hinlenkung der Ausfuhr auf die Delagoabucht von seiten Transvaals angeordnete Sperrung der Furtken über den Vaalfluß die Boerenrepubliken doch noch entzweien werde; dies erwies sich jedoch bald als eine falsche Rechnung; der Haß gegen Rhodes, der sogar den Afrikanderbund ganz in den Dienst seiner boerenfeindlichen Pläne gezogen hatte, war zu groß. Am Jahreschluß erschien der Richter Steijn, der größte Anhänger einer Verschmelzung beider Boerenstaaten, als der aussichtsvollste Präsidentschaftskandidat. Durch eine solche Verbindung würde eine politische Gemeinschaft von 448000 qkm entstehen, die also um 100000 qkm größer als Preußen sein würde, mit einer Bevölkerung von 220000 Personen, worunter 160000 Boeren.

Wenden wir uns nunmehr von Afrika nach Asien, so liegt aus **Persien** nichts bemerkenswerthes vor, als ein Aufstand in Täbriz, der Hauptstadt der Provinz Aserbeidschan, hervorgerufen durch die hohen Preise der Lebensmittel, woran der Gouverneur wegen seines Korn-Ankaufs die Schuld tragen sollte. Der Kronprinz ließ durch General Wagner die Ruhe herstellen und die Provinz wurde dem Gouverneur glücklich los. Der Deutsche Moral erhielt im November eine Konzession zum Bau einer Chaussee von Teheran nach Bagdad. Der Emir von **Afghanistan** hielt es einmal wieder angemessen, sich mit England gut zu stellen und schickte im Mai seinen Sohn, den Schahzada Nahr' ulla nach London, wo er von der Königin mit großen Ehren empfangen wurde. Bezüglich des Königreichs **Siam** schlossen Frankreich und England am 15. Januar einen Vertrag, wonach die Unabhängigkeit des Landes aufrecht erhalten, aber keiner anderen Macht eine Einmischung gestattet sein solle, auch die beiderseitigen Interessensphären im Menam-Becken abgegrenzt wurden. Der König von Siam unternahm im Mai eine Reise nach Paris.

Die meisten Ereignisse in **China und Japan** lassen sich wegen des Kriegs, den beide Reiche mit einander weiterführten, nicht wohl

trennen. Dieser Krieg trug durchgängig denselben Charakter wie seit seinem Beginn im Juli 1894; die bedeutende Überlegenheit des soviel kleineren Inselreichs über das verropfte Reich des Stillstands trat wieder bei jeder Gelegenheit hervor. Die japanische erste und zweite Armee, welche bis zum Schluß des vorigen Jahres ziemlich weit in der Mandschurei vorgedrungen waren, trafen am 14. Januar wieder mit einem starken chinesischen Heere zusammen, das sie in einer Schlacht bei Haitsheng völlig in die Flucht schlugen. Seitdem trat jedoch ein Stillstand in den Operationen auf diesem Kriegsschauplatze ein, weil die winterliche Jahreszeit sich mächtig geltend machte. Die Japaner beschränkten sich längere Zeit darauf, die Pässe und Straßen durch das verschneite Gebirge in die Ebene zu bewachen, auf der neue große chinesische Streitkräfte allmählich zusammengezogen wurden. Eine um so lebhaftere Thätigkeit begann auf der Halbinsel, welche den Golf von Petschili vom gelben Meere trennt und an deren Spitze die chinesische Seefestung Weihaiwei liegt, auf die es nunmehr abgesehen war. Mitteltst einer aus Kreuzern und Lastschiffen bestehenden starken Flotte wurde am 20. Januar die japanische dritte Armee in der nach dem gelben Meere hin liegenden Jungtsheng=Bucht gelandet, während ein japanisches Geschwader, um die Aufmerksamkeit hiervon abzulenken, die Stadt Tengtshaufu an der Nordspitze der Halbinsel bombardierte. Die Landung vollzog sich aufs trefflichste, die gelandete Armee griff ohne weiteres die Seefestung von der Landseite an und eroberte am 30. Januar die Westforts, während die östlichen Forts von drei japanischen Kriegsschiffen beschossen wurden. Nach einer 15 stündigen Schlacht zogen sich am 31. Januar die chinesischen Streitkräfte aus der Festung in das Innere der Provinz Schantung zurück, worauf sich acht chinesische Kriegsschiffe im Hafen von Weihaiwei, zwischen der Stadt und der Insel Liu-kung=tau eingeschlossen sahen. Infolge des von allen Seiten begonnenen Bombardements sanken zwei chinesische Panzerschiffe und zwei Kreuzer, während 13 chinesische Torpedoboote zerstört wurden. Der Rest der chinesischen Flotte und die übrigen Forts ergaben sich am 13. Februar, worauf der chinesische Admiral Ting sich tötete. Diese Vernichtung der chinesischen Flotte war der größte Erfolg der Japaner, die nun in der Seefestung, in der sie große Vorräte erbeuteten, neue Verteidigungswerke

aufführten. Es konnte nunmehr kein Kriegsschiff die den Eingang zum Golf von Petchili bildende Meeresstraße von Miao-tao zwischen den Seefestungen Weihaiwei und Port Arthur, das die Japaner schon am 21. November v. J. eingenommen hatten, ohne ihre Zustimmung passieren. Diese Vorgänge wirkten entmutigend auf das chinesische Heer in der Mandschurei, das am 17. und 24. Februar wiederum geschlagen wurde, worauf die Japaner am 4. März die große Stadt Niutschuang und am 5. deren Hafenstadt Jingkow an der Nordspitze des Golfs von Liaotong einnahmen.

Auf Ersuchen des bedrängten China hatten schon im Januar Friedensverhandlungen begonnen, die jedoch nicht weiterrückten, weil die Japaner offenbar vorher noch die oben erwähnten Erfolge erzwingen wollten. Die chinesischen Gesandten mußten zweimal die japanische Stadt Hiroshima verlassen, bis endlich nach der Ernennung des Diplomaten Li-Hung-Tschang die Sache in Fluß kam. Nachdem durch einen in Hiroshima auf ihn unternommenen Mordanschlag ein neuer Aufschub eingetreten war, kam es am 30. März zum Waffenstillstand bis zum 20. April, in den jedoch Formosa und die Südküsten Chinas nicht einbegriffen waren. Kurz zuvor, am 27. März, hatte die japanische Flotte die Forts von Haichou, einer Küstenstadt der chinesischen Provinz Kiangsu am chinesischen Ostmeer beschossen, wo ein Korps behufs Besitznahme des großen Kanals landete, der die Hauptader der Lebensmittel-Versorgung Peking's bildet.

Am 17. April wurde in Schimonoseki, einer Stadt an der Südküste von Nipon, der Friede geschlossen auf folgende Bedingungen: China zahlt eine Kriegsschädigung von 200 Millionen Taels = 600 Millionen Mk. in 7 Jahresraten, es tritt die Halbinsel Liaotong bis zum 40. Grad nördlicher Breite, also mit Port Arthur, sowie die Insel Formosa ab, es hat ferner 5 neue Häfen, worunter Peking, zu eröffnen und es gesteht den Japanern die Berechtigung zu, in China Baumwollfabriken sowie andere Industriezweige zu begründen. Diese Bedingungen waren hart, aber gerecht, und es wäre dabei geblieben, wenn nicht Deutschland, dem sich Rußland und Frankreich anschlossen, am 23. April im Interesse der europäischen Handelsinteressen Protest gegen die Abtretung chinesischen festländischen Gebiets eingelegt hätte. Infolgedessen verzichtete die Regierung

in Tokio am 5. Mai, zum großen Verdruß des japanischen Volks, auf die Halbinsel Liaotung, worauf die Ratifikationen des so geänderten Vertrags am 8. Mai in der Hafenstadt Chefoo, westlich von Weihaiwei, ausgetauscht wurden. Mit der japanischen Besitznahme der 800 □-Meilen großen Insel Formosa ging es übrigens nicht so leicht ab. Einen Teil derselben wie auch die Pescadores-Inseln hatten die Japaner allerdings schon im März in Besitz genommen; auf die Nachricht von der Abtretung Formosa's wurde aber von der 2–3 Millionen zählenden Bevölkerung die Republik ausgerufen, und erst im Anfang Oktober wurden die Auffständischen geschlagen.

Was China insbesondere betrifft, so zeigten alle Handlungen der Regierung sowie alle Ansprachen der Beamten und Generale einen selbst unter den größten Gefahren um nichts geminderten, mit einer gewissen Naivetät gemischten Hochmut; der Kaiser sprach in seinen Erläsen von den unfähigen Führern, die nur Gefindel angestellt hätten, und ließ besiegte Generale wie auch alle Flüchtlinge von Weihaiwei hinrichten. Aus Erkenntlichkeit für die Einmischung der drei europäischen Mächte wurden Deutschland die auf (S. 195) erwähnten Handelsvorteile eingeräumt und mit Frankreich ein Vertrag wegen Regelung der Grenze gegen französisch Cochinchina eingegangen. Mit Rußland wurde im Juni ein Vertrag wegen Aufnahme einer in 36 Jahren rückzahlbaren 4% Anleihe von 400 Millionen Franks geschlossen. Im Juli und August fanden am oberen Yang-tse-kiang ausgebreitete Unruhen gegen christliche Missionare statt, was wiederum eine Einmischung europäischer Mächte zur Folge hatte. Im September brach ein gefährlicher Aufstand der mohammedanischen Dunganen aus, die im Steppengebiet westlich von der chinesischen Mauer, am oberen Laufe des gelben Flusses wohnen. Die Unterdrückung des Aufstandes gelang erst Ende Dezember.

Das Parlament von Japan bewilligte im Februar 100 Millionen Yen zur Fortsetzung des Krieges und 3 Millionen Yen Vorschuß an Korea. Den Abschluß des Friedens teilte der Mikado seinem Volke in einer Ansprache mit, in der mit Befriedigung der erreichte Grad von Zivilisation hervorgehoben, im übrigen aber vor Selbstzufriedenheit gewarnt, zur Bewahrung des Geistes der Bescheidenheit und Demut

aufgefordert wurde. Das Parlament bewilligte im September 200 Millionen Yen zum sofortigen Bau neuer Kriegsschiffe. Für den Verzicht auf die Halbinsel Liaotung erhielt Japan im November von China 4933147 Pfund Sterling ausbezahlt. In der Thronrede vom 28. Dezember sprach sich der Mikado sehr erfreut über die Herstellung des Friedens aus.

Unter dem Eindruck der japanischen Siege ließ sich der König von Korea bewegen, am 8. Januar die Unabhängigkeit seines Reiches von China in feierlicher Weise zu verkündigen; aber an der Ausführung der Reformpläne, die er Japan ebenfalls feierlich zugesagt hatte, wurde er durch die Einflüsse der mächtigen Ming-Partei, an deren Spitze die Königin stand, lange Zeit gehindert, bis es dem japanischen Gesandten Snouye gelang, nach einer offenen Aussprache mit dem Könige und der Königin, von dieser das bestimmte Versprechen zu erhalten, sich nicht mehr in die Staatsgeschäfte einzumischen. Dabei war jedoch nicht mit dem Volke gerechnet, das überhaupt den Japanern wegen ihrer Einmischungen sehr abhold war. Und so kam es im August zur Entlassung des Reform-Ministeriums. Hierdurch ermuntert, mischte sich die Königin dennoch wieder in die Geschäfte und setzte im Ministerrate die Auflösung der auf Betrieb Japans auf moderne Weise gebildeten drei Bataillone durch. Diese aber erhoben in ihrem Unwillen hierüber einen Aufstand, erstürmten, mit dem früheren Regenten an der Spitze, das königliche Schloß und ermordeten am 8. Oktober die Königin. Die Schuld an diesen Vorgängen wälzte das Volk wieder auf Japan, und es begann eine Bewegung zum Anschluß an Rußland, dessen Flotte auffallender Weise in der Kiau-Tschao-Bucht im Süden der chinesischen Provinz Schantung überwinterte, die durch Flüsse und Kanäle mit dem südwestlichen Teile des Golfs von Petschili verbunden ist. Hält jene Bewegung zu Gunsten Rußlands an, so kann es leicht geschehen, daß die Oberherrschaft über Korea, die den Anlaß zum Kriege mit China gab, den Japanern trotz ihrer Siege entgeht.

Die Verhältnisse auf den Samoa=Inseln waren zwar geordneter als in den letzten Jahren, wozu der Umstand beitrug, daß die Konsuln der Vertragsmächte in allen staatsrechtlichen Fragen die höchste Instanz bilden; auch wurde der deutschen Verwaltung in Apia am 25. März sogar vom Parlamentssekretär Grey in London ein sehr

anererkennendes Zeugnis ausgestellt; aber die Parteihäupter fuhren unausgesetzt fort, sich zu bedrohen und wurden nur durch die Furcht vor den auf der Wacht stehenden deutschen und englischen Kriegsschiffen vom offenen Kampfe abgehalten. Leider fanden die unruhigen Elemente fortgesetzt Unterstützung vom nordamerikanischen Generalconsul.

Gegen den Bestand der neuen Republik **Hawaii** brach am 6. Januar ein Aufstand der Könighchen aus, der alsbald niedergeschlagen wurde. Infolgedessen wurde eine Menge Personen zu Gefängnishaft verurteilt und die gefangen genommene frühere Königin, nachdem sie am 30. Januar nochmals abgedankt, vor ein Kriegsgericht gestellt, das sie am 24. Februar zu 5 Jahren Gefängnis und 5000 Dollars verurteilte; jedoch wurde sie am 6. Juni auf Ehrenwort freigelassen.

Die **Nordamerikanische Union** litt fortgesetzt unter wirtschaftlicher und finanzieller Not. Der letzteren abzuhelfen gab sich Präsident Cleveland, nachdem er im vorigen Jahre sein Veto gegen die Silberprägungsbill eingelegt hatte, alle Mühe, er wurde jedoch vom Repräsentantenhause darin nicht unterstützt. Nachdem ein vom Schatzsekretär Carlisle gemachter Vorschlag zur Reform des Geldumlaufs am 11. Januar an der Abneigung der neuen Silberpartei im Repräsentantenhause gescheitert war, erhielt dieses am 27. Januar eine Botschaft des Präsidenten der Republik mit der Erklärung, die gefährlichsten Punkte der Finanzlage beständen darin, daß sich 500 Millionen Dollars in Gold einzulösender Billets im Umlauf befänden und daß das Gesetz deren alsbaldige Wiederausgabe nach ihrer Einlösung verlange. Diese Billets entzögen dem Staatsschatz dauernd die zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Credits notwendige Goldreserve. Behufs ihrer Erhaltung müsse der Schatzsekretär ermächtigt werden, Bonds auszugeben, sowohl zur Einlösung und Tilgung der gesetzlich umlaufenden, als auch für die nach dem Gesetze von 1890 zum Ankauf von Silber ausgegebenen Billets. Diese Bonds müßten nach 50 Jahren in Gold zurückbezahlt werden, nur gegen Gold verkäuflich und nicht höher als 3% verzinslich sein. Zum Schluß sagte der Präsident, er sei übrigens bereit, an jeder Maßregel mitzuarbeiten, die geeignet wäre, den Verdacht zu beseitigen, als ob das Land sich nicht imstande sähe, seinen nationalen Ver-

pflichtungen ehrlich nachzukommen. Ein gleich nach Verlesung dieser Botschaft im Repräsentantenhause eingebrachter Gesetzesvorschlag wegen Durchführung dieser Vorschläge Cleveland's wurde jedoch schon am 2. Februar abgelehnt. Da hiernach keine Aussicht vorhanden zu sein schien, daß der Kongreß irgend eine Maßregel zur Abhülfe der finanziellen Bedrängnis genehmigen werde, so schritt Cleveland, soweit es ihm möglich war, allein zur That: durch Botschaft vom 8. Februar kündigte er dem Repräsentantenhause an, daß er sich nun gezwungen sehe, behufs Aufrechterhaltung der Goldzahlungen des Schatzamts eine neue Anleihe aufzunehmen, die im Betrage von 65 Millionen Dollars Gold mit den Firmen Rothschild und Morgan abgeschlossen wurde. Die Obligationen sollen mit 4% verzinst und innerhalb 30 Jahren zurückbezahlt werden.

Die Anleihe bot natürlich kein Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten, sondern diese wurde dadurch nur in etwas erträglicherer Weise bis zu einem willfährigeren Kongresse verschoben. Im übrigen genehmigte der Kongreß noch eine Schiffsbill, wonach 2 Panzerschiffe, 6 Kanonen- und 3 leichtere Torpedoboote gebaut werden sollen; ferner 5 Millionen Dollars für Zahlung der Zuckerausfuhrprämien während des laufenden Etatsjahrs und die Garantie der Zinsen von 70 Millionen Dollars für die Fortsetzung des Baues des Nikaragua-Kanals. Der 53. Kongreß, der selbst die geringen, auf ihnen gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hatte, ging am 4. März zu Ende, und ein Gefühl der Erlösung von einem auf allen Verhältnissen lastenden Bann politischer Unfähigkeit war wahrnehmbar. Der Kongreß von Minnesota forderte sogar auf, dieser Freude in allen Orten dieses Staats durch Glockengeläute Ausdruck zu geben.

Nach dem Schluß des Kongresses begann eine neue Bewegung der Anhänger des Silbers. Sowohl in der Salzseestadt als in Memphis und in Iowa sprachen sich stark besuchte Kongresse gegen die ausschließliche Goldwährung aus. Ein eigentümlicher Vorgang ereignete sich hinsichtlich des im vorigen Jahre zu Stande gekommenen Einkommensteuergesetzes, wodurch alle Einkommen über 4000 Dollars mit 2% besteuert wurden. Einige der hierdurch Betroffenen betraten den Weg der gerichtlichen Klage, worauf der oberste Gerichtshof am 20. Mai dieses Gesetz für verfassungswidrig, null und nichtig erklärte, weil diese Steuer eine direkte sei, während nach der Bundes-

verfassung direkte Steuern nur nach Staaten und nach der Kopfbzahl der Bevölkerung auferlegt werden könnten.

Die wirtschaftliche Not wurde in einigen Gegenden der Union durch eine künstliche Teuerung gesteigert, die sich auf alle Hauptzweige der Lebenshaltung erstreckte. Gleichwohl kamen Unruhen in geringerem Maße als während der letzten Jahre vor. Nur durch den Streik der Straßenbahnbeamten in Brooklyn sowie der Werftarbeiter in New-York, durch den Streit der weißen und der farbigen Dockarbeiter in New-Orleans, der schwarzen und weißen Bergarbeiter in Alabama und durch Verfolgung italienischer Arbeiter in Colorado entstanden Kämpfe. Große Lebhaftigkeit entfaltete eine neue weit verbreitete Vereinigung, deren Zweck es ist, ein Gegengewicht gegen den zunehmenden Einfluß der katholischen Kirche auf die innere Politik der Union zu bilden.

Trotz der großen Niederlage, welche die demokratische Partei bei den Neuwahlen zum Repräsentantenhause am 6. November 1894 erlitten, hatte sich in den ersten Monaten des Jahres 1895 die Zuversicht dieser Partei wieder stark gehoben; aber die am 5. Mai stattgehabten Wahlen von Gouverneuren und gesetzgebenden Körperschaften machten diese wieder aufgelebten Hoffnungen gründlich zuschanden, indem sogar die für zweifelhaft geltenden Staaten New-York, New-Jersey, Maryland, Ohio und Kentucky Republikaner wählten. Nach dieser neuen Bestätigung des Umschwungs kam es bereits zur vorläufigen Nennung von Kandidaten für die nächste Wahl eines Präsidenten der Union, und zwar stand bei den Republikanern der Name des Gouverneurs Morton von New-York, bei den Demokraten der des früheren Marinesekretärs Whitney obenan.

Am 2. Dezember wurde die erste Session des 54. Kongresses eröffnet, in dessen Repräsentantenhause die Republikaner die Zweidrittelmehrheit von reichlich 140 Stimmen besaßen. Die Botenschaft des Präsidenten Cleveland an den Kongreß befaßte sich hauptsächlich mit der Finanzlage, bezüglich deren er auf die von ihm dem vorigen Kongresse gemachten Vorschläge zurückgriff. Weiterhin wurde bei eingehender Besprechung der Handelsbeziehungen zu Deutschland gesagt, die deutschen Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr von Vieh und Nahrungsmitteln erregten um so mehr Argerniß, als kein europäischer Staat die Ausfuhr von Nahrungsmitteln so vor-

sichtig überwache wie Amerika. Sodann wurde die geschäftliche Ausschließung amerikanischer Versicherungsgesellschaften in Preußen engherzigen und lässigen Einschränkungen zugeschrieben; solange indes die Notwendigkeit ähnlicher Gegen-Einschränkungen dem Volksgefühl widerspreche, müsse man sich hüten, sie einzuführen. Übrigens erwähnte Cleveland mit freundlichen Worten die Anerkennung, welche die Flotte der Union bei den Festlichkeiten in Kiel gefunden habe. Von Bedeutung war in der Botschaft ferner der Hinweis auf die „lästigen und unnatürlichen Verpflichtungen“, welche die Samoa-Akte von 1889 der Union auferlege, und die Erwähnung der Stellung der Union zu dem Streite Großbritanniens mit Venezuela über die Grenze gegen Guyana; die Regierung habe im Juli in London entschieden Verwahrung eingelegt gegen eine auf dem Wege der Gewalt erfolgende Gebietserweiterung irgend einer europäischen Macht auf dem amerikanischen Festlande.

Dieser Punkt der Botschaft wurde von der Bevölkerung mit um so lebhafterem Beifall aufgenommen, als in der letzten Zeit eine groß-amerikanische Bewegung wieder begonnen hatte, womit u. a. die reichen Unterstützungen zusammenhingen, welche die Aufständischen auf Kuba aus der Union erhielten, obwohl Cleveland durch Proklamation vom 12. Juni die Bürger vor Verletzung der Neutralitätsgesetze gegenüber Kuba gewarnt und den Beamten zur Pflicht gemacht hatte, jede Verletzung dieser Gesetze streng zu ahnden. Um so mehr entfesselte der in der Botschaft angeschlagene Ton das Verlangen nach strengster Geltendmachung der Monroe-Doctrin, ja der Senator Cullom beantragte, derselben nunmehr eine gesetzliche Unterlage zu erteilen. Wohl unter dem Einfluß dieser Stimmung richtete Cleveland am 17. Dezember an den Kongreß eine fast kriegerisch lautende Botschaft, in der er die vom englischen Premierminister Lord Salisbury im Oktober gegen jene Lehre erhobenen völkerrechtlichen Einwände zu widerlegen suchte und zu dem Schluß kam, daß bei fernerer Unnachgiebigkeit Venezuelas gegen Großbritannien die Union Maßnahmen treffen müsse, um mit Sicherheit in Erfahrung zu bringen, welches die richtige Grenzlinie in Guyana sei. Nach Eingang des Berichts hierüber werde die Union jede mit demselben in Widerspruch stehende englische Besitzergreifung als „vorsätzlichen Angriff auf ihre Rechte und Interessen“ zu betrachten haben. Mit dieser Botschaft

zeigten sich Republikaner wie Demokraten so einverstanden, daß das Repräsentantenhaus schon am 18. Dezember einen Gesetzentwurf annahm, durch welchen der Präsident ermächtigt wurde, eine Kommission zur Grenzfeststellung in Venezuela zu ernennen. Kaum war dies geschehen, so zeigte sich, daß die Rechnung ohne den Wirt gemacht war. Das englische Volk sah in diesem Verhalten Nordamerikas einen so herausfordernden Übermut des so viel jüngeren Brudervolks, daß wie von selbst der Wunsch entstand, ihm eine gewisse Abhängigkeit von England recht deutlich vor Augen zu führen. Demgemäß wurden an der Londoner Börse am 19. und 20. Dezember amerikanische Bonds so massenhaft und fast um jeden Preis losgeschlagen, daß auf der New-Yorker Börse am 21. Dezember eine wilde Panik entstand, die Kurse reißend fielen und so ein rund auf 1000 Millionen Dollars veranschlagter Verlust herbeigeführt wurde. Das änderte die Stimmung in der Frage Venezuelas sofort dermaßen, daß vom 24. Dezember an in großen Versammlungen ebenso lebhaft und bitter gegen Cleveland geeifert wurde, wie noch kurz zuvor für seine Botschaft.

Am 19. Dezember kam Präsident Cleveland in einer neuen an den Kongreß gerichteten Botschaft wiederum auf die Finanzlage zurück, worauf am 26. Dezember eine Kommission des Repräsentantenhauses die Ausgabe von 3prozentigen Bonds über 50 Millionen zur Deckung der Fehlbeträge vorschlug.

Am 31. März starb in Chicago der Besitzer der einflußreichen „Illinois=Staats=Ztg.“, Hering aus Bechta in Oldenburg, am 26. Mai der frühere Schatzamtssekretär Culloch und am 27. Mai der Staatssekretär des Außern, Greßham.

Die Vereinigten Staaten von **Mexiko** beendeten im Februar ihren Grenzstreit mit der Republik Guatemala, welche sich zum Ersatz der Kosten von Mexikos Kriegsrüstung und der Zerstörung mexikanischen Eigentums bereit erklärte. Der Präsident der Republik, Porfirio Diaz, gab im April und im September bei Eröffnung des Kongresses eine fast glänzende Schilderung der wirtschaftlichen Lage des Landes, worauf der dankbare Kongreß im Dezember ein die Wiederwahl des Präsidenten ermöglichendes Gesetz genehmigte; daß aber die Zustände im ganzen nicht so rosig seien, wie man nach jenen Schilderungen annehmen möchte, ließ sich u. a. aus der zu Pachuca

auf richterlichen Befehl erfolgten Verbrennung von „Rehern“ abnehmen. Anfang März starb in Naccio auf Corsika der Prinz Sturbide, Sohn des 1819 hingerichteten Kaisers dieses Namens und Adoptivsohn des 1867 hingerichteten Kaisers Maximilian.

Die Republiken von Mittelamerika zeigten sich nicht so feindselig gegeneinander wie in den letzten Jahren, anscheinend jedoch nur, weil eine von ihnen in ernstem Streit mit einem Mächtigeren geriet. Die britische Regierung stellte am 25. Februar an die Republik **Nikaragua** die unanfechtbare Forderung der Genugthuung für die Vertreibung des britischen Vizekonsuls aus Bluefields und einer Geldentschädigung für die von der Mosquitoküste vertriebenen britischen Unterthanen. Als Nikaragua sich weigerte und hierbei auch dann verblieb, nachdem vermögende Bürger die Entrichtung der verlangten Summe aus ihren Taschen angeboten hatten, erschien Ende April der britische Contreadmiral Stephenson mit einigen Kriegsschiffen auf der Rhede von Corinto und ließ am 27. April diesen am stillen Ocean liegenden vornehmsten Hafen der Republik besetzen. Deren Präsident General Zalaya protestirte gegen diese Gewaltthat, die der Souveränität des Landes zuwiderlaufe und ihre Würde verlege. Um diesen Protest würde sich Großbritannien schwerlich viel bekümmert haben, wenn nicht die nordamerikanische Union auch hier wieder auf Grund ihrer Monroe-Doctrin sich der Einsprache angeschlossen hätte. Da die Sache für einen ernstem Streit mit der Union zu unbedeutend war, wurde durch deren Vermittelung Anfang Mai die Sache dahin beendet, daß gegen Zahlung von 15 000 Pfd. Sterling die britischen Truppen zurückgezogen wurden. Die Mosquitoküste wurde im Mai unter dem Namen „Zalaya“ der Republik Nikaragua einverleibt. Infolge jener Einmischung entstand in allen 5 Republiken ein so großer Haß gegen England, daß ein Bund zur Nöthung englischer Waren angeregt wurde. Andererseits trachtete anläßlich dieser Vorgänge die Unionsregierung danach, ihren Einfluß in Mittelamerika hinfort mehr auf die Unterstützung zu gründen, welche sie zufolge Gesetzes (S. 371) der „Maritime Canal-Company“ behufs kräftiger Wiederaufnahme der lange liegen gebliebenen Arbeiten am Nikaragua-Kanal zu teil werden läßt, denn an einer Besignahme der betreffenden Gebiete sieht sie sich noch immer durch den Clayton-Bulwer-Vertrag gehindert. Endlich führten obige Vorgänge im September

zu einem neuen Versuche, die 5 Republiken zu einem gewissen Bunde zu vereinigen. Vorläufig entstand nur ein Dreibund der Republiken Nicaragua, Honduras und San Salvador; ob er zu einem Bunde führen wird, wie der 1885 gegründete, sehr kurzlebige Bund der 5 Staaten, steht dahin.

In der Republik **Colombia**, die sich bis 1861 Neu-Granada nannte und ein Drittel der Republik Colombia bildet, die 1819 bis 1831 bestand, kam es Ende Januar infolge kläglicher wirtschaftlicher Verhältnisse zu einem Aufstande. Es hatte eben die Ergiebigkeit der Minen nachgelassen, es war minderwertiges Silbergeld eingeführt, der Panama-Kanal mit den vielen auf ihn gesetzten Hoffnungen war gescheitert und die Einführung des Tabakmonopols hatte zu solchen Härten geführt, daß der größte Teil des Tabakbaues aufgegeben wurde. Die Aufständischen bedrohten Colon und andere Städte, wurden aber Ende März besiegt.

Der schon unter Nordamerika erwähnte Streit der Republik **Venezuela** mit Großbritannien wurde dadurch hervorgerufen, daß im Januar bewaffnete Venezuelaner Polizisten aus Britisch-Guyana am linken Ufer des in den Essequibo fließenden Ruyuni, also auf einem Gebiete, über dessen Zugehörigkeit zu einem der beiden Streittheile noch niemals eine Einigung hatte erzielt werden können, gefangen nahmen und schlecht behandelten. Obwohl Präsident Crespo die Engländer sofort wieder in Freiheit setzte, war durch den Vorgang doch, zugleich mit der englischen Entschädigungsfrage, die Grenzfrage wieder aufgeworfen, wobei Venezuela die nordamerikanische Union so sehr als natürlichen Beschützer ansah, daß ein Geschwader dieser Macht unter Admiral Meade im April in La Guayra mit Jubel empfangen und die Mannschaft in feierlichem Aufzuge nach Caracas geführt wurde. Das strittige Gebiet liegt unmittelbar südlich und südöstlich vom Mündungsdelta des Orinoco, und beide Teile streben nach dem Besitze der Gold-Nasen westlich und östlich von der Stadt Guacipali. Der Streit ist schon alt, und stets war England der angreifende Teil. Nachdem das jetzt britische Guyana 1814 durch Abtretung seitens Hollands erworben war, bildete der Essequibo die Grenze; aber schon 1827 ward sie von den Engländern bis zum Marocco-Fluß weiter geschoben. 1840 ließ Palmerston durch den Ingenieur Schomburgk eine noch weiter gehende Linie abstecken, die

Englands Ansprüche bezeichnen sollte, thatsächlich aber als Rechtstitel benutzt wurde. 1857 ließ sich Lord Aberdeen zu einer eingeschränkten Linie bestimmen, aber 1880 unternahm England Besitzhandlungen, die hiermit in Widerspruch standen. Infolgedessen kam es, unter Einmischung Nordamerikas, zu Verhandlungen, die 1887 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führten, worauf der Gouverneur von Guyana das ganze Gebiet bis weit westlich zum Caronifluß für britisches Eigentum erklärte. Die Sache blieb unentschieden bis zu dem jetzigen Streitfall, der infolge von Clevelands Botschaft auf kurze Zeit die Augen der Welt auf sich zog, bis sie durch den zu London verursachten finanziellen Krach in Nordamerika ebenso rasch in den Hintergrund gedrängt wurde, ohne bis Jahresluß auf einen Weg zur Lösung zu kommen. Einen anderen Streit hatte Venezuela mit Italien, Belgien und Frankreich durch die Veröffentlichung eines Schriftstücks im italienischen Grünbuche. In der Republik **Ecuador** kam es im Mai zu einem politisch-religiösen Kriege, der im August mit dem Sturze der bisher herrschenden Partei der Progressisten oder gemäßigt Liberalen und dem Triumphe der Radikalen endete. Der schon im vorigen Jahre begonnene Streit der Parteien um die Präsidentschaft in der Republik **Peru** führte mit Beginn des Jahres zu einem Kriege von drei vereinigten Präsidentschaftskandidaten gegen den Präsidenten Caceres, der nach dreitägigen grauenvollen Kämpfen in Lima gestürzt wurde, worauf im August der alte Verschwörer General Pierola, Führer der Demokraten, an die Spitze kam. Was die Vereinigten Staaten von **Brasilien** betrifft, so mühte sich die Regierung des im November v. J. an Peixoto's Stelle an die Spitze gelangten Prudente de Moraes ab mit der Beschwichtigung des großen Südstaats Rio Grande do Sul, der durch einen wilden Bürgerkrieg verwüstet wurde und sich mit aller Kraft gegen die Centralregierung erhob, weil die teils aus halbwilden Gauchos, teils aus einer Viertel Million arbeitsamer Deutscher bestehende Bevölkerung das bisherige Erpressungssystem sich nicht mehr gefallen lassen wollte. Nachdem aber Admiral Salhanda da Gama im Kampfe gefallen war, blieb die Sache der Aufständischen hoffnungslos, worauf Präsident Moraes am 24. Juli förmlich Frieden mit ihnen schloß. Damit endete der 2^{1/2} jährige Bürgerkrieg. England gab am 29. Juli seine Ansprüche auf die Insel Trinidad auf, und durch Schiedsspruch

Clevelands erhielt Brasilien das mit Argentinien strittige, von Jesuiten kultivierte sog. Missionsgebiet. Der frühere Präsident Peixoto starb am 29. Juni. In den Vereinigten Staaten von **Argentinien** erlag der im Oktober 1892 von den zwei Hauptparteien des Landes durch Kompromiß an die Spitze gestellte 73jährige Dr. Saenz Peña dem unerträglich gewordenen Verhältnis zwischen diesen beiden Puffern. Am 22. Januar legte er sein Amt nieder, weil er in dem vom Kongreß ihm angeduldeten Erlaß einer Amnestie eine Aufforderung zu militärischer Anarchie erblickte. An seine Stelle wurde der bisher wenig hervorgetretene Diplomat Uriburu gewählt. Im Streite Argentiniens mit der Republik **Chile**, bei dem es sich darum handelte, ob die Wasserscheiden oder die Kordilleren als Grenze anzusehen seien, kam es im Oktober zu einer Vereinbarung, wonach die Untersuchungskommission, sobald sich Meinungsverschiedenheit ergibt, die Arbeit unterbrechen und an einer anderen Stelle wieder aufnehmen soll. Damit war der Streit und die Kriegsfrage nur aufgeschoben. Für alle Fälle ließ die Regierung durch eine Mehrzahl deutscher Offiziere für die Kriegstüchtigkeit des Heeres sorgen.

Chronik

der

Creignisse des Jahres 1895.

Tag	Januar.	Seite
6	Aufstand auf Hawaii	370
8	Vortrag des deutschen Kaisers über die Kriegsmarinen	9
8	Wiedereröffnung der Reichstagsitzungen	14
8	Korea erklärt sich unabhängig von China	369
9	Vertrag Belgiens mit dem Kongostaate	329
11	Ernennung des Baron Banffy zum ungar. Ministerpräsidenten	244
12	Der Reichskanzler im Reichstag über die Umsturz-Vorlage	25
12	Pairschub für das österreichische Herrenhaus	232
12	Angriffe soz.-dem. Abg. auf den Präf. Casimir-Perier	265
13	Besuch des Reichskanzlers F. Hohenlohe beim F. Bismarck	10
13	Schlacht bei Coatit	306
14	Die Südbahnfrage in der französischen Deputiertenkammer	266
14	Schlacht bei Haitsheng in der Mandschurei	366
15	Eröffnung des preussischen Landtags	45
15	Rücktritt Casimir-Perier's als Präsident der franz. Republik	267
16	Erklärung des Ministerpräf. F. Hohenlohe in den preuß. Kammern	46
17	Christl.-soz. Versamml. in Berlin für die Katheder-Sozialisten	27
17	Eröffnung des schwedischen Reichstags	338
17	Bildung einer württembergischen Centrumspartei	210
17	Wahl Faure's zum Präsidenten der französischen Republik	270
19	Kirchenpolit. Programm des ungarischen Ministerpräf. Banffy	245
²¹ — ₂₃	Allgemeine Beratung des Etats im preussischen Abgeordnetenhaufe	47
21	Auflösung des italienischen Parlaments	308
22	Der deutsche Reichstag über Änderung des Zolltarifs	43
24	Ernennung des französischen Ministeriums Ribot	271
27	Kaiserliche Erlasse über die Feier der Kriegsgebedenktage	12
27	Botschaft des Präsidenten Cleveland über die Silberfrage	370
29	Minister v. Hammerstein im preuß. Abg.-haufe gegen den Antrag Ranitz	50
29	Kaiser Nikolaus II. für Aufrechterhaltung der Autokratie	257

Tag		Seite
30	Die Frage des Diktatur-Paragraphen im Reichslande	40
31	Frage der Bestattung Canoberts in der franz. Deputiertenkammer	273

Februar.

1	Neuwahlen zur württembergischen zweiten Kammer	211
2	Ministerpräsi. Ribot in der franz. Deputiertenkammer über die Münzfrage	275
2	Aufstand in der portugiesischen Kolonie Mosambique	328
3	Ablehnung des schweizer. Gesandtschaftsges. durch Volksabstimmung	345
5	Eröffnung des britischen Parlaments	292
9	Der Reichskanzler im Reichstag über den Untergang der „Elbe“	124
12	Belgischer Gesandtenwurf wegen Annexion des Kongostaats	330
13	Der deutsche Reichstag über die Verfassung der Einzelstaaten	122
13	Die Japaner erobern Weihaiwei und vernichten die chines. Flotte	366
15	Erklärung des deutschen Reichskanzlers im Reichstage über die Währungsfrage	121
15	Staatssekretär v. Marschall weist die engl. Vorwürfe wegen Transvaal zurück	361
16	Verhärfung der Disziplinar-Gewalt des deutschen Reichstagspräsi.	124
17	Eine Abordnung des Bundes der Landwirte beim Kaiser	55
17	Japanischer Sieg über die Chinesen in der Mandschurei	367
18	General-Verammlung des Bundes der Landwirte	56
19	Eröffnung des norwegischen Reichstags	341
20	Eröffnung des württembergischen Landtags	212
21	Der deutsche Reichstag lehnt die Tabaksteuervorlage ab	121
22	Spaltung der ungarischen Unabhängigkeitspartei	247
24	Ansprache des deutschen Kaisers an die Mitglieder des brandenb. Provinzial-Landtags	58
26	Der deutsche Reichstag über die Reichsfinanzreform	120
26	Das britische Unterhaus über die Währungsfrage	293
26	Verhängung des Belagerungszustands über Kuba	324
27	Der deutsche Reichstag über Einwanderung ausländischer Juden	122

März.

1	Studentenkommers in Berlin zu Ehren des Fürsten Bismarck	88
5	Die Wahlgesetzfrage in der württemb. zweiten Kammer	213
7	Präsi. Faure übernimmt den Vorsitz des franz. obersten Kriegsrats	280
9	Minister v. Hammerstein im Landesökonomiekolleg über die landw. Frage	66
9	Die Boeren Transvaal's besetzen Swaziland	362
12	Der preußische Staatsrat tritt zusammen	67
13	Der deutsche Reichstag über den Handelsvertrag mit Argentinien	64
14	Die Berl. Stadtverordneten gegen die Bismarckfeier	89
15	Beschluß des preußischen Staatsrats in der Währungsfrage	71
18	Erklärung des Papsts über die ungarischen Kirchengesetze	321

Tag		Seite
20	Beschluß des preussischen Staatsrats über den Antrag Kanitz . . .	71
20	Tod des Fürsten Woldeemar von Lippe-Detmold	227
21	Erlaß des Prinzen Adolf v. Schaumburg-Lippe als Regenten von Lippe-Detmold	227
23	Der deutsche Reichstag gegen Ehrung des Fürsten Bismarck . . .	91
23	Verständigung Deutschlands mit Frankreich und Rußland in der ostasiatischen Frage	195
24	Rücktritt des spanischen Ministeriums Sagasta	325
25	Mitglieder des deutschen Reichstags und des preuß. Landtags beim Fürsten Bismarck	94
26	Der Kaiser beim Fürsten Bismarck	95
28	Das Ministerium Canovas stellt sich den Cortes vor	325
29	Der deutsche Reichstag berät den geänderten Antrag Kanitz . . .	75
29	Wahl des Abg. v. Buol zum Präsidenten des Reichstags	92
30	Die Kommission des Reichstags beendet die zweite Lesung der Umsturz-Vorlage	97

April.

1	Feier von Fürst Bismarcks 80. Geburtstag	106—109
1	Veröffentl. des britisch-russischen Vertrags über das Pamirplateau .	296
1	Italienische Truppen besetzen Abua	308
2	Eine Abordnung von München beim Fürsten Bismarck	109
3	Britische Truppen erstürmen den Malakandpaß in Ostindien . . .	300
5	Die Kolonialfragen in der französischen Deputiertenkammer . . .	276
8	Fürst Bismarck empfängt Lehrer höherer Schulen	109
9	Neuwahlen zum dänischen Folkething	336
10	Kirchenpolit. Gesetzbvorlage in der hess.-darmst. zweiten Kammer .	221
14	Sendeschreiben des Papsts an das englische Volk	321
15	Besucher aus Steiermark beim Fürsten Bismarck	110
17	Friedensschluß zwischen China und Japan	367
18	Der Volksraad des Oranjestaats berät die Vereinigung mit Transvaal	364
18	Der Evangel. Bund gegen die Umsturzvorlage	101
23	Rede Crispi's in Rom über die Lage Italiens	309
23	Einigung über die Regentenschaft in Lippe-Detmold	228
25	Note des Gr. Kalnoth an Banffy über den päpstl. Nuntius . . .	250
25	Protest der Berl. Stadtverordneten gegen die Umsturz-Vorlage . .	102
26	Der deutsche Reichstag über das Branntweinsteuergesetz	121
27	Die Engländer besetzen Corinto in Nicaragua	375
29	England annektiert Amatongoland	302

Mai.

1	Banffy im ungarischen Unterhaus über den päpstl. Nuntius . . .	248
5	Japan verzichtet auf die eroberte chinesische Halbinsel Liaotung . .	195 u. 368
6	Streit Banffy-Kalnoth im ungarischen Unterhause	249

Tag		Seite
7	Landeskirchliche Versammlung in Berlin	176
7-9	Die Frage von Gr. Kalnochy's Rücktritt im österr. Abgeordnetenhaus	233
8	Protest von Vertretern preuß. Städte gegen die Umsturzvorlage . .	103
8	Der Reichskanzler im Reichstag über die Umsturzvorlage	115
11	Scheitern der Umsturzvorlage im Reichstage	118
16	Rücktritt des österr.-ung. Min. d. Äußeren Gr. Kalnochy	249
16	Konzil-Zubelfeier in Clermont	285
17	Graf Goluchowski österr.-ungar. Minister d. Äußern	249
21	Der württemb. Kriegsminister über die Militärstrafprozeßordnung .	214
24	Schluß der Session des deutschen Reichstags	125
26	Neuwahlen zur italien. Deputiertenkammer	310
27	Rede des preuß. Ministers v. Hammerstein in Marienwerder . . .	131
30	Auflösung des wiener Gemeinderats	238
30	Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals	142
31	Fragen der auswärt. Politik in d. franz. Deputiertenkammer . . .	277

Juni.

8	Programm des Gr. Goluchowski in den Delegationen	251
9	Eine Abordnung des Bundes der Landwirte beim F. Bismarck . . .	113
10	Thronrede zur Eröffnung des italienischen Parlaments	310
11	Ministerium Delhannis in Griechenland	355
14	Rede des Präsidenten Faure in Bordeaux	281
18	Präsident Faure über Frankreichs Verhältnis zu Rußland	281
19	Rede des deutschen Kaisers in Hamburg	137
19	Deutschfeindliche Rede des Prem.-Min. Rhodes in Kapstadt	302
19	Rücktritt des österr. Min. F. Windischgrätz. Nachf. Gr. Kielmannsegg	235
20	Feierliche Eröffnung des Nordostseekanals	138
24	Belgischer Gesetzentw. w. finanz. Unterstütz. d. Kongostaats	332
28	Rücktritt des britischen Minist. Rosebery. Nachf. Salisbury	297

Juli.

6	Beginn der Feier der deutschen Kriegsgedenktage	142
7	Serbisches Ministerium Nowakowitsch	354
8	Lippescher Antrag b. Bundesrath wegen der Thronfolgefrage	228
8	Eröffnung der Delagoa-Eisenbahn	363
10	Schluß der Session des preussischen Landtags	128
10	Ein deutsches Geschwader vor Tanger	194
10	Frage der Religionsreversalien in der württ. zweiten Kammer . . .	215
10	Das österr. Abg.-Haus über die Frage des Gymnas. in Cilli	236
10	Fragen der auswärt. Politik in der franz. Deputiertenkammer	277
10	Schreiben des Papstes an die belgischen Bischöfe	322
12	Der Czar empfängt eine Abordnung aus Abessinien	260
15	Ermordung Stambolow's in Sofia	350
17	Der Czar empfängt eine Abordnung aus Bulgarien	260

Tag		Seite
17	Crispi über Italiens Verhältnis zum Papst	312
20	Besuch des d. Reichskanzlers beim Kaiser v. Österreich	158
28	Wahlen der französischen Generäle	279
29	Crispi über den Dreibund	313

August.

10	Nationalitätenkongreß in Pest	253
14	Der d. Kaiser besucht die Schlachtfelder in Lothringen	144
14	Thronrede zur Eröffnung des britischen Parlaments	298
15	Erlaß des d. Kaisers an das preussische Gardekorps	196
16	Deutschfeindliche Kundgebungen in Mars la Tour	283
18	Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal in Berlin	145
19	Ansprache des deutschen Kaisers an Kriegervereine	146
20	Zusammenkunft der preussischen Bischöfe in Fulda	178
21	Festrede des Großherzogs von Baden	218
25	Deutscher Katholikentag in München	152

September.

2	Rede des deutschen Kaisers zur Sedanfeier	153
4	Dr. Gruner legt Verträge bez. des Hinterlandes von Logo vor	202
5	Veröffentlichung eines Briefes des Abg. Stöcker aus 1888	165
5	Päpstliche Encyclica bez. des Rosenkranzgebets	322
8	Erlaß des deutschen Kaisers bez. der Feier der Kriegsgebedntage	157
10	Rede des Präsidenten Faure in Mirecourt	284
11	Besuch des deutschen Reichskanzlers beim Czaren	158
13	Veröffentlichung des neuen belgischen Schulgesetzes	332
17	Thronrede zur Eröffnung der niederländischen Kammern	333
20	Italienische Nationalfeier	314
28	Eröffnung des bayerischen Landtags	204
29	Ablehnung des schweiz. Zündholzmonopols in Volksabstimmung	345
30	Ende des französischen Feldzugs auf Madagaskar	287

Oktober.

2	Rücktritt d. österr. Min. Gr. Kielmannsegg zu Gunsten Badenis	237
4	Deutsch-chines. Vertrag bez. eines chinesischen Hafens	195
6-11	Sozialdemokratischer Parteitag in Breslau	183
7	Eröffnung des dänischen Reichstags	337
8	Kundgebung des Papstes gegen die italienische Nationalfeier	315
10	Erklärung des preuß. Staatsministeriums für Min. v. Boetticher	173
13	Kaiser Franz Joseph in Agram	254
14	Staatssekretär v. Marshall warnt in London vor dem Treiben von Engländern in Transvaal	363
14	Ministerium Hagerup in Norwegen	343
15	Ministerium Fürst Sturdza in Rumänien	352

Tag		Seite
17	Neuwahlen zur sächsischen zweiten Kammer	208
18	Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals bei Würth	171
19	Aufhebung des Belagerungszustands über Prag	237
19	Erlaß des Sultans wegen Reformen in Armenien	348
22	Programm des österr. Ministerpräsidenten Gr. Badeni	238
25	Abgabe des konservat. Parteiorgans an die Jung-Christl.-Sozialen .	168
26	Rücktritt des franz. Minist. Ribot. Ministerium Bourgeois	289
31	Der König der Aschantis lehnt die britischen Forderungen ab	301
31	Der Prinzregent v. Bulgarien erklärt sich f. Annäherung an Rußland	354
November.		
3	Ablehnung des schweizer. Militärgesetzes durch Volksabstimmung . .	345
4	Ministerpräsi. Gr. Badeni über die Wahlreform in Osterreich	240
4	Neuwahlen zur badischen zweiten Kammer	219
12	Eröffnung des badischen Landtags	220
13	Unterwerfung Hassan bin Omar's in Deutsch-Ostafrika	203
14	Eröffnung des sächsischen Landtags	209
27	Die franz. Deputiertenk. über den Feldzug auf Madagaskar	290
Dezember.		
2	Rede des deutschen Kaisers in Breslau	187
3	Eröffnung der 3. Session des 9. d. Reichstages	186
7	Niederlage der Italiener bei Amba Magi	316
9	Ernennung des preussischen Ministers des Innern v. d. Röske. . . .	193
10	Wahlgesetzreformfrage in der sächsischen zweiten Kammer	209
13	Die Steuerreformfrage in der württembergischen zweiten Kammer .	216
16	Besuch des deutschen Kaisers beim Fürsten Bismarck	194
16	Crispi über die Afrikapolitik in der italienischen zweiten Kammer . .	318
17	Botschaft des Präsidenten Cleveland wegen Venezuelas	373
30	Einbruch von Engländern in Transvaal	364
31	Die deutsche Regierung trifft Maßregeln zum Schutz der Deutschen in Pretoria	364

Alphabetisches Verzeichnis

der

hervorragenden Personen.

- Agliardi, päpstl. Nuntius, in d. kirchenpol. Fragen Ungarns 246, 253.
- Albert, König v. Sachsen, bei Manövern 158, bei d. Feier d. Reichsgerichtsgeb. 172, Thronrede 209.
- Alfred, Herz. v. Kob., am Bismarcktage 108, Apanage betr. 294.
- Alexander, König v. Serbien, hält Thronreden 353, 354.
- Alexis, Großfürst, in Kiel 140.
- v. Asch, bayer. Kriegs-Min., üb. 2jähr. Dienstzeit u. d. Milit.-Strafprozeßord. 206.
- Auer, Reichstagsabg., zur Umsturzvorl. 15, 115, Antr. bez. Reichslands 40, üb. Änder. d. Vereinsrechts 123, über Sedaufeier 182.
- Bachem, Reichst.- und pr. Abg., über Konvertierung 48, über Reform des Vereinsrechts 124, über kath. Unterr. in Volksschulen 127, auf Katholikentag 153.
- Badeni, Graf, österr. Min.-Präf. 237, Programm 238, über Wahlreform 240.
- Banffy, Baron v., ungar. Min.-Präf. 244, Programm 245, über ungar. Kirchenpol. 247, Streit mit Graf Kálnoky 251.
- Baratieri, ital. General, Oberbefehlsh. in Erythraa 306, 315, beglückwünscht von König Humbert 307, von den ital. Kammern 310.
- Barth, Reichst.-Abg., gegen Umst.-Vorl. 22, 115, über Handelsvert. 44, auf Parteitag d. freis. Vereinig. 133.
- Barthou, franz. Min., in Sachen der Südbahn 266.
- Bebel, Reichst.-Abg., üb. Umst.-Vorl. 33, 116, üb. Lage im Reichsland 40, für Polen 136, zum Etat 191, auf bad. Parteitag 219.
- Berlepsh, Febr. v., preuß. Min., Rücktrittsgerüchte 10, zur Umst.-Vorl. 22, über soz.-pol. Fragen 100.
- Berthelot, franz. Min., über die Eroberung Madagaskars 290.
- Beyschlag, Prof. in Halle, üb. Stöcker's Agitat. 167.
- Bismarck, Fürst v., Feier d. 80. Geburtstag 87, Rede an Abgeordnete 94, an Studierende 107, an Vert. v. München 109, an Lehrer 109, an Deutsche aus Rußl. 110, an Vert. d. Lloyd 110, an Besucher aus Cleve 110, an Steyrer 110, an Darmstädter und Künstler 110, an Stuttgarter 111, an sächs. Lehrer 111, an Vurschenschaftler u. Anhalter 111, an Kölner, Braunschw., Oldenb., Lauenb., Ostfriesen 111, an Sachsen, Westf., schlef.

- Damen 112, an Rheinl., Leipz., Schlesw.-Holst. u. Landw. 113.
- Bismarck, Graf v., Reichst.-Abg., üb. Währung 53, in Verf. d. Bund. d. Landw. 63, Rede in Stendal 181.
- Boetticher v., Staatssekr. d. S., über Handw.-Kammern 37, üb. letzte Min.-Krisis 47, vertheid. v. Reichsanz. 114, üb. Judeneinwand. 123, üb. Petrol.-Preis 124, in Holtztau 138, vertheid. v. pr. Staatsministerium 173, Verhält. z. F. Bism. 174, üb. unfaul. Wettbewerb 193.
- Bosse, pr. Min., über Lehrerbefold.-Ges. 48, üb. Parität 54, üb. kath. Unterr. in Volkssch. 127, üb. Zust. d. Irrenhäuser 128.
- Bourgeois, franz. Min.-Präs. 289.
- Bronart v. Schellendorf, pr. Min., im Reichst. z. Umst.-Vorl. 21, 26, 116, 117, z. Reichstet gegen Bebel 191.
- Burlet de, belg. Min.-Präs., Streit in d. 2. Kammer 330, übernimmt d. Äußere 332.
- Buol v., Präs. d. d. Reichstags 91, bei Bism.-Diner d. Kaisers 108, fordert auf bez. Windhorst-Denkmal 132, in Holtztau 138, 139, bei Feier d. Nat.-Denkmals 146, bei Feier des Reichsger.-Geb. 172, als Präs. wiedergewählt 189.
- Campbell=Bannermann, brit. Kriegs-Min., über Heeresreform 296.
- Canovas del Castillo, span. Min.-Präs. 325.
- Canrobert, franz. Marschall, Streit über seine Beerdigung 273.
- Casimir-Périer, Präs. d. franz. Rep., angegr. v. Radik. 265, Rücktritt 267.
- Cavaignac, franz. Kr.-Min., üb. Feldz. n. Madagask. 290.
- Cavallotti, ital. Abg., Angriffe auf Crispi 311.
- Challamel=Lacour, Präs. des franz. Senats 270.
- Chamberlain, brit. Abg., greift den Kriegs-Min. an 297, Kolon.-Min. 298.
- Clement, Metropolit, Führer v. bulg. Abordn. n. Rußl. 260.
- Cleveland, Präs. der nordam. Union, Votsch. in der Silberfrage 370, Votsch. w. Anleihe 371, Votsch. w. Venezuela 373, Votsch. über Finanzlage 374.
- Craillsheim v., bayer. Min.-Präs., üb. Forstges. 205, gegen d. Abg. Grillenberger 206.
- Crispi, ital. Min.-Präs., Rede in Wahlbeweg. 309, üb. innere Politik 311, Vertheid. gegen Angriffe 312, über Ital. Verh. zum Papst 312, 317, über Dreibund 313, üb. Afrikapolitik 318.
- Delongle=Beaumanoir, franz. Abg., üb. ausw. Politik 277.
- Delhannis, griech. Min.-Präs. 355.
- Dieß=Daber v., Gutsbes., in Gen.-Verf. d. Bund. d. Landw. 57.
- Duchesne, franz. Gen., Oberbef. in Madagask. 286.
- Dupuy, franz. Min.-Präs., gegen die Radikalen 265, in Sachen d. Südbahn 267, Rücktritt 267, nach Caf. Pers. Rücktritt 269.
- Emma, Kön.-Regentin der Niederl., Thronrede 333, Reisen 334.
- Ernst August, Herz. v. Cumberland, trifft mit d. d. Kaiser zusammen 66.
- Eynern v., preuß. Abg., üb. Zust. in Irrenhäusern 128.
- Eyschen, luxemb. Min.-Präs., in der luxemb. Kammer 335, geg. Deutschenheze 336.
- Faure, Präs. d. franz. Republ., gewählt 270, Antrittsvotsch. 272, Präs. d. oberst. Kriegsrats 280, Rede in Mirecourt 284.
- Feilitzsch v., bayer. Min., üb. d. Fuchsmühler Sache 204, über Wahlreform 205.
- Ferdinand, Pr. v. Kob., Regent von

- Bulgarien, lehnt Bitte Stambolows ab 349, bei dessen Tode 350, Thronrede 351.
- Franz Joseph, Kais. v. Österr., pr. Feldmarschall 66, bei Manövern in Pommern 158, in Agram 254.
- Frege v., pr. Abg., auf konf. Parteitage 130.
- Friedrich, Großh. v. Baden, Rede am Bismarcktage 108, Rede in Keilingen 142, in Saarbrücken 144, patriot. Ansprachen 217.
- Frohme, Reichst.-Abg., zur Umst.-Vorl. 25.
- Goluchowski, Graf, österr.-ung. Min. d. Auß. 249, Programm 251.
- Gregorig, Abg. 3. niederösterr. Landtag 231.
- Grey, brit. U.-St.-Sekr., üb. d. Kongo=staat u. Samoa 295.
- Griekenberger, bayer. Abg., über Soldatenelend 205, üb. d. d. Kaiser 206.
- Größen=Arnstein v., Vorj. d. B. d. Landw. in Ostpr. 64.
- Grober, Reichst.-Abg., üb. Umst.-Vorl. 19, 117, auf Katholikentag 153.
- Gurko, russ. Feldmarsch., Rücktritt als Gouvern. v. Polen 259.
- Haffner, Bischof v. Mainz, gegen d. hess. Kirchengesetze 222.
- Hagerup, norweg. Min.=Präf. 343.
- Hammerstein v., pr. Min., Programm 49, 51, Rede in Hannover 53, über Domänen 53, im L.-Ökon.-Koll. 65, in Abgh. 3. Agrarfrage 75, über d. Staatsrathsbeschl. 127, in Westpreußen 130, 131, in Schlesien 180, 181.
- Hammerstein v., Reichst.- und pr. Abg., antisem. Antrag 123, flüchtig 160.
- Hanotaux, franz. Min., üb. ausw. Fragen 276–278.
- Harcourt Sir, brit. Abg., verteid. d. Min. Rosebery 293, üb. Cypern 295.
- Haffe, Reichst.-Abg., üb. Schutz der Deutschen im Ausl. 37, über Umst.-Vorl. 82.
- Hausmann, Reichst.-Abg., üb. Umst.-Vorl. 117, zum Reichsetat 192.
- Heeremann v., Vizopr. d. pr. Abgh. 46, gegen Bismarck=Chrung 89, über Herstell. v. Verfass.-Art. 104.
- v. Heydebrand und der Lasa, pr. Abg., üb. agrar. kl. Mittel 75.
- Heyl, Reichst.-Abg., über Handw.=Kammern 36, üb. Handelsvertr. mit Argentin. 64.
- Hodenberg v., Reichst.-Abg., 3. Umst.-Vorl. 24, gegen Bismarck=Chrung 91.
- Höffel, Reichst.-Abg., über Diktat.=Paragr. im Reichsl. 41.
- Hoensbroech Graf v., üb. Jesuitengef. 35, im rhein. Bauernverein 44.
- Hohenlohe=Langenburg Fürst v., Statth. d. Reichsl., Reisen u. Eröffn. v. Ausstell. 229.
- Hohenlohe=Schillingenfürst Fürst v., d. Reichskanzler, Besuch bei Fürst Bismarck 10, 3. Umst.-Vorl. 25, 115, üb. Diktat.=Paragr. in Reichsl. 41, stellt sich als Min.=Präf. d. pr. Landtage vor 46, gegen Gerüchte über Minist.-Änder. 48, im Reichst. über Antr. Kanitz 76, auf Bism.=Kommers 88, zur Währungsfrage 121, über Unterg. d. „Elbe“ 124, mit d. Kaiser in Danzig 158, eröffn. d. Sess. d. Reichst. 186, üb. Einheitlichf. d. Reg. 190, 3. Reichsetat 192, in Wien und Petersb. 194.
- Hohenwart Graf, österr. Abg., 3. österr. Wahlreform 234, über Programm Badenis 239.
- Hompesch Graf v., Reichst.-Abg., üb. Jesuitengef. 34, gegen Bismarck=Chrung 90.
- Huene Frhr. v., Kand. d. Reichstagswahl in Pflz.=Rheinl. 170.

- Humbert, R. v. Italien, bei Feier d. patriot. Gedenktag 314.
- Jameson, Dr., in Dienst d. brit.-südafr. Gesellsch., Führer des Aufstandes in Mosambique 328, Führer d. Einbruchs in Transvaal 364.
- Johann Albrecht, Herz. v. Mecklenb., Präf. d. d. Kolon.-Gesellsch. 201.
- Kálnoky, Graf, öst.-ung. Min. d. Auß., Streit mit Banffy u. Rücktritt 233, 248.
- Kanig, Graf, Reichst.-Abg., üb. Zolltarif 43, rechtfert. seinen Antrag w. Getreidepreise 63, 119, Mitgl. d. pr. Staatsrats 68, begründet seinen Antr. im Reichst. 75, z. Branntweinsteuergef. 121, heftig gegen die Reg. 131.
- Kardorff v., Reichst.-Abg., für Bism.-Ehren 91, üb. Umst.-Vorl. 116, üb. Währungsfrage 120, über Bez. zur nordamerik. Union 190.
- Karl, König v. Portugal, auf Reisen 328.
- Karol, König von Rumänien, bei Festen 352.
- Kennemann-Klenke v., im antipoln. Verein 134.
- Khuen-Hedervary v., Banus von Kroatien, in nation. Fragen 244, 254.
- Kielmannsegg, Graf v., österr. Min.-Präf. 237.
- Kimberley, Lord, brit. Min. d. Auß., üb. Uganda 295, in Sachen Transvaals 361.
- Köllner v., pr. Min., z. Umst.-Vorl. 23, 116, über Diktaturfrage im Reichst. 41, z. Polenfrage 54, Maßregeln gegen d. Soz.-Dem. 187, Rücktritt 193.
- Kösziké, ev. Pfarrer, off. Brief an v. Stumm 167.
- Konstantin, Kronpr. von Griechenl., schützt d. Freih. v. Volkserf. 355.
- Kröcher, pr. Abg., üb. d. Agrarfrage 75.
- Krüger, Präf. der südafrik. Republ., 195, Rede am Geburtstag d. d. Kaisers 361.
- Leo XIII., Papst, gegen d. ital. Nat.-Feier 315, 322, üb. d. ungar. Kirchen-gesetze 321, an d. engl. Volk 321, empf. Kopten u. Ruthenen 322, an d. belg. Bischöfe 322, üb. d. relig. Beweg. in Ital. 322, Encycl. betr. Rosenkranz 322, Anspr. im geh. Konfist. 322.
- Leopold, Pr. v. Bayern, Sedanrede 204.
- Leopold, König der Belgier, gegenüb. d. Volksstimme 333.
- Levetzow v., Rücktr. als Präf. d. Reichst. 91, Anspr. an Fürst Bismarck 94.
- Lieber, Reichst.- und pr. Abg., über Jesuitengef. 34, üb. Diktat. im Reichst. 41, z. Umst.-Vorl. 118, üb. kath. Rel.-Unterr. in Volksch. 127.
- Liebermann v. S., Reichst.-Abg., üb. Umst.-Vorl. 24, üb. Petrol.-Preis 124.
- Liebke, Reichst.-Abg., üb. Jesuitengef. 34, verurteilt 184, über Wahlreform in Sachsen 208.
- Li-Hung-Tschang, chines. Gesandter 367.
- Limbürg-Stirum, Graf v., Reichst.- u. pr. Abg., üb. Umst.-Vorl. 20, üb. Vereinig. der höchst. Ämter 48, für Bismarck-Ehren 89.
- Lobanow-Kostowski, Fürst, russ. Min. d. Auß. 259.
- Loe v., Gen.-Oberst, Rede auf Bismarck-Kommers 88.
- Ludwig, Pr. v. Bayern, in Verf. d. bayer. Landw. 204.
- Lueger, Dr., österr. Abg., im Wiener Gemeinderat 238, 240, gegen Gr. Badenii 241.
- Luitpold, Pr.-Reg. v. Bayern, feiert Jubil. 203.
- Manteuffel v., Reichst.-Abg., Vizopr. d. preuß. Herrenh. 46, für Bismarck-Ehrung 9, über Umst.-Vorl. 115, antisem. Antrag 123, für Antisem.

- 129, in Opposit. 131, zum Reichs-
etat 192.
- Marshall v. Bieberstein, d. Staatssekr.,
im Reichst. üb. Schutz d. Deutsch. im
Ausland 37, über Handelsvertr. mit
Argentin. 64, üb. d. Bezieh. z. nordam.
Union 190, dipl. Verhandl. mit Engl.
über Transvaal 361.
- Martinez Campos, Gen.-Kapit. von
Madrid 325, Oberbefehlsh. auf Cuba
326.
- Mercier, franz. Kriegs-Min. 287.
- Metsch v., sächf. Min., in Wahlgef.-
Frage 209.
- Müllerand, franz. Abg., üb. Verhaft.
v. Soz.-Dem. 265, üb. Südbahn 266,
über Feier des Nordostseefanals 277.
- Miquel, pr. Fin.-Min., im Abg. üb.
pr. Etat 46, 48, 96, 97, Rede in
Lübeck 142.
- Mittnacht v., württemb. Min.-Präf.,
Wahl 3. 2. Kammer 211, in d. Wahl-
gesetzfrage 213.
- Munckel, Reichst.-Abg., üb. d. Umst.-
Vorl. 21, 79.
- Mustapha Fehmi Pascha, ägypt. Min.-
Präf. 357.
- Raumann, Pfarrer, Führer d. Jung-
Christl.-Soz., Verh. 3. Soz.-Dem. 19,
149, gegen v. Stumm 28, üb. Umst.-
Vorl. 79, üb. d. 4. Stand 149, gegen
Oberkirchenrat 170.
- Rieberding, d. Staatssekr., üb. Umst.-
Vorl. 20.
- Nikolaus II., Czar, u. d. Reformfrage
in Rußl. 256, friehl. Ansprüche 262.
- Noff, bad. Min., eröffn. Landtag 220.
- Nowakowitsch, serb. Min.-Präf. 354.
- Örgen v., meßl. B.-Bev., im Reichst.,
üb. d. Verf. d. Einzelstaaten 122.
- Orterer, Prof., auf Katholikentag 153.
- Oskar II., König von Schweden und
Norw., im Unionsstreite 339, 342.
- Paasche, Reichst.-Abg., Rede in Mei-
ningen 7, im Reichst. üb. Juden-
einwand. 123.
- Payer, Präf. d. württemb. 2. Kammer
212, gegen Sedanfeier 216.
- Pfleiderer, Prof. in Berlin, in Student.-
Fragen 29, Rede auf Bismarck-
Kommers 88.
- Pleuer v., österr. Min. a. D., Rücktritt
aus d. polit. Leben 236.
- Plösz v., Reichst.- u. pr. Abg., in Verf.
d. B. d. Landw. 56, 57, üb. Antr.
Kaniz 74, üb. Agrarfrage 75, 151,
Reden im Rheinlande 180.
- Posadowsky = Wehner Graf, d. Staats-
sekr., üb. Zolltarif 43, üb. Tabaksteuer
61, üb. Antr. Kaniz u. Reichsfinanzref.
120, zum Reichsetat 189.
- Preiß, Reichst.-Abg., üb. Diktat. im
Reichsland 41, deutsch-feindl. Kund-
gebungen 230.
- Puttkamer v., Staatssekr., üb. Verh.
von Elsaß-Lothringen 41.
- Puttkamer = Plauth v., pr. Abg., üb.
Agrarfr. 50, bei Reise d. Min. v.
Hammerstein in Westpr. 130, Rede in
Zablonowo 180, in Marienburg 182.
- Rampolla, Cardinal, im ungar. Kirchen-
streite 252, in d. christl.-soz. Frage 320.
- Ras Maugascha v. Tigre, im Krieg
gegen Italien 306, 315.
- Rahnal, franz. Abg., in Fragen d.
Südbahn 266.
- Recke v. d. Horst v., pr. Min. d. Zuern
193.
- Rhodes, Prem.-Min. d. Kapl., Bezieh.
zu Aufstand in Mosambique 302, 328,
Dir. d. brit.-jüdisch. Ges. 360.
- Ribot, franz. Min.-Präf. 271, Pro-
gramm 273, in Frage Canroberts 274,
üb. Münzfrage 275, in Südbahnfrage
288, Rücktritt 289.
- Richter, Reichst.- u. pr. Abg., üb.
Ministerkrise 47, üb. Antr. Kaniz 48,
üb. Agrarfr. 50, gegen Bism.-Ehrung

- 90, üb. Verfass. d. Einzelstaaten 122, zum Reichsetat 190.
- Rickert, Reichst.= u. pr. Abg., üb. Anstiebel.=Gesetz 53, für Bism.=Ehrung 91, auf Parteitag d. freif. Vereinig. 133.
- Rintelen, Reichst.= u. pr. Abg., zur Umst.=Vorl. 79, üb. kath. Unterr. in Volkssch. 127.
- Robinson, Gouverneur d. Kapl., bezügl. Transvaals 362.
- Rosebery Lord, brit. Min.=Präs., angegriffen 292, Rücktritt u. geg. Salisburi 297.
- Rüdt, Dr., Führer von Soz.=Dem. in Baden 219.
- Sagasta, span. Min.=Präs., Rücktritt 325.
- Salisbury Lord, üb. Uganda 295, brit. Min.=Präs. 297.
- Schönaich=Carolath Prinz, Reichst.= Abg., üb. Umst.=Vorl. 83, 103.
- Schönstedt, preuß. Justiz=Minister, z. Umst.=Vorl. 22, 116, üb. pr. Justiz 39, üb. bedingte Verurt. 54, z. Reichsetat 192.
- Schott v. Schottenstein, württ. Kriegs=Min., z. Mil.=Strafprozeßord. 214.
- Schuwalow Graf, Statth. von Polen 259.
- Sigl, Reichst.= Abg., üb. Umst.=Vorl. 15, 24, 117.
- Simon S., franz. Senator, gegen Chauvinisten 282.
- Singer, Reichst.= Abg., gegen Bism.=Ehrung 90, im Bierkrieg 135, über Sedanfeier 183, Vorst. d. soz.=dem. Part. 184, über unlaut. Wettbewerb. 193.
- Sohm, Prof. in Leipzig, üb. Umst.=Vorl. 82, auf Missionskongreß 177.
- Sonnino, ital. Schatz=Min., üb. ital. Finanzen 309, üb. Budget 310, 317.
- Spahn, Reichst.= u. pr. Abg., üb. Umst.=Vorl. 25, Vizepräf. 92, 189, bei Bism.=Diner 108, üb. Irrenhäußer 128.
- Stablewski v., Erz. v. Posen, in d. Polenfrage 133, Vertr. mit Verfsch.=Ges. 134.
- Stambolow; ermordet 350.
- Stang, norweg. Min.=Präs. 341.
- Stöcker, Reichst.= u. pr. Abg., üb. Wahlrechtsfr. 6, üb. Pf. Naumann 27, üb. Umst.=Vorl. 103, in konserv. Wahlverein 129, üb. Fall v. Hammerstein 163, sog. Scheiterhaufen=Brief 163, Konf. Corr. gegen ihn 165, in christl.=soz. Verf. in Piegnitz 169, in landeskirchl. Verf. 176.
- Stoilow, bulgar. Min.=Präs., Erkl. f. Rußl. 351.
- Stolberg=W. Fürst v., Präs. d. pr. Herrenth. 46, Anspr. an F. Bism. 94.
- Stolberg Graf, Oberpräf., i. Reichst.=wahl 63.
- Stumm v., Reichst.=Abg., für Umst.=Vorl. 18, Streit mit Prof. Wagner 27, 31, üb. Untergang v. Seeschiffen 124, üb. allg. Wahlrecht 185.
- Tettenbach Graf v., d. Ges. in Marokko, in dipl. Verhandl. 194.
- Thielen pr. Min., über Reorgan. der Eisenb.=Bew. 47, üb. Tarifreform 54.
- Thüngen Fehr. v., in Verf. d. bayern. Bauern=B. 63.
- Thun Graf, Statth. v. Böhmen, 231, 242.
- Tiedemann v., pr. Abg., in Polenfrage 134.
- Treitschke v., Prof. in Berlin, in Stud.=Fragen 30.
- Vaszarj, Kard. u. Fürst=Primas v. Ungarn, in kirchenpol. Fragen 252.
- Virchow, Reichst.= und pr. Abg., üb. Umst.=Vorl. 75, geg. Bism.=Ehrung 89.
- Wagner, Prof. in Berlin, vert. d. Kathed.=Soz. 28, Streit mit v. Stumm 27, 31, üb. Umst.=Vorl. 78.

- Waldeck=Houffean, franz. Abgeord.,
Kandid. f. d. franz. Präsidentsch. 270,
Rede in Lyon 281.
- Waldersee, Graf, Gen.=Oberst 158.
- Wangenheim v., Gutsbes., auf Agrar-
tag in Bresl. 54, in Verf. d. B. d.
Landw. 56.
- Wilhelm II., d. Kaiser, in d. Ruhmes-
halle 1, üb. d. Marinen 9, Geburts-
tagserlasse 11, empf. berl. Stadtbeh.
13, Dankerlass 14, eröff. Landtag 45,
kündigt Beruf. d. Staatsr. an 46, Rede
an die Mitglieder des brand. Land-
tags 58, in Wien 66, Ansprache in
Wilhelmshaven 67, eröff. d. pr. Staats-
rat 67, Schluß-Anspr. a. d. Staats-
rat 72, Tel. üb. Reichst.=Beschl. an
F. Bism. 92, beim F. Bism. 95,
96, Gratul. z. F. Bism. Geburtstag
106, Trinkspr. auf denj. 108, Rede
in Hamburg 137, Rede b. Eröff. d.
Nordostseekanals 139, in Stockholm
144, Anspr. an 1. Garde Inf. Reg.
145, bei Feier d. Nat.=Denkmals 146,
Tel.=Wechsel mit d. Regenten v. Bayern
155, Sedanrede 155, Erlaß aus
Stettin 157, bei Manövern in Pom-
mern 158, auf lothr. Schlachtfeldern
172, Anspr. b. Feier in Wörth 172,
b. Feier d. Reichsgerichtsgeb. 172,
Rede in Breslau 187, Unterschr. eines
Bildes 188, Besuch b. F. Bism. 194,
Tel. an. Präs. Krüger 193, Anspr. in
Pommern 196, angegr. v. brit.
Presse 304.
- Wilhelm II., König v. Württemberg,
Verhält. z. Kaiser 5, am Bismarck-
tage 108, Thronrede 212, in Landes-
sachen 216.
- Windischgrätz Fürst v., österr. Min.-
Präs., Rücktritt 235, üb. Gr. Kal-
nochs Rücktritt 250.
- Wisemann v., Gouvern. v. Deutsch-
Stafr. 202.
- Wolffgramm v., sipp. Min., in d.
Regentsch.=Frage 227.
- Zorn, Prof. in Königsb., üb. theol.
Fakult. 176.